

PROLETARIER ALLER LÄNDER
VEREINIGT EUCH!

DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE



N^o:

MOSKAU
KREML.

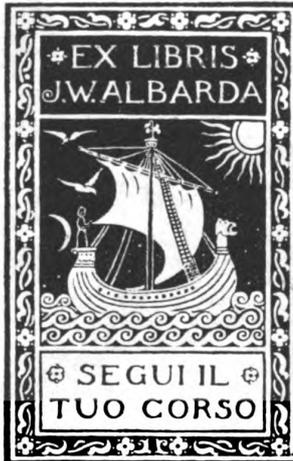


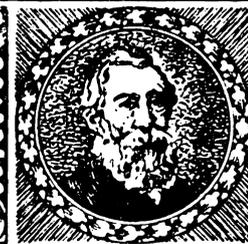
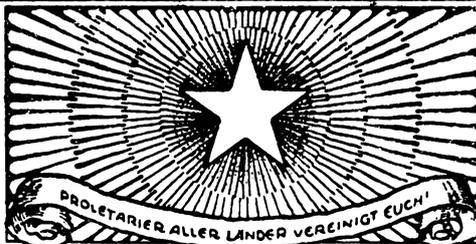
PETROGRAD
SMOLNY

18

Inhalt.

An unsere Leser	1
G. SINOWJEW: Die Taktik der Kommunistischen Internationale	2
N. LENIN: Die Taktik der Kommunistischen Partei Rußlands . .	18
A. LOSOWSKY: Der erste internationale Kongreß der revolutionären Gewerkschaftsverbände	28
W. WOJOWITSCH: Der II. Kongreß der Kommunistischen Jugendinternationale	45
J. LEKAI: Die Resultate des II. Kongresses der Kommunistischen Jugendinternationale	50
L. SCHATZKIN: Die kommunistischen Jugendverbände und die kommunistischen P	53
N. LENIN: Imperialism	61
KARL RADEK: Weltp	64
W. MILJUTIN: Die H	73
E. VARGA: Die Wer	79
F. H.: Der Parteitag de	91
W. PIECK: Der Parte	95
B. KUN: Vom Sektier	95
ARDITO ROSSO: Per	100
M. BORODIN: Der St	114
L. FRAINA: Die Lage in Amerika	125
W. D. HAYWOOD: Kinderarbeit und Wohltätigkeit in Amerika	145
SEN KATAJAMA: Japan und die kommende soziale Revolution	152
N.: Sowjet-Rußland und die Revolution in Polen	153
K. KILLBOM: Der Kampf zwischen Amsterdam und Moskau in der schwedischen Gewerkschaftsbewegung	159
M. ZCHAKAJA: Georgien unter den Menschewiki	167
Von der Tätigkeit des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale nach dem III. Kongreß	175
Der Mord an den rumänischen Kommunisten	180
Bibliographie	187





DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

ORGAN DES EXEKUTIVKOMITEES DER
KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE

ERSCHEINT GLEICHZEITIG IN DEUTSCHER,
RUSSISCHER, FRANZÖSISCHER UND ENGLISCHER SPRACHE

Die Zeitschrift wird redigiert von G. Sinowjew und erscheint unter nächster Teilnahme von Bucharin, Kamenew, Lenin, Lunaischanski, Pokrowski, Rakowski, Rjasanow, Trotzki (Rußland), Kuusinen, Manner, Sirola (Finnland), Grimlund, Höglund, Killbom, Nerman, Ström (Schweden), Friis, Grepp, Tranmael (Norwegen), Ravesteijn, Roland-Holst, Rutgers, Wijnkoop (Holland), Steinhardt, Strasser, Tomann (Oesterreich), M. Albert, Pieck, Radek, Thalheimer, C. Zetkin (Deutschland), Mac Laine, Quelch, Rotstein (England), Cachin, Delinières, Frossard, Guilbeaux, Lorient, Monatte, Péricat, Sadoul, Souvarine (Frankreich), Balabanowa, Bombacci, Bordiga, Gramsci, Terraccini (Italien), Herzog, Humbert-Droz, Münzenberg, Platten (Schweiz), Alpari, Bela Kun, Rudas, Rudnyanszky (Ungarn), Marchlewsky (Polen), Blagojew, Kabaktschiew, Kolarow (Bulgarien), Jim Larkin (Amerika) u. a.

№ 18
ZWEITER JAHRGANG

VERLAG: PETROGRAD, SMOLNY, ZIMMER 62, TEL. 1-19
REDAKTION: PETROGRAD, SMOLNY, KAB. G. SINOWJEW

*Verlag der
Kommunistischen Internationale*

*in Kommission:
Carl Hoym *Prof. Louis Cañbley*
Hamburg*

Hergestellt bei Konrad Hanf, Hamburg 8

[92]

An unsere Leser!

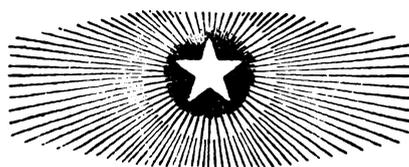
Mit der vorliegenden Nummer beginnt die Zeitschrift „Die Kommunistische Internationale“ sich laut Verfügung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale umzugestalten. Nach dem III. Kongreß der Kommunistischen Internationale erhoben sich vor unserer Zeitschrift neue Aufgaben. Die literarische Arbeit der Zentralorgane der Kommunistischen Internationale muß ebenfalls beginnen, sich zu differenzieren. Gemäß Beschluß des III. Kongresses macht das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale den ersten Versuch, in Westeuropa die „Internationale Presse - Korrespondenz“ herauszugeben. Diese „Korrespondenz“ soll hauptsächlich Informationscharakter tragen. Alle Parteien sind verpflichtet, ständige Korrespondenten für dieses Organ zu bestimmen und periodisch Berichte über alle Vorgänge im Lande an dasselbe zu senden. Das gleiche gilt auch für die in den Gewerkschaften tätigen Kommunisten. Auf diese Weise wird der informatorische Teil hauptsächlich an diese „Korrespondenz“ übergehen. Dadurch wird es ermöglicht werden, unsere Zeitschrift „Die Kommunistische Internationale“ bis zu einem gewissen Grade zu entlasten, da sie in der letzten Zeit immer umfangreicher und umfangreicher zu werden begann.

Indem die Redaktion sich von diesem informatorischen Material befreit, wird sie in der Lage sein, der Theorie und Taktik mehr Platz einzuräumen. Die „Kommunistische Internationale“ soll ausschließlich das führende Organ der Kommunistischen

Internationale in den Hauptfragen der Theorie, Taktik und Organisation werden. Zu gleicher Zeit trifft die Redaktion alle Maßnahmen, damit das Erscheinen der „Kommunistischen Internationale“ regelmäßig einmal im Monat stattfindet: in russischer Sprache am 1. jedes Monats, in deutscher Sprache am 15. jedes Monats und, wie wir hoffen, in französischer und englischer Sprache zu gleicher Zeit.

Die Zeitschrift führt neue, äußerst wichtige Abteilungen ein, z. B. Ueberblick über die Arbeiterpresse aller Länder, bibliographische Abteilung, organisatorische Abteilung usw. Für die Redaktion jeder früher bestehenden und der neu eingeführten Abteilungen sind spezielle Genossen aus den Reihen der besten Schriftsteller der kommunistischen Bewegung bestimmt.

Die Redaktion der Kommunistischen Internationale wendet sich an alle kommunistischen Parteien, an alle einzelnen kommunistischen Schriftsteller mit der Bitte, eine möglichst regelrechte Mitarbeiterschaft an der in Reorganisation befindlichen Zeitschrift zu leisten. Die Redaktion bittet, nicht nur Artikel und Notizen, sondern auch Rezensionen der erscheinenden Nummern der „Kommunistischen Internationale“, Wünsche, Kritiken usw. einzusenden. Die Redaktion ersucht besonders eindringlich alle Parteiorganisationen, für eine sorgfältigere Belieferung unserer Zeitschrift mit allen erscheinenden Broschüren, Zeitungen, Flugblättern usw. Sorge zu tragen.



Die Taktik der Kommunistischen Internationale.

Die Beschlüsse des III. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale werden bald in dieser, bald in jener Weise ausgelegt. Nicht nur unsere Gegner, sondern auch einige Freunde haben die Bedeutung des III. Kongresses nicht begriffen. Unterdessen muß jeder Kommunist, um an dem heutigen Kampfe bewußt teilzunehmen, die Rolle und die Bedeutung des III. Kongresses ganz klar verstehen und wissen, welchen Platz er in dem Befreiungskampfe des Proletariats der ganzen Welt einnimmt.

Es ist begreiflich, daß manchen Vertretern der Bourgeoisie der vom III. Kongreß eingenommene Standpunkt unerwartet erschienen ist. Nicht weniger verständlich ist es auch, daß einige der großen bürgerlichen Organe des Weltkapitals über unseren angeblichen Verzicht auf den „reinen“ Kommunismus ein Geschrei anheben. Diese Herrschaften würden es gar zu gerne sehen, daß wir „reine“ Kommunisten in jenem Sinne wären, den sie in dieses Wort hineinlegen. Der „reine“ Kommunist ist in der Vorstellung dieser Herrschaften eine Art von Don Quichote. Ein „reiner“ Kommunist ist ein Mensch, der nicht mit den realen Verhältnissen, mit den Zeit- und Raumverhältnissen rechnet. Ein „reiner“ Kommunist ist ein solcher, der leicht auf jeden von der Bourgeoisie ausgeworfenen Angelhaken anbeißt und mit Leichtigkeit in jede Falle gerät, die von den Feinden unserer Klasse gestellt wird.

Ein „reiner“ Kommunist ist jener, der den entscheidenden Kampf nicht dann unternimmt, wenn es die bewußte Berechnung erfordert und Hoffnung auf Sieg vorhanden ist; ein „reiner“ Kommunist ist

jener, der den Kampf aufnimmt, wann es der Bourgeoisie paßt, der auf jede Provokation, auf jede Falle hereinfällt. Kurz, solche in der Vorstellung der Bourgeoisie „reinen“ Kommunisten sind nicht weit von den reinen Dummköpfen entfernt.

Der III. Kongreß der Kommunistischen Internationale hat in dieser Hinsicht die Bourgeoisie der ganzen Welt hart enttäuscht. Er hat ihr gezeigt, daß die in der Kommunistischen Internationale organisierten Kommunisten durchaus nicht jenen Narren ähnlich sehen, die sie gerne als ihre Gegner sehen würde und die sie mit dem Spitznamen der „reinen“ Kommunisten beehrt. Das ist der Grund, warum die Vertreter der Bourgeoisie mit schlecht verheimlichtem Verdruß ausposaunen, daß die Kommunisten angeblich nach rechts gerückt wären und daß ihr III. Kongreß angeblich vom Kommunismus abgerückt sei.

Die Helden und Führer der Zweiten und der Zweieinhalb-Internationale betrachten es selbstverständlich auch in dieser Beziehung als ihre Pflicht, nicht hinter der Bourgeoisie zurückzubleiben. Herr Martow schreit von der „Dämmerung“ der Kommunistischen Internationale, indem er nachträglich bestätigt, daß die Kommunistische Internationale in den Jahren 1919 bis 1920 tatsächlich ungeheure Arbeitermassen hinter sich stehen hatte, was ja den gleichen Martow in den Jahren 1919 bis 1920 nicht daran hinderte, das Geschrei zu erheben, daß die Kommunistische Internationale nur ein kleines Häufchen sei. Herr Grimm verkündet in der Zeitung „Berliner Tagwacht“ vom 23. Juli triumphierend, daß der III. Kongreß „den starken Wein des Kommunismus verwässert hat“, daß er „auf die hartnäckigen

21 Punkte verzichtet hat" und verkündet zum Schluß in kleinmütigem Zweifel: „das ist nicht mehr und nicht weniger als eine Annäherung an die Taktik der Wiener Internationale“. In dem gleichen Geiste wurden die Arbeiten des Kongresses sowohl von der „Freiheit“ als auch vom „Vorwärts“, dem „Populaire“, dem Brantingschen „Sozialdemokraten“ und dem belgischen „Peuple“ ausgelegt.

Daß die Feinde die Arbeiten des III. Kongresses in dieser Weise auslegten, daran ist nichts Verwunderliches. Es wäre ein ganz unnützes Unterfangen, ihnen den wirklichen Sinn und die Bedeutung des III. Kongresses zu erklären. Doch ist es notwendig, bei dem Unverständnis haltzumachen, das von einigen Freunden der Kommunistischen Internationale an den Tag gelegt wurde. Unser schwedischer Genosse Stroem schrieb in einem Bericht über den III. Kongreß: „Der rechte Flügel war auf dem Kongreß durch die russische und die französische Partei vertreten.“ Und der Genosse Stroem stellt ebenso wie der Genosse Hoeglund mit Freuden den Sieg dieses „rechten“ Flügels auf dem Kongreß fest. Schon allein diese Zusammenstellung der beiden Parteien zeigt deutlich, daß die Genossen Stroem und Hoeglund sich nicht vollständig klare Rechenschaft darüber abgeben, was auf dem III. Kongreß vorging. Ein Sieg der Linie der französischen Partei auf dem III. Kongreß! Die Vertreter der französischen Partei haben ja doch selbst auf dem III. Kongreß Dutzende von Malen zugegeben, daß sich ihre Partei eben erst zu einer kommunistischen Partei entwickelt. Hieran ist nichts Schlechtes und nichts Verwunderliches. Der III. Kongreß hat mit großer Freude jenen großen Fortschritt vermerkt, den die französische Partei in ihrer Entwicklung im Laufe des letzten Jahres durchgemacht hat. Zugleich aber hat der Kongreß in voller Solidarität mit dem besten Teil der französischen Delegierten konstatiert, daß die französische

Partei noch sehr vieles zu verbessern hat, um zu einer wirklich kommunistischen Partei zu werden.

Andererseits zeigen die aus Deutschland eintreffenden Nachrichten, daß auch dort bei weitem nicht alle Genossen die Bedeutung des III. Kongresses richtig begriffen haben. In dem Briefe eines der neuen Mitglieder des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands, der während des Parteitags in Jena (24. August 1921) geschrieben ist, teilt der Genosse uns mit:

„Der III. Kongreß hat hier den Eindruck hervorgerufen, daß er nicht nur die Offensivtheorie, sondern auch den Kampf jener Arbeiter verurteilt hat, die sich an den März-kämpfen beteiligt haben. Das ist zweifellos ein unrichtiger Eindruck, doch muß man mit diesem psychologischen Faktor rechnen, um den inneren Kampf in den Reihen der Kommunistischen Partei Deutschlands richtig zu verstehen.“

Es ist selbstverständlich, daß jene „linken“ deutschen Genossen, die der Meinung sind, daß der III. Kongreß nicht nur die Offensivtheorie, sondern auch den Märzkampf der Arbeiter verurteilt habe, sich ebenso sehr irren, wie auch jene hell-sichtigen schwedischen Genossen, die auf dem III. Kongreß einen Sieg der Linie der französischen Partei zu sehen glaubten.

Was war es denn eigentlich, was auf dem III. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale vor sich gegangen ist? Was ist der eigentliche Sinn seiner Beschlüsse? Worin besteht der Inhalt der heutigen Taktik der Kommunistischen Internationale?

Das Rätsel läßt sich sehr leicht lösen. Der Inhalt der Arbeiten des III. Kongresses kommt darin zum Ausdruck, daß die Kommunistische Internationale ihre Taktik den neuen Verhältnissen angepaßt hat. Die Kommunistische Internationale strebt das alte Ziel an und zwar im grundlegenden auf den alten Wegen. Indem sie aber mit den neuen Hindernissen rechnet, mäßigt sie, wo es nötig ist, ihren Schritt, umgeht Schluchten, weicht heute zurück,

um morgen den Angriff besser zu organisieren, dämpft die übermäßige Hitzigkeit der Avantgarde, wenn die Arrieregarden zu sehr zurückgeblieben sind.

Das Element der Organisiertheit hat im Laufe der zwei Jahre des Bestehens der Kommunistischen Internationale in der Arbeiterbewegung zweifellos auch bedeutend zugenommen. Die kommunistischen Parteien stellen im Jahre 1921 zweifellos eine größere organisierte Macht dar als im Jahre 1919. Aber das Element der Spontanität im Kampfe der Massen, das Element der Elementargewalt des Aufstiegs im Laufe dieser zwei Jahre ist schwächer geworden; der Gegner ist im Laufe dieser zwei Jahre stark geworden, die Bourgeoisie hat sich konsolidiert, sich organisiert, sich von der ersten Hilflosigkeit nach dem Kriege erholt, hat ihre Reihen umgruppiert und steht uns wieder als ein ernsthafter und stellenweise gefährlicher Gegner gegenüber. Die Sozialdemokraten, die Anhänger der Zweiten und Zweieinhalb-Internationale, haben im Laufe der zwei Jahre von 1919 bis 1920 alles in ihren Kräften Liegende getan, um der Bourgeoisie zu helfen, sich zu konsolidieren. In jenen Zeiten, da die Bourgeoisie hilflos war, in jenen Monaten, da die Führer der Kapitalisten wie im Fieber zitterten, da die bourgeoisien Parteien wie Grashalme schwankten, in dieser Zeit hing vieles, ja fast alles von einem subjektiven Faktor ab: nämlich von dem Grade der Bereitschaft der Arbeiter, von dem revolutionären Willen und der Entschlossenheit ihrer Partei und der Gewerkschaften. In dieser entscheidenden Zeit haben die Sozialdemokraten der Zweiten und der Zweieinhalb-Internationale alles, was sie hatten, in die Wagschale der Bourgeoisie geworfen. Das ist der Grund, warum das, was 1919 mit einem Schlag hätte erreicht werden können, für uns jetzt nur mit großer Mühe erreichbar ist. Das ist auch der Grund, warum der III. Kongreß der

Kommunistischen Internationale seine Taktik in Anpassung an die neuen Verhältnisse festsetzen mußte.

Nirgends ist dieser Prozeß so anschaulich verlaufen wie in Italien. 1919 und teilweise 1920 waren in Italien alle Voraussetzungen für eine siegreiche Revolution vorhanden, mit Ausnahme von einer: nämlich der Organisiertheit und revolutionären Gesinnung der sozialistischen Partei und der Gewerkschaften. Die Bourgeoisie lief hilflos bald hierhin, bald dorthin, und es stand ihr keinerlei ernsthafte bewaffnete Macht gegen die Arbeiter zur Verfügung. Die elementare revolutionäre Erhebung des italienischen Proletariats war eine gigantische. Ein großer Teil der Bauernschaft und die Mehrzahl der demobilisierten Armee standen zweifellos auf seiten der Arbeiter. Es war ein kritischer Augenblick. Mit einem Schlage hätten die italienischen Arbeiter entscheidende Siege erringen können. Es fehlte nur eins: die Partei der Arbeiterklasse Italiens, die im Laufe von Jahrzehnten entstanden war, war im entscheidenden Augenblick nicht auf der Höhe ihrer revolutionären Aufgabe. Die italienische Partei versagte in bezug auf die Forderungen der Zeit; schon lange durch den Wurm des Reformismus zerfressen, war sie im entscheidenden Augenblick innerlich zermürbt. Das Verhalten der Partei und der Gewerkschaften im September 1920, als die Arbeiter zur Besitzergreifung der Fabriken und Werke schritten, mußte selbst einem Blinden deutlich zeigen, daß die Sozialistische Partei Italiens eine ebenso gegenrevolutionäre Rolle in Italien zu spielen beginnt wie die deutsche Sozialdemokratie in Deutschland. Selbstverständlich läßt sich dies alles nicht durch einen Zufall oder allein durch den bösen Willen dieser oder jener Gruppe von Führern erklären; selbstverständlich ist der heutige Zustand der Sozialistischen Partei Italiens selbst das Resultat einer historischen Entwicklung.

Doch wird die Lage der Arbeiterklasse hierdurch nicht erleichtert. Sind doch sowohl die Leibeigenschaft in Rußland als auch die zarische Autokratie Wilhelm, Noske und Briand alles Resultate einer bestimmten historischen Entwicklung.

Der entscheidende Augenblick wurde nicht ausgenutzt. Heute ist Italien gleichsam zeitlich zurückgeworfen worden. Es ist gewissermaßen vom Sieg der proletarischen Revolution weiter entfernt als im Jahre 1919. Die italienischen Kommunisten dürfen diese Tatsache natürlich nicht übersehen. Die italienischen Kommunisten müssen dies kardinale Moment in ihre Berechnung einbeziehen, indem sie ihre Taktik statt im Jahre 1919 im Jahre 1921 ausarbeiten. Das bedeutet durchaus nicht, daß die italienischen Kommunisten etwa aufhören sollen, Kommunisten zu sein, daß sie etwa auf die Idee der proletarischen Revolution verzichten, daß sie sich an die Zweieinhalb-Internationale annähern sollen. Nein, durchaus nicht! Dies bedeutet vielmehr, daß die neuen Verhältnisse sie zwingen sollen, vorsichtiger zu manövrieren, mit der Notwendigkeit einer länger dauernden Vorbereitung zu rechnen, die Unvermeidlichkeit einer bedeutenden Uebergangsperiode einzusehen und unermüdlich daran zu arbeiten, in dieser Uebergangsperiode die erdrückende Mehrzahl der italienischen Arbeiter auf ihre Seite zu bringen.

Und ungefähr das gleiche mußten mutatis mutandis auf dem III. Kongreß die Kommunisten aller anderen Länder, d. h. die ganze Kommunistische Internationale sich selbst sagen.

In einem im Mailänder „Avanti“ vom 9. Juli untergebrachten Artikel hat dies Livio Agostini sehr deutlich ausgesprochen. Er schreibt folgendes:

„Wir würden uns aber selbst täuschen, wenn wir zu behaupten fortfahren würden, daß die Partei im gegenwärtigen Moment die erinnerungsvollen Tage des Jahres 1919 neuerdings erlebt. Damals veranlaßte uns der Kom-

munismus, der in Rußland und Ungarn bereits gesiegt hatte, in Deutschland tobte und ganz Europa in den Wehen seiner neuen Zukunft erzittern ließ, veranlaßte uns, die wir auch rund um uns das aufrührerische Geschrei der Masse hörten, die gegen die Anhänger und Anstifter des Krieges wütete, und die wir den Ausdruck äußerster Ergebenheit von seiten der unfähigen und hilflosen Bourgeoisie beobachten mußten, veranlaßte uns, nach einem sofortigen Sieg auch in unserem Lande zu trachten. Und war damals die Ueberwindung jenes geringen Widerstandes, den uns damals die Bourgeoisie noch entgegengesetzt konnte, etwa unser einziges Bestreben? Gegenwärtig aber ist unsere Lage eine ganz andere. Wir würden die Massen belügen, wenn wir sagen wollten, daß wir die Revolution bei uns für nahe halten . . . Und wir können den Fascisten nicht das Recht zuerkennen, die Veränderung der Sachlage dem Triumph ihrer Gewaltherrschaft zuzuschreiben. Diese ist nicht einmal eine der Faktoren der Veränderung. Die Fascisten begannen gegen unsere Bewegung Gewalt anzuwenden, als diese bereits unter dem Einfluß tiefer, durch unsere Schwankungen und Fehler hervorgerufener Enttäuschungen schwach zu werden begann und als die Bourgeoisie, nachdem sie ein neues Mittel geschaffen und das alte vervollkommen hatte, ihre Verteidigung in genügendem Maße für die Unterdrückung jeglichen Versuches zu einem Aufstand unsererseits zu organisieren Zeit gehabt hatte.“ („Avanti“ Nr. 164.)

Hier sind ganz wahrheitsgetreu die Ursachen der Krisis in der italienischen Arbeiterbewegung beschrieben. Der in dem Organ Serratis schreibende Verfasser weist ganz offen darauf hin, daß gerade „unsere Schwankungen“ (d. h. die Schwankungen der Sozialistischen Partei Italiens) die Enttäuschung unter den Massen hervorgerufen haben, und daß die Bourgeoisie, indem sie den Moment ausgezeichnet ausgenutzt hat, in der Lage war, die italienische Arbeiterklasse zurückzuschlagen. Der Verfasser hat nur in seinen Schlußfolgerungen Unrecht. Er sieht den großen Schaden, den die „Schwankungen“ der Jahre 1919 bis 1920 verursacht haben, und sucht die Rettung — in neuen Schwankungen.

Der von uns zitierte Verfasser schreibt ferner:

„In seiner letzten Moskauer Rede befürwortete Genosse Sinowjew eine Verstärkung des Kampfes zu dem Zwecke, daß in jener Krise, die die Bourgeoisie durchmacht und aus der sie keinen Ausweg zu finden weiß, das Proletariat Kräfte für die Verwirklichung seiner Diktatur sammeln könne. Wenn dieses Programm für unsere ganze Parteitätigkeit die Richtung angeben soll, so sind wir mit dem Genossen Sinowjew vollständig einverstanden, denn es stimmt vollständig mit unseren Ansichten überein. Wenn es aber der Ausdruck davon sein soll, was für den gegenwärtigen Augenblick notwendig ist, so genügt es, unsere Kräfte und die Kräfte der Gegner in der Sphäre ihres Kampfes miteinander zu vergleichen, um die Unmöglichkeit eines Erfolges eines derartigen Versuches einzusehen. Es genügt auch, die ökonomische Lage unseres Landes zu betrachten, um zuzugeben, daß sie im gegenwärtigen Moment eine sehr ungünstige ist. Wir wollen aber noch mehr sagen. Wir geben nicht nur die Möglichkeit einer Verstärkung des Klassenkampfes nicht zu, sondern sehen nicht einmal den Sinn und die Möglichkeit einer solchen ein . . . In dem Maße, als wir auf eine Verstärkung des Kampfes bestehen werden, werden wir auch die Quellen des Reichtums der Bourgeoisie, zugleich aber auch die Existenzquellen der Arbeiter vernichten . . . Das Stillstehen der Fabriken und Werke und das Fehlen jeglicher Nachfrage nach Arbeitskräften in ihnen zeitigt grausame Rückwirkungen in den Häusern der Arbeiter. Jedes Streben nach einer besseren Zukunft macht einem alltäglichen Bedürfnis Platz: nämlich der Erhaltung und nur der Erhaltung des alltäglichen Brotes für sich selbst und die Familie; es ist dies ein zu hoffnungsloser Kampf, als daß in ihm nicht die Arbeiterorganisationen zerfallen und die auf neue Eroberungen gerichteten Bemühungen nicht zerschellen würden . . . Wenn aber die historische Wirklichkeit nicht gestattet, im gegenwärtigen Moment den äußersten Versuch zur Errichtung unserer Diktatur zu machen, und wenn sie ferner unserer Meinung nach eine Verschärfung des Klassenkampfes gänzlich unmöglich macht, so erhebt sich in diesem Falle vor unserer Partei eine klare und bestimmte Aufgabe: eine ausschließlich mit eigenen Kräften und bis zum äußersten durchgeführte Verteidigung der eroberten Stellungen, unseres geistigen Eigentums und des Geistes unserer Organisation.“

Diese Erörterungen geben uns nicht nur den Schlüssel zum Verstehen der Psychologie der besten Anhänger der heutigen Mehrheit der Sozialistischen Partei Italiens, sondern sie gestatten uns auch, den wirklichen Sinn unserer Taktik, wie sie vom III. Weltkongreß geplant ist, in anschaulichster Weise zu erläutern. Agostini hat Recht, wenn er darauf hinweist, daß die italienische Arbeiterklasse zurückgeworfen worden ist. Das gleiche kann man auch von der Arbeiterklasse einer Reihe anderer Länder sagen. Die deutsche Arbeiterklasse ist ebenfalls zurückgeworfen worden, und zwar aus denselben Gründen; wenn nicht jene mächtige deutsche Sozialdemokratie existierte, die das ganze von dem deutschen Proletariat im Laufe von über einem Viertel-Jahrhundert gesparte Kapital für die Unterstützung der Bourgeoisie verwendet hätte, wenn nicht jene Sozialdemokratie existierte, die mit eigenen Händen die Arbeiterräte gesprengt und unter Noskes Führung Zehntausende der besten deutschen Arbeiter gemordet hat, so hätte die deutsche Revolution im Jahre 1919 siegen können. Das gleiche kann man mit gewissen Modifikationen auch von Ländern wie Ungarn, Oesterreich, ja sogar wie Holland und Schweden sagen.

Agostini hat ferner Recht, wenn er davon spricht, daß ein sofortiger siegreicher Aufstand in Italien sich nicht durch die Kommunisten allein durchführen läßt. Gerade dies wollte der III. Kongreß der Kommunistischen Internationale nicht nur hinsichtlich Italiens, sondern auch in bezug auf andere Länder sagen, als er die Konzentration aller Bemühungen auf die Eroberung der Mehrheit für die kommunistischen Parteien verlangte. Durch alle seine Arbeiten wollte der III. Kongreß gerade dies sagen: die Spontanität der Massenexplosionen und die Elementargewalt der Bewegungen hat sich verringert, die Konsolidierung der Kräfte der Bourgeoisie hat zugenommen, und obwohl die Organi-

siertheit des kommunistischen Proletariats im Laufe dieser Zeit auch zugenommen hat, so ist es doch nicht in dem Maße der Fall, als daß dieses Wachstum den ungünstigen Einfluß der zwei vorerwähnten Faktoren ausgleichen könnte; darum: **Vorsicht**, um das Zehnfache, um das Hundertfache verbesserte Vorbereitung jeder einzelnen Aktion, im besonderen jedes bewaffneten Vorstoßes; **größere Annäherung an die Massen**; Gewinnung der Mehrheit für die Kommunisten und zu diesem Zwecke eine langwährende und hartnäckige, ja vielleicht sehr langdauernde alltägliche Arbeit.

Aber Agostini hat tausendmal Unrecht, wenn er aus der Konstatierung der oben-erwähnten Tatsache der Verstärkung der Bourgeoisie und des Schwächerwerdens der elementaren Massenbewegungen des Proletariats den Schluß zieht, daß überhaupt keine Verschärfung des Klassenkampfes erfolgen wird, daß der Sieg der proletarischen Revolution fast auf Jahrzehnte, wenn nicht für immer, hinausgeschoben ist, daß die Schwäche der proletarischen Bewegung angeblich verschwinden würde, wenn die Revolutionäre weiterhin mit den Reformisten zusammenarbeiten würden. Agostini hat tausendmal Unrecht, wenn er aus der richtig konstatierten Tatsache der ökonomischen Krisis und des Wachstums der Arbeitslosigkeit den unrichtigen Schluß zieht, daß in einer solchen Zeit keinerlei revolutionärer Kampf möglich sei. Der III. Kongreß der Kommunistischen Internationale hat in seinen Thesen gezeigt, daß, so unrichtig es wäre, eine revolutionäre Massenbewegung ausschließlich mit einer Epoche ökonomischer Depressionen in Zusammenhang zu bringen, eine entgegengesetzte Auslegung ebenso unrichtig wäre. Und diese Hinweise des III. Kongresses der Kommunistischen Internationale gelten nicht nur für Italien, sondern auch für die Arbeiterbewegung der ganzen Welt.

Ja, in Italien und einer Reihe anderer Länder ist durch vereinte Bemühungen der Bourgeoisie und der Sozialdemokraten der Zweiten und der Zweieinhalb-Internationale die revolutionäre Massenbewegung des Proletariats zurückgeworfen worden. Sowohl in Italien als auch in einer Reihe anderer Länder befinden wir uns in einer Periode der Vorbereitung entscheidender Kämpfe und nicht unmittelbar im Prozeß dieser Kämpfe selbst. Hieraus folgt jedoch nicht nur nicht die Notwendigkeit, mit den Reformisten in einer Partei zu verbleiben, sondern es folgt daraus das direkte Gegenteil. Ja, die bourgeoise Reaktion hat ihren Kopf in fast ganz Europa erhoben. Ja, der Aufmarsch des Kapitals vollzieht sich an der ganzen Front. Hieraus folgt aber wiederum nicht nur nicht die Notwendigkeit eines friedlichen Zusammenlebens in den Reihen der Einheitspartei zusammen mit dem internationalen Menschewismus, sondern es folgt daraus das direkte Gegenteil. In der Epoche der Reaktion, in der Epoche des geistigen Verfalles ist der Reformismus ein weit gefährlicherer Feind als in der Epoche des Aufstiegs. Der Opportunist ist ja gerade deshalb Opportunist, weil er stets danach trachtet, mit der Mehrheit zusammenzugehen. In dem Augenblick, da die Welle der proletarischen Revolution sich besonders hoch erhebt, reißt sie auch einen Teil der Reformisten mit sich fort. Es unterliegt z. B. keinem Zweifel, daß auch die italienischen Reformisten nicht immer hinterlistig gehandelt haben, als sie sich im Jahre 1919 für die Kommunistische Internationale und für die proletarische Revolution aussprachen. Wenn aber dafür die Welle sich legt, wenn die Bourgeoisie die Arbeiter an der Kehle packt, dann werden sogar die besten unter den Reformisten zu den gefährlichsten Feinden der Arbeiterklasse. Denn sie flüstern dem schwachwerdenden Arbeiter stets und überall ins Ohr: „Ergib dich“. Denn sie beenden stets und überall durch innere

Zersetzung jene Arbeit, die das Kapital vornimmt, indem es den Arbeiter direkt an der Kehle packt.

Es ist möglich, daß der heutige äußerst unbeständige Zustand eines halben Gleichgewichtes viel früher aufhören wird, als wir meinen. Es ist überall mehr als genug Zündstoff vorhanden. Aber die Kommunistische Internationale muß „an beiden Füßen mit Hufeisen beschlagen sein“. Sie muß ihre Taktik derart aufbauen, daß sie auch für den Fall einer länger dauernden Krise paßt. Wir werden immer noch Zeit haben, zu einem schnelleren Tempo überzugehen, wenn dies der Gang der Ereignisse erfordert wird.

Keinen Schritt weiter, der jetzt dem Gegner helfen kann, seinen Einfluß auf die Arbeitermassen weiter auszudehnen! Der Kapitalismus regiert jetzt mit Hilfe der gelben Gewerkschaften, mit Hilfe Amsterdams und der Zweiten und der Zweieinhalb-Internationale. Schon allein aus diesem Grunde ist es notwendig, die Gewerkschaften für uns zu gewinnen, sie dem Einfluß der „Gelben“ zu entreißen. Wenn aber die Verschärfung der allgemeinen revolutionären Krisis schneller vor sich gehen wird, so wird es uns umso leichter werden, zu unmittelbar entscheidenden Kämpfen überzugehen.

Die neue Taktik der Kommunistischen Internationale läßt sich also vor allen Dingen durch folgendes charakterisieren: Heran an die Massen, hinein mitten ins dichteste Gedränge der proletarischen und halbproletarischen Massen! Beteiligung an dem ganzen alltäglichen Kleinkampf des Proletariats, sei es auch nur um geringer Verbesserungen seines Lebens willen. Beteiligung an allen Organisationen der Arbeiter, beginnend von den Räten der Arbeiterdeputierten bis zu den Sportvereinen und musikalischen Zirkeln. Uner-

müdlige Propaganda der Ideen der proletarischen Diktatur in jeder dieser Organisationen, Gewinnung der Mehrzahl der Arbeiterklasse für die Sache des Kommunismus. Systematische, hartnäckige und beständige Vorbereitung der Arbeitermassen auf die bevorstehenden Kämpfe. Sorgfältige Arbeit auf dem Gebiete der Schaffung illegaler Organisationen. Geduldige und energische Arbeit auf dem Gebiete der Bewaffnung der Arbeiter. Schaffung starker selbständiger kommunistischer Parteien, die von Opportunisten, Zentristen und Halbzentristen freisind. Vor allen Dingen Gewinnung der Arbeitergewerkschaften.

Dies und nichts anderes wollte der III. Kongreß in Weiterentwicklung der Beschlüsse des II. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale sagen. Der III. Kongreß hat es verstanden, die nötigen praktischen Schlüsse aus den veränderten Verhältnissen zu ziehen, er hat es verstanden, die Taktik der Kommunisten den neuen Verhältnissen anzupassen, er hat es verstanden, die Parteien zur sachgemäßen Arbeit auf der Basis dieser neuen Verhältnisse heranzuziehen und vorzubereiten. Darin besteht seine große historische Bedeutung.

. . .

Oben zitierten wir eine Stelle aus einem Brief eines deutschen Genossen, der behauptet, daß der III. Kongreß die „Offensivtheorie“ abgelehnt hat und daß dies in Deutschland hier und da als eine Verurteilung nicht nur dieser Theorie, sondern auch des praktischen Kampfes der Arbeiter im März 1921 betrachtet worden ist. Auf dem III. Kongreß ist tatsächlich

viel über die Offensivtheorie gestritten worden. Es muß genau klargelegt werden, was eigentlich in Wirklichkeit vom Kongreß abgelehnt wurde. Diese Frage müssen wir ausführlicher behandeln, umsomehr da dieser Streit nicht nur deutlichen, sondern zweifellos internationalen Charakter trug.

Zunächst wollen wir die Begriffe feststellen, die Gegenstand des Streites waren.

Vom Standpunkt des Marxismus gibt es keinen grundlegenden prinzipiellen Unterschied zwischen den Begriffen „Offensivkampf gegen den Kapitalismus“ und „Defensivkampf gegen den Kapitalismus“, und kann einen solchen Unterschied auch nicht geben. Selbst dieser Unterschied der Begriffe ist ein sehr relativer.

Erinnern wir uns doch nur an die Behandlung der Frage des Offensiv- und Defensivkrieges zwischen den Staaten durch die revolutionären Marxisten in den Jahren 1914—1917. Die Sozialpatrioten und die Kautskyner propagierten bekanntlich den Gedanken, daß die Sozialisten in jedem Defensivkrieg auf seiten „ihres“ Vaterlandes stehen müßten, und bewiesen bei dieser Gelegenheit mit allen Mitteln, daß in diesem Kriege „ihr“ Vaterland zweifellos einen Defensivkampf führt. Beweis: die feindliche Großmacht hat „unserer“ Regierung die und die provokatorische Note übersandt, die feindliche Großmacht hat die Mobilmachung um anderthalb Stunden früher begonnen, der erste Schuß fiel auf seiten des Heeres der feindlichen Großmacht usw. Die revolutionären Marxisten lehnten eine derartige Behandlung der Frage radikal ab. Sie sagten: jeder beliebige Krieg kann äußerlich, vom Standpunkt der Strategie usw. betrachtet, ein Offensivkrieg sein und zu gleicher Zeit — im tieferen historischen Sinne des Wortes — ein gerechter Krieg, ein Defensivkrieg sein. Dies war z. B. bei einigen Nationalkriegen des 19. Jahrhunderts der Fall, als es sich tatsächlich um den Kampf gegen fremdländische

Unterdrückung und für die Schaffung nationaler Staaten handelte. (Siehe unser Buch „Der Krieg und die Krisis des Sozialismus“, Band I.)

Andererseits kann man sich sehr gut einen Krieg vorstellen, der rein äußerlich, vom Standpunkt der Strategie usw., Defensivcharakter tragen kann und der zu gleicher Zeit — im tieferen historischen Sinne des Wortes, d. h. seinem Inhalte nach — in der Tat ein ungerechter Krieg, ein räuberischer Krieg, ein Offensivkrieg sein kann.

So verhält es sich hiermit hinsichtlich der Kriege zwischen ganzen Ländern und Staaten. So wenig die vulgäre Klassifizierung auf diesem Gebiete taugt, in der Sphäre des Klassenkampfes taugt sie noch weniger. Vom Standpunkte der Sozialpatrioten ist ein Aufstand, wie z. B. der der finnischen Arbeiter im Jahre 1918 gegen die konstitutionelle finnische Bourgeoisie, zweifellos ein Offensivkampf. Die Arbeiterklasse unternimmt ohne jeden Anlaß einen „Angriff“ auf die armen bourgeois Konstitutionalisten, folglich ist die Sympathie der Sozialpatrioten der ganzen Welt für die armen Herren Bourgeois von vornherein gesichert. Das bedeutet natürlich nicht, daß es für uns überhaupt keine Klassifizierung im Offensiv- und Defensivkampfe zwischen Arbeit und Kapital gebe. Aber selbst auf wirtschaftlichem Gebiet geht das eine oft in das andere über. Nehmen wir das Beispiel des kürzlichen Streiks der Grubenarbeiter in England. Er begann aus dem Grunde, daß die Grubenbesitzer den Arbeitslohn herabzusetzen beschlossen, er begann also als ein typischer Defensivkampf. Nachdem er aber einmal begonnen hatte, bekam er im Laufe einiger Zeit die Tendenz, sich in einen Offensivstreik zu verwandeln, und endete darauf kraft einer ganzen Reihe von Faktoren wiederum als ein typischer Defensivstreik. Hier ist eine Klassifizierung notwendig. Wir wissen, daß auf wirtschaftlichem Gebiet im großen und

ganzen Epochen wirtschaftlicher Depression Epochen der Aussperrungen und Defensivkämpfe sind; Epochen industriellen Aufstieges sind Epochen von Offensivstreiks und Offensivkämpfen. Das ist alles richtig. Diese Unterschiede machen wir und werden sie machen. Zugleich aber sagen wir: wer „grundsätzlich“ auf einen Angriff gegen das Kapital verzichtet, ist kein Sozialist, sondern ein Lakai des Kapitals. Dies hat auch der III. Kongreß der Kommunistischen Internationale bestätigt und mußte es auch bestätigen. In diesem Sinne hat der III. Kongreß den Offensivkampf nicht abgelehnt und konnte ihn auch nicht ablehnen.

Was aber hat dann der III. Kongreß eigentlich abgelehnt?

Die Streitigkeiten über die Taktik haben teilweise bereits vor dem II. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale im Jahre 1920 begonnen, doch trugen diese Streitigkeiten damals anderen Charakter als kurz vor dem III. Kongreß; wir meinen hier den russisch-polnischen Krieg.

Er begann als ein Krieg, der in strategischer Hinsicht für Sowjetrußland ein Defensivkrieg war und verwandelte sich dann in einen vom strategischen Gesichtspunkt aus offensiven Krieg, während er die ganze Zeit über im tieferen historischen Sinne des Wortes ein Defensivkrieg des russischen Proletariats gegen die polnische Bourgeoisie und die Bourgeoisie der ganzen Welt blieb. Der Krieg Sowjetrußlands gegen das bourgeoise Polen im Jahre 1920 machte die Frage akut, ob es zulässig sei, daß die siegreiche Arbeiterklasse eines Landes den Sozialismus „auf den Spitzen ihrer Bajonette“ in ein anderes, noch von der Bourgeoisie unterdrücktes Land trage. Im Sommer 1920 war dies durchaus keine müßige und eine durchaus nicht nur theoretische Frage. Als die Sowjetarmeen sich Warschau näherten, war diese Frage von höchster Aktualität. Die Reihen der Kommunistischen Internationale und vor allem die russischen

Bolschewiki haben auch die in dieser Weise gestellte Frage vollständig bejahend beantwortet: es ist nicht nur zulässig, sondern auch notwendig, jedoch nur wenn das Kräfteverhältnis es zuläßt. Ein solcher Krieg, der äußerlich manchmal sogar ein Offensivkrieg sein wird, wird im tieferen historischen Sinne ein gerechter, ein Defensivkrieg der unterdrückten Klasse gegen die internationalen räuberischen Kapitalisten sein. Dies war unsere Argumentation. Kurz vor dem II. Kongreß erschien in der Berliner „Roten Fahne“ ein gegen diesen Standpunkt gerichteter Artikel eines polnischen Kommunisten, der damals bei Paul Levi, und anscheinend nicht nur bei diesem, Sympathie fand. Im Grunde genommen sprach durch den Mund des polnischen Verfassers ein beschränkter, wenn auch verfeinerter Nationalismus. Seine ganze Motivierung war ein anschaulicher Beweis dafür. Der II. Kongreß hat keine offizielle Resolution hierüber gefaßt, aber aus allen seinen Debatten und Beschlüssen geht klar hervor, daß die Kommunistische Internationale voll und ganz auf dem Standpunkte der Zulässigkeit einer solchen Offensivtaktik sieht.

Der Verlauf der Kriegereignisse und die allgemeine Situation in Europa hat leider dieses Problem nur gar zu schnell von der Tagesordnung abgesetzt, wenigstens als eine rein praktische Frage. Die Entwicklung Europas hat einen anderen Weg eingeschlagen, als man im Sommer 1920 hätte meinen können und als die Besten aus den Parteien der Kommunistischen Internationale gewollt und erwartet hätten. Vor dem III. Kongreß erhob sich die Frage der Offensivtaktik bereits unter einem ganz anderen Aspekt.

Kurz vor dem III. Kongreß und im besonderen im Zusammenhang mit den Märzereignissen in Deutschland begann eine Richtung zu entstehen und sich herauszuarbeiten, die eine ganze „Offensivtheorie“ aufzustellen bemüht war. Hier handelte

es sich bereits nicht mehr um die Zulässigkeit eines Offensivkampfes der Arbeiterklasse gegen die Kapitalisten überhaupt, nicht um die Zulässigkeit, auf den Spitzen der Bajonette der Arbeiterklasse des siegreichen Landes den Sozialismus in das bourgeoise Land zu tragen, — hier handelte es sich um etwas ganz anderes.

Seit der zweiten Hälfte des Jahres 1920 beginnt die elementare revolutionäre Massenbewegung ihr Tempo ganz deutlich zu verlangsamen, wenigstens in einigen Ländern Europas. Selbstverständlich wird dies nicht lange dauern. Heute, da diese Zeilen geschrieben werden, etwa anderthalb Monate nach dem III. Kongreß, beginnt die Massenbewegung neuerdings zu erwachen. Wir beobachten eine ungeheure Streikwelle, die sich über Frankreich, Polen, die Tschechoslowakei, Italien, Deutschland und einige andere Länder erstreckt. Auf jeden Fall muß aber mit der erwähnten Verlangsamung gerechnet werden.

Gerade hier entstand unter den ungeduldigsten, der Revolution in hohem Grade ergebenen, aber doch nicht genügend weit-sichtigen Elementen der Kommunistischen Internationale folgende Geistesrichtung.

Die Mauer der Passivität muß von einer aktiven Minderheit von Mutigen durchbrochen werden. Gerade jetzt muß die in der Kommunistischen Partei organisierte Minderheit zum Angriff übergehen. Dann wird das Eis in Gang kommen, und die mutige Minderheit wird die ganze Masse mit sich fortreißen.

Statt einer konkreten Analyse der Tatsachen, statt einer nüchternen Berücksichtigung aller Verhältnisse haben diese Genossen in erster Linie den subjektiven Faktor betont. Da diese Genossen nicht in alle Schwierigkeiten der Verhältnisse einzudringen wünschen und vermögen, die Produkte tieflyingender historischer Faktoren sind, so begannen diese ungestümen Genossen zuerst schüchtern und dann auch lauter den Gedanken zu propagieren, daß

gerade jetzt eine Offensivepoche par excellence begonnen habe, daß man zum Zwecke der „Aktivisierung“ der Bewegung nur schneller „beginnen“ müsse und daß es dann schon weiter gehen würde.

Im Frühling dieses Jahres begann diese Tendenz, wie man es jetzt bei einem Rückblick bereits deutlich sieht, in einer ganzen Reihe von Ländern zutage zu treten. Sie war sogar ganz natürlich in der Uebergangszeit von den stürmischen Jahren 1919/20 zum Jahre 1921, als die Verhältnisse sich für kurze Zeit in anderer Weise zu entwickeln begannen. Sie war vielleicht unvermeidlich, diese Tendenz nach links. Aber nichtsdestoweniger wäre sie sehr gefährlich geworden, wenn die Kommunistische Internationale nicht rechtzeitig entsprechende Maßnahmen gegen sie getroffen hätte.

In Deutschland trat diese Tendenz aus einer ganzen Reihe von Gründen, über die wir noch weiter unten reden werden, besonders plastisch zutage. Dasselbst entfaltete sich auch die sogenannte „Offensivtheorie“, wie wir sie oben charakterisierten.

Gerade diese falsche „Theorie“, und nur diese, hat der III. Kongreß der Kommunistischen Internationale abgelehnt.

Er hat jene falsche Theorie abgelehnt, die behauptet, daß wir gerade jetzt in diese Epoche des permanenten Angriffes eingetreten seien. Er lehnte jenen Gedanken ab, daß eine offensichtliche Minderheit zu beliebiger Zeit und im besonderen in einer solchen Zeit, wie wir sie jetzt durchmachen, durch mutigen Versuch eines Aufstandes die Passivität der Massen beseitigen, alle übrigen Schwierigkeiten überwinden und im bewaffneten Handgemeine siegen könne. Er lehnte die Theorie der „Aktivisierung“ der Arbeiterbewegung durch Anwendung „stark wirkender“ Mittel unter Verhältnissen ab, unter denen die Voraussetzungen für einen Aufstand fehlen.

Hierin bestand der Kampf des III. Kongresses gegen die sogenannte „Linke“.

Das bedeutet aber keineswegs, daß der III. Kongreß sich mit jenen Kommunisten einverstanden erklärt hätte, die die Aufgabe unserer Parteien gegenwärtig nur in der reinen Propaganda sehen. Nein, der Kongreß gab sich volle Rechenschaft darüber, daß unsere größten Parteien sich zu direkten Kämpfen vorbereiten müssen, daß diese Kämpfe in der allernächsten Zeit unvermeidlich und notwendig sind und daß letzten Endes keinerlei partielle Niederlagen in diesen Teilkämpfen unseren Sieg aufhalten werden. Der Kongreß hat in seiner Resolution über die Taktik darauf hingewiesen, daß bei dem heutigen labilen „Gleichgewicht“ Europas ein beliebiger großer Streik oder sogar ein beliebiger Parlamentskonflikt den Anlaß zur Revolutions-Ouverture, zum unmittelbaren Kampf um die Macht abgeben könne. Die Ereignisse bestätigen durch ihre Entwicklung nach dem Kongreß diese Prognose vollständig. Es genügt ein toller Schuß eines deutschen Weißgardisten auf den Abgeordneten Erzberger, um das ganze Gleichgewicht Deutschlands ins Schwanken zu bringen. Und es wird sich niemand wundern, wenn die beginnende Krisis in mehr oder weniger kurzer Zeit in Deutschland zu fast entscheidenden Kämpfen führen wird. Es ist auch durchaus nicht unmöglich, daß die ungeheure Streikwelle, die in Polen begonnen hat, auch hier zu einer solchen Krisis führen würde, die die Frage des Uebergangs der Macht an die Arbeiterklasse akut machen würde. Der Beginn der proletarischen Revolution in Polen oder Deutschland verschärft selbstverständlich sofort die ganze Lage um das Hundertfache und stellt alle Fragen der proletarischen Weltrevolution auf die Tagesordnung.

Das alles hat der III. Kongreß der Kommunistischen Internationale vorausgesehen,

vorausgesagt und in seinen Berechnungen berücksichtigt. Aber gerade deshalb, weil es in Europa kein festes Gleichgewicht gibt, gerade deshalb, weil die „Mauer der Passivität der Massen“ nur eine eingebaute Mauer ist, gerade deshalb sind unüberlegte bewaffnete Aktionen und Abenteuer besonders gefährlich, die bei der heutigen Lage der Dinge den Kommunisten bei den Arbeitermassen nur schaden und folglich der Bourgeoisie helfen können.

Der Kampf gegen die sogenannten Linkstendenzen ist für die Kommunistische Internationale durchaus keine Neuheit. Bereits auf dem II. Kongreß der Kommunistischen Internationale führten wir einen entscheidenden Kampf gegen diese Tendenzen, wie sie in der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands, bei den Industriearbeitern der Welt, in den Fabrik- und Werkkomitees Englands und bei den Syndikalisten Frankreichs und Spaniens zutage traten. Dieser Kampf ist auf dem II. Kongreß richtig durchgeführt worden und hat darum einen Erfolg gezeitigt, der die besten Elemente der obengenannten Organisationen in unsere Reihen geführt hat. Auf dem III. Kongreß mußten wir den Kampf gegen die Linkstendenzen innerhalb der kommunistischen Parteien selbst durchführen, und wir sind überzeugt, daß der Erfolg kein geringerer sein wird.

Aber, sagte man uns auf dem III. Kongreß, lohnt es sich denn, so leidenschaftlich gegen die Linkstendenzen vorzugehen, wenn diese „Linke“ überhaupt nicht groß ist und wenn die „Rechte“ im Gegenteil sehr stark ist? Man sagte uns, daß die Kommunistische Internationale rechts von sich sowohl die deutsche Sozialdemokratie, als auch Amsterdam, die ganze Zweite Internationale, die Zweieinhalb-Internationale, die italienische Mehrheit usw. stehen habe. Und links — da stehen nur kleine Gruppen, die zudem von der heißesten Sehnsucht und ungewöhnlichsten Treue zur Kommunistischen Internationale durchglüht sind. Diese Betrachtungsweise

ist eine zu sehr vereinfachte. Schon in unserer Rede über die taktische Frage mußten wir auf dem Kongreß selbst darauf hinweisen. Es handelt sich nicht darum, wieviel Organisationen rechts von uns stehen und wieviele von der Linkstendenz infiziert sind, es handelt sich vielmehr darum, welche inneren Gefahren in dieser oder jener Tendenz liegen. Der Hauptfeind steht natürlich rechts von uns, die Kommunistische Internationale führt stets mit ihrer ganzen Front den Kampf nach rechts gegen die Bourgeoisie, gegen Amsterdam, gegen die Zweite und die Zweieinhalb-Internationale, gegen die Gompers, Scheidemänner und Co. Aber gerade um in diesem Hauptkampf zu siegen, muß die Kommunistische Internationale eine von Linkstendenzen freie Taktik haben. Die Rechte ist selbstverständlich der Hauptfeind. Sie ist, wie sich die Deutschen ausdrücken, der Feind. Der Kampf gegen die Bourgeoisie ist zu gleicher Zeit ein Kampf gegen ihre Agenten aus der Zweiten und der Zweieinhalb-Internationale und aus der Amsterdamer Internationale. Das ist alles richtig. Aber das ist es ja eben, daß die Linkstendenz, ohne es selbst zu wollen und zu ahnen, die Re c h t s t e n d e n z unterstützt und uns daran hindert, über sie zu siegen.

Es handelt sich nicht um die Zahl der Anhänger der sogenannten äußersten Linken, es handelt sich um die Tendenz. Ein kleines Beispiel wird die Sache am besten erläutern. Auf dem II. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale definierten wir unser Verhältnis zu den Gewerkschaften. Jeder vernünftige Kommunist versteht jetzt, daß, wenn wir die Gewerkschaften nicht von innenher für uns gewonnen haben, wir auch nicht die Bourgeoisie und folglich auch die Sozialpatrioten werden besiegen können. Aber bereits auf dem II. Kongreß war eine Gruppe entstanden, die unsere Beteiligung an den Gewerkschaften bekämpfte und

mehr oder weniger deutlich die Losung des Austrittes der Kommunisten und Revolutionäre aus den Gewerkschaften vertrat. Für diese angebliche „linke“ Losung traten auf dem II. Kongreß der Kommunistischen Internationale einige Deutsche, Engländer und Amerikaner ein. Es waren ihrer nicht viele und sie bildeten eine kleine Gruppe auf dem II. Kongreß. Quantitativ war diese extreme Linke durchaus ungefährlich. Stellen wir uns aber einmal vor, der II. Kongreß hätte die Gefahr dieser angeblich linken Tendenz in der Gewerkschaftsfrage nicht berücksichtigt, hätte sie nicht bemerkt, wäre an ihr vorübergegangen oder hätte sie bis zu einem gewissen Grade geduldet. Was wäre dann geschehen? Die verderblichen Folgen für die Kommunistische Internationale wären zahllos gewesen. Statt eine richtige Gewinnung der Gewerkschaften für uns zu erzielen, wie wir sie begannen und im Laufe eines Jahres stark förderten, hätten wir die Gewerkschaften den Gompers, Jouhaux, D'Aragona, Fimmen und Co. überlassen. Quantitativ war diese angebliche Linke auf dem II. Kongreß ganz gering, aber die von ihr vertretene Tendenz war für die künftigen Schicksale der Kommunistischen Internationale im höchsten Grade gefährlich.

Das Gleiche gilt in noch höherem Maße von der sogenannten Linkstendenz in der Form, wie sie vor dem III. Kongresse entstand.

Wir haben eine sehr komplizierte und schwierige Situation innerhalb der Arbeiterbewegung der ganzen Welt vor uns. Die Kommunisten werden sich klar und genau Rechenschaft über die Kompliziertheit der Lage abgeben und neue Wege finden müssen, um an die Massen heranzutreten. Statt dessen ging die ungestüme „Linke“ in einer Weise vor, daß sie das ganze aufgesparte organisatorische Parteikapital hätte zum Schornstein hinausfliegen lassen können, ohne dabei nicht nur die Massen nicht herangezogen zu haben,

sondern indem sie im Gegenteil die Massen auf lange Zeit gerade in das Lager der Sozialpatrioten und Zentristen getrieben hätte.

Der III. Kongreß der Kommunistischen Internationale hätte zweifellos dies wieder gutmachen müssen und, soweit dies unvermeidlich war, der Linkstendenz den entschiedenen Kampf erklären sollen. Eine Reihe von Genossen, darunter auch die Führer der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands, haben sich zweifellos eines zu schulden kommen lassen: sie haben den Moment nicht richtig gewählt. Und soweit sie nicht auf ihrem Fehler bestehen und die falsche „Offensivtheorie“ offen aufgeben (und wir haben allen Grund, zu behaupten, daß ein bedeutender Teil der deutschen Genossen von diesem Irrtum tatsächlich abgerückt ist), kann die Frage als erschöpft betrachtet werden, und die Kommunistische Internationale braucht nur noch aus den begangenen Fehlern ihre Lehren zu ziehen und diese sich zu Nutzen zu machen. Soweit aber in Deutschland (die Gruppe des Genossen Maslow) und vielleicht auch in anderen Ländern *) sich Genossen oder Gruppen

*) Ein Beispiel dafür, wie die kommunistische Propaganda nicht betrieben werden soll, gibt die Zeitung „Der Kampf“, das Organ der Kommunistischen Partei in Luxemburg. In der Nummer vom 20. Juli 1921 endet der mit dem Titel „Der Weg der Revolution“ überschriebene Leitartikel mit folgenden Worten, die plakartig in großer Schrift gedruckt sind:

„Darum, Genossen Luxemburgs, sammelt vor allem im Bündnis mit Euren Brüdern in den Nachbarstaaten Euren Willen zum Kampf, sammelt Waffen aller Art:

— Gewehre! — Handgranaten! — Maschinengewehre! — Geschütze!

Schafft illegale Kampforganisationen:

— Auf allen Straßen! — In allen Fabriken! — In allen Bezirken! — Im ganzen Land!

Industrie- und Landarbeiter, bereitet Euch zum Bürgerkrieg vor!“ (Der Kampf Nr. 35.)

Es ist klar, daß die Arbeiter durch derartige lärmvolle „Agitation“ um kein Geschütz und nicht einmal um eine Handgranate mehr bekommen werden, und man wird über solche „Linkskommunisten“ nur mit Recht lachen.

von Genossen finden werden, die den begangenen Fehler zu einer Theorie erheben, sie zu einer Perle der Schöpfung machen, auf diesem Radikalismus hartnäckig bestehen bleiben wollen, so wird die Kommunistische Internationale gegen diese „Richtung“, die dem russischen Revokationismus sehr ähnlich ist, den hartnäckigsten Kampf führen müssen.

Was hat es mit dem Revokationismus in der russischen Arbeiterbewegung für eine Bewandnis?

Die ausländischen Genossen, die jetzt sehr gut mit der durch das Wort „Menschewismus“ charakterisierten Richtung vertraut sind, werden jetzt auch noch die andere Richtung näher kennen lernen müssen, die durch das Wort „Revokationismus“ (Otsowism) charakterisiert ist. Auf dem Höhepunkt der Gegenrevolution in Rußland im Jahre 1903 spaltete sich von den Bolschewiki eine Gruppe extrem linker Genossen ab, die uns Bolschewisten des Opportunismus beschuldigten und eine Revokation (Zurückberufung — Otsyw) der Mitglieder der sozialdemokratischen Dumafraktion aus der Staatsduma forderten (daher der Name „Otsowisten“ — Revokationisten). Bereits vorher hat diese Gruppe der linken Bolschewisten den Boykott der Wahlen für die dritte Staatsduma propagiert, da sie der Meinung war, daß die Beteiligung an den Wahlen für eine solche Duma dem Verrat an der Arbeiterklasse gleichkomme.

Die ausländischen linken Genossen meinen zuweilen, daß der Revokationismus sich auf den Boykottismus beschränke. Und da diese ausländischen Genossen heute keinen Boykott der parlamentarischen Einrichtung vorschlagen, so sind diese heutigen „Linken“ der Meinung, daß sie mit dem Revokationismus nichts gemein haben und daß wir sie unnütz beschuldigen, wenn wir sie mit den Revokationisten vergleichen. In Wirklichkeit verhält es sich hiermit nicht so einfach. Der Boykottismus war in Wirklichkeit

einer der charakteristischsten Züge der revokationistischen Richtung, doch erschöpfte sich diese Richtung nicht im Boykottismus.

Der Revokationismus entstand und entfaltete sich in Rußland gerade in jenen Jahren, die zwischen den zwei Revolutionswellen lagen. In den Jahren 1906—07 hatte sich die revolutionäre Welle endgültig gelegt, die im Jahre 1905 so hoch gestiegen war. In den Jahren 1911/12 beginnt bereits ein neues Auffluten, das sich nach dem Streik in den Betrieben am Lena-Fluß heftig zu verstärken beginnt. Zwischen den Jahren 1907 und 1911 liegt eine ganze Periode krasser Reaktion, des Verfalles auch unter den Arbeitern, des Wachstums der menschewistischen Gesinnung (der liquidatorischen, wie man sich damals ausdrückte), von Verraten, partiellen Niederlagen usw. Im Laufe dieser vier Jahre versuchten der Zarismus und die Bourgeoisie, den Bolschewismus ein für allemal zu vernichten. Sie gaben den Menschewisten ein gewisses Legalitätsmonopol und verfolgten uns Bolschewisten auf jede Weise. Sie provozierten uns zu einem vorzeitigen Kampf, um die bolschewistische Bewegung im Arbeiterblut zu ertränken und uns jeglicher Wurzeln in der Arbeiterklasse zu berauben. Es stellte sich zwischen Stolypin, der russischen liberalen Bourgeoisie (den Kadetten), den Menschewisten und den rechten Sozialrevolutionären eine ziemlich komplizierte und fein durchdachte Kooperation ein, die gerade darauf gerichtet war, die Bolschewisten jeglicher Basis in der Arbeiterbewegung zu berauben, sie in eine verknöcherte Sekte zu verwandeln, sie zu zwingen, zu ohnmächtigen und unfruchtbaren Schreiern zu entarten. In dieser Zeit war es unsere Aufgabe, um jeden Preis den engen Zusammenhang mit den Arbeitermassen aufrecht zu erhalten und zu gleicher Zeit der Revolutionsfahne treu zu bleiben. Wir mußten lernen, ohne zu murren und zu prahlen, uns an allen, sogar

den gewöhnlichsten legalen und halblegalen Organisationen der Arbeiter zu beteiligen; wir mußten auf Schritt und Tritt die Verräterei der Menschewisten entlarven. Zu gleicher Zeit durften wir uns aber unter keinen Umständen auf Phrasen beschränken, sondern mußten bei der mühseligen Kleinarbeit des Alltags und in der parlamentarischen Dumafraktion, in den legalen und halblegalen Gewerkschaften, in den Kooperativen, den Arbeiterklubs, den Turn- und Musikvereinen, in der zensierten Arbeiterpresse usw. usw. in den ersten Reihen stehen. In den Reihen der Revokationisten standen damals nicht wenige vortreffliche, der Revolution treu ergebene Arbeiter. Auch unter den Führern der Revokationisten waren nicht wenige alte Parteiarbeiter, intellektuelle Bolschewisten, die später in unsere Reihen zurückkehrten. Aber in diesen, wenn auch schweren düsteren Uebergangsjahren, in denen das künftige Schicksal der bolschewistischen Partei wahrhaft entschieden wurde, vernichteten die extremen linken Revokationisten in Wirklichkeit den Bolschewismus und unterstützten die Menschewisten. Durch ihre revolutionäre Ungeduld, durch ihr voreiliges Handeln, durch ihren Versuch, die Partei den Schlägen in einer Zeit bloßzustellen, da die Massen noch nicht kampfbereit waren, durch ihren dummen Boykottismus, ihre revolutionäre Phrase, ihre unsinnige Theorie, die Bewegung dadurch „aktivisieren“ zu können, daß die kleine Partei die großen Arbeitermassen zu ersetzen versucht — durch all dies war der Revokationismus in der erwähnten Epoche für die Revolution außerordentlich gefährlich.

Und wir Bolschewisten waren gezwungen, einen langen und erbitterten Kampf gegen die revokationistische Linkstendenz durchzuführen. Es kam zu einer direkten Spaltung. Offiziell von uns abgespalten, gelangten die Revokationisten durch die Logik der Dinge und durch die Logik ihres inneren falschen Standpunktes sehr bald

dahin, daß sie mit den Menschewisten gegen uns einen Block bildeten. Je näher der Auftakt der Revolution kam, desto mehr ließ der Revokationismus nach, desto entschlossener begannen die besten Arbeiter, die früher die Revokationisten unterstützt hatten, in unsere Reihen, in die Reihen der Bolschewisten zurückzukehren. Sie sahen ein, wie recht wir gegen die linken Schreihälse hatten. Sie überzeugten sich davon, daß nur dank unserer Taktik die Verbindung mit den Massen aufrecht erhalten geblieben und unsere Partei erhalten geblieben war nicht als eine Sekte linker Phrasenhelden, sondern als eine Führerin der Massen. Die zweite russische Revolution begann tatsächlich schon vor dem Kriege des Jahres 1914. Der Krieg hat sie nur beschleunigt. Die Macht der bolschewistischen Kerntruppe bestand darin, daß die Partei in der schwersten Zeit die Verbindung mit den Massen aufrecht erhalten hatte und dann einige Jahre später die ganze Arbeiterklasse in den Entscheidungskampf gegen die Bourgeoisie geführt und im Oktober 1917 den Sieg davongetragen hat.

Wir sehen vollständig ein, daß die Epoche, die die internationale Arbeiterklasse gegenwärtig durchmacht, sich in sehr vielem von jener Epoche unterscheidet, die die russische Revolution in den Jahren 1907 bis 1910 durchmachte. Wir vergessen keinen Augenblick, daß der imperialistische Krieg und die auf den Krieg folgenden Revolutionsereignisse sehr vieles verändert haben. Wir wollen durchaus keine Parallele ziehen, wir wollen keine Gleichung aufstellen, wir operieren nicht mit verallgemeinernden Vergleichen, aber wir sagen: bei allen Unterschieden sind auch ähnliche Züge zwischen jener Epoche der russischen Revolution, von der wir reden, und der heutigen internationalen Lage vorhanden.

Im großen und ganzen macht die internationale Arbeiterklasse gegenwärtig auch zweifellos eine Epoche zwischen zwei

revolutionären Auftakten durch. Die elementare Massenerhebung, die gegen Ende des imperialistischen Krieges begann und ganz Europa im Laufe von ein bis zwei Jahren erschütterte, hat sich jetzt hier und da gelegt und auf jeden Fall ruhigere Formen angenommen. In einer ganzen Reihe von Ländern ist die Bourgeoisie zum Angriff auf die Arbeiter übergegangen. Die bourgeoise Reaktion wütet in vollem Maße. Der Fascismus, die Orgesch und andere weißgardistische bourgeoise Organisationen werden den Kapitalismus natürlich nicht vor dem Untergang retten, aber diese Organisationen und ihr Aufblühen sind erst jetzt möglich geworden, nachdem die Bourgeoisie wieder zu Kräften gekommen ist und uns stellenweise in die Defensive zurückgeworfen hat.

Das bedeutet aber durchaus nicht, daß die Revolution beendet ist, wie Hilferding und Co. meinen, das bedeutet durchaus nicht, daß die Jahre 1919/20 der Kulminationspunkt der revolutionären Erhebung waren und daß weiter der revolutionäre Alltag kommt, bei dem die Arbeiter sich nur noch an eine nüchterne trade-unionistische oder, was das gleiche ist, an die sozialdemokratische Taktik halten müssen. Keineswegs! In den Jahren 1908/09 war die Stolypinsche Reaktion in Rußland auf der Höhe ihrer Erfolge. Die Menschewiki predigten, daß die Revolution beendet sei, daß wir den Kampf für die konstitutionelle Monarchie beginnen müßten, zu einer gemäßigten und akuraten, geleckten, zuverlässigen, „europäischen“ sozialdemokratischen Partei werden müßten. Wir Bolschewisten dagegen ließen während des Kampfes gegen die Linkstendenz keinen Augenblick den Umstand aus dem Auge, daß die von der Revolution des Jahres 1905 gestellten objektiven Aufgaben nicht gelöst sind, daß sich neuer Zündstoff ansammelt und daß der Verlauf der sozialen Entwicklung unvermeidlich zu einer neuen, viel mächtigeren Revolution als der des Jahres 1905 führen wird.

Das gleiche ist jetzt der Fall — jedoch in internationalem Maßstabe. Die deutsche Sozialdemokratie druckt das Projekt eines neuen Programms, aus dem selbst ein Blinder ersehen muß, daß die deutsche Sozialdemokratie sich vor aller Augen ganz offenkundig aus einer sozialistischen Partei in eine bourgeois-demokratische Partei mit friedlicheren Reformen verwandelt. Die blindgeborenen „Führer“ der deutschen Sozialdemokratie vermeiden in ihrem Projekt des neuen Programms sogar die Anwendung des Wortes „Klassenkampf“ sorgfältig, sie fürchten sich vor dem Klassenkampf wie der Teufel vor dem Weihrauch. Sie sind im tiefsten Herzen davon überzeugt, daß die Bourgeoisie alle auf den Krieg folgenden Schwierigkeiten bereits ganz überwunden hat und daß die bürgerliche Gesellschaftsordnung noch hundert Jahre bestehen werde, indem sie sich ständig „erneuert“ und „demokratisiert“. Von der gleichen Perspektive gehen im Grunde genommen die Unabhängigen Sozialdemokraten Deutschlands und die ganze von ihnen inspirierte Zweieinhalb-Internationale aus. Als Crispian bereits in Halle die heutige Lage mit der Lage Europas im Jahre 1849 verglich, wollte er damit sagen, daß, wie damals die Welle der Revolution durch das Jahr 1848 zum Abschluß kam, auch heute die Welle der revolutionären Bewegung mit dem Jahre 1919 ihren endgültigen Abschluß gefunden habe. Genau so denken auch die italienischen Reformisten und mit ihnen Serrati. Es ist wiederum eine Behandlung der Frage, die in sehr vielen Beziehungen an jene Behandlung der Frage erinnert, die ihr die russischen Menschewisten in den genannten Reaktionsjahren zuteil werden ließen. Martow und Dan stellten schon damals folgende Frage: was erleben wir jetzt, das Jahr 1847 oder das Jahr 1849? Und ohne zu zaudern antworteten sie: selbstverständlich das Jahr 1849, denn das Jahr 1847 bedeutete den Vorabend der

Revolution, das Jahr 1849 das Ende der Revolution. Die Bolschewisten irrten sich damals im Tempo, als sie annahmen, daß die neue Revolution viel schneller beginnen werde, als sie in Wirklichkeit begonnen hat. Niemand konnte ahnen, daß die Gegenrevolution in Rußland nach dem Jahre 1905 ein ganzes Jahrzehnt dauern würde. Die Bolschewisten konnten damals nicht voraussagen, ob das damals entstandene labile Gleichgewicht zwei, vier oder zehn Jahre dauern werde. Aber als Marxisten konnten sie sehr gut voraussehen und taten es auch, daß eine zweite Revolution unvermeidlich ist, und in diesem Sinne hatten sie recht, als sie die Hypothese vom „Jahre 1849“ ablehnten.

Das gleiche ist heute der Fall. Da wir keine Propheten sind, so kann niemand unter uns genau sagen, wieviel Monate oder Jahre bis zum ersten neuen Sieg der proletarischen Revolution im ersten jener drei Länder verstreichen werden, die tatsächlich für die Schicksale der Weltrevolution entscheidend sind. Eins aber wissen wir sicher, und eine neuerliche Revision der wirtschaftlichen Lage Europas hat uns auf dem III. Kongreß nochmals hierin bekräftigt: die Revolution ist noch nicht beendet; die Zeit ist nicht mehr weit entfernt, da neue Kämpfe beginnen werden, die Europa und die ganze Welt viel stärker erschüttern werden als alle vorausgegangenen Kämpfe zusammengenommen.

Der III. Kongreß der Kommunistischen Internationale ist auf Grund nüchternster Revision aller wichtigsten Entwicklungsfaktoren zu der unerschütterlichen Ueberzeugung gelangt, daß sie nicht mehr weit hinter den Bergen ist . . .

In der Kulminationsperiode der Revolution in Rußland in den Jahren 1907 bis 1911 sagten die Bolschewisten: objektiv fährt die Lage fort, revolutionär zu bleiben. Die Aufgaben der Revolution sind nicht gelöst. Unsere Hauptperspektive,

unser Leitstern, der unser ganzes Programm und unsere ganze Taktik bedingt, ist die Unvermeidlichkeit einer neuen Revolution. Gegenwärtig ist vorübergehend ein äußeres labiles Gleichgewicht eingetreten. Aber gerade deshalb, weil die neue Revolution unvermeidlich ist, werfen wir auch weiterhin als Partei, als Avantgarde der Arbeiterklasse, unser Gewicht in die Wagschale der Revolution und früher oder später wird unsere Wagschale das Uebergewicht bekommen.

Die Behandlung dieser Frage, die vom III. Kongreß der Kommunistischen Internationale jetzt im internationalen Maßstabe angenommen wurde, ist im grundlegenden die gleiche. Jeder, der auch nur entfernt auf die Perspektive einer neuen Revolution verzichtet hat, hat aufgehört, Kommunist zu sein, ist in das Lager der Zweiten oder der Zweieinhalb-Internationale übergelaufen, ist nicht mehr unser Genosse. In diesem Sinne bleibt der Kampf gegen die Rechte über alles übrige dominierend. Aber gerade zu dem Zwecke, damit unsere Vorbereitung einer siegreichen proletarischen Revolution sich nicht in eine Phrase verwandle, müssen wir einen ebensolchen geistigen Kampf gegen die Linkstendenz durchführen, wie ihn seinerzeit die Bolschewisten gegen die Revokationisten durchgeführt haben.

Das ist ein Vergleich, der durchaus nicht an den Haaren herbeigezogen ist. Der Bazillus des Revokationismus fliegt in der Luft herum. Der Neorevokationismus mußte in einer so qualvollen Epoche

entstehen, wie sie gegenwärtig die internationale Arbeiterbewegung durchmacht. Und nur in dem Falle, wenn der vorgeschrittenste Teil der Kommunisten rechtzeitig die Lehren der Vergangenheit zu berücksichtigen verstehen wird, werden wir sozusagen die Produktionsunkosten verringern und der Kommunistischen Internationale den inneren Kampf ersparen können.

Dies und nichts anderes meinte der III. Kongreß der Kommunistischen Internationale mit seinem Kampfe gegen die sogenannte „Linke“. Wenn Genosse Hoeglund in der Zeitung „Politiken“ (Nr. 149) schreibt, das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Rußlands hätte auf dem III. Kongreß eine „gemäßigtere“ Richtung repräsentiert, wenn er sagt, „die Hauptidee dieser Richtung besteht kurzgesagt darin, daß die Weltrevolution eine längere Periode revolutionärer Kämpfe erfordern würde und daß darum unsere Taktik auf ein entfernteres Ziel eingestellt sein müsse und nicht von der Perspektive eines unmittelbar bevorstehenden Umsturzes ausgehen darf“, wenn Genosse Hoeglund dies sagt, so verwechselt er Richtiges mit Unrichtigem. Daß die Weltrevolution eine ganze lange Epoche revolutionärer Kämpfe einnehmen wird, das wußten die Kommunisten bereits vor dem Sieg der russischen Revolution, davon sprach die Zimmerwalder Linke bereits im Jahre 1915. In diesem Sinne braucht sich unsere Taktik kein „entfernteres Ziel“ zu wählen. „Das Ziel kann das alte bleiben . . .“

G. Sinowjew.

Die Taktik der Kommunistischen Partei Rußlands.

(Rede auf dem III. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale.)

Um die Taktik unserer Partei zu begründen, glaube ich mit der internationalen Lage beginnen zu müssen. Sie haben schon die ökonomische Lage des Kapitalismus im inter-

nationalen Maßstabe eingehend diskutiert, und es gibt auch bereits eine Resolution des Kongresses darüber. Ich behandle diese Frage in meinen Thesen ganz kurz, nur vom politischen

Standpunkte aus. Die ökonomische Grundlage berühre ich nicht. Ich glaube aber, daß in der internationalen Lage unserer Republik politisch damit zu rechnen ist, daß heute ein gewisses Gleichgewicht der Kräfte eingetreten ist. Allerdings nur in ganz beschränktem Sinn, ein Gleichgewicht der Kräfte, die gegeneinander offen und militärisch den Kampf führten um die Herrschaft der einen oder der anderen Hauptklasse, ein Kampf der Mitglieder der bürgerlichen Gesellschaft, der gesamten internationalen Bourgeoisie gegen Sowjetrußland. Nur in bezug auf diesen militärischen Kampf behaupte ich, daß ein gewisses Gleichgewicht in der internationalen Lage eingetreten ist. Es muß natürlich betont werden, daß hier nur von einem relativen Gleichgewicht, von einem höchst unsicheren Gleichgewicht die Rede ist. Es ist soviel Zündstoff in den kapitalistischen Ländern, die früher nur als Objekte der Geschichte und nicht als Subjekte betrachtet worden sind, in allen Kolonialländern und Halbkolonialländern vorhanden, daß es absolut möglich ist, daß in diesen Ländern früher oder später ganz unerwartet revolutionäre Ausbrüche, große Kämpfe und Revolutionen entstehen werden. In den letzten Jahren haben wir die direkten Kämpfe der internationalen Bourgeoisie gesehen, die darauf hinzielten, die erste proletarische Republik zu erwürgen. Darauf konzentrierte sich die ganze weltpolitische Situation, und eben in dieser weltpolitischen Situation ist jetzt eine Aenderung eingetreten. Insofern der Versuch der internationalen Bourgeoisie, unsere Republik zu erwürgen, mißlungen ist, insofern ist auch ein Gleichgewicht, natürlich ein sehr unsicheres Gleichgewicht, eingetreten.

Natürlich verstehen wir ganz gut, daß die internationale Bourgeoisie jetzt viel stärker ist als unsere Republik, und daß nur eine ganz eigenartige Summe von Erscheinungen diese internationale Bourgeoisie daran hindert, den Krieg gegen uns fortzusetzen. Schon in den letzten Wochen, in den letzten Tagen konnten wir wieder einen neuen Versuch im Fernen Osten sehen, eine Invasion zu erneuern, und es unterliegt keinem Zweifel, daß derartige Versuche auch weiter fortgesetzt werden. Darüber herrscht in unserer Partei kein Zweifel. Wichtig ist aber für uns, offen festzustellen, daß wir dieses unsichere Gleichgewicht sehen, und daß wir diese Atempause ausnützen müssen, indem wir die charakteristischen Merkmale der momentanen Lage in Erwägung ziehen und unsere Taktik den Eigen-

artigkeiten der gegenwärtigen Situation anpassen, ohne nur einen Augenblick zu vergessen, daß die Notwendigkeit militärischer Kämpfe über Nacht wieder über uns hereinbrechen kann. Die Organisation der Roten Armee, ihre Kräftigung bleibt nach wie vor unsere Aufgabe. Und bezüglich der Ernährungsfrage müssen wir ebenfalls noch auf dem Standpunkte verharren, daß wir in erster Reihe an unsere Rote Armee denken müssen. In der gegebenen internationalen Lage, jetzt, wo wir noch immer neue Angriffsversuche, neue Invasionsversuche der internationalen Bourgeoisie erwarten müssen, können wir keinen anderen Weg einschlagen. In bezug auf unsere praktische Politik aber hat die Tatsache und die Anerkennung der Tatsache, daß in der internationalen Lage ein gewisses Gleichgewicht eingetreten ist, die Bedeutung, daß wir bekennen müssen, daß die revolutionäre Bewegung wohl vorwärts geschritten ist, daß aber die Entwicklung der internationalen Revolution in diesem Jahre nicht so geradlinig verlaufen ist, wie wir erwartet haben.

Als wir seinerzeit die internationale Revolution begannen, taten wir es nicht in dem Glauben, in der Entwicklung der Revolution voranzuschreiten, sondern deshalb, weil eine Menge von Umständen uns veranlaßten, die Revolution beginnen zu lassen. Wir dachten uns, entweder kommt uns die internationale Revolution zu Hilfe, dann ist unser Sieg ganz sicher, oder wir leisten unsere bescheidene revolutionäre Arbeit und leisten sie in dem Bewußtsein, daß wir selbst im Falle unserer Niederlage der Sache der Revolution nutzen, weil, gewitzigt durch unsere Erfahrungen, die anderen Revolutionen die Möglichkeit haben, es besser zu machen. Es war uns klar, daß ohne die Unterstützung der internationalen Weltrevolution der Sieg der proletarischen Revolution unmöglich ist. Wir dachten schon vor der Revolution und auch später daran: entweder kommt gleich oder zum mindesten in sehr rascher Aufeinanderfolge die Revolution in den übrigen Ländern, in den kapitalistisch mehr entwickelten Ländern, oder aber wir müssen unterliegen. Trotz dieses Bewußtseins taten wir alles, um das Sowjetsystem unter allen Umständen aufrecht zu erhalten, denn wir wußten, daß wir nicht für uns, sondern auch für die internationale Revolution arbeiten. Wir haben das gewußt. Wir haben dieser unserer Auffassung wiederholt Ausdruck gegeben, vor der Oktoberrevolution ebenso wie unmittelbar nach der Oktober-

revolution und während des Brest-Litowsker Friedens. Das war natürlich richtig. Es war richtig im allgemeinen.

Indessen war die Bewegung in Wirklichkeit nicht so geradlinig, wie wir erwartet haben. In den anderen großen, kapitalistisch am meisten entwickelten Ländern ist die Revolution bisher nicht eingetreten. Die Revolution entwickelt sich wohl — wir können das mit Befriedigung feststellen — in der ganzen Welt. Und nur diesem Umstande haben wir es zu verdanken, daß die internationale Bourgeoisie, obwohl sie ökonomisch und militärisch hundertmal stärker ist als wir, nicht imstande ist, uns zu erwürgen.

Wie diese Lage zustande gekommen ist, und welche Folgerungen wir daraus ziehen müssen, behandle ich im zweiten Paragraph der Thesen und will noch hinzufügen, daß die Schlußfolgerung, die ich daraus ziehe, die folgende ist: die Entwicklung der internationalen Revolution, die wir prophezeit haben, macht Fortschritte. Aber dieser Fortschritt ist nicht so geradlinig, wie wir erwartet haben. Es ist auf den ersten Blick klar, daß in den anderen kapitalistischen Ländern nach dem Frieden, wie schlecht dieser Friede auch sein mag, es nicht gelungen ist, die Revolution zu enttachen, obwohl die Ansätze dafür — wie wir wissen — sehr groß und sehr zahlreich waren, viel größer und viel zahlreicher, als wir glaubten. Jetzt beginnen Broschüren zu erscheinen, die uns zu erzählen wissen, daß in den letzten Jahren und in den letzten Monaten in Deutschland und in Holland diese revolutionären Ansätze viel größer waren als wir ahnten. Was sollen wir jetzt tun? Jetzt ist die gründliche Vorbereitung der Revolution und das grundsätzliche Studium der konkreten Entwicklung in den entwickelteren kapitalistischen Ländern notwendig. Das ist die erste Lehre, die wir aus der internationalen Lage ziehen müssen. Für unsere russische Republik aber müssen wir diese auch noch so kurze Atempause dazu benützen, unsere Taktik dieser Zickzacklinie der Geschichte anzupassen. Politisch ist dieses Gleichgewicht bedeutungsvoll, weil wir klar sehen, daß eben in den westeuropäischen Ländern, wo die große Masse der Arbeiterklassen, in mehreren Ländern höchstwahrscheinlich auch die große Mehrheit der Bevölkerung, organisiert ist, die Hauptstütze der Bourgeoisie gerade die feindlichen Organisationen der Arbeiterklasse in der Zweiten und der Zweieinhalb-Internationale bilden. Hierüber spreche ich im Paragraph 2 der Thesen und glaube hier

nur zwei Punkte berühren zu müssen, die in unserer Diskussion über die Frage der Taktik schon erörtert wurden. Erstens, die Eroberung der Mehrheit des Proletariats. Je organisierter das Proletariat in einem entwickelten kapitalistischen Lande ist, um so mehr Gründlichkeit in der Vorbereitung der Revolution erfordert die Geschichte von uns, und mit um so mehr Gründlichkeit müssen wir die Mehrheit der organisierten Arbeiterschaft erobern. Andererseits ist die Hauptstütze des Kapitalismus in den industriell entwickelten kapitalistischen Ländern gerade der Teil der Arbeiterschaft, der in der Zweiten und Zweieinhalb-Internationale organisiert ist. Ohne sich auf diesen Teil der Arbeiter stützen zu können, ohne innerhalb der Arbeiterschaft diese Elemente der Gegenrevolution zu haben, würde die internationale Bourgeoisie absolut außerstande sein, sich weiter zu halten.

Ich möchte noch hier die Bedeutung der Bewegung in den Kolonien betonen. In bezug auf diese Frage sehen wir in allen alten Parteien, in allen bürgerlichen und kleinbürgerlichen Arbeiterparteien der Zweiten und Zweieinhalb-Internationale noch immer die Reste der sentimentalischen Auffassung; sie sind voller Sympathie für die unterdrückten Kolonial- und Halbkolonialvölker. Man betrachtet die Bewegung in den Kolonialländern noch immer als kleine nationale friedliche Bewegung. Dem ist aber nicht so. Seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts ist in dieser Beziehung eine große Wandlung eingetreten, nämlich Millionen und Abermillionen, die faktische große Mehrheit der Bevölkerung der Erde, treten jetzt als selbständige aktive revolutionäre Faktoren auf. Und es ist klar, daß in den kommenden entscheidenden Schlachten der Weltrevolution, die ursprünglich auf die nationale Befreiung gerichtete Bewegung der Mehrheit der Bevölkerung der Erde gegen den Kapitalismus und Imperialismus vielleicht eine viel größere revolutionäre Rolle spielen wird, als wir alle erwartet haben. Es ist wichtig, zu betonen, daß wir zum erstenmal in unserer Internationale die Vorbereitungen für diesen Kampf in Angriff genommen haben. Natürlich sind auf diesem großen Gebiete die Schwierigkeiten viel größer, aber jedenfalls geht die Bewegung vorwärts, und die Massen der Arbeitenden, die Bauern der Kolonialländer werden, obwohl sie jetzt noch sehr zurückgeblieben sind, in den folgenden Phasen der Weltrevolution eine sehr große revolutionäre Rolle spielen.

Was die innere politische Lage unserer Republik betrifft, so muß ich

damit beginnen, ganz genau die Verhältnisse der Klassen zu schildern. Es ist in den letzten Monaten insofern eine Aenderung eingetreten, als wir uns einer neuen Organisation der Ausbeuterklasse gegenüber sehen. Die Aufgabe des Sozialismus besteht darin, die Klassen abzuschaffen. In den vordersten Reihen der Ausbeuterklasse stehen der Großgrundbesitz und die Kapitalisten — die Industriellen. Hier ist die Arbeit der Zerstörung ziemlich leicht und kann in einigen Monaten, bisweilen in einigen Wochen oder auch in einigen Tagen zu Ende geführt werden. Wir in Rußland haben unsere Ausbeuterklasse expropriert, sowohl die Großgrundbesitzer als auch die Kapitalisten. Während des Krieges hatten sie keine eigenen Organisationen und handelten nur als Anhängsel der militärischen Kräfte, der internationalen Bourgeoisie. Jetzt, nachdem wir diesen Angriffskrieg der internationalen Konterrevolution zurückgeschlagen haben, bildete sich eine ausländische Organisation der russischen Bourgeoisie und aller russischen konterrevolutionären Parteien. Man kann die Zahl der russischen Emigranten, die in allen Ländern des Auslandes zerstreut leben, auf anderthalb oder zwei Millionen schätzen. Fast in jedem Land geben sie Tageszeitungen heraus, und alle Parteien, Großgrundbesitzer und kleinbürgerliche Partei, Sozialrevolutionäre und Menschewisten nicht ausgeschlossen, verfügen über zahlreiche Verbindungen mit fremden bürgerlichen Elementen, das heißt, sie bekommen Geld genug, um sich eine Presse zu halten, und wir sehen jetzt alle ehemaligen politischen Parteien im Auslande an gemeinsamer Arbeit, wir sehen, wie die „freie“ russische Presse im Auslande, angefangen von der sozialrevolutionären und menschewistischen bis zu der reaktionärsten monarchistischen, den Großgrundbesitz verteidigt. Bis zu einem gewissen Grad erleichtert uns das unsere Aufgabe, weil wir die Kräfte des Feindes, seine Organisation, die politischen Strömungen im Lager des Feindes leichter übersehen können. In anderer Hinsicht erschwert uns das natürlich unsere Arbeit, weil diese russischen konterrevolutionären Emigranten alle Mittel ausnützen, um den Kampf gegen uns vorzubereiten. Und dieser Kampf beweist von neuem, daß im ganzen genommen der Klasseninstinkt und das Bewußtsein der herrschenden Klassen noch immer größer ist als das Bewußtsein der unterdrückten Klassen, obwohl die russische Revolution in dieser Hinsicht mehr getan hat als alle früheren Revolutionen. Es ist kein

einziges Dorf in Rußland geblieben, wo das Volk und die Unterdrückten nicht aufgerüttelt sind. Trotzdem sehen wir, wenn wir kaltblütig die Organisation und den politisch klaren Blick der im Ausland lebenden russischen konterrevolutionären Emigranten betrachten, daß das Klassenbewußtsein der Bourgeoisie auch jetzt noch größer ist als das Klassenbewußtsein der Ausgebeuteten und Unterdrückten. Natürlich machen diese Leute alle Anstrengungen, sie nützen jede Gelegenheit sehr geschickt aus, um, wenn nicht in dieser, so doch in anderer Form, Sowjetrußland anzugreifen und zu zertrümmern. Es wäre höchst lehrreich — und ich glaube, die ausländischen Genossen werden das tun —, systematisch die wichtigsten Bestrebungen, die wichtigsten taktischen Manöver, die wichtigsten Strömungen dieser russischen Konterrevolution zu beobachten. Sie arbeitet zu meist im Ausland, und es kann den ausländischen Genossen nicht besonders schwer fallen, diese Bewegungen zu beobachten. In gewisser Hinsicht müssen wir von diesem Feinde lernen. Diese konterrevolutionären Emigranten sind sehr geschickt, sehr gut organisiert, sie sind sehr gute Strategen, und ich glaube, die systematische Beobachtung dessen, wie sie sich organisieren, wie sie diese oder jene Gelegenheit ausnützen, müßte eine große propagandistische Wirkung auch auf die Arbeiterklasse ausüben. Das ist keine allgemeine Theorie, das ist praktische Politik, und man sieht hier, was der Feind gelernt hat.

Die russische Bourgeoisie hat in den letzten Jahren furchtbare Niederlagen erlitten. Ein altes geflügeltes Wort sagt: Eine geschlagene Armee kann gut lernen. Die geschlagene reaktionäre Armee hat gut gelernt, ausgezeichnet gelernt. Sie lernt so gierig wie nur möglich, und sie hat wirklich große Erfolge erzielt. Damals, als wir die Macht mit einem einzigen Angriff genommen hatten, war die russische Bourgeoisie unorganisiert, politisch unentwickelt. Jetzt, glaube ich, steht sie auf der Höhe der modernen westeuropäischen Entwicklung; darum müssen wir auch unsere Organisationen und Methoden verbessern, was wir auch mit allen Kräften tun wollen. Es war also ziemlich leicht für uns, und ich glaube, es wird auch für die anderen Revolutionen leicht sein, mit diesen zwei großen Ausbeuterklassen fertig zu werden.

Außerhalb dieser Ausbeuterklasse gibt es aber eine Klasse der Warenproduzenten und der kleinen Ackerbautreibenden fast in allen kapitalistischen Ländern vielleicht England

ausgenommen. Die große Frage der Revolution ist eben nun der Kampf gegen diese zwei letzten Klassen. Um diese Klassen los zu werden, müssen wir andere Methoden anwenden als gegen die Großgrundbesitzer und Kapitalisten. Diese beiden Klassen konnten wir einfach expropriieren, fortjagen. Das haben wir auch getan. Aber mit den letzten kapitalistischen Klassen, mit den kleinen Produzenten, mit den Kleinbürgern, die in allen Ländern existieren, konnten wir es nicht so machen. In den meisten kapitalistischen Ländern stellen diese Klassen eine sehr große Minderheit, etwa 30 bis 45 Prozent der Bevölkerung dar. Wenn wir die kleinbürgerlichen Elemente der Arbeiterschaft hinzu nehmen sogar mehr als 50 Prozent. Hier kann man nicht expropriieren, nicht fortjagen, hier muß der Kampf anders geführt werden. Die Bedeutung der Periode, mit der wir jetzt in Rußland beginnen, besteht von internationalen Standpunkte aus, wenn wir die internationale Revolution als einheitlichen Prozeß betrachten, wesentlich darin, daß wir praktisch die Frage des Verhältnisses des Proletariats zur letzten kapitalistischen Klasse in Rußland zu lösen haben. Theoretisch haben alle Marxisten diese Frage gut und leicht gelöst. Aber Theorie und Praxis sind zweierlei, und diese Frage praktisch oder theoretisch zu lösen, ist nicht dasselbe. Wir wissen ganz sicher, daß wir große Fehler gemacht haben, es ist aber auch ein sehr schwieriges Problem. Vom internationalen Standpunkt aus ist es aber ein enormer Fortschritt, daß wir das Verhältnis des Proletariats, das die Staatsmacht in den Händen hat, zu der letzten kapitalistischen Klasse, zur tiefsten Grundlage des Kapitalismus, zum kleinen Eigentum, zu den Kleinproduzenten zu lösen bestrebt sind. Diese Frage ist uns jetzt praktisch gestellt. Ich glaube, daß wir diese Aufgabe lösen können. Jedenfalls werden aber die Erfahrungen, die wir machen, für die kommenden proletarischen Revolutionen von Nutzen sein, und sie werden bessere technische Vorbereitungen zur Lösung dieser Frage treffen können.

Ich versuchte in meinen Thesen, die Frage des Verhältnisses des Proletariats zum Bauertum zu analysieren. Zum erstenmal in der Geschichte gibt es in einem Staate nur diese zwei Klassen: nur Proletariat und Bauertum. Das Bauertum bildet die große Mehrheit der Bevölkerung. Es ist natürlich sehr zurückgeblieben. Wie gestaltet sich nun in der Entwicklung der Revolution praktisch das Verhältnis des Proletariats, das die Macht in den Händen hat, zur Bauernschaft? Die erste Form

ist die eines Bündnisses, eines kräftigen Bündnisses. Es ist das eine sehr schwierige Aufgabe, aber jedenfalls ökonomisch und politisch möglich.

Wie gingen wir nun praktisch vor? Wir schlossen ein Bündnis mit der Bauernschaft. Wir verstehen dieses Bündnis so: das Proletariat befreit die Bauernschaft von der Ausbeutung der Bourgeoisie, befreit sie von der Führung und Beeinflussung durch die Bourgeoisie, es zieht sie an sich, um die Ausbeuter gemeinsam zu besiegen.

Die Menschewiki sprechen folgendermaßen: die Bauernschaft hat die Mehrheit, wir sind reine Demokraten, die Mehrheit soll beschließen. Da aber die Bauernschaft nicht selbständig sein kann, so bedeutet das praktisch nichts anderes als die Restauration des Kapitalismus. Die Losung ist dieselbe: Bündnis mit den Bauern. Wenn wir davon sprechen, so verstehen wir darunter die Stärkung und Kräftigung des Proletariats. Wir haben dieses Bündnis zwischen dem Proletariat und Bauertum versucht, und die erste Etappe war ein Kriegsbündnis. Der dreijährige Bürgerkrieg schuf enorme Schwierigkeiten, aber er erleichterte in gewisser Hinsicht unsere Aufgabe. Es mag dies seltsam klingen, aber es ist so. Der Krieg ist nichts Neues für die Bauernschaft. Der Krieg gegen die Ausbeuter, gegen die Großgrundbesitzer war ihnen leicht verständlich. Die Bauern waren in riesigen Massen für uns. Trotz der großen Distanzen, obwohl die meisten unserer Bauern nicht lesen und schreiben konnten, ging unsere Propaganda leicht von statten. Es ist ein Beweis dafür, daß die großen Massen auch in den vorgeschrittenen Ländern viel eher aus ihren eigenen praktischen Erfahrungen lernen als aus Büchern. Und bei uns wurde die praktische Erfahrung für die Bauernschaft dadurch erleichtert, daß Rußland enorm groß ist und verschiedene Teile Rußlands nebeneinander verschiedene Stadien der Entwicklung durchmachen konnten. In Sibirien und in der Ukraine konnte die Konterrevolution zeitweilig siegen, weil die Bourgeoisie in Sibirien und in der Ukraine die Bauernschaft hinter sich hatte, weil die Bauern gegen uns, gegen die Bolschewiki, waren. Die Bauern erklärten sehr oft ganz einfach: Wir sind Bolschewiki und nicht Kommunisten. Wir sind Bolschewiki, weil sie die Großgrundbesitzer fortgejagt haben, wir sind aber keine Kommunisten, weil die Kommunisten gegen die persönliche Wirtschaft sind. Für eine gewisse kurze Zeit konnte die Konterrevolution

in Sibirien und in der Ukraine siegen, weil die Bourgeoisie im Kampfe um den Einfluß bei der Bauernschaft gegen uns erfolgreich war. Allein eine kurze Zeit genügte, um den Bauern die Augen zu öffnen. Schon nach einer kurzen Zeit konnten sie praktische Erfahrungen machen. Und bald sagten sie: Ja, die Bolschewiki sind recht unangenehme Leute, wir haben sie nicht gern, allein sie sind jedenfalls besser als die Weißgardisten und die Konstituante. Konstituante ist bei uns ein Schimpfwort, nicht nur bei den gebildeten Kommunisten, sondern auch bei den Bauern. Sie wissen aus dem praktischen Leben, daß Konstituante und Weiße Garde das Gleiche bedeuten, daß der Konstituante die Weiße Garde auf dem Fuße folgt. Auch die Menschewiki nützen die Tatsache des Kriegsbündnisses mit dem Bauerntum aus, ohne aber daran zu denken, daß dieses Bündnis nicht genüge. Ein Kriegsbündnis ohne ein ökonomisches Bündnis kann nicht existieren. Wir leben ja nicht von der Luft. Unser Bündnis mit den Bauern hätte sich keineswegs dauernd halten können ohne eine wirtschaftliche Grundlage, und ohne diese wirtschaftliche Grundlage hätten wir auch den Krieg gegen unsere Bourgeoisie nicht gewinnen können. Unsere Bourgeoisie vereinigte sich ja mit der ganzen internationalen Bourgeoisie.

Die Grundlage dieses ökonomischen Bündnisses zwischen uns und dem Bauerntum war natürlich sehr einfach, sehr roh. Der Bauer bekam von uns das ganze Land und die Unterstützung gegen den Großgrundbesitz. Wir mußten dafür Lebensmittel erhalten. Dieses Bündnis war ganz neuer Art und beruhte nicht auf dem gewöhnlichen Verhältnis zwischen Warenproduzenten und Warenkonsumenten. Unsere Bauern verstanden das viel besser als die Helden der Zweiten und Zweieinhalb-Internationalen. Sie sagten sich: Diese Bolschewiki sind rauhe Führer, aber sie sind doch unsere Leute. Wir schufen jedenfalls auf diese Weise die Grundlage eines neuen wirtschaftlichen Bündnisses. Die Bauern gaben der Roten Armee ihre Produkte und bekamen von ihr Unterstützung bei der Verteidigung ihres Besitzes. Und das vergessen immer wieder die Helden dieser Zweiten Internationalen, die, wie Otto Bauer, die ganze Situation verkennen. Wir gestehen, daß die erste Form des Bündnisses sehr primitiv war und daß wir viele Fehler gemacht haben. Allein, wir mußten so schnell wie möglich handeln, wir mußten die Ernährung organisieren. Während des Bürgerkrieges waren wir von allen Teilen Rußlands, die viel Brot hatten, abgeschnitten. Unsere

Lage war furchtbar, und es ist schier ein Wunder, daß das russische Volk und die Arbeiterklasse so viele Leiden, Not und Entbehnungen erduldet hat und erdulden konnte, stets nur von dem Bewußtsein getragen, den Sieg erringen zu müssen.

Nach dem Bürgerkrieg war unsere Aufgabe jedenfalls eine andere. Wäre das Land nicht in der Weise ruiniert gewesen, wie es nach dem sieben Jahre dauernden Krieg der Fall war, so wäre vielleicht der Uebergang zu einer neuen Form des Bündnisses zwischen dem Proletariat und dem Bauerntum leichter gewesen. Allein zu den ohnehin schwierigen Verhältnissen im Lande kamen noch die Mißernte, der Mangel an Futtermitteln usw. Die Entbehnungen der Bauernschaft wurden dadurch unerträglich. Wir mußten sofort etwas unternehmen, um der großen Masse der Bauernschaft klar zu zeigen, daß wir bereit sind, auf revolutionärem Wege unsere Politik unbedingt so zu ändern, daß sie sich sagen: Diese Bolschewiki sind Leute, die unsere unerträgliche Lage unverzüglich verbessern wollen, koste es, was es kosten mag.

Und so kam dann die Aenderung unserer ökonomischen Politik — an Stelle der Requisition die Naturalsteuer. Das war nicht sofort ausgedacht. In der bolschewistischen Presse können Sie natürlich Monate hindurch Vorschläge finden, allein ein wirklich erfolgversprechendes Projekt wurde nicht ersonnen. Das ist aber nicht wichtig. Wichtig ist die Tatsache, daß wir diese Aenderung unserer ökonomischen Politik durchgeführt haben, nur der praktischen Lage, der Notwendigkeit der Lage gehorchend. Die Mißernte, Mangel an Futtermitteln, dazu noch der Mangel an Brennmaterial, dies alles hat natürlich Einfluß auf die ganze Wirtschaft. Auch auf die Bauernwirtschaft. Streikt die Bauernschaft, bekommen wir auch kein Holz. Und bekommen wir kein Holz, dann müssen auch die Fabriken stillstehen. Die ökonomische Krise war daher infolge der großen Mißernte und des Mangels an Futtermitteln im Frühjahr 1921 riesig groß. Sie waren alle Folgen des dreijährigen Bürgerkrieges. Es galt nun, der Bauernschaft zu zeigen, daß wir unsere Politik schnell umstellen können und wollen, um die Not der Bauernschaft unverzüglich zu lindern. Wir sagen immer — auch auf dem II. Kongreß wurde es gesagt —: die Revolution kostet Opfer. Es gibt Genossen, die in ihrer Propaganda so argumentieren: Wir sind bereit, die Revolution zu machen, doch soll sie

nicht sehr schwierig sein. Wenn ich nicht irre, hat Genosse Smeral diesen Satz in seiner Rede auf dem tschecho-slowakischen Parteitag gebraucht. Ich habe das im Berichte des Reichenberger „Vorwärts“ gelesen. Dort gibt es wohl einen ein klein wenig linken Flügel. Also ganz unparteiisch ist diese Quelle nicht. Jedenfalls muß ich aber erklären, daß Smeral, wenn er dieses gesagt hat, unrecht hat. Einige Redner, die auf jenem Parteitag nach Smeral sprachen, sagten: Ja, wir gehen mit Smeral, weil wir dann um den Bürgerkrieg herumkommen. Ist das alles wahr, so muß ich erklären, daß eine solche Agitation nicht kommunistisch ist, nicht revolutionär ist. Natürlich bedeutet jene Revolution große Opfer für die Klasse, die die Revolution macht. Die Revolution unterscheidet sich von den gewöhnlichen Kämpfen dadurch, daß zehnmal, hundertmal mehr Leute an der Bewegung teilnehmen, und in dieser Hinsicht bedeutet jede Revolution Opfer, nicht nur für die Person, sondern für die ganze Klasse. Die Diktatur des Proletariats in Rußland bedeutet so viel Opfer, so viel Not und Entbehrungen für die herrschende Klasse, für das Proletariat, wie sie nirgends in der Geschichte zu verzeichnen sind, und höchstwahrscheinlich wird es in keinem anderen Lande anders gehen.

Die Frage ist, wie verteilen wir diese Entbehrungen? Wir sind die Staatsmacht. Wir sind bis zu einem gewissen Grade imstande, die Entbehrungen zu verteilen, auf mehrere Klassen abzuwälzen und dadurch verhältnismäßig die Lage der einzelnen Klassen zu erleichtern. Nach welchem Grundsatz müssen wir verfahren? Auf Grund der Gerechtigkeit oder der Mehrheit? Nein. Wir müssen praktisch handeln, wir müssen die Verteilung so vornehmen, daß wir die Macht des Proletariats erhalten können. Das ist unser einziger Grundsatz. Am Anfang der Revolution mußte die Arbeiterklasse enorme Entbehrungen erdulden. Ich stelle jetzt fest, daß unsere Ernährungspolitik von Jahr zu Jahr größere Erfolge hat. Und die Lage hat sich im allgemeinen zweifellos verbessert. Allein, die Bauern Rußlands haben von der Revolution unbedingt mehr gewonnen als die Arbeiterklasse. Darüber besteht kein Zweifel. Vom theoretischen Standpunkt aus beweist das natürlich, daß bis zu einem gewissen Grade unsere Revolution eine bürgerliche Revolution war. Wenn Kautsky dieses Argument gegen uns vorbrachte, dann lachten wir. Es ist na-

türlich, daß es ohne Expropriierung des Großgrundbesitzes, ohne Verjagung der Großgrundbesitzer und ohne Verteilung des Grund und Bodens nur eine bürgerliche und keine soziale Revolution gibt. Allein, wir waren die einzige Partei, die die bürgerliche Revolution zu Ende führen und den Kampf für die soziale Revolution erleichtern konnte. Sowjetmacht und Sowjetsystem sind Institutionen des sozialen Staates. Wir haben diese Institutionen schon verwirklicht, allein das Problem des ökonomischen Verhältnisses der Bauernschaft zum Proletariat ist noch nicht gelöst. Vieles ist noch nicht gemacht, vieles ist schon durchgeführt, und das Resultat des Kampfes wird davon abhängen, ob wir diese Aufgabe lösen können oder nicht. Also die praktische Verteilung der Entbehrungen ist eine der schwierigsten Aufgaben. Im allgemeinen ist eine Besserung der Lage in der Bauernschaft eingetreten, und die schwierigsten Entbehrungen sind der Arbeiterklasse auferlegt, eben weil diese Arbeiterklasse die Diktatur ausübt.

Ich sagte schon, der Mangel an Futtermitteln und die Mißernte brachte im Frühling 1921 der Bauernschaft die furchtbarste Not. Die Bauernschaft bildet die Mehrheit. Ohne mit diesen Massen in einem guten Verhältnis zu stehen, können wir nicht existieren. Es war daher unsere Aufgabe, der Bauernschaft sofort zu helfen. Für die Arbeiterschaft ist die Lage sehr schwierig, sie leidet furchtbar. Allein, sie sind die politisch entwickelteren Elemente, und auch von diesen verstanden es nur die besten Elemente, daß wir im Interesse der Diktatur der Arbeiterschaft die größten Anstrengungen machen müssen, um der Bauernschaft zu helfen, koste es, was es wolle. Die Avantgarde der Arbeiterschaft verstand dies. Es waren aber Teile der Arbeiterschaft, sogar Teile der Avantgarde, die das nicht verstanden, die zu müde waren, um das zu verstehen. Sie sahen darin einen Fehler, sie gebrauchten das Wort Opportunismus, sie erblickten darin eine gewisse Art des Opportunismus. Man sagte: Jetzt helfen die Bolschewiki den Bauern. Der Bauer, der unser Ausbeuter ist, bekommt alles, was er will, der Arbeiter hungert.

Ist das Opportunismus? Wir helfen den Bauern aus dem Grunde, weil ohne das Bündnis mit der Bauernschaft die politische Macht des Proletariats unmöglich ist, sie nicht zu halten ist. Diese Zweckmäßigkeitsgründe waren für uns entscheidend und nicht die allgemein gerechte Verteilung. Wir helfen den Bauern, weil das unerläßlich ist dafür, daß wir die po-

litische Macht erhalten. Das ist der höchste Grundsatz der Diktatur, das Bündnis des Proletariats mit der Bauernschaft zu bewahren, damit das Proletariat die führende Rolle und die Staatsmacht behalten kann.

Das einzige Mittel, das wir hierfür gefunden haben, war der Uebergang zur Naturalsteuer. Praktisch ist dies durch die Notwendigkeit des Kampfes entstanden. Wir werden die Naturalsteuer im nächsten Jahre zum erstenmal erproben. Praktisch ist die Frage noch nicht verwertet, noch nicht erprobt. Wir müssen vom militärischen Bündnis zum ökonomischen übergehen, und theoretisch ist die einzige Grundlage für dieses ökonomische Bündnis die Einführung der Naturalsteuer. Es ist die einzige theoretische Möglichkeit, um zur wirklich soliden ökonomischen Basis der sozialistischen Gesellschaft zu kommen. Die sozialisierte Fabrik gibt dem Bauern ihre Produkte und der Bauer gibt dafür Getreide. Das ist die einzig mögliche Form für die Existenz der sozialistischen Gesellschaft, der einzig mögliche Aufbau in einem Lande, wo der Kleinbauer die Mehrheit oder zumindest eine sehr große Minderheit bildet. Ein Teil als Steuer, der andere Teil als Austausch gegen die Produkte der sozialisierten Fabrik oder als Warenaustausch.

Und hier kommen wir zu dem schwierigsten Punkte. Die Naturalsteuer bedeutet, selbstverständlich, Freiheit des Handels. Der Bauer kann den Rest seines Getreides, der ihm nach der Naturalsteuer bleibt, frei austauschen. Diese Freiheit des Austausches bedeutet Freiheit des Kapitalismus. Wir sagen das offen und wiederholen das. Wir verhehlen das nicht. Es wäre sehr schlimm um uns bestellt, wenn wir das verheimlichen wollten. Freiheit des Handels bedeutet Freiheit des Kapitalismus, es bedeutet aber eine neue Form des Kapitalismus, es bedeutet, daß wir den Kapitalismus bis zu einem gewissen Grad neu schaffen. Wir machen das ganz offen. Es ist Staatskapitalismus. Allein Staatskapitalismus in einer Gesellschaft, in der der Kapitalismus die Macht hat, und der Staatskapitalismus in einem proletarischen Staat sind zwei verschiedene Begriffe. In einem kapitalistischen Staat bedeutet der Staatskapitalismus, daß der Kapitalismus vom Staate anerkannt, vom Staate kontrolliert wird zum Nutzen der Bourgeoisie gegen das Proletariat. In einem Proletarierstaate geschieht dies zum Nutzen der Arbeiterschaft, um gegen die noch immer allzu starke Bourgeoisie bestehen und kämpfen zu können. Wir müssen also der

fremden Bourgeoisie, dem ausländischen Kapital Konzessionen gewähren. Wir geben ohne die geringste Entstaatlichung Bergwerke, Wälder, Naphthagruben an auswärtige Kapitalisten, um von ihnen industrielle Artikel, Maschinen usw. zu erhalten, um auf diese Weise unsere Industrie herzustellen.

Ueber den Staatskapitalismus waren wir selbstverständlich nicht gleich alle einig. Wir konnten aber bei diesem Anlasse mit großer Freude feststellen, daß unsere Bauernschaft in erfreulicher Weise sich entwickelt und daß sie die historische Bedeutung des Kampfes, den wir jetzt führen, vollständig begriffen hat. Ganz einfache Bauern aus den entlegensten Teilen kamen zu uns und sagten: „Wie? Unsere Kapitalisten, die russisch sprechen, hat man verjagt, und jetzt sollen fremde Kapitalisten zu uns kommen?“ Zeugt dies nicht für die Entwicklung unserer Bauern? Dem ökonomisch gebildeten Arbeiter brauchen wir nicht erklären, warum das notwendig ist. Durch den siebenjährigen Krieg sind wir so ruiniert, daß die Wiederherstellung unserer Industrie mehrere Jahre erfordert. Wir müssen für unsere Zurückgebliebenheit, für unsere Schwäche, dafür, daß wir jetzt lernen und lernen müssen, zahlen. Wenn man lernen will, muß man dafür zahlen. Wir müssen das allen in praktischer Weise vor Augen führen. Und wenn wir das praktisch beweisen, werden die enormen Massen der Bauern- und Arbeiterschaft mit uns einverstanden sein, weil dadurch ihre Lage sofort verbessert wird, weil dadurch der Aufbau unserer Industrie ermöglicht wird. Was zwingt uns dazu? Wir sind nicht allein auf der Welt. Wir existieren in einem System der kapitalistischen Staaten als Glied der Weltwirtschaft. Auf der einen Seite — Kolonialländer, sie können uns noch nicht helfen; auf der anderen Seite — kapitalistische Länder, sie sind unsere Feinde. Es ist ein Gleichgewicht, wenn auch ein sehr schlechtes Gleichgewicht, aber wir müssen doch mit dieser Tatsache rechnen. Wir dürfen uns dieser Tatsache nicht verschließen, wenn wir existieren wollen. Entweder sofortiger Sieg über die gesamte Bourgeoisie, oder Tribut zahlen. Wir gestehen ganz offen, verheimlichen es nicht, Konzessionen im Staatskapitalismus, das heißt, Tribut an den Kapitalismus. Aber wir gewinnen Zeit, und Zeit gewinnen, heißt alles gewinnen, insbesondere in der Epoche des Gleichgewichts, in der Epoche, in der die ausländischen Genossen ihre Revolution gründlich vorbereiten. Je gründlicher wir sie vorbereiten, desto

sicherer wird der Sieg. Bis dahin zahlen wir Tribut.

Einige Worte über unsere Ernährungspolitik. Unsere Ernährungspolitik war zweifellos sehr primitiv und schlecht, doch haben wir auch Erfolge. Bei diesem Anlaß muß ich abermals betonen, daß wir nie vergessen dürfen, daß die einzig mögliche ökonomische Grundlage — eine große Maschinenindustrie ist. Wer das vergißt, ist kein Kommunist. Wir müssen das konkret ausarbeiten. Wir dürfen die Fragen nicht so stellen, wie die Theoretiker des alten Sozialismus es tun, sondern praktisch. Was heißt moderne Großindustrie? Das heißt die **Elektrifizierung** ganz Rußlands. Schweden, Deutschland und Amerika sind schon daran, das zu verwirklichen, obwohl sie noch bürgerliche Länder sind. Ein Genosse aus Schweden erzählte mir, daß dort ein großer Teil der Industrie elektrifiziert ist und auch 30 Prozent der Landwirtschaft. In Deutschland und Amerika, als in noch entwickelteren kapitalistischen Ländern, ist das in noch weit höherem Maße der Fall. Große Maschinenindustrie ist gleichbedeutend mit der Elektrifizierung des ganzen Landes. Wir haben schon eine Spezialkommission ernannt, bestehend aus den besten ökonomischen und technischen Kräften. Diese ökonomischen und technischen Kräfte sind fast alle gegen die Sowjetmacht. Diese Spezialisten werden zum Kommunismus kommen, aber nicht so wie wir, durch zwanzigjährige unterirdische Arbeit, während welcher Zeit wir das ABC des Kommunismus fortgesetzt studiert, wiederholt und wiedergekauert haben.

Fast alle Organe der Sowjetmacht sind dafür, daß wir den Weg zu den Spezialisten gehen müssen. Die Spezialisten, die Ingenieure werden zu uns kommen, wenn wir ihnen praktisch beweisen, daß auf diese Art die Produktivkräfte des Landes gehoben werden. Es genügt nicht, ihnen das theoretisch zu zeigen. Wir müssen ihnen das praktisch beweisen. Und wir gewinnen diese Leute für uns, wenn wir die Frage anders stellen, nicht so, daß wir den Kommunismus theoretisch propagieren. Wir sagen: die Großindustrie ist die einzige Möglichkeit, die Bauernschaft vor Not und Hunger zu retten. Damit sind alle einverstanden. Aber wie ist das zu machen? Die alte Industrie zu rekonstruieren erfordert allzuviel Arbeit und Zeit. Wir müssen diese Industrie moderner gestalten, und zwar dadurch, daß wir zur Elektrifizierung übergehen. Die Elektrifizierung nimmt viel weniger Zeit in Anspruch. Die Pläne der Elektrifizierung haben

wir schon ausgearbeitet. Mehr als zweihundert Spezialisten haben daran mit Interesse gearbeitet, obwohl sie nicht Kommunisten sind, sondern sie taten das, weil sie vom Standpunkt der technischen Wissenschaft anerkennen mußten, daß das der einzige Weg ist. Natürlich ist vom Plan bis zur Verwirklichung ein sehr langer Weg. Die vorsichtigen Spezialisten sagen, die erste Reihe der Arbeit erfordere nicht weniger als zehn Jahre. Für Deutschland hat Professor Ballod berechnet, daß drei bis vier Jahre genügen, um Deutschland zu elektrifizieren. Für uns sind zehn Jahre zu wenig. Ich gebe in meinen Thesen die faktischen Zahlen an, damit Sie sehen, wie wenig bisher bei uns auf diesem Gebiete gemacht werden konnte. Die Ziffern, die ich anführe, sind so bescheiden, daß man sofort sieht, sie haben mehr propagandistischen Wert als wirtschaftlichen. Wir müssen aber mit der Propaganda beginnen. Der russische Bauer, der an dem Weltkrieg teilgenommen und mehrere Jahre in Deutschland gelebt hat, hat in Deutschland gesehen, wie man modern wirtschaften muß, um den Hunger zu besiegen. Wir müssen eine große Propaganda dafür machen. Die Anlagen haben bisher an und für sich eine winzige praktische Bedeutung, allein eine um so größere propagandistische Wirkung. Der Bauer sieht, daß etwas Neues gemacht werden muß, der Bauer versteht, daß nicht jeder für sich, sondern der ganze Staat daran arbeiten muß. Der Bauer hat in der Kriegsgefangenschaft in Deutschland gesehen und gelernt, was die wirkliche Grundlage des kulturellen Lebens ist. Zwölftausend Kilowatt ist ein sehr bescheidener Anfang. Vielleicht wird der Ausländer, der die amerikanische, deutsche oder schwedische Elektrifizierung kennt, darüber lachen. Aber ich sage, wer zuletzt lacht, lacht am besten. Ein bescheidener Anfang. Die Massen der Bauernschaft beginnen zu verstehen, daß neue Arbeiten in großem Maßstab zu machen sind und schon in Angriff genommen werden. Es sind enorme Schwierigkeiten zu überwinden. Wir werden versuchen, mit den kapitalistischen Ländern in Beziehung zu treten. Man soll es nicht bedauern, wenn wir den Kapitalisten einige Hundertmillionen Kilogramm Naphtha zur Verfügung stellen unter der Bedingung, daß sie uns helfen, unser Land zu elektrifizieren.

Und nun zum Schluß einige Worte über die „reine Demokratie“. Ich zitiere, was Engels in seinem Briefe an Bebel am 11. Dezember 1884 schrieb: „... Die reine Demokratie kann im Momente der Revolution . . . als

letzter Rettungsanker der ganzen bürgerlichen, selbst feudalen Wirtschaft momentan Bedeutung bekommen . . . So verstärkte die gesamte feudal-bürokratische Masse (1848 März bis September) die Liberalen, um die revolutionäre Masse niederzuhalten . . . Jedenfalls ist unser einziger Gegner am Tage der Krise und am Tage nachher die um die reine Demokratie sich gruppierende Gesamtreaktion, und das, glaube ich, darf nicht aus den Augen verloren werden."

Wir können unsere Fragen nicht so stellen, wie die Theoretiker. Die gesamte Reaktion, nicht nur die bürgerliche, sondern auch die feudale, gruppiert sich um die „reine Demokratie“. Die Deutschen wissen am besten, was die „reine Demokratie“ bedeutet, weil Kautsky und die anderen Führer der Zweiten und Zweieinhalb-Internationale diese „reine Demokratie“ gegen die „bösen“ Bolschewiki verteidigen. Analysieren wir die russischen Sozialrevolutionäre und die Menschewiki nicht nach ihren Worten, sondern nach ihren Taten, sind sie dann nichts anderes als eine kleinbürgerliche „reine Demokratie“. In unserer Revolution haben sie mit klassischer Reinheit gezeigt, was die „reine Demokratie“ bedeutet, ebenso auch während der letzten Krise, während des Aufstandes in Kronstadt. Die Gärung unter der Bauernschaft war enorm, auch in der Arbeiterschaft herrschte Unzufriedenheit. Sie waren müde und erschöpft. Es gibt ja auch menschliche Grenzen. Drei Jahre lang hat man gehungert. Man kann nicht vier oder fünf Jahre lang hungern. Natürlich hat der Hunger einen sehr großen Einfluß auf die politische Aktivität. Was taten die Sozialrevolutionäre und die Menschewiki? Während der ganzen Zeit schwankten sie und stärkten dadurch die Bourgeoisie. Die Organisation aller russischen Parteien im Auslande hat gezeigt, wie jetzt die Sache steht. Die klügsten Führer der russischen Großbourgeoisie haben sich gesagt: Wir können in Rußland nicht sofort siegen. Demnach muß unsere Losung sein: Sowjets ohne Bolschewiki. Der Führer der Kadetten Miljukow verteidigte die Sowjetmacht gegen die Sozialrevolutionäre. Das ist höchst seltsam. Das ist aber die praktische Dialektik, die wir in unserer Revolution auf eigenartige Weise aus der Praxis unseres Kampfes und des Kampfes unserer Gegner studieren. Die Kadetten verteidigen die Sowjets nur ohne Bolschewiki, weil sie die Lage gut verstehen und weil sie hoffen, auf diese Weise einen Teil der Bevöl-

kerung ködern zu können. Das sagen die klugen Kadetten. Nicht alle Kadetten sind klug, allein ein Teil ist klug und hat gewisse Erfahrungen aus der französischen Revolution geschöpft. Die Parole ist jetzt: Kampf gegen die Bolschewiki um jeden Preis, koste es, was es wolle. Die gesamte Bourgeoisie hilft jetzt den Menschewisten und den Sozialrevolutionären. Die Sozialrevolutionäre und die Menschewiki bilden jetzt die Avantgarde der gesamten Reaktion. Wir haben in diesem Frühling Proben dieser konterrevolutionären Verbrüderung gesehen.

Daher müssen wir den rücksichtslosen Kampf gegen diese Elemente fortsetzen. Die Diktatur ist der Zustand des verschärften Krieges. Wir befinden uns in einem Zustand des verschärften Krieges. Eine militärische Invasion ist jetzt nicht vorhanden. Allein, wir stehen isoliert da. Insofern stehen wir aber nicht isoliert da, als die gesamte internationale Bourgeoisie der Welt nicht imstande ist, den Krieg sofort offen gegen uns zu führen, weil die gesamte Arbeiterklasse, obwohl die Mehrheit noch nicht kommunistisch ist, doch soweit ist, daß sie die Intervention nicht zuläßt, so daß die Bourgeoisie schon mit diesem Instrument der Massen rechnen muß. Deshalb ist sie nicht imstande, sofort die Offensive gegen uns zu ergreifen, obwohl das nicht ausgeschlossen ist. Bis das allgemeine definitive Resultat nicht da sein wird, bleibt der Zustand des furchtbaren Krieges bestehen, und wir sagen, im Kriege handeln wir kriegsgemäß, wir versprechen keine Freiheiten und keine Demokratie, sondern wir erklären ganz offen den Bauern, daß sie wählen müssen: entweder die Bolschewistenmacht, dann werden wir ihnen Konzessionen machen bis zu den Grenzen, bis zu denen es möglich ist, die Macht zu behalten. So führen wir sie zum Sozialismus. Es ist das ein schwieriger Weg. Oder aber: die bürgerliche Macht. Alles andere ist Humbug, reinste Demagogie. Den Kampf bis aufs Messer gegen diesen Humbug, gegen diese Demagogie. Unser Standpunkt ist: Einstweilen große Konzessionen, die größte Vorsicht, eben weil ein gewisses Gleichgewicht vorhanden ist, weil wir schwächer sind als unsere vereinigten Gegner, weil unsere ökonomische Basis zu schwach ist, weil wir eine stärkere wirtschaftliche Basis haben müssen. Das ist, was ich den Genossen über unsere Taktik, über die Taktik der Kommunistischen Partei Rußlands zu sagen habe.

N. Lenin.

Der erste internationale Kongreß der revolutionären Gewerkschaftsverbände.

(3. bis 19. Juli 1921.)

Der erste internationale Kongreß der revolutionären Arbeiterverbände tritt elf Monate nach der Schaffung des Provisorischen Internationalen Gewerkschaftsrates als organisatorischer Kern für die Zusammenfassung der revolutionären Kräfte zusammen. Im Laufe dieser kurzen Zeit hat die internationale Gewerkschaftsbewegung eine tiefgehende Umgestaltung erfahren. Selbst dort, wo die Amsterdamer ungeteilt geherrscht haben, hat sich eine oppositionelle Bewegung gebildet, geformt und ausgewachsen, die die von der provisorischen internationalen Zentrale aufgestellten Prinzipien in der Praxis durchführte. Die Verschärfung des Klassenkampfes, die durch die Verbrüderung zwischen dem Bürgertum und den Führern der Gewerkschaftsbewegung im Laufe der Kriegszeit und der Nachkriegszeit nicht aufgehoben werden konnte, stellte die breiten Massen vor die Frage der neuen Methoden des Gewerkschaftskampfes. Der tägliche anschauliche Unterricht der bürgerlichen Reaktion brachte die Arbeiter aller Länder — hier schneller, dort langsamer — nach links, zu den Moskauer Prinzipien, zu den Losungen der sozialen Revolution.

Die Aufgabe des Kongresses bestand nicht nur darin, dieser Radikalisierung der Massen einen Ausdruck zu geben und die revolutionären Kräfte zu zählen, sondern auch darin, die taktischen Grundsätze für die revolutionären Gewerkschaften auszuarbeiten, die gesamte positive wie negative Erfahrung der Kämpfe in allen Ländern zu summieren, ein einheitliches Aktionsprogramm auszuarbeiten und den linken Flügel der internationalen Gewerk-

schaftsbewegung organisatorisch zusammenzufassen. Diese Aufgaben wurden vom Kongresse, wie wir später sehen werden, in glänzender Weise gelöst. Wenn wir die vom Kongreß im Laufe der zwei Wochen geleistete Arbeit aufmerksam untersuchen, die Stenogramme und die Protokolle dieses Kongresses gründlich durchstudieren, werden wir in seinen langen, leidenschaftlichen Debatten die Widerspiegelung von all dem finden, was den Lebensinhalt, das Lebensinteresse der Weltarbeiterbewegung zur Zeit bildet.

Unser Kongreß hat etwa die Hälfte der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter der ganzen Welt vereinigt. Wir konnten für diesen ersten, konstituierenden Kongreß naturgemäß kein einheitliches, normales Vertretungssystem festsetzen. Ein solches System wäre die Vertretung auf Grund der unmittelbaren Delegiertenwahl durch die Landeszentralen der Gewerkschaftsbewegung. Unter den obwaltenden Umständen war dies nicht möglich. Daher bestand unser Kongreß nur zum Teil aus den Delegierten der gewerkschaftlichen Landeszentralen: so war dies für Rußland, Bulgarien, Jugoslawien und für viele andere Länder der Fall. Andererseits waren auf dem Kongreß die Minderheiten der Gewerkschaftsbewegung vertreten, jene Minderheiten, die gegenwärtig einen erbitterten Kampf um ihre Befreiung, gegen die alte Ideologie, gegen alte Gewohnheiten, alte Methoden, alte Theorien und die alte Praxis der gewerkschaftlichen Bürokratie führen. Die Zusammensetzung des Kongresses war daher von zweierlei Art: einerseits offizielle Vertreter der Landeszentralen, andererseits Vertreter der ge-

werkschaftlichen Minderheiten. Diese bunte und ungleichmäßige Vertretung veranlaßte jene Organisationen, die sich gleich vom Beginn des Kongresses an in der Minderheit befanden, sogar die Frage der Vollmachten des Kongresses anzuschneiden und — freilich schüchtern — anzudeuten, daß ein konstituierender Kongreß der Internationale auf anderen Grundlagen einberufen werden mußte.

Auf dem Kongreß waren 380 Delegierte von 41 Ländern, davon 336 mit entscheidender und 44 mit beratender Stimme anwesend. Fast alle Länder der Welt waren vertreten; außer der russischen Sowjetrepublik und den anderen Bruderrepubliken: England, Frankreich, Deutschland, Italien, Schweden, Norwegen, Dänemark, die Vereinigten Staaten Amerikas, Argentinien, Mexiko, wie auch die Vertreter von Korea, Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Oesterreich, die Tschechoslowakei, Polen und selbst die der holländischen Kolonien auf der Insel Java. Der Zahl der vertretenen Länder nach war der Kongreß vielleicht noch vollzähliger als alle früheren Kongresse der alten Internationale. Aber aus sehr vielen Ländern waren nur revolutionäre und oppositionelle Minderheiten und kommunistische Gruppen anwesend, die nicht gleichartig, sondern nach verschiedenen Typen und verschiedenen Grundsätzen, je nach den lokalen Eigentümlichkeiten jedes Landes, vertreten waren. Schon diese Zusammensetzung des Kongresses — die Anwesenheit der Delegierten von 41 verschiedenen Ländern — stellte uns von Anfang an vor all die Fragen, die die Gewerkschaftsbewegung aller Länder in Atem halten.

Wenn wir in früheren Zeiten von dem „linken Flügel der Gewerkschaftsbewegung“ sprachen, bezeichneten wir dadurch nur jene Grenze, wo zwei Weltanschauungen, zwei Ansichten einander gegenüberstanden. Es waren dies einerseits die alte reformistische Gewerkschaftsbewegung, die auf dem Stand-

punkt der Zusammenarbeit der Klassen standen, und andererseits die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung, die auf dem Standpunkt der sozialen Revolution und des revolutionären Klassenkampfes steht. Und nur in diesem Sinne sprach man von dem linken Flügel der Arbeiterbewegung. Als wir aber diesen linken Flügel näher betrachteten, als wir bei seinen Vertretern den „Puls zu tasten“ begannen, fanden wir, daß er bei ihnen in ganz verschiedener Weise schlägt, weil die Vertreter der verschiedenen linksstehenden Gruppen die Aufgaben der Arbeiterorganisation verschieden auffassen, den gegenwärtigen Zeitpunkt verschieden einschätzen, sich von den Wegen der Bewegung verschiedene Begriffe machen und die Lösung der vor ihnen stehenden konkreten Aufgaben auf verschiedene Weise anfassen. Wir finden also innerhalb der Linken der Arbeiterbewegung, die durch ihre unbedingte, vorbehaltlose Ablehnung des Reformismus und der Zusammenarbeit der Klassen vereinigt ist, alle Gedankenschattierungen, alle Regenbogenfarben. Wir finden hier reine und in ihrer Ideologie unerschütterliche Anarchisten und Anarchisten mit Vorbehalten; unversöhnliche revolutionäre Syndikalisten von altem Schrot und Syndikalisten, die im Laufe der letzten Zeit viele ihrer Vorurteile überwunden haben; weiter folgen die Kommunisten und schließlich einfache Linksgewerkschaftler, die noch bei weitem nicht alle Ueberlieferungen der reformistischen Gewerkschaftsbewegung abgeschüttelt haben. So wies der Kongreß, seinem geistigen Inhalt, seinen inneren Strömungen nach die Vertreter aller in der revolutionären Linken vorhandenen Schattierungen auf. Und eben in dieser Beziehung sind seine Debatten von besonderem Interesse. Nach aufmerksamer Durchsicht der Kongreßprotokolle sehen wir, wie verschiedene Weltanschauungen in jeder Frage aneinanderprallten und ihre Stimmungen

auf die gesamte Arbeit des Kongresses zurückwirkten.

Die Tagesordnung unseres Kongresses war ziemlich umfangreich. Außer dem Berichte, der naturgemäß vom Provisorischen Internationalen Gewerkschaftsrat abgestattet werden sollte, hatten wir die für die Syndikalisten brennendste Frage über die Beziehungen zwischen der Gewerkschaftlichen Internationale und der Kommunistischen Internationale. Dann folgten: die Frage der Taktik und der Aufgaben der Gewerkschaften, die organisatorische Frage, das Statut, die Frage der Arbeitslosigkeit, die Frage der Arbeiterkontrolle, der Betriebskomitees, die Frage der Kriegsbeschädigten und der Kriegsoffer, der Frauen in der Industrie und in den Gewerkschaften und eine ganze Reihe von anderen Fragen, die prinzipiell weniger wichtig, dennoch praktisch sehr wesentlich sind. Den Fragen der letzten Art mußte der Kongreß ebenso viel Aufmerksamkeit schenken, wollte er nicht nur ein Kongreß der Aufrufe, Manifeste und Deklarationen, sondern auch ein Kongreß der Aktion sein, der eine bestimmte Taktik festlegt, der gesamten Gewerkschaftsbewegung der Welt bestimmte Richtlinien für weitere Kampfaktionen gibt.

Unser Kongreß trat, wie schon gesagt, elf Monate nach der Schaffung des Provisorischen Internationalen Gewerkschaftsrates, der hier in Moskau am 15. Juli gebildet wurde, zusammen. Der provisorische Rat wurde zweifelsohne auf Grund der gegenseitigen Zugeständnisse und Kompromisse aufgebaut und konnte, kraft der objektiven Umstände im Laufe des ersten Jahres seiner Tätigkeit, nur sehr wenig Aktivität entfalten. Nichtsdestoweniger gewann er eine große Volkstümlichkeit. So ist es immer, wenn eine Organisation den gereiften Bedürfnissen entspricht. Und wirklich: was stellte unser Provisorischer Internationaler Gewerk-

schaftsrat 1920 dar? Er war ein organisatorisches Zentrum, um das sich die Strömungen der internationalen Gewerkschaftsbewegung zu kristallisieren und zu gestalten begannen, die mit der alten Gewerkschaftsbewegung nicht zusammengehen konnten.

Die internationale Gewerkschaftsbewegung ist im Laufe der Nachkriegszeit riesig gewachsen. Vor dem Krieg umfaßten alle Gewerkschaften der Welt 9½ Millionen Mitglieder. Gegenwärtig haben wir in den Gewerkschaften 40 Millionen Mitglieder. Diese ungeheure Arbeitsarmee, die 40 Millionen Proletarier umfaßt, ist in qualitativer Beziehung nicht gleichartig. Die Gewerkschaftsmitglieder der einzelnen Länder stellen ihre Tagesaufgaben nicht in gleicher Weise, sie fassen diese Aufgaben nicht in gleicher Weise an. In dieser Riesenarmee finden sich Menschen, die noch vollkommen in altem Geist leben. Die bürgerliche Welt beherrscht das Proletariat nicht nur durch die physische Unterdrückung und Gewalt, sie fesselt es auch geistig, sie lähmt es und drückt es herab durch ihre Weltanschauung. Wenn wir die Arbeitermasse als ganzes betrachten, so bemerken wir leicht, wie viele bürgerliche Vorurteile, wie viele geistige Ueberbleibsel die Arbeiterklasse von der bürgerlichen Kultur, von der bürgerlichen Gedankenwelt geerbt hat. Dieser Einfluß der Bourgeoisie auf die Arbeiterbewegung kommt in verschiedenen Strömungen der internationalen Gewerkschaftsbewegung zum Ausdruck. Von jenen 40 Millionen haben ungefähr 17 Millionen im Laufe der letzten 11 Monate ihre Stellung geklärt; sie begannen, sich gegen die alte Taktik auszusprechen, gegen die Amsterdamer Internationale mit ihrer Ideologie und ihrer Philosophie der Zusammenarbeit der Klassen aufzutreten. Die Theorie und Praxis der Amsterdamer Internationale läuft im wesentlichen darauf hinaus, daß sich die Arbeiterklasse aus der Sackgasse, in die sie durch den Krieg hineingeraten ist,

nur durch die friedliche Entwicklung, durch die Verständigung mit der Bourgeoisie herausarbeiten kann. Dieser Standpunkt stieß auf einen allgemeinen Widerstand in der Arbeiterklasse, und es entstand auf diesem Boden eine revolutionäre Bewegung gegen Amsterdam.

So dauert im Laufe dieser elf Monate in der ganzen internationalen Gewerkschaftsbewegung, in der ganzen gewerkschaftlichen Literatur der Kampf unter zwei Flaggen „Amsterdam oder Moskau“ an. Selbstredend sind hier Amsterdam und Moskau keine geographischen Begriffe, sondern Bezeichnungen für jene beiden Gedankenkomplexe, die von den obengenannten beiden Gruppen vertreten wurden: einerseits die Zusammenarbeit der Klassen, die Verständigung mit der Bourgeoisie, andererseits der rücksichtslose revolutionäre Klassenkampf, die soziale Revolution und die proletarische Diktatur. Es waren dies zwei Systeme, zwei Welten, die innerhalb der Gewerkschaftsbewegung kämpften. Unser Kongreß war gleichsam die logische Schlußfolgerung, dieser Entwicklung der Arbeiterbewegung im Laufe der elf Monate. Wir haben nur ihre Endergebnisse formuliert Und da die Geschichte für uns arbeitete, d. h. die internationale Arbeiterbewegung im Laufe der Nachkriegsperiode sich schon auf der Grundlage der grausamen Lehren des Krieges, der wachsenden Not, der Stilllegung der Betriebe entwickelte, so trieb die Weltgeschichte die Arbeiterklasse nach links, und zwar selbst in dem Falle, wo der Arbeiter selbst sich dessen nicht bewußt war, daß er nach links ging. Viele Arbeiter sprachen unsere Sprache, ohne es zu wissen, daß sie die Moskauer Sprache sprechen, ähnlich dem bekannten Molièreschen Helden, der sein ganzes Leben lang in Prosa sprach, ohne zu wissen, daß es eben Prosa war.

Die Haupt- und Grundfrage, die den Kongreß in Atem hielt, die alle seine Arbeiten durchdrang, die aus Anlaß der ver-

schiedensten Punkte der Tagesordnung immer wieder zum Durchbruch kam und die inneren Beziehungen am meisten verschärfte, war die der Wechselbeziehungen zwischen der gewerkschaftlichen und der Kommunistischen Internationale, oder mit anderen Worten: zwischen dem Syndikalismus und dem Kommunismus. Die Frage kann dem ersten Anschein nach als abstrakt, rein theoretisch erscheinen, denn die Syndikalisten stecken sich als ihr Ziel den Sturz des Kapitalismus, die Schaffung der kommunistischen Gesellschaft. Man fragt daher unwillkürlich: woher kommen die Gegensätze? Warum ist der Streit so leidenschaftlich? Warum vertraten wir so scharf, so hitzig während zweier Wochen, mit dem den Revolutionären eigenen Temperament, unsere gegenseitigen Standpunkte, warum fanden wir erst nach einer zwei Wochen langen Debatte eine gemeinsame Sprache und konnten gemeinsame Resolutionen beschließen? Um was handelt es sich hier?

Vor dem Kriege bestanden in der internationalen Gewerkschaftsbewegung (jetzt haben sich diese Unterschiede einigermaßen verwischt) drei Grundtypen der Bewegung: der reine Trade-Unionismus, der revolutionäre Syndikalismus und die sozialdemokratisch - reformistische oder reichsdeutsch - österreichische Gewerkschaftsbewegung. Auf unserem Kongreß haben wir mit dem reinen Trade-Unionismus nichts zu tun gehabt: die reinen Trade-Unionisten befinden sich in Amsterdam. Auch mit dem reinen Reformismus hatten wir auf unserem Kongresse nichts zu tun; denn auch er ist vollständig mit Amsterdam verbunden. Dafür war die dritte Strömung auf dem Kongresse voll vertreten: wir hatten vor uns den lebendigen Syndikalismus mit allen seinen Vorurteilen, mit allen Eigentümlichkeiten seiner Ideologie und seiner Taktik.

Der Grundgedanke des revolutionären Syndikalismus fand in der bekannten Deklaration von Amiens, die vom Kongresse

der allgemeinen Arbeitskonföderation 1906 beschlossen wurde, seinen prägnantesten Ausdruck. Dem revolutionären Syndikalismus ist die Gewerkschaft die hauptsächliche Kampfzelle der Arbeiterklasse, die Gewerkschaft wird selbst die Revolution machen, sie wird selbst die sozialistische Gesellschaft erbauen, keine politischen Gruppierungen dürfen sich in die gewerkschaftliche Tätigkeit hineinmischen. Die Gewerkschaften sind autonom, sie sind unabhängig, sie kümmern sich um keine politischen Sekten und Gruppen, um keine philosophischen Systeme, um keine religiösen Weltanschauungen. Nach dem französischen Ausdruck genügt der Syndikalismus sich selbst, „le syndicalisme se suffit à lui-même“: es bedarf keiner anderen Organisationen, keiner anderen Parteigruppierungen, um die Revolution zu vollziehen und den Sieg der Arbeiterklasse auszunützen. Das ist der Grundgedanke des revolutionären Syndikalismus. Diese Ideologie, diese Theorie und diese Praxis waren es, die uns auf unserem Kongreß in allen Fragen gegenüberstanden.

Ist dieser Grundgedanke der Syndikalist richtig, genügt die Gewerkschaft sich selbst und darf sich keine andere Organisation in den Kampf hineinmischen, den das gewerkschaftlich organisierte Proletariat gegen die Bourgeoisie führt; ist die Gewerkschaft für sich allein, ohne Mithilfe von irgendeiner Seite, fähig, die sozialen Forderungen der Arbeiterklasse durchzusetzen, so sind die Wechselbeziehungen zwischen den Gewerkschaften und den politischen Parteien, also auch der Kommunistischen Internationale, ganz klar. Macht die Gewerkschaft alles allein, so ist die Kommunistische Partei vollkommen überflüssig, und ihre Bedeutung ist gleich Null. Um diesen Punkt eben drehten sich die Debatten des Kongresses. Und man muß es als eine der Errungenschaften des Kongresses bezeichnen, daß der revolutionäre Syndikalismus in diesen Debatten bedeutende Zugeständnisse ge-

macht hat. Er hat die Einheitlichkeit und Reinheit seiner Ideologie preisgegeben. Und doch war diese Ideologie schon vorher von ihrer alten traditionellen Form nicht unwesentlich entfernt. Im Laufe der letzten 10 Jahre sind große Ereignisse eingetreten, die nicht umhin konnten, das theoretische und praktische System des Syndikalismus einigermaßen zu erschüttern und zu modifizieren. Es waren vor allem der Weltkrieg und die russische Revolution, die die Frage der sozialistischen Weltrevolution, der unmittelbaren Verwirklichung des Sozialismus in den Vordergrund schoben. Und seitdem diese Frage praktisch auf der Tagesordnung erschien, konnte man sich nicht mehr mit der Phrase ausreden, daß der Syndikalismus „sich selbst genügt“; man mußte auf die Fragen der proletarischen Diktatur, des proletarischen Staates, der kommunistischen Partei — die, den syndikalistischen Theorien zum Trotz, die Revolution in Rußland gemacht hatte —, überhaupt auf eine ganze Reihe von Fragen, die durch die russische Revolution in den Vordergrund geschoben wurden, klare Antworten geben.

Selbstredend ist unsere russische Erfahrung, die den syndikalistischen Theorien so entschieden widerspricht, keine angenehme Tatsache, aber sie ist doch eine Tatsache, und die Tatsachen sind, nach einem englischen Ausdruck, sehr hartnäckige Dinge. Und das hat viele Syndikalistinnen veranlaßt, sich ganz neue Gedanken zu machen. Sie sind zu dem Schlusse gekommen, daß, so sehr sie auch früher gegen die proletarische Diktatur und gegen den Staat waren, doch die russische Revolution gezeigt hat, daß die Diktatur im Kampfe gegen die Bourgeoisie, gegen die der Arbeiterklasse feindlichen Kräfte unentbehrlich ist. Erkennt man aber einmal die proletarische Diktatur an, so geht das ganze syndikalistische System in die Brüche, fällt das ganze syndikalistische System in sich zusammen; sein inne-

rer Riß ist dann nicht mehr zu verkleistern. Dieser Riß in der früher so einheitlichen syndikalistischen Weltanschauung hat sich auf dem eben abgeschlossenen Kongresse klar offenbart. Und zahlreiche Syndikalisten haben es von der Kongreßtribüne herab offen zugestanden: Wir gestehen, daß unsere Weltanschauung in dieser und jener Beziehung falsch war. Nur eine unbedeutende Gruppe blieb „unentwegt“.

Um zu zeigen, wie sich diese „Unentwegten“ die soziale Revolution vorstellen, wollen wir einige Zitate aus den Kongreßreden der Vertreter dieser Gruppen anführen.

„Unser System der Syndikate — führte ein französischer Syndikalist auf dem Kongresse aus — ist nach seinen organisatorischen Formen, nach seinem administrativen Apparat, nach seinem territorialen Bau imstande, auch schon morgen mittels seiner Produktionsverbände und seiner Lokalgewerkschaften in unserem Lande ein proletarisches Regime aufzurichten, bei dem die gewerkschaftliche Organisation zum Herrn des Landes wird, es ist imstande, seinen Sieg dauerhaft zu machen und in seinem eigenen Innern alle physischen und geistigen Kräfte zu finden, die die weitere Entwicklung gewährleisten werden.“

Nach der Auffassung dieser Gruppe also besteht in dem heutigen Frankreich eine fertige Organisation, die das proletarische Regime aufrichten kann. Sie sei ihrer ganzen Struktur nach der zukünftigen Gesellschaftsordnung angepaßt. Es bedürfe noch einer Kleinigkeit — der Revolution —, damit sich nun alles glatt abwickle. Traut man der gewerkschaftlichen Organisation eine solche Macht zu, so wird die Frage der politischen Partei gegenstandslos, denn wenn wir eine fertige Organisation haben — wozu brauchen wir dann noch die Kommunisten und ihre politische Partei?

Die Anhänger dieser Auffassung, die auf dem Kongresse, wie schon erwähnt, eine unbedeutende Gruppe bildeten, spannen diesen Gedanken während der ganzen Dauer des Kongresses aus. Sie suchten

nachzuweisen, daß die gewerkschaftliche Bewegung von der Politik vollkommen „unabhängig“ sei, daß sie vielseitig sei, alle Seiten des Arbeiterlebens umfasse und sich von der Politik nicht gängeln zu lassen brauche. Die Gewerkschaft sei die einzige wirklich proletarische Vereinigung, denn sie sei eine Vereinigung der Produzenten, während die politische Partei ein Gemisch der Vertreter aller Klassen sei. Hieraus ergäbe sich eine Priorität der Oekonomie gegenüber der Politik, also die Ueberlegenheit der Gewerkschaften über die politische Partei.

Der theoretische und praktische Grundirrtum dieser Syndikalistengruppe besteht eben darin, daß sie die Politik scharf von der Oekonomie trennt. Und es ist bezeichnend, daß jedes Mal, wenn die Debatten sich auf diese Frage, auf die Frage der Wechselbeziehungen zwischen der Politik und der Oekonomie richteten, und wir versuchten, sie zur klaren Definition des Begriffes der Oekonomie zu zwingen, — sie uns sehr schön ausgedrückte, schön gebaute, aber doch inhaltslose Formeln aufzischten. Es konnte auch nicht anders sein, denn kein Mensch in der Welt kann die Politik von der Oekonomie abgrenzen, soweit wir unter Politik nicht die Politikmacherei und den parlamentarischen Kuhhandel verstehen, wie dies die Syndikalisten eben tun.

Die Parlamentswahlen, auf die sie sich bei ihrer „Entlarvung“ der Politik mit Vorliebe berufen, sind einer der Momente des politischen Kampfes, eine Aeußerung dieses Kampfes, sie sind aber keineswegs die Politik schlechthin. Die Politik bedeutet die klare Gegenüberstellung zweier Klassen, sie ist eine bestimmte Kampfrichtung, eine Massenorganisation, deren Zweck der Sturz einer Klasse durch eine andere Klasse ist. Das ist eben die Politik. Alles andere ist nicht Politik, sondern der Kleinkram, die äußere Erscheinung,

die vorübergehende Form des politischen Kampfes.

Und was heißt Oekonomik? Wir fragten die Syndikalist: „Nun gut, Ihr stellt die Gewerkschaft der Partei voran, Ihr seid für die Priorität der Oekonomik. Aber was ist z. B. der Bergarbeiterstreik in England? Ist das Oekonomik oder Politik? Ist das ein rein ökonomischer Kampf, oder haben wir hier vor uns einen kolossalen politischen Kampf, wie ihn in diesen Dimensionen weder die Bourgeoisie, noch die Arbeiterklasse in England gesehen hat?“ Darauf konnten sie keine überzeugende Antwort geben, weil, wie Marx es schon längst gesagt hat, jeder ökonomische Kampf zugleich ein politischer Kampf ist. Wo die Arbeiter, selbst nur um der Lohnforderungen willen, als organisierte Masse in den Kampf treten und sich dem Staate und den organisierten Unternehmern entgegenstellen, da haben wir einen Klassenkampf, also einen politischen Kampf. Die gesamte Weltanschauung der Syndikalist, ihre ganze Ideologie, ihre ganze Theorie stützen sich auf jene Scheidung der Politik von der Oekonomik, und so lange sie auf dieser Scheidung bestehen, so lange bleiben sie in einer unheilvollen Konfusion stecken.

. . .

Will man die Oekonomik von der Politik trennen, so muß man auch die ökonomische Organisation des Proletariats von seiner politischen Organisation trennen. Dann hat die gewerkschaftliche Internationale mit der Kommunistischen Internationale überhaupt nichts zu schaffen. Ueber die Wechselbeziehungen dieser beiden Internationalen debattierten wir beinahe drei Tage lang. Nicht weniger als 30 Redner nahmen das Wort. Alle Strömungen, alle Gedankenschattierungen, alle, die auch nur etwas zu dieser Frage zu sagen hatten, haben sich ausgesprochen. Wenn wir jetzt das Fazit dieser Ansichten ziehen, wenn wir die Debattenberichte

noch einmal durchlesen, bemerken wir, daß sowohl die französischen Syndikalist, wie die Vertreter der amerikanischen „Industrie-Arbeiter der Welt“, die Vertreter der holländischen Kommunisten und der linkskommunistischen Gruppen Deutschlands in verschiedenen Worten, durch verschiedene Gedankengänge, zu einem und demselben Endergebnis kamen. „Man muß die gewerkschaftliche Bewegung von der politischen trennen, man muß sich ein eigenes Haus bauen, um jedes Zusammenleben mit der Kommunistischen Internationale zu vermeiden“, das war der Grundgedanke und das Leitmotiv aller syndikalistischen Reden, die auf dem Kongresse gehalten wurden.

Auf einer der Sitzungen hat der Schreiber dieser Zeilen einem Syndikalist folgende Fragen gestellt: „Behauptet Ihr, daß der Syndikalismus kommunistische Ziele hat, daß auch er zum Kommunismus strebt?“ — „Ja“, antwortete er, „wir sind unserem Ziele nach Kommunisten.“ — „Streben die Kommunistische Internationale und die Kommunistische Partei auch den Kommunismus an?“ — „Ja.“ — „Wenn aber diese beiden Organisationen zum Kommunismus streben, sich dasselbe Ziel stecken, so können ihre Wege nicht parallel sein, sie müssen sich vielmehr kreuzen. Wenn Ihr revolutionären Syndikalist andererseits anerkennt, daß die Kommunistische Internationale den Kapitalismus bekämpft, so muß man zwischen diesen zwei Richtungen — selbst wenn sie parallel sind — eine Verbindung herstellen. Man muß zwischen ihnen eine Brücke bauen.“ — „Was für eine Brücke?“ — „Wollen wir über diese Brücke gehen, so muß das eine eiserne Brücke sein.“ — „Nein“, erwiderte der Syndikalist, „ich bin nicht für die Brücke, sondern für einen dünnen Steg.“ — „Aber wenn wir nur einen Steg legen, so wird es schwer sein, über ihn zu gehen.“

Dieses Gespräch über die Brücke und den Steg ist für die Weltanschauung der

Syndikalisten, für ihre Inangriffnahme der vor uns stehenden Frage äußerst charakteristisch. „Unabhängigkeit und Autonomie!“ war die Losung, die sie auf dem Kongreß mit einer besonderen Zähigkeit vertraten. „Wir sind unabhängig, wir dulden keine Anschläge einer Organisation auf unsere Unabhängigkeit, auf unsere Autonomie.“ Und wie sie diese Unabhängigkeit auffassen, darüber belehrten sie uns in ihren Reden folgendermaßen: „Die Eigenart des revolutionären Syndikalismus besteht darin, daß er die Arbeiterklasse befreien will, ohne sich irgendeine offene oder verhüllte Vormundschaft seitens derer gefallen zu lassen, die das Prinzip der Hegemonie der Politik über die Oekonomie predigen. — Wir können nicht dulden, daß die bürgerlichen Intellektuellen den Anspruch erheben, immer für die Arbeiterklasse zu denken, immer ihr geistiger Hirt, ihr Führer zu sein.“

Dieses Zitat wird wohl ausreichen, um eine Vorstellung von der Ideologie des Syndikalismus zu geben. Ich will aber obendrein noch ein Zitat aus der Rede eines anderen Wortführers des revolutionären Syndikalismus anführen. Er vertrat die französische Organisation, die sich hochfahrend genug die „Internationale Arbeiterkonföderation“ nennt, aber in ganz Frankreich nur etwa 800 oder 900 Menschen umfaßt. Es hat sich überhaupt auf dem Kongreß gezeigt, daß eine Unmenge mikroskopischer Organisationen eine Vorliebe für großartige Benennungen haben. Und dieser Vertreter einer sehr kleinen Organisation mit einem sehr großen Namen sagte folgendes: „Der Staat bleibt auch nach der Revolution, und sei es auch ein sozialistischer Staat, eine zentralisierte Unterdrückungsmacht. Um sich vor ihm zu schützen, müssen die Arbeiter, die auf ihre Freiheit halten, die Autonomie ihrer Organisation bewahren.“ So sprach der Delegierte Boisson. Wer unseren Hausstreit über die Unabhängigkeit der Gewerkschaftsbewegung in Er-

innerung hat, wird hier klar gewisse menschewistische Noten heraushören, die wir in Rußland oft zu hören bekamen. Was ist das Wesen der politischen Partei? fragt der Delegierte Boisson, und antwortet: Dieses Wesen ist die Vermischung der Interessen. Die Partei vermischt in ihren Reihen systematisch Arbeiter und Unternehmer, Intellektuelle und Händler, Produzenten und die, die ohne Arbeit Gewinne einheimen. Sie ist daher unfähig, einen konsequenten Kampf zu führen, und kann sich nur durch Lügen und halbe Wahrheiten halten.

Also ist die politische Partei der Inbegriff aller Laster. Dagegen sind die Syndikate, Gewerkschaften der Inbegriff aller Tugenden, ein kristallenes Gefäß, sie sind das einzige Werkzeug der sozialen Revolution und dann auch des Aufbaues der sozialistischen Gesellschaft. Nun sind diese Reden nichts anderes als ein Nachklang des früheren revolutionären Syndikalismus, der eingeschlafen ist und mit voller Seelenruhe 15 Jahre — darunter den Weltkrieg und die russische Revolution — verschlafen hat. Und da revolutionäre Syndikalisten dieses Typus jene beiden keineswegs belanglosen Ereignisse verschlafen haben, so ist es kein Wunder, daß sie die ergraute Theorie herbeischleppen und sie uns jetzt, nach vier Jahren Revolution, bei der Erörterung der Wechselbeziehungen zwischen der Kommunistischen Internationale und den revolutionären Gewerkschaften als etwas Funkelnagelneues, etwas für die jetzige Welt der sozialen Kämpfe Ausschlaggebendes auftischen.

Ein anderer Teil der Syndikalisten — mit den spanischen Delegierten an der Spitze — vertrat einen anderen Gesichtspunkt. Ihr Vertreter ließ sich folgendermaßen aus: „Wir spanischen Syndikalisten sind Nachfolger Bakunins, reine Anarchisten; wir verharrten auf diesem Standpunkte während langer Jahrzehnte, aber das Leben hat uns gelehrt, daß die proletarische Diktatur eine unbedingte

Notwendigkeit ist.“ Wer aber die proletarische Diktatur gutheißt, der muß auch alle ihre logischen Folgen gutheißten, denn die proletarische Diktatur ist ein bestimmtes, einheitliches System, aus dem sich kein Bindeglied herausreißen läßt.

Die proletarische Diktatur ist eine andere Bezeichnung für den proletarischen Staat. Ein Anarchist kann den proletarischen Staat unter keinen Umständen gutheißten, denn bekanntlich ist jeder Staat nach der Meinung der Anarchisten, sei er bürgerlich oder proletarisch, ein Apparat für die Unterdrückung der werktätigen Klassen. Sie aber — die heutigen Anarchosyndikalisten — heißen die „proletarische Diktatur“ gut und sagen: „insoweit wir auf dem Standpunkte der proletarischen Diktatur stehen, sind wir für eine enge Verbindung mit der Kommunistischen Internationale, aber nur unter Wahrung unserer Unabhängigkeit und unserer Autonomie.“ Es finden sich also in ihrer Mitte die Anhänger der „Unabhängigkeit und Autonomie“ ohne Vorbehalte und der „Unabhängigkeit und der Autonomie“ mit Vorbehalten.

Es gibt außerdem noch eine dritte Strömung im syndikalistischen Lager. Es sind dies Syndikalisten, die noch mehr gelernt haben und es daher für notwendig halten, auf Grund der Erfahrungen der russischen Revolution, die ganze syndikalistische Weltanschauung, die ganze syndikalistische Theorie einer Revision zu unterziehen und ein neues Programm für die neue geschichtliche Lage auszuarbeiten.

Das sind die drei Richtungen, die sich im Lager des revolutionären Syndikalismus herausgebildet haben, und der Kampf, der sich zwischen ihnen abspielt, fand in den Kongreßverhandlungen und in den Kongreßbeschlüssen seine volle Widerspiegelung. Nach hitzigen und heftigen Debatten sprach sich der Kongreß dahin aus, daß die gewerkschaftliche Internationale, als autonome, selbständige Organisation, ihre Tätigkeit mit der Tätigkeit der Kommu-

nistischen Internationale koordiniert und mit der letzteren in allen Aktionen zusammenzuwirken sucht, damit die revolutionäre Energie der Arbeiterklasse in dem Defensiv- wie in dem Offensivkampfe immer einer mächtigen, geballten Faust gleich konzentriert ist.

Welche Stellung nahm die Kongreßmehrheit in der Frage der Beziehungen zwischen der Roten Gewerkschaftsinternationale und der Kommunistischen Internationale ein? Auch hier fehlte es nicht an Differenzen, sie lagen aber auf einem ganz anderen Gebiete. Der Schreiber dieser Zeilen war der Meinung, daß es nur eine einzige Internationale geben könne. Denn soweit wir unter der Internationale eine Weltvereinigung für die defensiven und offensiven Kampfaktionen verstehen, ist die Internationale keine mechanische Summe der politischen Parteien und Gruppen. Die Internationale muß die gesamte revolutionäre Energie der Massen in sich sammeln, gleichgültig, in welcher organisatorischen Form sie sich äußert — in der Form der Partei oder in der der Gewerkschaften oder der Genossenschaften. Dieser Standpunkt wurde auf dem 4. Gewerkschaftskongreß Rußlands angenommen, wobei im Namen der ganzen russischen Gewerkschaftsbewegung verkündet wurde, daß unser Ideal die Schaffung einer einzigen Internationale ist, die in sich alle Formen und Arten der revolutionären Arbeiterbewegung verkörpert. Andererseits fanden sich auf dem Internationalen Gewerkschaftskongreß auch solche Kommunisten, die für die klare und volle Scheidung der gewerkschaftlichen Bewegung von der kommunistischen eintraten. Besonders zäh wurde dieser Standpunkt von den französischen Kommunisten wie von den Kommunisten mancher anderer Länder vertreten, in welchen die kommunistische Partei schwach, die Gewerkschaftsbewegung dagegen ziemlich stark ist.

Ueberhaupt war die Lösung dieser Frage

auf dem Kongreß dadurch sehr erschwert, daß sie beinahe für jedes Land anders gestellt wurde, und zwar je nach den Beziehungen zwischen der Gewerkschaftsbewegung und der kommunistischen Partei des Landes, je nach dem Kräfteverhältnis dieser Organisationen usw. So existiert für die norwegischen Arbeiter diese Frage überhaupt nicht, da bei ihnen fast alle Gewerkschaftsmitglieder Parteimitglieder sind und umgekehrt. Ebensowenig existiert diese Frage für die Tschechoslowaken, wo die Partei und die Gewerkschaften eng miteinander verbunden sind. Wohlgermerkt, es besteht derselbe Sachverhalt auch in vielen reformistischen Gewerkschaften, die auf unserem Kongreß nicht vertreten waren, vor allem in England, wo die Trade-Unions die Arbeiterpartei gebildet haben und deren kollektive Mitglieder sind. Würde man also dem englischen Trade-Unionismus eine Trennung der politischen Bewegung von der gewerkschaftlichen vorschlagen, so würden die Engländer ihre Zustimmung dazu nicht geben können, weil ihre Gewerkschaften und ihre Partei miteinander unlösbar verbunden sind.

Ganz anders gestalteten sich dagegen die Verhältnisse in Frankreich und Spanien. In Spanien ist die Frage der Wechselbeziehungen zwischen der Kommunistischen Partei und den Gewerkschaften überhaupt noch nicht aufgetaucht. Die syndikalistische Bewegung war dort von jeher sehr stark gewesen. Ende 1919 und Anfang 1920 zählten die Syndikate ungefähr eine Million Mitglieder. Dagegen entstand die kommunistische Partei erst vor einem halben Jahre und zählt nicht mehr als 10 000 Mitglieder. Die Wechselbeziehungen zwischen einer alten revolutionären Bewegung und einer kleinen, unlängst entstandenen kommunistischen Partei können unmöglich in dieselben Formen gebracht werden wie in den Ländern, wo neben der jungen Gewerkschaftsbewegung eine alte kommunistische Partei besteht. Eben

diese Buntheit der nationalen Verhältnisse und der Wechselbeziehungen zwischen den Partei- und den Gewerkschaftsorganisationen verschiedener Länder war es, die die Lösung der Frage auf dem Kongreß so schwierig machte.

Wir alle waren uns darüber klar, daß ein enges Zusammenwirken mit der Kommunistischen Internationale notwendig ist, und selbst die äußersten Syndikalisten schlugen es nicht ab, von Zeit zu Zeit mit der Kommunistischen Internationale zu sprechen, sie faßten aber diese Gespräche als zufällige Schäferstündchen, nicht als ständige sachliche Beziehungen auf. Nach dreitägigen Verhandlungen, nach einem scharfen Kampfe, einer ganzen Reihe von ultimativen Forderungen usw. usw. fand der Parteitag endlich eine Mittellinie. Er machte sich weder den Standpunkt des letzten russischen Gewerkschaftskongresses, noch den der extremen Syndikalisten zu eigen. Er sprach sich für die selbständige Existenz der gewerkschaftlichen Internationale als Organisation, für ein enges Zusammenwirken, für die gegenseitige Vertretung, unter Wahrung der vollen Selbständigkeit der beiden Internationalen in ihrem inneren Leben, aus.

Die Entscheidung betreffend die Wechselbeziehungen der beiden Internationalen war bestimmend für die Lösung einer ganzen Reihe von anderen, komplizierteren, aber praktisch leichter zu lösenden Fragen. Vor diesem Beschluß hatten die Syndikalisten auf einer vollen Unabhängigkeit der Gewerkschaften bestanden und sie sogar zu einer ultimativen Forderung gemacht. Die französische Delegation hat selbst das gebundene Mandat erhalten, sich der Roten Gewerkschaftsinternationale nicht anzuschließen, solange die Frage nicht in dem für die französischen Genossen gewünschten Sinne entschieden wird. Nach Annahme des Beschlusses über die Beziehungen zu der Kommunistischen Internationale war unser Weg

grundsätzlich geebnet, und wir konnten mit sicheren Schritten weitergehen.

Die zweite Frage, die den Kongreß besonders in Atem hielt, war die der italienischen Gewerkschaftsbewegung und der Roten Gewerkschaftsinternationale. Am 15. Juli 1920 haben wir, gemeinsam mit dem italienischen Gewerkschaftsbund, das Uebereinkommen über die Schaffung des provisorischen Gewerkschaftsrates unterzeichnet. Die Rote Gewerkschaftsinternationale wurde durch diesen Akt begründet. Seither haben aber die Führer des italienischen Gewerkschaftsbundes, anstatt vorwärts zu schreiten, einen Schritt rückwärts getan. Nachdem sich die Sozialistische Partei Italiens auf dem Kongreß von Livorno gespalten hat, bestanden die Reformisten darauf, daß man die Frage „Moskau oder Amsterdam“ durch die gleichzeitige Zugehörigkeit zu beiden Internationalen lösen soll. Im April 1920 wandte sich dann der italienische Gewerkschaftsbund an die Amsterdamer Internationale mit der Mitteilung über die Gewalt- und Mordtaten der Fascisten. Amsterdam beantwortete diese Mitteilung mit der Zusendung von 50 000 Lire, der italienische Gewerkschaftsbund dankte in warmen Worten, so daß die Beziehungen wieder angeknüpft wurden und der italienische Gewerkschaftsbund sich endgültig in den beiden Internationalen einrichtete.

Der italienische Allgemeine Gewerkschaftsbund umfaßt über 2 000 000 organisierte Arbeiter. Außerdem bestehen zwei unabhängige Verbände, die der Matrosen und der Eisenbahner, die etwa 600 000 Arbeiter vereinigen, und der Bund der Syndikalisten mit etwa 400 000 Mitgliedern. Am Vorabend des Kongresses haben wir vom italienischen Gewerkschaftsbunde ein Telegramm mit dem Vorschlag erhalten, unseren Kongreß nach Reval oder nach Stockholm zu verlegen. Sie begründeten ihren Vorschlag damit,

daß es dort leichter sein würde, die Mandate nachzuprüfen usw. Wir erhielten diesen Vorschlag 10 Tage vor der Eröffnung des Kongresses. Wir antworteten, daß der Ort der Kongreßverhandlungen uns gleichgültig ist, unter selbstverständlicher Voraussetzung, daß der Allgemeine Gewerkschaftsbund allen Delegierten die freie Durchfahrt sichert, daß wir aber einen Aufschub des Kongresses für unzulässig halten. Daraufhin haben sie ihre Delegierten Arzimondi und Bianchi zu Informationszwecken geschickt, die den Standpunkt des italienischen Allgemeinen Gewerkschaftsbundes auf dem Kongreß vortrugen.

Genosse Bianchi verteidigte die gleichzeitige Zugehörigkeit zu beiden Internationalen und beteuerte, daß die Italiener nur deshalb in Amsterdam bleiben, um dort die revolutionäre Agitation zu treiben, einen linken Flügel zu organisieren, alle mit der Taktik der Amsterdamer Internationale unzufriedenen Elemente um sich zu scharen usw. Insoweit man sie verstehen konnte, gedachten sie, bei dieser doppelten Zugehörigkeit zu bleiben, obwohl der Kongreß in Livorno klar und deutlich den Anschluß an die Rote Gewerkschaftsinternationale unter der Voraussetzung beschloß, daß die heute bestehenden Vertragsbeziehungen zwischen dem Allgemeinen Gewerkschaftsbunde und der sozialistischen Partei weiterbestehen bleiben.

Es würde uns zu weit führen, wenn wir alle Debatten zu dieser Frage wiedergeben wollten. Im wesentlichen hat der Kongreß folgendes erklärt: „Ihr habt elf Monate lang zwischen zwei Stühlen gesessen, jetzt müßt Ihr aber klipp und klar sagen, ob Ihr mit uns oder ohne uns gehen wollt, denn die Vermischung dieser beiden Internationalen ist unmöglich. „Oder, wie der Schreiber dieser Zeilen auf dem Kongreß erklärte: „Aus Euren Erklärungen geht es hervor, daß Ihr in gesetzlicher Ehe mit Amsterdam und in wilder Ehe mit

Moskau leben wollt. Wir lassen uns auf dieses Dreieck nicht ein." In dieser Frage war der Kongreß vollkommen einig, und er hat den Beschluß gefaßt, an die Arbeitermassen Italiens zu appellieren, die sich hoffentlich für Moskau aussprechen werden.

Sehr bezeichnend war das Auftreten des Genossen Arzimondi in diesen Debatten. In seiner Rede betreffend die Schaffung der Arbeiteruniversität in Italien sagte er: „Wir werden eine Lehranstalt schaffen, nach deren Absolvierung die Arbeiter auf Träumereien über Ausstände und rote Fahnen verzichten und lernen werden, das Leben nüchtern aufzufassen.“ Als einer der Italiener Arzimondi während dieser Rede die Frage stellte: „Bist Du ein Reformist?“ — antwortete er: „Ja, ich bin ein Reformist, aber in den Septembertagen, als ich Bürgermeister war und von der Partei die Anweisung erhielt, mich zum bewaffneten Aufstand bereit zu halten, bewaffnete ich die Arbeiter unverzüglich und würde losgeschlagen haben, wenn ein Signal erfolgt wäre.“ Allerdings bestreiten seine Genossen die Wahrhaftigkeit dieser Behauptungen.

Wie dem auch sei, hat der Kongreß die italienischen Genossen aufgefordert, sich klar und deutlich für Moskau oder für Amsterdam zu erklären.

. . .

Eine der kompliziertesten Fragen war die der Aufgaben und der Taktik der Gewerkschaften. Es handelte sich hier selbstredend nicht um allgemeine Lösungen wie „Nieder mit der Bourgeoisie!“ u. dergl., sondern um die ausführliche Bestimmung der Methoden und Wege, der Mittel und Formen des Kampfes, um die konkrete Mannigfaltigkeit der Kampfmittel entsprechend den sozialen Eigentümlichkeiten einzelner Länder im Rahmen der Weltbewegung. Eben für die gesamte Weltbewegung mußten wir diese

allgemeinen Richtlinien festsetzen. Kein Wunder, daß dies sehr viel Zeit in Anspruch nahm und daß alle Debatten sich auf einige Grundfragen konzentrierten.

Die erste Frage, die vor uns auf diesem Gebiete auftauchte, war die, wie wir uns zu den „alten“ Massengewerkschaften zu stellen haben: sind sie zu zerstören oder zu erobern? Auf dem Kongresse haben sich zu dieser Frage zwei direkt entgegengesetzte Standpunkte herausgestellt. Auf einer Seite standen die Vertreter der allgemeinen Arbeiterunion, der freien Union, Gelsenkirchen, der deutschen Syndikalistin und der amerikanischen Industriearbeiter der Welt. Sie standen auf dem Standpunkt, daß die alten Gewerkschaften konterrevolutionäre Organisationen sind, die zerstört werden müssen, und daß jeder Versuch, sie zu revolutionieren, nur eine unnütze Kraftverschwendung bedeuten und Energie in Anspruch nehmen würde, was nur der gewerkschaftlichen Bürokratie zugute käme.

„Was versteht Ihr aber unter Gewerkschaft?“ fragten wir diese Genossen. „Bedeutet die Gewerkschaft nur die Oberschichten, Bürokratie, Haus, Kasse, Bücher, Mitgliedskarten? Oder verstehen wir unter der Gewerkschaft die Millionen von Arbeitern, die in ihr organisiert sind? Was wollt Ihr zerstören: die bloße Form oder etwas anderes? Vergeßt nicht, daß die Arbeiter, die diese Gewerkschaften schufen, sie als ihr Haus betrachten. Es ist wahr, daß in den Gewerkschaften viele Leute stecken, die die Arbeiter verraten haben; muß man aber deshalb das Haus selbst mit Petroleum begießen und verbrennen? Seid Ihr der Ansicht, daß die Revolutionierung der Gewerkschaften ein aussichtsloses Beginnen ist, daß die Gewerkschaften aktionsunfähig sind, daß die Zehnmillionenarmee der gewerkschaftlich organisierten Massen, sagen wir, in Deutschland, ewig der Gewerkschaftsbürokratie folgen wird, — dann müssen wir einfach jede Hoffnung auf eine Revo-

lution fahren lassen. Wir müssen die Gewerkschaften um jeden Preis erobern und dürfen sie nicht einfach als Inbegriff aller Laster verwerfen."

Ueberhaupt fanden alle Ausführungen, daß die Gewerkschaften nicht zu erobern, nicht auf unsere Seite zu ziehen sind, einen ernsten Widerspruch von seiten der übergroßen Mehrheit des Kongresses. Selbst ein großer Teil der Syndikalisten lehnte diesen Standpunkt ab. Diese Frage hat überhaupt, wie schon erwähnt, die hartnäckigsten Debatten ausgelöst, denn eben diese Frage gab den Anlaß zur Spaltung in Deutschland, eben um sie dreht sich auch jetzt der Meinungskampf innerhalb des linken Flügels der Arbeiterbewegung.

Damit werden die taktischen Differenzen natürlich nicht erschöpft. Man mußte die Grundmethoden, die Hauptmittel des Kampfes ausarbeiten. Es fanden sich Genossen auf dem Kongresse, die allen Ernstes glaubten, daß die Aufgabe vor allen Dingen darin bestehe, zahlreiche Streiks zu inszenieren. Der Kongreß machte diese Verflachung der Kampfmittel nicht mit und betonte im Gegenteil nachdrücklich die Notwendigkeit, jede Aktion sorgfältig zu erwägen und die objektive Lage, die allgemeinen Verhältnisse, die Macht des Feindes usw. von vornherein genau zu erforschen. Er wies darauf hin, daß man sich auch zurückziehen verstehen muß und daß ein geordneter Rückzug manchmal nicht weniger verdienstvoll ist als ein erfolgreicher Angriff.

Was praktische Losungen und Aufgaben anbetrifft, so wurden sie vom Kongreß zu folgendem Aktionsprogramm zusammengefaßt: 1. die Hauptregel der Gewerkschaftsbewegung muß die sogenannte „direkte Aktion“, d. h. die scharfe Gegenüberstellung von Arbeiterklasse und Bürgertum sein; 2. man muß den Umbau der alten Gewerkschaften auf Grund der Produktionsverbände anstreben. Für Sowjetrußland ist diese Frage schon längst ent-

schieden, aber für die Mehrheit der europäischen Länder steht sie noch nicht auf der Tagesordnung, und der Umbau der Gewerkschaftsorganisationen nach den Produktionszweigen kann dort als eine wahre Revolution gelten.

Dann stellte der Kongreß die Losung der Arbeiterkontrolle auf und warf eine Reihe von Fragen auf, die als praktische Tagesaufgaben betrachtet werden müssen. In den Hauptumrissen wurde diese gemeinsame Richtlinie und das gemeinsame Aktionsprogramm vom Kongreß einstimmig beschlossen. Diese Einmütigkeit verdient besonders hervorgehoben zu werden, denn sie wurde selbstverständlich durch gegenseitige Konzessionen erzielt. Man machte Konzessionen in dem Sinne, daß die auf dem Kongreß einander gegenüberstehenden Gruppierungen sich bemühten, die trennenden Punkte nicht zu verschärfen, sie suchten im Gegenteil die Gegensätze zu mildern, um eine gemeinsame Taktik zu finden. Diese innere Kompromißerei erklärt sich dadurch, daß alle sich deutlich bewußt waren, wie notwendig die Schaffung einer einheitlichen revolutionären Front ist. Kamen sie doch, um diese Einheitsfront herzustellen, über Tausende von Kilometern nach Moskau. Man lese dieses Aktionsprogramm durch und man wird sehen, wie eingehend es alle Formen und Arten des Klassenkampfes umfaßt und die Gewerkschaften auf alle praktischen Probleme hinweist, die einen Zusammenstoß mit dem bürgerlichen Staate unvermeidlich machen.

Die Frage der Arbeiterkontrolle, die den springenden Punkt dieses Aktionsprogramms bildet, führte zu keinen großen Differenzen auf dem Kongreß. Hier war jene Tatsache ausschlaggebend, daß die russischen Gewerkschaften in der Lage waren, auf Grund der russischen Erfahrung eine Reihe von konkreten und praktischen Maßnahmen vorzuschlagen. Jene Ansätze der Arbeiterkontrolle, die gegenwärtig in Westeuropa geschaffen werden, stützen

sich sämtlich auf die Verständigung mit dem Bürgertum und setzen die unbedingte Vorherrschaft der Unternehmerinteressen über die Arbeiterinteressen voraus. Die Projekte der Arbeiterkontrolle, die von der italienischen Regierung nach der Epoche der Fabrikbesetzung in Italien eingebracht wurden, die englischen Projekte, die Projekte, die von dem französischen Metallarbeiterverbände entworfen wurden, — sie sind alle, ihrem Wesen nach, keine Projekte der Arbeiterkontrolle. Es handelt sich hier nur um etwas in der Art jener Staatskontrolle unter Beteiligung der Arbeiter, die die Menschewisten auf der III. Konferenz der russischen Gewerkschaften (20.—28. Juni 1917) verteidigten, indem sie es empfahlen, zum Wiederaufbau der Volkswirtschaft „alle produktiven Bevölkerungsklassen“ heranzuziehen.

Die auf dem Kongreß angenommene ausführliche Resolution über die Arbeiterkontrolle schildert nicht nur die bestehenden Formen der Arbeiterkontrolle, nicht nur die Herkunft der Idee dieser Kontrolle selbst, sondern gibt auch konkrete Weisungen, wie die Arbeiter um die Durchführung der wirklichen Arbeiterkontrolle über die Produktion zu kämpfen haben, während die Reformisten die Arbeiterkontrolle durch eine Verständigung mit der Bourgeoisie zu erreichen hoffen. Die Resolution betont es mit Nachdruck, daß die Arbeiterkontrolle nur durch einen zähen, erbitterten Kampf, nur gegen den Willen der Unternehmer erreicht werden kann, und daß sie nur insoweit für die Arbeiter von Wert sein wird, als sie gerade gegen den Willen der herrschenden Klassen eingeführt werden wird.

Das Aktionsprogramm des Kongresses der Roten Gewerkschaftsinternationale ist dasselbe, wie das auf dem III. Kongreß der Kommunistischen Internationale angenommene. Das beweist besser als alle Resolutionen die wirkliche Einigkeit, die zwischen diesen zwei internationalen Vereinigungen besteht. Für jeden, der

mit der internationalen Arbeiterbewegung und mit den Bedingungen ihres Kampfes auch nur einigermaßen vertraut ist, ist es eine Selbstverständlichkeit, daß die revolutionären Gewerkschaften bei der Durchführung ihres Aktionsprogramms auf keinen anderen Verbündeten rechnen können als nur auf die kommunistischen Parteien und auf ihren internationalen Stab — auf die Kommunistische Internationale. Diese Identität des Aktionsprogramms der beiden Internationalen ist kein Zufall: sie zeugt davon, daß die revolutionären Organisationen der Arbeiterklasse, die politischen wie die gewerkschaftlichen, keine feindlichen und miteinander konkurrierenden Mächte sind, sondern ein zusammenhängendes Ganzes bilden.

Jetzt nur noch einige Worte zur organisatorischen Frage. Man sollte glauben, daß organisatorische Fragen sich logisch aus den taktischen Fragen ergeben; und soweit unsere taktische Richtlinie von den vorhergehenden Entschlüssen fest umrissen wurde, sollte die Lösung der organisatorischen Fragen schon rasch und leicht vor sich gehen. Jedoch haben uns die Auseinandersetzungen über diese Fragen sehr viel Zeit geraubt. Denn als der Schreiber dieser Zeilen in seinen Leitsätzen die organisatorischen Fragen für England, Deutschland, Italien, Amerika usw. zu behandeln anging, ergab sich folgendes Bild: Der Vertreter Englands erklärte: Ich bin mit den Leitsätzen im allgemeinen einverstanden, ich muß aber dem widersprechen, was dort speziell von unserem Lande gesagt wird. Der Vertreter Amerikas sagte: Ich stimme den Leitsätzen im allgemeinen zu, ich muß aber bestreiten, was dort speziell in bezug auf unser Land ausgeführt wird. Daraus folgt, daß jedes Land eine Reihe von brennenden Fragen hat, die jedesmal eine besondere Lösung erfordern.

Nehmen wir z. B. Amerika. Wir haben dort die amerikanische Gewerkschaftsföderation, wir haben unabhängige ge-

werkschaftliche Vereinigungen, wir haben die kleine Organisation der Industriearbeiter der Welt, und gerade diese kleine Organisation erhebt den Anspruch, als die einzige Vertreterin der revolutionären Gewerkschaftsbewegung Amerikas betrachtet zu werden.

Als wir die Tätigkeit der Industriearbeiter der Welt mit den der Roten Gewerkschaftsinternationale angeschlossenen Lokalorganisationen der amerikanischen Gewerkschaftsföderation zu koordinieren versuchten, erhoben die Industrialisten einen Lärm, denn sie hielten es für unter ihrer Würde, ihre Tätigkeit mit der Tätigkeit derer zu koordinieren, die der amerikanischen Gewerkschaftsföderation angehören, die bekanntlich auch Amsterdam für allzu radikal hält.

Umsonst führten wir aus, daß die betreffenden Organisationen sich geistig von der amerikanischen Föderation getrennt hatten, daß sie ihr nur noch formell angehören. Die Industrialisten verharrten auf ihrem Standpunkt. Dieses Beispiel gibt uns einen Begriff von der Kompliziertheit der vor uns stehenden organisatorischen Frage.

Ein anderes Beispiel ist Spanien. Dort haben die Anarchosyndikalisten, als Gegner der Zentralisierung, alle Zentralleitungen für Produktionszweige mit der Begründung abgeschafft, daß die Zentralleitungen nur die Bürokratie erzeugen und sie daher abgeschafft werden müssen. Als sie in Moskau erschienen, befragten wir sie über die Sachlage in Spanien und über ihre organisatorischen Grundsätze. Sie antworteten uns: „Wir sind für die Föderation, und wir waren daher gegen alle Zentralleitungen.“ — „Aber wie führt Ihr Euren Kampf?“ Sie sagten uns, daß sie in den Städten Gewerkschaften haben, die sich zu lokalen Gewerkschaftsräten zusammenschließen, die wieder der allgemeinen Gewerkschaftskonföderation angehören. „Wie wird aber der Kampf geführt? Dann fehlt es bei Euch an der Koordination

zwischen den einzelnen Landesteilen.“ — „Ja, wir haben in der letzten Zeit bemerkt, daß dieser Zustand nicht sehr bequem ist, und wir haben Komitees für die Koordination des Kampfes in den verschiedenen Teilen Spaniens geschaffen.“

Wir haben deshalb in die Leitsätze für Spanien die Wiederherstellung der Zentralleitungen für die Produktionszweige eingetragen. Und wenn jetzt die spanische Gewerkschaftskonföderation zur Illegalität gezwungen wurde, so verringerte die Abschaffung der gewerkschaftlichen Landeszentralen zweifellos die Widerstandskraft der organisierten Arbeiter. Denn alle diese Landeszentralen haben eine sehr große Bedeutung.

Das dritte Beispiel, das eine Betrachtung verdient, sei wieder der spanischen Praxis entlehnt. In Spanien besteht die nationale Gewerkschaftskonföderation, die uns angeschlossenen ist, und der reformistische allgemeine Arbeiterverband. Innerhalb der reformistischen Gewerkschaften existieren kommunistische Zellen, die revolutionär gesinnte Arbeiter vereinigen. Außerdem hat sich von dem reformistischen Verband eine Reihe von Gewerkschaften abgesplittert, die weder dem reformistischen, noch dem syndikalistischen Gewerkschaftsbunde angehören. An der Spitze dieser abgesplitterten Gewerkschaften stehen überall Kommunisten. Wir haben beschlossen, daß die Syndikalisten, die sich von den reformistischen Verbänden abgesplittert haben, sich der Nationalen Gewerkschaftskonföderation anschließen müssen, die kommunistischen Zellen dagegen in den reformistischen Gewerkschaften zu bleiben und ihre Tätigkeit mit der Tätigkeit der Syndikalisten zu koordinieren haben.

Vielleicht werden diese Details geringfügig erscheinen, aber diese Fragen bestimmten das Geschick der Gewerkschaftsbewegung jedes Landes; sie geben ihrer Tätigkeit einen bestimmten Ton, eine

bestimmte Richtung. Kein Wunder daher, wenn organisatorische Fragen uns viel Zeit raubten.

Allein für die deutschen Angelegenheiten haben wir beinahe zwei Tage verwenden müssen. In Deutschland haben wir die freien Gewerkschaften, in deren Mitte kommunistische Zellen existieren und eine revolutionäre Opposition sich regt. Außerdem bestehen dort aber syndikalistische Organisationen, wie die Freie Arbeiterunion, die Unionen der Richtung Gelsenkirchen und eine ganze Reihe von unabhängigen Organisationen. Ueberdies gibt es in Deutschland Gewerkschaften, die aus den freien Gewerkschaften ausgestoßen wurden. Wir warfen die Frage nach der Vereinigung der ausgeschlossenen Organisationen und der Bildung eines besonderen Verbandes der ausgeschlossenen Gewerkschaften auf. Da haben manche Deutsche protestiert: „Wozu eine neue Organisation schaffen, wenn wir schon ohnehin deren fünf haben.“

Nicht weniger kompliziert stand die Frage in Italien, wo wir drei Typen von Organisationen haben. Weniger verwickelt ist die Frage in Frankreich und England. Und doch zeigte sich in jedem Lande dieselbe Erscheinung. Jede von uns aufgeworfene Frage zeigte, wie mannigfaltig die Arbeiterbewegung ist, wie verschiedenartig ihre Formen sind, wie wunderlich sich die Grundsätze verflechten, die ja im großen und ganzen von allen anerkannt werden, und welche Zickzacklinie die Arbeiterbewegung in der ganzen Welt beschreitet.

. . .

Die übrigen von dem Kongreß behandelten Fragen wollen wir nur flüchtig streifen. Es sei erwähnt, daß der Kongreß eine EntschlieÙung zur Frage der Frauen in der Produktion und in den Gewerkschaften angenommen hat. Für uns Russen existiert diese Frage einfach nicht, aber für viele Gewerkschaften in zahlreichen

Ländern ist sie sogar sehr brennend. Es genügt, zu sagen, daß in England es die Gewerkschaften waren, die, als die Krise nach dem Kriege begann, die Initiative zur Entfernung der Frauen aus den Betrieben ergriffen. Hunderttausende von Frauen wurden aus englischen Betrieben unter der Mitwirkung von Gewerkschaften ausgestoßen. Die Mitglieder der „alten“ Gewerkschaften haben also einen sehr eigentümlichen Begriff von der „normalen“ Zusammensetzung der Mitgliedschaft der Gewerkschaften. Sie teilen die Arbeiterschaft nicht nach der Qualifizierung, nicht nach den Produktionszweigen, sondern nach dem Geschlecht ein. Bist du ein Mann, so bleibst du in Arbeit, bist du aber ein weibliches Wesen, so wirst du hinausgeworfen. Diese altertümliche, feudale Auffassung der Frauenarbeit konnte nicht umhin, auf einem Kongresse, wie der unsrige es war, eine entschiedene Verurteilung zu finden. Wir haben eine besondere EntschlieÙung eingebracht, die alle revolutionären Gewerkschaften auffordert, eine derartige für die Arbeiter, Männer wie Frauen, herabwürdigende Auffassung, eine derartige Einteilung nach dem Geschlecht, rücksichtslos zu bekämpfen.

Desgleichen hat der Kongreß eine EntschlieÙung bezüglich der Arbeitslosigkeit angenommen und die konkreten Formen des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit angegeben. Nachdem wir in dieser EntschlieÙung auf manche Palliativmaßregeln hingewiesen haben, stellten wir klipp und klar fest, daß das einzig sichere, das einzig wirksame Mittel gegen die Arbeitslosigkeit der Sozialismus ist. Die Bourgeoisie wird dieses Heilmittel kaum freiwillig annehmen wollen; wir müssen sie aber dazu zwingen, denn außer dem Sozialismus gibt es kein Mittel gegen die Arbeitslosigkeit, und jeder Versuch, es zu finden, ist von vornherein zum Scheitern verurteilt. Die Arbeitslosigkeit ist eben ein unter der kapitalistischen Herrschaft normales, unausrottbares Uebel.

Noch einer Frage wandte der Kongreß seine Aufmerksamkeit zu — der Frage der Arbeiterbewegung im Orient und in den Kolonien. Es muß betont werden, daß die letzten Jahre einen ungeheuren Aufschwung der Arbeiterbewegung in den zurückgebliebensten Ländern des fernen Ostens brachten. Vor allem in Japan sehen wir ein sprunghaftes, fieberhaftes Wachstum der Arbeiterbewegung. In Indien sehen wir die Riesenstreiks, an denen Hunderttausende von Arbeitern teilnehmen. Es gibt kein Land im Orient, in dem nicht die revolutionäre Bewegung und die Arbeiterbewegung erwacht wäre.

Die interessanteste Seite dieser Erscheinung besteht darin, daß mit der revolutionären Bewegung sich hier die Momente der nationalen Bewegung verflechten, die sich auf die Befreiung des Landes von der Fremdherrschaft richtet. Diese Bewegung ist revolutionär, weil sie sich gegen die Unterdrücker richtet. In vielen Ländern, wie in Indien, auf den Malaischen Inseln, auf Java usw. hat diese Bewegung einen Hintergrund des Rassen Gegensatzes und tritt als Kampf der gelben Rasse gegen die weiße Rasse auf. Die Unterdrücker sind dort weiße Kapitalisten, die sich weiße Instrukturen und weiße Ingenieure mitbringen; daher wird dort der Klassengegensatz zu einem Gegensatz der Rassen. Ist dieser Rassenhaß im Grunde eine tief reaktionäre Erscheinung, so wird doch die Auflehnung gegen die weißen Ausbeuter zu einem revolutionären Faktor, der in sich schon einen Keim des Klassenbewußtseins trägt. Der Vertreter der javanischen Arbeiter, ein Malaie, betonte selbst in seiner Kongreßrede, daß unsere Aufgabe darin besteht, diesen Rassenhaß, der in dem Bewußtsein der gelben Volksmasse anwächst, in einen Klassenhaß zu verwandeln.

Im Zusammenhang mit dieser Frage muß hervorgehoben werden, daß der Kongreß eine Entschliebung in bezug auf die Gewerkschaften annahm, die nach den

nationalen oder den Rassenunterschieden gebildet werden. Die Gewerkschaften dieser Art haben sich noch in vielen Ländern erhalten. So sehen wir in der Tschechoslowakei besondere Gewerkschaften der tschechischen und der deutschen Arbeiter; in Polen sind die Polen und die Juden getrennt organisiert; in Amerika gibt es Gewerkschaften der weißen und der schwarzen Arbeiter, weil die weißen Arbeiter Amerikas es mit ihrem aristokratischen Gefühl für unvereinbar halten, schwarze Arbeiter in ihre Gewerkschaften aufzunehmen. Unser Kongreß konnte diese Wirkung der bürgerlichen Ideologie nicht mit Schweigen umgehen und hat zu dieser Frage einen scharf gehaltenen Beschluß gefaßt.

. . .

Zum Schluß will ich noch folgendes hervorheben. Die Arbeiten unseres Kongresses waren so mannigfaltig, daß sie alle Seiten, alle Gebiete der Arbeiterbewegung umfaßten, alle Gedankenschattierungen zum Vorschein brachten. Lesen wir die Protokolle des Kongresses, so zieht eine ganze geschichtliche Epoche an unseren Augen vorüber. Wir sehen da die Vergangenheit, die Gegenwart und die Zukunft Revue passieren. Alte Vorurteile fanden in zahlreichen Erklärungen von einzelnen Gruppen der Kongreßteilnehmer ihren Ausdruck. Alles, was wir auf diesem Kongreß erlebten, alle seine Reden, Resolutionen, Aufrufe, Beschlüsse haben eine große geschichtliche Bedeutung. Es gab da Delegierte aus allen Ländern, selbst aus Australien. Die Vertreter von 41 Ländern traten zusammen, von einem Wunsche getragen: die soziale Revolution zu beschleunigen, die Wege richtig zu weisen, den Werdegang der Revolution an Hand der Erfahrung Rußlands und anderer Länder zu verfolgen. Und unsere Beschlüsse selbst sind nichts als eine Schlußfolgerung, ein Extrakt, eine Synthese dieser Erfahrungen, die die Vertreter der verschieden-

sten Länder uns brachten. Jeder Delegierte hat nur die begrenzte Erfahrung seines eigenen Landes mitgebracht, nehmt Ihr aber alles Positive, in dieser Erfahrung, werft Ihr alles Negative ab, so werdet Ihr eben diese Synthese, eben diese Schlußfolgerung erhalten, die der Kongreß gezogen hat.

Die Hauptentschließung zur Frage der Taktik wurde auf dem Kongreß mit 337 Stimmen gegen 11 bei 5 Stimmenthaltungen angenommen. Auf diesem Kongresse gab es keine Sieger und keine Besiegten. Die in der Minderheit blieben, fühlten sich nicht als besiegt, denn unsere gemeinsame Aufgabe bestand nicht darin, irgend eine Strömung mechanisch zu ersticken, sondern darin, die höchstmögliche Zahl der revolutionären Elemente der Arbeiterklasse um die bestimmten Formeln, um die bestimmten praktischen Aufgaben zu vereinigen. Es gab dort übrigens einen Sieger. Dieser Sieger war der **K o m m u n i s m u s**.

Unser Kongreß ist ein Ausgangspunkt für den revolutionären Kampf in allen Ländern. Seine Beschlüsse werden sich in immer weiterem und weiterem Umkreis verbreiten und werden beginnen, breite Arbeitermassen in Gärung zu bringen. Der Kongreß hat diese Massen gezwungen, sich die Frage vorzulegen: gehen wir mit Moskau oder mit Amsterdam? Das Verdienst des Kongresses besteht darin, daß

er alle brennenden Fragen der Gegenwart aufrollte, und es gibt keine Frage, deren Erörterung der Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale ausgewichen wäre.

Aber nicht nur beantwortet hat der Kongreß alle Tagesfragen, die die Arbeitermassen in Atem halten: er hat sie **k o m m u n i s t i s c h** beantwortet. Er verurteilte die Neutralität der Gewerkschaften und deren Unabhängigkeit vom Kommunismus, er sprach sich für die **k o m m u n i s t i s c h - s y n d i k a l i s t i s c h e** Einheitsfront aus, er gab den radikalen Gewerkschaften einen festen Kampfboden, arbeitete eine feste und doch revolutionär biegsame Richtlinie für ihre Taktik aus. Und schließlich schuf er, formte er die Rote Gewerkschaftsinternationale, und gab damit der internationalen Arbeiterklasse ein neues, machtvolleres Werkzeug zur Zerstörung des Kapitalismus. Darin liegt die große geschichtliche Bedeutung des eben abgeschlossenen Kongresses.

Ueber das Geschrei, das unsere Klassenfeinde gegen die Rote Gewerkschaftsinternationale erhoben, und über die Opposition gegen die Kongreßbeschlüsse, die unter den revolutionären Syndikalisten auf dem gesegneten Boden Frankreichs üppig aufblühte, werden wir uns in einem besonderen Aufsatz verbreiten müssen. Das gedenken wir in der nächsten Nummer zu tun.

A. Losowsky.

Der II. Kongreß der Kommunistischen Jugendinternationale.

In Sowjetrußland, in Moskau, der roten Hauptstadt der internationalen revolutionären Bewegung, hat sich diesmal der Kongreß der jugendlichen Kommunisten der ganzen Welt versammelt, um auf die ganze

im Laufe der letzten zwölf Monate geleistete Arbeit zurückzublicken, ihre Kräfte zu mustern und die Taktik der Zukunft festzulegen. Fern von jeglicher Berührung mit der verfaulten bourgeoisen Welt, ohne

Gefahr von seiten der Banditen Noskes, unter dem treuen Schutz der Bajonette der Roten Armee und des ganzen Proletariats Rußlands, konnte der II. Kongreß der Kommunistischen Jugendinternationale ruhig an das Studium der revolutionären Erfahrung des ganzen internationalen — und im besonderen des russischen — Proletariats herantreten und Beschlüsse fassen, die der gegenwärtigen Lage der revolutionären Weltbewegung und der immer wachsenden Entwicklung der kommunistischen Jugendbewegung im vergangenen Jahre entsprechen.

Als im November 1919 in Berlin der I. Kongreß der Kommunistischen Jugendinternationale im Kulminationsmoment der Reaktion stattfand, die von der deutschen Sozialdemokratie gegen die deutsche Arbeiterbewegung in Szene gesetzt wurde, hatten nur vierzehn Länder ihre Vertreter entsandt. Das waren alles Organisationen einer Jugend, die es verstanden hatte, mutig und mit bewunderungswürdiger Energie allen Versuchen der Sozialpatrioten Widerstand zu leisten, die darauf gerichtet waren, den Haß der Jugend gegen Krieg und kapitalistische Gesellschaftsordnung zu unterdrücken. Es hatten sich jene versammelt, die als erste, als der Krieg am heftigsten entbrannte, den „heiligen Burgfrieden“ zu verletzen und einen stürmischen Protest gegen das Schlachten der ganzen Welt zu erheben gewagt hatten. Der Vertreter des Roten Rußland und seiner ruhmvollen kommunistischen Jugend war ebenfalls zu diesem Kongreß eingetroffen, um dadurch die zuverlässigen Elemente der einheitlichen Revolutionsarmee noch fester zusammenzuschmieden und die jungen westeuropäischen Brüder zur Verdoppelung ihrer Energie im Kampfe gegen die Bourgeoisie und den Reformismus und für die Kommunistische Internationale aufzurufen.

Auf diesem I. Kongreß, aus dem die Kommunistische Jugendinternationale entstand, wurde dem Verband der bisher zersplitterten Kräfte der revolutionären

Jugend in Eile ein Programm vorgelegt, das durch die damalige Situation bedingt war: Kampf gegen die Sozialpatrioten, gegen die Reformisten, für die Bildung kommunistischer Parteien, für die Moskauer Kommunistische Internationale. Mit dem ihr eigenen Enthusiasmus begann die Jugend diese Losung überall in den proletarischen Massen zu verbreiten, und die Jugendinternationale zog alsbald die Jugendvereinigungen in fast allen Ländern an sich heran, indem sie ihre Entstehung dort beschleunigte, wo es solche noch nicht gab und indem sie die schnelle Organisation und den endgültigen Triumph der kommunistischen Parteien in West- und Zentraleuropa in weitem Maße förderte.

Die Hauptaufgabe, die vom Berliner Kongreß gestellt worden war, war also bereits vor einigen Monaten erfüllt. Ueberall entstanden mächtige kommunistische Parteien, welche die politische Führung der ganzen Arbeiterbewegung übernahmen. Die Zentralisten und Reformisten wurden geschlagen. Neue Probleme erhoben sich vor dem revolutionären Proletariat und im besonderen vor der Jugend.

Die Diskussionen, die in diesen letzten Monaten in der Jugendinternationale stattfanden, haben deutlich gezeigt, daß es notwendig ist, neue Losungen zu finden und ein neues Programm aufzustellen, die — die Hauptaufgabe, die der Jugend auferlegt ist, beibehaltend — der neuen Lage mehr entsprechen sollten. Die Kommunistische Jugendinternationale suchte bereits lange vor dem II. Kongreß nach neuen Wegen. Die Fragen des Wirtschaftskampfes und der Erweiterung des Arbeitsgebietes der Erziehung waren hauptsächlich Gegenstand der Sorge der überwiegenden Mehrzahl des jugendlichen revolutionären Proletariats, das sich in der Internationale zusammengruppiert hatte.

Der II. Kongreß der Kommunistischen Jugendinternationale wird ein bedeutsames Ereignis in der internationalen Jugendbewegung bleiben. Selten hat man einen so

großen Kongreß gesehen: 39 Länder waren durch 135 Delegierte vertreten, unter anderen Amerika, Indien, Japan, England, Frankreich, Deutschland usw. Zum erstenmal in der Geschichte der revolutionären Jugendbewegung haben Vertreter fast aller Länder des Orients an dem Internationalen Kongreß neben ihren westlichen Brüdern aktiv teilgenommen und mit ihnen gemeinsam die Waffen des vereinten Kampfes gegen Imperialismus und Kapitalismus geschmiedet. Die große revolutionäre Armee von 800 000 jugendlichen Proletariern der ganzen Welt war auf diesem Kongreß vertreten. Durch eine strenge Disziplin zusammengehalten, begann sie nach einer besseren Methode zu suchen, um nach Möglichkeit den nahen und vollen Sieg ihres großen Führers, der Kommunistischen Internationale, dieser Avantgarde des revolutionären Proletariats der ganzen Welt, zu fördern. Der Kongreß ging fast ganz in dieser Sorge auf, die allein fähig war, es ihm zu ermöglichen, Verirrungen zu vermeiden und Entschlüsse zu fassen, die für die spätere Entwicklung der Kommunistischen Jugendorganisation fördernd sein sollten.

Da der Jugendkongreß vor allen Dingen die Bestimmungen des III. Kongresses der Kommunistischen Internationale in jenem Teile für sich als bindend anerkannt hat, der sich auf die neue Taktik und die nächsten Aufgaben der kommunistischen Parteien bezieht, so folgt hieraus logisch, daß die politische Autonomie der Jugend nicht mehr weiter bestehen kann und darf. Die starke Entwicklung der kommunistischen Parteien in allen Ländern, ihr voller Sieg über die Zentristen fordert eine einheitliche politische Leitung und volle Zentralisation, die allein den Triumph des Proletariats sichern kann. Der Kongreß kam einstimmig zu dem Schluß, daß die Zeit für die Beendigung der endlosen Diskussionen über das Verhältnis der Parteien zu der Jugend gekommen sei, und daß man alle Energie jenen Fragen widmen müsse, die die breiten Massen der proletarischen

Jugend besonders interessieren, um sie für sich zu gewinnen. Mit vollem Vertrauen auf unsere kommunistischen Parteien und unter ihrer politischen Leitung werden die Organisationen der Jugend das große Werk der gründlichen revolutionären Erziehung der Jugend auf sich nehmen, ein Werk, das bisher von der Jugendinternationale bis zu einem gewissen Grade vernachlässigt war, da diese letztere zu sehr vom Kampf gegen die Zentristen und von der Arbeit der Organisation kommunistischer Parteien in Anspruch genommen war.

Die Hauptaufgabe der kommunistischen Jugendinternationale, die vom II. Kongreß proklamiert wurde, ist die Werbung der Massen und die Errichtung breiter und zahlreicher Organisationen der proletarischen Jugend in allen Ländern. Der Kongreß setzte auch die Methoden und Formen der Propaganda fest, die zu dem ins Auge gefaßten Ziel führen sollen. Durch systematische Organisation vor allen Dingen des Kampfes auf wirtschaftlichem Gebiet, verbunden mit sorgfältigem Studium der alltäglichen Lebensbedürfnisse der jugendlichen Arbeiter und einer umfassenden Propaganda in den Gewerkschaften zugunsten von Teilaktionen für die Verbesserung der Lage der in Fabriken und Werkstätten arbeitenden Jugend, werden die jugendlichen Kommunisten das Interesse eines großen Teiles des jugendlichen Proletariats für sich zu gewinnen wissen. Der Kongreß sprach sich gegen die Gründung einzelner Jugendsektionen in den Gewerkschaften auf der „geheiligten Grundlage“ des revolutionären Syndikalismus, d. h. nach dem Grundsatz der politischen Neutralität aus. Die kommunistischen Jugendorganisationen müssen mit Hilfe der von ihnen gebildeten „Zellen“ ihr volles Uebergewicht in den Gewerkschaften zu erreichen streben, eine umfassende Agitation für die besonderen Forderungen der Jugend organisieren und eine geschlossene Aktion der Gewerkschaften zum Schutze dieser Forderungen

erreichen. Wenn die Sache gelingt, so müssen die „Zellen“ alle Maßnahmen treffen, um diese Bewegung zu führen. Auf diese Weise wird die kommunistische Jugend das Vertrauen der breiten Massen der gewerkschaftlich organisierten jungen Proletarier gewinnen und sie in ihre Reihen locken. Dort, wo in den Gewerkschaften eigene Jugendsektionen bestehen (wie in Deutschland, Oesterreich usw.) wird die Pflicht der kommunistischen Jugendorganisationen darin bestehen, ihren jungen Mitgliedern die Apathie zu nehmen, sie durch Teilaktionen zu wecken, kurz, sie in kommunistische Gruppen im vollen Sinne des Wortes zu verwandeln.

Ein anderes großes Tätigkeitsfeld eröffnet sich für die kommunistische Jugend auf dem Lande; der Kongreß hat auch diese Frage nicht unberücksichtigt gelassen. Er nahm Thesen an, in denen genau festgesetzt ist, wie man sich zu den verschiedenen Schichten der Bauernschaft zu verhalten hat, und er rief die Jugendvereinigungen auf, der Propaganda unter der Bauernjugend möglichst viel Aufmerksamkeit zuzuwenden. Wenn man auch nicht mit Entschiedenheit behaupten kann, daß das Dorf bisher von der Jugendinternationale vollständig vernachlässigt worden ist, so muß doch zugegeben werden, daß unsere Genossen in keinem Lande an die methodische und streng zentralisierte Propaganda unter der Bauernjugend herangetreten sind. Auf diesem Gebiete steht den Jugendvereinigungen eine ungeheure und schwere Arbeit bevor. In vielen Ländern ist die Gewinnung der Mehrzahl der Bauernjugend, die gegenwärtig die Kerntruppe der bürgerlichen Armee bildet, von größter Bedeutung für den Erfolg der Revolution.

Die kürzliche antimilitaristische Kampagne der französischen Föderation ermöglichte es dem Kongreß, die früheren Thesen zu ergänzen und die absolute Notwendigkeit einer Verstärkung der Propaganda gegen den Militarismus noch stärker zu betonen. Diese Propaganda erleichtert

uns ganz bedeutend das Vordringen aufs Land und hilft uns mehr als jede andere, die Sympathie der Bauern zu gewinnen. Außerdem wird sie es uns ermöglichen, die Idee der Bewaffnung des Proletariats unter den jungen Stadtproletariern sehr zu popularisieren. Mit der großen Losung der Russischen Revolution „gegen die imperialistischen Kriege — für die Bewaffnung des Proletariats“ werden wir die letzte Schutzmauer der Bourgeoisie durchbrechen.

Unter dem mächtigen Einfluß unserer Propaganda wird die Zersetzung der internationalen kapitalistischen Armee unvermeidlich werden, und unsere Jugendvereinigungen werden in ihren Reihen bald die gesündesten Elemente der Bauernmassen vereinigen.

Die Zentralisation unserer Propaganda im Orient, die Methoden ihrer Verstärkung und Vervollkommnung, waren ebenfalls Gegenstand der Debatten auf dem II. Kongreß der Kommunistischen Jugendinternationale. Außerdem wurde der Arbeit unter den Studenten und überhaupt unter der Intelligenz besondere Aufmerksamkeit zugewendet. Es wurden Thesen angenommen, deren Anwendung die Propaganda in diesem Milieu erleichtern wird, wobei diese Thesen, indem sie diesen Kreisen einen engeren und beständigeren Kontakt mit den proletarischen Massen ermöglichen, ihnen das für ihre kommunistische Erziehung notwendige Element verleihen werden.

Die Erfahrung der Russischen Revolution hat die absolute Notwendigkeit einer großen Zahl von Technikern erwiesen, die aus den Reihen des Proletariats hervorgegangen oder ihm vollständig ergeben sind. Möge die Kommunistische Jugendinternationale und ihr neues Vollzugskomitee diese Arbeit nicht vernachlässigen, ebenso nicht das große Werk der Propaganda unter den Kindern! Alle Prole-

tarierkinder müssen sich von frühester Jugend an organisieren, um den Geist des Internationalismus gemeinsam zu entwickeln und in sich den Haß gegen jene Bourgeoisie zu erziehen, auf die die Schuld für ihre Bettlerexistenz fällt. Der bürgerlichen Erziehung muß eine andere gegenübergestellt werden: die kommunistische Erziehung, wenn wir vermeiden wollen, daß die bourgeoisen Vorurteile, die in den kapitalistischen Schulen erworben wurden, nicht zu tief Wurzel fassen.

Diese ganze Arbeit der verstärkten Propaganda und Agitation in allen Richtungen und im ganzen proletarischen Milieu, die es uns ermöglichen wird, die breitesten Massen zusammenzufassen und in ihnen ein lebendiges Interesse für uns zu wecken, muß, sobald sie bereits auf unserer Seite stehen, durch die gründlichste kommunistische Erziehung ergänzt werden, die sie erst endgültig zu den unseren machen wird.

Darum hat der II. Kongreß Thesen angenommen, deren Ziel eine gründlichere Organisation der Erziehungsarbeit nach neuen Grundsätzen ist, die den Bedürfnissen jener proletarischen Massen angepaßt sind, auf die sich unsere Propaganda noch nicht erstreckt hat.

Andererseits muß auch innerhalb unserer Organisationen selbst die kommunistische Erziehung ergänzt und verstärkt werden, um es möglich zu machen, in der aller nächsten Zukunft jedes beliebige junge Mitglied in einen qualifizierten Propagandisten zu verwandeln.

Da der II. Kongreß allen an die kommunistische Jugendinternationale angeschlossenen Vereinigungen und auch ihrem neuen Vollzugskomitee eine komplizierte und schwere Aufgabe auferlegt, so ergibt sich die Notwendigkeit einer Veränderung der bisher bestehenden Organisationsform. Die demokratische Zentralisation muß in

den notwendigen Grenzen überall verwirklicht werden, doch wird andererseits die Autorität des Vollzugskomitees, sowie auch die der anderen Zentralorgane nach dem II. Kongreß eine stärkere. Die Bildung von „Zellen“ in Fabriken, in Werkstätten, in Schulen und überhaupt überall, wo proletarische Massen konzentriert sind, muß zur ersten Pflicht aller Vereinigungen werden, ebenso wie auch die Reorganisation kommunistischer Jugendsektionen überall dort, wo es möglich ist, wobei ihnen die Werkstatt oder die Fabrik zugrunde gelegt werden muß. Nur auf diese Weise wird sich die wichtigste Arbeit, die Arbeit der Organisation der Massen, verwirklichen lassen.

Die Delegierten des II. Kongresses sind voll Energie und Glauben in ihre Länder zurückgereist. Es ist ihnen gelungen, die kommunistische Jugendbewegung auf eine feste Basis zu stellen, sie mit der neuen Weltlage in Uebereinstimmung zu bringen. Indem sie den Sitz des Vollzugskomitees nach Moskau übertragen haben, haben sie einerseits seine Autorität verstärkt und es ihm andererseits ermöglicht, in engem und vollständigem Kontakt mit dem Vollzugskomitee der Kommunistischen Internationale im Interesse der ganzen Jugendbewegung zusammenzuarbeiten. Andererseits hat die Kommunistische Internationale in Person ihres Vorsitzenden, des Genossen Sinowjew, der internationalen kommunistischen Jugend Anerkennung ausgesprochen für die durch sie ausgeführte Arbeit und ihr die für die Verwirklichung der neuen Aufgabe notwendige moralische und materielle Unterstützung zugesagt. Wir sind also überzeugt, daß die Kommunistische Jugendinternationale ihre neuen Pflichten mit Ehren ausführen wird, die ihr durch die außerordentliche Lage an der ungeheuren Front des revolutionären Weltproletariats auferlegt sind, und daß sie gemeinsam mit ihrem älteren Bruder, unter seiner politischen Führung, zum Endsieg — der Weltrevolution — gelangen wird.

W. Wojowitsch

Die Resultate des II. Kongresses der Kommunistischen Jugendinternationale.

„Ein ernsthaftes Vermächtnis für die Jugendinternationale. . . Die Lüge der Kompromisse hinwegfegend, die neue, große und mächtige Internationale begeistert schaffen und aufzubauen.“

Diese Worte Karl Liebknechts, die zu Beginn des Krieges auf den Seiten der „Jugendinternationale“ abgedruckt waren, sind zur Wirklichkeit geworden. Sie wurden zum Programm der Jugendinternationale. Als diese Worte niedergeschrieben wurden, war es notwendig, als Gegengewicht zu den morschen, verräterischen sozialdemokratischen Parteien die Forderung der vollen Autonomie für die Jugendorganisationen nicht deshalb aufzustellen, weil die Befreiung der Menschheit und der Arbeiterklasse Aufgabe der Jugend ist, sondern um der neuentstehenden Internationale zu helfen, die ersten Knospen zu treiben.

Das war die historische Aufgabe der Jugendinternationale. Mit der Gründung der Kommunistischen Internationale ging die Leitung der revolutionären proletarischen Bewegung an diese über; damit sich aber die Theorie in Wirklichkeit verwandele, war es notwendig, zur Organisation kommunistischer Parteien in den verschiedenen Ländern überzugehen.

Die Zeit zwischen dem ersten, dem Berliner, und dem zweiten Kongreß der Kommunistischen Jugendinternationale war einer doppelten Aufgabe gewidmet: einerseits der Organisation und Kräftigung der Kommunistischen Parteien und andererseits der Erneuerung der eigenen Reihen.

Jene Tatsache, daß die Kommunistische Internationale gegenwärtig fast in allen Ländern der Welt die Massenparteien organisatorisch leitet und die proletarischen Massen führt, die zum Kampfe streben, fordert auch von der Jugendinternationale einen Schritt vorwärts.

Es haben sich 135 Delegierte, die Vertreter von 34 Jugendbünden, in Moskau versammelt, um für die Kommunistische Jugendinternationale die Linie ihres Verhaltens festzulegen.

Die Resolutionen des II. Kongresses wurden in vollem Bewußtsein dessen angenommen, daß mit dem früheren Geschwätz von der „Rolle der Jugendavantgarde“ und mit allen hiermit verknüpften jugendlichen, syndika-

listisch-verschwommenen Träumereien ein für allemal Schluß gemacht werden muß. Die Einmütigkeit, mit der die Resolutionen angenommen wurden, zeigte, daß jeder junge Genosse bereit ist, die neue Taktik anzunehmen und nach ihr in seinem Lande zu arbeiten.

Die wichtigste Aufgabe der Jugendorganisation ist gegenwärtig die Annäherung an die breiten indifferenten Jugendmassen, die faktische Verwandlung der Jugendbünde in Massenorganisationen. Die Jugendorganisationen müssen zu Kampfschulen für die kommunistischen Parteien werden. Wenn dies der Fall sein wird, wird ein gesunder Erneuerungsprozeß eintreten. Die auf diese Weise freigeordneten jungen Kräfte werden in den Parteien nützliche Arbeit leisten, indem sie neues, frisches Leben in sie hineintragen.

Nach Anhörung des Referats des Genossen Trotzki beschloß der Jugendkongreß, seinerseits alles zu tun, um die Resolutionen des III. Kongresses zu verwirklichen.

Der wichtigste Punkt der Tagesordnung war die Festsetzung ganz bestimmter Beziehungen zwischen der Kommunistischen Partei und der Kommunistischen Jugendorganisation. Es mußte prinzipiell festgestellt werden, daß unser Verhältnis zu den kommunistischen Parteien ein wesentlich anderes ist als zu den sozialdemokratischen.

Die Forderung der Selbständigkeit war früher für die revolutionäre Arbeit absolut notwendig. Die revolutionäre Jugend konnte die sozialdemokratische Partei nicht als ihre Führerin im Kampfe anerkennen; darum war ihr Austritt aus der alten Partei eine revolutionäre Losung und ihre Selbständigkeit während des Krieges ein revolutionärer Faktor. Aber vom Augenblick der Gründung kommunistischer Parteien an verhält es sich hiermit anders. Die Jugend an und für sich wird niemals als ein Führer des Proletariats betrachtet werden. Durch ihren Mut und ihre Begeisterung kann sie zur Bildung kommunistischer Parteien beitragen, ihre Entwicklung beschleunigen, aber niemals wird sie imstande sein, die geistige Leitung der kommunistischen Bewegung auf sich zu nehmen. Die Leitung derselben befindet sich in den Händen der Parteien, und der revolutionäre Geist der Kom-

unistischen Internationale garantiert dafür, daß diese Führung immer eine Bewegung nach vorwärts bedeuten wird. Jene Zeiten sind vorüber, da die Jugend vereinzelt kämpfte. Die Kampferfahrung, die Vorsicht, die Positivität und Vernunft der erwachsenen Genossen muß mit der Begeisterung, dem Mut und dem Feuereifer der Jugend zu einem Ganzen verschmelzen. Die Unterordnung unter die kommunistische Partei in politischer Hinsicht ist das grundlegende Prinzip der gemeinsamen Kampfführung, aber sie schließt die Wahrung der organisatorischen Selbständigkeit für die Jugendorganisationen nach wie vor nicht aus. Die organisatorische Selbständigkeit ist nicht nur in erzieherischer Hinsicht gut und notwendig, sondern auch deshalb, weil kraft der neuen Aufgaben die Organisationsformen viel umfassender als die Formen der geschlossenen kommunistischen Partei sein werden.

Die Jugendorganisationen werden die engste Zusammenarbeit mit den Parteien anstreben, was sich organisatorisch in der gegenseitigen Vertretung in den Zentralkomitees der kommunistischen Parteien und dem Exekutivkomitee der Kommunistischen Jugendinternationale äußern wird.

Die gemeinsame Arbeit muß während des aktiven Auftretens noch mehr zentralisiert werden; von großer Bedeutung ist auch die gemeinsame Arbeit in den illegalen und den militärischen Organisationen. Die Jugendorganisationen werden ihre älteren Mitglieder systematisch an die kommunistischen Parteien abgeben, um auf diese Weise jüngeren Genossen den Eintritt in die Jugendinternationale zu ermöglichen und andererseits die Parteien durch frische Kräfte zu ergänzen.

Bei der Besprechung der Thesen über den ökonomischen Kampf fand eine lange und sehr fruchtbare Diskussion statt. Niemand zweifelte an der Notwendigkeit des Wirtschaftskampfes, und Meinungsverschiedenheiten entstanden erst über die Frage, wie dieser Kampf durchgeführt werden soll. Einige Verbände neigten dazu, daß die Jugendorganisationen als „politische“ Verbände den Wirtschaftskampf den Gewerkschaften überlassen müßten. Die Oesterreicher hielten eine Kompromißorganisation für möglich; durch Jugendkartelle sollte die ganze Arbeiterjugend unter einer wirtschaftlichen Lösung zu einer parteilosen Organisation zusammengeschlossen werden. Auf diese Weise wäre es einerseits gelungen, den Sozialdemokraten ihre Maske herunterzureißen, und andererseits in unmittelbare Berührung mit den Massen zu kommen.

Der Kongreß sprach sich gegen diese Art von Organisation aus. Die Aufgabe der kommunistischen Jugendverbände besteht darin, in den Augen der Massen stets Träger des Kampfes zu sein. Der Wirtschaftskampf der Jugend soll der Sache der Erziehung von Revolutionären und Kämpfern dienen.

Ebenso lehnte der Kongreß aus prinzipiellen Erwägungen die Schaffung besonderer Abteilungen in den Gewerkschaften ab. Es ist begreiflich, daß die Kommunisten nicht 200 000 Jugendliche in den Händen der Bürokratie der deutschen Gewerkschaftssektionen lassen wollen, sondern in diese Organisationen eintreten und versuchen werden, sie zu Kommunisten zu machen. Die Arbeiterjugend muß wie ein Keil in die Reihen der revolutionären Arbeiterklasse, in die Reihen ihrer älteren Brüder eindringen.

Jeder bewußte jugendliche Proletarier ist zu dem klaren Schlusse gelangt, daß es für die kommunistischen Jugendorganisationen eine Lebensfrage ist, den Wirtschaftskampf zu führen. Nur dieser Kampf ermöglicht es, den ständigen, lebendigen Zusammenhang mit den Massen aufrechtzuerhalten. Dieser Kampf ist das beste Erziehungsmittel für die Schaffung einer wirklich kampffähigen Organisation. Teilaktionen werden, trotz ihrer scheinbaren Bedeutungslosigkeit, dennoch zeigen, daß die Aktionen fort dauern müssen, daß es unmöglich ist, durch Reformen die bürgerliche Gesellschaftsordnung zu ändern. Partielle Zusammenstöße wegen der Alltagsforderungen der Jugend müssen zu einem Bestandteil der umfassenden wirtschaftlichen Aktionen der ganzen Arbeiterklasse werden.

Die Praxis des ökonomischen und politischen Kampfes muß in den Jugendorganisationen durch Aufklärungsarbeit ergänzt werden. Der Kongreß zog eine scharfe Grenze zwischen der Aufklärungsarbeit in den sozialdemokratischen Jugendverbänden und der Arbeit in den kommunistischen Gruppen. In den ersteren ist sie lediglich eine Brücke, die zum Zwecke der Aussöhnung offensichtlicher Gegensätze zwischen der bürgerlichen und der proletarischen Welt errichtet wird. Museumsbesuch, Verherrlichung der bürgerlichen Kunst, Theater, Wissenschaft, das alles hat den Zweck, die Jugend die Lebensprosa vergessen zu lassen, sie zu zwingen, zu denken, daß der Klassenkampf durch Kompromisse überflüssig gemacht werden kann. Der Kongreß sprach sich klar und deutlich dahin aus, daß die Jugend nicht „vom Wissen — zur Macht“, sondern „Vom Kampf — zur Bildung“ streben wird. Die Kommunistische Jugend hat hiermit

gezeigt, daß sie unter sozialistischer Bildung die Aufklärung und Disziplinierung der Arbeiterjugend durch aktive Teilnahme am revolutionären Kampf versteht. Die in diesem Sinne formulierte Bestimmung lautet: alle Fragen der Geschichte, Oekonomie, Technik, Kunst, Religion, Naturwissenschaft, Philosophie usw. sollen nur in dem Maße behandelt werden, als ihre Kenntnis für die aktive politische Aktion und für die politische Agitation notwendig ist. Die Beschäftigung mit Sport, Gymnastik, Exkursionen, der Kampf gegen den Alkoholismus, gegen die Schundliteratur, gegen die Prostitution — das alles muß dem Hauptziel, dem politischen Kampf des Proletariats, streng untergeordnet werden. Die Erziehungsarbeit unter der Jugend ist durch den praktisch-politischen Kampf bedingt. Sie ist nur Mittel zum Zweck. Die kommunistische Bildung ist nur eine Waffe im revolutionären Kampf.

Es wurden auch Maßnahmen für die Organisation einer intensiveren Betreibung der Aufklärungsarbeit vorgeschlagen.

Eine der wichtigsten Fragen der Tagesordnung war die Besprechung des Problems der Arbeit unter der Jugend der Kolonialvölker, sowie auch der Arbeit auf dem Lande. Das lebendige Interesse, das durch die Behandlung des Problems der Arbeit in den Kolonialländern hervorgerufen wurde, ist ein Beweis der Notwendigkeit einer geistigen und organisatorischen Annäherung der Jugend des Orients und des Okzidents. Hier wurde besonders die große Bedeutung des ständigen Konnexes mit den Massen betont. Die Aufgabe der Jugendbewegung in den Kolonien besteht in der Organisation der breiten Massen der Arbeiterjugend in Stadt und Land, ihrer Hineinziehung in den nationalrevolutionären Kampf und ihre Erziehung im Geiste der sozialen Revolution. Es wurde bemerkt, daß die Unterschiede der verschiedenen Länder die Ausarbeitung eines gemeinsamen Arbeitsschemas hindern, und es wurde darum beschlossen, ständige Beziehungen zu jedem einzelnen Lande aufrechtzuerhalten.

Die Verbände der sozialpatriotischen Jugend widmen der Organisation der Jugend auf dem Lande überhaupt keinerlei Aufmerksamkeit. Die kommunistischen Verbände dagegen betrachten die Verbreitung der Ideen des Kommunismus und des Klassenkampfes unter den großen Massen der Dorfjugend als notwendig, um einen festen Zusammenhang zwischen Stadt und Land herzustellen. Es fand ein Meinungsaustausch anlässlich der Erfahrungstatsachen statt. Ein solcher Meinungs-

austausch kann auch auf diesem Gebiete die Verbände der einzelnen Länder organisatorisch kräftigen.

Indem der Kongreß die Wichtigkeit der Heranziehung intellektueller Kräfte zu den Jugendorganisationen erkannte und damit Studenten prinzipiell zuließ, ließ er die Gefahr nicht außer acht, die mit dem Umstand verbunden ist, daß derartige Elemente mit einer kleinbürgerlichen Ideologie in die Bewegung eindringen werden. Gerade aus diesem Grunde ließ er den Gedanken an jeglichen Versuch der Schaffung einer speziellen kommunistischen Studentenorganisation fallen. Die Studenten sollen in die Reihen der kommunistischen Jugend eintreten und Schulter an Schulter mit dieser für die Befreiung der Arbeiterklasse kämpfen.

Ebenso genau und bestimmt wurden die Methoden der Arbeit in den Kindergruppen festgelegt.

In Uebereinstimmung mit den neuen Grundsätzen wurde die Linie des Verhaltens der kommunistischen Jugendorganisationen in den Fragen der antimilitaristischen Taktik verändert. Vor dem Krieg war das Predigen des Antimilitarismus die Hauptaufgabe der Jugend; während des Krieges war diese Propaganda jenes Unterscheidungsmerkmal, das die Jugendorganisationen von den sozialdemokratischen unterschied. Es war dies nicht nur deshalb der Fall, weil dies ausschließlich Sache der Jugend war. Die äußerste Linke war seinerzeit ebenfalls der geistige Führer dieser Bewegung. Die Kriegsfrage geht nicht nur speziell die Jugend an, sondern sie ist überhaupt eine der ernstesten Fragen für die proletarische Revolution. Hier wird die Bewaffnung des Proletariats den früheren Losungen der Entwaffnung desselben gegenübergestellt. In den alten sozialdemokratischen Parteien verwandelte sich die Frage des Antimilitarismus in ein endloses Lied. In der kommunistischen Partei kann dies nicht passieren. Darum beschloß der Kongreß, daß man sich in dieser Frage ganz der Führung der Partei unterordnen müsse, da parallele Aktionen in einer so großen und teilweise illegalen Bewegung gänzlich unmöglich sind. Die Besprechung der Entwaffnungsfrage hat gezeigt, was für einen Riesenschritt vorwärts die Organisationen im Laufe eines Jahres gemacht haben! In den breiten Massen der kommunistischen Jugend sind die letzten Ueberbleibsel der bourgeois-sozialdemokratischen pazifistischen Illusionen zerstört; jetzt muß nur noch ein entschiedener Kampf gegen die „putschistischen“ Elemente, gegen jegliche Art

von Tendenzen à la Hervé geführt werden, der den Krieg durch den Aufruf „Ne partez pas“ zu verhindern hofft. Die kommunistische Jugend hat einstimmig erklärt, daß sie mit derartigen anarchistischen Elementen nichts gemein hat und auch in Zukunft nichts gemein zu haben wünscht.

Es wurden also alle Fragen der Tagesordnung mit äußerster Sorgfalt besprochen.

Da nach Aufhebung der politischen Selbständigkeit der Jugendorganisationen sich die Möglichkeit bot, mehr Zeit als früher jenen Fragen zu widmen, die die Jugend selbst angehen, so erhob sich vor uns die Aufgabe der Werbung der breiten Schichten der Arbeiterjugend. Es müssen folglich die Organisationsformen derart angepaßt werden, daß man mit diesen breiten Schichten in unmittelbare Berührung kommt. Die Hauptaufgabe des gegenwärtigen Moments ist die planmäßige Organisation von „Zellen“ in den Fabriken, den Werkstätten, Schulen usw. Sie sind es eigentlich, die in Zukunft die Stütze des Verbandes werden sollen. Der Kongreß beschloß, sich innerhalb der Grenzen einer strengen Organisation der Verbände zu halten, durch die jedoch die Selbständigkeit der Jugend nicht aufgehoben ist. Diese muß im Gegenteil im höchsten Grade entwickelt werden, um auf diese Weise neue, frische Kräfte zu entfalten. Die Zentralisation ist am notwendigsten für die illegalen Vereinigungen, ihrem demokratischen Sozialismus muß oftmals notgedrungen ein Hindernis gestellt werden. Ebenso notwendig ist die Zentralisation in jenen Ländern, in denen nationale Minderheiten vorhanden sind.

Der Kongreß entlarvte auch den kleinbürgerlichen Charakter der jüdischen Organisationen „Bund“ und „Poalei Zion“ und beschloß, den Mitgliedern der genannten Organisationen hiervon in einem besonderen Aufruf Mitteilung zu machen. Die Türen der kommunistischen Internationale stehen nur für jene Genossen und Verbände offen, die mit allen sentimental kleinbürgerlichen „Sonder“-Forderungen gebrochen haben und bereit sind, als

Kommunisten, als Proletarier an dem allgemeinen Kampf teilzunehmen.

Ebenso wurde auch unser Verhältnis zu der deutschen kommunistischen Arbeiterjugend klargestellt. Die Mitglieder dieser kleinen, zahlenmäßig ganz geringen Gruppe werden sich jetzt entscheiden müssen, ob sie ehrlich in den Reihen der Kommunisten kämpfen wollen oder ob sie nur dazu existieren wollen, um mit ihren Ratschlägen zweifelhafter Art, außerhalb der proletarischen Bewegung stehend, nur müßig die Luft zu erschüttern.

Vor anderthalb Jahren war die Jugendinternationale die einzige internationale Organisation jugendlicher Arbeiter. Jetzt haben sich noch zwei „Konkurrenten“ gefunden, die die Arbeiterjugend zusammenschließen versuchen. Und so minimal auch ihre Bedeutung in internationaler Hinsicht ist, um so mehr Grund haben wir, den energischsten Kampf gegen diese Feinde aufzunehmen, um sie bereits in ihrer Zitadelle, in Oesterreich und Deutschland, zu vernichten.

Während des ersten Kongresses in Berlin, wo Noske und seine Bluthunde regierten, hielten wir unsere Sitzungen in verschiedenen Schlupfwinkeln ab. Jetzt aber befanden wir uns im hohen Kreml, im Goldenen Saal, und unser Gastgeber war das Proletariat. Die anderen Internationalen wurden von der Bourgeoisie protegirt. Ihnen werden Schulen geöffnet, Räume zur Verfügung gestellt, sie sind die Lieblinge der Regierung. Uns hetzt man, man weist uns aus, treibt uns aus einem Lande in das andere, unsere zweite Wohnung ist das Gefängnis. Aber unsere mächtigen Organisationen sind in der ganzen Welt von dem einen gemeinsamen Gefühl durchdrungen — der Revolution zu dienen.

Die Jugendorganisationen der ganzen Welt werden jetzt arbeiten, indem sie sich auf die Resolutionen des II. Kongresses stützen. Die politische Führung unserer Bewegung ist an die Partei übergegangen, aber die Jugendorganisationen werden mit unermüdlicher Energie Schulter an Schulter mit der Partei für den Triumph der proletarischen Weltrevolution kämpfen.

J. Lekai.

Die kommunistischen Jugendverbände und die kommunistischen Parteien.

I.

Die internationale kommunistische Jugendbewegung, die sich gegenwärtig auf 48 Länder

aller Weltteile erstreckt und über 800 000 junge Proletarier und Bauern zusammenschließt, nimmt immer mehr an Bedeutung für

die Kommunistische Internationale zu. In der Periode der Schaffung der Kommunistischen Internationale nahmen die kommunistischen Jugendorganisationen aller Länder an der Organisation und Kräftigung der kommunistischen Parteien in aktivster Weise Teil, wodurch sie der ganzen kommunistischen Bewegung einen historischen Dienst von ungeheurer Bedeutung erwiesen haben. Gegenwärtig bekommt im Zusammenhang mit einer Reihe von Umständen die Sache der kommunistischen Erziehung der proletarischen Jugend noch größere Bedeutung als bisher.

Schon auf dem III. Kongreß der Kommunistischen Internationale wurde bei der Besprechung der Frage der ökonomischen und politischen Weltlage auf die wachsende Bedeutung der Rolle der Arbeiterjugend in der kapitalistischen Produktion und dem politischen Kampf hingewiesen. Während des Weltkrieges in großen Massen in die Produktion hineingezogen, bilden die jugendlichen Proletarier gegenwärtig einen sehr bedeutenden Teil der industriellen Arbeiterarmee. In den stürmischen Zeiten der Kriegskatastrophe und nach den revolutionären Kriegskämpfen aufgewachsen, repräsentieren sie einen empfänglichen Boden für die revolutionäre Propaganda und Organisation und sind faktisch bei allen Aktionen der Arbeiterklasse gegenwärtig der aktivste und beweglichste Teil der Arbeiterklasse.

Auf dem Kongreß wurde auch die Notwendigkeit einer verstärkten politischen Arbeit unter der Arbeiterjugend im Zusammenhang mit der Ausführung der Hauptaufgabe, die vom III. Kongreß den kommunistischen Parteien aller Länder gestellt worden war: der Gewinnung der Mehrheit des Proletariats, betont. Die kommunistischen Jugendverbände sind berufen, durch besondere politische Arbeit unter den Massen der Arbeiterjugend, durch eine Tätigkeit, die den Arbeits- und Lebensbedingungen sowie der jugendlichen Psychologie angepaßt ist, neue Schichten bisher indifferenter und dem Kommunismus fremder jugendlicher Proletarier in die Reihen der kommunistischen Bewegung zu locken.

Besondere Aufmerksamkeit müssen die kommunistischen Parteien der verstärkten Arbeit der Zweiten und der Zweieinhalb-Internationale unter der Jugend zuwenden. Während in den Jahren 1919 und 1920 nur eine Jugendinternationale — die Kommunistische Jugend-

internationale — existierte, die einen Teil der Kommunistischen Internationale darstellt, sind im Laufe des letzten Jahres die gelbe „Internationale der Arbeiterjugend“ und die Zweieinhalb-Jugendinternationale, die „Internationale Vereinigung der sozialistischen Jugendorganisationen“, entstanden. Im Vergleich zur Kommunistischen Jugendinternationale üben diese beiden Organisationen keinen großen Einfluß im internationalen Maßstabe unter der Arbeiterjugend aus, aber die Unterstützung, die ihnen von seiten der bourgeois Regierungen, der sozialpatriotischen und der zentristischen Parteien und hauptsächlich von der Gelben Internationale der Gewerkschaften zuteil wird (diese Unterstützung hat bereits die sozialpatriotischen Jugendorganisationen in Deutschland und Holland verstärkt), muß alle Kommunisten zwingen, auf der Hut zu sein und ihrerseits den „Kampf für die Jugend“ zu verstärken, der in der Epoche der proletarischen Revolution von welthistorischer Bedeutung ist.

Eine Voraussetzung für die erfolgreiche Ausführung der die allgemeine kommunistische Bewegung betreffenden Aufgaben des kommunistischen Jugendverbandes, d. h. für die Werbung und kommunistische Erziehung der breiten Massen jugendlicher Proletarier bei den heutigen außerordentlich schwierigen Verhältnissen, ist die Herstellung geregelter gegenseitiger Beziehungen auf politischem und organisatorischem Gebiet zwischen ihnen und den kommunistischen Parteien, die Herstellung eines engen alltäglichen Zusammenarbeitens und eines gegenseitigen Zusammenhanges zwischen beiden Organisationen. Diese Frage wurde vom III. Kongreß der Kommunistischen Internationale und von dem unmittelbar nach ihm stattgefundenen II. Kongreß der Kommunistischen Jugendinternationale eingehend besprochen, und das Resultat der Arbeiten dieser Kongresse war die Annahme neuer Thesen, die diese Frage sowohl von der prinzipiellen als auch von der praktischen Seite beleuchten.

II.

Um die neuen Bestimmungen beider Kongresse auf dem Gebiete der gegenseitigen Beziehungen der kommunistischen Jugendverbände und der kommunistischen Parteien vollständig zu verstehen, muß in Kürze untersucht werden, wie diese gegenseitigen Beziehungen sich im Laufe der ganzen Geschichte der inter-

nationalen proletarischen Jugendbewegung, die jetzt bereits über 35 Jahre umfaßt, entwickelten.

Die sozialistischen Jugendverbände, die Ende des 19. Jahrhunderts fast in allen Ländern Europas entstanden, waren von der Jugend selbst geschaffen worden. In Anbetracht ihrer unerträglich schweren Lage innerhalb der Großindustrie und im besonderen in der kleinen Handwerksindustrie im bürgerlichen Staate, der die jungen Proletarier geistig und körperlich militarisierte und sie durch Vermittlung der Schule, der Presse, der Kirche und der bürgerlichen Jugendorganisationen mit bürgerlich-nationalistischem Gift infizierte, kam diese Jugend auf den Gedanken, sich eine eigene Organisation zu schaffen. Diese ersten Verbände wurden ohne Beteiligung der sozialistischen Parteien geschaffen (nur mit wenigen Ausnahmen, wie z. B. in der Tschecho-Slowakei) und oftmals sogar gegen den Willen dieser Parteien und der Gewerkschaften. Die Organisationen der erwachsenen Arbeiter verhielten sich gegenüber den neugeschaffenen Jugendorganisationen gleichgültig, was sich durch den tief eingewurzelten Konservatismus in den Beziehungen des erwachsenen Arbeiters zu seinem jüngeren Bruder erklären läßt; zuweilen legten sie sogar feindliche Gesinnung an den Tag, die teilweise auf das Vorhandensein stark anarcho-syndikalistischer Tendenzen in den ersten Arbeiterjugendverbänden zurückzuführen war, die in vielen Ländern zu einer Spaltung der ersten Jugendorganisationen führten.

Als die Verbände der Arbeiterjugend einen ausgesprochen sozialistischen Charakter annahmen und ihr Einfluß unter den breiten Massen der jugendlichen Proletarier wuchs, mußten die sozialistischen Parteien und die Gewerkschaften den sozialistischen Jugendorganisationen mehr Aufmerksamkeit zuwenden und bestimmte gegenseitige Beziehungen mit ihnen festsetzen, die in den Statuten oder in besonderen Bestimmungen der Parteikongresse und der Gewerkschaftskongresse fixiert wurden. In der Mehrzahl der Fälle blieben diese Normen eine leere Formalität, wie dies z. B. durch das Verhalten der deutschen Sozialdemokratie zu der Arbeit Karl Liebknechts unter der proletarischen Jugend bewiesen wird.

Faktisch waren für die Beziehungen der sozialistischen Jugendverbände und der sozialistischen Parteien zueinander die fortwährend zunehmenden reformistischen Einflüsse in den

letzteren und das Verhältnis ihrer Kräfte und der Kräfte der revolutionären Arbeiter-Jugendverbände bestimmend. Vor dem Krieg waren bereits zwei Richtungen innerhalb der proletarischen Jugendbewegung vorhanden. Für die eine von ihnen war Deutschland ein typisches Land, für die andere Italien und Norwegen. In Deutschland hatten die Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei, indem sie faktisch das Reichsgesetz über das Verbot politischer Organisationen von Halbwüchsigen ausnützten und „pädagogische“ Argumente über die Schädlichkeit der Politik für Kinder zum Vorwand nahmen, die selbständigen Jugendorganisationen aufgehoben und diese durch Komitees ersetzt, die aus Vertretern der Partei und Gewerkschaften unter minimaler Beteiligung der Jugend bestanden. Die Jugendbewegung wurde ersetzt durch eine Bevormundung der Jugend. Die neuen Komitees verliehen der Arbeit unter der Jugend fast ausschließlich allgemeinbildenden und unterhaltenden Charakter und ließen die von ihnen bevormundeten jugendlichen Proletarier auch nicht einen Schuß weit an irgend einen Parteikampf heran, sei dies nun ein Kampf um ökonomische Interessen der Arbeiterjugend selbst oder ein allgemeinpolitischer Kampf des ganzen revolutionären Proletariats.

In Italien und Norwegen nahmen die sozialistischen Jugendverbände schon von den ersten Jahren des Eindringens des Opportunismus in die sozialistischen Parteien in bezug auf diese den entschieden revolutionären Standpunkt erbarmungslosen Kampfes ein. In Italien unterstützten sie die Maximalisten gegen die Reformisten, und in Zeiten schwerer Prüfungen, der Verstärkung der irredentistischen Tendenzen und des tripolitanischen Krieges unterstützten sie durch ihr ganzes Verhalten den revolutionären Flügel der sozialistischen Partei Italiens. In Norwegen waren sie feurige Anhänger der tranmelistischen Richtung. In beiden Ländern legten die Jugendorganisationen große politische Aktivität an den Tag und waren sowohl in politischer als auch in organisatorischer Hinsicht von den sozialistischen Parteien unabhängig.

Dies waren, kurz skizziert, die gegenseitigen Beziehungen der Jugendorganisationen und der sozialistischen Parteien bis zum Weltkrieg, der auch in dieser Hinsicht große Veränderungen gebracht hat.

III.

Die entscheidende Rolle für die Veränderung der gegenseitigen Beziehungen der Ver-

bände und der Parteien während des Krieges spielte der von der erdrückenden Mehrzahl der Sozialdemokratie an der Sache des proletarischen Kampfes verübte Verrat. Dieser rief unter den revolutionären Kreisen der proletarischen Jugend eine entschiedene Opposition hervor. Der Krieg traf die Arbeiterjugend besonders hart, sowohl durch Zunahme ihrer Ausbeutung durch Aufhebung der Normen des Arbeitsschutzes und der verstärkten Einbeziehung neuer Massen proletarischer Kinder in die Kriegsindustrie als auch durch die ununterbrochene Mobilmachung der Blüte der proletarischen Jugend für die Fronten des imperialistischen Krieges und durch die zunehmenden Versuche von seiten der Bourgeoisie, auch die von der Mobilmachung nicht betroffenen Schichten der Arbeiterjugend zu militarisieren. Der Verrat der Sozialdemokratie hat die politische Aktivität der sozialistischen Jugendverbände in jenen Ländern verstärkt, in denen sie auch vor dem Kriege unabhängig von der Partei ihren politischen Kampf geführt hatten, und zwang sie, ihre ganze Arbeit in das Geleise des aktiven Kampfes gegen den Krieg und den Sozialpatriotismus zu verlegen. In jenen Ländern, wo es den reformistischen Parteien gelang, sich die sozialistischen Jugendverbände gänzlich unterzuordnen, entstand eine Opposition gegen die sozialpatriotische Politik der offiziellen Instanzen der Jugendbewegung. Dies führte in Deutschland zu einer Spaltung und zu der Schaffung der neuen „Freien Sozialistischen Jugend Deutschlands“ unter Teilnahme von Karl Liebknecht.

Es ergab sich folgende Situation: fast in allen Ländern existierten revolutionäre Jugendorganisationen, die den reformistischen, sozialpatriotisch - sozialistischen Parteien schroff gegenüberstanden. Das Fehlen revolutionär-internationalistischer Parteien in der Mehrzahl der europäischen Länder mußte die revolutionären Jugendorganisationen unvermeidlich dazu zwingen, deren Rolle auf sich zu nehmen und auf diese Weise sich faktisch in „junge Parteien“ zu verwandeln, die zu Sammelpunkten auch für die revolutionären Elemente unter den erwachsenen Arbeitern wurden. Dieser Umstand einerseits und der tiefe politische Abgrund andererseits, der die erwachsenen Sozialpatrioten und die jugendlichen Revolutionäre voneinander trennte, schufen Verhältnisse, unter denen nicht nur von einer Unterordnung unter die sozialistischen Parteien, sondern auch von irgend einer politischen Zusammenarbeit mit diesen keine Rede sein konnte. Die revo-

lutionär-internationalistischen Gruppen der erwachsenen Arbeiter waren noch sehr schwach und existierten meistens als Gruppen innerhalb der alten sozialistischen Parteien. Es waren also in allen Ländern die revolutionär-sozialistischen Jugendverbände, aus denen später die kommunistischen Jugendverbände entstanden, während des Krieges sowohl in politischer als auch in organisatorischer Hinsicht vollständig unabhängige Organisationen. In ihren Reihen entstand die Ideologie der absoluten Unabhängigkeit der Jugendbewegung, die während des Krieges (in bezug auf die sozialpatriotischen Parteien) eine große revolutionäre Rolle gespielt hat.

In den Jahren nach dem Kriege ging der Prozeß der Entstehung neuer kommunistischer Parteien vor sich, an dem die kommunistischen Jugendverbände sich in aktivster Weise beteiligten. Ueberhaupt ließ sich allmählich eine immer größere Annäherung zwischen den kommunistischen Jugendverbänden und den kommunistischen Parteien beobachten, die sich in erster Linie durch die Gemeinsamkeit des politischen Standpunktes erklären ließ. Doch existierten beide Organisationen bis in die letzte Zeit hinein als nebeneinander bestehende unabhängige Organisationen, einerseits infolge der Schwäche und formalen Unvollkommenheit der kommunistischen Parteien und andererseits infolge der Ueberreste der überlebten Ideologie der absoluten Unabhängigkeit, sowie des Bewußtseins der Jugendorganisation, daß ihr infolge ihres längeren Bestehens und ihrer größeren revolutionären Reinheit im Vergleich zur Partei Anspruch auf politischer Abhängigkeit erheben könne.

Der erste Kongreß der Kommunistischen Jugendinternationale im November 1919 in Berlin tat den ersten Schritt zur Beschleunigung dieses Annäherungsprozesses, indem er folgendes festsetzte: erstens die Verpflichtung für den Kommunistischen Jugendverband, das Programm der kommunistischen Parteien in ihren Ländern anzuerkennen, und zweitens die Notwendigkeit der Herstellung eines organisatorischen Zusammenhanges zwischen beiden Organisationen. Im Sommer 1920 gab das Exekutivkomitee der Kommunistischen Jugendinternationale im Auftrag des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale Thesen über die Jugendbewegung heraus, in denen es die verschiedenen Entwicklungsstufen der Wechselbeziehungen zwischen dem Kommunistischen Jugendverband und der Kommunistischen Partei in den einzelnen

Ländern feststellte: von der vollen Unabhängigkeit bis zur politischen Unterordnung (Rußland); es wies auf die Notwendigkeit der allmählichen Herstellung der Unterordnung der kommunistischen Jugendverbände unter die kommunistische Partei in allen Ländern hin, wobei die ersteren ihre organisatorische Autonomie beibehalten sollen.

Die Kommunistische Jugendinternationale bildet bereits seit 1919 gemäß Verfügung des Berliner Kongresses einen Teil der Kommunistischen Internationale und ordnet sich allem ihren Direktiven unter. Dieses Verhältnis der beiden Internationalen zueinander sowie auch die gegenseitige Vertretung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale und der Kommunistischen Jugendinternationale mit entscheidender Stimme wurde bestätigt durch das Statut der Kommunistischen Internationale, das auf ihrem II. Kongreß angenommen wurde.

Bis zum III. Kongreß der Kommunistischen Internationale hatten sich die Verhältnisse in der allgemeinen kommunistischen Bewegung derart verändert, und es hatte sich in dieser Frage soviel neue Erfahrung angesammelt, daß eine neue Lösung der Frage über das Verhältnis der kommunistischen Jugendverbände und der kommunistischen Parteien zueinander erforderlich wurde, die sowohl von seiten der Kommunistischen Internationale als auch von seiten der kommunistischen Jugend selbst gefunden werden mußte.

IV.

Die Arbeiterjugend bildet einen Teil der Arbeiterklasse. Ihre Bewegung bildet einen Teil der allgemeinen proletarischen Bewegung; darum hängt die Rolle der proletarischen Jugendorganisationen von den Verhältnissen ab, in denen sich die allgemeine proletarische Bewegung befindet, und ändert sich bei Veränderungen in der letzteren. Dies konnte man vor dem Kriege und während des Krieges im Zusammenhang mit dem Wachstum des Opportunismus in der Arbeiterbewegung beobachten, und das Gleiche gilt auch heute im Zusammenhang mit dem Wachstum des Kommunismus in der ganzen Welt.

Heute ist die 1919 gegründete Kommunistische Internationale bereits eine feste und starke Organisation der unterdrückten Arbeiter aller Länder, die den revolutionären Kampf des Proletariats in der ganzen Welt leitet. In allen Ländern bestehen heute bereits kommunistische Parteien, und in manchen sind sie zu Massenparteien geworden. Die Situation hat sich im Vergleich mit

der Situation während des Krieges und in den ersten Jahren nach dem Kriege radikal verändert, und wenn in früheren Zeiten die Rolle der revolutionären Jugendorganisationen hauptsächlich durch den Mangel oder die eben jetzt erfolgende Entstehung der kommunistischen Parteien bestimmt war, so wird sie gegenwärtig durch das Vorhandensein und die Tatsache der Erstarkung dieser Parteien bestimmt. Darum mußte der III. Kongreß der Kommunistischen Internationale und der II. Kongreß der Kommunistischen Jugendinternationale diese Frage einer neuerlichen Revision unterziehen.

Welche Rolle spielen die neben den kommunistischen Parteien bestehenden kommunistischen Jugendverbände in bezug auf diese, wodurch müssen sie sich von diesen unterscheiden? Mit dieser Fragestellung traten beide Kongresse an die Lösung des Problems der gegenseitigen Beziehungen zwischen den kommunistischen Jugendverbänden und den kommunistischen Parteien heran. Denn die Beibehaltung der früheren Situation, da die Jugendverbände sich von den Parteien nur durch das Alter ihrer Mitglieder unterschieden und in Wirklichkeit „junge kommunistische Parteien“ waren, hätte beim Wachstum und der Erstarkung der kommunistischen Bewegung zu einer Absurdität geführt. Es ist ganz klar, daß gegenwärtig die kommunistischen Jugendverbände von der Ausführung jener Aufgaben, die ihrem Wesen nach die kommunistischen Parteien angehen, und die sie früher nur kraft der objektiven Verhältnisse auf sich nehmen mußten, zu der Ausführung der speziell die Jugendorganisationen angehenden Funktionen übergehen mußten.

Die kommunistischen Parteien bilden die Avantgarde der Arbeiterklasse. Sie bestimmen die politische Linie, die Strategie ihres revolutionären Kampfes, und darin besteht das Wesen ihrer Arbeit. Diese Rolle der kommunistischen Parteien, sogar der Massenparteien, setzt ihrer Ausbreitung eine Grenze und bestimmt ihre Zusammensetzung. Die kommunistischen Jugendverbände müssen durch ihre Organisationen neue, noch indifferente Schichten der proletarischen Jugend für die allgemeine kommunistische Bewegung werben, die nicht unmittelbar in die Partei aufgenommen werden können und die in den

Reihen des Kommunistischen Jugendverbandes auf der Grundlage einer umfassenden Selbstbetätigung in ihren eigenen Organisationen im kommunistischen Geiste erzogen werden müssen. Dies bedeutet, daß die kommunistischen Jugendverbände, die gegenwärtig im Vergleich mit den kommunistischen Massenparteien nur unbedeutende und verhältnismäßig kleine Gruppen bilden (z. B. zählt der Kommunistische Jugendverband in Deutschland 26 000 Mitglieder und die Kommunistische Partei Deutschlands 300 000 Mitglieder), sich in große Massenorganisationen der Arbeiterjugend verwandeln müssen, die in sich nicht nur „reine Kommunisten“, sondern auch noch nicht aufgeklärte jugendliche Proletarier zusammenschließen sollen. Das bedeutet, daß die kommunistischen Jugendverbände, die bisher das Hauptgewicht ihrer Tätigkeit auf das Wirken innerhalb der allgemeinen kommunistischen Bewegung verlegten, d. h. konkret — sich der Arbeit in den Reihen der Kommunistischen Partei widmeten, sich jetzt den breiten Massen der Arbeiterjugend zuwenden müssen, auf deren ungeheure Bedeutung für die proletarische Revolution wir bereits am Anfang dieses Artikels hinwiesen. Für diese Wendung ist auch die Uebertragung des Hauptgewichtes der Arbeit der kommunistischen Jugendverbände von den politisch-praktischen Fragen auf jene Fragen erforderlich, die sich unmittelbar auf das werktätige Arbeitsleben, die Lebensweise, den Kampf und die Erziehung der Arbeiterjugend selbst beziehen. Kurz, die kommunistischen Jugendverbände haben ihre frühere Rolle der politischen Leitung der ganzen Arbeiterbewegung eingebüßt und müssen sich eine neue Rolle als Organisation für die kommunistische Massenerziehung der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen erobern.

Das bedeutet aber keinesfalls, daß die kommunistischen Jugendverbände in ähnlicher Weise wie die sozialpatriotischen Jugendorganisationen zu apolitischen Organisationen werden sollen. Die Grundlage der kommunistischen Erziehung im Unterschied zu der sozialdemokratischen Erziehung war und ist natürlich noch heute die aktive Beteiligung am Kampfe des Proletariats. Die kommunistischen Jugendverbände müssen ebenfalls auch künftig sich an den Parteidiskussionen beteiligen. Sie dürfen sich jedoch nicht in Diskutierklubs verwandeln und über dem Diskutieren ihre wichtigsten und unmittelbarsten Aufgaben hinsichtlich der Massen der Arbeiterjugend vergessen.

V.

Nachdem die Rolle der kommunistischen Jugendverbände in der allgemeinen kommunistischen Bewegung der Gegenwart festgestellt war, gingen beide Kongresse zur Feststellung der gegenseitigen Beziehungen zwischen den kommunistischen Jugendverbänden und den kommunistischen Parteien im engeren Sinne des Wortes über. Die Hauptfrage ist die Frage der politischen Wechselbeziehung zwischen den kommunistischen Jugendverbänden und den kommunistischen Parteien.

In den Kriegsjahren beruhte die Notwendigkeit der politischen Selbständigkeit der Jugendorganisationen einerseits auf der radikalen politischen Meinungsverschiedenheit gegenüber den sozialistischen Parteien und andererseits auf der hieraus für die kommunistischen Jugendverbände erwachsenden Notwendigkeit, einen selbständigen politischen Kampf zu führen. Vom Fortfall des erstgenannten Moments zu sprechen erübrigt sich, das ist ja jederman klar; von dem Umstand aber, daß die frühere selbständige politische Rolle der kommunistischen Jugendverbände mit dem Wachstum und dem Erstarken der kommunistischen Parteien zu einer Absurdität führt, war bereits im vorhergehenden Kapitel die Rede.

Indem die kommunistischen Jugendverbände auf ihre selbständige politische Rolle verzichten, verzichten sie unter keinen Umständen auf die aktive Beteiligung am politischen Kampf, indem sie nämlich das Fundament der kommunistischen Erziehung errichten; folglich sind sie nach wie vor ein Teil der allgemeinen kommunistischen Kampfarmee in jedem Lande und nehmen in dieser Armee bei ihrem unmittelbaren Kampfe umsomehr an Bedeutung zu, je größere Massen sie für ihre Reihen zu werben und kommunistisch zu erziehen verstanden haben. Das Prinzip des Zentralismus in der kommunistischen Bewegung war in der Kommunistischen Internationale niemals Gegenstand einer Meinungsverschiedenheit. Die Richtigkeit dieses Prinzips ist auch durch die bittere Erfahrung der Niederlagen vereinzelter Arbeiteraufstände der letzten Jahre bestätigt. Und bereits der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale hat die Rolle der kommunistischen Parteien als die eines einheitlichen und einzigen Stabes definiert, der den Kampf aller Teile des revolutionären Proletariats leitet. Hierher gehört natürlich auch die kommunistische Jugend.

Darum erachtete es der III. Kongreß der Kommunistischen Internationale und der II.

Kongreß der Kommunistischen Jugendinternationale für notwendig, eine politische Unterordnung des kommunistischen Jugendverbandes unter die kommunistische Partei festzusetzen, d. h. eine Unterordnung dieser unter das Programm, die Taktik und die Direktiven der kommunistischen Parteien. Damit wird die Möglichkeit der Beteiligung des kommunistischen Jugendverbandes an den Parteiarbeiten nicht aufgehoben, sie muß sich nur im Rahmen der Partei, innerhalb derselben abspielen.

Indem man es als notwendig betrachtet, daß die kommunistischen Jugendverbände bei ihrer speziellen Arbeit unter einer speziellen Schicht des Proletariats die allgemeine politische Parteilinie einhalten, darf man andererseits unter keinen Umständen die Eigenheiten der Jugendbewegung vergessen. Beide Kongresse haben diese Eigenheiten in Betracht gezogen, als sie es für notwendig anerkannten, die organisatorische Autonomie der kommunistischen Jugendverbände zu wahren. Diese Organisationsautonomie brauchen die kommunistischen Jugendorganisationen gerade zu dem Zwecke, um die der kommunistischen Bewegung noch fremden Schichten der Arbeiterjugend heranzuziehen und sie, was das wichtigste ist, auf Grund von Selbstbetätigung kommunistisch zu erziehen. Die Kommunistische Internationale hat bereits in ihrem ersten Aufruf anlässlich des Berliner Kongresses der Kommunistischen Jugendinternationale darauf hingewiesen, daß sie sich zu den Methoden der Jugendbevormundung, die von der gelben Internationale angewendet werden, schroff ablehnend verhält. In den autonomen kommunistischen Jugendverbänden sollen revolutionäre Kommunisten erzogen werden, die in der Praxis ihrer Arbeit in der Jugendorganisation organisatorische Fertigkeiten und Initiative, die Fähigkeit, schwierige Fragen ihrer Arbeit selbständig zu lösen und die Verantwortung für vorgenommene Entscheidungen zu tragen, erworben haben. Organisatorische Autonomie bedeutet Selbstverwaltung der kommunistischen Jugendverbände und selbständige Entscheidung der sich auf die besonderen Aufgaben ihrer Organisation beziehenden Fragen durch diese.

VI.

Außer der Festsetzung des Verhältnisses der kommunistischen Jugendverbände und der kommunistischen Parteien zueinander auf politischem und organisatorischem Gebiet, erhebt sich vor ihnen gegenwärtig in ihrer ganzen Größe die Aufgabe der Herstellung

nicht einer formalen, papierenen, sondern wirklichen engen Zusammenarbeit und gegenseitigen Unterstützung. Die Voraussetzungen für die Erfüllung dieser Aufgabe sind folgende:

1. Aus den Reihen der kommunistischen Jugendverbände sind auszumerzen die letzten Ueberbleibsel der veralteten Ideologie absoluter Unabhängigkeit von der Partei und des sogenannten „Verbandspatriotismus“, wie man sich in Rußland ausdrückt, der hoch auf dem Baume sitzend auf die Partei herunterspuckt; ebenso ist die Arbeit der kommunistischen Jugendverbände auf dem Gebiet der Anerkennung des Gefühls der Zugehörigkeit zur allgemeinen kommunistischen Bewegung und des Gefühls der Notwendigkeit ihrer Zentralisierung und Disziplinierung in seinen Mitgliedern zu verstärken.

2. Aus den Reihen der kommunistischen Partei sind auszumerzen die letzten immer noch vorhandenen Ueberreste von Konservatismus auf seiten des rückständigen erwachsenen Arbeiters in seinem Verhalten zu den Lehrlingen und Handlangern und die Ueberreste eines allzu „pädagogischen“, d. h. im Grunde genommen bevormundenden Verhaltens der Opportunisten der alten und neuen Zeit der Jugend gegenüber. Die Parteiarbeiter müssen lernen, die Psychologie der Jugend zu verstehen, die geringste Aeüßerung ihrer Selbständigkeit zu achten, um die Parteiführung geschickt und vorsichtig durchzuführen und kleinliche Einmischung in die Angelegenheiten der Jugend zu vermeiden.

3. Der kommunistische Jugendverband und die kommunistische Partei haben sich gegenseitig zu informieren, was von seiten beider Organisationen bisher fast gar nicht stattgefunden hat. Dies bedeutet, daß die kommunistischen Jugendverbände ihre Arbeit der Aufklärung der Mitglieder ihrer Organisationen und der breiten Massen der Arbeiterjugend über die Rolle der Partei, ihre Geschichte, ihr Programm, ihre Organisationsstruktur und Taktik zu verdreifachen haben; andererseits muß in der Parteipresse und auf den Parteikongressen und Versammlungen unbedingt nicht nur die organisatorische Lage der kommunistischen Jugendverbände, sondern auch ihre Tätigkeit auf allen Gebieten regelmäßig behandelt werden (in erster Linie die wirtschaftliche Lage und der wirtschaftliche Kampf der Arbeiterjugend, die Schulfrage und die politisch aufklärende Arbeit usw.).

Die organisatorische Voraussetzung des Zusammenarbeitens der kommunistischen

Jugendverbände und der kommunistischen Parteien ist von beiden Kongressen angedeutet in Form einer gegenseitigen Vertretung, die bis jetzt in Rußland praktisch durchgeführt und teilweise in Deutschland ausprobiert worden ist. Diese gegenseitige Vertretung muß durchgeführt werden von unten bis oben, d. h. bei den Fabrik- und Werkzellen beginnend und bis hinauf zu den Zentralkomitees beider Organisationen. Sie soll sich nicht nur auf die Komitees beschränken, sondern sich auch auf die verschiedenen Spezialorgane der Partei erstrecken, die auf diesem oder jenem Gebiet ständig arbeiten oder vereinzelt kämpfen (Bildungskomitees, Abteilungen für die Arbeit auf dem Lande, Zentralorgane der Fraktion der Gewerkschaften, Verlage usw.). Die Verwirklichung dieser Verfügung wird zweifellos auf große Schwierigkeiten stoßen, die jedoch niemanden abschrecken sollen. Das wichtigste ist die Auswahl geeigneter Vertreter von beiden Seiten im Prozeß der praktischen Arbeit, von Vertretern, die fähig sind, die ihnen bevorstehende große und reichlich komplizierte Arbeit auszuführen.

VII.

Worin kann die Zusammenarbeit der Partei und des Verbandes und ihre gegenseitige Unterstützung konkret zum Ausdruck kommen? Vor allem in der Koordination des Arbeitsplanes und in der Ausnützung der Kräfte auf jenen Gebieten, auf denen sowohl die kommunistische Partei als auch der kommunistische Jugendverband arbeiten. Wir haben diese Gebiete oben bereits kurz aufgezählt (Gewerkschaften, Dorf, Bildungsarbeit, Presse usw.). Die geringen Kräfte (im Vergleich zu den sich vor der Bewegung erhebenden Aufgaben), die beiden Organisationen zur Verfügung stehen, müssen zweckmäßig und sparsam ohne überflüssigen Parallelismus verwendet werden.

Ferner müssen die kommunistischen Parteien in Anbetracht des Zustromes neuer Massen in die kommunistischen Jugendverbände der Verstärkung ihrer kommunistischen Kerntruppe besondere Aufmerksamkeit zuwenden, die bei der Verwandlung der Jugendbewegung in eine Massenbewegung verwässert werden kann. Notwendig ist die Arbeit aller Parteimitglieder in den kommunistischen Jugendverbänden bis zu einem gewissen Alter, das in jedem Lande durch spezielle Parteikongresse oder durch die Zentralkomitees der Parteien festgesetzt wird, wobei diese Arbeit als Parteipflicht und auf Grund der Parteidisziplin vorzunehmen ist.

Die kommunistischen Parteien müssen die Initiative für die Schaffung kommunistischer Jugendverbände überall dort auf sich nehmen, wo solche noch nicht vorhanden sind und wo Parteiorganisationen dagegen bereits existieren. Früher wurden Parteizellen von den kommunistischen Jugendverbänden aus eigenen Kräften geschaffen; heute, nachdem sie ihre besten Kräfte an die Partei abgetreten haben und schwächer geworden sind, sind die Parteien verpflichtet, ihnen bei der Vergrößerung der kommunistischen Jugendbewegung behilflich zu sein.

Die kommunistischen Parteien müssen die Arbeit der kommunistischen Jugendverbände auf allen Gebieten und bei allen ihren Aktionen aktiv unterstützen. Besonders betont werden muß die Wichtigkeit einer verstärkten Unterstützung der kommunistischen Jugendverbände bei ihrer in der Mehrzahl der Länder erst beginnenden Tätigkeit auf dem Gebiete des Wirtschaftskampfes der Arbeiterjugend und bei ihrer Arbeit innerhalb der Gewerkschaften. Nicht minder wichtig ist die Bedeutung der politisch aufklärenden Arbeit der kommunistischen Jugendverbände und ihre Agitation, bei der die Parteien ihnen helfen können durch Ernennung von Lektoren und Agitatoren, durch Schaffung von durch alle Parteiorgane regelmäßig herausgegebenen Jugendbeilagen (was bereits in Rußland und Deutschland durchgeführt ist), durch Schaffung von Jugendsektionen in den Parteischulen, durch Hinzuziehung aller Mitglieder der Jugendorganisationen zu den allgemeinen Parteiversammlungen usw.

Die Parteien müssen die kommunistischen Jugendverbände zur planmäßigen Beteiligung an allen ihren Aktionen und Kampagnen hinzuziehen. In dieser Hinsicht können die kommunistischen Jugendorganisationen den kommunistischen Parteien unschätzbare Dienste erweisen, besonders in Augenblicken der Verschärfung des revolutionären Kampfes (wie dies die Erfahrung in Rußland, Deutschland, Italien u. a. Ländern bewiesen hat), bei der Agitationsarbeit usw.

Dies war es, was der Zweite Kongreß der Kommunistischen Jugendinternationale und — in einem besonderen Zirkular — das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale in bezug auf die praktische Zusammenarbeit der kommunistischen Jugendverbände und der kommunistischen Parteien sagten. In jedem Lande werden sich im Prozeß der praktischen Arbeit selbst noch Hunderte anderer Möglichkeiten des Zusammenarbeitens ausfin-

dig machen und an der Praxis prüfen lassen, durch die das Wachstum und die Kräftigung beider Organisationen gefördert werden können.

VIII.

Zum Schluß noch einige Worte über das Verhältnis des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale und der Kommunistischen Jugendinternationale zueinander. Die internationale kommunistische Jugendorganisation bedarf eines innigsten Zusammenhanges und eines nach Kräften durchgeführten Zusammenarbeitens mit dem führenden Organ der ganzen kommunistischen Bewegung, nämlich dem Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale; für sie ist dieser Zusammenhang zehnmal notwendiger als für eine beliebige nationale kommunistische Partei, weil sie eine internationale Organisation ist und internationale Arbeit leistet.

Bis in die letzte Zeit hinein war der Zusammenhang zwischen beiden Exekutivkomitees ein zu schwacher, was sich in erster Linie durch den Sitz des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale in Moskau und dem des Exekutivkomitees der Kommunistischen Jugendinternationale in Berlin erklären läßt. Der II. Kongreß der Kom-

munistischen Jugendinternationale hat einstimmig beschlossen, das Exekutivkomitee der Kommunistischen Jugendinternationale nach Moskau zu verlegen und in Westeuropa nur ein Bureau und Vertreter in den einzelnen Ländern zur Aufrechterhaltung der Verbindung, zur Information Moskaus und zur Leitung des technischen Apparates der Kommunistischen Jugendinternationale zurückzulassen. Die aus der praktischen Arbeit im Laufe der anderthalb Monate seit dem II. Kongreß hervorgegangene Erfahrung hat die tatsächliche Möglichkeit engster Zusammenarbeit beider Exekutivkomitees bewiesen und diese Möglichkeit tatsächlich verwirklicht. Was in den Wechselbeziehungen zwischen der Kommunistischen Jugendinternationale und der Kommunistischen Internationale im internationalen Maßstabe erreicht worden ist, muß durch beharrliche Arbeit, natürlich unter Berücksichtigung der speziellen Arbeitsverhältnisse in den einzelnen Ländern, ebenfalls in nationalem Maßstabe erreicht werden. Diese Verwirklichung hängt sowohl von den kommunistischen Parteien als auch von den kommunistischen Jugendverbänden ab.

Moskau, 15. September 1921.

Cazar Scazkin.

!Imperialismus und Kapitalismus.

(Vorwort zur französischen und zur zweiten deutschen Ausgabe des Buches: Der Imperialismus als jüngste Etappe des Kapitalismus.)

I.

Das vorliegende Buch ist, wie ich in dem Vorwort zu der russischen Ausgabe erwähnte, 1915 unter Berücksichtigung der zaristischen Zensur geschrieben worden. Ich habe jetzt keine Möglichkeit, den ganzen Text des Buches umzuarbeiten. Das wäre vielleicht auch zwecklos, denn die Hauptaufgabe des Buches bleibt nach wie vor, an Hand der summarischen Angaben der unbestrittenen bürgerlichen Statistik und der Geständnisse der bürgerlichen Gelehrten aller Länder, die Gesamtergebnisse der kapitalistischen Weltwirtschaft zu zeigen, ihre internationalen Beziehungen zu Anfang des XX. Jahrhunderts, am Vorabend des ersten imperialistischen Weltkrieges zu beleuchten.

Für viele Kommunisten in den vorgeschrittensten kapitalistischen Ländern wird es vielleicht auch vom Nutzen sein, sich an Hand dieses Buches, das vom Standpunkte der zaristischen Zensur aus legal war, von der Möglichkeit — und von der Notwendigkeit — zu überzeugen, selbst diese schwachen Ueberreste der Legalität auszunützen, die den Kommunisten noch im heutigen Amerika oder im heutigen Frankreich nach der jüngsten beinahe allgemeinen Einkerkung der Kommunisten übriggeblieben sind, um die Lügenhaftigkeit der sozialpazifistischen Ansichten und Hoffnungen auf die „Weltdemokratie“ zu entlarven. Und soweit manche Erläuterungen zu diesem zensierten

Buche notwendig sind, will ich versuchen, sie in der gegenwärtigen Vorrede zu geben.

In dem Buche wird der Beweis geführt, daß der Krieg von 1914—1918 von beiden Seiten ein imperialistischer Krieg (d. h. ein Eroberungs-, ein Raubkrieg), ein Krieg um die Teilung der Weltherrschaft, um die neue Verteilung der Kolonien, um die „Einflußsphären“ des Finanzkapitals usw. war.

Um den wirklichen sozialen Charakter, genauer ausgedrückt, den wirklichen Klassencharakter des Krieges nachzuweisen, braucht man selbstverständlich nicht die diplomatische Geschichte des Krieges zu studieren, sondern die objektive Lage der kommandierenden Klassen in allen kriegführenden Ländern zu untersuchen. Für die Schilderung dieser objektiven Lage genügt es keineswegs, einzelne Beispiele und einzelne Angaben herauszugreifen. Denn bei der ungeheuren Kompliziertheit der sozialen Erscheinungen kann man immer die nötige Zahl von Beispielen oder einzelnen Angaben zusammensuchen, um jede beliebige Behauptung zu erhärten. Für eine lückenlose Beweisführung ist die Analyse sämtlicher Angaben über die Grundlagen des wirtschaftlichen Lebens aller kriegführenden Länder und der ganzen Welt erforderlich.

Eben dieser Art sind die unwiderleglichen Gesamtangaben, die ich im vorliegenden Buche anführe, um die Weltteilung in den Jahren 1876 und 1914 (im § 6) und die Verteilung der Eisenbahnen der ganzen Welt in den Jahren 1890 und 1913 (im § 7) darzustellen. Die Eisenbahnen bedeuten die Gesamtergebnisse der Hauptzweige der kapitalistischen Industrie, der Kohlenförderung und der Eisenproduktion. Gleichzeitig sind sie die anschaulichsten Gradmesser der Entwicklung des Welthandels und der bürgerlich-demokratischen Zivilisation. Wie eng die Eisenbahnen mit der Großindustrie, mit den Monopolen, den Syndikaten, den Kartellen, den Trusts, den Banken, der Finanzoligarchie verbunden sind, wird in den vorausgehenden Kapiteln des Buches gezeigt. Die Verteilung des Eisenbahnnetzes, die Ungleichmäßigkeit dieser Verteilung und der Entwicklung der Eisenbahnen — dies alles sind Ergebnisse des modernen, monopolistischen Kapitalismus im Weltmaßstabe. Und diese Ergebnisse zeigen, daß imperialistische Kriege absolut unvermeidlich sind, solange diese wirtschaftlichen Grundlagen bestehen bleiben, so lange das Privateigentum an den Produktionsmitteln existiert.

Dem Anschein nach ist der Bau der Eisenbahnen nichts als ein natürliches, demokratisches, kulturelles, zivilisatorisches Unternehmen. Als ein solches wird der Eisenbahnbau von den bürgerlichen Professoren, die für ihre Ausschmückung der kapitalistischen Sklaverei bezahlt werden, und von den kleinbürgerlichen Philistern gefeiert. In Wirklichkeit sind diese Unternehmen durch tausend Fäden mit dem Privateigentum an den Produktionsmitteln verbunden. Dadurch werden sie in ein Unterdrückungsmittel gegenüber einer Milliarde von Menschen in den Kolonien und in den Halbkolonien verwandelt und sie ermöglichen es den Kapitalisten, die ganze Bevölkerung der abhängigen Länder und die Lohnsklaven des Kapitals in den „zivilisierten“ Ländern unter ihrem Joch zu halten.

Das Privateigentum der selbständigen Kleinproduzenten, die freie Konkurrenz, die Demokratie — all die Schlagworte, mit denen die Kapitalisten und ihre Presse die Arbeiter und Bauern beschwindeln, sind längst Vergangenheit geworden. Der Kapitalismus hat sich zu einem Weltsystem der kolonialen Unterdrückung und der finanziellen Aussaugung der ungeheuren Mehrheit der Weltbevölkerung durch einige „vorgeschrittene“ Länder ausgewachsen. Zwei oder drei Riesenräuber (Amerika, England, Japan), bewaffnet bis an die Zähne, teilen sich in diese Beute und reißen alle Erdteile in ihren Krieg um die Teilung ihrer Beute hinein.

III.

Der Brester Frieden, der vom monarchischen Deutschland diktiert wurde, und dann der noch grausamere und niederträchtigere Versailler Frieden, diktiert von den „demokratischen“ Republiken Frankreich und Amerika und vom „freiheitsliebenden“ England, haben der Menschheit einen unermeßlichen Dienst erwiesen. Sie entlarvten ebenso die käuflichen Tintenkulis des Imperialismus wie die reaktionären Bourgeois, auch die unter der pazifistischen und der sozialistischen Maske, die den „Wilsonismus“ priesen und die Möglichkeit des Friedens und der Reformen unter dem Imperialismus zu beweisen suchten.

Dutzende von Millionen von Toten und Krüppeln hat der Krieg die Menschheit gekostet, den die beiden Gruppen von Finanzräubern, die englische und die deutsche, um die Beute führten. Die Opfer dieses Krieges und dann jene beiden „Friedensverträge“ sind

die besten Lehren für die Millionen und Dutzende von Millionen unterdrückter, niedergeschlagener, betörter Menschen, sie öffnen ihnen mit ungeahnter Schnelligkeit die Augen. Auf dem Boden der allgemeinen Kriegsverwüstung erwächst auf diese Weise eine allgemeine revolutionäre Krise, die trotz aller Schwankungen und Schwierigkeiten nicht anders als mit der siegreichen proletarischen Revolution enden kann.

Das Basler Manifest der II. Internationale kennzeichnete im Jahre 1912 gerade diesen Krieg, der im Jahre 1914 ausbrach, und nicht den Krieg überhaupt (denn die Kriege können von verschiedenster Art sein, und es gibt auch revolutionäre Kriege). Dieses Manifest bleibt ein Denkmal des schmachvollen Bankrotts, des gemeinen Renegatentums der Helden der II. Internationale.

Ich drucke jenes Manifest als Anhang zur gegenwärtigen Auflage meines Buches ab und mache die Leser mit Nachdruck darauf aufmerksam, daß die Helden der II. Internationale heute alle Stellen jenes Manifestes sorgsam umgehen, wo der Zusammenhang des gegenwärtigen Krieges mit der proletarischen Revolution klar und deutlich festgestellt wird. Sie umgehen all diese Feststellungen mit derselben Behutsamkeit, mit der der Dieb den Ort umgeht, wo er gestohlen hat.

IV.

Besonders eingehend wird in dem vorliegenden Buche das Kautskyanertum, jene internationale geistige Strömung kritisiert, die in allen Ländern der Welt von den „hervorragendsten“ Theoretikern, von den Führern der II. Internationale (in Oesterreich — Otto Bauer u. a., in England — Ramsay Macdonald u. a., in Frankreich — Albert Thomas usw.) und von der Masse der Sozialisten, Reformisten, Pazifisten, der bürgerlichen Demokraten und der Pfaffen vertreten wird.

Diese geistige Richtung ist ein Produkt der Auflösung, der Zersetzung der II. Internationale. Andererseits ist sie eine geistige Frucht des Kleinbürgertums, das seiner ganzen Lebenslage nach im Bann der bürgerlichen und demokratischen Vorurteile bleiben muß.

Bei Kautsky und bei vielen anderen seines Schlags sind diese Ansichten nichts anderes als eine volle Verleugnung gerade jener revolutionären Grundsätze des Marxismus, die dieser Schriftsteller Jahrzehnte lang, insbesondere im Kampfe gegen den sozialistischen Opportunismus (Bernstein, Millerand, Hyndman, Gompers u. dergl.) verteidigt hat. Es ist

daher kein Zufall, daß die Kautskyaner sich in der ganzen Welt praktisch mit den extremen Opportunisten (durch die II. oder die gelbe Internationale) und mit den bürgerlichen Regierungen (durch bürgerliche Koalitionsregierungen mit der Teilnahme der Sozialisten) verbündet haben.

Die in der ganzen Welt anwachsende proletarische revolutionäre Bewegung und besonders die kommunistische Bewegung kann sich nicht entwickeln, ohne eine gründliche Analyse und Entlarvung der theoretischen Fehler des Kautskyanertums vorzunehmen. Dies ist um so notwendiger, als auch die pazifistischen und „demokratischen“ Lehren in der Welt noch starke Verbreitung finden, die zwar keinen Anspruch darauf erheben, marxistische Lehren zu sein, die aber genau ebenso wie Kautsky und Co. die Tiefe der imperialistischen Widersprüche und die Unvermeidlichkeit der von ihnen erzeugten revolutionären Krise zu verkleistern suchen. Der Kampf gegen diese Strömungen ist eine Pflicht der proletarischen Partei, die vor die Aufgabe gestellt ist, die von der Bourgeoisie betörten Kleinproduzenten und Millionen von Werktätigen aufzuklären, die in mehr oder weniger kleinbürgerlichen Verhältnissen leben.

V.

Einige Worte muß ich über das 8. Kapitel „Das Parasitentum und die Zersetzung des Kapitalismus“ sagen. Wie im Text des Buches verzeichnet ist, hat Hilferding, ein früherer „Marxist“, jetzt ein Kampfgenosse Kautskys und einer der Hauptvertreter des bürgerlichen Reformismus in der „Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“, in dieser Frage einen Schritt rückwärts gegenüber dem offenen Pazifisten und Reformisten, dem Engländer Hobson, gemacht. Die internationale Spaltung der gesamten Arbeiterbewegung ist heute eine offensichtliche Tatsache (die II. und die III. Internationale). Auch steht es jetzt außer Zweifel, daß diese beiden Richtungen gegeneinander einen offenen Kampf und einen Bürgerkrieg führen. So haben die Menschewisten und Sozialrevolutionäre in Rußland Koltschak und Denikin gegen die Bolschewisten unterstützt; die Scheidemänner mit Noske in Deutschland haben sich mit der Bourgeoisie gegen die Spartakisten vereinigt. Dasselbe sehen wir in Finnland, Polen, Ungarn usw. Welches ist die wirtschaftliche Grundlage dieser weltgeschichtlichen Erscheinung?

Diese Grundlage liegt im Parasitentum und in der Fäulnis des Kapitalismus, die seinem höchsten historischen Stadium, dem des Imperialismus, eigentümlich sind. Wie in dem vorliegenden Buche ausgeführt wird, hat der Kapitalismus eine Handvoll besonders reicher und mächtiger Staaten an die Spitze geschoben, die etwa ein Zehntel oder, reichlich gerechnet, höchstens ein Fünftel der Weltbevölkerung umfassen und doch durch das einfache „Couponabschneiden“ die ganze Welt plündern. Der Kapitalexport liefert 8 bis 10 Milliarden Francs Jahreseinnahme, und zwar nach den Vorkriegspreisen und nach der bürgerlichen Vorkriegsstatistik. Jetzt machen diese Einnahmen eine viel höhere Summe aus.

Es ist klar, daß diese riesenhaften Mehrprofite (die die Kapitalisten außer den gewöhnlichen, von den Arbeitern des „eigenen“ Landes ausgepreßten Profiten einheimen) es der Bourgeoisie möglich machen, die Arbeiterführer und die Oberschichten der Arbeiteraristokratie zu kaufen. Die Kapitalisten der vorgeschrittensten Länder kaufen sie auch wirklich, und zwar auf unzähligen direkten und indirekten, offenen und versteckten Wegen.

Diese Schicht der verbürgerlichten Arbeiter oder der „Arbeiteraristokratie“ ist ihrer Lebensweise, ihren Einnahmen, ihrer ganzen

Weltanschauung nach durch und durch bürgerlich. Sie ist eben die Hauptstütze der II. Internationale und die soziale (nicht die militärische) Hauptstütze der Bourgeoisie. Es sind dies die wahren Agenten der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung, die proletarischen Stellvertreter der Bourgeoisie (labour lieutenants of the capitalist class), die wahren Ueberleiter des Reformismus und des Chauvinismus. In dem Bürgerkriege zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie stellen sie sich unvermeidlich, und zwar in großer Zahl, auf die Seite der Bourgeoisie, auf die Seite der „Versailler“ gegen die „Communards“.

Ohne die wirtschaftlichen Wurzeln dieser Erscheinung bloß zu legen, ohne ihre politische und soziale Bedeutung einzuschätzen, kann man keinen Schritt zur Lösung der praktischen Aufgaben der kommunistischen Bewegung und der künftigen proletarischen Revolution machen.

Der Imperialismus ist die Morgenröte der proletarischen sozialen Revolution. Das hat sich seit 1917 in der ganzen Welt bewahrt.

Den 6. Juli 1920.

N. Lenin.

Weltpolitische Umriss.

Die Entwicklung der Weltpolitik nach dem Ausgang des großen Krieges befindet sich in einem so außerordentlich flüssigen Zustand, daß sie die größten Schwierigkeiten für jeden Versuch einer zusammenfassenden Darstellung bildet. Diese zusammenfassende Darstellung ist aber von größter Wichtigkeit als Rahmen für die Untersuchung der ausschlaggebenden Fragen der Hauptgegensätze. Darum gilt es vorerst diese Fragen, die die Pfeiler der neuen Entwicklung bilden, zu stellen, ihren Zusammenhang aufzuweisen, um dann zu versuchen, an die Kräfte und Tendenzen heranzutreten, die sich um sie gruppieren. Wie strittig auch die erste Aufzeichnung der weltpolitischen Umriss sein mag (sie wird oft einen paradoxalen Eindruck machen), wieviel Aenderungen an ihnen vorzunehmen die weitere Untersuchung auch zwingen mag, — eine solche

Untersuchung ist notwendig. Wir unternehmen sie hier, damit in den folgenden Nummern der „Kommunistischen Internationale“ zusammen mit andern auf diesem Gebiete kundigen Genossen die Schilderung der weltpolitischen Tendenzen in Angriff genommen werden kann.

I.

Es ist zu beginnen mit der Feststellung der Entwicklungsrichtung und des Standes der Weltwirtschaft. Das Zeitalter des Imperialismus war ein Zeitalter des Schutzzolles, des Schutzzolles, der seine alte Funktion verändert hat: er diente nicht mehr dem Schutz der heimischen Industrie, sondern seine Aufgabe war, sie fähig zu machen, auf dem Weltmarkte fremde Industrien zu unterbieten und die unentwickelten kolonialen Märkte zu er-

obern. Nachdem es dem Kapitalismus zu eng wurde in den Schutzzollkäfigen der einzelnen Länder, erstrebte er, diese Käfige zu erweitern durch die Zusammenfassung einzelner Schutzzollgebiete. Die Bestrebungen um Aufhebung des englischen Freihandels und Vereinigung der englischen Kolonien mit ihrem Mutterlande zu einem Zollgebiet, die entgegengesetzten Bestrebungen der ökonomischen Einverleibung Kanadas in die Vereinigten Staaten Nordamerikas, die im Kriege mit großer Wucht aufgetauchte Bewegung nach Schaffung des mitteleuropäischen Zollverbandes mit seinen Ausläufern nach dem Südosten: alles das waren große historische Strömungen, deren Instrument der Imperialismus und dann der Krieg war. Nun, wie steht es mit diesen ausschlaggebenden ökonomischen Strömungen? Welche Lösung gab ihnen der Krieg? Gegen das Ende des Krieges schien es so, als ob die große Kraftprobe der sich gegenseitig bekämpfenden und ausschließenden Tendenzen der kapitalistischen Mächte zur Einstellung des Kampfes und zu einer weltkapitalistischen Verständigung führen würde. Inwieweit die Idee der Völkerliga mehr war als ein weltpolitischer Bluff — und sie war es zweifelsohne als Tendenz mehr —, so bildete die Idee des internationalen kapitalistischen Trusts, der die Welt beherrschen würde, ihre Grundlage. Diese Idee brach zusammen mit der katastrophalen Niederlage des deutschen Imperialismus. Nicht, als ob er der Träger dieser Idee gewesen wäre, umgekehrt, seine mitteleuropäische Idee war nichts anderes als die Idee des wirtschaftlichen Schützengrabens, um mit Naumann zu sprechen. Würde Deutschland gesiegt haben, es würde sich natürlich ebenso wenig an die Spitze der Bewegung zur Schaffung eines weltwirtschaftlichen Trusts stellen, wie es die siegreiche Entente getan hat. Es würde an den eigenen Raub denken. Die Vorbedingung der siegreichen Durchsetzung der Tendenz zum Weltbunde des Kapitals war der resultatlos verlaufene Krieg, der Krieg ohne Sieger, der Krieg, der jedem seiner Teilnehmer die Hoffnung auf Beute genommen und so allen kapitalistischen Mächten die Notwendigkeit aufgezwungen hätte, sich untereinander zu verständigen zwecks gemeinsamer Eindämmung der durch den Krieg verursachten weltwirtschaftlichen Katastrophe. Die siegreichen Ententemächte begruben die Idee des internationalen kapitalistischen

Trusts. Sie ließen den Namen des Völkerbundes bestehen, aber sie beschränkten den Bund auf die siegreichen und neutralen Mächte und nahmen ihm jeden bindenden wirtschaftlichen Inhalt. Kapitalisten trustieren sich, wenn sie sich nicht besiegen können. Der Bankrott einer Firma führt nicht zum Trust, sondern zu ihrem Aufkauf. Die Alliierten glaubten auf Grund der deutschen Beute oder dank der Ausschaltung der deutschen Konkurrenz sich sanieren zu können. So ist die Periode der Nachkriegsjahre die Periode der Konkurrenz. Anstelle Deutschlands und Englands als Hauptkonkurrenten sind England und Amerika getreten. Gleichzeitig ist aber die Frage aufgerollt: Wie ist es möglich, einen Menschen auf der Straße um sein Portemonnaie, Hemd und Hose zu bringen, und ihn gleichzeitig zum besten Warenkäufer zu erziehen? Dies ist nicht nur das Problem Deutschlands, Oesterreichs, der Türkei, sondern auch das Problem Rußlands. Während die Konkurrenz der kapitalistischen Länder zu einer neuen Woge der Schutzzollbestrebungen geführt hat, führte dieses letzte ungelöste Problem zur weltwirtschaftlichen Krise, in der sich die kapitalistische Welt seit Mitte des vorigen Jahres beündet. Das ist das Bild der Tendenzen.

Der Stand der Dinge aber ist: ganz Europa in seiner Produktionskraft zurückgeworfen, wodurch seine wirtschaftlichen Expansionsmöglichkeiten sehr geschwächt sind. Nichts ist dafür so charakteristisch, wie der Streit in den Reihen der englischen Imperialisten, ob sich das englische Empire einen solchen Luxus erlauben kann, wie die Erfüllung der alten Träume des englischen Imperialismus, die eine der wichtigsten Ursachen des letzten Krieges waren: die Verbindung Aegyptens mit Indien durch Arabien und Mesopotamien. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika und Japan sind umgekehrt aus dem Weltkrieg wirtschaftlich sehr gestärkt hervorgegangen. Die gestärkte amerikanische Industrie steht vor der ungeheuren Schwierigkeit, für ihre Ware Absatzmärkte zu finden. Es sind nicht minder landwirtschaftliche als industrielle Waren, um die es sich handelt. Wenn sich dies Problem, insoweit es sich um den Export der landwirtschaftlichen Produkte, den Export von Getreide und Baumwolle handelt, lösen läßt durch langfristige Kredite für die mittel- und südeuropäischen

Kapitalisten, so haben diese Kredite die Eigenart, daß, wenn sie den amerikanischen Farmer retten, sie gleichzeitig die Schwierigkeiten des amerikanischen Industriellen erhöhen, indem sie Deutschland konkurrenzfähig auf dem industriellen Markte machen. Die Frage der Ausfuhr nach den landwirtschaftlichen Gebieten, nach Ostasien und Rußland, gewinnt so für die Vereinigten Staaten von Nordamerika eine wachsende Bedeutung. Für Japan rücken die Fragen der Expansion in ein entscheidendes Stadium; ohne Kohle, ohne Eisen, ohne genügende Lebensmittel, mit einem Menschenzuwachs von 600 bis 800 000 jährlich, ist es die Wiederholung des Falles Deutschlands, ohne indes fähig zu sein, wie es Deutschland zweifelsohne war, durch Verzicht auf Expansion vermittels einer verfeinerten Technik sich in der Welt durchzusetzen.

Das ist das allgemeine Bild der weltwirtschaftlichen Probleme, die gelöst werden sollen durch die Mittel der Weltpolitik.

Da das letzte Mittel der Weltpolitik die Waffen sind, so stehen diese drei Jahre nach dem Geschrei vom Sieg über den Militarismus im Zentrum aller Fragen. Der Krieg hat gezeigt, wie leicht Armeen aus dem Boden gestampft werden können. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika und England, die dieses Wunder während des Krieges vollbracht haben, verlassen sich auf ihre bewährte Kunst der militärischen Improvisation und behalten nur das Gerüst der zu bildenden Landarmeen, während sie sich auf die Bildung der Flotten konzentrieren. Japan baut gleichzeitig seine Flotte und seine Armee aus. Frankreich und die neugebildeten Staaten in Mitteleuropa sind dabei, die vorkriegerischen Rüstungen zu übertrumpfen und zu überbieten. Die Entwaffnung Deutschlands hat Europas Kriegslust nicht gemindert. Sie hat nur die Rücksichtslosigkeit der Bewaffneten den Entwaffneten gegenüber gesteigert. Für den Kapitalismus als Ganzes sind die Waffen die Ultima ratio geblieben. Hinter allen weltpolitischen Kombinationen, die sich auszubilden beginnen, steht die Gefahr des Krieges.

II.

Der Weltkrieg endete mit dem Siege der Vereinigten Staaten Nordamerikas im Weltmaßstabe, mit dem Siege Englands in Europa, und mit dem Siege Japans in Ostasien. Die Vereinigten Staaten Nordamerikas suchen den

Sieg Japans zu beanstanden. England leistet der wirtschaftlichen Hegemonie der Vereinigten Staaten Nordamerikas Widerstand. Frankreich, das Land, dem der Krieg neben der Ruhmespalme die meisten Gräber, die größten Opfer, die größte wirtschaftliche Zerrüttung gebracht hat, sucht die Hegemonie der englischen Inseln zu bestreiten. Die Beziehungen dieser Länder zu einander müssen den Ausgangspunkt der weltpolitischen Betrachtungen bilden, da sie neben Sowjet-Rußland die einzigen Subjekte der Weltpolitik sind. Alles andere bildet ihr Objekt.

England zog in den Krieg, um Deutschland als eine Wirtschaftsmacht, die nicht nur durch die Billigkeit ihrer Waren, sondern auch durch ihre Kriegsschiffe mit dem britischen Imperialismus konkurrierte, niederzuschlagen. Dieses Ziel ist ihm vollkommen gelungen. Aber durch den Sieg über Deutschland konnte es das Rad der Geschichte nicht zurückdrehen, und es konnte nicht die Welt in einen Zustand zurückversetzen, in dem Großbritannien die einzige industrielle Werkstatt der Welt war. Im Kriege vollzog sich der endgültige Uebergang der Vereinigten Staaten Nordamerikas zum Industrieland, das nicht nur seinen Möglichkeiten nach das größte ist, sondern das jetzt technisch und ökonomisch die Oberhand besitzt. Es hat eine größere Metall- und Kohlen-Industrie als England. Es hat 60 Proz. der Petroleumvorräte der Welt, also ein Uebergewicht auf dem Gebiete der flüssigen Kohle, die nicht nur zum Hauptnährstoff der Industrie, sondern auch zum Träger der maritimen Entwicklung wird. Infolge der Hindernisse, die der Schutzzoll vor dem Kriege dem Bau einer Handelsflotte stellte, trat es ohne diese in den Weltkrieg. Es schuf sich während des Krieges eine kolossale Handelsflotte unter dem Goldregen der Kriegspreise und dem Druck der Frachtenknappheit. Es ist, was seine Lebensmittellbasis anbetrifft, einstweilen unabhängig von der Welt. Es hat die am intensivsten arbeitenden Proletarier. Was Wunder, daß das englische Kapital das Wachstum der Vereinigten Staaten mit dem größten Argwohn und Mißtrauen verfolgt und daß es weiß, hier ist der neue Feind Englands entstanden. Die englische kapitalistische Presse, gewöhnt durch alte Zucht, die Gedanken zu verheimlichen, die auszusprechen für die englische Politik gefährlich ist, mimt Liebe und Freundschaft für Amerika. Sie feiert sogar mit Amerika zusammen die Feste der größten historischen Niederlage

Englands, die Feier der Abtrennung der Vereinigten Staaten. Lloyd George erklärte die Freundschaft mit Amerika für den Grundpfeiler der jetzigen englischen Politik. Die Philister des englischen Liberalismus, die klügsten Herren von der „Nation“ und dem „New Statesman“ erklären es für einen unsinnigen Gedanken, auch nur an die Möglichkeit eines englisch-amerikanischen Krieges zu denken, weil die Amerikaner Anglosachsen sind. Gleichzeitig aber erklärt Winston Churchill im englischen Parlament es für einen unerträglichen Gedanken, daß England eine Seemacht 2. Ranges werden und daß es zu den freundschaftlichen Verhandlungen in Washington ohne ein Programm von Rüstungen kommen könnte, die England sicherstellen würden für den Fall, daß es ihm unmöglich sein wird, freundliche Grimassen zu schneiden. Die englisch-amerikanische Konkurrenz ist die wichtigste Tatsache der Weltpolitik nach dem Kriege. Natürlich bedeutet Konkurrenz noch keinen Krieg. Seit dem Tag, an dem die „Saturday Review“ geschrieben: „Germaniam dellam esse“, sind bis zum Tage von Scapa Flow mehr als 15 Jahre verflossen. Aber die Gefahr der kriegerischen Lösung ist da, und die Rüstungen zur See beweisen, daß die herrschenden Klassen der beiden Länder so und nicht anders die Lage verstehen. Der Weltkrieg hat den besitzenden Klassen der ganzen Welt einen großen Schrecken eingejagt. Sie leisten sich ununterbrochen Kriege, aber sie fürchten wie die Pest den Krieg. Darum werden sie alles tun, um durch wirtschaftliche und politische Arrangements ihre Interessen auf einen Generalnenner zu bringen. Die „City“ sehnt sich nach Ruhe. Die Vereinigten Staaten Nordamerikas sind ein kraftbewußter junger Lümmel, der sich nicht viele Gedanken macht und von Zeit zu Zeit seinen älteren Vetter ungestüm auf die Hühneraugen tritt. Aber es ist klar, daß sogar ihre Diplomatie, in der sich kaufmännischer common sense mit dem Dilettantismus der Studenten der Haward-Universität mischt, von keiner Kriegslust gebläht ist. Es ist die Frage, wo und wann sich die anglo-amerikanischen Interessen kreuzen werden. Die Schnittpunkte sind Ostasien und Osteuropa.

Den Komplex der ost-europäischen Fragen, das Verhältnis der einzelnen Siegermächte zu Rußland werden wir an einer andern Stelle dieser Ausführungen behandeln. Hier handelt es sich nur um das Skizzieren der Rolle Japans.

Trotz der Abstoßung seiner Schulden während des Krieges, seiner großen industriellen Entwicklung im Kriege, trotz der zeitweiligen Überwindung der Passivität seiner Handelsbilanz ist Japan ein armes Land. Es hat nicht genügende natürliche Grundlagen zur Rolle einer erstklassigen Industriemacht. Es ist zu spät zum Kapitalismus übergegangen, um eine führende Rolle unter den alten kapitalistischen Großmächten zu spielen. Die Quelle seiner relativen Kraft liegt darin, daß es als nächster Nachbar des ostasiatischen Kontinentes verstanden hat, auf seiner schmalen kapitalistischen Basis eine große Macht zu Land und zur See zu werden. Es nützte die Zeit, in der England sich im Gegensatz zu Frankreich Nordafrikas wegen befand, in der es um Südafrika kämpfen mußte und dann auf die Nordsee starrte, es nützte die Zeit des Ueberganges der Vereinigten Staaten Nordamerikas zum Imperialismus aus, um Fuß zu fassen in China, es nützte den großen Weltkrieg aus, um sich Hypotheken in China und Sibirien zu schaffen. Es wird jetzt um Kohle, Eisen und Reis, die in China zu holen sind, zu kämpfen haben. Aber nachdem es den Fehler begangen hat, daß es im Jahre 1918 Dolche dachte oder sprach, aber nicht gewagt hat, durch den Uebergang auf die Seite Deutschlands den Dolch gegen Amerika zu ziehen, so wird es jetzt unter sehr ungünstigen Bedingungen um die Aufrechterhaltung und den Ausbau seiner im Kriege erworbenen Positionen zu kämpfen haben. Amerika hat nicht nur freie Hände, sondern es hat die große Peitsche der Verschuldung der Alliierten in der Hand. Es kann die Schulden der Alliierten als Schraube gegen sie gebrauchen, um ihre drohende Haltung gegen Japan herbeizuführen. Das Wort von der aufgebahrten Leiche, die das japanisch-englische Bündnis darstellen soll, ist eine übertriebene journalistische Phrase. Trotz der Gegnerschaft Kanadas, Australiens und Südafrikas zum Bündnis Englands mit Japan wird England nicht ohne weiteres auf dieses Bündnis verzichten. Wenn Herr Lloyd George in seiner großen Rede im Parlament, in der er über die Imperialkonferenz berichtete, mit unschuldiger Miene fragte, warum die englische Freundschaft mit Japan der Freundschaft mit Amerika im Wege stehen sollte, so sagte dieser kluge Staatsmann in seiner schlaumeierischen Form nur, daß England nicht gewillt ist, die japanische Karte ohne weiteres aus der Hand zu lassen. Herr Lloyd George denkt an eine menage à trois, bei der er seinen Fuß etwas enger an das Füßchen der anmutigen Geisha als an die

dickbesohlenen Pfoten des Onkel Sam unter dem Tisch anlehnen würde. Dieses Spiel, daß nichts anderes bedeutet, als daß England nicht darauf verzichten will, Japan gegen die Vereinigten Staaten Nordamerikas auszunützen, wie es Japan im Jahre 1904 gegen Rußland ausnützte, kann den Krisenpunkt der englisch-amerikanischen Beziehungen bilden. Es ist möglich, daß das Foreign Office einstweilen an einen so gefährlichen Ausgang der Dinge gar nicht denkt, daß es sein Verhältnis zu Japan nur als diplomatische Karte ausnützen will in der festen Ueberzeugung, daß, wenn das Spiel ernst wird, es noch immer Zeit sein wird, es abzubrechen. Aber auch Deutschland war nicht von vornherein gesonnen, mit Oesterreich bis zu einem deutsch-englischen Kriege zu gehen. Es handelt sich darum, ob die Kugel im Laufe sitzt; über das Abdrücken ist man nicht immer Herr. Eine ruhige Geschichtsschreibung wird in ein paar Jahrzehnten ganz gewiß zu dem Resultat kommen, daß auch im Jahre 1914 die Gewehre sozusagen von selbst losgingen.

Wenn Japan die englische Karte gegen die Vereinigten Staaten Nordamerikas bilden kann, so kann Frankreich die amerikanische Karte England gegenüber sein. Die letzten drei Jahre sind ausgefüllt durch die Kämpfe Frankreichs und Englands um die Hegemonie in Europa. Nach dem Ausscheiden Rußlands als des Verbündeten von Frankreich hängt Frankreich ebenso in der Luft wie Japan oder in noch höherem Grade. Sein Versuch, eine Garantie seiner Kriegserrungenschaften von England und Amerika zu erlangen, ist mißlungen. England gab sie nur unter der Voraussetzung, daß auch die Vereinigten Staaten von Nordamerika die Garantie übernehmen würden. Aber die Vereinigten Staaten Nordamerikas hüteten sich, sich zu binden. Der Senat ratifizierte die von Wilson übernommenen Verpflichtungen nicht. Der Versailler Friede ist gegründet auf die französischen Bajonette. Frankreich sucht sich somit einen Ersatz für Rußland zu schaffen. Polen, die Tschecho-Slowakei und Rumänien sollen dieses Surrogat bilden. Die größte Gefahr in seinem Verhältnisse zu Deutschland erblickt Frankreich in der Möglichkeit der Verbindung zwischen Deutschland und Rußland, sei es in der Form der Alliance des revolutionären Deutschlands mit dem revolutionären Rußland, sei es in der Form des Bündnisses der russischen und der deutschen Restauration. Darum muß der Wall der französischen Vasallenstaaten ausgedehnt wer-

den auf die baltischen Staaten, um Rußland von Deutschland gänzlich zu trennen. Die französische Hegemonie in Europa bedeutet aber die größte Gefahr für England, sie bedeutet eine Gefahr vom Standpunkt des Friedens, der England Zeit geben soll zur Stärkung seiner Macht in Indien und Aegypten durch eine liberal-imperialistische Politik (Verleihung gewisser politischer Rechte an die koloniale Bourgeoisie). Sie bedeutet eine große wirtschaftliche Gefahr, denn Frankreich muß, um sich politischen Einfluß zu verschaffen, wirtschaftlich seine Vasallen mit allen Kräften, sogar über seine Kräfte hinaus, unterstützen, wofür es als Kompensation wirtschaftliche Vergünstigungen bekommt, die Industrie der Vasallenländer in die Hand seiner Banken nimmt.

Die Politik der Vereinigten Staaten Nordamerikas Europa gegenüber befindet sich erst in der Periode des Wegesuchens. Sie wird in hohem Maße davon abhängen, ob sich die Vereinigten Staaten Nordamerikas entscheiden, mit ausschlaggebenden Kräften die Expansion nach Ost-Asien zu treiben. Geschieht das, dann bedeutet Deutschland für die Vereinigten Staaten Nordamerikas das Gebiet weltpolitischer Kompensation. Geraten sie in starken Gegensatz zu England, dann werden sie dieses Gebiet an Frankreich ausliefern, um es in dem Kampfe gegen England an ihrer Seite zu haben. Die englische bürgerliche Presse weiß sehr gut, warum sie so gegen den französischen Militarismus schreit. Der französische Militarismus bedroht jetzt in wachsendem Maße England. Er kann England viel gefährlicher werden als Deutschland es jemals war. Frankreich ist der nächste Nachbar Englands. Bei dem Stand der Unterseeboote, bei dem Stand des Flugzeugwesens und der weitreichenden Artillerie würde Frankreich, gestützt auf Amerika, England nicht nur blockieren, sondern es würde an die Invasion denken können.

III.

So sind die gegenseitigen Beziehungen der siegreichen kapitalistischen Staaten, die jetzt noch die Aufgabe haben, die militärischen Resultate des Krieges in Zentral-Europa, in Mittelasien und in Osteuropa in wirtschaftliche Tat umzusetzen.

Das deutsche Problem ist das wirtschaftlich weitaus verwickelteste. Deutschland wurde von den Alliierten zur Ohnmacht zu Lande und zur See verurteilt. Die deutsche Flotte ist vernichtet, die deutsche Landarmee ihrer

Rüstung beraubt. Aber nachdem die deutsche Flotte vernichtet wurde und sich der französisch-englische Gegensatz ausgebildet hat, ist das Interesse Englands an der endgültigen Ausschaltung Deutschlands als Machtfaktor zu Lande nicht mehr das frühere. England spielt in der Auseinandersetzung der Alliierten um Deutschland die Rolle eines Schiedsrichters. Es mahnt Frankreich unablässig zum Maßhalten und erwirbt sich auf diese Weise ein Kapital des Vertrauens in Deutschland, das gegebenenfalls einen weltpolitischen Faktor darstellen wird. Wird die deutsche Industrie nicht endgültig vernichtet oder liefert England in gegebenem Fall an Deutschland Waffen, dann kann Deutschland als englischer Degen noch eine Rolle in den kommenden Auseinandersetzungen spielen, eine Rolle gegen Frankreich oder auch gegen Rußland, zu der wir noch zurückkehren werden.

Wirtschaftlich ist die Politik der beiden in dieser Frage ausschlaggebenden Alliierten voll unlösbarer Widersprüche. Die Aufgabe, die sich Frankreich Deutschland gegenüber stellt, ist unausführbar, falls Frankreich Deutschland nicht zu einer Entwicklung seiner Industrie verhilft unter dem Schutze der französischen Waffen und mit Hilfe des französischen Kapitals. Der englische Finanzsachverständige Meynard Keynes — seine funkelneue Entdeckung, daß man an einen völlig ausgepreßten Menschen kaum Waren verkaufen kann, und der Eindruck, den diese Entdeckung erreichte, zeigen nur, in welchem geistigen Zustand sich die kapitalistische Welt befindet, — hat Recht, wenn er berechnet, daß Deutschland schon in den nächsten Jahren außerstande sein wird, den von ihm übernommenen Verpflichtungen nachzukommen. Ja, die Verpflichtungen sind ausführbar nur unter der Bedingung, daß sich die französischen und von Frankreich geraubten Erze mit der deutschen Kohle vereinigen. Nur die Schaffung eines deutsch-französischen wirtschaftlichen Trustes würde die Produktivkraft Deutschlands so sehr erhöhen, daß es seine den Alliierten gegenüber übernommenen Verpflichtungen ausführen könnte. Diesem Plan stehen entgegen: die militärischen Kreise Frankreichs und die kapitalistischen Kreise Englands.

Die französische Militärpartei befindet sich unter dem Druck der Angst vor der Wiederherstellung Deutschlands. Sie rechnet mit dem Bevölkerungübergewicht Deutschlands, wie mit seiner erstklassigen wirtschaftlichen Organisation. Das Deutschland, das fähig

wäre, Frankreich gegenüber die wirtschaftlichen Verpflichtungen auszuführen, wäre der Stärkere im Bunde, und könnte, erstarkt, ihn sprengen und sich selbständig oder zusammen mit einem neuen Partner gegen Frankreich wenden. Die französische Militärpartei erstrebt die Atomisierung Deutschlands, den Rhein als Grenze, die Bildung eines katholischen Staates aus Bayern und Deutsch-Oesterreich, der ein französisches Instrument wäre. Die Unmöglichkeit der Ausführung des Ultimatums vom 5. Mai wird, wenn es die allgemeinen Verhältnisse erlauben, für die französische militärische Partei ein Mittel sein, den Versailler Frieden über den Haufen zu werfen und den Frieden Clemenceaus zu verwirklichen. Dieser Politik setzen sich gewisse leitende kapitalistische Kreise entgegen mit Loucheur an der Spitze. Ihr Gegenpart in Deutschland ist die verarbeitende Industrie mit Rathenau an der Spitze. Aber es genügt die schwächste Annäherung der deutsch-französischen kapitalistischen Kreise, damit England Steine in den Weg wirft. Es begnügt sich nicht mit stillen Intriguen, mit dem Versuch, die deutsche Schwerindustrie für sich zu ködern. Barsch fordert es von Frankreich „Information“ über seine selbständigen Gespräche mit Deutschland. Die wirkliche englische Politik Deutschland gegenüber widerspricht der Vorstellung, die die englische Diplomatie durch die Reden ihrer Vertreter hervorzurufen versucht. Lloyd George, der für alle Gelegenheiten Ansprüche bereit hat, die von Menschenverstand geradezu tiefen, erklärte vor kurzem, es gebe zwei mögliche politische Methoden Deutschland gegenüber: entweder mache man aus einer Kuh Beefsteaks oder man melke sie. Indem aber England der französischen Militärpartei mehrmals erlaubte, die besagten Beefsteaks aus den Lenden der deutschen Kuh zu schneiden, bewies es, daß ihm gar nichts daran gelegen wäre, wenn Frankreich sie melken würde, es sei denn, daß die englische Diplomatie im Gegensatz zur Kuhbehandlungsphilosophie Lloyd Georges der Meinung wäre, man könne gleichzeitig eine Kuh zu Beefsteaks verwandeln und melken.

Alle diese Widersprüche der Politik der Alliierten Deutschland gegenüber, die dieses Land der politischen und wirtschaftlichen Zersetzung oder der proletarischen Revolution entgegentreiben, sind nur ein Ausdruck der tiefen weltpolitischen Gegensätze, die das Lager der Alliierten zu einer Brutstätte neuer Kriege machen.

IV.

Das Verhältnis der Alliierten zu Sowjet-Rußland ist noch komplizierter. Sowjet-Rußland ist kein Objekt der Weltpolitik, sondern es ist ein handelnder Faktor in ihr. Es verdankt dies der belebenden Kraft der Idee der proletarischen Revolution, es verdankt dies den Fäusten und den Bajonetten der Roten Armee und der Größe seines Landes. Die Kompliziertheit des Verhältnisses der Alliierten zu Rußland wird dadurch gesteigert, daß Rußland ein europäisches und gleichzeitig ein asiatisches Land ist. Die Politik der Alliierten Rußland gegenüber war keinen Augenblick einheitlich. Schon in der Zeit der Blockade Rußlands und der Organisation der weißen konterrevolutionären Heere durch die Entente waren in ihrer Politik zwei Unterströmungen bemerkbar. Frankreich trieb eine Politik der Niederwerfung Sowjet-Rußlands. Frankreich tat es nicht nur aus Sorge um die 20 Milliarden Frank der alten zaristischen und Kerenskischen Schuld, die die Weißen zu bezahlen sich verpflichteten, sondern weil es ein großes weißes Rußland als Garanten der Niederwerfung Deutschlands haben wollte. Es ist nicht wichtig, daß die Haltung eines weißen Rußlands Deutschland gegenüber ohne weiteres nicht berechenbar ist, daß es sehr leicht möglich ist, daß das weiße Rußland umgekehrt eine Annäherung an Deutschland suchen würde, um von den Alliierten eine größere Berücksichtigung seiner Interessen in Konstantinopel und damit am Stillen Ozean zu erreichen. Die französische Politik glaubt durch die Unterstützung der Weißen diese Gefahr zu paralysieren. Umgekehrt war die Strömung für die Knock-out-Politik Sowjet-Rußland gegenüber in England schwächer, wenn sie auch sehr bramarbasierend in den Reden von Winston Churchill zum Ausdruck kam. Nicht nur die Sprache des „Manchester Guardian“ und der „Daily News“ zeigte, daß die englischen Handelskreise von der Abenteuerpolitik gar nicht entzückt sind, sondern die Ernennung Lord Curzons zum Minister des Aeußern im Moment der entscheidenden Kämpfe bewies, daß hier die asiatischen Interessen eine große hemmende Kraft ausübten. Die englische Regierung tat so, als ob sie sehr erschrocken wäre durch die Möglichkeit des Ueberspringens der revolutionären Ideen von Rußland nach den Orient-Ländern, in erster Linie nach Indien. Aber im Grunde genommen waren die Routiniers aus dem englischen Auswärtigen Amte der Meinung, daß die Ideen nicht so gefährlich sein können

wie Kanonen. Hat doch die englische Regierung bisher die Verbreitung der Schriften der englischen Liberalen im Orient nicht verboten, die doch mehr Anziehungskraft für die junge indische Bourgeoisie besitzen als die kommunistischen Ideen, die auf ihre Expropriierung abzielen. Was aber die Waffen anbetrifft, so würde nach der Ueberzeugung der Herren Nicolson und Curzon ein weißes Rußland über sie in höherem Maße verfügen, denn es würde auf Schneider-Creuzot und auf die Bethlehem Steel Corporation rechnen können. Die indische Schule des Londoner Auswärtigen Amtes, die die ganze Welt als Glacis Indiens ansieht, fürchtete, daß das weiße Rußland, einmal im Sattel, nach der Richtung Mittelasien reiten würde. Darum erneuerte Herr Curzon die Politik des Lord Beaconsfield, die Politik der Schwächung Rußlands. Er unterstützte die Weißen nur so weit, um Sowjet-Rußland zu schwächen, aber nicht so weit, daß sie hätten siegen können.

Diese Meinungsverschiedenheiten im Lager der Weißen waren nicht der letzte Grund des Sieges Sowjet-Rußlands über die Interventionen. Nach der Niederwerfung Denikins gewinnt in England die Richtung Curzon-Lloyd George die Oberhand über die Richtung Churchill. England führt schon seit länger als einem Jahr Verhandlungen mit Sowjet-Rußland, in dieser Verschleppung äußerten sich die hemmenden Einflüsse der Interventionsrichtung. Aber schließlich schließt es im März dieses Jahres das Handelsabkommen, das eine de-facto-Anerkennung der Sowjet-Regierung bedeutet. Was England durch diesen Schritt bezweckt, äußerte am krasseten Lloyd George in seiner Rede vom 16. August, in der er aus Anlaß der Hungersnot in Rußland einen Plan entwickelte, der nichts anderes bedeutet als den Versuch der Aufrichtung eines wirtschaftlichen Monopols Englands in Rußland. Es war von vornherein klar, daß das durch den imperialistischen und den Bürgerkrieg geschwächte Rußland einstweilen weder genügende Rohmaterialien für die Ausfuhr noch genügende Mittel besitzt, um seine Bedürfnisse an industriellen Waren zu decken. Lloyd George entwickelt darum den Plan der Gewährung von Krediten an englische Firmen, die Waren nach Rußland transportieren und sie dort vermittels des eigenen Apparates für Getreide eintauschen sollen. Dieser Plan, wenn ausgeführt, würde England erlauben, sich in die russische Volkswirtschaft direkt einzubohren, was in dem jetzigen Moment, wo weder Frankreich noch Amerika mit Rußland Handelsverträge geschlossen

haben, eben das englische Monopol in Rußland bedeuten würde.

Die unlängst veröffentlichte diplomatische Korrespondenz zwischen England und Frankreich über die Verhandlungen mit Rußland zeigt, daß England, weit entfernt davon, die interventionistische Richtung in Frankreich energisch zu bekämpfen, umgekehrt seinerseits alles Mögliche tat, um den Sieg der schwachen Tendenz, die auch in Frankreich auf eine Annäherung an Sowjet-Rußland hinarbeitet, zu erschweren. Ende November des Jahres 1920 wendet sich Frankreich an die Entente mit einer Note, in der es die Anerkennung der französischen Schulden durch Sowjet-Rußland als Bedingung des Eintritts in Verhandlungen mit Rußland nennt, aber gleichzeitig erklärt, daß die französische Regierung sich vollkommen davon Rechnung gebe, daß Sowjet-Rußland in der nächsten Zeit nicht imstande sei, mit der Zahlung seiner Schulden zu beginnen. Sie spricht von der Notwendigkeit der Prüfung der Bedingungen, die die Zahlungsfähigkeit Rußlands herbeiführen könnten. In der ganzen Note ist mit keinem Worte eine prinzipielle Ablehnung der Verhandlungen mit Sowjet-Rußland erwähnt. Trotz mehrmaliger Anfragen der französischen Regierung an die englische hat diese im Laufe von mehreren Monaten keine Gelegenheit gefunden, auf die französische Note zu antworten. Erst nach dem Abschluß des Handelsabkommens mit Rußland antwortet sie mit einer kühlen Einladung an Frankreich zum Beitritt zu diesem Abkommen, d. h., sie fordert den Verzicht auf selbständige Verhandlungen und auf eine selbständige Rolle im Verhältnis mit Rußland. Natürlich wäre es lächerlich, Frankreich für ein Opfer der englischen Ausschluß-Politik zu halten. Wäre die französische Regierung fest entschlossen, zu einer Verständigung mit Sowjet-Rußland zu gelangen, so würde sie Wege und Mittel gefunden haben, um sich mit Sowjet-Rußland zu verständigen. In Frankreich kämpften die ganze Zeit lang die Hoffnung auf eine Niederwerfung Sowjet-Rußlands mit schwachen Anfängen einer Einsicht in die Aussichtslosigkeit dieser Hoffnungen. Diese Einsicht hat auch heute noch nicht gesiegt. Die Hungersnot in Rußland hat die Interventionspläne von neuem wachgerufen. Aber es unterliegt gar keinem Zweifel, daß England keinen Finger rührt, um als Vermittler zwischen Frankreich und Rußland zu dienen, daß es umgekehrt mit Rußland allein bleiben will, um es in der Hand zu behalten und es durch die entsprechende

Dosierung der Anleihen solange im Zustande der vollkommenen Mattigkeit zu erhalten, bis sich die Position Englands in Indien gestärkt haben und die türkische Frage gelöst sein wird.

Ungeklärt bleibt die Haltung der Vereinigten Staaten Nordamerikas zu Rußland. Schon die Wilsonsche Politik nahm immer wieder Anläufe zu einer Politik der Annäherung, deren Zweck die Sicherung des russischen Marktes für die enorm gewachsene amerikanische Industrie war. Solche Anläufe stellen das bekannte Telegramm Wilsons an Sowjet-Rußland während der Verhandlungen in Brest-Litowsk und die Sendung Bullits im Februar 1919 nach Rußland dar. Die Regierung Hardings tappt immer noch im Dunkeln. Die ausschlaggebenden Interessen Amerikas als des großen industriellen Exportlandes an der Entwicklung der russischen Landwirtschaft, wie seine ost-asiatischen Interessen und schließlich sein Konkurrenzkampf mit England, werden es aus seiner jetzigen Passivität hinausdrängen. Entweder wird sich Amerika entschließen, Beziehungen mit Sowjet-Rußland anzuknüpfen, oder es wird in einem Moment, der ihm Aussichten auf Erfolg eröffnet, zu einem großen Schlag gegen Sowjet-Rußland ausholen. Wie die amerikanische Politik Rußland gegenüber die französische beeinflusst, so würden auch Änderungen in der französischen Rußland-Politik die amerikanische beeinflussen. Es ist möglich, daß die Hooversche Hilfs-Aktion schon einen Anfang der Änderung der amerikanischen Politik darstellt.

Geschichtlich bedeutet das Ringen des kapitalistischen Europas mit der Frage Sowjet-Rußlands den Kampf um die große Bresche, die der Krieg im Weltstaaten-System des Kapitalismus geschlagen hat. Gelingt es Sowjet-Rußland, sich zu erhalten, gelingt es ihm, die kapitalistischen Staaten zu nötigen, zu ihm in geregelte Handelsbeziehungen zu treten, was auf die Länge hin die Anerkennung Sowjet-Rußlands nach sich ziehen muß, so bedeutet dies den Eintritt des ersten Staates, der seine Weltpolitik nach den Interessen des Weltproletariats orientiert, in die Reihe der Staaten, ein Zustand, der der Koexistenz der kapitalistischen und feudalen Staaten entsprechen würde, der aber eine viel größere Unruhe in das kapitalistische Staatensystem hineinbringt, als sie sich zum Beispiel aus ihrem Verhältnis zu der feudalen Welt ergab. Wenn die bisher geschilderten weltpolitischen Gegensätze die des zerrütteten, in Auflösung begriffenen Ka-

pitalismus sind, so ist der Gegensatz der kapitalistischen Welt zu Rußland ein Problem des Verhältnisses der kapitalistischen Welt zu der in Bildung begriffenen sozialistischen. ein Problem, das in viel schärferer Form zur Austragung kommen wird in dem Moment, wo sich zu dem gestärkten Rußland der deutsche proletarische Staat gesellt.

Das Sturzentrum, in dem sich die größten Gegensätze der Zukunft sammeln, ist der Kampf um die Küste des Stillen Ozeans. Aber die überwiegende Bedeutung der Pazifik-Fragen hebt die Bedeutung nicht auf, die noch immer die Fragen des nahen Ostens besitzen. Auf den Gebieten des nahen Ostens kämpft England den Kampf um die Position in der Welt, die es noch behalten kann, falls es durch die Bildung des anglo-sächsischen Trustes einer Kräftemessung mit den Vereinigten Staaten aus dem Wege gehen wird. Die Beherrschung des europäischen Kontinents ist eine Utopie, obwohl um sie der Kampf zwischen Frankreich und England geht. Die mitteleuropäischen Industriemassen können nicht von außen beherrscht werden. Entweder wird Zentral-Europa ein Trümmerfeld darstellen, eine selbständige kapitalistische Nation (wenn sich Deutschlands Bourgeoisie durch Ausnutzung der kapitalistischen Gegensätze aus ihrer prekären Lage herauskrabbelt) oder eine selbständige proletarische Republik. 70 Millionen Menschen, die lesen, schreiben und arbeiten können, lassen sich nicht dauernd unter der Fuchtel einer fremden Macht halten. Im Kampfe zwischen Frankreich und England um Zentral-Europa kann es sich realistisch genommen nur um das mehr oder minder des Einflusses und der Ausbeutung handeln. Rußland aber, obwohl in seiner großen Mehrheit ein landwirtschaftliches Land, ist zu groß, um besiegt und in eine Kolonie Englands verwandelt zu werden. Es zieht zu viele Appetite an, die sich auf die Länge hin gegenseitig die Wage halten werden. Angesichts seiner wirtschaftlichen Nöte kann seine Abhängigkeit von den kapitalistischen Staaten — wenn die Herrschaft des Kapitalismus noch länger andauert — hart sein. Eine Herrschaft des fremden Kapitals, geschweige denn eines kapitalistischen Staates wird es nicht sein. Die Gebiete, die England fest in seine Hände nehmen kann, sind die Gebiete Mittel-Asiens. Der Weltkrieg ist aus dem Kampfe um die Süd-Ost-Ecke Europas und die Türkei entstanden. Hier ringt er am längsten um sein Ende. England sucht die Türkei möglichst schnell zu

teilen, um sich in Konstantinopel faktisch festzusetzen, bevor Rußland von neuem seine Interessen anmeldet. Es sucht möglichst schnell die „unabhängigen“ arabischen Staaten auszubauen, die nichts anderes sein werden als seine Puppen. Die Familie Hussein in Hedschas, Transjordanien und Mesopotamien als Mantel für die Eisenbahn, die Indien mit Aegypten verbindet, und als nomineller Besitzer der Mosul-Oel-Quellen, das ist für die nächsten Jahre der Plan der englischen Politik im nahen Osten. Wie sehr England sich an diese Gebiete klammert, zeigt die Tatsache, daß es trotz seiner schweren finanziellen Klemme auf seine mesopotamische Politik nicht verzichten will. Mit seiner bekannten Fähigkeit, sich auf den wichtigsten Punkt zu konzentrieren, weicht es einstweilen in Persien zurück, in der ganz richtigen Erkenntnis, daß es ihm, wenn es sich in Mesopotamien festsetzt, leichter sein wird, die Sicherung seiner nördlichen Flanke zu besorgen. Um sich in Mesopotamien festzusetzen, muß es aber das Jungtürkentum niederwerfen, die einzige geistige Kraft, die in der islamitischen Welt existiert. Es sucht dieses Ziel zu erreichen, nicht nur durch den Kampf gegen Kemal Pascha (dessen Regierung trotz aller persönlichen Gegensätze, die zwischen Kemal Pascha und Enver Pascha existieren, eine jungtürkische Regierung ist), sondern auch durch den Versuch, den Herrscher von Mekka zum Kalifen zu machen, einen Versuch, der mit großer Vorsicht, aber auch mit englischer Zähigkeit durchgeführt wird. Englands Politik wird bedroht nicht nur durch die Auswirkungen der russischen Revolution, durch die Kraft des Jungtürkentums, sondern gleichzeitig durch die französische Politik im Osten. Die Festsetzung Frankreichs in Syrien bedeutet die Bedrohung der linken Flanke Englands, und das an einem Punkte, der für die ganze Weltherrschaft Englands vital ist. Frankreich, das schon durch Toulon und Biserta Englands Verbindungen bedroht, setzt sich in der Nähe des Suez-Kanals fest. Frankreich sucht sich als Verteidiger des Islams aufzuspielen, nachdem es seine Rechte auf Syrien auf die Politik der katholischen Könige Frankreichs stützt. Der englisch-französische Gegensatz im Orient beeinflußt den englisch-französischen Gegensatz in Europa und wird von ihm beeinflußt. Hier im nahen Osten wird er zum allgemeinen Gegensatz der beiden Staaten.

Gleichzeitig meldet, wie die Haltung Amerikas in der Mosul-Frage zeigt, das amerikanische Kapital seinen Protest an gegen das fak-

tische wirtschaftliche Monopol, das England in seinen Kolonien durchführt.

V.

Wir haben im Telegrammstil die wichtigsten Gegensätze der sich in brodelnder Gärung befindlichen weltpolitischen Entwicklung geschildert. Wir sahen das Bild eines Chaos, in dem sich die Tendenzen schneiden und kreuzen, aber eine Lösung nirgends sichtbar wird. Von irgendeinem weltpolitischen Gleichgewicht kann keine Rede sein. Nur die nahe Erinnerung an den großen Weltkrieg wirkt mit großer Kraft als der Deckel auf diesem Hexenkessel. Alle diese Gegensätze sind revolutionisierende Gegensätze im direktesten Sinne dieses Wortes, denn sie wirken sich aus auf

dem Boden eines zerschlagenen Weltwirtschaftssystems, angesichts eines Tschimborassos von Staatsschulden, der zusammenzubrechen droht über den Köpfen der streitenden kapitalistischen Mächte. In der Weltwirtschaftskrise und in den neuen Rüstungen, in dem Bankrott des Völkerbundgedankens äußert sich die Unfähigkeit des Kapitalismus zum Weltwirtschaftsaufbau. Wenn diese Unfähigkeit zu großen proletarischen Bewegungen führen wird, so wird sich in ihnen die Macht zu Worte melden, die berufen ist, die Ruinen des Kapitalismus hinwegzuschaffen und mit eiserner Hand eine neue Weltordnung durchzuführen.

Moskau, am 10. Sept. 1921.

Karl Radek.

Die Hungersnot in Sowjet-Rußland.

Die Hungersnot in Sowjet-Rußland ist nicht nur eine russische Frage, sondern auch eine internationale. Das Unglück, das über Sowjet-Rußland hereingebrochen ist, versetzt die ganze Welt in Unruhe und wirft gleichzeitig ein scharfes Licht auf die ökonomische Rolle Sowjet-Rußlands in der Weltwirtschaft, indem es sogar die bürgerlichen Regierungen der kapitalistischen Länder veranlaßte, sich mit der Frage über Sowjet-Rußlands Kampf mit dem Hunger und über seine Folgen zu beschäftigen.

Die Folgen dieses elementaren Unglücks werden im ganzen Leben und in der Tätigkeit Sowjet-Rußlands zweifellos auf lange Zeit hinaus zu spüren sein. Aber die Hungerfrage bildet auf den internationalen Märkten nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine politische Frage, und um die furchtbare Not, die die Arbeiter und Bauern Sowjet-Rußlands betroffen hat, beginnen sich die Pläne seiner und des Weltproletariats Feinde zu spinnen, die den Augenblick zu einem neuen Angriff ausnützen wollen.

Das Weltproletariat, das die Entfaltung der wirtschaftlichen Arbeit in Sowjet-Rußland stets mit Aufmerksamkeit verfolgt hat, zeigt weitgehendste Hilfsbereitschaft, und die proletarischen Organisationen der verschiedensten Länder führen eine Hilfsaktion für Sowjet-Rußland durch.

Aber gerade im Hinblick auf diese Umstände tut eine objektive Beleuchtung dieser Frage und alles dessen not, was sich aus Anlaß des Kampfes mit dieser furchtbaren Katastrophe abspielt.

Der Umfang der Hungersnot.

Ein ungeheures Gebiet, hauptsächlich an der Wolga gelegen, ist von der Hungersnot betroffen worden. 15 Gouvernements und Bezirke mit über 20 Millionen Einwohner sind vom Unglück erfaßt und müssen all das Entsetzliche erleiden, was eine gänzliche Mißernte mit sich bringt. Folgende Gebiete sind von der Hungersnot betroffen worden: 1. Ssamara, 2. Ssaradow, 3. Zarizyn, 4. Tatarische Republik, 5. Ssimbirsk, 6. Astrachan, 7. die Arbeits-Kommune der Deutschen des Wolgagebiets, 8. das Tschuwasch-Gebiet, 9. die Rayons Belebejew und Birsk, das Gouvernement Ufmsk, 10. das Mariysk-Gebiet, 11. vier Kreise des Gouvernements Wjatka, Jarańsk, Urschumsk, Mamonjersk und der Sowjet-Kreis.

Die Rolle dieser Gebiete war, was die Versorgung Sowjet-Rußlands mit Nahrungsmitteln anbelangt, stets eine sehr bedeutende; aus den nachfolgenden Zahlen wird man das leicht sehen können:

In den Jahren	Die staatliche Eindeckung mit Getreide in ganz Sowjetrußland	davon stammen aus den gegenwärtig von der Hungers- not betroffenen Gebieten	
	die Getreidemenge in Millionen Pud	%	
1917—18	30	11	37
1918—19	111	66	59,4
1919—20	212	87	41,1
1920—21	287	64	22
Insgesamt	630	228	36

Wir sehen also, daß nahezu 40 Prozent der staatlichen Getreideversorgung gerade aus diesen Gebieten stamme.

In der Vorkriegszeit lieferten vorwiegend diese Gebiete das nach dem Ausland exportierte Getreide, hauptsächlich Weizen. Auf Grund dieser Zahlen wird man deutlich sehen können, welche Bedeutung dieser Mißernte sowohl für die gegenwärtige Wirtschaftslage Rußlands als auch für den künftigen Export beizumessen ist.

Dank dieser Mißernte ergibt sich in Sowjet-Rußland im laufenden Jahre ein Fehlbetrag von mindestens 70 Millionen Pud, eine Getreidemenge, die nach den bescheidensten Berechnungen zweifellos eingebracht worden wäre.

Die unmittelbare Ursache der gänzlichen Mißernte ist die nie dagewesene Trockenheit in diesem Jahre, die besonders in den Steppen des Wolgagebietes verhängnisvolle Verheerungen anrichtete; die Saaten sind gänzlich ausgebrannt.

Die Dürre machte sich infolge des niederen Standes der landwirtschaftlichen Technik und Kultur ganz besonders geltend.

Das System der Aussaat, die späte Ackerung, ungenügende Verbreitung der der Trockenheit widerstehenden Kulturen — alles das führte dazu, daß die Folgen der Mißernte ganz besonders schwer waren.

Der Vorsitzende des Allrussischen Zentral-Komitees, Gen. Kalinin, der die hungernden Gebiete bereist hat, schildert die Sachlage folgendermaßen: „Auf der Strecke von Pensa nach Ssamara sieht man, wie die Felder immer schlechter werden. Der zunächst vorherrschende Hafer steht einigermaßen gut. Dann fällt er merklich ab, wird immer geringer, und immer häufiger zeigen sich dunkle kahle Stellen; weiterhin sieht man vollständig kahle Felder.“ (Prawda, Nr. 198 „In den Hungergebieten“.) So sehen die ausgebrannten Felder aus. Aber außer den genannten Ursachen gibt es noch andere, auf die Gen. Kamenew in einem seiner Berichte hingewiesen hat. „Dieses furchtbare Unglück, — sagte er, — ist in einem Augenblick über uns hereingebrochen, in dem der Zustand der Landwirtschaft in Rußland ein sehr trauriger und schwerer ist. Sie wissen, daß das Gesamtergebnis der Getreideproduktion in Rußland im Vergleiche mit der Vorkriegszeit um 48 Prozent gesunken ist, d. h. wir bringen jetzt in ganz Rußland nahezu um die Hälfte weniger Getreide ein als früher.“

„Es ist dies das Ergebnis des siebenjährigen Krieges, zunächst des imperialistischen, der Millionen von Arbeitern dem Boden entrissen und auf die Front geworfen hatte, und dann des Bürgerkrieges.“

„Gerade diese hungernden Gebiete — Ural, Wolgarayon und Südosten — waren der Schauplatz der erbittertesten Kämpfe des Bürgerkrieges; gerade im Wolgagebiet fand der erste Aufstand der Tschecho-Slowaken statt, gerade dort spielte sich auch der Aufstand der Anhänger der Nationalversammlung ab, und im Verlaufe von mehreren Monaten herrschte in diesem Gebiet die Regierung Awksentjew's (Sozialrevolutionär). Eine Zeitlang war dieses Gebiet im Norden von Koltschak, im Süden von den Kosakenbanden besetzt, und so ging dieser ganze Rayon bald in die eine, bald in die andere Hand über. Alles das mußte die Produktivkräfte des Gebietes natürlich sehr beeinträchtigen.“

Wir können noch hinzufügen, daß im Laufe der ersten drei Jahre des imperialistischen Krieges der Ernteertrag unausgesetzt und schnell sank. Von 1909 bis 1913 betrug die Gesamternte Rußlands (mit Ausnahme Transkaukasiens und Turkestans) durchschnittlich 3,402 Millionen Pud jährlich, aber schon im Jahre 1916 sank der Ertrag auf 3,036 Millionen Pud, 1917 auf 2,646 Mill. Pud herab. Also schon vor der Oktoberrevolution ist der Ernteertrag ungeheuer gesunken, er war 756 Millionen Pud geringer als in der Friedenszeit.

Aber im gegenwärtigen Jahre 1921 ist der Gesamtertrag ganz besonders gesunken. Nach den Angaben der statistischen Zentralverwaltung beträgt die Gesamternte in Sowjet-Rußland, Ukraine mitinbegriffen, 1,964 Millionen Pud, d. h. also annähernd die Hälfte des Ernteertrages der Vorkriegszeit.

Die Lage in den Hungergebieten ergibt sich aus den folgenden Zahlen: Der zu erwartende Ertrag ist 461 Millionen Pud. An Saaten sind 142 Millionen Pud, für die Ernährung der Bevölkerung 417 Millionen Pud erforderlich. Somit beträgt der Gesamtbedarf an Getreide 566 Millionen Pud, das Defizit beläuft sich also auf 105 Millionen Pud.

Infolgedessen droht furchtbare Gefahr sowohl hinsichtlich der künftigen Aussaat als auch der Volksernährung.

In vielen Gebieten nährt sich die Bevölkerung von allerhand Surrogaten, die Krankheiten und Tod verursachen.

Wir haben eine konkrete Aufgabe vor uns. Es handelt sich darum, das Defizit von 105 Mill. Pud zu decken, andernfalls werden reiche und fruchtbare Gebiete wirtschaftlich zerstört sein und die Bevölkerung wird furchtbare Not leiden müssen.

Für den Kampf mit dieser Not mußten alle Kräfte aufgebracht werden; die genannten Zahlen

sprechen eine beredte Sprache über den Umfang dieses Kampfes.

Der Kampf mit dem Hunger.

Die Sowjet-Regierung hat die nahende Hungergefahr sofort allen mitgeteilt. Dieser Schritt der Sowjet-Regierung widerspricht ganz und gar jener Politik, die nicht nur in Rußland in der vorrevolutionären Zeit üblich war, sondern auch in den bürgerlichen Ländern Europas, deren herrschende Klassen stets bemüht sind, den Umfang eines hereingebrochenen Unglücks geringer erscheinen zu lassen. Man pflegt die Mißernte häufig „unzureichende Ernte“ zu nennen, um die Volksnot nicht so kraß erscheinen zu lassen. Für die bürgerlich-agrarische Klasse und ihre Regierung versteht sich eine derartige Politik von selbst, sie entspringt dem Wesen der Klassenherrschaft. Die herrschende bürgerliche Klasse liebt es nicht, in den Beutel zu greifen, wenn es gilt, das Elend des Volkes zu lindern.

Umgekehrt ist es einer Arbeiter- und Bauern-Regierung unbedingt darum zu tun, die ganze Größe der drohenden Gefahr sofort festzustellen, denn diese Gefahr ist auch ihre Gefahr; sie ist bestrebt, alle Kräfte und alle verfügbaren Mittel in den Kampf zu werfen.

Die Sowjet-Regierung ist diesen Weg gegangen. Sie hat nicht versucht, das heraufziehende Unglück zu vertuschen; sie deckte die Gefahr in ihrem ganzen Umfange auf und scheute keine Opfer, um mit ihr fertig zu werden.

Es war notwendig: 1. den Kampf mit dem Hunger in einer organisierten und systematischen Weise aufzunehmen und 2. den Kampfplan auszuarbeiten und ihn mit der größten Schnelligkeit durchzuführen.

Im Juli wurde bei dem Allrussischen Zentralkomitee die „Zentral-Kommission des A. Z.-K. zur Hilfe für die Hungernden“ unter dem Vorsitz des Genossen Kalinin gebildet, die die Leitung der gesamten Arbeit im Kampf gegen den Hunger in ihre Hände nahm.

Maßgebende Genossen, Mitglieder des A. Z.-K., wurden in die hungernden Gouvernements delegiert und auch in solche Rayons, die die Aussaat für die hungernden Gebiete liefern konnten. An den Orten wurden ähnliche Kommissionen bei den lokalen Sowjets gebildet.

Die gesamte Sowjetpresse, alle Partei- und Sowjetorgane für Agitations- und Propagandazwecke richteten alle ihre Energien auf die Hungersnot und auf den Kampf mit dem Hunger.

Der gesamte Sowjetapparat nahm in einer geschlossenen Frontlinie den Kampf gegen die Not auf.

Hinsichtlich des Kampfplanes ließ sich die Sowjet-Regierung nicht von philanthropischen Gesichts-

punkten leiten, sondern von rein wirtschaftlichen. Vor allen Dingen mußte für die Produktion der vom Hunger betroffenen Gebiete gesorgt werden, in erster Linie war der Bedarf an Aussaat für die Bauern dieser Rayons zu decken.

Es ist klar, daß, wenn man den Bauernwirtschaften nicht sofort zu Hilfe kommt, die Not im nächsten Jahr tausendmal größer sein wird als in diesem. Es war notwendig, der Landbevölkerung unter allen Umständen die Möglichkeit zu geben, die Felder zu bestellen. Die Saaten im Laufe des Augusts einzusammeln und sie im Anfang des Septembers in das Wolgagebiet zu befördern — das war die Aufgabe, die das A. Z.-K. allen Lokalbehörden gestellt hat.

Inwieweit der Sowjetapparat dieser ersten Aufgabe gerecht geworden ist, wird man aus der offiziellen Erklärung beurteilen können, die im Namen der erwähnten Zentral-Kommission am 16. September in der Presse veröffentlicht worden ist:

„Die in der zweiten Hälfte des Juli in einer Reihe der Gouvernements des Wolgagebiets und des Urals festgestellte Mißernte stellte der Zentral-Kommission zur Abhilfe der Hungersnot die Aufgabe, im Hinblick auf das vollständige Fehlen irgendwelcher Reserven von Wintersaaten im Volkskommissariat für Lebensmittelwesen sofort eine Reihe von außerordentlichen Maßnahmen zu treffen, um in die hungernden Gebiete die größtmögliche Menge von Wintersaaten zu schaffen.

Die Beratungen über den Umfang der Not, die im Rat der Volkskommissare, in der staatlichen Versorgungsstelle und in der Zentral-Kommission zur Abhilfe der Hungersnot stattfanden, ergaben die Möglichkeit, die fehlende Aussaat zu bestimmen. Sie betrug 12 000 000 Pud Getreide, die in dem kurzen Zeitraum zwischen der Einbringung der neuen Ernte und dem Ablauf des Aussaattermins, d. h. im Laufe von ca. einem Monat in die Hungergebiete gebracht werden mußten. Gegenwärtig kann diese Saatkampagne als beendet betrachtet werden. Die Ergebnisse der intensiven Arbeit der entsprechenden Behörden kommen in den folgenden Zahlen zum Ausdruck: Bis zum 13. September sind statt der in Aussicht genommenen 12 000 000 Pud insgesamt 13 400 000 Pud verladen und in die Hungergebiete geschickt worden.

Von den abgeschickten 13 400 000 Pud ist der größte Teil in den von der Mißernte betroffenen Gebieten eingetroffen und zur Aussaat verwendet, der Rest befindet sich unterwegs und wird zweifellos vor Ablauf des Aussaattermins an Ort und Stelle sein.

Die Zentral-Kommission zur Abhilfe der Hungersnot konstatiert, daß die grundlegende Aufgabe der Hilfeleistung unter den herrschenden maßlos schweren Verhältnissen dank der An-

spannung aller Kräfte und der schnellen Anpassung der einzelnen Ressorts an die unerwarteterweise gestellten Anforderungen gelöst ist."

In der Tat, die Einsammlung und der Transport von zwölf Millionen Pud Saaten (davon sind zwei Millionen im Ausland eingekauft worden) war unter den gegebenen Verhältnissen eine außerordentlich schwierige Aufgabe und kann als ein großer Sieg an der Hungerfront angesehen werden.

Die Versorgung der hungernden Gebiete mit Aussaat halten wir für den ersten Schritt im Kampfe mit dem Hunger. Außerdem ist eine Reihe von Maßnahmen zur Erleichterung der Lage der hungernden Gebiete getroffen worden, hauptsächlich auf dem Wege der Versorgung der Organisationen von „freiwilligen Spenden“ mit Lebensmitteln. Außerdem wurden natürlich die von der Mißernte betroffenen Gebiete von allen Steuern befreit, und die Produkte, die in diesen Gebieten erzeugt werden, konnten zugunsten eben dieser Gebiete verwendet werden.

Endlich ist ein Teil der Notleidenden in anderen Gouvernements untergebracht worden, wo ihnen eine entsprechende Hilfe zuteil wird.

Wir sehen also, daß der Kampf mit dem Hunger als eine Angelegenheit aller Arbeiter und aller Bauern Sowjet-Rußlands betrachtet und organisiert worden ist.

Aber dieser Kampf hat eben erst begonnen, nur die ersten Schritte sind getan. Die Sowjet-Regierung ist sich vollkommen klar darüber, daß sie mit eigenen Kräften und Mitteln, mittels jener Ressourcen, die ihr zur Verfügung stehen, diese Aufgabe in ihrem vollen Umfange nicht wird lösen können.

Daher ist eine Hilfe von außen unentbehrlich, vor allem — von Seiten der Arbeiter und Bauern anderer Länder. Die Organisation des Kampfes mit dem Hunger mußte in internationalem Maßstabe vor sich gehen. Das Allerschwerste steht noch bevor.

. . .

In seinem Kampfe gegen die Hungersnot hat Sowjet-Rußland vor allen Dingen die Unterstützung des Weltproletariats erfahren. Den Aufruf des Exekutiv-Komitees der Kommunistischen Internationale beantworteten die Arbeiterorganisationen, buchstäblich, der ganzen Welt. Die Unterstützung fand ihren Ausdruck in der Sammlung von Spenden, in Abzügen vom Arbeitslohn und in der Organisation einer breiten Propaganda zugunsten der Hungernenden Sowjet-Rußlands.

Uns fehlt einstweilen noch eine vollständige Uebersicht über die gesamte geleistete Arbeit, aber das, was uns vorliegt, spricht eine deutliche Sprache über die Tiefe und Weite der Bewegung und über

die in diesem Falle zum Ausdruck gebrachte Klassensolidarität.

Die kommunistischen Parteien aller Länder entwickelten im Sinne des Aufrufs der Kommunistischen Internationale eine aktive Tätigkeit zum Zweck der Unterstützung Sowjet-Rußlands.

Aber auch die Zeitungen bringen eine Menge von Tatsachen darüber, wie Fabriken, Werke und sogar kleine Betriebe auf diesen Aufruf reagiert haben.

Die in der Presse veröffentlichten Tatsachen sprechen eine beredte Sprache über die unter der Arbeiterschaft aller Länder herrschende Stimmung. Nicht in Worten, sondern in Taten sehen wir den Ausdruck einer echten Klassensolidarität. Das ist jene reale und wertvolle Unterstützung, wie sie Sowjet-Rußland braucht. Gleichzeitig damit bedeutet diese Hilfe eine reale Unterstützung der Hungernden Rußlands.

Eine Reihe von bürgerlichen Staaten hat ebenfalls seine Unterstützung zugesagt. Die ganze bürgerliche Welt begann von dem Hunger in Rußland zu sprechen. Wie immer, so fand auch hier die Bourgeoisie viele pathetische Worte, sie sprach von Menschenliebe und ähnlichen guten Dingen.

Aber begreiflicherweise hat die Bourgeoisie auf diesen Gebieten einen Weg beschritten, den ihr ihre Klasseninteressen vorschrieben.

Da aber die Interessen der Bourgeoisie der verschiedenen Länder auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Beziehungen mit Sowjet-Rußland sehr voneinander abweichen, so waren natürlich auch die Wege, die die Bourgeoisie dabei beschritten hat, sehr verschieden.

Ein Teil der bürgerlichen Staaten leistete den Hungernden Sowjet-Rußlands reale Hilfe, so. z. B. Deutschland, Amerika, Schweden, Norwegen und Estland.

Andere Länder begannen sofort gegenrevolutionäre Pläne zu schmieden und den Kampf mit Sowjet-Rußland vorzubereiten. Hierher gehören Frankreich, Polen, Rumänien u. a. Ueber die Hungersnot und über die gegenrevolutionären Pläne werden wir weiter unten sprechen; einstweilen wollen wir die Beweggründe und den Umfang jener Unterstützung prüfen, die uns die erste Gruppe der genannten bürgerlichen Staaten zuteil werden läßt.

Die ökonomische Weltkrise hat eine Reihe von bürgerlichen Staaten schon früher zu ökonomischen Beziehungen mit Sowjet-Rußland gezwungen.

Sogar die bürgerlichen Ökonomen und Politiker betonen die ungeheure Rolle Rußlands in der Weltwirtschaft. Der ökonomische Wiederaufbau Rußlands ist für die gesamte Weltwirtschaft durchaus notwendig. Andererseits führen die Bestrebungen, engere wirtschaftliche Beziehungen mit Rußland anzuknüpfen und seine Märkte zu erfassen, zu einer

Reihe von Schritten, die zu diesem Zwecke geeignet scheinen.

Es ist daher begreiflich, daß die entwickelteren und stärkeren kapitalistischen Länder, die schon früher mit Sowjet-Rußland ökonomische Beziehungen angeknüpft hatten, jetzt diese Beziehungen auf jede Weise zu festigen und zu vertiefen suchen und daß die Unterstützung der Notleidenden Rußlands diesen Ländern als der geeignetste Weg dazu erscheint.

Sie begreifen, daß ihre Unterstützung der Hungernden Sowjet-Rußland die Möglichkeit geben wird, die schwierige ökonomische Lage zu überwinden, was für die Zukunft wirtschaftliche Beziehungen ermöglicht, deren Vorteile die jetzt gewährte Hilfe bei weitem übersteigen werden.

Das sind die inneren Triebfedern dieser Hilfsaktionen.

Sie bestehen einstweilen fast ausschließlich in der Entsendung von Lebensmitteln in die hungernden Gebiete. Die Hilfeleistungen erfolgen auf Grund jener Verträge, die die Sowjetregierung mit Nansen und mit Hoover abgeschlossen hat. Der Versuch Nansens, die Hilfsaktion auf eine breitere Basis zu stellen und mittels besonderer Anleihen große Lebensmittelmassen nach Rußland zu schaffen, ist einstweilen ohne reale Ergebnisse geblieben.

Wenn ein Teil der bürgerlichen Welt aus den erwähnten Gründen den Kampf, den Sowjetrußland mit dem Hunger führt, zu unterstützen sucht, so sind die anderen bürgerlichen Staaten bemüht, die Hungersnot zu einem neuen Angriff gegen Sowjetrußland auszunutzen.

Die Sowjet-Regierung muß also nicht nur mit jenem furchtbaren Unglück, das die Mißernte mit sich brachte, kämpfen, sie muß außerdem auch jener Gefahr gewachsen sein, die ihr von ihren Feinden jenseits der Grenze droht.

Unsere Emigranten im Auslande und deren Presse bringen diese Tendenz deutlich genug zum Ausdruck.

„Wir sind keine Phantasten, sondern Realisten des bewaffneten Kampfes, eines Kampfes, der viel geringere Mittel erfordert als die Speisung vieler Millionen Hungernder“, — lautet z. B. eine Aeußerung.

Natürlich ist allen diesen „Realisten des bewaffneten Kampfes“, den Herren Burzew, Alexandrow, Jablonowski, Pervuchin usw., nur insoweit eine Bedeutung beizulegen, als sie die Hoffnungen jener Kreise ausdrücken, die gegenrevolutionäre Tendenzen verfolgen.

In dem erwähnten Ausspruch kommen diese Hoffnungen in der Tat deutlich genug zum Ausdruck, während in den „Letzten Nachrichten“ Miljukows und in dem „Willen Rußlands“ der Sozialrevolutionäre diese selben Ansichten in verhüllterer Form auftreten.

Im Juli wird in Sowjet-Rußland das „Allrussische Hilfskomitee“ organisiert. Es setzt sich hauptsächlich aus bürgerlichen Persönlichkeiten zusammen. In ihrem Bestreben, alle und jeden zum Kampf gegen den Hunger heranzuziehen, unterließ es die Sowjetregierung nicht, eine Zentral-Organisation zu schaffen, die aus fremden Elementen besteht. Dieses Komitee kam zustande. Kischkin, Golowin, Prokopowitsch, Kuskowa u. a. spielten die leitende Rolle.

In der Organisation dieses Komitees betrachtete die Gegenrevolution ein Zentrum, um das sie alle ihre in- und ausländischen Kräfte gruppieren konnte.

Die Zeitung Miljukow's, „Letzte Nachrichten“, schreibt am 11. August: „In Rußland ist die Koalition, wenn auch in einer organischen Form, verwirklicht. Das Allrussische Hilfskomitee bringt diese Tatsache deutlich zum Ausdruck. Es mag vielleicht unzeitgemäß und allzu verfrüht sein, dieses Komitee als den Anfang einer zukünftigen Regierung zu betrachten. Aber jene Kräfte, die die Vertreter verschiedener Parteien gezwungen hatten, sich zu gemeinsamer Arbeit zu vereinigen, werden sie auch zwingen, sich für die Regierungsarbeit zusammenzuschließen.“ (Art. „Eine nützliche Lehre“.)

Die gesamte weißgardistische Emigration aller Schattierungen und Farben beginnt sich zu regen.

Das Allrussische Hilfskomitee verwandelt sich in eine politische Kampfzentrale.

Die Auflösung des Komitees, die erfolgte auf Grund der Weigerung seiner Mitglieder, die Arbeit an Ort und Stelle aufzunehmen und die hungernden Gouvernements zu bereisen sowie ihre offensichtliche Tendenz, ins Ausland zu gelangen, die Verhaftung eines Teiles der Komiteemitglieder, — alles das zerstörte die organisatorische Arbeit der Gegenrevolution.

Der Schwerpunkt der gegenrevolutionären Bestrebungen verlegt sich auf die Vorbereitung eines bewaffneten Angriffs auf Sowjet-Rußland.

Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß es eine Gruppe von bürgerlichen Staaten gibt, die, mit Frankreich an der Spitze, eine gegen Sowjet-Rußland gerichtete aggressive Politik führt und auch früher immer geführt hat. Alle interventionistischen Bestrebungen gingen von Frankreich aus. Oekonomisch zurückgebliebener als andere kapitalistische Großmächte, hart an der Grenze eines finanziellen Bankrotts, führt Frankreich eine freche Räuberpolitik, stets bereit, über die anderen herzufallen.

Frankreich hat sich Polen und Rumänien unterworfen, wodurch ihm eine bessere Isolierung Deutschlands gewährleistet ist, andererseits aber ist damit

ein Stützpunkt für Angriffe gegen Sowjet-Rußland gewonnen.

Die Hungersnot war für Frankreich ein Moment, das ihm für politische Erpressungen geeignet schien.

Natürlich ist Heuchelei eine Tugend aller bürgerlichen Politiker, aber unter dem Einfluß Frankreichs entsteht im Völkerbund jene Internationale Kommission zur Abhilfe der Hungersnot in Rußland unter dem Vorsitz des geschworenen Feindes Sowjet-Rußlands, des Initiators vieler gegenrevolutionärer Verschwörungen — Noulens, des früheren französischen Botschafters in Rußland.

Diese Kommission stellte sich eine sehr sonderbare Aufgabe: sie nahm sich vor, durch eine Enquête eine eingehende Prüfung der Verhältnisse in Rußland vorzunehmen.

Wir wissen es nicht, welches Maß von Naivität diese Kommission bei der Sowjet-Regierung vorausgesetzt hat, als sie mit diesem Vorschlag an Rußland herantrat.

Als die Sowjet-Regierung sich entschieden weigerte, diese Herren aus der Enquête-Kommission zwecks „statistischer Untersuchungen“ nach Rußland hereinzulassen, wurde die Sachlage deutlicher.

Zur Zeit beginnen schon die weißgardistischen Formationen Ssawinkows und Petljuras, sich in Polen und Rumänien zu regen, stellenweise sogar die Grenze zu überschreiten und die Einziehung der Naturalsteuern und den Transport der Aussaat in die Hungergebiete zu desorganisieren.

An und für sich sind diese Abteilungen unbedeutend und verursachen der Bevölkerung lediglich Aerger. Die Sowjet-Regierung legt einen energischen Protest ein und fordert, daß die Regierungen Polens und Rumäniens Maßnahmen treffen, damit diesen auf ihren Territorien legal wirkenden gegenrevolutionären Organisationen das Handwerk gelegt wird.

Nach diesen ersten Angriffen folgten weitere.

Unter dem Druck Frankreichs richtet Polen an die Sowjetregierung ein Ultimatum, daß die Erfüllung einiger Punkte des Friedensvertrages von Riga fordert. Inhalt und Form des Ultimatus lassen den geheimen Zweck deutlich erkennen.

Frankreich gibt sich die größte Mühe, eine neue gegen Sowjetrußland gerichtete Aktion zu organisieren. Zu diesem Zweck müssen die kleinen Grenzstaaten erhalten, denn mit ihrer Hilfe hofft man das neue Blutbad anzurichten.

Das wäre die Entwicklung der gegenrevolutionären Bewegung im Zusammenhang mit der Hungersnot in Sowjetrußland. Diese Gefahr ist sehr ernst zu nehmen und es müssen ihr sowohl alle inneren Kräfte Sowjetrußlands als auch die Kräfte des internationalen Proletariats entgegen gestellt werden.

Der allgemeine Aufbau des wirtschaftlichen Lebens Sowjetrußlands ist das radikalste Kampfmittel gegen die Hungersnot.

Die unmittelbare Unterstützung der hungernden Bevölkerung hat natürlich eine ungeheure Bedeutung. Aber der Schwerpunkt liegt im allgemeinen Aufbau des Landes, in der Besserung seiner Technik, in der Entwicklung der Produktion.

Die Produktion unter allen Umständen zu heben war gleich nach der Oktoberrevolution das eifrigste Bestreben der Sowjetregierung, der Kommunistischen Partei und der gewerkschaftlichen Verbände.

Das Hindernis war jener Krieg, den die Sowjetmacht mit den vielen angreifenden Feinden zu führen hatte.

Seit Anfang des Jahres 1921 nahm die ökonomische Politik entsprechend der veränderten Lage eine neue Wendung. Sie besteht in der Gewährung der privaten Initiative auf dem Gebiete der Produktion.

Es sind bestimmte Aufgaben gestellt worden. Ihre Lösung wird die staatliche Industrie mit Mitteln des Staates und des Kleinproduzenten heben.

Die Feinde der Sowjetmacht geben sich die größte Mühe, die Besserung der ökonomischen Lage Rußlands zu verhindern, und das in seinen Gegensätzen verstrickte Weltkapital ist einerseits bemüht, wirtschaftliche Beziehungen zu Sowjet-Rußland anzuknüpfen, andererseits aber nimmt es jede Gelegenheit wahr, um es zu schädigen.

Diese widersprechende Politik findet ihren Ausdruck in ihrer Stellungnahme zur Hungersnot, denn ein Teil der kapitalistischen Länder organisiert Hilfsaktionen, sucht aber gleichzeitig die Hungersnot zu einem neuen Angriff gegen Sowjet-Rußland auszunützen.

Aber das Weltproletariat und das Proletariat Rußlands werden alle Kräfte anspannen, um sowohl die Knochenhand des Hungers wie die fette Pfote der kapitalistischen Spekulanten vom Halse Sowjet-Rußlands abzuwehren.

W. Miljutin.

Die Wendung in der Wirtschaftspolitik Sowjet-Rußlands.

Bis zum März 1921 konnte es scheinen, als ob die ökonomische Politik in gerader Linie zur Einbeziehung der gesamten Produktion in die staatliche Gemeinwirtschaft schreiten wollte. Noch im Dezember 1920 erschien ein Dekret, das die Nationalisierung der Industriebetriebe mit 5—10 Arbeitern anordnete. Im März 1921 trat eine jähe Wendung ein. Das System der Zwangsablieferung des Getreides wurde abgeschafft. Es wurde durch eine angemessene Naturalsteuer ersetzt. Gleichzeitig wurde es den Bauern gestattet, nach der Ablieferung der Naturalsteuer über alle restlichen Produkte ihrer Arbeit frei zu verfügen. Es ist klar, daß dies die Wiederherstellung des Handels des privaten Unternehmertums bedeutete. Man darf in Sowjet-Rußland wieder wie in jedem beliebigen bürgerlichen Lande Vermögen ansammeln, Fabriken gründen, Arbeiter mieten, Handel treiben.

Wird die Richtung einer Politik geändert, so bedeutet dies, daß die frühere Politik als unrichtig erkannt wurde. Diese Erkenntnis kann aber zweierlei Sinn haben. Entweder war die frühere Politik falsch, d. h. sie war auf einer falschen Einschätzung der Klassenverhältnisse aufgebaut; oder es ist in den Verhältnissen selbst, in jenen Voraussetzungen, auf denen jene Politik aufgebaut war, ein Wechsel eingetreten. In letzterem Falle war die Politik historisch richtig! Die bürgerliche und die sozialdemokratische Presse suchen nachzuweisen, daß die frühere Politik der Kommunisten verfehlt war. Wir sind jedoch der Meinung, daß jene Politik historisch vollkommen richtig war.

Das Ziel — die Aufrechterhaltung der proletarischen Diktatur, dieser unerläßlichen politischen Voraussetzung für den Uebergang zum Sozialismus, war nur bei jener Politik erreichbar, die bisher durchgeführt wurde. Demselben Ziel

dient auch die neue Politik, die sich den geänderten Klassenmachtverhältnissen vollkommen anpaßt. Lenin hat es klar und deutlich in folgenden Worten festgestellt:

„Entweder müssen wir die Mittelbauernschaft wirtschaftlich befriedigen und auf die Austauschfreiheit eingehen, oder wir müssen, angesichts der Verzögerung der internationalen Revolution, darauf verzichten, aus Gründen der wirtschaftlichen Unmöglichkeit verzichten, die proletarische Diktatur in Rußland aufrechtzuerhalten. Das muß man sich klar machen und es furchtlos aussprechen.“^{*)}

Um die unschätzbaren Erfahrungen der russischen Genossen für das Weltproletariat ausnützen zu können, müssen wir uns die Frage vorlegen, in welchem Maße jene Politik die unvermeidliche Folge der Diktatur selbst war, und sich daher bei jeder Diktatur wiederholen wird, und inwieweit sie aus den eigenartigen Bedingungen der russischen Diktatur hervorgegangen ist. Diese Fragen können wir hier selbstverständlich nur in allgemeinen Umrissen beantworten.“^{**)}

^{*)} Lenins Rede auf dem Parteitag der Kommunistischen Partei Rußlands im Monat März 1921. Deutsch in der „Russischen Korrespondenz“, März/April 1921. In der genannten Zeitschrift findet sich viel vorzügliches Material zu dieser Frage. (Gespart von uns.)

^{**)} Diese Skizze wird mit reichlichem statistischen Material in unserem Buche über Sowjetrußland belegt werden. Hier beziehen wir uns vor allem auf Zentralrußland, das für die Revolution von ausschlaggebender Bedeutung ist. In den Randgebieten ging die Entwicklung zum Teil schneller vor sich. In der Ukraine ist die Differenzierung der Dorfbevölkerung weiter fortgeschritten. Sibirien ist ein Kolonialland mit einem Ueberfluß an Boden, mit extensiver Wirtschaft und mit bedeutender Verbreitung der Maschinenwirtschaft usw.

Die Vorbedingungen der proletarischen Diktatur in Rußland.

Die erste proletarische Diktatur, die erste Möglichkeit eines Uebergangs zum Sozialismus ist nicht in dem Lande und nicht in der Zeit eingetreten, wo die Vorbedingungen für die Schaffung der neuen Gesellschaftsordnung sich im Schoß der alten am weitesten entwickelt haben. Es geschah dies in jenem Lande, in dem die herrschenden Klassen dem proletarischen Ansturm am wenigsten gewachsen waren: in Rußland.

Welche besonderen Ursachen haben diese Erscheinung hervorgerufen?

Wir sind der Meinung, daß diese Ursachen in dem ganz eigenartigen Zusammentreffen von vorkapitalistischen und hochkapitalistischen Elementen in dem sozialen und wirtschaftlichen Aufbau Rußlands lagen.

Vorkapitalistisch war die ganze wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnung, der vorwiegend agrarische Charakter des Landes, die geringe Bevölkerungsdichte, schwache Entfaltung der Verkehrsmittel; geringe Entwicklung des Warenverkehrs auf dem flachen Lande; lokaler Austausch zwischen der Landwirtschaft und der Kleinindustrie.

In dem gesellschaftlichen Ueberbau: feudaler Absolutismus. Die Arbeitermassen politisch vollkommen rechtlos. Die Bauern ohne jedes entwickelte Klassenbewußtsein. Starke Ueberreste des Feudalismus in der Gestalt des gemeinschaftlichen Bodenbesitzes (der „Mir“). Die Bauernbefreiung wurde nicht auf revolutionärem Wege vollzogen, daher bleiben die Bauern, obwohl formell frei, doch tatsächlich vom Junkertum und vom feudalen Staate vollkommen abhängig. Starker Einfluß der Geistlichkeit. Analphabetentum.

Vorkapitalistisch - bäuerliche Landwirtschaft. Kein privater Bodenbesitz. Periodische Neuteilungen des Gemeindebodens nach der Kopffzahl. Zurückgebliebene Dreifelderwirtschaft. Mittelalterlich geringer Bodenertrag. Starke Tendenz zur geschlossenen Hauswirtschaft. Periodisch wiederkehrende Mißernten und Hungerkatastrophen, trotz der geringen Dichte der Bevölkerung, infolge der Primitivität der Bodenbestellung. Landhunger. Großgrundbesitz,

aber eine verschwindend geringe Zahl von landwirtschaftlichen Großbetrieben. Der grundherrliche Boden wird vorwiegend an die Bauern verpachtet. Differenzierung der bäuerlichen Bevölkerung, Entwicklung einer vermögenden Bauernschicht, — doch nur im ersten Stadium, als Folge der Stolypinschen Bodenreform.

Vorkapitalistisches Dorfhandwerk, bäuerliche Heimindustrie, Wucher auf dem flachen Lande, ursprüngliche Akkumulation des Handelskapitals.

In diese vorkapitalistische, bäuerliche Grundlage mit dem entsprechenden feudalaristokratischen staatlichen Ueberbau wachsen hochkapitalistische Elemente hinein. Der ungeheuer kostspielige Militarismus, eine Riesenarmee mit moderner Ausrüstung, deren Kosten für eine vorkapitalistische Bauernwirtschaft kaum erschwinglich sind. Enorme Ausfuhr von Lebensmitteln und hungernde Bauern. Moderne Großindustrie, hauptsächlich auf fremdes Kapital gestützt, an Konzentration fast das ganze übrige Europa überflügelnd, liefert die Ausrüstung für die Armee, befriedigt die Bedürfnisse der bäuerlichen Masse, die für jeden Einzelnen minimal sind, aber, mit 130 Millionen multipliziert, doch eine ganz ansehnliche Masse bilden. Diese Industrie wird sogar gegenüber dem noch zurückgebliebenen Osten Exportindustrie und zeigt die Merkmale des Imperialismus. Dementsprechend im sozialen Ueberbau: ein eben entstandenes, in wenigen Zentren zusammengeballtes großindustrielles Proletariat.

Die Arbeiter werden im Interesse der Kapitalisten mit eiserner Hand niedergehalten unter Anwendung der brutalen Mittel des feudalen Staates. Die Kapitalisten werden als Klasse von der Leitung der Staatsangelegenheiten ferngehalten. Die Intellektuellen werden verfolgt und schließen sich mangels einer bürgerlich-revolutionären Bewegung der revolutionären Arbeiterbewegung an. Sie werden dazu durch das herrschende Unterdrückungsregime gezwungen. Es besteht ein tiefgehender Widerspruch zwischen der hochkapitalistischen Industrie und der feudalen Staatsordnung: jede legale Organisation der Industriearbeiter wird verfolgt, ebenso jede gewerkschaftliche und politische

Bewegung. Infolgedessen entwickelt sich notgedrungen die illegale revolutionäre Arbeiterpartei und die illegale Arbeiterbewegung.

Um es kurz zusammenzufassen: es besteht eine zwiespältige Gesellschaftsstruktur: vor-kapitalistische Elemente neben den hochkapitalistischen; es fehlen Uebergangschichten des Mittelbürgertums und der kapitalistischen Bauernschaft. Es gibt nicht einmal einen Schein einer Teilnahme an der Regierung — es fehlen alle Formen der demokratischen Staatlichkeit. Doch ist das Land, das keine bürgerliche Revolution durchlebte, das Land, in dem die Bourgeoisie von Anfang an reaktionär war, unfähig, eine bürgerliche Revolution zu machen. Die erdrückende Mehrheit der Bevölkerung, die Bauernschaft, ist politisch passiv, mit sehr geringem Klassenbewußtsein. Das großindustrielle Proletariat ist in wenigen politisch bedeutenden Punkten, in Großstädten konzentriert, wird unterdrückt, revolutioniert, besitzt eine entschlossene Vorhut in der kommunistischen Partei. Es sind dies Verhältnisse, wie sie in keinem anderen Land der Welt vorkommen.

Mit diesem zwiespältigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufbau tritt Rußland in den Weltkrieg ein. Das schwache wirtschaftliche Fundament war außerstande, die Kriegslasten zu tragen. Die Niederlagen erschütterten das Ansehen und die Macht des feudalen, absolutistischen Regierungssystems. Der Zar wurde zur Abdankung gezwungen. Die Bourgeoisie macht in der Kerenskizeit einen Versuch, die Geschicke des Landes als herrschende Klasse zu lenken; sie wird von der Entente, vom Großgrundbesitz, von verschiedenen sozialistisch-bürgerlichen Parteien (Menschewisten, Sozialrevolutionäre) unterstützt. Aber die bürgerliche Revolution konnte sich mangels einer zahlreichen bürgerlichen Klasse nicht entwickeln, und die herrschende Großbourgeoisie stand machtlos dem Ansturm der Arbeiterklasse gegenüber. Auch in der Bauernschaft konnte die bürgerliche Regierung keine feste Stütze finden: die Bauern verlangten vor allem Frieden und Befriedigung ihres Landhungers durch unentgeltliche Aufteilung des Großgrundbesitzes. Beides waren Forderungen, die von keiner bürgerlichen Regierung erfüllt werden konnten. Bei der allgemeinen Unzufriedenheit mit der Po-

litik der bürgerlichen Regierung wurde die politische Macht fast widerstandslos vom revolutionären Proletariat unter Führung der Kommunisten erobert.

Die sozialen Grundlagen der Diktatur.

Die soziale Grundlage der Diktatur in Rußland war und bleibt das Bündnis des industriellen Proletariats mit der Bauernschaft. Bei der geringen Zahl des industriellen Proletariats, bei seiner Konzentrierung in wenigen Industriebezirken konnte die proletarische Diktatur sich nur auf bäuerliche Massen stützen. Zunächst wurde dieses Klassenbündnis mit der gesamten Bauernschaft als Ganzes geschlossen. Die Differenzierung der Bauernschaft in Groß-, Mittel- und Kleinbauern ließ man vorläufig außer acht. Das Bündnis war zum Zwecke des gemeinsamen Kampfes gegen Junkertum und Bürgertum geschlossen. Entsprechend der natürlichen geographischen Lage haben die Arbeiter die Großbetriebe, Eisenbahnen, Großbanken und die Bauern die grundherrlichen Ländereien besetzt. Die Besitzergreifung ging, entsprechend der Verschiedenheit der wirtschaftlichen Entwicklung des Proletariats und der Bauernschaft, auf verschiedenen Wegen vonstatten. Die Arbeiter haben jene industriellen Großbetriebe, die nur gemeinsam geführt werden konnten, in den Gemeinbesitz des proletarischen Staates überführt. Die Bauern teilten den Grund und Boden, Vieh, Maschinen usw. auf bäuerlich-anarchische Weise unter sich auf; in vielen Gegenden zerstörten sie die Wohnsitze der Junker und steckten sie in Brand.

Für die reichen Bauern war die Revolution mit der Besitzergreifung des Großgrund-Eigentums zu Ende. Während dieser Zeit vermochte das Proletariat seine Macht zu organisieren und zu festigen. Bald kam es zu einem Kampfe mit den Bauern, die ihr Getreide dem proletarischen Staate nicht gegen Papiergeld abgeben wollten. Sie machten in dieser Beziehung keinen Unterschied zwischen der proletarischen Macht und der Regierung Kerenskis und stellten sich zu jeder Regierung genau ebenso, wie die Bauern Mittel- und Westeuropas es tun. Die Ernährungskrise in den Städten, die sich schon unter der Re-

gierung Kerenskis zu offenbaren begann,*) verschärfte sich immer mehr.

Das Proletariat sah sich gezwungen, seine Politik zu ändern. Die Bauernschaft war als ganzes der Verbündete des Proletariats im Kampfe gegen die gestürzten herrschenden Klassen: sie war aber als ganzes keineswegs geneigt, das Proletariat in dem Aufbau der kommunistischen Wirtschaft zu unterstützen. Eine aktive Unterstützung konnte das Proletariat nur von der ärmsten Bauernschaft, von jenen dörflichen Halbproletariern erwarten, die mit ihrem Zwergbodenbesitz gezwungen sind, Lohnarbeit zu suchen. So kam die Periode der „Komitees der Dorfarmen“. Diese Ausschüsse halfen dem Proletariat, die Städte mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Zum Lohn dafür wurde eine Neuverteilung des ganzen Bodenbesitzes in ungeheurem Umfange vorgenommen. Durch diese Maßnahme wurde auch jener Grundbesitz der Großbauern betroffen, welcher nicht aus der revolutionären Enteignung der Junker stammte. Alle Einwohner eines bestimmten, ziemlich beschränkten Rayons erhielten Bodenanteile von derselben Größe. Die Folge dieses Prozesses war eine umfassende Nivellierung in den Grundbesitzverhältnissen der gesamten bäuerlichen Bevölkerung des europäischen Rußlands.**)

Heute hat das Proletariat es nicht mit einer ungleichartigen, aus verschiedenen Schichten bestehenden Dorfbevölkerung zu tun, sondern mit einer fast gleichartigen Masse der Mittelbauernschaft, mit den Dutzenden von Millionen kleiner Grundbesitzer, die ihren Boden mit eigenen Händen bebauen und ihren unbedeutenden Ueberschuß an Nahrungs-

*) Siehe die Broschüre Lenins: „Die drohende Katastrophe und wie soll man sie bekämpfen?“ Arbeiterbuchhandlung, Wien 1921.

**) Dieser Vorgang wird durch folgende Ziffern für 24 Gouvernements des europäischen Rußlands beleuchtet:

Die Zahl der Wirtschaften (in %)	1917	1919
Ohne jede Anbaufläche	11,4	6,5
Mit der Anbaufläche bis zu 1 Desjatine	10,7	18,8
Bis zu 4 Desjatinen	48,5	55,2
4 bis 8 Desjatinen	21,6	16,4
8 bis 22 Desjatinen	7,7	3,1
Ueber 22 Desjatinen	0,2	

Siehe Bogdanow: „Die Bauernwirtschaft in Rußland Ende 1920“.

mitteln gegen landwirtschaftliche Geräte, Manufaktur, Eisen, Salz, Petroleum, d. h. gegen Industrieprodukte umtauschen wollen. Diese Masse verteidigt in ihrer Mehrzahl die proletarische Diktatur gegen Junkertum und Bürgertum, sie steht aber tatsächlich, als Masse von selbständigen Kleinproduzenten, nicht nur dem Sozialismus, sondern auch jeder staatlichen Einmischung in ihre Wirtschaft fremd, ja feindselig gegenüber.

Ist dieser Entwicklungsgang für jede Diktatur notwendig? Das ist die Meinung vieler nicht-russischer Kommunisten, die von den Russen nicht nur ihre absolut richtige politische Methode, immer auf Grundlage einer eingehenden Analyse der tatsächlichen Machtverhältnisse zu handeln, erlernen wollen, sondern auch den materiellen, sozialen und politischen Inhalt dieser Politik nachahmen möchten. Das ist selbstverständlich falsch. Ich will mich hier auf Lenin berufen:

„ . . . Eine ganze Reihe besonderer Uebergangsmaßnahmen, die in Ländern mit entwickeltem Kapitalismus, wo die Lohnarbeiter aus Industrie und Landwirtschaft die überwiegende Mehrheit darstellen, vollständig überflüssig sind. Dort ist im Laufe von Jahrzehnten eine Klasse von Lohnarbeitern der Landwirtschaft erwachsen. Diese Klasse allein kann sozial, ökonomisch und politisch eine Stütze beim unmittelbaren Uebergang zum Sozialismus sein. Wir haben in einer ganzen Reihe von Abhandlungen und in der ganzen Presse betont, daß in Rußland die Verhältnisse anders liegen, daß in Rußland die Industriearbeiter sich in der Minderheit befinden und die ungeheure Mehrheit der Bevölkerung aus Kleinbauern besteht.

Die soziale Revolution kann in einem solchen Lande den Endsieg nur unter zwei Bedingungen erringen . . . Die andere . . . ist die Verständigung zwischen dem Proletariat . . . und der Mehrheit der bäuerlichen Bevölkerung.“ *)

Nur die Klasse der ländlichen Lohnarbeiter kann — nach Lenin — eine soziale, ökonomische und politische Grundlage für den Ueber-

*) Lenins Rede auf dem X. Kongreß der Kommunistischen Partei Rußlands im März 1921. „Russische Korrespondenz“ vom März/April 1921, S. 222.

gang zum Sozialismus, d. h. während der Periode der Diktatur bilden.

Was bedeutet das?

Das bedeutet, daß in den Ländern, wo eine Klasse der ländlichen Lohnarbeiter existiert, sie nach Möglichkeit eben als eine Klasse von Lohnarbeitern erhalten werden muß. Dies ist aber mit einer Teilung der landwirtschaftlichen Großbetriebe unvereinbar. Bei einer Teilung der landwirtschaftlichen Großbetriebe wird diese Klasse der ländlichen Lohnarbeiter verschwinden und die Klasse der Kleinbauern wird um eine neue Schicht vermehrt. Diese neue Schicht von Kleinbauern wird zweifellos bereit sein, unter der Führung des städtischen Proletariats die proletarische Diktatur gegen die Angriffe der Bourgeoisie und des Junkertums zu verteidigen. Wird doch die Verteidigung der Diktatur die Verteidigung des von ihr auf revolutionärem Wege eroberten Bodens bedeuten. Es ist dies aber bloß ein zeitweiliges Bündnis. Nachdem der ländliche Arbeiter ein Eigentümer seines Stück Bodens geworden ist, verwandelt er sich in einen Kleinbauern, der seiner wirtschaftlichen Stellung nach nicht nur dem Sozialismus, sondern auch jeder staatlichen Wirtschaftsregelung, sei es auch auf dem Boden des Staatskapitalismus, feindselig gegenübersteht. Daher darf man in den Ländern, wo landwirtschaftliche Großbetriebe mit einem ständigen und einigermaßen konzentrierten ländlichen Proletariat bestehen — in Rumänien, Polen, Ungarn, Italien — meiner Meinung nach auf keinen Fall das russische Beispiel blind nachahmen.)

*) Während der Diktatur in Ungarn haben wir jeden Grundbesitz über 50 ha konfisziert. Das Gut wurde durch eine Genossenschaft aus den auf dem Gute ständig beschäftigten Lohnarbeitern übernommen, wobei Maßnahmen getroffen wurden, daß die Arbeiter aus Nachbardörfern, die nicht auf dem Gute wohnten, aber auf ihm ständig arbeiteten, in die Genossenschaft aufgenommen wurden. Die kurze Dauer der ungarischen Diktatur gibt uns keine Möglichkeit, ein Urteil über dieses System auszusprechen, das auch in den ungarischen kommunistischen Kreisen zu vielen Differenzen Anlaß gab. (Siehe mein Buch: „Die wirtschaftspolitischen Probleme der proletarischen Diktatur“, II. Auflage, Bibliothek der Kommunistischen Internationale.) Heute stehe ich auf Grund der russischen Erfahrungen der ungarischen Lösung des Problems viel

Man darf, soweit man dazu durch keine Notwendigkeit gezwungen ist, die ländlichen Lohnarbeiter nicht in Kleinbauern verwandeln, folglich die großen Güter nicht aufteilen. Kann doch nur die Klasse der Lohnarbeiter „die soziale, ökonomische und politische Grundlage für einen unmittelbaren Uebergang zum Sozialismus bilden“. In Rußland war die Lage wesentlich anders. Dort herrschte der Großgrundbesitz, aber nicht der landwirtschaftliche Großbetrieb vor. Der junkerliche Boden wurde größtenteils den Bauern in kleinen Anteilen verpachtet.)

Selbst dort, wo der landwirtschaftliche Großbetrieb bestand, beschäftigte er nicht landlose Proletarier, sondern die ärmsten Bauern, Halbproletarier. Daher verwandelte die Aufteilung der großen Güter nicht wirkliche Proletarier in Kleinbauern, sondern Kleinbauern — in Mittelbauern. Es war dies nicht der Uebergang in eine neue Klasse, sondern nur ein Besitzzuwachs innerhalb einer und derselben Klasse.“)

Die Aufteilung der Großbetriebe hat nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich und organisatorisch ihre sehr wesentlichen Schattenseiten. Der Ernteertrag ist in dem bäuerlichen Kleinbetrieb im allgemeinen kleiner, als auf derselben Bodenfläche in einem Großbetrieb.“*) Dadurch wird die Ernährung des städtischen Proletariats, die während

näher, als es bei der Abfassung jenes Buches, unmittelbar nach dem Fall der ungarischen Diktatur, der Fall war.

*) 1916 wurden vom ganzen angebauten Boden nur 9 Prozent von den Großgrundbesitzern im eigenen Betriebe bewirtschaftet. Popow: „Die Getreideproduktion in Sowjetrußland“, S. 27 (russisch).

**) Dies muß, wie übrigens alle Ausführungen dieses Aufsatzes, nur als eine Durchschnitterscheinung betrachtet werden. Bei den ungeheuren Dimensionen Rußlands und bei der äußersten Mannigfaltigkeit der Agrarverhältnisse in diesem Lande existierten dort alle Wirtschaftsformen. Der landwirtschaftliche Großbetrieb bestand größtenteils in den westlichen Randgebieten, auch in Polen und in der Ukraine.

***) Popow schätzt den durch die Teilung der wenigen landwirtschaftlichen Großbetriebe hervorgerufenen Rückgang des Ernteertrages auf 16 Millionen Doppelzentner.

der Diktatur ohnehin schwierig ist, noch mehr erschwert. Noch wichtiger sind die organisatorischen Schwierigkeiten. Der Ernteüberschuß in einem Großbetrieb kann sofort festgestellt und eingezogen werden, derselbe Ueberschuß wird, wenn er über ein Hundert von Bauernwirtschaften verteilt ist, für uns schwer faßbar, wird versteckt und verkauft. Auch das ist ein Grund für die Beibehaltung der landwirtschaftlichen Großbetriebe.

Kommen wir aber auf Rußland zurück.

Der Kriegskommunismus.

Wenn wir die Entwicklung der russischen ökonomischen Politik bis zum März 1921 verfolgen, bekommen wir in allgemeinen Umrissen folgendes Bild:

In der Landwirtschaft: Offener Widerspruch zwischen der bäuerlichen privatwirtschaftlichen Produktion einerseits und der gemeinwirtschaftlichen Erfassung und Verteilung der Produkte andererseits. Grundsätzlich wird der Bauer als ein Mitglied der staatlichen Gemeinwirtschaft betrachtet. Aus den Erzeugnissen seiner Produktion darf er nur das für sich behalten, was für die Ernährung seiner Familie und für die Weiterführung der Wirtschaft notwendig ist: Futter für Haustiere, Saatkorn. Den Rest muß er dem Staat abgeben. Daher das Verbot des Handels mit Korn, mit Kartoffeln usw. Andererseits versorgt der Staat den Bauern im Prinzip mit Industrieprodukten (Salz, Petroleum, Manufaktur, Eisen, landwirtschaftliche Geräte usw.).

In der Industrie: Die fortschreitende Nationalisierung der Betriebe: im Dezember 1920 wurde sie auf Betriebe mit 5—10 Arbeitern ausgedehnt. Horizontale Vereinigung der Industriezweige zu ungeheuren zentralisierten Trusts. Versuche, die berufsmäßige Heimindustrie der staatlichen Leitung unterzuordnen; beinahe vollkommenes Verbot jedes legalen örtlichen Warenaustausches. *) Die Verfügung über alle Produkte steht den zentralen Wirtschaftsorganen zu.

*) Dieses Verbot blieb oft nur auf dem Papier. In den fernen Provinzstädten führen die Bauern der umliegenden Dörfer fort, das Getreide usw. gegen Industrieprodukte auszutauschen.

Im Handel: Beschränkung des erlaubten Handels auf den lokalen Kleinhandel mit Produkten, die nicht vom Staate beschlagnahmt wurden. Monopol des Außenhandels.

Im Verkehrswesen: Der maschinelle Transport (Eisenbahnen, Schifffahrt usw.), zum Teil auch der Pferdetransport, sind in den ausschließlichen Dienst der staatlichen Wirtschaft gestellt.

Im Geldverkehr. Schnell fortschreitende Entwertung des Papiergeldes. Uebergang zur Naturalentlohnung aller Arbeiter und aller Angestellten der staatlichen Wirtschaft.

Zusammenfassend: eine anscheinend geradlinige Entwicklung zur kommunistischen Wirtschaft, daneben aber wesentliche innere Widersprüche. Lenin hat dieses System treffend als „Kriegskommunismus“ bezeichnet. Das Wesen der Widersprüche besteht darin, daß man in ein System der organisierten staatlichen Wirtschaft Elemente hineinriß, die noch ein vorwiegend vorkapitalistisches Gepräge trugen.

Daher waren die wirtschaftlichen Ergebnisse dieser Periode äußerst unbefriedigend, und zwar:

In der Landwirtschaft. Starker Rückgang der Saatfläche. *) Rückgang der Durchschnittsernte. Tendenz zur Rückkehr zur geschlossenen Hauswirtschaft: der Bauer sät nur so viel, wie er für seinen eigenen Verbrauch nötig hat, und sucht alles, was er braucht, selbst herzustellen. Rückgang der territorialen Arbeitsteilung in der Landwirtschaft. Statt der Sonderkulturen Getreidebau. Der Staat ist außerstande, notwendige Industrieprodukte zu liefern. Daher die Wiedergeburt primitivster Formen der bäuerlichen Heimindustrie.

In der Industrie: Unerträgliche Belastung der Produktion durch die überall eindringende Bürokratie. Fesselung jeder lokalen Initiative. Zerfall der Großindustrie. Rückgang der Arbeitsproduktivität auf 30—40 % der Friedenszeit. Rückgang der Produktion auf 3—30 % der Friedenszeit.

Im Handel. Schleichhandel, Schieberium, Schwindel.

*) Darauf bezügliche Zahlen werden in der Broschüre Popows reichlich angeführt.

In der Ernährungswirtschaft. Unzulänglichkeit der staatlichen Versorgung. Zersplitterter, privater Erwerb der Gegenstände des täglichen Bedarfs. Weite Reisen zum Zwecke des Einkaufs einer minimalen Menge von Lebensmitteln. Alle Habseligkeiten der städtischen Bevölkerung gehen allmählich in den Besitz der Bauern über.

Selbstverständlich können nur übelwollende Beobachter und Feinde die unbefriedigenden wirtschaftlichen Ergebnisse dieser Periode ausschließlich der Diktatur in die Schuhe schieben. Der Zusammenbruch der russischen Volkswirtschaft im Laufe dieser Periode ist eine Folge des fortwährenden Krieges, eine Fortsetzung des Verfalls, der noch vor der Revolution eingesetzt hatte. Diese Zersetzung hat ihr Gegenstück in allen kriegführenden Ländern Mitteleuropas. Es ist dies eine Unterproduktions-Krise, eine unvermeidliche Folge des Weltkrieges, unabhängig von dieser oder jener Regierungsform.

Der Kriegskommunismus hat schlechte wirtschaftliche Ergebnisse gezeitigt. Und doch war es der einzig mögliche Weg für die Erreichung des politischen Endzieles — der Aufrechterhaltung der proletarischen Diktatur. Dieser Weg wurde den russischen Kommunisten durch die bestehenden Verhältnisse aufgezwungen.

„Das System, welches geschaffen wurde, ist durch die Erfordernisse, Erwägungen und Bedingungen des Krieges, nicht aber der Volkswirtschaft diktiert. Unter den Bedingungen unerhörter Zerrüttung, in denen wir uns befinden haben, als wir nach einem großen Kriege eine Anzahl von Bürgerkriegen ertragen mußten, gab es keinen anderen Ausweg. Sicherlich hat es bei der Anwendung einer bestimmten Politik Fehler und eine ganze Anzahl von Uebertreibungen gegeben... Grundsätzlich aber war unter den Bedingungen des Krieges, in die wir versetzt waren, diese Politik richtig. Wir hatten keine andere Möglichkeit als die maximale und sofortige Anwendung des Monopols...“*)

Um den Ansturm der konterrevolutionären Horden, die von allen kapitalistischen Ländern

*) Lenin: Das Verhältnis der Arbeiterklasse zur Bauernschaft. Rede auf dem Parteitag der Kommunistischen Partei, März 1921. (Russische Korrespondenz, März/April 1921, S. 230.)

unterstützt wurden, abwehren zu können, mußte Sowjet-Rußland alle Hilfsmittel des Landes in den Dienst des Krieges stellen. Es legte seine Hand auf das landwirtschaftliche Inventar, beschlagnahmte die Produkte der Heimindustrie für die Armee, setzte, durch die Fesselung des Austausches, den Verbrauch der Zivilbevölkerung auf ein Minimum herab usw. Freilich führte das zum weiteren Verfall der gesamten Volkswirtschaft. Jedoch ertrugen, so lange der Bürgerkrieg dauerte, die städtischen Arbeiter und die Bauern all diese Entbehrungen, denn sie verstanden, daß man vor allem an die Landesverteidigung denken muß.)

Es muß mit größtem Nachdruck betont werden, daß das kommunistische Programm zu Anfang keineswegs die Einführung des Systems des Kriegskommunismus in Rußland vorausah. Dafür mögen einige Beispiele angeführt werden:

Der wichtigste Beweis ist vielleicht eine Broschüre Lenins von 1918, die er in seiner Arbeit über die Naturalsteuer selbst zitiert. Aus der Analyse der konkreten Klassenverhältnisse in Rußland zieht er den Schluß, daß in Rußland zunächst ein Uebergangsstadium, nämlich die Schaffung eines „Staatskapitalismus“ notwendig ist, da ein unmittelbarer Uebergang von den ihrem Wesen nach kleinbürgerlichen und bäuerlichen Verhältnissen zum Sozialismus unmöglich ist.

Als Datum der Einführung der Naturalsteuer in der Landwirtschaft wird im Steuergesetz der 30. Oktober 1918 bezeichnet; diese Steuer wurde also schon ein Jahr nach der Machteroberung durch die Bolschewisten beschlossen.

Auch die Instruktionen zu diesem Gesetz wurden erlassen. Aber der Bürgerkrieg hat das Inkrafttreten dieses Gesetzes verhindert und die Regierung gezwungen, ein Getreidemonopol einzuführen.

*) „Der eigenartige „Kriegskommunismus“ bestand darin, daß wir tatsächlich den Bauern alle Ueberschüsse, und mitunter nicht nur diese, sondern einen Teil der für sie notwendigen Lebensmittel fortnahmen, um den Bedarf des Heeres und der Arbeiter zu decken... Es war keine den wirtschaftlichen Aufgaben des Proletariats entsprechende Politik und konnte auch keine solche sein“ — betont Lenin nochmals. (Ueber die Naturalsteuer.)

In der Gesetzgebung des ersten Jahres der proletarischen Diktatur äußert sich klar der Vorsatz, nur „reife“ Industriezweige zu nationalisieren, alle anderen dagegen nur, unter deren Belassung im Besitz der Kapitalisten, zu kontrollieren. Dieser Versuch scheiterte am Widerstande der Kapitalisten. Larin schreibt darüber folgendes: *)

„Die städtische Bourgeoisie selbst weigerte sich einfach, Handel zu treiben, weigerte sich, die kleinindustriellen Unternehmungen weiterzuführen . . . Die Besitzer wünschten nicht, weiter „ihre Mittel unter den Bolschewisten zu riskieren“ . . . Sie wollten den Sturz der Bolschewiki abwarten, da sie warten könnten . . . Es war dies die Zeit, wo die Besitzer der Wolgadampfer und -kähne die Reparaturarbeiten so gut wie eingestellt, die Holzhändler mit der Beschaffung von Holz aufgehört hatten usw.“

Nicht genug damit, beschränkte sich das Bürgertum keineswegs auf den passiven Widerstand. Die Großbanken finanzierten direkt — nach Besetzung der Staatsbanken — den Streik der Beamten und das bewaffnete Vorgehen der weißen Offiziere. Die Versuche, eine Kontrolle der Banken durchzuführen, mißlangen . . . Jegliche Form des wirtschaftlichen Kompromisses, beispielsweise die Belassung der Banken in den Händen der Kapitalisten unter der Kontrolle und Regelung durch die Arbeitermacht, benutzte die Bourgeoisie gegen das Proletariat . . . Ebenso lagen die Dinge bei den Industrieunternehmungen und Handelsfirmen. Ihre Kassen wurden nach erfolgter Nationalisierung der Banken eine Quelle zur Subsidierung weißer Verbände. Sie übernahmen die Finanzierung der Beamten- und Angestelltenstreiks in den nationalisierten Banken. Die Direktoren der industriellen Unternehmungen verhinderten bewußt die Produktion und brachten sie zum Stillstand“ . . . **)

Die dringenden Kriegsbedürfnisse, der Widerstand und die Sabotage der Bourgeoisie haben die Sowjetmacht gezwungen, entgegen den Absichten der Kommunisten zur Nationalisierung zu schreiten und das allbekannte

*) Russische Korrespondenz 1921, Juni, S. 439.

**) „Die „alte“ und die „neue“ Politik der russischen Kommunisten“. Russische Korrespondenz 1921, Juni, S. 508.

System des Kriegskommunismus einzuführen. Dabei lief der bürokratische Mechanismus, in der einmal eingeschlagenen Richtung automatisch weitergehend, oft über die ihm gesteckten Ziele hinaus. Dieses System, dessen soziale Grundlage das Kriegsbündnis der städtischen Arbeiter mit den ärmsten Bauernschichten war, mußte mit dem Zeitpunkt der Kriegsbeendigung auch selbst zu Ende gehen.

Wir stellen also die Frage: was ist in der russischen Erfahrung allgemein gültig und was beschränkt sich dagegen nur auf Rußland? Für die Beantwortung dieser Frage kann uns die ungarische Erfahrung als Prüfstein dienen. Hier müssen wir folgendes feststellen: Es ist für das Proletariat zweifellos wichtig und erwünscht, sich auf die Enteignung der „reifen“ Industriezweige zu beschränken und in den anderen Zweigen eine Verständigung mit den Kapitalisten einzugehen, ihnen, wie es Lenin ausdrückt, „eine Art Loskauf“ anzubieten. Für die am Staatsruder stehenden Proletarier wäre es wohl erwünscht, auf diese Weise die begabtesten und kulturell am höchsten stehenden Kapitalisten für sich zu gewinnen, die bereit wären, der Sowjetmacht zu dienen und an der Organisation der „staatlichen“ Großproduktion ehrlich mitzuarbeiten. Jedoch scheitern alle Versuche dieser Art im Anfangsstadium der Diktatur am Widerstande sowohl der Kapitalisten wie der Arbeiter selbst.

Was den Widerstand der Kapitalisten betrifft, so kommt er davon, daß die Kapitalisten von der Ewigkeit ihrer Klassenherrschaft tief überzeugt sind, die proletarische Diktatur als eine vorübergehende Erscheinung betrachten und daher die staatliche Produktion durch die Stilllegung ihrer Betriebe sabotieren. Dieses Bestreben steht im Einklang mit den Privatinteressen der einzelnen Kapitalisten. In der ersten Periode der Diktatur kann man, bei der allgemeinen Steigerung der Arbeitslöhne, bei dem vollkommenen Mangel an Arbeitsdisziplin und bei dem unerhörten Rückgang der Produktivität, kaum an eine profitable kapitalistische Produktion denken. Andererseits bringt der Kapitalist der Arbeiter-

regierung das höchste Mißtrauen entgegen. Er hat keine Garantie dafür, daß die Arbeiterregierung nicht bald einen weiteren Schritt auf dem Wege der Enteignung machen und daß sein eigener Betrieb nicht ebenfalls enteignet wird. Welchen Sinn hat es dann für ihn, dieser verhaßten Regierung seinen Betrieb in vollständiger Ordnung, in vollem Gang zu übergeben? Er bemüht sich im Gegenteil, aus seinem Betrieb möglichst große Vermögensteile herauszuziehen und in Mobilien, Gold, Brillanten, Devisen, ausländische Wertpapiere umzuwandeln, und seine baren Umsatzmittel verausgabt er vor allem für die Unterstützung der Konterrevolution. Diese Umstände verurteilen nach meiner Meinung alle Versuche einer „Verständigung“ mit der Bourgeoisie für die erste Zeit zur vollen Erfolglosigkeit.“)

Daher ist die Sowjetmacht gezwungen, auf dem Wege der Nationalisierung immer weiter und weiter zu schreiten, sonst müssen die bereits verstaatlichten wichtigsten, reifsten Industriezweige infolge des Mangels an Erzeugnissen der Mittel- und Kleinindustrie verkümmern.

Was den Widerstand der Arbeiter betrifft, so haben wir in Ungarn die Enteignung auf die Betriebe mit mehr als 20 Arbeitern beschränkt. Aber die Arbeiter der Betriebe mit 10—20 Arbeitern konnten und wollten es nicht einsehen, daß sie unter der Fuchtel der Unternehmer bleiben müssen nur deshalb, weil in ihrem Betriebe „zufällig“ einige Arbeiter an der Zahl zwanzig fehlen. Sie enteigneten selbstherrlich die Betriebe, verjagten die Unternehmer unter dem Vorwand, daß der Unternehmer sabotierte, daß er Arbeiter entließ, um die Enteignung zu vermeiden; daß ihr Betrieb unter den „normalen“ Vorkriegsverhältnissen mehr als 20 Arbeiter beschäftigt hatte usw. Was

*) Ich habe darüber auch in meinem Buche über die „Volle Sozialisierung und der Kommunismus“ geschrieben: „Die Enteignung ohne Entschädigung ist eine gleichzeitig wirtschaftliche und revolutionäre Tat von außerordentlicher Bedeutung. Die unverzügliche Entziehung von materiellen Mitteln muß jede bürgerliche Konterrevolution unmöglich machen. Eine langsame, planmäßige Sozialisierung gegen Loskauf ist unmöglich, unmöglich gerade für die proletarische Diktatur. Ist doch die Enteignung ein Akt des Klassenkampfes.“ (S. 60.)

konnte man dagegen ausrichten? Wir konnten doch die Unternehmer nicht mit bewaffneter Macht gegen den Willen der Arbeiter in die Betriebe zurückbringen.“)

Ich glaube, daß sich diese Erscheinung im Beginn der Diktatur in allen Ländern wiederholen wird. Die friedliche Verständigung mit der Bourgeoisie ist so lange ausgeschlossen, wie diese nicht von der Unerschütterlichkeit der Sowjetmacht überzeugt ist.

Eine Ausnahme werden vielleicht jene kleinen Länder bilden, wo die proletarische Diktatur sich gegen das Ende der Weltrevolution ohne allzu starken Klassenkampf durchsetzen wird. Es ist möglich, daß hier die Kapitalisten, die Nutzlosigkeit des Widerstandes einsehend, nach Kräften helfen werden, den Uebergang möglichst schmerzlos zu gestalten. Aber auch die Möglichkeit ist nicht ausgeschlossen, daß eben jene Länder, durch flüchtige Kapitalisten aus den Nachbarländern überschwemmt, zu Hochburgen des militärischen Widerstandes werden.

Man muß also damit rechnen, daß jede Sowjetmacht ihren „Kriegskommunismus“ auf der Enteignung aller Industriebetriebe, die eine mehr als lokale Bedeutung haben, und auf der staatlichen Organisierung der ganzen Wirtschaft, mit Ausschluß des lokalen Warenaustausches, wird aufbauen müssen. Das internationale Problem besteht in folgendem: Wird und muß dieser „Kriegskommunismus“ überall so schlechte Früchte tragen, wird man überall später gezwungen sein, einen Abbau durchzuführen?

Wir glauben es nicht!

Die schlechten Ergebnisse in Rußland hatten ihre besonderen Ursachen. Rußland war der erste proletarische Staat, es war der Vorkämpfer, der den Weg bahnte. Daher mußte es sich jahrelang auf den Schlachtfeldern gegen die internationale Bourgeoisie verteidigen und war um die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung gebracht. Das russische Volk

*) Ich wurde während der Diktatur im Organ der Friseurgewerkschaft heftig beschimpft; man schrieb, daß ich an der Erhaltung des Privateigentums im Friseurgewerbe materiell interessiert sei, nur weil ich behauptete, daß die Sozialisierung dieses Gewerbes nicht notwendig sei.

besitzt im allgemeinen wenig organisatorische Begabung, weil der Kapitalismus, diese Schule der Organisation, in Rußland nur kurze Zeit existierte. Die besten Organisatoren aus dem Proletariat sind in der Armee, in der Partei und in der Staatsverwaltung tätig oder im Felde gefallen. Das Land ist ungeheuer groß, schwach bevölkert, leidet an der schwachen Entwicklung des Eisenbahn-, Telephon- usw. Netzes, was den Aufbau der Planwirtschaft stark erschwert und die Widersprüche zwischen dem Zentralismus und dem Separatismus verschärft. Trotz der schlechten Ergebnisse der russischen und der nicht sehr günstigen Ergebnisse der ungarischen Erfahrung glauben wir, daß in den Ländern mit entwickeltem Kapitalismus, mit einem zahlreichen, gebildeten, organisatorisch befähigten Proletariat, in Ländern mit einer dichten Bevölkerung und mit guten Verkehrsmitteln, in Ländern, die nicht an allen Grenzen den Krieg gegen kapitalistische Regierungen führen müssen, sondern zum Teil an Sowjetrepubliken grenzen, ein unmittelbarer Uebergang vom „Kriegskommunismus“ zum Sozialismus ohne eine regressive Zwischenperiode möglich sein wird!

Die neue ökonomische Politik Sowjetrußlands.

Unter den obwaltenden Umständen war eine radikale Aenderung der ökonomischen Politik für Rußland eine unerläßliche Notwendigkeit.

Politisch war diese Aenderung deshalb notwendig, weil die früheren Dorfarmen sich in Mittelbauern verwandelt haben und eine dementsprechende wirtschaftliche Politik forderten.)

„Wir wissen“, sagt Lenin, „daß nur die Verständigung mit dem Bauertum die sozia-

*) Am auffallendsten äußert sich der Wechsel der Massenstimmungen in den Losungen mancher Bauernaufstände:

„Es leben die Bolschewisten (die uns das Land gegeben haben)! Es lebe der Freihandel! Nieder mit den Kommunisten (die uns das Getreide requirieren)!“

Der Zwiespalt zwischen dem privaten Bodenbesitz und der gemeinschaftlichen Verteilung des Bodenertrages muß beseitigt werden.

listische Revolution in Rußland retten kann, solange nicht die Revolution in anderen Ländern zum Durchbruch gekommen ist. Das müssen wir offen auf allen unseren Versammlungen und in unserer ganzen Presse aussprechen. Wir dürfen uns nicht bemühen, irgend etwas zu verheimlichen, sondern müssen offen aussprechen, daß das Bauertum mit der Form von gesellschaftlichen Verhältnissen, die sich bei uns herausgebildet hat, unzufrieden ist, daß es diese Form nicht will und nicht so weiter existieren wird. Das ist unbestreitbar. Dieser Wille des Bauertums ist deutlich zum Ausdruck gekommen: es ist der Wille einer ungeheuren Mehrheit werktätiger Bevölkerung. Damit müssen wir rechnen, und wir sind genügend nüchterne Politiker, um offen zu erklären: Das muß geprüft und geändert werden.“)

Oekonomisch war die Aenderung notwendig, weil die Saatfläche und der Ernteertrag sich unaufhörlich verringerten. Der Bauer verlor jeden Anreiz zur Erzeugung von Getreideüberschüssen und folglich auch zur vorbildlichen, sorgfältigen Wirtschaftsführung. Der Staat konnte beim besten Willen den Bauern nicht mit den nötigen Produktionsmitteln und Verbrauchsgegenständen versorgen, weil die Großindustrie gelähmt ist und nur 3 bis 30% der Vorkriegsmenge produziert. Auch die lokale Mittel- und Kleinindustrie sind gelähmt infolge des Verbots des Handels und der Ausdehnung des Kriegskommunismus auf die Klein- und Mittelindustrie. Der Bauer kann die für ihn notwendigen Erzeugnisse nicht erhalten. Da aber die Weltrevolution auf sich warten läßt, so kann die staatliche Großindustrie sich nur nach dem Wiederaufbau der Bauernwirtschaft erholen. Der Verfall der staatlichen Großindustrie erfolgte vor allem durch den Mangel an Lebensmitteln und Brennstoffen. Beides kann nur durch den Wiederaufbau der Bauernwirtschaft gewonnen werden. (Der Hauptbrennstoff Rußlands ist gegenwärtig Holz: für den Holzabtransport aus den Wäldern sind Millionen von Bauernpferden und von Bauernfuhrwerken nötig.) Darum ist die erste Aufgabe die Hebung der Bauernwirtschaft. Dazu ist es vor allem notwendig, den Bauern den Anreiz

*) Rede auf dem X. Parteitag, Russische Korrespondenz 1921, Nr. 3—4, S. 222.

zur Erzeugung von Ueberschüssen wiederzugeben. Diesem Zweck dient die Einführung der Naturalsteuer, des Freihandels und der Privatindustrie.

Die Naturalsteuer stellt die Bauernwirtschaft wieder auf die alte privatwirtschaftliche Grundlage. Nach der Abtragung der Steuer verfügt der Bauer frei über alle seine Produkte. Damit wird ein Anreiz zur Erhöhung der Produktion gegeben. Die Steuer selbst ist derart gestaltet, daß sie zu einem solchen Anreiz wird: ihre Höhe wird nicht nach der angebauten Fläche, sondern nach der Gesamtfläche festgesetzt. Höhere Sonderkulturen sind steuerfrei. Der Gesamtbetrag der Steuer wird nach der Durchschnittsernte im Kreise bestimmt: dies bedeutet eine Prämie für den Bauer, der eine überdurchschnittliche Ernte erzielt hat, und eine Strafe für den schlechten Wirt.

Aber die Erzeugung der Ueberschüsse hat für den Bauern keinen Sinn, wenn er für dieselben nicht die ihm nötigen Gegenstände eintauschen kann. Bei der momentanen Lähmung der staatlichen Großindustrie kann dieser Austausch nur auf dem Boden der lokalen Klein- und Mittelindustrie vor sich gehen. Die natürliche Folgerung hieraus ist die Handels- und Gewerbefreiheit, die Wiederherstellung eines freien Kapitalismus niederen Ranges.

„Freiheit des Umsatzes — sagt Lenin — bedeutet Freiheit des Handels, Freiheit des Handels aber bedeutet zurück zum Kapitalismus. Freiheit des Umsatzes und Freiheit des Handels bedeuten Warenaustausch zwischen einzelnen kleinen Landwirten. Wir alle wissen, wenn wir nur das ABC des Marxismus kennen, daß aus diesem Umsatz und aus dem freien Handel unweigerlich die Teilung der Warenproduzenten in Kapitalbesitzende und Arbeitskraftbesitzende hervorgeht, die Teilung in Kapitalisten und Lohnarbeiter, d. h. die Wiederrichtung der kapitalistischen Lohnsklaverei, die nicht vom Himmel fällt, sondern in der ganzen Welt aus der landwirtschaftlichen Warenproduktion erwächst.“

Mit dem Verzicht auf den wesentlichsten Punkt im System des Kriegskommunismus, auf das Getreidemonopol und auf das Verbot des Freihandels, beginnt auch der Abbau des zen-

tralen wirtschaftlichen Apparates, der sich über die unter den heutigen Organisationsmöglichkeiten zulässigen Grenzen hinaus vergrößert hat. Die industriellen Klein- und Mittelbetriebe werden aufgegeben und Genossenschaften oder selbst einzelnen Kapitalisten in Pacht gegeben, die Mehrzahl der Betriebe, die in der Staatsverwaltung verbleiben, werden den lokalen Behörden zur Leitung anvertraut. Was die Staatsbetriebe selbst betrifft, so wird ihnen gemäß den neuen Bedingungen ein viel weiterer Spielraum und eine viel größere Freiheit in Handelsoperationen eingeräumt. Sie dürfen einen Teil ihrer Erzeugnisse selbst verkaufen, Waren auf dem lokalen freien Markt einkaufen usw. Im Zusammenhang damit ändert sich auch die Geldpolitik der Sowjetmacht. Es wird die Notwendigkeit erkannt, ein Gleichgewicht des Staatsbudgets herzustellen: Die Eisenbahntarife werden um 400% erhöht. Alle staatlichen Leistungen, soweit sie nicht als Naturalzahlung oder als soziale Versicherung gelten, werden von nun an bloß gegen vollen Entgelt gewährt.“)

Alle selbständigen Handwerker, Kaufleute, Industriellen zahlen Geldsteuern, entsprechend der Größe ihrer Betriebe.“)

Um es zusammenzufassen: Unter dem Regime des Kriegskommunismus stand der Staat prinzipiell auf dem Standpunkte, daß alle Einwohner des Landes seine Angestellten sind und der Staat für die Befriedigung ihrer Bedürfnisse in Naturalien zu sorgen hat. Von nun an stellt der Staat sich selbst als wirtschaftendes Subjekt allen privatwirtschaftenden Bürgern gegenüber. Als ein solches Subjekt läßt sich der Staat von ihnen mit einem Teil ihrer Einnahmen für seine Leistungen bezahlen: die Bauern müssen es in Naturalien, die Kaufleute und Handwerker in Geld tun. Der Staat beschränkt seine Versorgungstätigkeit von nun an auf den sehr reduzierten Kreis von staatlichen Arbeitern und Angestellten und auf die soziale Versicherung. Der proletarische Staat nimmt gegenüber den Bürgern dieselbe Stellung ein wie ein bürger-

*) Dekret vom 5. August 1921: Bis zur endgültigen Preisfestsetzung dürfen die Staatsprodukte nicht unter den freien Marktpreisen abgegeben werden.

**) Dekret vom 21. Juni 1921.

licher Staat, wobei jedoch der Unterschied im Klassencharakter dieser beiden Staaten voll bestehen bleibt.

Aussichten und Folgen der neuen Politik.

Wie wurde der Wechsel der Politik von den verschiedenen Bevölkerungsschichten aufgenommen? Wir haben vorläufig zu wenig Material, um diese Frage beantworten zu können. Doch sind die Bauern mit dieser Politik anscheinend sehr zufrieden. Ueberall auf dem flachen Lande macht sich eine lebhaftige Tätigkeit bemerkbar, die Saatfläche wird vergrößert, und wäre der elementare Schlag, die Mißernte nicht gekommen, so würden sich die günstigen Folgen der neuen Politik schon in diesem Jahre offenbaren. Auch kann man mit Sicherheit annehmen, daß die Kleinhändler, Spekulanten und Schleihändler, die ihr Wesen bisher ungesetzlich getrieben und stets in Furcht gelebt hatten, von den Organen des proletarischen Staates verhaftet und abgeurteilt zu werden, den Freihandel mit Begeisterung aufgenommen haben.

Andererseits scheinen in Rußland auch jene Faktoren weiter zu wirken, die jeder Verständigung mit der Bourgeoisie, jeder Heranziehung von Kapitalisten zur Arbeit in der proletarischen Staatswirtschaft im Wege stehen. Die Kapitalisten haben kein Vertrauen, sie fürchten, Unternehmen zu gründen, weil der Staat ihnen keine Gewähr gibt, daß ihre alten oder die zum Vorschein kommenden neuen Vermögen nicht durch ein neues Dekret konfisziert werden. Vergebens betont Lenin, daß die neue Politik „ernst und auf eine längere Dauer hin gemeint“ ist. Die Kapitalisten glauben daran nicht. Außerdem haben sie noch immer die Hoffnung nicht aufgegeben, daß die Diktatur von außen gestürzt werden könnte. Es wird zweifellos noch viel Zeit vergehen, bis die Kapitalisten wirklich mit aller Energie an das Werk gehen. Was die Arbeiter betrifft, so werden sie, durch die Ereignisse der letzten Jahre ermüdet, dem Neuaufstehen der Kapitalisten kaum einen ersten Widerstand entgegensetzen. Nur in der kommunistischen Partei bestehen noch Elemente, die nur schwer und unwillig die Illusion aufgeben, daß sich aus dem „Kriegskommunismus“ unmittelbar der wirkliche

Kommunismus entwickeln würde. In der Neuorientierung sehen sie eine Gefahr für die proletarische Diktatur. Ist diese Gefahr wirklich vorhanden?

Wir glauben es nicht.

Die Neuorientierung befriedigt die Mittelbauernschaft, die zur Zeit ungefähr drei Viertel der Bevölkerung Rußlands bildet. Das Proletariat behält die bewaffnete Macht, den Regierungsapparat, das Transportwesen, die Großindustrie, den Außenhandel, das Geldwesen in seiner Hand. Diese Positionen sind stark genug, um der sehr langsamen neuen Entwicklung des Kapitalismus mit Erfolg standzuhalten und ihn in jenen Schranken zu halten, daß er der proletarischen Staatsmacht nicht gefährlich werden kann.

Doch droht die Gefahr von einer anderen Seite. Ich habe auf sie in der Vorrede zur II. Auflage meines Buches hingewiesen, die vom 3. Januar 1921 datiert ist, also noch lange vor der Wendung in der ökonomischen Politik Rußlands erschien.)

„Jene Leute, die über die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Rußlands jammern, sollten immer daran erinnert werden: Rußland ist der isolierte Bahnbrecher, der, allein und auf sich gestellt, seit drei Jahren gegen die ganze kapitalistische Welt für die Befreiung der Menschheit kämpft. Eine allzu schwere Bürde wurde Rußland auferlegt. Es ist die höchste Zeit, daß die internationale Revolution weitererschreitet und der Isoliertheit Rußlands ein Ende bereitet . . .

Nicht nur im Interesse Rußlands, nicht einmal in erster Linie in seinem Interesse; sein Proletariat kann infolge des Ausbleibens der internationalen Hilfe nicht zusammenbrechen, wie es mit dem kleinen Räteungarn geschehen ist. Dagegen besteht die Gefahr einer Ausschaltung Rußlands als Motor der internationalen Revolution. Denn es soll nicht verschwiegen werden: es gibt in Rußland Kommunisten, die, des langen Wartens auf die europäische Revolution überdrüssig geworden, sich endgültig auf eine Isoliertheit Rußlands einrichten wollen. Dies bedeutet: Friede mit den Imperialisten, regelmäßigen Güteraus-tausch mit den kapitalistischen Ländern und Konzessionen verschiedener Art: Aufgabe der

*) E. Varga: „Wirtschaftspolitische Probleme der proletarischen Diktatur“, II. Auflage, S. 11.

Auslandspropaganda, wie es gewissen Forderungen der imperialistischen Mächte entsprechen würde. Auf diese Weise würde ein neuer Staatstypus entstehen, in dem auf dem Unterbau einer breiten Bauernmasse die Arbeiterklasse die Herrschaftsgewalt ausübt. Dieser Staat würde seinen Ueberfluß an Lebensmitteln und Rohprodukten gegen die Erzeugnisse der kapitalistischen Welt austauschen und in dieser Weise indirekt zur Wiedererstärkung der kapitalistischen Ordnung beitragen. Diese Strömung, welche den Proletarierstaat Rußland und seine proletarische Wirtschaft isoliert innerhalb der kapitalistischen Welt zu stabilisieren wünscht, ist heute noch schwach und bedeutungslos. Aber sie kann stark werden, wenn das proletarische Rußland noch lange isoliert bleibt. Mit einem Rußland, welches die soziale Revolution der anderen Länder als eine ihm fremde Angele-

genheit betrachten würde, welches sich friedlich in den internationalen Gütertausch einfügen wollte, würden die kapitalistischen Länder dann allerdings in friedlicher Nachbarschaft leben können.

Es liegt mir fern, zu glauben, daß eine solche Einkapselung des revolutionären Rußlands den Gang der Weltrevolution aufhalten könnte. Aber sie würde ihn verlangsamen. Es kann geschehen, daß die gegenwärtige ungemein günstige Periode der Erschütterung des Kapitalismus verpaßt wird. In diesem Falle könnte der Klassenkampf lange Zeit unentschieden hin und her wogen, bis zum nächsten Weltkrieg zwischen den gegenwärtigen Siegern: Amerika, Japan und England . . . Es ist Gefahr im Verzuge!"

Ich habe diesen Worten nichts hinzuzufügen.

E. Varga.

Der Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Am 22.—26. August fand in Jena der Parteitag der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands statt. Mit größtem Interesse erwarteten nicht nur die deutschen Kommunisten, sondern auch die kommunistischen Parteien aller Länder diesen Parteitag; war doch der Augustparteitag der V. K. P. D. der erste nach dem III. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, der erste Parteitag einer großen kommunistischen Partei, jener Partei, deren Taktik während der Märzaktion auf dem Weltkongreß zu lebhaften Debatten Anlaß gegeben hatte. Mit Spannung verfolgten die ausländischen Bruderparteien den Parteitag der deutschen Kommunisten in der Furcht, daß die deutsche Partei infolge der Märzaktion und des darauffolgenden inneren Parteikonfliktes zu stark gelitten haben könnte.

Der kommunistische Parteitag war zugleich der erste der deutschen Parteitage, die fast alle größeren politischen Parteien Deutschlands am Ende jeden Sommers zu veranstalten pflegen. Zur Zeit des kommunistischen Parteitages war die politische Gesamtlage noch nicht geklärt; das Land durchlebte einen gewissen politischen und wirtschaftlichen Stillstand. Eine Belebung des politischen und ökonomischen Kampfes des Proletariats gegen die Bourgeoisie konnte man

vor dem Herbst dieses Jahres nicht erwarten. Deshalb konnte man nicht ohne gewisse Begründung befürchten, daß der Parteitag, der im Zeitpunkt des politischen Stillstandes zusammentrat, sich in Zwistigkeiten und endlosen Rekrimationen wegen der begangenen Fehler und Differenzen zersplittern würde. Die Gegner der V. K. P. D., die Sozialdemokraten und Unabhängigen, erwarteten diese Debatten mit unverhohlener Schadenfreude. Paul Levi, der gestürzte Führer der V. K. P. D., hatte in seiner Zeitschrift „Unser Weg“, unter Mitwirkung einiger seiner Freunde, allerdings versucht, die Partei in einen selbstmörderischen, endlosen inneren Streit hineinzutreiben.

Jedoch haben sich weder die Befürchtungen der Freunde, noch die Hoffnungen der Feinde bewahrheitet. Ueber 300 000 Parteimitglieder wurden auf dem Parteitag durch 278 Delegierte mit entscheidender Stimme vertreten. Manche Parteibezirke haben ihr Vertretungsrecht nicht in vollem Maße ausgenützt. Ohne entscheidende Stimme waren auf dem Parteitag die Mitglieder der Zentrale, die Mitglieder des Zentralausschusses und die Leiter der Ausschüsse, sowie eine ganze Reihe von ausländischen Gästen anwesend.

Die Stimmung der Parteidelegierten kam schon auf der ersten Sitzung klar zum Ausdruck. Entgegen dem Beschluß des III. Weltkongresses, der den Mitgliedern der Kommunistischen Internationale verboten hatte, an der Zeitschrift Paul Levis mitzuarbeiten, brachten Kurt Geyer, Fritz Düwell und Waldemar in der Nr. 8—9 von „Unser Weg“ Artikel zum Parteitag, die zum Teil von der offenbaren Absicht zeugten, die Partei öffentlich bloßzustellen. Düwell und Geyer brachten in dieser Nummer ihre Artikel und eine Resolution, die sie zusammen mit Paul Levi verfaßt hatten, und Waldemar veröffentlichte einige Privatbriefe, die er (eine edle Tat!) bei Thalheimer gestohlen hatte.

Die Zentrale beantragte, diese drei wegen ihrer Mitarbeit an Levis Zeitschrift „Unser Weg“ aus der Partei auszuschließen. Auf Anregung einiger Delegierten hin wurde dieser Antrag noch schärfer formuliert und zwar wurde gefordert, den Ausschluß der drei Genannten ohne Diskussion, durch eine namentliche Abstimmung, zu beschließen. Bei der Abstimmung haben sich 273 Delegierte für den unbedingten Ausschluß, 4 für den Ausschluß unter einem beschränkenden Vorbehalt erklärt. Ein Delegierter enthielt sich der Abstimmung. Dieser Akt der Säuberung der Partei von den Elementen, die statt der Parteiinteressen Sonderinteressen verfolgten, löste stürmischen Beifall aus.

Auf dem Parteitag waren folgende Richtungen vertreten: ungefähr 60 Linksstehende (die übrigens unter sich nicht vollkommen einig waren), 15 Vertreter der rechtstehenden Opposition und das Zentrum, das den Hauptbestandteil des Parteitages bildete, aber nicht bei allen Abstimmungen geschlossen auftrat, sondern in seiner Mehrheit nach links, in der Minderheit nach rechts neigte. Die Geschlossenheit dieses Kernes wäre zweifellos größer gewesen, wenn nicht die Geschlossenheit der Zentrale selbst durch den vorhergehenden Parteikonflikt untergraben worden wäre. Daher führte die Zentrale nicht immer die wünschenswerte deutliche und feste Richtung durch und überließ in manchen Fragen den linksstehenden Elementen die Initiative; dadurch verschuldete sie es zum Teil, wenn die Linken manchmal mehr Stimmen sammelten, als dies ihrem tatsächlichen Einfluß nach entsprach.

Zu Anfang des Parteitages wurden drei Briefe von den führenden Genossen der Kommunistischen Internationale vorgelesen: ein Brief vom Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale, ein Brief Lenins und ein Brief Radeks. Der Inhalt und der Ton der Briefe gab den Genossen Grund zu der Meinung, daß die Führer der Kommunistischen Internationale in der Einschätzung der wichtigsten Ereignisse und der taktischen Fragen nicht miteinander übereinstimmen. Die große

Mehrheit des Parteitages glaubte in den Briefen einen Widerspruch zu sehen. Einen besonders scharfen Protest rief jene Stelle im Schreiben des Exekutivkomitees hervor, in der die Gefahr des Antiparlamentarismus in der V. K. P. D. berührt und die Berliner Organisation angegriffen wird. Die Mehrheit des Parteitages fand es sehr traurig, daß das Exekutivkomitee durch diese Polemik nicht zur Milderung, sondern zur Verschärfung der inneren Gegensätze in der Partei beitrug. Die Vorwürfe des Exekutivkomitees wurden als unbegründet und den Tatsachen widersprechend empfunden, weil die Berliner Organisation nach der Märzaktion zahlenmäßig erstarkte, ihre innere Geschlossenheit sich erhöhte und alle ihre Mitglieder einen großen Arbeitseifer aufwiesen. Dasselbe gilt für viele andere Parteiorganisationen, die sich ebenso wie die Berliner Organisation in den Märztagen nicht auf der Höhe zeigten.

Auf dem ersten Punkt der Tagesordnung standen die Beschlüsse des Weltkongresses. Die Berichterstatter Heckert und Hertha Sturm führten aus, daß es verkehrt wäre, die Beschlüsse des Weltkongresses von dem Standpunkte aus zu betrachten, daß die deutsche Partei wegen ihrer Taktik auf dem Kongreß scharf angegriffen wurde und zwar angeblich ohne genügende Prüfung und Erwägung jener Verhältnisse, unter denen die Partei zu wirken hatte. Die Beschlüsse des Kongresses könnten überhaupt nicht vom eng deutschen Gesichtspunkte aus betrachtet, sie müßten auf ihre internationale Bedeutung hin geprüft werden. Die Kritik der deutschen Partei auf dem Weltkongreß wäre nicht nur eine Kritik der von dieser Partei begangenen zufälligen Fehler, sie wäre auch eine Kritik der Irrtümer, die eine stete Gefahr bilden und sich in anderen Ländern und auch in Deutschland selbst wiederholen könnten, soweit sie nicht ein für allemal festgestellt und entschieden verurteilt würden. Der allgemeine Beifall, mit dem die Berichte aufgenommen wurden, zeigte klar und deutlich, daß die deutschen Kommunisten ohne jeden Vorbehalt und ohne Schwankungen bereit sind, die Beschlüsse des Weltkongresses als für sie bindend anzuerkennen.

Nur die Rede Trotskis auf dem Weltkongreß, die von Levi und von der antibolschewistischen Liga, sowie von allen Zwischenelementen gegen die deutschen Kommunisten ausgeschlachtet wurde, — nur diese Rede rief seitens einer großen Zahl von Delegierten eine scharfe Kritik hervor. Außerdem gaben einzelne Behauptungen in den wirtschaftlichen Leitsätzen des Kongresses und in der darauf bezüglichen Rede Trotskis zu manchen Widersprüchen Anlaß. Ein Delegierter, Genosse Heinrich, suchte zu beweisen, daß die Leitsätze und die Rede Trotskis den Schlußfolgerungen widersprechen, zu denen Rosa Luxemburg in ihrem

Werk über die „Akkumulation des Kapitals“ kam. Er stellte den Antrag, eine Kommission einzusetzen, um die wirtschaftlichen Leitsätze des Kongresses auf ihre Uebereinstimmung mit dem Werk Rosa Luxemburgs hin zu prüfen. Manche anderen Redner äußerten sich dahin, daß Trotzki die Bedeutung des Konsolidierungsprozesses des Kapitalismus überschätzt und aus dieser Ueberschätzung heraus die Taktik des Ausweichens vor dem Kampfe und der Passivität ermuntert hätte.

Diese Ansichten wurden von den Berichterstattern in ihrem Schlußwort energisch bestritten. Doch blieb bei einem bedeutenden Teil der Delegierten der Eindruck, daß die Beschlüsse des Weltkongresses die Tendenz verfolgen, die Partei auf die Taktik der Passivität festzulegen. Das fand auch in der Entschließung des Parteitags seinen Ausdruck, die die Solidarität mit den Beschlüssen des Weltkongresses ausspricht. Es wäre gänzlich verfehlt, diese Resolution als einen Ausdruck der noch nicht überwundenen „Linkstendenzen“ zu betrachten. Aus den Diskussionen zum Bericht der Zentrale und aus der Einschätzung der Märzaktion erhellt zur Genüge, daß die Parteigenossen die in der Vergangenheit begangenen Fehler eingesehen haben und sich der Notwendigkeit bewußt sind, eine Wiederholung dieser Fehler in der Zukunft zu vermeiden.

In der ganzen Partei macht sich ein starker Energieaufschwung bemerkbar. Die Parteigenossen bemühen sich überall, die Fühlung mit den Massen zu gewinnen, um in der Aktion nicht von ihnen isoliert zu werden. Darunter darf aber die Stoßkraft und die Kampfbereitschaft der Partei nicht leiden. Die außerordentlichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, mit denen die deutschen Arbeiter zu ringen haben, der unaufhaltsame Niedergang der deutschen Volkswirtschaft und die politische Unsicherheit in dem Lande selbst wie außerhalb seiner Grenzen können jeden Augenblick einen heftigen ökonomischen oder politischen Ausbruch hervorrufen. Die Partei muß sich in jedem solchen kritischen Moment kampffähig und kampfbereit zeigen.

Im Laufe der Debatten über den Bericht vom Weltkongreß und den Bericht der Zentrale hat sich auch die Stellung der früheren Opposition geklärt. Zwar haben die Linken wie die Rechten in den von ihnen vorgelegten Resolutionsentwürfen nicht auf manche gegenseitige Angriffe verzichtet; doch zeigte die Mehrheit des Parteitags den festen Entschluß, sich auf den Boden des Friedensvertrages zu stellen, der auf dem Weltkongresse mit der Opposition geschlossen wurde. Um die sichere Niederlage zu vermeiden, nahm die äußerste Linke unmittelbar vor der Abstimmung ihre allzu extremen Anträge zurück, während ein Teil der Rechten ihre Amendements weiter auf-

recht erhielt. Clara Zetkin hat bei der Gesamt- abstimmung ihre Stimme für die Resolution bezüglich des Weltkongresses abgegeben. Neun Mitglieder der Rechtsgruppe stimmten gegen die Resolution. Durch diese Abstimmung war auf dem Kongreß der frühere Parteistreit erledigt. Bei der Erörterung der übrigen Punkte der Tagesordnung kam er nicht mehr zum Vorschein.

Die wirtschaftliche Lage Deutschlands verschlechtert sich von Tag zu Tag. Um ihre Stellung auf dem Weltmarkt zu behaupten, versuchen die deutschen Industriellen durch eine organisierte Offensive gegen die Arbeiterklasse, den Arbeitslohn herabzudrücken, den Arbeitstag zu verlängern und die Arbeitsleistung zu heben. Gleichzeitig zwingen die Folgen des Versailler Vertrags die Regierung, die Steuerlast immer mehr zu vergrößern. Im Mai dieses Jahres forderte das Reichsfinanzministerium, um das Budget zu balancieren, die Einführung von Steuern in der Gesamthöhe von 60 Milliarden. Die Hauptlast dieser Steuern soll auf die Arbeiterklasse fallen. Die kapitalistischen Gesellschaftskreise suchen das Ministerium zu schonen. Um die Steuerlast von sich abzuwälzen, bemühen sich die Kapitalisten, durch die systematische Senkung der Valuta, all das herauszupressen, was sie nicht durch eine direkte Offensive gegen die Arbeiterklasse erzwingen können. Diese Sachlage wird im Laufe des Herbstes für die Arbeiter unerträglich werden. Die Arbeiter müssen sich auf die ernstesten Konflikte mit den Kapitalisten vorbereiten. Diese Konflikte sind unvermeidlich.

Der Parteitag der V. K. P. D. erörterte gründlich diese Fragen, er arbeitete ein Aktionsprogramm aus, in welchem auch von den Steuern die Rede ist. Für einen Kommunisten ist es selbstverständlich, daß man gegen das Budget des kapitalistischen Staates stimmen muß. Aber die Stellung zu diesen oder jenen Steuern im einzelnen und zu den Maßnahmen ihrer Eintreibung berührt in einem so großen Maße die Interessen der breitesten Schichten des Proletariats, daß die Kommunisten sich nicht mit bloßen Phrasen um die Lösung dieser Fragen herumdrücken können. Die Zentrale brachte deshalb in ihrem Entwurf auch einen Punkt über die Beteiligung des Staates an der Produktion auf dem Wege einer teilweisen Enteignung des kapitalistischen Privateigentums ein. Sie sprach sich also für eine Art Staatskapitalismus aus, wohlgerne, unter der Kontrolle der Arbeiterklasse. Die Opposition widersprach diesem Vorschlag. Ihrer Meinung nach kann die teilweise Aneignung des kapitalistischen Privateigentums durch den Staat und die auf diesem Wege erfolgende Schaffung des Staatskapitalismus unter Mitwirkung der Arbeiterklasse zur Gesundung des Kapitalismus selbst führen, was

die Arbeiter mit noch größerer Versklavung bedroht. Die Opponenten vergaßen jedoch den Umstand in Rücksicht zu ziehen, daß diese teilweise Enteignung der Kapitalisten und die staatliche Kontrolle über die Industrie nur gegen einen äußerst heftigen Widerstand der Kapitalisten durchgeführt werden könnte und daß die in diesem Kampf erreichten Veränderungen in den Eigentumsformen und in der Produktionsleitung die Kraft der Kapitalisten schwächen und die Macht und Geschlossenheit der Arbeiterklasse erhöhen würden. Für die Amendements der Opposition stimmte auch Clara Zetkin. Das wirkte auf die Stimmung des Parteitages so stark ein, daß es infolge der Stellungnahme Clara Zetkins unmöglich wurde, eine klare Entschließung zur Steuerfrage anzunehmen.

Die Stellung der Partei zur Gewerkschaftsbewegung wurde im Einklang mit den Beschlüssen des Weltkongresses und des Kongresses der Gewerkschaftsinternationale geregelt. Die Beschlüsse dieser beiden Kongresse wurden auf dem Parteitag einmütig gebilligt. Die Bedeutung der Gewerkschaften wurde von allen Rednern hervorgehoben, und man betonte, daß die Partei ihre Tätigkeit unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern noch mehr entwickeln und in enger Fühlung mit ihnen bleiben muß. Besonders betonten die Redner aus den Oppositionskreisen die unbedingte Pflicht der Kommunisten, die Eroberung der Gewerkschaften unermüdlich und bewußt anzustreben. Wir können die Amsterdamer Internationale nicht mit bloßem Geschimpfe schlagen. Ein erfolgreicher Kampf gegen sie kann nur durch überzeugende Argumente und durch prinzipienklare, aufopfernde Arbeit unserer Genossen in den Gewerkschaften durchgeführt werden. Der wachsende Einfluß der Kommunisten in den Gewerkschaften veranlaßt die Amsterdamer schon jetzt, die Strafmaßregeln gegen die Kommunisten aufzugeben. Es ist zu erwarten, daß sich die Kommunisten in den bevorstehenden Kämpfen in vielen Gewerkschaften als der einflußreichste Faktor zeigen werden. Der Parteitag stellte die kommunistischen Zellen in den Gewerkschaften in einen festeren organisatorischen Rahmen und beschloß, die Arbeit in den Gewerkschaften durch die Schaffung eines Kampffonds selbständig zu machen und sicherzustellen.

Angesichts der bevorstehenden Kämpfe wurde die Parteiorganisation einheitlicher und geschlossener gestaltet. Der Parteitag stellte die Notwendigkeit fest, die Einnahmen der Partei aus den Mitgliedsbeiträgen und Geldsammlungen zu erhöhen. Es ist notwendig, diese Einnahmen auf eine solche Höhe zu bringen, daß die Partei alle ihre Aufgaben lösen kann, ohne die Hilfe anderer Bruderparteien in Anspruch zu nehmen. Der Mindestbeitrag wurde verdoppelt, und die Partei-

organisationen wurden angewiesen, die Kräfte aller Genossen für die Vergrößerung der Parteimittel auszunützen.

Die Parteipresse muß alle wichtigen Fragen, die die Arbeiter interessieren, allseitig beleuchten. Sie muß in einem höheren Grade als bisher zum Spiegel des Arbeiterlebens und der Arbeiterinteressen werden. Es muß eine stete Agitation für die Gewinnung neuer Abonnenten geführt werden.

Nach einem Beschlusse des Parteitages werden die Parteimitglieder von Grund aus neu registriert, um dadurch einerseits die vorhandenen Parteikräfte für die kommunistische Parteiarbeit auszunützen zu können, andererseits die Partei von schädlichen Elementen zu säubern.

Bei den Debatten über das Parteistatut hat sich die volle Einmütigkeit aller Parteigenossen von neuem gezeigt. Von den früheren Mitgliedern des linken Flügels der Unabhängigen Sozialdemokratie wurde der Antrag auf Aenderung des Parteinamens gestellt. Diese Genossen beantragten, das Wort „Vereinigte“ aus dem Parteinamen zu streichen und die Partei von nun an einfach „Kommunistische Partei Deutschlands“ zu nennen. Das sollte ein Sinnbild dafür sein, daß zur gegenwärtigen Zeit zwischen den Anhängern verschiedener Gruppierungen keine Differenzen bestehen. Der Antrag wurde einstimmig und unter stürmischem Beifall angenommen.

Die Wahlen zur Zentrale brachten eine neue Ueberraschung: die Genossen Stöcker und Koenen wurden nicht wiedergewählt. Die Ursache davon war der Umstand, daß die Mehrheit des Parteitages die Haltung Koenens nach seiner Rückkehr aus Moskau einigermaßen schwankend und unsicher fand. In bezug auf Stöcker waren ähnliche Gründe und überdies seine längere Krankheit maßgebend. Wir sind der Meinung, daß diese Abstimmung eine zu scharfe Reaktion der Parteitagmehrheit gegenüber der Haltung dieser zwei Genossen war, und wir glauben, daß ihre Wiederwahl für die kommunistische Bewegung in Deutschland von unzweifelhaftem Nutzen sein würde. Genosse Paul Frölich kandidierte diesmal nicht, und Clara Zetkin wurde mit unbedeutender Mehrheit in die Zentrale gewählt. Bedauerlicherweise haben viele Teilnehmer des Parteitages ihren Unmut aus Anlaß des früheren Zusammengehens Clara Zetkins mit Paul Levi nicht zu überwinden vermocht. Die Zusammensetzung der neuen Zentrale sichert die Möglichkeit einer gemeinsamen Arbeit aller Parteimitglieder und der Ausnützung aller Parteikräfte zum Wohle der Bewegung.

Der Parteitag schloß seine Arbeiten mit dem Bewußtsein ab, daß die Partei die Periode der schweren Differenzen glücklich überwunden hat. Nicht wenige der in der Vergangenheit be-

gangenen Fehler wurden einer Kritik unterzogen. Und wenn die Kritik dieser Fehler nicht immer ausdrücklich genug war, so lag das nicht daran, weil der Parteitag diesen Fehlern gegenüber etwa blind war, sondern weil er es in diesem Augenblick für nutzlos hielt, alte Wunden aufzureißen.

Der Parteitag hat seinen festen Willen zum Ausdruck gebracht, unablässig, unbeugsam, unentwegt für die Prinzipien des Kommunismus zu arbeiten. Aber gleichzeitig und vor allem bezeugte er auch seine Entschlossenheit, für neue Kämpfe zu rüsten. (Wie sehr diese Entschlossenheit notwendig ist, zeigt die jähe Verschärfung der politischen Gegensätze, die unmittelbar nach dem Parteitage, aus Anlaß der Ermordung Erzbergers, erfolgte.)

Es muß aber auch gesagt werden, daß der Parteitag neben den Vorzügen der Partei auch einen großen Mangel zutage förderte. Die Partei ist eine reine Arbeiterpartei. Es fehlt ihr an guten intellektuellen Führern; es fehlen ihr Kräfte, die fähig sind, den Arbeitsdrang und den Kampfwillen der Partei im Einklang mit den politischen Aufgaben der gegenwärtigen Zeit zu wecken und zu formulieren. Diesen Mangel muß die Partei überwinden, und sie wird ihn überwinden, wenn sie die geistige Entwicklung der ihr angehörenden Arbeiter fördert.

Die Kommunistische Partei Deutschlands ist, entgegen den Voraussagen Levis, nicht tot, sie ist nach wie vor eine immer mehr erstarkende Sektion der Kommunistischen Internationale. F. H.

Der Parteikonflikt in der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands.

Der Parteistreit, der in der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands entstand und zum Ausschluß des früheren Vorsitzenden aus der Partei führte, läuft im wesentlichen auf einen Konflikt zwischen der Parteizentrale und einer Führergruppe wegen der Märzaktion hinaus. Die wahre Ursache dieses Streites ist jedoch in einer weiter zurückliegenden Vergangenheit zu suchen: sie wurde nämlich in die Vereinigte Kommunistische Partei schon bei deren Gründung hineingetragen. Diese Ursache liegt in den Meinungsverschiedenheiten darüber, ob der Wiederaufbau des Kapitalismus möglich ist, wie nah oder wie weit sein Zusammenbruch ist und wie groß die Chancen des revolutionären Sieges der Arbeiterklasse sind. Je nach der Art der Beantwortung dieser Fragen werden auch die Fragen über die Taktik, die die Kommunistische Partei anzuwenden hat, und über die Bildung der Kampffront verschieden beantwortet.

Der III. Weltkongreß hat diese Fragen sorgfältig erwogen und seine Ansicht in erschöpfenden Leitsätzen festgelegt. Aber die Sache ist die, daß alle Leitsätze und geschichtlichen Prognosen nur als Richtlinien verwendet werden können: sie können nicht genaue

Vorschriften für jeden einzelnen Fall des Ringens zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat liefern. In jedem solchen Falle muß die Kommunistische Partei aktiv handeln, um ihrer Rolle als Führerin des proletarischen Kampfes gerecht zu werden. Bei dem heutigen Gleichgewicht der gegnerischen Kräfte kann weder der Gang noch der Ausgang dieser Kämpfe von vornherein vorausgesehen werden, und selbstverständlich hängt sehr vieles davon ab, welche taktischen Entscheidungen von der kommunistischen Partei gefaßt werden. Ohne Fehler geht es hier nicht ab, und es wäre dumm, ein Schutzmittel gegen diese Fehler in einem Wechsel der persönlichen Zusammensetzung der führenden Parteinstanz suchen zu wollen. Viel zweckmäßiger wird es sein, aus den gemachten Fehlern alle möglichen Lehren zu ziehen und diese Lehren dazu auszunützen, in der Zukunft ähnliche Mißgriffe zu vermeiden.

Der Parteikonflikt in der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands ist schon in der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) entstanden. Noch auf dem Gründungsparteitag im Jahre 1918 entstand ein Streit über die Frage der Beteiligung an den Parlamenten; denn ein Teil der Partei-

genossen glaubte an die unmittelbare Nähe der proletarischen Revolution und betrachtete daher die parlamentarische Tätigkeit als eine nutzlose Kraftverschwendung. Rosa Luxemburg hielt es für angebracht, den Vertretern dieser irr tümlichen Ansicht gegenüber eine gewisse Nachgiebigkeit zu zeigen und sie dieser Differenz wegen nicht aus der Partei auszuschließen.

Dieser verkehrten Ansicht über die Entwicklung der Revolution gesellte sich bald eine andere zu, die darauf hinauslief, daß die Arbeiter die von der konterrevolutionären Bürokratie geleiteten Gewerkschaften verlassen und neue, revolutionäre Gewerkschaften gründen müßten. Die Vertreter dieser Auffassung waren der Meinung, daß man durch die Organisierung der Arbeiterklasse nach den Unternehmungen und durch einen Zusammenschluß der Betriebsorganisationen eine große revolutionäre Stoßkraft schaffen könne. Außerdem rechneten diese Genossen darauf, daß die Arbeiter diesen Betriebsorganisationen in Massen zuströmen würden. Aber die Wirklichkeit entsprach keineswegs ihren Erwartungen.

Auf dem Boden dieser Differenzen kam es in der Kommunistischen Partei Deutschlands auf dem Heidelberger Parteitage im Oktober 1919 zu einer Spaltung, wobei sich die Mehrzahl der aus der Partei ausgeschlossenen oder ausgeschiedenen Parteimitglieder zur Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands zusammenschloß. Diese Partei hielt sich für radikaler als die Kommunistische Partei Deutschlands, denn sie glaubte, daß es ihr nach Anwendung „besserer“ Mittel gelingen würde, den Gang der Revolution energischer zu beeinflussen, als dies ihrer Ansicht nach die Kommunistische Partei Deutschlands tat. Außerdem waren die Führer der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands in ihrer Einschätzung der Aussichten der Weltrevolution viel optimistischer gesinnt als die Führer der Kommunistischen Partei Deutschlands.

In der Kommunistischen Partei Deutschlands gehörte nach dem Tode Rosa Luxemburgs, Karl Liebknechts und Jogiches die führende Rolle neben Clara Zetkin hauptsächlich Paul Levi. Es war daher nur natürlich, wenn sich die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands in ihren Angriffen gegen die

Kommunistische Partei Deutschlands vor allem auf Paul Levi als Führer der Partei stürzte. Dabei verschmähte die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands keine Mittel, auch nicht die der Verleumdung und der Insinuation. Paul Levi geißelte seinerseits aufs schärfste die sich in der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands äußernden putschistischen Tendenzen, wobei er sich in seinen Angriffen so weit verrannte, selbst in der ungarischen und in der Münchner Revolution die Merkmale des Putschismus zu erblicken.

Allmählich neigte Levi immer mehr zu der Ansicht hin, daß der revolutionäre Kampf der Arbeiter auf eine längere Frist berechnet werden müsse, weil der Kapitalismus in sich noch eine solche Fülle der Lebenskräfte berge, daß er sich sehr wohl noch für eine längere Zeit wiederaufrichten könne. Diese Ansicht Levis stieß in den Reihen der Kommunistischen Partei auf sehr heftigen Widerspruch. Da er aber der Führer der Partei war, kam das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale zu der Meinung, daß die Kommunistische Partei Deutschlands nicht genügend für die Steigerung der revolutionären Energie des Proletariats Sorge. Daher begann das Exekutivkomitee, die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands als ein notwendiges und nützliches Werkzeug für den Kampf mit dieser angeblichen Passivität der Kommunistischen Partei Deutschlands zu benutzen. Das Exekutivkomitee nahm sogar die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands in die Kommunistische Internationale als sympathisierende Partei auf. Es ist nur ganz natürlich, daß von allen Delegierten der Kommunistischen Partei Deutschlands auf dem II. Kongreß der Kommunistischen Internationale gerade Paul Levi sich mit besonderem Eifer gegen diese Entscheidung wandte und selbst mit dem Verlassen des Kongresses drohte. Der zweite Weltkongreß sprach sich in dieser Frage sehr scharf gegen Levi aus, und Levi kehrte sehr erbittert nach Deutschland zurück.

Außerdem war Levi auch nicht mit den vom II. Kongreß aufgestellten 21 Bedingungen für die Aufnahme in die Kommunistische Internationale einverstanden. Da aber die Führer des linken Flügels der U. S. P. D. sich auf

demselben Kongreß bereit erklärten, unter diesen Bedingungen in die Kommunistische Internationale einzutreten, sich also die Möglichkeit bot, eine große kommunistische Partei in Deutschland zu schaffen, was den Wünschen Levis unbedingt entsprach, entschloß sich der Letztere, um des Erfolges dieses wichtigen Werkes willen das Gefühl der persönlichen Erbitterung, die in ihm durch die scharfe Stellungnahme des Exekutivkomitees ihm gegenüber geweckt wurde, zu unterdrücken.

Kurz darauf trat der Vereinigungsparteitag zusammen. Levi hatte es entschieden abgelehnt, in die Zentrale der V. K. P. D. einzutreten. Er war nicht nur über den Empfang, den er in Moskau gefunden hatte, verstimmt, sondern auch durch die Opposition gereizt, der sein opportunistischer Standpunkt in der V. K. P. D. begegnete. Er bildete sich ein, daß in der Partei ein linker Flügel existierte, der dann seiner Meinung nach verpflichtet sei, die Leitung der Partei zu übernehmen. Erst nachdem beschlossen wurde, daß die Partei von nun an zwei gleichberechtigte Vorsitzende haben solle, ließ sich Levi herbei, den Parteivorsitz zusammen mit Däumig zu übernehmen. Aber Levi währte nicht nur einen linken Flügel in der V. K. P. D., dessen Vertreter, obwohl nicht in die Zentrale gewählt, doch nach seiner Ansicht in der Partei eine geheime Wühlarbeit gegen seine Anschauungen fortsetzten, er hielt auch die Politik des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale für verderblich. Daher stellte er sich das Ziel, das Exekutivkomitee zu zwingen, die K. A. P. D. aus der Kommunistischen Internationale auszuschließen, und begann vor allem danach zu streben, die große deutsche Partei zu einem Bollwerk gegen die angeblich putschistische Politik des Exekutivkomitees zu machen. Levi wollte eine Politik führen, die der Partei die Möglichkeit gäbe, die noch außer der Partei stehenden großen Massen zur Partei heranzuziehen. Das beste Mittel zu diesem Zwecke erschien ihm der Kampf gegen jeden Putschismus.

Von der deutschen Partei zum italienischen Parteitag delegiert, entschied sich Paul Levi dafür, daß man sich im Interesse der Weltrevolution in Italien möglichst weit nach

rechts orientieren müsse, um für die kommunistische Partei die breitesten Massen zu gewinnen. Levi sah die Gefahr nicht ein, die die reformistisch gesinnten Führer für die kommunistische Partei bildeten; denn er gehörte ja selbst zu diesen Reformisten.

Nach seiner Rückkehr nach Deutschland fing Levi einen Kampf gegen die Vertreter des Exekutivkomitees an, die seiner Ansicht nach auf dem italienischen Parteitag den trennenden Strich, der die Führergruppe spaltete, allzuweit nach links geführt hatten. Er glaubte darin ein bestimmtes Bestreben seitens des Exekutivkomitees zu sehen, kleine, aber rein kommunistische Parteien zu schaffen, die den breiten Massen den Zutritt zu ihren Reihen verschlossen. Dieselbe Gefahr drohte, nach seiner Ansicht, in der V. K. P. D., und nachdem die erweiterte Zentrale in ihrer Februarsitzung die Handlungsweise des Exekutivkomitees gebilligt hatte, trat Paul Levi mit noch vier anderen Genossen aus der Zentrale aus.

Paul Levi hat die innere Parteipolemik aus Anlaß der italienischen Frage in ganz unzulässiger Weise verschärft. Er zeigte einen vollen Mangel an jenen Eigenschaften, die es den Führern auch bei den heftigsten Parteistreitigkeiten ermöglichen, Menschen zu bleiben, die mit der Partei nicht bloß durch die Bande der Vernunft, sondern auch durch tiefe geistige Bande verbunden sind. Hier hat Levi ganz klar die Absicht gezeigt, der Politik des Exekutivkomitees einen wuchtigen Schlag zu versetzen, um die Aufmerksamkeit der Kommunistischen Internationale auf diese seiner Meinung nach verderbliche Politik zu lenken. Levi verletzte dabei das erste Gebot jedes Kämpfers, — die Pflicht der Parteidisziplin. Im Laufe der ganzen Zeit, wo er Führer der K. P. D. war, zeigte er wiederholt das Bestreben, die mit der Führerwürde verbundene Verantwortung von sich abzuwälzen, indem er bei jeder Gelegenheit mit seinem Rücktritt drohte.

Levi trat mit vier anderen Genossen aus der Zentrale der V. K. P. D. in dem Augenblick aus, wo es mehr als je notwendig war, die deutschen Arbeiter mit der größten Entschlossenheit auf die Schanzen zu führen. Mittels des „Offenen Briefes“ gelang es der Partei, die Arbeiter in den Betrieben wie in

den Gewerkschaften zu veranlassen, über die Frage der Maßnahmen zur Milderung der materiellen Not nachzudenken. Das genügte aber nicht: man mußte auch die Aktivität der Massen unaufhörlich weiter entfalten. Der Rücktritt Levis aus der Zentrale rief in der V. K. P. D. eine Krise hervor und hinderte sehr fühlbar den Zusammenschluß der Massen zum gemeinsamen Kampf. Doch konnte die Partei nicht untätig sein, und die erweiterte Zentrale beschloß auf ihrer Sitzung vom 17. März 1921, die Agitationsarbeit der Vorbereitung des Bodens für eine möglichst unverzügliche Aktion zu steigern. Dieser Beschluß der erweiterten Zentrale traf zeitlich mit der Provokation Hörsings gegenüber dem Proletariat Mitteldeutschlands zusammen, und der Zentrale der V. K. P. D. blieb keine andere Wahl, als das gesamte Proletariat Deutschlands zur Unterstützung des mittel-deutschen Proletariats aufzurufen. Die Zentrale rief die Arbeiter zum Generalstreik auf. — Der Ausgang des Kampfes ist bekannt. — Der Einfluß der S. P. D., der U. S. P. D. und des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes auf die Massen erwies sich als so stark, daß es den Massen gar nicht einfiel, an dem Kampfe teilzunehmen, selbst nicht zu einer Zeit, wo es doch galt, ihre eigenen Klassengenossen gegen den Anschlag der Konterrevolution zu verteidigen. Dann zeigte es sich aber auch, daß die kommunistische Partei selbst organisatorisch noch nicht genügend festgefügt war, um sich als eine geschlossene Vorhut in den Kampf zu stürzen.

Diese bitteren Wahrheiten mußte die Partei nun aus eigener Erfahrung kennen lernen, und es war ihre wichtigste Aufgabe, aus dieser Erfahrung die nötigen Lehren zu ziehen. In dieser Hinsicht hätte Paul Levi der Partei einen wertvollen Dienst leisten können, wenn er zunächst innerhalb der Partei die zutage getretenen Schwächen, Mängel und die während der Aktion gemachten Fehler der Kritik unterzogen hätte. Aber seine Disziplinlosigkeit und seine persönliche Gereiztheit gegen die Führer des angeblichen linken Flügels brachten ihn dazu, daß er gleich am Tage nach der Aktion eine Broschüre veröffentlichte, in der er den Abwehrkampf gegen die Hörsingsche Provokation als ein schweres Verbrechen und einen bakunisti-

schen Putsch stempelte und behauptete, daß die Partei jetzt zerschmettert und auf Jahre hin entkräftet sei. Nach der Ansicht Levis konnte die Partei nur durch eine unverzügliche Neuwahl der Zentrale und durch eine Brandmarkung der Vertreter des Exekutivkomitees in Deutschland vor einer vollkommenen Vernichtung gerettet werden. Diese Stellungnahme Levis zur Märzaktion machte es ihm von vornherein unmöglich, sich ein richtiges Urteil über diese Aktion zu bilden. Ueberdies verwirrte er viele andere Genossen und bewirkte, daß man aus der Erfahrung der Märzaktion nicht unverzüglich all die Lehren zog, die der Partei zur Behebung so mancher organisatorischen Mängel dienen konnten. Wider seinen Willen hat Levi dem weißen Terror und der gerichtlichen Verfolgung gegen die Märzkämpfer wertvolle Dienste geleistet.

Paul Levi hat sich ein Teil der Führer angeschlossen. Aber in der in dieser Weise gebildeten Gruppe gab es keine geistige Einmütigkeit, und die Gründe, aus denen einzelne Vertreter dieser Gruppe in einen Gegensatz zur Zentrale kamen, sind sehr verschieden geartet. Da diese Gruppe, ebenso wie Levi selbst, anstatt die Lehren des Märzkampfes objektiv zu untersuchen, vor allem den Sturz der Zentrale anstrebte, gelang es ihr nicht, sich in den Parteiorganisationen eine irgendwie bedeutende Anhängerzahl zu erobern. Die oppositionelle Führergruppe blieb auch weiter isoliert und rief durch ihr Benehmen eine immer heftigere Entrüstung der Parteigenossen hervor.

Levi beschränkte sich nicht auf die Veröffentlichung seiner Broschüre; er beeilte sich, zusammen mit einigen anderen Genossen eine Vereinigung der Oppositionsführer zu gründen, die ihre eigenen Beratungen abhielten. Levi gründete seine eigene Zeitschrift „Sowjet“, in der er, samt den anderen Vertretern der Opposition, eine Kampagne gegen die Zentrale der Partei eröffnete. In ihren Artikeln findet sich kein Wort über die nützlichen Lehren des Märzkampfes. Umsonst auch würde man in diesen Artikeln praktische Ratschläge zur Stärkung der Partei suchen. Der „Sowjet“ schrieb ausschließlich über den Zerfall der Partei und

über die Verbrechen der Mitglieder der Zentrale.

Die Zentrale sah sich daher gezwungen, Levi wegen der Veröffentlichung der Broschüre und der damit verbundenen schweren Verletzung der Parteidisziplin aus der Partei auszuschließen und von ihm die Niederlegung des Reichstagsmandats zu fordern. Levi lehnte diese Forderung unter der Erklärung ab, daß er im Einvernehmen mit seinen in der Partei verbleibenden Gesinnungsgenossen sein Reichstagsmandat behalten würde. Acht Genossen erklärten öffentlich ihre Solidarität mit Paul Levi. Und als die Zentrale diesen acht Genossen die Ausnützung ihrer Reichstagsmandate für die Einberufung einer außerordentlichen Sitzung der erweiterten Zentrale verbot, erklärten noch acht andere Genossen ihre Solidarität mit Levi. So untergruben die Parteiführer systematisch die Parteidisziplin, und es ist kein Wunder, daß sich in der Partei eine immer stärkere Empörung gegen diesen Disziplinbruch seitens der Führer zu äußern begann.

Wenn die Zentrale nicht schärfere Maßregeln gegenüber diesen Parteizerstörern ergriff, so lag der Grund dafür in dem Umstand, daß das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale die Entscheidung über diesen Parteikonflikt dem III. Weltkongreß überlassen wollte. Der oppositionellen Führergruppe gehörte auch Genossin Zetkin an, die mit Rücksicht auf die Eigentümlichkeit ihrer Stellung und ihrer politischen Orientierung mit einem ganz anderen Maß als Paul Levi gemessen werden mußte. Genossin Zetkin ist eine alte, bewährte Kämpferin; sie hat durch ihre ganze Vergangenheit bewiesen, daß ihr die Sache des Proletariats über alle persönlichen Interessen geht und daß sie die Parteidisziplin zu beobachten versteht. Genossin Zetkin wurde zweifellos durch die Umstände irreführt, von denen die Erörterung des Berichtes über die italienische Parteispaltung in der Zentrale begleitet wurde; auch wurde sie in den Parteikonflikt nur durch die Verschärfung der Lage hineingezogen, die das Verhalten Levis in die Frage gebracht hatte. Auf dem Weltkongreß erklärte Genossin Zetkin, nachdem sie in alle Materialien über die italienische Frage Einsicht genommen hatte, offen, daß sich jetzt

ihre Ansicht geändert hätte. Daß sie sich auch in der Einschätzung der Märzaktion auf die Seite der oppositionellen Führer stellte, erklärt sich zum Teil zweifelsohne durch die Umstände, die wir oben erwähnt haben. Wäre Genossin Zetkin Mitglied der Zentrale geblieben, so würde sie bei der Erörterung der Frage, wie auf die Provokation Hörsings reagiert werden soll, sicher dieselbe Haltung wie die Zentrale eingenommen haben. Und für die Zentrale wären während der Märzaktion die Ratschläge einer so kampferprobten Genossin wie Clara Zetkin höchst wertvoll gewesen. Wenn die Zentrale keine Möglichkeit hatte, diese Ratschläge zu benutzen, so ist daran die Zentrale selbst jedenfalls am wenigsten schuldig.

In der von Levi herausgegebenen Zeitschrift „Sowjet“, die dann pretenziös in „Unser Weg“ umgetauft wurde, wurde die Zentrale unserer Partei aufs gewissenloseste angegriffen, was die notwendige Autorität der leitenden Parteinstanz bis zu einem gewissen Grade untergrub. Die Zentrale verbot daher den Parteimitgliedern, an dieser Zeitschrift mitzuarbeiten, welches Verbot aber von den Genossen Anna Geyer, Kurt Geyer, Bernhard Düwell und Marcu gebrochen wurde. Allerdings wagten sie nicht mehr offen, unter ihrem Namen zu schreiben und versteckten sich hinter dem Schild der Anonymität. Die Zentrale verzichtete vorläufig auf weitere Disziplinarmaßnahmen und zwar in der Hoffnung, daß auf dem III. Weltkongreß der ganze Parteikonflikt entschieden werden würde. Diese Hoffnung wurde vollkommen erfüllt. Aus der Märzaktion wurden alle nötigen theoretischen und praktischen Folgerungen gezogen, und es wurde für die nächste Zeit die Taktik festgelegt, die für alle Kommunisten bindend ist. Die Handlungsweise Levis, der mit seiner Broschüre auftrat, wurde verurteilt und sein Ausschluß aus der Partei bestätigt. Den Parteimitgliedern wurde jede weitere Zusammenarbeit mit Levi verboten.

Nach Schluß des Kongresses wurde zwischen den auf ihm anwesenden Vertretern der Opposition und der offiziellen Parteidelegation, unter der persönlichen Vermittlung Lenins, eine Vereinbarung in der Frage der Schlichtung des Parteikonflikts in der V. K. P. D. erzielt. Auf der Augustsitzung der er-

weiterten Zentrale stellte sich die ganze Zentrale in ihrer engeren wie in ihrer weiteren Zusammensetzung auf den Boden der Moskauer Beschlüsse und Vereinbarungen. Auch die Opposition war bereit, sich auf diesen Boden zu stellen.

Gleichzeitig aber weigerten sich die Mitglieder der Opposition, zu erklären — wie dies die Mehrheit der erweiterten Zentrale forderte —, daß sie jede Zusammenarbeit mit Levi aufgeben und keine Sonderberatungen mehr veranstalten werden. Die Erfüllung dieser Forderung machten sie von dem weiteren Verhalten der Zentrale abhängig. Diese Handlungsweise der Vertreter der Opposition verhinderte die unverzügliche Verwirklichung der Moskauer Vereinbarung, obwohl die Zentrale ihrerseits alles Mögliche tat, um im Interesse der Parteibewegung eine brüderliche Zusammenarbeit möglich zu machen. Diese Lage erforderte die schnellste Einberufung des Parteitags, um die Stellung der Partei zu den Beschlüssen des III. Weltkongresses zu klären und dadurch den Parteistreit selbst endgültig zu erledigen.

Alles Obengesagte über den Parteikonflikt wurde von mir noch vor dem Parteitage geschrieben. Die Zusammensetzung des Parteitages hat die Tatsache vollkommen bestätigt, daß die oppositionellen Führer in den Organisationen nur einen verschwindend geringen Anhang besaßen. Unter den 278 Delegierten standen nicht mehr als 15 auf der Seite der Opposition, und die gesamte Stimmung des Parteitages zeugte klar davon, daß die Parteigenossen entschlossen waren, mit der parteischädigenden Tätigkeit mancher einzelnen Genossen ein für allemal aufzuräumen. Einstimmig und ohne Diskussion beschloß der Parteitag, Kurt Geyer, Bernhard Düwell und Waldemar, die entgegen den Beschlüssen des Weltkongresses offen, unter eigenem Namen, an der Zeitschrift *Levis* weiter mitarbeiteten,

aus der Partei auszuschließen. Genossin Clara Zetkin sah jetzt vollkommen klar ein, wohin der von Paul Levi eingeschlagene Weg führt; sie verzichtete, wie zu erwarten war, auf jede weitere Gemeinschaft mit ihm und schloß sich den Beschlüssen des Parteikongresses hinsichtlich des deutschen Parteikonfliktes entschieden an. Sie bekräftigte dies auch durch ihren Eintritt in die Zentrale der V. K. P. D. Es ist zu erwarten, daß auch andere Genossen von der Opposition dem Beispiel Clara Zetkins folgen werden und der Parteikonflikt dann erledigt sein wird; obwohl man sich andererseits der Tatsache nicht verschließen darf, daß die grundsätzliche Meinungsverschiedenheit, auf deren Boden der Parteikonflikt entstanden ist, auch weiterhin bestehen bleibt.

Die Partei muß organisatorisch und politisch fester gefügt werden, damit sie unbeirrt ihren geraden Weg geht und nicht durch diesen oder jenen Seitensprung eines Führers aus dem Geleise geworfen wird. Die Verschärfung der wirtschaftlichen Krise in Deutschland stellt an die Partei gebieterische Anforderungen: sie muß die Arbeitermasse unter dem Banner des Kommunismus sammeln, ihre Führerin in den bevorstehenden Kämpfen sein und zur Entfaltung der ganzen revolutionären Energie, die im Proletariat schlummert, beitragen. Nur wenn die Partei diese Anforderungen erfüllt, wird sie fähig sein, den proletarischen Kampf für den Sturz der Bourgeoisie und die Aufrichtung der proletarischen Diktatur mit möglichst geringen Opfern zum siegreichen Ende zu führen. Nur in dieser Weise wird es ihr möglich sein, den Weg zur Schaffung der kommunistischen Wirtschaft zu bahnen und dem Elend und der Sklaverei ein für allemal ein Ende zu machen.

Wilhelm Pieck.

Vom Sektierertum zur Gegenrevolution.

(Zur Frage der K. A. P. D.)

„Die Entwicklung des sozialistischen Sektierertums und die Entwicklung der wirklichen Arbeiterbewegung stehen immer im umgekehrten Verhältnis zu einander, und so-

lange die Sekten (historisch) berechnete Existenzbedingungen haben, solange wird die Arbeiterklasse zu einer selbständigen historischen Bewegung nicht reif sein. Wenn

sie aber diese Reife einmal erlangt hat, dann werden alle Sekten ihrem Wesen nach reaktionär."

(Brief von Marx an Bolte, 1871.)

Jene Abart des Amateur-Marxismus und revolutionären Dilettantismus, die sich die besondere Bezeichnung der „holländischen Schule“ angeeignet hat, ist jetzt von dem allgemeinen Schicksal aller Sekten betroffen worden. Das allgemein anerkannte Haupt dieser „Schule“, Hermann Gorter, der in einer ihm eigenen etwas komischen melodramatischen Manier von Zeit zu Zeit seine revolutionären Sonntagspredigten hielt, tritt endlich aus dem Nebel der revolutionären Phraseologie in die gegenrevolutionäre Wirklichkeit heraus.

Kürzlich noch wirkten diese Sonntagspredigten der „holländischen Schule“ auf die aktiven Revolutionäre etwa so wie die frommen und naiven Legenden der mittelalterlichen Heiligen — auf die rationalistischen Theologen wirkten. Man könnte diese unklaren (selbstverständlich philiströsen) Phantasien als Unterhaltungsstoff für Mußestunden gelten lassen. Dank der zweifellosen Aufrichtigkeit und dem Verzicht jedweder Ansprüche auf politische Offenbarungen ließ der Leser sich sogar die ungewöhnliche Banalität dieser Schreibereien gefallen.

Wenn sich in diesen melodramatischen Erhebungen über Imperialismus, Krieg, internationale Solidarität und Revolution kein besonderer Schwung fühlbar machte, so sprühte aus ihnen doch eine naive und aufrichtige Lyrik. Und jetzt, wo es sich gezeigt hat, wie schwer der Weg der Revolution ist, wie schwierig die mit ihr verbundenen Probleme sind und wieviel Feinde wir in unserm eigenen Lager haben, würde es kaum jemand dem anderen übel nehmen, wenn dieser andere die Revolution als ein Melodrama betrachtet und geglaubt hat, daß der Weg zu dieser Revolution nicht breiter als ein Brett ist, und daß man ausschließlich auf diesem Brett den Kommunismus erreichen und sogar darüber hinaus gehen könne.

Wir sind gegenwärtig der Ansicht, daß es seinerzeit durchaus richtig war, Gorter und seinen Genossen den Zutritt zur Kommunistischen Internationale nicht zu verweigern.

Natürlich — nicht aus großmütigem revolutionären Mäzenatentum dem Verfasser eines Melodramas gegenüber, sondern weil man nicht vergessen darf, daß die kommunistische revolutionäre Bewegung zu jener Zeit sich noch nicht in dem Entwicklungsstadium befand, in dem sogar so unbedeutende Sekten wie die „holländische Schule“ jede historische Existenzberechtigung verlieren.

Gegenwärtig aber — mögen die Schwierigkeiten auf dem Wege der revolutionären Entwicklung noch so groß sein — ist die kommunistische Bewegung nicht nur zu einer selbständigen historischen Bewegung der Arbeiterklasse geworden, sondern jeder ihrer Schritte legt uns auch die größte Verantwortung auf. Jene, denen die Revolution als ein Melodrama erscheint, sind jetzt nicht mehr als ein harmloser merkwürdiger Anachronismus zu betrachten. Sie tragen nicht nur den für das Sektierertum eigentümlichen Stempel an sich, sondern sie sind, vom politischen Gesichtspunkt aus, für die Revolution als durchaus schädlich zu betrachten.

In seinen beiden letzten Broschüren „Die Klassenkampforganisation des Proletariats“ und „Die Moskauer Internationale“ überschritt Gorter jene Grenze, die eine revolutionäre Sekte von der Gegenrevolution scheidet. Aus dem Nebel von revolutionären Phrasen, in den er sich eingehüllt hat, macht er einen Sprung in den Sumpf der Gegenrevolution. Er gerät dort in die Gesellschaft der Kronstädter Aufrührer, die auf Kosten der russischen Bauernschaft und mit deren Hilfe Leuten wie Tschernow und Miljukow bei ihrem Kampfe gegen die Macht des russischen Proletariats behilflich sein wollten. Er fühlt sich eins mit den zu trauriger Existenz verurteilten deutschen Syndikalistens, die im März mit ihren schamlosen Angriffen gegen Moskau und gegen die ganze Kommunistische Internationale auftraten. Er ist nicht allein auf der Seite dieser sogenannten „Radikalen“, er gebraucht sogar ihre Waffen bei seinen wutschnaubenden Angriffen auf Moskau, auf die „Moskauer Internationale“ und auf Sowjetrußland. Er entlehnt diese seine Waffen dem selben Arsenal, das auch Kautsky für seinen heiligen Krieg gegen den „bolschewistischen, das demokrati-

sche Grusien erdrosselnden Imperialismus ausgerüstet hat.

Früher idealisierte er in seiner heiligen Einfalt die bolschewistische Revolution, jetzt betrachtet er die aufständischen Kronstädter Matrosen und Bauern als die Verkörperung der westlichen revolutionären Richtung, der er die bolschewistischen Sittenverderber entgegenstellt.

Er begreift nicht, daß seine eigene kleine Sekte und seine eigene kleine Partei (K. A. P. D.) jedes Existenzrecht endgültig verloren haben, er hält die durch die Entwicklung der Arbeiterbewegung herbeigeführte Katastrophe seiner Sekte für eine Katastrophe der Weltrevolution und zieht hieraus den Schluß, daß die Weltrevolution infolge der Katastrophe seiner Sekte für lange Zeit hinausgeschoben wird.

Die revolutionären Melodramen wurden zu Klageliedern, und der „holländische Marxist“, der seine Sonntagspredigten hielt, verbreitet von nun an die Ideen der Gegenrevolution.

Dieser Umstand erscheint uns als ein, wenn auch negatives Merkmal für die Reife der kommunistischen Arbeiterbewegung.

Er beweist auch, daß der III. Kongreß in der Frage der K. A. P. D. durchaus richtig gehandelt hat.

Was ist eine proletarische Politik?

Das holländische Haupt der K. A. P. D. sprach eines Tages ein summarisches Todesurteil aus: der Weltrevolution, der Kommunistischen Internationale und Sowjetrußland. Noch vor dem Kongreß begann Gorter zu klagen:

„Wenn jetzt noch die russische Taktik der Partei- und Führer-Diktatur hier befolgt wird, nach den unheilvollen Folgen, die sie hier schon gebracht hat, dann ist es nicht mehr nur Dummheit, sondern ein Verbrechen, ein Verbrechen an der Revolution.“ („Die Klassenkampforganisation des Proletariats“, S. 6.)

Seine Drohungen klingen einstweilen noch sehr zart.

Im Namen der holländischen Schule verbietet er „Radek, Sinowjew, Lenin und allen russischen Internationalisten“ die Teilnahme an der internationalen Arbeiterbewegung.

Als das anerkannte Haupt der „holländischen Schule“ erteilte er ihnen einfach den Befehl:

„Hände weg von der westeuropäischen Revolution!“

Nach dem Kongreß fordert er bereits die Todesstrafe.

Er spricht das Todesurteil aus über die Kommunistische („Russische“) Internationale, über Sowjetrußland, die russische Kommunistische Partei, über alle jene, die „die Weltrevolution in den Hintergrund geschoben haben, damit die russische Revolution (noch einige Zeit) lebe. Damit ist auf längere Zeit die Weltrevolution zum Dahinsiechen verurteilt.“ („D. Mosk. Intern.“ s. 1.)

Alles das erklärt sich letzten Endes dadurch, daß die an der Schwelle des fünften Revolutionsjahres stehende „holländische Schule“ mit erstaunlichem Scharfsinn konstatiert, daß die „russische Revolution nur dem Anschein nach eine proletarische kommunistische war und daß die „zweideutige“ Taktik und Politik der Sowjetregierung — diese proletarische bürgerliche Taktik — die Kommunistische Internationale von dem richtigen Wege abgebracht und aus ihr eine kleinbürgerliche Gesinnungsgemeinschaft gebildet habe. (Es muß übrigens hervorgehoben werden, daß diese holländische Auffassung sogar in den Reihen dieser Sekte nicht immer volle Anerkennung findet: Gorter betrachtet es als eine Aufgabe seiner „Linken“ — alle Revolutionäre zuerst national“ zu vereinigen, während die K. A. P. D., diese alte Theorie ignorierend, die Errichtung einer konkurrierenden „proletarischen Internationale“ fordert.)

Wir wollen den Versuch machen, aus dieser holländischen Jeremiade vor allen Dingen zwei Thesen herauszukristallisieren:

1. Die russische Revolution sei nur dem Anschein nach eine proletarisch-kommunistische. In Wirklichkeit aber war sie es nur in einem sehr geringen Maße, vielmehr hatte sie den Charakter einer demokratischen Bauernrevolution.

2. Ihrem Wesen nach sei die Republik nicht so sehr eine kommunistische, sondern vielmehr eine bürgerlich-proletarische zu nennen. Ihre Taktik hätte daher immer einen „proletarisch-bürgerlichen Charakter“ gehabt. Hieraus sei der Schluß zu ziehen, daß die Herrschaft des

Proletariats über die Bauernschaft in Sowjetrußland nur eine scheinbare gewesen ist. Die herrschende Partei des russischen Proletariats, die R. K. P., verfolge nur äußerlich die proletarische Politik, in Wirklichkeit aber sei sie die Trägerin einer bürgerlich-bäuerlichen Politik.

Das wäre die Quintessenz des holländisch-marxistischen" Standpunkts, die nach der Beseitigung des ganzen Phrasenschwulstes übrig bleibt.

Der größeren Klarheit wegen fangen wir von vorne an.

Die grundlegende Frage einer Revolution ist die Frage der Staatsgewalt. Das Ziel der revolutionären proletarischen Politik ist die Eroberung der Staatsgewalt und ihre Erhaltung, solange das Proletariat eine staatliche Gewalt braucht. Ob nun diese oder jene Politik als eine proletarische oder bürgerliche anzusprechen ist, — diese Frage wird dadurch entschieden, ob diese Politik die Staatsgewalt dem Proletariat oder der Bourgeoisie dauernd zuerkennt.

Ein Drittes kann es nicht geben. Dieses Dritte existiert nur im Programm der 2½ Internationale und in der Phantasie Gorters. Eine „Zweideutigkeit“ kann es in dieser Frage nicht geben. Die Bourgeoisie, die die Gewalt in ihren Händen hatte, zeigte klar dem Proletariat, daß es in diesem Falle nur eine eindeutige Politik geben kann.

Diese Tatsache hat nichts damit zu tun, daß der überwiegende Teil der Bevölkerung Rußlands aus Bauern besteht. Die russische Revolution ist nicht von vornherein eine proletarische gewesen; nach dem Zusammensturz des Zarismus ist die Macht nicht auf einmal in die Hände des Proletariats übergegangen. Die Bourgeoisie hat die Macht eben dank dem Umstände in die Hände bekommen, daß das Proletariat nicht über ein genügend klares Klassenbewußtsein verfügte. Das fand seinen Ausdruck in der Politik jener Parteien, die sich sozialistische nannten (Menschewisten, Sozialrevolutionäre usw.).

Die Politik dieser Parteien hatte nicht das Bestreben, die Macht zu ergreifen. Daher war sie auch keine proletarische Politik, wie übrigens auch die Taktik jener Bolschewisten, die in den März- und Apriltagen den Stand-

punkt einer bedingungsweisen Unterstützung der provisorischen bürgerlichen Regierung vertraten. Im Gegensatz dazu war die Politik Lenins eine wahrhaft proletarische Politik, jene einzig mögliche, mustergültige marxistische revolutionäre Taktik, die er in seinen Thesen vom 4. April in folgender Weise zum Ausdruck brachte:

„Wir müssen feststellen, daß unsere Partei in der Mehrzahl der Arbeiter-Sowjets in der Minderheit ist. Im Vergleich mit dem Block aller kleinbürgerlichen, opportunistischen und unter dem Einflusse der Bourgeoisie stehenden Elementen, deren Einfluß sich auch auf das Proletariat erstreckt, ist diese Minderheit zahlenmäßig sehr gering.

Es ist notwendig, die Masse darüber aufzuklären, daß die Arbeiter-Sowjets die einzig mögliche Form einer revolutionären Regierung sind und daß es folglich unsere Pflicht ist — solange die gegenwärtige Regierung unter dem Einfluß der Bourgeoisie steht —, die Massen systematisch, geduldig und im Einklang mit den praktischen Bedürfnissen der breiten Schichten über die Fehler und über die sozialistisch-opportunistische Taktik aufzuklären.“ („Prawda“ Nr. 226, 1917.)

Das war eben jene proletarische Politik, die die Macht in diesem Bauernlande der Arbeiterklasse sicherte.

Dank dem Bündnis der die Minderheit bildenden Arbeiter mit den Soldaten, d. h. also mit den Bauern, ist es der Arbeiterklasse gelungen, die Staatsgewalt in ihre Hände zu bekommen. Das ist (wie auch Gorter zugibt) in folgender Weise vor sich gegangen: Das Proletariat, das die Minderheit bildete, gewann den Einfluß auf die Mehrheit der Bauernschaft und schuf der Arbeiterklasse auf diese Weise die Möglichkeit, die Staatsgewalt zu erringen.

Nach Gorter sei dies nur der Anschein einer kommunistischen Politik.

Dem westeuropäischen Proletariat ist es nicht gelungen, die von den russischen Arbeitern aufgenommene Sache — die Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse — weiter fortzusetzen. (Das ist sogar in Holland nicht gelungen, ungeachtet der Unterstützung des „holländischen Kommunismus“). Die Hauptaufgabe des russischen Proletariats war die Erhaltung der Macht in seinen Händen und nicht die weitere Entwicklung der unmittelbar

zum Sozialismus führenden Uebergangsmaßnahmen.

Wie kann die proletarische Politik unter diesen besonderen Verhältnissen durchgeführt werden? Gorter denkt sich die Sache so: Man muß sich auf ein auf dem Boden liegendes Brett stellen und erklären, daß man nur auf diesem Brett zu dem Kommunismus kommen könne; zu beiden Seiten dieses Brettes aber sei alles schlecht und von Uebel, und der geheiligte Fuß eines Kommunisten dürfe diese Gebiete nicht betreten. Man müsse erklären, daß nur jene Politik eine proletarische sei, die unmittelbar zum Kommunismus führe. Bauern existieren für die Proletarier nicht, noch viel weniger — die kapitalistischen Staaten. Und mit einem Zitat, das einem begabteren Dichter entlehnt worden ist, dem Horaz, empfiehlt Gorter dem Proletarier den Tod, versüßt durch eine schöne Geste: „Et si fractus illabatur orbis, impavitus ferient ruinae“ („Und wenn die ganze Welt zusammenbricht, den Unerschrockenen werden die Ruinen begraben“).

Wenn die revolutionären Proletarier dieser Politik folgen würden, so wäre sie eine proletarische zu nennen. Aber für das Proletariat würde diese Politik jedenfalls eine schlechte Politik sein.

Die russische Partei des revolutionären Marxismus — die Russische Kommunistische Partei — hat eine solche schlechte „proletarische“ Politik nicht verfolgt. Sie hat sich nicht mit einer heroischen Geste in ihr eigenes Schwert gestürzt und die Macht nicht aufgegeben. Sie hat es auch dann nicht getan, als das Proletariat zu schwanken begann und vielleicht nahe daran war, seine großen historischen freiheitlichen Interessen den Interessen des Augenblicks zum Opfer zu bringen (wie dies die ungarische Arbeiterklasse, weil sie keine führende kommunistische Partei besaß, getan hat). Die Russische Kommunistische Partei hat die Macht ebensowenig der unzufriedenen Bauernschaft übergeben, um nicht durch die Vermittlung eines Tschernow irgend einen Zarengeneral zur Macht gelangen zu lassen.

Die Kardinalaufgabe der russischen Revolution — wir wiederholen es — ist die Erhaltung der Macht.

Diese Erhaltung der Macht ist natürlich

kein Selbstzweck, sondern lediglich die unbedingte Voraussetzung für den Uebergang zum Sozialismus überhaupt.

Jede andere Politik würde sich nicht nur gegen die Erhaltung der Macht, sondern auch gegen die Möglichkeit der Verwirklichung des Sozialismus richten. Bei der Eigenart der russischen Verhältnisse ist der zum Kommunismus führende Weg natürlich sehr verschlungen. Dieser Weg wird vermutlich auch in den entwickelten kapitalistischen Ländern, ganz zu schweigen von Rußland, kein gerader sein.

Uebrigens werden die seitens der Sowjetmacht der Bourgeoisie gemachten Zugeständnisse auf dem Gebiete des Privateigentums noch lange Zeit in Geltung bleiben. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden sie auch dann noch bestehen bleiben, wenn wir mit vollem Recht von der bereits bestehenden sozialistischen ökonomischen Ordnung werden sprechen können. Es bestehen doch auch in den kultiviertesten kapitalistischen Ländern gewisse Ueberreste längst vergangener Entwicklungsperioden. In einzelnen Gebieten Bayerns finden wir in der Landwirtschaft mittelalterliche Verhältnisse vor. Die Kleinindustrie spielt in allen kapitalistischen Ländern eine gewisse Rolle auch jetzt noch, aber es wird trotzdem niemand bestreiten wollen, daß in Deutschland und Frankreich gegenwärtig eine kapitalistische Ordnung herrscht.

In Rußland handelt es sich um die Frage, mittels Zugeständnissen die Macht zu erhalten, um die ökonomisch entscheidenden Produktionsfaktoren mit Hilfe dieser Macht zugunsten des Proletariats zu verwerten. Auf diese Weise wird die Entwicklung in der Richtung des Sozialismus — wenn sie zeitweilig auch Umwege einschlagen mag — gewährleistet.

Die proletarische Politik mußte sich durchaus auf die Frage der Erhaltung der Macht konzentrieren. Das Proletariat und die führende Partei der Arbeiterklasse mußten, um dieses Ziel zu erreichen, den Verhältnissen Rechnung tragen. Im Interesse der Beibehaltung der Macht in den Händen des Proletariats mußte man im Hinblick auf die Eigenart der Verhältnisse die Durchführung einiger tief einschneidender Maßnahmen aufgeben, so z. B. die Nationali-

sierung des Handels, das Getreidemonopol usw. Man hätte auch dann auf sie verzichten müssen, wenn diese Maßnahmen nicht eine Folge des Krieges gewesen wären, d. h. wenn sie nicht die durch den Bürgerkrieg hervorgerufenen „militärisch-kommunistischen Maßnahmen“ wären.

Die Eigenart der Lage, die diese Politik zur Notwendigkeit machte, ergibt sich aus der gegenwärtigen Lage der Landwirtschaft und der Industrie, die aber nicht ein ausschließliches Merkmal Rußlands ist, sondern hier nur besonders deutlich zum Ausdruck kommt. Im Hinblick darauf, daß die Industrie während des Krieges so gut wie vernichtet war, entstand eine Unterbrechung in jenem Prozeß, der die Landwirtschaft in eine immer größere Abhängigkeit von der Industrie bringt. Und es blieb nicht bei dieser Unterbrechung — die gesamte Wechselwirkung zwischen Industrie und Landwirtschaft hat sich verändert. Die die Rohstoffe entbehrende Industrie und die hungernden Städte gerieten in eine Abhängigkeit von der Landwirtschaft, von den Bauern. Auch in ganz Mitteleuropa beobachten wir die gleiche Erscheinung. In den südamerikanischen landwirtschaftlichen Staaten tritt das gleiche in Erscheinung, aber nur mit dem Unterschiede, daß dort diese Abhängigkeit auch vor dem Kriege bestanden hat. In Rußland tritt diese Funktionsänderung entsprechend seiner Entwicklungsstufe viel schärfer hervor.

In Rußland, wo die Arbeiterklasse an der Macht ist, gab es nur eine einzige Möglichkeit einer wahrhaft proletarischen Politik: die Beibehaltung der Macht um jeden Preis, auch um den Preis der größten Opfer, so lange, bis das Dorf wieder von der Großindustrie, von der Stadt nicht nur administrativ, sondern rein ökonomisch abhängig wird. Dann, nachdem der Sozialismus dem Antagonismus ein Ende gemacht haben wird, wird er die durch den Kapitalismus und den Krieg geschaffene wirtschaftliche Abhängigkeit leicht in günstiger Weise umgestalten können. Daher war es notwendig, Konzessionen zuzulassen und den Bauern ökonomische Zugeständnisse zu machen.

Zweifelloos ist jede sozial-politische Maßnahme, jede auch geringste Verringerung der Gewinne von seiten der an der Macht stehenden Bourgeoisie als ein Zugeständ-

nis zu betrachten. Sogar in jenem Falle kann von einem Zugeständnis die Rede sein, wenn der kapitalistische Staat eine Position aufgibt und sich dafür durch einen neuen Vorstoß entschädigt (wie dies fast immer der Fall ist. Jeder klar denkende Sozialist, jeder Reformist sogar wußte und weiß, daß die Bourgeoisie ihre Macht auf Kosten dieser Zugeständnisse möglichst lange aufrecht erhalten will; mit diesen sozial-politischen Maßnahmen will sie den Klassenkampf der Arbeiterklasse abschwächen. Das eben ist ihr jetzt gelungen, es fragt sich nur, wie lange die geschaffene Lage vorhalten wird.

Jeder Kommunist weiß es — und sogar einige Anhänger der 2 $\frac{1}{2}$ Internationale geben sich den Anschein, dies zu wissen —, daß eine Politik der sozialpolitischen Zugeständnisse eben die Klassenpolitik der Bourgeoisie ist. Das ist zweifellos eine Tatsache, und es ist gleichgültig, ob die Arbeiterklasse diese Zugeständnisse auf dem parlamentarischen oder einem anderen Kampfwege erlangt hat.

Gorter ist es bisher nicht in den Sinn gekommen, die sozial-politischen Zugeständnisse eines Bismarck oder Lloyd George zugunsten der unzufriedenen Arbeiterklasse als eine proletarische Politik zu qualifizieren, obgleich deren Zweck zweifellos die Sicherung der Macht der Bourgeoisie war. Jene Zugeständnisse aber, die das russische Proletariat der Bauernschaft zum Zweck der Festigung der Macht der Arbeiterklasse gemacht hat, qualifiziert er kurzerhand als kleinbürgerliche oder sogar einfach als bürgerliche Politik. Es unterliegt keinem Zweifel, daß jene Zugeständnisse, die den ausländischen Kapitalisten und der Bauernschaft gemacht worden sind, viel größere Gefahren in sich bergen als die sozial-politischen „Zugeständnisse“ der bürgerlichen Staaten. Der junge Machtapparat und die stark erschütterte politische Organisation können einer ökonomischen Offensive der internationalen Gegenrevolution und dem Druck der Bauernschaft weniger gut widerstehen, als die ökonomischen und staatlichen Organisationen der Bourgeoisie dem Klassenkampf des Proletariats widerstehen können. Wenn die Politik des russischen Proletariats nicht auf der internationalen proletarischen Revo-

lution gegründet wäre, die unvermeidlich ist, auch wenn ihr Entwicklungsgang einstweilen sich gehemmt zeigt, so wären die Aussichten der russischen Revolution in ihrem Verhältnis zur Bauernschaft natürlich sehr trostlos. Die internationale Revolution wird Rußland auch dann aus seiner Not helfen, wenn die „holländische Schule“ ihm seine Unterstützung versagt.

Dank der Politik der Russischen Kommunistischen Partei hat das russische Proletariat die Macht nicht allein erobert, sondern sie bis jetzt, ungeachtet der kritischen Verhältnisse, in seinen Händen behalten. Diese Tatsache unterliegt keinem Zweifel. Der staatliche Apparat befindet sich nicht in den Händen des Proletariats und der Bauernschaft, sondern in Händen der Arbeiterklasse. Eine Politik, die sich auf die Erhaltung der staatlichen Macht in Rußland richtet, rechnet notwendigerweise mit der Bauernschaft. Aber das ist keine bürgerlich-proletarische Politik, sondern eine rein proletarische, ebenso wie die Politik Scheidemanns nicht eine bürgerlich-proletarische war, sondern eine rein bürgerliche, denn sie verfolgte das Ziel der Erhaltung der Staatsgewalt in den Händen der Bourgeoisie. Daß das Proletariat der Bauernschaft gegenüber nicht eine Scheinmachtstellung einnimmt, wie dies Gorter behauptet, wird dadurch bewiesen, daß die russische Sowjetrepublik ihre Maßnahmen der Bauernschaft gegenüber — soweit dies die Ausdehnung des russischen Territoriums zuließ — zum Teil, wo es notwendig war, unter Anwendung von Gewalt zur Durchführung brachte. Trotz aller Mängel des neuen bürokratischen Staatsapparates wußte sie ihr Ziel stets zu erreichen.

Wenn Gorter nach einem Beispiel für eine wahrhaft kleinbürgerliche Politik während der Revolutionszeit sucht, so muß er seine Blicke auf die Politik der ungarischen Sozialdemokraten zur Zeit des Bestehens der Sowjetrepublik in Ungarn richten. Ihre Politik stand im äußersten Gegensatz zu der der Russischen Kommunistischen Partei. Die wildesten Anhänger der Sozialisierung waren damals in Ungarn die zeitweilig rotgefärbten sozialdemokratischen Führer. Für sie war die Revolution ausschliesslich eine Sozialisierung. Einer

von ihnen schrieb einen Aufsatz gegen die Sowjetregierung, indem er dieser einen Vorwurf daraus machte, daß sie einzelnen Bauern bis zu 50 Joch Boden zugestehe. Die Sozialisierung Ungarns wurde mit Blitzesschnelle durchgeführt. Auf die weitläufigste Art debattierte man über die Frage der „Kontinuität der Produktion“, und sogar die Einberufung der Arbeiter zur Roten Armee wurde eingestellt. Diese Leute werden natürlich auch jetzt Gegner aller ökonomischen Zugeständnisse sein, aber zu politischen Zugeständnissen waren sie stets bereit. Sie wären wohl einverstanden, der Bourgeoisie die Freiheit der Presse zu geben, aber sie waren gegen jedes ökonomische Zugeständnis zugunsten der Bauernschaft. Als einige Gewerkschaftsführer hinter dem Rücken der Kommunisten politische Verhandlungen mit der Entente anknüpften und mit der Bourgeoisie einen politischen Vertrag abgeschlossen, dachten diese Anhänger der Sozialisierungsidee nicht daran, daß solche politischen Verträge in der Folge jede Sozialisierung unmöglich machen würden. Diese typisch kleinbürgerliche Politik, die jetzt nach zweijährigem weißem Terror zur Macht der Großbourgeoisie geführt hat, war eben die Folge davon, daß die Frage der Staatsgewalt nicht in den Vordergrund gestellt war. Als die Ursache des Zusammenbruchs der ungarischen Sowjetrepublik kann jener Umstand angesehen werden, daß das Hauptziel der an der Macht stehenden Kreise nicht in der Festigung eben dieser Macht bestand, sondern vor allen Dingen in dem Bestreben nach Sozialisierung und Kontinuität der Produktion. Hieraus folgt, daß die ungarische Sowjetrepublik nicht deshalb zusammengebrochen ist, weil sie eine Politik „nach russischem Muster“, wie dies Gorter beweisen will, sondern gerade die entgegengesetzte Politik verfolgt hat.

Die Politik der ungarischen Sowjetrepublik konnte auch deshalb keine proletarische Politik sein, weil sie sich nicht auf die Diktatur einer führenden Partei stützte. Die Politik der russischen Sowjetrepublik dagegen ist gerade durch ihre ökonomischen Zugeständnisse eine proletarische Politik. Die proletarische Politik in Rußland besteht im gegenwärtigen Augenblick vor allen Dingen

in der Erhaltung der proletarischen Macht — um den Preis jedweder ökonomischen Zugeständnisse.

Ende der Kommunistischen Internationale oder Ende der kommunistischen Sekte?

Die Russen Lenin, Sinowjew, Radek (der übrigens ebenso sehr ein Russe ist, wie Gorter ein Deutscher) richteten die Kommunistische Internationale zugrunde. Die Kommunistische Internationale sterbe an der russischen Politik. So — Gorter.

„Die russische Sowjet-Republik, d. h. die Russische Kommunistische Partei, regiert die Kommunistische Internationale.

Aber die bürgerlich-bäuerliche Demokratie Rußlands hat immer mehr Einfluß auf und mehr Macht über die russische Sowjet-Republik. Wirtschaftliche und politische Macht.

Aber auch das kapitalistische Ausland erwirbt immer mehr Macht über die Sowjet-Republik.

Wer regiert also die Kommunistische Internationale?

Die bürgerlich-bäuerliche Demokratie Rußlands und, langsam, aber allmählich mehr, der Kapitalismus.“

(„Die Mosk. Internat.“ S. 9.)

Wir wollen uns nicht mit allen Einzelheiten dieses dummen Scherzes befassen. Mit demselben Recht könnten wir beweisen, daß die Taktik der K. A. P. D. durch die Vermittlung Gorters von den Inhabern der Firma van Houten und der javanischen Kaffeepflanzungen geleitet wird. Der kurze Sinn oder vielmehr Unsinn der langen Rede Gorters läßt sich in folgender Weise zusammenfassen:

Ihre Niederlage fürchtend, wollten die Russen sich den Massen nähern und wählten den Weg des Opportunismus. Sie stellten die 21 Bedingungen zusammen, dank denen bedeutende Massenparteien und Opportunisten von der Art Levis oder Serratis (die nebenbei schon längst aus der Internationale hinausgeflogen sind) sich der Kommunistischen Internationale angeschlossen haben. Auf diese Weise habe sich die III. Internationale nach der Meinung Gorters in eine „schwächliche, verfaulte, sogar gegenrevolutionäre Korporation“ verwandelt.

(Nebenbei sei bemerkt, daß Levi seinen menschwertigen Gesichtspunkt gerade mit entgegengesetzten Argumenten verteidigt. Seiner Ansicht nach hätten die 21 Punkte zum Sektierertum, die Moskauer Herrschaft zum Putschismus und letzten Endes — zur Gegenrevolution geführt). Die Internationale sei angeblich deshalb „schwächlich und verfault“ geworden, weil sich die Russen nur um Quantität und nicht um die Qualität gesorgt hätten. Das eben sei der Grund, weshalb die Weltrevolution zu Grunde gehe, jene Weltrevolution, die Gorter bereits vor vielen Jahren in schönen melodramatischen Gebilden prophezeit hat.

Das Sektierertum Gorters wurzelt darin, daß er die Weltrevolution als das unmittelbare Ergebnis der militärischen Niederlage ein für allemal prophezeit hat. Da aber die proletarische Revolution im Weltmaßstab als die unmittelbare Folge des militärischen Zusammenbruchs nicht zustande gekommen ist, verfiel er in den Fehler, der dem Fehler jener entgegengesetzt ist, die sich die fernere Entwicklung der Revolution nur als die Folge eines neuen Krieges denken können. Gorter trennte die Weltrevolution von den konkreten ökonomischen Verhältnissen, von der Arbeiterklasse, von allem Realen. Er wurde zu einer abstrakten Vorstellung eben deshalb gezwungen, weil sie sich nicht buchstäblich so vollzog, wie er das vorausgesagt hat. Er gestaltet die Revolution zu einer abstrakten Idee, die niemand antasten durfte. Da aber die Kommunistische Internationale mit der Möglichkeit von Fehlern rechnet, nicht fürchtet, daß die früher in Aussicht genommenen Perspektiven sich als fehlerhaft erweisen könnten; da ihre Taktik sich nicht auf die Unantastbarkeit der einmal gefaßten Beschlüsse gründet, sondern auf die Realität der Tatsachen, auf die Lage der Weltwirtschaft, auf das Entwicklungsstadium der Arbeiterklasse und auf die Verhältnisse im feindlichen Lager, — so muß diese Taktik allen durch die Brille des „holländischen Marxismus“ blickenden Gorters sehr opportunistisch erscheinen.

Gorter will sich zu der konkreten Stellungnahme der Kommunistischen Internationale nicht herablassen. Er besteht hartnäckig darauf, daß die Revolution nur eine abstrakte Idee sei und daß man die Arbeiter zu dieser ab-

strakten Idee bekehren müsse. (Nur Ausgewählte seien zu Trägern dieser Idee berufen, die Partei müsse möglichst klein sein, übermäßige Popularität würde ihrer Reinheit Abbruch tun.)

Aber der Ausgangspunkt der Kommunistischen Internationale ist ein wesentlich anderer als derjenige Gorters. Die K. I. ist überzeugt, daß nicht die Arbeiter für die Revolution da seien, sondern die Revolution für die Arbeiter.

Und gerade deshalb, weil die K. I., diesen Weg verfolgend, zu solchen taktischen und organisatorischen Prinzipien gelangt ist, die der gegebenen ökonomischen und politischen Weltlage und den gegenwärtigen Verhältnissen der Arbeiterbewegung und der Revolution entsprechen, mußte sie auf den Vorwurf Gorters gefaßt sein. Einzelaktionen und revolutionäre Massenpartei — behauptet er — waren jene Steine, über die wir stolpernd in den Sumpf des Opportunismus gerieten. Die Teilnahme an den Parlamentswahlen, das Bestreben, die Gewerkschaftsverbände zu revolutionieren, die Taktik der kommunistischen Keimzellen wären jene schiefe Ebene, über die die Kommunistische Internationale zum Opportunismus hinabgerollt sei. Dies alles sei deshalb geschehen, weil an der Spitze dieser Internationale eine Partei stehe, die mehr mit der Bauerndemokratie rechne als mit dem Proletariat, die auch ferner gezwungen sein würde, diesen Weg zu verfolgen, und die ganze Internationale nach sich ziehen würde.

Diese Beurteilung wird von seinen eigenen zwei Grundsätzen über den Haufen geworfen.

Das Proletariat in Rußland mache den Bauern Zugeständnisse. Das Proletariat müsse auf die Forderung eingehen, die die Bauernschaft der herrschenden Arbeiterklasse stelle. Sie müsse dies im Hinblick auf die allgemeine Lage der ganzen Internationale tun.

Das ist durchaus richtig. Wenn die deutsche, italienische oder die tschechoslowakische Partei der Kommunistischen Internationale sich nicht mehr im Stadium des Kampfes um die Macht befänden, sondern die Macht schon errungen hätten, so würde das russische Proletariat gegenüber der Bauernschaft gewiß weniger nachgiebig sein. Andererseits muß gerade jener Umstand, daß sich das russische Proletariat gezwungen sieht, den Bauern gegenüber die für die Macht der Arbeiterklasse

gewiß gefährlichen Zugeständnisse zu machen, die kommunistischen Parteien vom Opportunismus abbringen. Das bedeutet nicht, daß sie die faktische Sachlage in ihrer „Heimat“ ignorieren sollen; das heißt auch nicht, wie manche denken, daß die Zugeständnisse des herrschenden russischen Proletariats die westlichen kommunistischen Parteien dazu berechtigen, ihre Wirksamkeit auf die Erreichung einzelner Forderungen zu richten, etwa im Sinne des sozialdemokratischen Uebergangs (Geyer und Düwell, die gemeinsam mit Levi dieses Programm in der „opportunistischen“ V. K. P. D. vertraten, sind aus der Kommunistischen Internationale bereits ausgeschlossen worden). Diese Zugeständnisse müssen jeden Kommunisten dazu veranlassen, bei der Erwägung der taktischen Fragen, nach einer gründlichen Prüfung der Eigenart der Verhältnisse eines bestimmten Landes, auch die Lage in Sowjetrußland in Betracht zu ziehen.

Wenn der Kommunist auf diese Weise verfährt, wenn er — selbst als einen sekundären Faktor — die nicht durchaus gefahrlose Lage Sowjetrußlands, die Wichtigkeit des Bestehens oder des Nichtbestehens Sowjetrußlands für die Weltrevolution in Betracht zieht, — so sind wir überzeugt, daß dieses Verfahren ihn nicht zum Opportunismus führen wird.

Wenn Gorter gesagt hätte, daß die opportunistischen Elemente in der Kommunistischen Internationale auf die Politik Rußlands in der Frage der Konzessionen nicht ohne Einfluß sind, so hätte er damit zufällig etwas der Wahrheit Ähnliches gesagt. Er hätte beweisen können, daß die Unterlassungssünden und die Verräterei der aus der Kommunistischen Internationale ausgeschlossenen Serratianer, die Revolution in Italien hemmend, auf die Entwicklung der internationalen Revolution eingewirkt und somit auch die Lage Sowjetrußlands ungünstig beeinflusst haben.

Aber Gorter geht nicht von der realen historischen Lage der Arbeiterklasse aus, sondern von den Interessen seiner kleinen Sekte und der in seinem Kopfe spukenden Revolutionsidee. Dadurch erklärt sich,

daß er in Wirklichkeit auch nicht im entferntesten erfassen kann.

Die Folge davon ist, daß er, als Haupt der Sekte, angesichts seiner abstrakten Idee und der Isoliertheit seiner Sekte von der Arbeiterbewegung, in seinem Untergang und in dem Untergang seiner Sekte den Untergang der gesamten Weltrevolution und des ganzen Weltproletariats erblickt.

Es hat in der Kommunistischen Internationale opportunistische Elemente gegeben (Serrati, Levi, Geyer u. a.). Zweifellos wird man auch jetzt genug einzelne Opportunisten in der revolutionären Parteimasse finden. Der Beitritt von revolutionären Massenparteien bedeutet indessen nicht eine Auflösung der Kommunistischen Internationale, den Sturz der Weltrevolution oder ein Uebernehmen von kleinbürgerlichen Elementen in der Kommunistischen Internationale. Im Gegenteil, er bedeutet einen geschlossenen Anschluß der breiten Massen an die revolutionäre Bewegung, während die sich an ihre Existenz klammernden Sekten von der gegenrevolutionären Flut unweigerlich hinweggeschwemmt werden. Das ist auch mit der Sekte Gorters geschehen.

Das Allheilmittel der Holländischen Schule.

Die Diagnose unseres Doktors stellte fest, daß die Weltrevolution krank, ja daß sie in den letzten Atemzügen liege. Prüfen wir jene Mittel, die er für eine Radikalkur verschreibt.

Mit der Taktik macht Gorter keine Umstände. Er verbietet dem Kranken die Teilnahme am Parlament und an den Gewerkschaftsverbänden. Das erste — mit der üblichen syndikalistischen Begründung, das zweite — zum Teil deshalb, weil in den Gewerkschaftsverbänden große proletarische Massen organisiert sind: die Berührung mit den Massen beeinträchtigt die Reinheit der Sekte.

Aber er verschreibt der kranken Weltrevolution nicht nur eine Diät, sondern auch das Allheilmittel nach dem folgenden Rezept:

„1. Zusammenfassung aller Arbeiter, der größten Mehrheit des Proletariats in der Union.

2. Der klarsten Arbeiter in der Partei.

3. Einheit von Union und Partei.

Und dies ist ihr Ziel: Die Diktatur der Klasse des Proletariats selbst.“

(„Die Klassenkampforganisation des Proletariats“ S. 28).

Prüfen wir die Bestandteile dieses Allheilmittels. Zunächst — Vereinigung aller Arbeiter zu einer Union.

Es entsteht die Frage: Warum ausgerechnet — Union und nicht Gewerkschaftsverbände, die revolutioniert werden müßten?

Gorter antwortet:

„Die Gewerkschaftsverbände taugen nicht dazu, denn sie sind eine altmodische Waffe aus der Evolutionszeit.“

Die Arbeiterbewegung verfügt aber noch über eine andere Waffe, die ebenfalls aus den Zeiten der Evolution stammt. Aber es fällt niemandem ein, diese Waffe aus dem Grunde in die Rumpelkammer zu werfen, weil sie altmodisch ist. So erwähnen wir z. B. den historischen Materialismus — auch ein Produkt der Evolutionszeit — den Gorter nichtsdestoweniger zur Genüge verwertet.

Nehmen wir an, daß die Gewerkschaften wirklich eine altmodische Waffe seien. Wir anerkennen die unbestreitbare Tatsache, daß an der Spitze der Gewerkschaften gegenrevolutionäre Bürokraten stehen, die die mutigen kommunistischen Kämpfer an Händen und Füßen fesseln. Wir erklären uns einverstanden mit der Behauptung Gorters, daß der historische Materialismus dem Proletariat vorschreibt, sich betriebsweise und nicht den Berufen nach zu organisieren. Wir bezweifeln nur die Richtigkeit jener Behauptung, daß das Proletariat sich in den Betrieben „als freier Mensch, als freier Kämpfer äußern“ kann. (Gorter hat wahrscheinlich schon lange nicht mehr eine Fabrik gesehen, vielleicht — überhaupt noch nicht.)

Richtig ist auch, daß das Programm der Kommunistischen Internationale in bezug auf die Gewerkschaftsbewegung in der Revolutionierung der Verbände auf dem Wege der Organisation kommunistischer Parteizellen in einzelnen Betrieben und in den örtlichen Gewerkschaftsgruppen besteht.

Für die Revolutionierung ist es zweifellos gleichgültig, ob sich die ökonomischen Organi-

sationen nach Berufen oder Betrieben oder endlich nach einzelnen Produktionszweigen einteilen.

Welches sind nun die revolutionären Vorzüge einer Union?

Die Märzereignisse in Deutschland haben gezeigt, daß sich die gegenrevolutionären Sprößlinge sowohl in den jungen Organisationen der Union, als auch in den alten verkücherten Gewerkschaftsverbänden vorfinden. Die K. A. P. D. sah sich gezwungen, die „Revolutionierung der Unionen“ in ihr Programm aufzunehmen. Der letzte Kongreß der Allgemeinen Arbeiter-Union (A.A.U.) hat gezeigt, daß sich diese aus wenigen Mitgliedern bestehenden Vereinigungen ebenso schwer revolutionieren lassen wie die großen Gewerkschaftsorganisationen.

Aber vielleicht sind den Unionen solche organisatorischen Vorzüge eigen, die von vornherein die Mängel der Gewerkschaft beiseitigen. Hören wir, was Gorter sagt:

„Die Betriebsorganisation, die Union ist also immer den Gefahren ausgesetzt, die Revolution zu sabotieren, um kleine Verbesserungen zu bekommen, um Scheinmacht zu erobern, um die Zahl der Mitglieder durch unklare Elemente zu vergrößern usw. usw.“

(„Die Klassenk.-Org. des Proletariats“, S. 16).

Also schließt die Form einer Union den Reformismus auch nicht aus. Die erste Gefahr ist somit der Reformismus.

„Zweitens besteht die große Gefahr des Individualismus in den Betriebsorganisationen. Aus Unkenntnis, aus Egoismus usw. wird das Individuum, z. B. der Führer im Betrieb, sich selbst, sein Interesse (als Führer) über die Revolution stellen. Dasselbe wird ein Betrieb tun, ein Ort, ein Distrikt. Die Einheit, für die Revolution notwendig, verschwindet. Man sieht dies schon in Teilen der Union.“

(„Die Klassenk.-Org. des Proletariats“, S. 16).

Die zweite Gefahr — der Individualismus, ist nicht nur eine Gefahr der Zukunft. Die typischste kleinbürgerliche Eigenschaft, der Individualismus, wurzelt schon in diesen Organisationen. Aber die syndikalistischen, dezentralistischen, föderalistischen Tendenzen der A. A. U. verhindern, daß ein energisches und starkes Zentralorgan diese kleinbürgerlichen Instinkte in den Unionen unterdrücken könnte. Die dritte Gefahr erblickt Gorter im Utopismus. Auch hier geben wir ihm recht. Der Utopismus,

im gegenwärtigen Entwicklungsstadium der Revolution — ein reaktionärer Utopismus —, das ist jene Gefahr, die das Sektierertum in sich birgt.

Reformismus, kleinbürgerlicher und reaktionärer Utopismus sind nicht nur für die Zukunft eine Gefahr, sie sind auch jetzt schon der Krebschaden, aber bei dem Unionismus ebenso sehr wie bei einem Gewerkschaftsverbande, der auf ein 50jähriges Bestehen zurückblicken kann. Die Gewerkschaftsverbände haben durch ihre zentralisierte Einrichtung den Vorzug, daß eine kommunistische Verwaltung (das ist keine Utopie) imstande sein wird, die auch dem Unionismus eigenen gegenrevolutionären Tendenzen zu unterdrücken.

Das Bestreben, die Gewerkschaftsverbände zu zerstören, ist also nur eine Sabotage, die die Entwicklung der Revolution hemmt, ein Suchen nach Umwegen, um nicht den geraden Weg zur Revolution gehen zu müssen.

In der Apotheke Gorters finden sich Mittel gegen alle Uebel. Sogar gegen sein Allheilmittel. Die Union ist eine reformistische, kleinbürgerliche, individualistische Organisation, wie dies Gorter selbst zugibt. Es muß also eine Partei geben, die die wahrhaft revolutionären, durchaus klassenbewußten Elemente des Proletariats zusammenfaßt und die die Unionen, ohne gegenüber dem Proletariat ein Diktator zu sein, mit den Mitteln der Ueberzeugung weiter bringen sollen. Wie muß also Gorters Meinung nach diese Partei beschaffen sein?

Erstens darf sie nicht eine parlamentarische sein.

Zweitens muß sie die Diktatur nicht für sich, sondern für die Klasse, für das gesamte Proletariat erobern.

Drittens darf diese „kommunistische Partei nur klein sein“ („Die Klassenk. d. Prol.“ S. 21.) „Also überall eine kleine Partei.“

Wie wir sahen, darf die Partei nur den ausgewählten Teil des Proletariats aufnehmen. Gorter stellt an jedes Parteimitglied Anforderungen, die jenen zur Erwerbung eines Dokortdiploms ungefähr gleichkommen.

Sogar an die Mitglieder der Union stellt er Anforderungen, die einer Reifeprüfung nicht unähnlich sind. Und trotzdem fürchtet er, daß

diese Leute ihre Hoffnungen dennoch auf das Parlament setzen und darauf bauen werden, daß es für sie handeln wird. Wir wollen diesem syndikalistischen, antiparlamentarischen, vom Gefühl der Verachtung der Arbeiterklasse gegenüber getragenen Unsinn eines intellektuellen Sektierers nicht weiter nachgehen.

Die Partei müsse nicht eine Diktatur der Partei oder ihrer Führer erstreben, sondern die der Klasse, oder zumindest ihrer überwiegenden Mehrheit.

Gorter muß deshalb eine kleine Partei haben, damit die Führung des Proletariats in guten Händen bleibt, damit das „Auge“ (die Partei) sicher vorwärts blickt, damit das „Gehirn“ (die Partei) mit voller Kenntnis der allgemeinen Sachlage überwachen könne. Man könnte meinen, daß eine feste Hand, ein wachsameres Auge, ein geschultes Gehirn nicht Selbstzweck sind, sondern den Zweck haben, zurückgebliebene Elemente des Proletariats für die Eroberung und Erhaltung der Macht vorzubereiten.

Aber gerade der Begriff der Arbeiterführung scheint Gorter nicht recht zu passen — er kennt nur eine Führung, nämlich die sozialdemokratische. Da er Sektierer und Propagandist ist, der der Bewegung einer wirklichen Arbeitermasse, selbst im holländischen Maßstabe, fern steht, so hat er von der Arbeiterführung keine Ahnung. Es handelt sich nicht nur darum, die Arbeiterklasse von der Richtigkeit des historischen Materialismus zu überzeugen, und auch nicht um die Lösung propagandistischer Aufgaben. Es müssen die noch nicht zum Ausdruck gekommenen Wünsche der Massen erfaßt und die Gefahren von seiten der Gegenrevolution rechtzeitig bemerkt werden.

Auge und Gehirn müssen das Kräfteverhältnis der Klassen analysieren, Aktionsmöglichkeiten erwägen und die Kräfte der Arbeiterklasse im richtigen Punkt konzentrieren können. Das „sichere Auge“, das wissende „Gehirn“, die in der Partei zum Ausdruck kommen, — das ist eben die politische Führung.

Der Mangel an diesen Eigenschaften ist ein sehr charakteristischer Zug für die Sektierer; daher sind sie unfähig, die Bewegung selbst kleiner Massen zu leiten.

Der feste Arm drückt dagegen die organisatorische Führung aus. Er ist notwendig für

die organisatorische Verwirklichung der politischen Führung. Der organisierte Parteiapparat muß die breitesten Schichten politisch leiten und jede Schwankung beseitigen können. Das Schiff des Proletariats (Gorter nennt ja die Partei — den Steuermann) muß mit fester Hand jenem Wege zugesteuert werden, den die politische Leitung vorschreibt. „Der feste Arm“ bedeutet die disziplinierte Führung und die Anwendung von Zwangsmethoden in jenen revolutionären Perioden, in denen die Methode der Ueberzeugung aus irgend einem Grunde unanwendbar ist.

Nachdem er gezeigt hat, daß er das Wesen der politischen und organisatorischen Führung überhaupt nicht kennt, liefert Gorter den unfreiwilligen Beweis, daß die Parteidiktatur unvermeidlich ist.

Soll die Partei die höchste Macht in den Händen halten? — fragt er. Er verneint diese Frage nicht, er sagt nur, daß er nicht wisse, ob die Union oder die Partei diese Macht besitzen müsse.

Die Diktatur ist aber nichts anderes als eben diese Macht. Wenn sie in den Händen der Partei liegt, so ist es eben eine Parteidiktatur, gegen die Gorter so wütend ankämpft. Eine Diktatur der Partei schließt natürlich die Diktatur der Klasse nicht aus. Im Gegenteil, sie schließt sie ein, denn das Gegenteil davon wäre eben jene künstliche Konstruktion, die Gorter und Kautsky unabhängig voneinander, aber mit rührender Eintracht geschaffen haben.

Das einzige Gegengift gegen die Parteidiktatur wäre nach Gorter jene Ordnung, bei der die Partei die oberste Gewalt bekommt, die Unionen aber, die Sowjets und die anderen Massenorganisationen der Arbeiterklasse den Rest der Macht unter sich teilen.

Das Gegengift gegen die Führerdiktatur bestehe darin, daß die Partei „klein und rein“ bleibe und nur aus solchen Personen bestehe, die über große Kenntnisse der nationalen und auch internationalen Politik verfügen. Das sind ungefähr die Forderungen, die man jedem guten Arbeiterführer stellen muß. Somit muß also die Partei, nach Ansicht Gorters, nur aus Führern bestehen. Die Partei müsse „klein“ bleiben, obwohl wir die erdrückende Mehrheit des Proletariats von der Wahrheit

des Kommunismus überzeugen müssen. Diese „erdrückende“ Mehrheit dürfe aber keinesfalls zur Partei gehören, denn diese letztere müsse unter allen Umständen „klein“ bleiben.

Eine solche Partei würde also ein geschlossener Kreis, eine Gruppe von Propagandisten sein, und diese Partei muß die höchste Gewalt handhaben, „um die Klassendiktatur des Proletariats im Gegensatz zu der Parteidiktatur zu erstreben.“

Das alles fordert Gorter nicht nur im Interesse der Klassendiktatur. Er fordert das „im Namen des historischen Materialismus“, zum Schutze der westlichen Revolution vor dem östlichen Bolschewismus, der um seiner kleinbürgerlichen Politik willen die Arbeiterklasse der westeuropäischen Länder in großen Massenparteien um die Kommunistische Internationale gruppieren will.

Die Massenpartei ist übrigens jener besondere Punkt, gegen den sich der Haß der holländischen Sektierer am meisten richtet.

In seinem Wutanfall vergißt der „holländische Marxist“, daß die revolutionäre Massenpartei gerade das Ergebnis der westlichen proletarischen Revolution ist, ein Produkt der Anpassung an die Bedürfnisse der westlichen Revolution.

Die besonderen Verhältnisse Rußlands haben die bolschewistische Partei geschaffen. Bei der Nichtorganisiertheit der Massen, die infolge ihrer illegalen Lage auch nicht organisiert sein konnten, mußte eine verhältnismäßig kleine Partei die revolutionierende und führende Rolle übernehmen. Sie hatte es mit nicht organisierten Massen zu tun, die politisch und ökonomisch in keinem organisierten Verhältnis zu den anderen Parteien und Vereinigungen standen. Sie mußte sie lediglich von den geistigen Fesseln befreien, nicht aber von der organisatorischen Führung der bürgerlichen und kleinbürgerlichen sozialistischen Parteien.

Wir wissen nicht, wohin jener Prozeß der Desorganisation des deutschen Proletariats führen wird, der nach der Ernüchterung, die dem organisatorischen Fieber der Novembertage folgte, eingesetzt hat. Wir wissen noch nicht, wohin die in letzter Zeit beobachtete

Verringerung der Mitgliederzahl der Gewerkschaftsverbände, die Abkehr zahlreicher Elemente von den sozialdemokratischen Parteien ohne ihren gleichzeitigen Beitritt zur kommunistischen führen wird, — ob diese Erscheinung ungeheure nichtorganisierte parteilose Massen schaffen wird; es wird der kommunistischen Partei viel leichter sein, diese Massen zu erfassen und zu führen, als die in anderen Parteien organisierten Arbeiter zu gewinnen. In Deutschland und auch in anderen Ländern des Westens gibt es ungeheure proletarische Massen, die den nichtkommunistischen Parteien angehören. Das veranlaßt natürlich auch die Kommunisten dazu, möglichst große Massen zu ihrer Partei heranzuziehen und sie nicht nur ideell, sondern auch organisatorisch zu leiten.

Die gleichen Verhältnisse haben auch die Partei der russischen Kommunisten vergrößert. Die Partei mußte den Beitritt in dem Grade erleichtern, als sich die mit der Führung der Massen verbundenen Aufgaben erweiterten. Die kommunistische Idee fand sowohl in die Reihen der nicht organisierten Arbeitermassen Eingang als auch in die Reihen jener Proletarier, die in anderen Arbeiterparteien organisiert sind. Die R.K.P. wurde eine Massenpartei, und als eine revolutionäre Massenpartei fand sie Mittel und Wege, ihre Reinheit trotz der Ausbreitung zu sichern. Sie brachte in diese neue Massenorganisation ihre alten revolutionären Traditionen.

Die führenden Parteien der westlichen Revolution standen gleich nach ihrer Bildung vor äußerst schwierigen Aufgaben.

Der Kampf mit den mächtigen sozialdemokratischen Parteien und der Zersetzungsprozeß dieser Parteien vergrößerte die Schwierigkeit dieser Aufgaben. Die organisatorische Erfassung der breiten proletarischen Massen erfordert die Erweiterung des Wirkungskreises der westlichen kommunistischen Parteien. Die westlichen Verhältnisse schufen noch vor dem Siege der Revolution revolutionäre Massenparteien. Die Korrektur der mit dem Wachstum einer Partei verbundenen Gefahren besteht nicht nur in der Säuberung, sondern auch in der Vertiefung der Parteiarbeit und in der Durchführung einer strengen Disziplin. Die Art der Durchführung dieser Maßnahmen muß natürlich in jedem Lande

eine andere sein, und die kommunistischen Parteien haben schon zum Teil jene Methoden gefunden, die den revolutionären Charakter der Partei gewährleisten. Die Massenpartei, die revolutionäre Massenpartei, ist nicht nur eine Folge der Entwicklung der westeuropäischen Revolution, sondern auch die unbedingte Voraussetzung für ihren Sieg.

Nur Sektiererblindheit und Sektiererangst vor den Tatsachen können zum Uebersehen dieser Tatsachen führen. Nur dem Größenwahn eines Sektenhauptes entspringt die Idee, man könne dem Proletariat eine ausgedachte organisatorische Form aufzwingen, die der gegenwärtigen historischen Periode der westeuropäischen revolutionären Bewegung in keiner Weise entspricht.

In den Fußstapfen Laufenberg's.

Das allgemein anerkannte Haupt der „holländischen Schule“ verzichtet auf jede Gemeinschaft mit der Kommunistischen Internationale. Die Wahrheit ist, daß er mit der Arbeiterbewegung niemals viel gemein hatte. Das Hindernis dafür war gerade das, was er am wenigsten versteht und von dem er am meisten spricht: Marxismus und historischer Materialismus. Daher geriet Gorter mit allen seinen pseudo-radikalen Phrasen in das bunte Lager der Feinde der proletarischen Revolution: Kronstädter Aufrührer, Banditen aus der Ukraine, Serrati, Levi, Kautsky, Laufenberg und Wolffheim, Rühle und die Kompagnons des literarischen Kaffees, das den Namen „Aktion“ führt. Obwohl sie alle gegeneinander die Zähne fletschen, schreien sie zusammengenommen gegen den Bolschewismus, gegen Parteidiktatur und Opportunismus der Kommunistischen Internationale.

Das Abschwenken in die Reihen der Gegenrevolution ist das Schicksal einer jeden Sekte. Alle jene, die eine besondere, „eigene“ Auffassung der Arbeiterbewegung nicht aufgeben können, geraten mit der wahrhaften, lebendigen Arbeiterbewegung früher oder später in Konflikt, auch dann, wenn sie, gleich Gorter, die Revolution subjektiv herbeiwünschen und sie propagieren, — als eine ab-

strakte Idee. Solange sich die Revolution im Stadium der reinen Propaganda befindet, solange nur einzelne kleine Gruppen für sie eintreten und solange die Revolution in keinerlei organisatorischer Arbeit und auch nicht in Massenaktionen in Erscheinung tritt — solange braucht eine Sekte keine verräterische Rolle zu spielen, nicht die Rolle eines Gegners, der die Massen unverhofft gerade in jenem Augenblick angreift, in dem diese die Revolution zur Organisation und Aktion zu gestalten beginnen. Laufenberg und Wolffheim, Propagandisten eines nationalen Bolschewismus und Unionismus, konnten eine zeitlang die Revolution propagieren. Und die Isoliertheit von der wahrhaften Arbeiterbewegung, „deren einziger Schritt viel wichtiger ist als ein Dutzend Programme“ (auch wenn sie gut sind, von schlechten ganz zu schweigen), führte sie zunächst auf den Weg der Propaganda gegen Sowjetrußland und die Kommunistische Internationale, und dann — in die Arme verdächtiger Intellektueller und waschechter Nationalisten — der Offiziere Ludendorffs. Das wilde gegenrevolutionäre Geheul der deutschen Nationalisten während der Märztage erscheint als zartes Raunen im Vergleich mit jener einzigen Erklärung, mit der die unglückseligen Sektenhäupter dem im Heldenkampf verblutenden Proletariat Mitteldeutschlands in der schmachvollsten Weise den Dolchstoß in den Rücken versetzten. Und diese beiden waren einstmals in einer bestimmten Periode der Revolution Revolutionäre gewesen!

Die gegenrevolutionäre Verwandlung offenbart dieselben unvermeidlichen Kennzeichen, wie wir es bei Laufenberg und Wolffheim gesehen haben. Gorter behauptet ebenfalls, daß Sowjetrußland die internationale proletarische Revolution dem englischen Kapital auslieferte. Und er fragt: was setzen Rußland und die Kommunistische Internationale dem englischen Kapitalismus entgegen?

Sowjetrußland hat einmal (wir müssen Gorter daran erinnern) unter sehr schweren Umständen seine Rote proletarische und Bauern-Armee nicht nur den englischen, sondern auch den amerikanischen und französischen Imperialisten entgegengesetzt, — sogar ihnen allen gleichzeitig. Entsprechend den veränderten Umständen wird der englische Imperialismus jetzt nicht mit der Roten Armee bekämpft, der

Kampf wird jetzt mit anderen Mitteln der proletarischen Politik entsprechend der veränderten Lage geführt.

Diese Mittel werden in der Neutralisierung und in der Heranziehung der Bauernschaft zur Sowjetmacht bestehen, um die Widerstandskraft der proletarischen Macht gegenüber dem ökonomischen Angriff Lloyd Georges und der ausländischen Konzessionäre zu steigern. Nur mit dieser proletarischen Politik und der Gewinnung der Bauernschaft für die Sowjetmacht wird man es erreichen können, daß diese Bauern bei veränderter Lage wieder der Roten Armee beitreten und gegen den englischen Imperialismus ins Feld ziehen werden.

Die Kommunistische Internationale und die Rote Gewerkschaftsinternationale werden den englischen Kapitalisten und dem englischen Proletariat entgegengestellt.

Diese Bestrebungen hatten bisher keinen Erfolg.

Im Hinblick auf die gegenwärtige Lage der englischen Arbeiterbewegung können wir gestrost behaupten, daß in absehbarer Zeit an der Spitze des englischen Proletariats eine stärkere, erfahrenere, einflußreichere Partei stehen wird als die jetzige Kommunistische Partei Englands, die nur einige Tausend Mitglieder zählt und die von der holländischen Schule nichtsdestoweniger verächtlich als eine Massenpartei bezeichnet wird.

Außerdem unterstützt die Kommunistische Internationale das disziplinierte und koordinierte Vorgehen aller kommunistischen Parteien, deren Einfluß nicht allzu gering ein-

geschätzt werden darf. Endlich unterstützt sie die wachsende nationale Revolution in den englischen Kolonien und Halbkolonien, ob- schon sie auf die Unterstützung seitens der „holländischen Schule“ dabei verzichten muß.

Die Kommunistische Internationale lehnte ebenfalls die Beihilfe der Sekte Laufenberg und Wolffheim ab. Rühle, seine Freunde und Gesinnungsgenossen verfügten über keinerlei weltpolitische Perspektiven. Und daher rollten sie nicht auf der Ebene der Weltpolitik in den Sumpf der Gegenrevolution hinab, sondern infolge ihrer Anhänglichkeit an die allein- seligmachenden organisatorischen Formen, deren Wesen sie mit Gorter verwandt macht. Aber sowohl Rühle als auch Pfempfert sind Feinde der Revolution geworden, echte Feinde jeder revolutionären Massenbe- wegung, lediglich mit dem Unterschiede, daß der eine die Gegenrevolution wie ein Schulmeister predigt, der andere wie ein Hanswurst.

Die Sektenhäupter haben endlich einen de- finitiven Entschluß angenommen. Das Prole- tariat hat sie jetzt ebenfalls erkannt. Soweit es sie noch nicht ganz vergessen hat, rechnet es sie zu jenem Lager, in dem sie mit ihrer propagandistischen Wirksamkeit sich ehrlich einen Platz erworben haben: zu dem Lager der Gegenrevolution. Die Arbeiter aber — selbst die wenigen, die der Sekte noch an- gehören — werden ihnen nicht auf dem Wege der Gegenrevolution folgen.

Moskau, den 28. August 1921

Bela Kun.

Perspektiven und Lehren der revolutionären Krisis in Italien.

1. Die Zersetzung der italienischen sozialistischen Bewegung.

Einzelheiten über die Zersetzung der Itali- enischen Sozialistischen Partei (I. S. P.) können leicht genau festgestellt werden, sie sind gleichzeitig Symptome und Symbole des Bankrotts der gesa- men sozialistischen Bewegung in Italien. Der Zer-

setzungsprozeß der „alten, ruhmreichen“ I. S. P. vollzog sich unter geräuschvoller Zertrümmerung der proletarischen Bewegung in Italien. Er war be- gleitet von einer Reihe von Ereignissen, die in der Internationale zunächst Erstaunen, dann Ratlosig- keit und endlich betrübendes Mißtrauen gegen die italienische Bewegung hervorgerufen haben. Die proletarische Internationale neigt jetzt dazu, in

ihrer Einschätzung dieser Begebenheiten einen Fehler unterlaufen zu lassen, demjenigen entgegengesetzt, der nach dem Kriege gemacht worden ist. Damals wurden die revolutionären Fähigkeiten und Möglichkeiten des italienischen Proletariats überschätzt; jetzt werden sie in gleichem Maße unterschätzt. Außerdem wäre es für uns von Vorteil, die Lage der Dinge in Italien nicht nur aufzuklären, um die neuen Perspektiven der revolutionären Krisis hervorzuheben, sondern auch um daraus eine Lehre zu ziehen, die dem italienischen Proletariat ebenso nützlich sein wird wie dem internationalen. Die Untersuchung der gegenwärtigen Verhältnisse in Italien führt uns unvermeidlich zu der Notwendigkeit der Aufklärung des Zersetzungsprozesses der I. S. P. und der gesamten Arbeiterbewegung in Italien. Das ist in der Tat ein ungeheurer Vorgang, der sich mit dem Sturz eines Riesen auf tönernen Füßen vergleichen ließe, mit dem Zerfall eines gigantischen, von innerem Feuer zerstörten Organismus.

Genau und durchaus einwandfreie Zahlen liefern uns das Bild des ungeheuren Wachstums der I. S. P. und ihrer plötzlichen katastrophalen Zersetzung.

Ein Jahr nach dem Kriege zählte die I. S. P. auf dem Kongreß in Bologna (1919) 1981 Ortsgruppen, 91 469 Mitglieder, 47 Deputierte und 350 Gemeinderäte.

Im Januar 1921 tagten auf dem Kongreß in Livorno 3009 Delegierte, die insgesamt 4567 Ortsgruppen, 219 327 ordentliche Mitglieder, 156 Deputierte und 2220 Gemeinderäte vertraten. Aber es vergingen kaum vier Monate, und schon im Mai 1921 zeugt die Anzahl der Wähler zum Nationalrat der I. S. P. von dem erstaunlichen Zerfall innerhalb der Reihen der Parteimitglieder.

Auf diesem in Rom tagenden Nationalrat wurde die Frage der Teilnahme an den Parlamentswahlen erörtert — eine Frage, die für die italienischen Sozialisten außerordentlich wichtig ist. Die ganze I. S. P. war bei der Abstimmung nur mit 63 000 Mitgliedern vertreten, von denen 58 000 für und 15 000 gegen die Teilnahme an den Wahlen stimmten.

Eine eingehendere Prüfung des Zustandes der sozialistischen Organisation in verschiedenen Gegenden Italiens liefert uns einen noch deutlicheren Beweis ihrer Zersetzung.

Es genügt vollkommen, die Vorgänge in den Provinzen Bologna, Ferrara und Reggio-Emilia — in den sog. roten Provinzen — in ihren Einzelheiten zu verfolgen. In diesen Provinzen hat die politische, sich auf eine ganze Reihe von wirtschaftlichen Organisationen stützende Parteiorganisation früher einen solchen Einfluß ausgeübt, daß die Leiter der örtlichen sozialistischen Bewegung mit einem Schein von Berechtigung behaupten konnten, daß eine

sozialistische Revolution gänzlich überflüssig sei, denn der Sozialismus sei schon ohnehin verwirklicht. In diesen Provinzen bestand die erdrückende Mehrheit der Deputierten sowohl der Gemeinde- als auch der Kreisräte aus Sozialisten: die bürgerlichen politischen Gruppen bildeten eine verschwindende Minderheit.

Im Verlaufe einiger Monate war der ganze Aufbau der sozialistischen politischen und ökonomischen Organisation durch die Reaktion zerstört. Hier geschah es aber nicht in der Weise wie in anderen Ländern, in denen die kommunistische Bewegung ebenfalls durch die Reaktion zerstört wurde. Hier erblicken wir nicht eine Verwandlung der legalen Bewegung in eine illegale; im Gegenteil, wir haben hier eine gänzliche Zersetzung der sozialistischen Bewegung vor uns. Sehr viele aktive Sozialisten haben in den genannten Provinzen sich von der Teilnahme am politischen Leben losgesagt, andererseits ist eine große Menge von Anhängern der „roten“ ökonomischen Organisationen zu den Faschisten übergetreten. Nur dank der Vereinbarung mit den bürgerlichen Parteien, mit dem Fascismus, ist es der I. S. P. gelungen, die alten Positionen in den revolutionären Zentren des italienischen Proletariats zu erhalten und bestenfalls einige neue zu erobern.

Ein charakteristischer Fall spielte sich kürzlich in Triest ab. Hier haben die Sozialisten, bestrebt, eine leitende Stellung in der Arbeiterkammer zu erringen, sich mit den Republikanern vereinigt und zu den Wahlen in den Aktionsauschuß der Arbeiterkammer eine gemeinsame Kandidatur aufgestellt. Und trotzdem haben sie den Kommunisten den Vorrang lassen müssen.

Typisch und schmachvoll sind die Vorgänge, die sich in Turin abgespielt haben. Die Industriellen haben sich hier gegen die kommunistischen Betriebe und besonders gegen das Werk „Fiat“ vereinigt. Es ist ihnen dort gelungen, alle revolutionären Arbeiter und alle kommunistischen „Commissarii di reparto“ zu entlassen. Die Sozialisten wollten diesen gegen Turin, diese „Festung des Kommunismus“, unternommenen Feldzug der Kapitalisten für sich ausnützen. Sie hofften, die Position der Kommunisten zu erschüttern, und es gelang ihnen mit offener Unterstützung der Industriellen, in den Gewerkschaftsräten einige Sitze zu gewinnen.

Die Zersetzung der ökonomischen und politischen Organisationen der I. S. P. in allen Provinzen Italiens läßt sich nicht nur an Hand der bürgerlichen Zeitungen, sondern auch in der sozialistischen Presse leicht verfolgen. Unter dem wilden und drohenden Ansturm des Klassenkampfes ist die sozialistische Partei nicht allein materiell zerfallen, sondern sie hat auch die revolutionäre Taktik aufgegeben und sich von den grundlegenden Prinzipien des proletarischen Kampfes gegen die organisierte

Bourgeoisie losgesagt. Wir können uns davon leicht überzeugen an Hand der offiziellen Dokumente der I. S. P. und der „Confederazione Generale del Lavoro“ — der bedeutendsten italienischen proletarischen Organisation, die durch eine Vereinbarung mit der I. S. P. verknüpft ist.

Inmitten der rauchenden Ruinen der Arbeiterkammern und der Zeitungsredaktionen, mitten unter den zersplitterten sozialistischen Gruppen ist das Proletariat ohne politische und ökonomische Führer geblieben. Seine ehemaligen Führer fordern ihr Recht von der bürgerlichen Regierung, sie suchen ihre Rettung in parlamentarischen Protesten, in Versuchen, Ruhe und Ordnung wieder herzustellen, und setzen ihre Hoffnung auf den Block mit den Fascisten.

Graphisch kann der Entwicklungsgang der politischen und ökonomischen Kräfte der sozialistischen Organisation Italiens durch eine Parabel dargestellt werden, die, seit dem Ende des Krieges bis September 1920 (die Bewegung der Metallarbeiter), allmählich ansteigt und seit diesem Moment ungewöhnlich steil abfällt, viel tiefer als zu dem Punkt, von dem aus sie ihren Aufstieg genommen hat. An dem höchsten Punkt der Parabel war die sozialistische Partei die einzige reale Kraft im ökonomischen und politischen Leben Italiens. Augenblicklich hat die sozialistische Bewegung jeden Einfluß verloren, und sie sieht sich genötigt, ihre eigene Existenz mittels Vereinbarungen mit der Bourgeoisie zu retten.

Die Ergebnisse der letzten parlamentarischen Wahlen, die im Mai 1921 stattfanden, scheinen der Behauptung über die Zersetzung der sozialistischen Bewegung in Italien zu widersprechen; in Wirklichkeit aber bestätigen sie alles Obengesagte über die Zersetzung der sozialistischen Bewegung. Es ist vollkommen richtig, daß die Zahl der gewählten sozialistischen Deputierten nur um wenig geringer ist als im vorjährigen Parlament. Ebenso richtig ist auch, daß, wenn die Sozialisten sich in der Provinz Reggio-Emilia der Teilnahme an den Wahlen nicht enthalten hätten und wenn es die anderen Zufallsmomente nicht gegeben hätte, die Zahl der gewählten Sozialisten derjenigen im Mai 1919 entweder gleich sein oder sie sogar übertreffen würde. Aber vor allen Dingen muß in Betracht gezogen werden, daß die Stimmen, die das Proletariat den Kandidaten der sozialistischen Partei gegeben hat, nur als ein Protest gegen das Banditentum der Fascisten aufzufassen ist. Im größten Teile Italiens konnten die Proletarier ihren Protest nicht durch die Abgabe ihrer Stimmen zugunsten der Kommunisten zum Ausdruck bringen, denn die Kommunistische Partei hatte fast nirgends ihre eigenen Wahlorganisationen. In 13 von den 40 Wahlkreisen, in die Italien zerfällt, hatten die Kommunisten überhaupt keine Möglichkeit, eigene Listen aufzustellen. Außerdem setzen sich die

Wähler, die für die I. S. P. gestimmt hatten, zum großen Teil aus der Kleinbourgeoisie zusammen, einer zum Reformismus neigenden Volksgruppe. Diese hat, nach der Aeußerung des sozialistischen Deputierten Kasalini, nur deshalb für die I. S. P. gestimmt, weil sie sich von den Kommunisten befreit hat und konservativer geworden ist. Andererseits rechtfertigt die Durchsicht der sozialistischen Listen und die Ueberprüfung der gewählten Kandidaten die Behauptung, daß die I. S. P. gerade bei diesen Wahlen den Weg beschritten hat, der sie zum Zusammenbruch führen mußte: sie hat ihre unversöhnliche Position und ihre grundlegende revolutionäre Taktik vollständig aufgegeben. 80 Proz. sowohl der Kandidaten als auch der gewählten Sozialisten sind ausgesprochene Reformisten, Anhänger Turatis, der gegenwärtig unbestritten das Haupt der parlamentarischen Gruppe ist und der gleich in der ersten Sitzung des Parlaments eine Rede im Geiste der Mitarbeit an der Regierung gehalten hat. Aber es muß noch etwas Schlimmeres hervorgehoben werden: in die sozialistische Kandidatenliste sind einige Genossen aufgenommen worden, die erst während der Wahlen der Partei beigetreten sind, Genossen, die früher von der Partei ausgeschlossen waren und die Partei sogar bekämpft haben.*)

Als eine Folge der Wahlen sind gewisse andere Tatsachen hervorzuheben, die einen weiteren Beweis für die Zersetzung der I. S. P. liefern. Die Sozialistische Föderation der Provinz Reggio-Emilia, zahlenmäßig die stärkste in Italien, wurde vom Zentralkomitee wegen Verletzung der Parteidisziplin

*) So z. B. sind Lucci und Boveo in Neapel als Sozialisten gewählt. Bei den früheren Wahlen traten sie als Gegner der Sozialisten auf. Skandalös ist die Wahl Ferris in Mantua und Vagnos in Apulien — beide sind aus der sozialistischen Partei ausgeschlossen gewesen. Nach der sozialistischen Liste wurden als Protestäußerung Syndikalisten gewählt, die vor den Wahlen ganz besonders gegen den Reformismus der I. S. P. kämpften; auch Anarchisten sind darunter, die der Glanz des parlamentarischen Abzeichens so sehr berauscht haben muß, daß sie ihre revolutionären Prinzipien aufgegeben haben. In Sardinien ist ein Sozialist, ein gewisser Korssi, gewählt worden, der, nachdem er gewählt wurde, nichts Eiligeres zu tun hatte, als dem zufällig in Sardinien anwesenden König seine Ehrerbietung zu erweisen. Sehr interessante Symptome konnten zur Zeit der Wahlen hinter den Kulissen der I. S. P. beobachtet werden. Viele Arbeiterdeputierte, Anhänger Serratis, sind bei den Wahlen durchgefallen, so z. B. Abbo, Bellagerda und andere. Einer der „Hohen Priester eines einheitlichen Kommunismus“, Alessandri, Mitarbeiter der französischen Zeitung „Populaire“, ist ebenfalls durchgefallen. Auch D'Aragona, der erste Sekretär der „Confederazione Generale del Lavoro“, wurde in Mailand nicht gewählt und kam nur dank dem Umstande ins Parlament, daß der in zwei Kreisen gewählte Lazzari ihm einen seiner Sitze überließ.

aufgelöst. Im Zentralkomitee der Partei entstand infolge der Absetzung Baratonos, eines typischen Vertreters einer zentristischen Equilibristik, der eine „linke“ I. S. P. hätte bilden können, eine schwere Krisis.

Die historische Bedeutung der Liquidation des italienischen Maximalismus und Serratianismus darf nicht unterschätzt werden.

In der Tat, die Zersetzung der italienischen sozialistischen Bewegung hat vom historischen Gesichtspunkt aus nicht nur für Italien, sondern auch für die ganze Internationale eine sehr große Bedeutung: der schmachvolle Bankrott der I. S. P. bedeutet, vom internationalen Gesichtspunkt aus betrachtet, eine endgültige Niederlage der ohnehin zerfallenden II. Internationale. Die Italienische Sozialistische Partei, die beste oder, richtiger gesagt, die am wenigsten schlechte, war die einzige sozialistische Partei, die vom Beginn des Krieges an nicht mit dem Kriege sympathisiert hat, während alle anderen Parteien der Zweiten Internationale mit der Bourgeoisie zu einer „heiligen Allianz“ verschmolzen sind.

Angesichts des Krieges hat die I. S. P. das Proletariat nicht verraten, obgleich ihre hilflose Parole: „Dem Kriege nicht helfen, aber ihn auch nicht sabotieren“, dem Proletariat keinerlei realen Nutzen gebracht hat. Des Verrats, den die I. S. P. hinsichtlich des Krieges nicht begangen hat, hat sich diese Partei der Revolution gegenüber schuldig gemacht. Das liefert den unwiderleglichen Beweis, daß alle Parteien der Zweiten Internationale eine politische und organisatorische Plattform zur Grundlage hatten, die früher oder später zu einem Verrat an den proletarischen Massen führen mußte.

Es ist wahr, die I. S. P. ist an demselben Uebel zugrunde gegangen, an dem alle Parteien der Zweiten Internationale zugrunde gegangen sind. Es ist der Reformismus und der Sozial-Pazifismus. Die Mehrzahl der Führer der I. S. P. war immer reformistisch und pazifistisch gesinnt. Leider waren sie alle dermaßen unehrlich und von der karrieristischen Gier ergriffen, daß sie sich nach dem Kriege lediglich deshalb in Revolutionäre und Bolschewisten verwandelten, um die Massen zu gewinnen, Deputierte zu werden oder die höchsten Posten in den Gewerkschaftsverbänden zu erhalten. Die proletarische Masse war leider naiv genug, an den revolutionären Geist der Maximalisten zu glauben, und lieferte ihr Schicksal den Händen der I. S. P. aus. Diese letztere war die einzige bedeutende proletarische Partei in Italien, und deshalb führte ihr Zerfall zu einer Vernichtung der gesamten italienischen proletarischen Bewegung.

Die weitere Entwicklung der Reaktion in Italien während der letzten Monate mußte natürlich in die sozialistische Bewegung Klarheit bringen und die

I. S. P. auf den einzigen für diese Partei passenden Weg zurückführen, — auf den Weg der reformistischen Sozialdemokratie. Wir müssen betonen, daß die I. S. P. ihren grundlegenden Bestrebungen nach eine rein sozialdemokratische Partei war. 1892, auf dem Kongreß in Genua, auf dem die Partei gebildet wurde, stellte sie ein Programm auf, das nach dem Muster des Programms der deutschen sozialdemokratischen Partei verfaßt war. Wenn die I. S. P. dank der Erfahrung des Tripoliskrieges und der besonderen Lage Italiens zu Anfang des imperialistischen Krieges, nicht in die Falle eines offenkundigen Sozialpatriotismus geriet, so bestand die Mehrzahl der Partei und ihrer Führer dennoch immer aus Sozialdemokraten: wenn der Maximalismus und der Bolschewismus Serratis und seiner Anhänger im großen und ganzen nicht als eine Bewegung betrachtet werden kann, die auf Unehrllichkeit und Abenteuerlust beruht, so muß sie immerhin als eine Erscheinung der Nachkriegszeit angesehen werden, die sich aus der ungenügenden Kenntnis der kommunistischen Prinzipien ergibt. Späterhin, als die neuen Verhältnisse des Klassenkampfes und die von der historischen Aufgabe des Proletariats diktierten Forderungen es unumgänglich notwendig machten, in die proletarische Bewegung Italiens Klarheit hineinzubringen, bestand dieser Klärungsprozeß gerade in der Liquidation des sozialistischen Maximalismus. Dieser Prozeß vollzieht sich noch jetzt. In der Tat, die italienischen Serratianer ereilt jetzt das Schicksal aller Renegaten der Kommunistischen Internationale: die Bourgeoisie und die Sozialdemokratie verwenden sie im Kampfe gegen die Kommunisten. Aber in dem Augenblick, in dem es sich erweist, daß sie den Interessen der Gegenrevolution nützlich genug gewesen sind, werden sie über Bord geworfen. Die Reformisten vom Schiffe Turatis haben jetzt in der I. S. P. die Herrschaft erlangt: die Menschewisten der I. S. P. haben das bei ihren letzten politischen Aktionen zur Genüge gezeigt. In der Rede, die Turati im Namen der sozialistischen parlamentarischen Gruppe kürzlich im Parlament hielt, hat er der gemeinsamen Arbeit der Sozialisten mit der Bourgeoisie ein Loblied gesungen und am Schlusse ausgerufen: „Es lebe Italien!“ In einer der Sitzungen sandte Treves ein Begrüßungstelegramm an die Menschewisten Grusens mit dem Ausdruck des Protestes gegen den „barbarischen“ Bolschewismus.

Jetzt haben die „Kommunisten-Unitaristen“ und die Serratianer die vorherrschende Stellung in der I. S. P. aufgegeben; ehrlichen „Kommunisten-Unitaristen“ bleibt nichts anderes übrig, als die Reihen der I. S. P. zu verlassen und der Italienischen Kommunistischen Partei (I. K. P.) beizutreten, wenn sie wirklich die Absicht haben, den Beschlüssen der Kommunistischen Internationale treu zu bleiben. Selbst wenn sie wollten, so fehlt es ihnen an Kraft.

die Reformisten aus der I. S. P. hinauszuerwerfen. Sie müssen daher selbst die Partei verlassen.

Nach der endgültigen Liquidation des Maximalismus und des Serratianertums in der I. S. P. wird sich die Vereinigung mit der Kommunistischen Partei vollziehen, ein Prozeß, dem ähnlich, der in Deutschland bei der Spaltung der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei beobachtet wurde.

Ein Faktor, der den Liquidationsprozeß des inhalts- und kraftlosen italienischen Maximalismus förderte, war der Fascismus, dessen Sieg die Lage in Italien im Verlaufe des letzten halben Jahres vollständig änderte.

Wir wollen jetzt diese Erscheinung, ihren Ursprung und das Wesen der Wirksamkeit des Fascismus näher kennen lernen.

2. Der italienische Fascismus.

Die Entstehung der fascistischen Bewegung und der Konflikt aus Anlaß der Angelegenheit Fiume sind zwei sehr interessante Erscheinungen im Leben Italiens.

Von einem gewissen Gesichtspunkt aus können sie als ein Ausdruck der internationalen Reaktion in Italien angesehen werden, aber es sind ihnen gleichzeitig spezifische Besonderheiten eigen, die in der internationalen Lage Italiens begründet sind.

Die Stellung, die Italien im internationalen Leben einnimmt, ist sehr charakteristisch. Trotzdem sich Italien an die Entente angeschlossen und infolgedessen seinen Anteil am Siege erhalten hat, hat es die schicksalsschweren Folgen des Krieges auf dem Gebiete der Politik und der Wirtschaft ebenso erfahren müssen wie die besiegten Länder.

Infolge dieses Kontrastes zwischen dem militärischen Siegesrausch und der ökonomischen Lage Italiens ist unter den proletarischen Massen eine gegen die Bourgeoisie gerichtete und die soziale Revolution erstrebende kolossale Bewegung entstanden. Aber derselbe Kontrast hat auch eine Unzufriedenheit rein nationalistischen Charakters hervorgebracht.

Der italienische Fascismus nimmt seinen Anfang und hat seine Wurzeln tatsächlich in dieser nationalen Unzufriedenheit. In Italien gab es sehr viele sozialdemokratische und kleinbürgerliche Elemente, die den Krieg gewollt und ihn mit Begeisterung unterstützt haben; sie waren noch größere Wilsonisten als Wilson selbst, sie glaubten an den revolutionären und demokratischen Charakter des Weltkrieges. Diese Elemente, aus denen ein großer Teil der sogen. „Interventionisten“ bestanden hat, zerfielen nach Beendigung des Krieges in zwei Richtungen: die eine, mit Bissolati an der Spitze, sah die Ungerechtigkeit des Friedensvertrages ein,

suchte die nationalen Forderungen zu dämpfen und sprach sich entschieden gegen die Annektion Südtirols und Dalmatiens aus. (Die Vertreter dieser Richtung nannte man „Rinunziatari“ — die „Verleugnenden“.)

Der andere Teil der „Interventionisten“, die Sozialpatrioten und die Ex-Sozialisten, angeführt von dem Renegaten und ehemaligen Führer der I. S. P., Mussolini, überhob sich an den übermäßigen Forderungen: Diese Gruppe war es eben, die den Kern der fascistischen Bewegung bildete. Diese anfangs sehr bescheidene fascistische Richtung organisierte kleine aktive Agitationszellen. Zu ihr zählte eine Gruppe von durchaus ehrlichen, idealistisch gesinnten Nationalisten, futuristischen Künstlern mit d'Annunzio an der Spitze, die ihre Agitation gegen die neutrale Position der Bourgeoisie und deren Häupter Giolitti und Nitti richtete und sie beschuldigte, die Früchte des Krieges nicht ausgenützt zu haben. Die Gruppe Mussolini kämpfte mit der I. S. P., die mit ihrer kriegsfeindlichen Tendenz während des Krieges und ihrer antimilitaristischen Propaganda nach dem Waffenstillstand den Sieg sabotierte und Italien die Kräfte entzog, deren es bedurfte, um von seinen ehemaligen Bundesgenossen die Anerkennung seiner Rechte zu erzwingen. Wie wir bereits sagten, war der Fascismus in der ersten Periode seiner Entwicklung ganz bedeutungslos. Weder die Regierung noch die kapitalistische Klasse nahm diese Bewegung ernst; bei den Wahlen in Mailand im November 1919 erhielt Mussolini nur 4000 Stimmen.

Die wirkliche Entwicklung des Fascismus beginnt erst in dem Augenblick, in dem die Begebenheiten in Fiume einsetzen, als d'Annunzio an der Spitze einer aus Legionären und Fascisten bestehenden Expedition im Namen Italiens Fiume besetzte. Das führte dem Fascismus die Sympathien der Nationalisten zu und überzeugte andererseits den intelligenteren Teil der Kapitalisten und Reaktionen davon, daß es im Lande, außer dem Proletariat und dem Sozialismus, die damals in voller Blüte standen, noch eine andere lebendige Kraft gab.

Die Ereignisse in Fiume gaben der Entwicklung des Fascismus einen starken Anstoß. Während die Idealisten, mit d'Annunzio an der Spitze, sich in Fiume aufhielten und sich mit nationalistischer Lyrik beschäftigten, blieb eine andere fascistische Gruppe unter der Leitung Mussolinis in Italien und suchte die Sympathien der Nationalisten für sich auszunützen. Sie eignete sich die für Fiume gespendeten Gelder an und machte diese Stadt zu einer Basis für ihre Organisation und für die Bewaffnung der fascistischen Banden, die später im Interesse des Kapitalismus und Militarismus einen blutigen Kampf gegen das italienische Proletariat aufnahmen.

Bis zum Herbst 1920 bildeten die Fascisten nur kleine Gruppen, die nichtsdestoweniger bei ihren Kämpfen gegen das Proletariat mit einem leichten Sieg rechnen konnten. In dieser Periode strebte die ganze proletarische Masse zum Bolschewismus, während die Intelligenz, die Kleinbourgeoisie und das Halbproletariat ihre Kräfte und ihren Einfluß noch keiner bestimmten politischen Gruppe zuwandten.

Die Kleinbourgeoisie blieb in ihrem Verhältnis zur sozialistischen und fascistischen Bewegung lange Zeit hindurch unentschlossen. Die verhältnismäßig zahlreiche Kategorie der Halbproletarier und der Intelligenz befand sich infolge des Krieges in einer sehr schwierigen Lage, sowohl in politischer als auch in ökonomischer Hinsicht.

Nach dem Kriege schloß sich das Proletariat politisch entschieden an die maximalistische Richtung an, aber gleichzeitig erkannte es die I. S. P. als seine Partei an. Das Proletariat schuf seine ökonomischen Organisationen, so daß es ihm sofort gelang, sich die politische Herrschaft zu sichern, die im Gegensatz zu dem Einfluß der schwachen politischen Organisationen der Bourgeoisie, stetig stärker wurde. Das Proletariat verbesserte seine ökonomische Lage, denn die Industriellen waren furchtsam und sahen sich gezwungen, den Forderungen der Arbeiterklasse nachzugeben.

In Italien wurde eine Erscheinung beobachtet, die übrigens international ist: das städtische und das Landproletariat war in einer besseren Lage als die Mittelklasse. Diese letztere war gezwungen, die schweren Lebensverhältnisse des Konsumenten zu tragen und konnte sich keine besseren Existenzbedingungen sichern.

In der ersten Zeit nach dem Kriege schlossen sich starke Gruppen der italienischen Intelligenz — vom Kriege heimgekehrte Halbproletarier — dem Sozialismus an und waren bereit, an den gegen die kapitalistische Ordnung gerichteten Aktionen teilzunehmen. Aber die sozialistischen Organisationen haben in der Mehrzahl der Fälle diese Elemente zurückgewiesen; die I. S. P. war sogar bestrebt, die Massen in ein feindseliges Verhältnis zur Intelligenz zu bringen, besonders zu denjenigen ihrer Vertreter, die am Kriege teilgenommen haben, ohne dabei die Ausbeuter von den Opfern zu unterscheiden. Die proletarischen Massen lehnten es sogar ab, die Invaliden zu unterstützen, und ihr Haß gegen jene, die für den Krieg verantwortlich waren, richtete sich auch gegen die Opfer des Krieges.

Die von der politischen Organisation der Sozialisten zurückgewiesenen Vertreter der Mittelklasse waren bereit, nachdem sie in den wirtschaftlichen Organisationen keine Unterstützung gefunden hatten, den Einflüsterungen der Feinde des Prole-

tarats zu glauben, daß die Not der Bevölkerung, die Verteuerung der Lebensmittel usw. eine Folge der maßlosen Forderungen der Arbeiterklasse sei, die zu den hohen Löhnen geführt hätten.

Zum Fascismus trieb die Mittelklasse auch der Umstand, daß dieser gewissermaßen ein Protest gegen die Arbeiteraristokratie und gegen die Mißbräuche der utilitaristischen und opportunistischen Sozialdemokratie war. Es darf auch nicht verschwiegen werden, daß die Vertreter der I. S. P. und der roten Arbeiterorganisation auf dem Gebiete der Gemeinde- und Kreisverwaltung häufig in einer Weise wirkten, als wenn sie selbst eine Empörung gegen ihr System in den italienischen Provinzen inszenieren wollten, gerade dort, wo sie die leitende Rolle spielten — in Bologna, Reggio-Emilia und Ferrara: alles das geschah, im Namen des Bolschewismus, nach dem System der privaten Bevorzugung und der individuellen Ausbeutung, die dem bürgerlichen System in nichts nachgab.

Unter diesen Umständen zettelten die Führer des Fascismus im Einverständnis mit den Vertretern des Nationalismus und mit den durch den Krieg reich gewordenen Millionären ein geschicktes Spiel an, in dem sie die antiproletarische Propaganda im Namen „Groß-Italiens“ und im Namen des Gedankens führten, die Früchte der schweren Opfer des Krieges zu ernten; auch gaben sie vor, die Verbraucherklasse von den Vergewaltigungen seitens der Produzenten befreien zu wollen. Andererseits rief die wachsende Gefahr, die in Italien durch die Expropriation der Fabriken seitens der Metallarbeiter und des Bodens — seitens der Bauern (August/September 1920) akut geworden war, in der bürgerlichen Regierung eine große Unruhe hervor und veranlaßte die Kapitalisten, mit der Reaktion einzusetzen. Der glückliche Ausgang der Expedition nach Fiume und die ersten Erfolge der fascistischen Gruppen überzeugten die Regierung und die kapitalistische Klasse davon, daß es vorteilhaft wäre, den Fascismus als eine illegale Organisation für ihre Zwecke zu verwerten. Nachdem sich in Fiume und Mailand die ersten fascistischen Banden bildeten, begannen sofort die ersten Angriffe in jenen Provinzen, in denen die Verhältnisse einigermaßen günstig waren, also da, wo die Kleinbourgeoisie am meisten unterdrückt wurde — in Bologna und Ferrara.

Schon in der ersten Periode, als die Tätigkeit der Fascisten noch von geringem Einfluß war, wirkte der Erfolg des Fascismus vernichtend auf den italienischen sozialistischen Maximalismus. Der Fascismus nahm in dem Maße an Bedeutung zu, als sich alle von der Leichtigkeit überzeugten, mit der die Arbeiterorganisationen vernichtet wurden, sowie von der verlogenen Geschwätzigkeit und Kraftlosigkeit der italienischen Revolutionäre und der Tatsache, daß die Massen zu revolutionären

Aktionen und revolutionären Bewegungen überhaupt nicht vorbereitet waren. Dem Faschismus schlossen sich zahlreiche Gruppen kleiner Bourgeois und Landstreicher an, die von den großen Summen angezogen waren, mit denen der Kapitalismus die fascistischen Organisationen versorgte, und von den großen Vorrechten, die ihnen dank der Leichtigkeit, mit der man sich an den Sozialisten und Proletariern für die erlittenen Kränkungen rächen konnte, zustanden.

Dabei spielte ein psychologischer Faktor eine große Rolle, der den Schwankungen der Mittelklasse zwischen Proletariat und Bourgeoisie ein Ende machte: volle zwei Jahre wartete die große Masse der italienischen Bevölkerung auf den Augenblick, in dem die Sozialisten die Revolution verwirklichen würden, die Revolution, die sie von der steten Anspannung und Angst endlich befreien würde. Die Halbproletarier und die Kleinbürger neigten zunächst dazu, in der bolschewistischen Gesellschaftsordnung eine bessere Ordnung der Dinge zu sehen. Aber als es klar wurde, daß die italienischen Sozialisten nur für die Zerstörung taugten, daß sie aber nicht imstande waren, eine tiefe revolutionäre Bewegung in die Wege zu leiten und die Grundlage für eine neue Ordnung der Dinge zu schaffen, da begann die Anzahl derjenigen zu wachsen, die um jeden Preis, selbst um den einer Reaktion, die Wiederherstellung der früheren Gesellschaftsordnung wünschten. Dieser psychologische Faktor und die Hoffnung, ihre Lage durch die Wiederherstellung der früheren Ordnung zu bessern, führten dazu, daß die Mittelklasse die fascistische Bewegung zu unterstützen begann: eine Menge Studenten, Offiziere und Beamte schlugen sich zu dieser Bewegung. Diese Unterstützung festigte endgültig den zerstörenden Erfolg des Faschismus, an dem auch die von der Rettung Italiens träumenden und betrogenen Jünglinge teilnahmen, ferner Menschen, die nach politischem Ruhm strebten, und endlich gewöhnliche, durch hohen Lohn angezogene Verbrecher. Dem Faschismus traten auch manche arbeitslosen Arbeiter bei, die der Hunger auf den Weg des Mordes ihrer Brüder führte und schließlich einige von den früheren revolutionären Arbeitern, die man davon überzeugt hatte, daß es vollständig gerecht sei, gegen die Führer der sozialistischen Bewegung und die Leiter der Gewerkschaften, die die Arbeiterklasse betrogen und verraten haben, erbarmungslos zu sein.

Gleichzeitig mit der Ausbreitung der Wirksamkeit der Fascisten und ihren Erfolgen verschwanden die idealistischen Elemente aus dieser Bewegung, besonders nach den Abenteuern in Fiume. Gegen d'Annunzio und seine fascistischen Legionäre, die die Absicht hatten, im Namen des Nationalismus die wahre Revolution zu machen, bewaffnete sich

gegen das Ende des Jahres 1920 die Regierung Giolitti, die den treugebliebenen Truppen den Befehl gab, gegen das Heer d'Annunzios vorzugehen. In diesem Moment machte der bürgerlich militaristische Block Italiens eine schwere Krisis durch, die vom Proletariat leicht hätte ausgenützt werden können. Aber die I. S. P. leistete wieder der bürgerlichen Regierung einen guten Dienst mit ihrer gegenrevolutionären Politik, indem sie das Proletariat von der Notwendigkeit überzeugte, die Wiederherstellung der Ordnung in Fiume zu fordern.

Die italienischen Fascisten mit Mussolini an der Spitze bewahrten bei dem Angriff der Regierung auf die Legionäre Fiumes eine schmachvolle Neutralität. Sie nützten auch das Verschwinden des Idealismus in der fascistischen Bewegung aus, um sie ausschließlich den antiproletarischen Aktionen nutzbar zu machen und einen furchtbaren blutigen Frühling zu inszenieren.

3. Neue Perspektiven der revolutionären Krisis in Italien.

Die Verwertung der fascistischen Bewegung seitens der legalen und der illegalen Reaktion führte in der ersten Jahreshälfte 1921 zu einer schweren Niederlage in Italien. Auf diese Weise haben gegenwärtig die kapitalistische Klasse und die bürgerliche Regierung den Höhepunkt ihrer politischen und militärischen Herrschaft erreicht.

Dieser Umstand führte keineswegs zu einer Lösung der ökonomischen Krisis: im Gegenteil, die Krisis spitzte sich mehr und mehr zu.

Andererseits führte jener Weg, dank welchem die kapitalistische Klasse ihren Triumph feiern konnte — der Weg der Ausnützung des Faschismus —, die Bourgeoisie zu neuen Formen der inneren Krisis, die jetzt einen drohenden Charakter angenommen hat.

Allerdings wurde der Faschismus unterstützt, geleitet und genährt durch den industriellen und agrarischen Kapitalismus, und seine ganze Tätigkeit ging zugunsten des Kapitalismus. Aber diese Tatsache ändert nichts daran, daß diese Bewegung ihrem Charakter nach eine Organisationsform der breiten, dem Kapitalismus fernstehenden Schichten ist: der Kleinbourgeoisie, der Intelligenz, des Halbproletariats, — von Menschen, die arbeitslos und aus dem Geleise geworfen sind. Es gelang, diese Massen in einem günstigen Augenblick tatsächlich auf dem Weg des Kampfes im Interesse des industriellen und agrarischen Kapitalismus mit sich fortzureißen, denn sie hofften, daß dieser Krieg der Kleinbourgeoisie vorteilhaft sein würde. Nach einer Periode der Schwankungen und Illusionen wurde es offenbar, daß die ökonomischen Interessen und Bestrebungen der Kleinbourgeoisie durchaus nicht

identisch sind mit den Interessen des industriellen und agrarischen Kapitals.

Wenn es für den Kapitalismus andererseits vorteilhaft war, die aktiveren und gewalttätigen Elemente der Mittelklasse zu organisieren, zu erhalten und aufzuheizen, so scheint es mehr als unwahrscheinlich, daß er imstande gewesen wäre, jene Kräfte, die er selbst heraufbeschworen, längere Zeit in seiner Gewalt zu halten. Im Gegenteil haben diese gewalttätigen, nahezu wilden, von der Kleinbourgeoisie und dem Halbproletariat losgelösten Elemente eine naturgemäße Tendenz, in ihren Handlungen jene Grenze zu überschreiten, die ihnen von ihren allzu schlaun Organisatoren vorgezeichnet war. Kurz gesagt: sie haben die Tendenz, im wirtschaftlichen Interesse ihrer Klasse zu handeln. Uns Marxisten kann das nicht wunder nehmen!

Wir haben jetzt in Italien zweifellose Beweise für die beiden geschilderten Erscheinungen: die Fascisten verfolgen ihre zügellose gewalttätige Wirksamkeit in den verschiedensten Richtungen und in merkwürdigen Formen, unbekümmert um die Versuche der Kapitalisten, sie zu zügeln. Bemerkenswert ist, daß die Fascisten blutige Akte gegen die „Volkspartei“, d. h. gegen die klerikale Partei verübt haben, die eine überzeugte Ordnungspartei ist. Kürzlich organisierten die Fascisten in den großen Städten Italiens eine Bewegung gegen die Lebensmittelteuerung und forderten unter Anwendung von Gewalt die Händler zur Herabsetzung der Preise auf. Die Bestrebung der weitsichtigen Kapitalisten und der Regierung liegen auf der Hand. Sie wollen den Terror, der letzten Endes zu den entgegengesetzten Ergebnissen geführt hat, dämpfen: die Empörung der Händler und Geschäftsleute in Italien ist aus Anlaß der letzten Heldentaten der Fascisten sehr groß.

Viele angesehene Kommunisten meinen, daß die Kapitalisten und die Regierung in ihrem Wunsche, die Fascisten zu zügeln, nicht aufrichtig sind, daß sie, um die Massen zu betrügen, demagogisch vorgehen. In der italienischen kommunistischen Presse wird oft die Ansicht ausgesprochen, daß der Fascismus lediglich als die äußerste, konservativste Organisation der Kapitalisten anzusehen sei. Aber diese Einschätzung ist nicht richtig. Wäre der Fascismus wirklich ein Werkzeug der kapitalistischen Organisation, so würde er die kapitalistischen Interessen nicht nur auf dem ökonomischen, sondern auch auf dem politischen Gebiete wahren, und er würde die Eroberung der politischen Macht erstreben und die Interessen der Kapitalisten sowohl in parlamentarischen Kombinationen, als auch in den Fragen über Krieg und Frieden verfolgen. Wir sehen aber, daß der Fascismus sich auf dem politischen Gebiet von den übrigen bürgerlichen Fraktionen isoliert und eine besondere parlamentarische

Gruppe von 35 Deputierten gebildet hat; er ist sogar mit den Nationalisten nicht liiert. Ebenso wenig, wie er bisher die politische Machtstellung erstrebt hat, wird er dies wohl auch weiterhin tun.

Auf dem ökonomischen Gebiet aber führt der Fascismus einen Straßenkampf, der den Interessen der Kapitalisten keineswegs entspricht.

Es ist wahr, im Vorgehen der Fascisten macht sich in letzter Zeit eine gewisse Bestrebung geltend, die Sympathien der Konsumentenmassen zu gewinnen. Aber auch diese neue Tendenz der Fascisten steht im Einklang mit den materiellen Interessen jener Gesellschaftsschicht, aus der die ersten Elemente der fascistischen Organisation hervorgegangen sind, d. h. mit den Interessen der Mittelklasse.

Es versteht sich von selbst, daß sowohl die Mittelklasse als auch der Fascismus gegenwärtig bestrebt sind, sich zu der Staatsautorität und zu dem Großkapital in Gegensatz zu bringen: die halbproletarischen Massen glaubten, daß das Durchdringen des Fascismus und der Reaktion zu einer Lösung der ökonomischen Krisis und zu einem Ende der Notlage der Konsumenten führen würde. Aber es bleibt ihnen augenblicklich nichts anderes übrig, als einzusehen, daß diese Hoffnungen verfehlt waren und daß der Sieg der Reaktion nur dem Kapitalismus genützt hat.

Die Fascisten haben bisher nur deshalb so energisch gegen die roten proletarischen Organisationen gekämpft, weil sie in der Agitation der Arbeiter die Ursache der ökonomischen Krisis erblickten, statt diese Agitation als ein Symptom und eine Folge dieser Krisis selbst zu erkennen. Auch in ihrem jetzigen Kampf gegen die Teuerung und gegen die Händler machen sie denselben Fehler, indem sie gegen die Folgeerscheinung der kapitalistischen Ordnung kämpfen und nicht gegen ihre Grundlagen.

Wie die Absichten der Führer der Fascisten auch sein mögen, so müssen wir jedenfalls im Hinblick auf die neue Position des Fascismus und auf die Krisis, die der bürgerliche Block augenblicklich durchmacht, für die weitere Entwicklung der Krisis in Italien folgende Schlußfolgerungen ziehen: der Fascismus ist keineswegs eine rechtsradikale italienische kapitalistische Organisation, er ist eine besondere Protestform, die mit der ökonomischen Krisis und mit der Krisis des gegenwärtig in Italien herrschenden Klassenbewußtseins verbunden ist. Es ist notwendig, diese Krisis, die der bürgerliche Block dem Fascismus zu verdanken hat, aufmerksam zu untersuchen, auch müssen wir die durch diese Krisis hervorgerufene Zersetzung der demokratischen Prinzipien in Italien im Zusammenhang mit den Ursachen und den Erscheinungsformen dieser Krisis zu verstehen suchen. Aus-

gehend von der kommunistischen Doktrin, können wir im Interesse der proletarischen Revolution zur Zeit dieser Krisis einen bestimmten taktischen Weg einschlagen. Diese unsere Erwägungen werden noch klarer sein, wenn wir die Lage des Proletariats und der kommunistischen Bewegung in Italien im Zusammenhang mit der allgemeinen Lage im Lande eingehender untersuchen werden.

Der gegenwärtige materielle und moralische Zustand des italienischen Proletariats ist vom Standpunkte der proletarischen Revolution als ein durchaus günstiger zu betrachten, wenn man die allgemeine Lage der Dinge in Italien berücksichtigt.

Diese Behauptung ist indessen nur relativ zu nehmen.

Es darf nicht verschwiegen werden, daß die Lage des italienischen Proletariats, von einem bestimmten Gesichtspunkt aus betrachtet, der revolutionären Arbeit große Schwierigkeiten entgegensezt. Diese Schwierigkeit liegt nicht in der Reaktion und auch nicht im Fascismus, wie man geneigt ist anzunehmen. Diese Schwierigkeit besteht in der Tatsache, daß das Proletariat seit den letzten Monaten sämtliche revolutionären Parteien mit absolutem Mißtrauen betrachtet. Die Enttäuschung und die Verzweiflung, die der Verrat der I. S. P. in den Massen geweckt hat, waren so groß, daß sie die gesamte proletarische Bewegung erfaßt haben. Keine Partei, kein Mensch ist augenblicklich im Stande, die breiten Massen nach dem schmachvollen Verrat der I. S. P. für die Sache der Revolution zu begeistern.

Das bezieht sich auf die breiten Massen. Aber es gibt sehr breite Schichten des Arbeiter- und Bauernproletariats, die dem Kommunismus klassenbewußte Treue bewahrt haben und die von so starkem Glauben heseelt sind, daß sie für die soziale Revolution kämpfen werden. Wenn diese Gruppen zu aktiven Aktionen technisch vorbereitet sein werden, wenn sie im Stande sein werden, den Kampf aufzunehmen, dann werden die breiten italienischen Massen ihnen nicht nur keine Hindernisse in den Weg legen und ihr Vorgehen nicht sabotieren — wie man das von den sozialdemokratischen Massen der anderen Länder, insbesondere in Deutschland-Oesterreich, erwarten könnte —, sondern sie werden ihnen begeistert folgen.

Die italienischen proletarischen Massen bleiben Sowjet-Rußland, ungeachtet aller Gaunereien ihrer sozialdemokratischen Führer, treu, und sind der Sowjetidee fanatisch ergeben. Aber sie warten auf eine ernsthaftere revolutionäre Vorbereitung und auf die Offensive der Vorhut, um Rußland mit Begeisterung zu folgen. Ueberdies ist das italienische Proletariat gezwungen, diesen Weg zu betreten, weil die schwierige Lage keine andere Wahl läßt als die zwischen einer ökonomischen und politi-

schen Sklaverei einerseits und der Revolution andererseits. Die tatsächliche Lage Italiens schließt jetzt jede Möglichkeit aus, der sozialdemokratischen Parole zu folgen: das Streben nach dem Wohlergehen des Proletariats mit Ausschluß des revolutionären Kampfes. Zwei Jahre lang lebte Italien in „sozialdemokratischen“ Verhältnissen, d. h. wir hatten hier einen gewissen Wohlstand des Proletariats, ohne den revolutionären Kampf. Aber diese Lage der Dinge fand ihr Ende, sobald die Bourgeoisie die Offensive aufnahm.

Das italienische Proletariat wurde sich darüber klar, daß es sich bei den gegebenen Verhältnissen um die Aussicht auf Hungertod und Sklaverei handelt, ähnlich dem Zustande, wie er vor vierzig Jahren geherrscht hat, — vorausgesetzt, daß die Frage einer entschlossenen revolutionären Bewegung nicht auf die Tagesordnung gesetzt wird. Zu dieser streben die proletarischen Massen, um sich an den fascistischen Banden für ihre unerhörten Grausamkeiten und Niederträchtigkeiten zu rächen. Die Fascisten verübten in Italien Gewaltakte, die einer Horde von Wilden würdig gewesen wären: in bestialischer Weise mordeten sie Arbeiter, Frauen und Kinder. Aber dies rief seitens der Bauern einen wütenden Protest hervor. Einige der Fascisten wurden mit Aexten in Stücke gehauen. Gerade die Bauernschaft strebte nach revolutionärer Rache, weil sie durch das Bandidentum der Fascisten am meisten gelitten hat.

Die Entstehung und die Entwicklung der Italienischen Kommunistischen Partei ist eine historische Folge der allgemeinen Lage in Italien und des Zerfalls der sozialistischen Bewegung. Die Gründung einer kommunistischen Partei war eine unbedingte Notwendigkeit für die proletarische revolutionäre Bewegung in Italien. Sie rettete die übriggebliebenen Teile des Organismus des italienischen Sozialismus und bewahrte sie vor dem inhaltlosen Maximalismus und vor dem passiv-revolutionären Pazifismus.

Anläßlich der Entstehung der kommunistischen Partei in Italien könnte man nur den Umstand bedauern, daß die Spaltung so spät zustande kam, daß wir solange auf jenen Moment warten mußten, da der Reformismus und Pazifismus nahezu den gesamten italienischen Sozialismus erfaßt hatten. Diese Verzögerung und das weitere Verbleiben der Kommunisten in der I. S. P. führten dazu, daß die Kommunisten die Verantwortung für den Verrat der I. S. P. den Arbeitermassen gegenüber zum Teil auf sich nehmen mußten. Man kann bedauern, daß die kommunistischen Führer, als sie noch in den Reihen der I. S. P. waren, solange schwankten, und daß auch nach der vollzogenen Spaltung Fehler unterliefen. Den Hauptfehler beging Genosse Gennari. Er war Sekretär der I. S. P. Als Serrati, der im Partai-

komitee in der Minderheit blieb, deshalb seinen Posten als Redakteur des Parteiblatts „Avanti“ aufgeben wollte, überredete ihn Gennari, auf diesem Posten zu bleiben, und erleichterte ihm dadurch die Aufgabe, bis zum Kongreß in Livorno die proletarischen Massen zu vergiften und zu hintergehen. Wir übertreiben nicht, wenn wir behaupten, daß der Feldzug des „Avanti“ vor dem Kongreß eine der Hauptursachen war, daß die Kommunisten in Livorno in der Minderheit blieben.

Der Zersetzungsprozeß, der die ganze I. S. P. ergriffen hat, war so tiefgehend, daß der Bruch der Kommunisten mit der Partei die Einheitlichkeit der revolutionären Bewegung in Italien nicht von neuem bedrohte. Obwohl der Austritt der Maximalisten und der Serratianer aus der Partei im ersten Augenblick zu dem unerwünschten Verlust einiger revolutionärer Gruppen führte, war das in Wirklichkeit nur ein geringes Uebel, mit dem man sich abfinden mußte, wollte man die I. K. P. vor den Gefahren schützen, die ihr von seiten des Zentrums und des Opportunismus drohten.

Der Entstehungsprozeß der I. K. P. entsprach durchaus den Forderungen des Programms der Kommunistischen Internationale und der Lage der Dinge in Italien. Die neue Partei stieß bei der Schaffung ihrer politischen Organisation und bei ihrer Arbeit unter dem Proletariat auf große Schwierigkeiten. Bei jedem Schritt stieß sie auf eine starke kapitalistische Reaktion und auf die Intrigen der Serratianer. Diese Schwierigkeiten vergrößerten sich in bedeutendem Maße durch das Zögern mit der Loslösung und durch die Schwankungen der zu der I. S. P. gehörenden kommunistischen Führer.

Die kommunistische Bewegung hat in Italien noch nicht die Entwicklung durchgemacht, die im Augenblick ihrer Entstehung vorauszusehen und auch zu erwarten war, wenn man die objektiven und subjektiven Bedingungen des Lebens der proletarischen Massen, die ökonomische und politische Lage des Landes und die Arbeit der Parteigenossen in Betracht zieht. Statt der Festigung und Entfaltung ihres politischen und ökonomischen Einflusses verblieb die Partei in ihrem früheren Entwicklungszustande, ja, sie schien sogar einen gewissen Teil des Einflusses auf die Arbeitermassen eingebüßt zu haben, wie dies an gewissen Symptomen (z. B. der Verlust einiger Arbeiterkammern und die Ergebnisse der letzten Parlamentswahlen) zu beobachten war. Die Gründe für die stockende Entwicklung der italienischen Bewegung lagen im Charakter der praktischen Wirksamkeit der I. K. P. Jedenfalls hängen die Ursachen für die verspätete Entwicklung der kommunistischen Bewegung in Italien in keiner Weise mit der allgemeinen Stimmung zusammen, die in so hohem Maße als revolutionär bezeichnet werden kann; auch hängen diese

Ursachen nicht mit den objektiven und subjektiven Existenzbedingungen der breiten Volksschichten zusammen, die immer bereit sind, sich der kommunistischen Bewegung anzuschließen.

4. Das Gesamtbild der Lage in Italien und Schlußfolgerungen.

Das Gesamtbild der Lage in Italien bestätigt entschieden unsere Meinung, daß die Möglichkeiten und Kräfte der italienischen proletarischen revolutionären Bewegung keineswegs überschätzt werden dürfen. Gleichzeitig können wir aus diesem Gesamtbild einige Schlußfolgerungen ziehen, die nicht allein vom Gesichtspunkte der italienischen, sondern auch der allgemeinen internationalen kommunistischen Bewegung erwähnt zu werden verdienen.

Die eingehende Untersuchung der Lage der Dinge in Italien hat uns gezeigt, daß sich die ökonomische Krisis immer mehr zuspitzt und daß somit die grundlegenden, für die Entwicklung der kommunistischen Bewegung erforderlichen Bedingungen vorhanden sind. Ueberdies hat die politische Krisis in Italien einen so hohen Grad erreicht, daß die demokratische Ordnung endgültig aus dem Gleichgewicht gebracht ist.

Das letzte politische Ereignis in Italien ist der Sturz des Kabinetts Giolitti, auf das die italienische Bourgeoisie im vorigen Jahre alle ihre Hoffnungen gesetzt hatte; es war der letzte Rettungsanker, der das nationale Leben des Landes zur Gesundung führen sollte. Es war unmöglich, die Krisis auf eine reaktionäre Weise zu lösen, etwa mit einem Ministerium Salandra. Die Bildung des Ministeriums Bonomi mit Unterstützung aller demokratischen Parteien und mit einer indirekten Sanktion der Sozialisten bedeutet keine Lösung der politischen Krisis. Es wird sich bald die Notwendigkeit zeigen, sich entweder für ein rein reaktionäres Ministerium (Salandra) oder für ein sozialdemokratisches (Turati) zu entscheiden. Jedenfalls ist der Versuch, das Gleichgewicht herzustellen, mißglückt, und die italienische Krisis vollzieht sich auch weiterhin in ihren blutigen Bahnen außerhalb des Rahmens einer demokratischen Konstitution. Der in letzter Zeit zwischen Fascisten und Sozialdemokraten geschlossene Friede legt nur ein schmachvolles Zeugnis ab von der Lage, in die die I. S. P. geraten ist. Die Kommunisten, die Arbeiter und die Bauern haben mit den Fascisten keinen Frieden geschlossen, und der Bürgerkrieg in Italien wird fortauern. Der bürgerliche Block, der gegenwärtig den Höhepunkt seiner militärischen und politischen Macht erreicht hat, enthält in seiner inneren Zusammensetzung das gefährlichste Element -- den Faschismus, der seine staatliche Existenz und wirtschaftliche Struktur untergraben wird.

Die proletarische Bewegung macht ebenfalls eine Krisis durch. Die Periode, in der man, gestützt auf die fanatische Begeisterung der gegen die schwache und schwankende Bourgeoisie kämpfenden breiten Volksmasse, glauben konnte, daß auch hier jene erstaunlichen Ereignisse sich entrollen würden, die man von Rußland her kennt, ist in Italien schon vorüber. In Italien ist die Zeit vorbei, in der man die dem Bolschewismus folgenden Massen mit Leichtigkeit zu großen Aktionen organisieren konnte.

(Eine solche Periode macht anscheinend gegenwärtig Frankreich durch.)

In Italien hat jetzt, wie übrigens in der ganzen Internationale, eine Epoche eingesetzt, in der es sich darum handelt, eine starke, ernsthafte und innerlich geschlossene Organisation der proletarischen Avantgarde zu schaffen, — eine Zeit der Vorbereitung der technischen Kräfte für den revolutionären Kampf, für den entscheidenden Moment der ersten Schlacht.

Augenblicklich ist es möglich und notwendig, die proletarische Vorhut für die revolutionäre Bewegung technisch vorzubereiten und jene aktive Arbeit zu beginnen, die bei engem Kontakt mit den breiten Volksschichten zu dem gesetzten Ziel führen kann, der Aufrichtung der proletarischen Diktatur.

Die Lage in Italien gestattet uns außerdem, folgende äußerst wichtigen Schlüsse zu ziehen:

Die Lage in Italien zeigt, daß die von den Sozialdemokraten angestrebte Methode der Lösung der kapitalistischen Krisis, sowohl während des Krieges als auch nach demselben, unmöglich ist, daß die Herrschaft der bürgerlichen Reaktion keineswegs zu einer Lösung der ökonomischen Krisis führen kann. Diese Lehre, die uns besonders durch die letzten Ereignisse zuteil wurde, zeigt deutlich, wie fehlerhaft die Taktik jener politischen Partei des Proletariats war, die gleich der I. S. P. danach strebte, das Proletariat vor den Qualen und Opfern zu bewahren, die mit dem revolutionären Kampf verbunden sind, und die das Proletariat eben dadurch wehrlos machte gegenüber den blutigen Hieben der Reaktion und der sich zuspitzenden Krisis. Endlich beweisen diese Ergebnisse der italienischen Erfahrung die Richtigkeit jenes prinzipiellen Grundsatzes, auf dem das Programm der Kommunistischen Internationale gegründet ist: daß das kapitalistische Regime absolut unfähig ist, die Krisis zu beseitigen, daß die revolutionäre Lösung dieser Krisis tatsächlich unvermeidlich ist, sowohl im Interesse des Proletariats, als auch in dem der gesamten Menschheit; ferner: daß jede direkte oder indirekte Unterstützung, die die Organisationen der II. Internationale dem Kapitalismus zum Zweck seiner Wiederbelebung erweisen, lediglich dazu führt, den Sieg des Prole-

tariats hinauszuschieben und den Kampf nur noch blutiger zu gestalten.

Die zweite Schlußfolgerung, die sich aus der Lage in Italien ergibt, beweist die außerordentliche Wichtigkeit der Frage des Kräfteverhältnisses für die kommunistische proletarische Bewegung. Die italienischen Ereignisse zeigen, daß im gegenwärtigen historischen Moment die Lösung dieses Problems nicht nur für die Eroberung der Macht, sondern auch für die Verteidigung des Lebens der Kommunisten und des ganzen revolutionären Proletariats dringend notwendig ist.

Die Lösung des Kraftproblems hat im Hinblick auf die italienische Erfahrung noch eine andere große Bedeutung: die Mittelklasse, das Halbproletariat und außerdem gewisse Schichten des Proletariats neigen dazu, ihre Kräfte und ihren Einfluß jener Partei zuzuwenden, die ihnen am stärksten zu sein scheint oder es wirklich ist. Die Erfahrung Italiens beweist uns, wie unsinnig und verbrecherisch die Politik jener proletarischen Partei ist, die die Mittelklasse direkt oder indirekt in die Arme des Kapitalismus führt, in dessen Händen sie nur die Rolle eines blinden Werkzeugs spielt.

Die Lösung des Kraftproblems ist gleichzeitig auch die Lösung der Aufgabe der Einbeziehung der breiten Schichten des Proletariats und der Halbproletarier in die Sphäre der kommunistischen Politik.

Die letzte prinzipielle Lehre liefert uns die Bekanntschaft mit dem Entwicklungsgang der italienischen kommunistischen Bewegung in der letzten Zeit.

Diese, die Taktik der ganzen Internationale berührende Frage, hat Genosse Lenin in einer der Sitzungen des III. Kongresses der Kommunistischen Internationale scharf beleuchtet, als er die Rede des Vertreters der I. K. P. beantwortete. Genosse Lenin sagte buchstäblich folgendes: Es ist eine Schmach, sich jetzt, nach dreieinhalb Jahren der Revolution, über politische Tendenzen zu streiten, statt über die Vorbereitungen für die Revolution zu sprechen.

Aus dem bisher Gesagten haben wir gesehen, daß die Entwicklung der kommunistischen Bewegung sich sehr ungleichmäßig und langsam vollzog, was der revolutionären Spannung der Lage und den materiellen und moralischen Existenzbedingungen der proletarischen Massen durchaus widerspricht. Die stockende Entwicklung der kommunistischen Bewegung in Italien kann dem Umstande zugeschrieben werden, daß die I. K. P. bisher sehr viele Theorien geschaffen und sehr viel über die politischen Tendenzen gesprochen hat, daß sie aber auf dem Gebiete der taktischen Entwicklung des kommunistischen Programms und auf dem der Technik der revolutionären Vorbereitung Ungenügendes geleistet hat. (Eben deshalb hielt sich die I. K. P.

in Fragen der direkten Praxis in einer Position, aus der die proletarischen Massen keinen wesentlichen Unterschied zwischen der I. S. P. und der I. K. P. erkennen konnten.)

Das wäre die letzte Lehre, die sich aus der Lage der Dinge in Italien ergibt: nur auf dem Wege der revolutionären Vorbereitung und der aktiven Arbeit kann die I. K. P. ihre Organisation festigen und eine wirkliche Massenpartei werden (wie dies augenblicklich in Deutschland geschieht). Eine Partei, die allzuviel über politische Tendenzen dis-

kutiert, die sich nur mit Problemen der politischen und der gewerkschaftlichen Organisation beschäftigt und die Probleme der technisch-revolutionären Vorbereitung ignoriert, riskiert, den engen Kontakt mit den Massen zu verlieren und auf den toten Punkt einer revolutionären Ohnmacht zu geraten, auf dem der theoretische Radikalismus sich mit der praktischen Wirklichkeit im Widerspruch befindet.

Das wären unserer Ansicht nach die Lehren der Ereignisse in Italien.

Ardito Rosso.

Der Streik der englischen Bergleute und seine Lehren.

Bem. der Redaktion: Wir möchten die Aufmerksamkeit aller englischen Kommunisten auf die ausgezeichnete Abhandlung des Genossen Borodin lenken. In England sind jetzt alle Voraussetzungen dafür vorhanden, daß die kommunistische Partei endlich eine Massenpartei wird. Haben der Verlauf und der Ausgang des Streiks der Bergleute nicht den Boden für unsere Ideen geschaffen? Beweist die ganze Streikbewegung der letzten Jahre nicht auf Schritt und Tritt die Wahrheit des Kommunismus? Sollten unsere Genossen auch jetzt nicht in die Massen eindringen können? Gibt es jetzt in England wirklich noch einen Kommunisten, der es nicht begreift, daß die Hauptaufgabe der Partei jetzt darin besteht, die breitesten Schichten der Bergleute, der Eisenbahner usw. für die kommunistischen Ideen zu gewinnen?

Heran an die Massen! — englische Genossen! Zu den Massen! und nochmals zu den Massen!

G. Sinowjew.

1. Einleitung.

Der Streik einer Million Bergleute hat mit einer gänzlichen Niederlage für diese geendet. Es ist die vierte Schlacht, die die Bergarbeiter seit dem Jahre 1919 verloren haben. Bei allen diesen Schlachten führten die Arbeiter diesen Kampf selbständig und allein, ohne irgend eine reale Unterstützung seitens der übrigen Arbeiter Englands. Weder der Dreiverband noch der Kongreß der Gewerk-

schaften oder die Arbeiter-Partei kamen den Bergleuten zu Hilfe, und vorwiegend dadurch erklären sich ihre Niederlagen. Diese letzte Niederlage der Bergleute bestätigt die Richtigkeit jener Erkenntnis, daß das in einzelne Gewerkschaften und Föderationen zersplitterte Proletariat mit dem glänzend organisierten Feinde — dem Kapitalismus — nicht siegreich kämpfen kann. Es kann nicht nur keinen Kampf um die Nationalisierung dieses oder jenes Industriezweiges, um die Arbeiterkontrolle oder andere quasi-sozialistischen Reformen erfolgreich durchführen, es kann auch nicht einmal mit Erfolg um die Erhaltung des ohnehin niederen Arbeitslohnes kämpfen.

Außerdem zeigt diese Niederlage, in wessen Händen noch immer das Schicksal des englischen Proletariats liegt. Welche Verhöhnung, wieviel Verrätereien hat sich das Proletariat von seinen Führern gefallen lassen müssen! Acht Millionen organisierte Arbeiter, die größte proletarische Armee der Welt erweisen sich als gänzlich hilflos, auch nur das Existenzminimum vor den Angriffen der kapitalistischen Klasse zu verteidigen. Keiner, der die Arbeiterbewegung Englands einigermaßen kennt, kann darüber zweifeln, daß, wenn die Führer des Dreiverbandes nicht zwischen der Arbeiterklasse und den Bergleuten gestanden hätten, wenn sie dem Ausdruck der Klassensolidarität des englischen Proletariats nicht hinderlich gewesen wäre, — der Streik von über einer Million Bergleuten

nicht mit einer so furchtbaren Niederlage beendet hätte und der Drei-Verband nicht einen solchen schmachvollen Tod gestorben wäre. Aber der Streik der Bergarbeiter bestätigt immerhin die Richtigkeit des alten Sprichwortes, daß alles Schlechte auch seine guten Seiten hat. Mit jedem neuen Verrat, mit jeder neuen Niederlage vernichtet die Arbeiterklasse immer schneller und entschlossener jene Hindernisse, die die Solidarität, den Zusammenschluß der gesamten Klasse für den Kampf mit der kapitalistischen Gesellschaft unmöglich machen.

Die Aussperrung von einer Million Arbeitern der englischen Kohlenindustrie war eine Verschwörung der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse. Die Bourgeoisie strebte und strebt danach, die Arbeiter dadurch wehrlos zu machen, daß sie sie in die äußerste Armut und Not hineintreibt. Sie versucht, sich auf diese Weise von der Gefahr, die ihr von der ökonomischen Weltkrise droht, zu retten. Die Aussperrung der Bergleute war die erste Etappe im Feldzuge der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse. Den Bergleuten werden die Eisenbahner, Transport- und Textilarbeiter, Mechaniker usw. folgen.

In den letzten zwei Jahren ging die Vorherrschaft Englands auf dem äußeren Kohlenmarkt infolge der hohen Preise der englischen Kohle im Vergleich mit den Preisen in Frankreich, Amerika und anderen Ländern sehr schnell zurück. Aber die englische Bourgeoisie hofft, den Konkurrenten ihre damalige Herrschaft durch billigere Kohle wieder zu entreißen. Und das ist nur möglich unter der Voraussetzung, daß die Arbeitslöhne in der Kohlenindustrie bedeutend herabgesetzt werden. Diesen Punkt müssen wir ausführlicher behandeln.

Seit dem Kriege und nach seiner Beendigung, bis gegen Ende 1920, befand sich die englische Kohlenindustrie in den günstigsten Verhältnissen. Auf dem äußeren Markt fand die englische Kohle großen Absatz, da es deutsche Kohle verhältnismäßig wenig gab und Amerika seine Konkurrenzstellung noch nicht begründet hatte. Was Frankreich betrifft, so war es nicht allein nicht imstande, mit England zu konkurrieren, sondern es konnte nicht einmal seinen eigenen Bedarf an Kohle decken; denn die Deutschen hatten die fran-

zösischen Kohlenreviere während des Krieges in ihren Händen, nach dem Rückzuge aber zerstörten sie sie. Die nördlichen Departements Frankreichs waren ganz oder zum Teil von der deutschen Armee besetzt, und drei Viertel der gesamten Förderung Frankreichs floß während des Krieges entweder den Deutschen zu, oder die Bergwerke lagen in der Feuerzone der deutschen und französischen Geschütze. Infolgedessen wuchs die Nachfrage auf englische Kohle ins Ungeheure, und dementsprechend stiegen die Preise. England spekulierte mit seinen Kohlen in Frankreich, Italien, Skandinavien; die Preise stiegen bis zu 6 und sogar 12 Pfund Sterling die Tonne. Die hohen Kohlenpreise veranlaßten sogar solche Länder, Kohle auszuführen, die früher nicht daran dachten, z. B. Amerika und sogar Australien und Südafrika.

Nach dem Friedensvertrag von Versailles änderte sich die Lage der Kohlenindustrie Englands sehr schnell. Das Ergebnis dieses Vertrages war, daß Frankreich zweimal so viel Kohle bekam, als es während der Kriegszeit verlor. Nichtsdestoweniger kaufte Frankreich die englische Kohle noch bis Ende 1920. Das erklärt sich dadurch, daß die Kohle aus Deutschland trotz des Versailler Friedensvertrages ausblieb. (Aufstände im Ruhrgebiet, das zerrüttete Transportwesen, Mangel an Lebensmitteln für die Bergarbeiter und überhaupt Sabotage Deutschlands in der Durchführung des Vertrages sind die Ursachen.) Nach der Drohung der Franzosen, das Ruhrgebiet zu besetzen, begannen die Deutschen, die Kohle à Konto der Reparation regelmäßig zu liefern. Später, seit der Besetzung des Ruhrgebiets durch Frankreich, bekam das letztere zwei Drittel der deutschen Kohle in seine Hände, und die Zufuhr wurde noch größer. Frankreich war auf einmal mit Kohle überschwemmt, und die Preise fielen bis auf 23 Shilling pro Tonne, also bis nahezu auf ein Fünftel der Preise während des Krieges und der ersten Zeit nach dem Kriege.

Zur selben Zeit, da die Arbeiter des Ruhrgebiets Ueberstunden leisten mußten, um Frankreich mit Kohle zu versorgen, mußten die Bergarbeiter Englands die Arbeit entweder ganz einstellen, oder auf Lohnermäßigung eingehen. Frankreich wird viel mehr Kohle bekommen, als es verbrauchen kann, und die Ueberschüsse werden zusammen mit

der belgischen, amerikanischen und anderer Kohle zu Preisen verkauft werden, die weit unter den englischen stehen. Bei seiner im Vergleich zu Amerika niederen Produktion in den Kohlenbergwerken und bei jenem Arbeitslohn, den die Regierung den Bergleuten versprochen hat, kann England mit diesen Preisen nicht konkurrieren. Schon im Jahre 1920 sank der Export der englischen Kohle von 75 Millionen Tonnen im Jahre 1915 auf 25 Millionen Tonnen. England verliert nicht nur den äußeren Kohlenmarkt, sondern der Bedarf im Lande selbst hat sich dank der verminderten Produktion der Industrie ebenfalls stark verringert. Gleichzeitig mit den Betriebseinschränkungen verringert sich auch der Seetransport, was wiederum zur Verringerung des Kohlenbedarfs führt.

Somit ist augenblicklich eine der wichtigsten Fragen für England: die Erhaltung des ausländischen Kohlenmarktes. Zu diesem Zweck muß es vor allen Dingen die Erzeugung der Kohle so weit verbilligen, daß es imstande ist, mit den anderen Ländern zu konkurrieren. Unter den gegebenen Verhältnissen aber kann die Verbilligung der Produktion nur auf Kosten des Arbeitslohns geschehen.

Das bedeutet aber Krieg mit der Arbeiterklasse. Die Bourgeoisie weiß es sehr gut, daß ein gleichzeitig von der gesamten organisierten Arbeiterklasse Englands auf dem Gebiete des Arbeitslohns geführter Kampf für sie gefährlich wäre; denn dieser Krieg könnte die Arbeiter in seinem Verlauf zu einem Kampfe mit dem bürgerlichen Staat selbst führen. Daher ist es für das Kapital vor allen Dingen notwendig, die Arbeiterklasse in Föderationen zu zersplittern. Zunächst hat sie dem fortschrittlichsten Teil der Arbeiterklasse, und zwar den Bergleuten, den Krieg erklärt in der Hoffnung, daß die Führer des Drei-Verbandes, des Kongresses der Gewerkschaftsverbände und der Arbeiter-Partei ihre Organisationen von der aktiven Teilnahme zu Gunsten der Bergleute erhalten werden. — Und die Berechnungen der Bourgeoisie waren richtig.

Der Zeitpunkt für eine solche Kriegserklärung an die Bergleute erschien der Bourgeoisie gerade jetzt besonders günstig. Infolge der Verringerung des Exportes sammelten sich im Lande große Kohlenvorräte an, während der Bedarf an Kohle durch die Krisis sehr

gesunken war. Die vorhandenen Vorräte konnten so für lange Zeit ausreichen. Außerdem ermöglichte das Fehlen einer Organisation der Arbeiterklasse, die fähig gewesen wäre, ihre Interessen oder die Interessen einzelner Gruppen zu verteidigen, einen erfolgreichen und vernichtenden Angriff gegen die Bergleute. Die Föderation der Bergleute hat seit dem Jahre 1919 viel schwere Kämpfe zu führen gehabt, und ihre materiellen Hilfsquellen waren stark erschöpft. In vielen Verbänden, die sich der Föderation angeschlossen hatten, waren die Kassen fast leer. So verfügten z. B. die Bergleute von Yorkshire über so wenig Mittel, daß sie kaum für eine Woche reichten. Es muß weiter beachtet werden, daß die Kriegserklärung zu einer Zeit erfolgte, wo im Lande die größte Arbeitslosigkeit herrschte. Die „Times“ rechnete zur Zeit der Aussperrung mit 1 500 000 Arbeitslosen, während die Arbeiter, die nur teilweise beschäftigt waren, die Zahl 750 000 erreichten.

Der Plan des Krieges, den die Bourgeoisie der Arbeiterklasse Englands am 31. März 1921 durch die Aussperrung einer Million Arbeiter der Kohlenindustrie erklärt hat, ist von ihrem Generalstab, d. h. von der englischen Regierung ausgearbeitet worden. Laut diesem Plan sollte die seit dem Kriege in den Händen der Regierung liegende Kontrolle über die Kohlenindustrie wieder den früheren Besitzern der Kohlengruben übergeben werden, während die Kontrolle über die Eisenbahnen einstweilen in den Händen des Staates blieb, damit die Bergleute und die Eisenbahner sich nicht gleichzeitig vor dieselben Schwierigkeiten — die Verminderung des Arbeitslohns — gestellt sahen, da damit ein gleichzeitiges Vorgehen dieser beiden Arbeiter-Verbände zu befürchten war.

Die Herabsetzung des Arbeitslohns der Kohlenarbeiter sollte beginnen und begann auch faktisch in dem Augenblick, in dem die Kohlengruben der Kontrolle ihrer Besitzer zurückgegeben wurden. Die Regierung selbst konnte die Herabsetzung der Arbeitslöhne nicht übernehmen, denn sie hatte den Arbeitern gegenüber hinsichtlich der Arbeitsbedingungen, des Arbeitslohns usw. Verpflichtungen übernommen. Eine direkte Verletzung dieser Verpflichtungen schien Lloyd Georges unvorteilhaft. Viel günstiger war es, den

Kampf um die Herabsetzung des Arbeitslohnes einem Teil der Bourgeoisie, d. h. den Eigentümern selbst zu überlassen und dadurch der Regierung eine neutrale Position zu ermöglichen. Sollte der Kampf einen ernsthaften Charakter annehmen und die ganze Arbeiterklasse die Bergleute unterstützen, dann könnte Lloyd Georges die Vermittlerrolle zwischen den kämpfenden Parteien übernehmen und dem Widerstande der Arbeiterklasse entsprechend wirken. Wenn es ihm dann gelang, als Friedensstifter zu wirken, dann hätte er sein politisches Prestige unerhört gefestigt. Das ist der Grund, weshalb er das Gesetz über die staatliche Kontrolle der Kohlenindustrie aufhob und es den Besitzern der Gruben überließ, den Feldzug gegen die Bergleute zu eröffnen.

Am 31. März stellten die Besitzer der Gruben den Arbeitern das Ultimatum, eine rayonweise Herabsetzung des Arbeitslohnes, die stellenweise 50 % des früheren Tarifs betrug, zu akzeptieren. Die Föderation der Bergleute nahm diese Herausforderung an. Sie antwortete am nächsten Tage mit einem Gegenultimatum mit der Forderung, die Tarife nicht rayonweise, sondern für die gesamte Kohlenindustrie festzusetzen, ein Minimum des Arbeitslohns im nationalen Maßstabe zu bestimmen und einen Gewinnfonds für die ganze Kohlenindustrie zu schaffen, um dieses Minimum auch für jene Fälle zu gewährleisten, wo die örtlichen Verhältnisse dieses oder jenes Rayons es unmöglich machen sollten, das Minimum voll zur Auszahlung zu bringen. Zur Auffüllung dieses Gewinnfonds verlangten die Bergleute eine staatliche Subsidierung.

Den Verlauf des Streiks Schritt um Schritt zu verfolgen und das ganze Netz von Verräterei, Feigheit und Niederträchtigkeit aufzudecken, ist nicht nur für das englische Proletariat von größter Wichtigkeit, sondern auch für das Proletariat der ganzen Welt. Leider erlaubt es der Rahmen einer Zeitschrift nicht, alle Einzelheiten dieses Verrats hervorzuheben. Das würde ein ganzes Buch erfordern (welches auch schon für den Druck vorbereitet wird). Hier wollen wir nur die empörendsten Tatsachen hervorheben und solche Einzelheiten bringen, die ein Zeugnis

von der hilflosen Lage der Bergleute ablegen, in die sie durch die Führer der Arbeiterbewegung in ihrem verzweifelten Kampfe gegen die ganze kapitalistische Klasse und gegen die Regierung gebracht worden sind.

2. Der erste Verrat.

Die Bergleute erhoben sich wie ein Mann, sogar jene, die die notwendigsten Notstandsarbeiten zu verrichten hatten. Sie waren überzeugt, daß die ganze Arbeiterklasse Englands den Angriff der Bourgeoisie, wie sie ihn mit ihrem Ultimatum gegen die Bergleute unternommen hatte, nicht dulden konnte und würde, schon um die Bergleute und sich selbst vor derartigen Angriffen in Zukunft zu bewahren. Aber ihre Ueberzeugung täuschte sie. Sie täuschten sich nicht deshalb, weil die Arbeiterklasse jene ungeheure Gefahr, die ihr durch den Erfolg der Bourgeoisie drohte, nicht begriffen hat. Sie täuschten sich, weil sie die Niedertracht und den Verrat, deren sich die rechtsstehenden Führer des Drei-Verbandes, des Kongresses der Gewerkschaftsverbände, der Arbeiterpartei usw. fähig zeigten, nicht vorausgesehen hatten. Die Arbeiter erinnerten sich noch der Worte solcher Führer wie Sidney-Webbs, die ihnen sagten, daß die Arbeiterklasse Englands zu „direkten Aktionen“ greifen müßte, falls die „anderen“ „direkte Aktionen“ gegen die Arbeiterschaft unternehmen würden. „... Wenn eine offene direkte Attacke gegen die ökonomischen und politischen Rechte der Arbeiterklasse unternommen werden sollte“ „... in diesem Falle“, sagte Webbs, „kann die Arbeiterklasse sogar zur Revolution und Gewalt Zuflucht nehmen.“

Offene Angriffe gegen die ökonomischen und politischen Rechte der Arbeiterklasse kamen während des Krieges und nachher des öfteren vor. Das letzte Mal wurde ein solcher Angriff in der Nacht auf den ersten April 1921 unternommen. Und nun? Wo blieben da die Webbs, Thomas, Clynes, Henderson u. a.? In derselben Weise, in der sie mit den ökonomischen und politischen Rechten der Arbeiterklasse während der Kriegszeit verfahren, so sie den Arbeitern das Reich Gottes auf Erden nach dem Kriege versprochen, in derselben Weise, wie sie die Arbeiter auch nach dem Kriege von allen aktiven Aktionen zurückhielten, als man die den Arbeitern gegebenen

Versprechen nicht einhielt und bei der Demobilisation der Industrie und der Armee Hunderttausende von Arbeitern auf die Straße setzte; in derselben Weise, in der die Führer während der Jahre 1919/1920 die Arbeiter bei allen ihren Kämpfen zum Schutze ihrer ökonomischen und politischen Rechte nicht nur nicht geleitet, sondern im Gegenteil alle ihre Aktionen verhindert oder erschwert haben, — in derselben Weise handelten die Führer auch jetzt im Jahre 1921, als die Bergleute sich zur Verteidigung ihrer minimalsten Forderungen erhoben, die in ihrem früheren kärglichen Lohn bestanden. — Wie immer schon, taten die Führer auch diesmal alles, was sie konnten, um jede Unterstützung der Bergarbeiter von seiten der Arbeiterklasse unmöglich zu machen und die Aktion der Bergleute zu sprengen.

Zu der Zeit, in der die Bergleute die Verteidigung ihrer ökonomischen Interessen aufnahmen, befanden sich Thomas und Henderson in Amsterdam, wo sie gemeinsam mit eben solchen Verrätern wie sie selbst nach Mitteln und Wegen suchten, um jene Millionen Arbeiter, bei denen sich ernste Zeichen der Unzufriedenheit bemerkbar machten, weiter narren zu können. Kaum setzte „die direkte Attacke auf die ökonomischen und politischen Rechte des englischen Proletariats“ ein, da überließen Thomas und Henderson es der Amsterdamer Versammlung, die Sache des internationalen Betrugs weiter auszuspinnen, und reisten eilig in ihre Heimat ab, um ihre Bourgeoisie vor dem Untergang zu bewahren. Es hätte ja wirklich der Fall eintreten können, daß die Arbeiter auf die Idee kamen, den Worten ihrer Führer zu glauben, und daran gingen, „die direkte Attacke auf die ökonomischen und wirtschaftlichen Rechte“ der Arbeiterklasse mit Revolution und Gewalt zu beantworten.

Sofort nach ihrer Ankunft in London, am 2. April, also am Tage nach dem Beginn der Aussperrung der Bergleute, begannen Thomas und Henderson den Feldzug gegen das Bestreben der Arbeiterklasse, die Bergleute zu unterstützen. Auf die Frage, wie er die entstandene Situation beurteile, antwortete Thomas, daß er keinerlei Hoffnung auf den Streik hätte und daß er sich erst selbst davon überzeugen müsse, wie sich die Ar-

beitermassen in den anderen Industriezweigen dazu verhielten. Die letzte Phrase war reine Heuchelei: denn es kam bald zu Tage und wurde auch den breiten Arbeitermassen klar, daß, trotzdem die überwiegende Mehrheit (98%) der Eisenbahner für die sofortige aktive Unterstützung der Bergleute eintrat, Thomas den geplanten Streik der Eisenbahner im letzten Moment unmöglich machte, während Henderson klagte, daß der Streik der Kohlenarbeiter „eine betrübende Situation geschaffen habe, die, wenn sie fort dauere, zu einer Gefahr der ganzen Gesellschaft werden könne.“ Henderson teilte der Bourgeoisie mit, daß ein Versuch unternommen werden würde, um beide Parteien zu einer Verständigung zu führen.

So begann der niederträchtigste Verrat, zu dem die Amsterdamer Führer überhaupt fähig sind. Das war ein Verrat der Arbeiterklasse im allgemeinen und der Interessen der Bergleute in ihrem verzweifelten Kampfe um ihre Existenz im besonderen. Denn als die Bourgeoisie noch Veranlassung hatte, an der Stellungnahme des Drei-Verbandes zu zweifeln, gaben ihr Thomas und Henderson zu verstehen, daß die Führer der Arbeiterorganisationen sehr gut verständen, in welchem Grade ein aktives Vorgehen der Arbeiterschaft zu Gunsten der Bergleute die „betrübende“ Situation verschlimmern würde und zu einer „Gefahr“ für die ganze Gesellschaft werden könnte, daß daher ein Versuch unternommen werden würde usw. usw. Nach diesen Erklärungen von Thomas und Henderson zweifelte die Bourgeoisie nicht mehr an dem Ausgang des Kampfes. Sie fühlte festen Boden unter den Füßen, während der Boden unter den Füßen der Bergleute zu schwanken begann. Die Bourgeoisie fühlte, daß das Schlimmste, was sie in dem begonnenen Kampfe erwarten konnte — die den Arbeitern von ihren Führern versprochene Verständigung der Arbeiterorganisationen wäre.

3. Die Gilden-Sozialisten an der Arbeit.

In dem ferneren Verlauf des Verrates den Bergleuten gegenüber müssen außer den genannten Thomas und Henderson noch andere

Personen erwähnt werden, deren Wirken die Arbeiteraktion zu Gunsten der Bergleute ebenfalls verhinderte. Vor allen Dingen verdient natürlich Hodges selbst, der Sekretär der Föderation der Bergleute, erwähnt zu werden. Einige Worte zur Charakteristik dieses Hodges werden uns das Verständnis für die neuen Führer der englischen Arbeiterbewegung und die Art, in der die Gilden-Sozialisten in der Praxis zu arbeiten pflegen, erleichtern. Hodges ist nach dem Ausdruck der bürgerlichen Zeitungen „ein junger Mann, der seine Karriere glänzend begonnen hat“. Er stammt aus der Mitte der Bergarbeiter. Hodges ist ein Produkt des John-Ruskin-College und des Central-Labour-College. Hodges ist ein Gildensozialist, der sich „guter Beziehungen“ zu der Bourgeoisie erfreut, die er mit seinen Plänen über die Nationalisierung der Kohlenindustrie „im Interesse der ganzen Gesellschaft“ so sehr bezaubert hat, daß sie wiederholt ihr Bedauern darüber aussprach, daß ein solch „glänzender“ junger Mann nicht im Parlament inmitten der ehrenvollen Gesellschaft sitzt, wo sich der Prostitutionsprozeß der Wunderkinder sehr schnell zu vollziehen pflegt. Und Hodges ist wirklich ein „Wunderkind“. Er ist noch sehr jung und schon überaus raffiniert in allen Formen der bürgerlichen Diplomatie. Er hat sich ihren Ton, ihre Sprache, ihre Methoden bis zu den letzten Feinheiten angeeignet. Er ist natürlich der Ansicht, daß er der Arbeiterklasse und insbesondere jener Föderation, deren Sekretär er ist, auf diese Weise Nutzen bringt. In Wirklichkeit aber verwendet ihn die Bourgeoisie in ihrem Interesse, das dem Interesse derjenigen Klasse entgegengesetzt ist, die er vertritt. Die Art und Weise, wie die Bourgeoisie ihn benutzt, wird am besten durch seine Teilnahme an einer „privaten“ Sitzung von 200 Deputierten des Parlaments illustriert, bei welcher Gelegenheit er Thomas half, den Streik der Bergleute zu sprengen.

Kurz vor der Konferenz der Häupter des Transportarbeiter-Verbandes und der Delegierten-Versammlung der Eisenbahner, die von den den Drei-Verband bildenden Föderationen zur Lösung der Frage über die Unterstützung der Bergleute einberufen waren, sagte Hodges auf der Versammlung in Yorkshire: „Was kann die anderen Arbeiter

von der Teilnahme zurückhalten? Es ist die Furcht vor der Arbeitslosigkeit, die gleich einem drohenden, ihren Willen lähmenden Gespenst vor ihnen steht.“ Damit wiederholte Hodges genau den Leitartikel des „Manchester Guardian“ an dem Tage der Aussperrung, in dem das bürgerliche Blatt davon spricht, daß „der Drei-Verband natürlich ob des Schicksals seiner Bundesgenossen (der Föderation der Bergleute) nicht gleichgültig bleiben könne; aber ehe er zu diesen oder jenen Maßnahmen greife, werde er an die große Arbeitslosigkeit zu denken haben, die gegenwärtig im Lande grassiere.“ Auch die „Times“ erinnerte den Drei-Verband an die „ungeheure Arbeitslosigkeit“. Die bürgerliche Presse suchte dem Drei-Verband mit der Arbeitslosigkeit Angst zu machen, aber es ist nicht wahr, daß die Arbeiter sich fürchteten. Hodges konnte nicht von der Furcht der Arbeiter reden; denn zur Zeit der Versammlung in Yorkshire hat er zweifellos gewußt, daß die überwiegende Mehrheit der Eisenbahner ihre Delegierten damit beauftragt hatte, die Bergleute in der weitgehendsten Weise zu unterstützen, — auch wenn eine aktive Aktion, d. h. also ein Streik, notwendig werden sollte. In den zahlreichen Versammlungen der Eisenbahner, die in dem Zeitraum zwischen dem Beginn der Aussperrung einerseits und der Delegierten-Versammlung der Eisenbahner und der Führer der Transportarbeiter andererseits stattfanden, konnte man eine solche Stimmung, von der Hodges spricht, indem er auf das Gespenst der den Willen lähmenden Arbeitslosigkeit hinweist, bei den Arbeitern nicht bemerken. Im Gegenteil, die Massen bewiesen allenthalben einen großen Enthusiasmus und die Bereitschaft zu aktivem Vorgehen. Auf derselben Versammlung in Yorkshire, auf der die Agitation für und wider aktives Vorgehen zur Unterstützung der Bergleute geführt wurde, erklärte Hodges außerdem, daß „wir, d. h. die Föderation der Bergleute, uns an den Drei-Verband wenden und um eine Unterstützung ersuchen werden, die er in stande sein wird, uns zu erweisen. Ich weiß nicht, welcher Art diese Unterstützung sein wird; aber ich erlaube mir, der Ueberzeugung

Ausdruck zu geben, daß er uns in einer Weise unterstützen wird, die bei der entstandenen Krisis nötig und zweckmäßig sein wird." So hat Hodges den Drei-Verband von vornherein freigesprochen für den Fall, daß dieser eine Unterstützung der Bergleute ablehnen sollte. Er hat sogar angedeutet, daß eine entschlossene Aktion des Drei-Verbandes möglicherweise auch ausbleiben könne.

Als Thomas in einer der größten Versammlungen in Peddington sagte, daß, wenn die Verhandlungen zwischen den Bergleuten und den Grubenbesitzern nicht beginnen würden, unweigerlich der Streik erklärt werde, wurde seine Erklärung mit einem Beifallssturm begrüßt. Thomas schien diese Begeisterung der Arbeiter nicht gefallen zu haben; er rief aus: „Sie erwarten den Streik mit mehr Freude als ich!“ Sowohl in dieser Versammlung als auch in zahlreichen anderen fehlte das „Gespenst der den Willen lähmenden Arbeitslosigkeit“ vollständig.

Ich wiederhole: Hodges war die Kampfstimmung der Arbeiter sehr gut bekannt. Seine erste Pflicht seiner Organisation gegenüber, die den Angriff der gesamten Bourgeoisie und der Regierung abzuwehren hatte, bestand darin, für seine Föderation aktive Verbündete zu gewinnen. Aber er tat es nicht. Im Gegenteil, er schreckte die Verbündeten mit seinem „Gespenst“ und schrieb den Arbeitern Mangel an Energie zu. In Wirklichkeit handelte es sich hier weder um Gespenster noch um eine Willenslähmung. An Willen fehlte es den Arbeitern nicht. Die Sache war die, daß vor den Führern des Drei-Verbandes, Hodges mit inbegriffen, das Gespenst der Revolution auftauchte, ein Gespenst, das ihren Willen, den Willen der Führer lähmte. Dieses Gespenst der Revolution umschwebte Hodges auf der Versammlung in Yorkshire und gab ihm während der ganzen Zeit des Kampfes der Bergleute keine Ruhe. Dieses Gespenst zwang ihn zu den diplomatischen Verhandlungen mit der Regierung. Dieses Gespenst trieb ihn in die Versammlung der bürgerlichen Deputierten am 14. April, am Vortage der Streikerklärung, wo er den von Thomas begonnenen Verrat zu Ende führte.

Der Drei-Verband „hielt es nicht für not-

wendig“, irgendwelche aktiven Schritte zur Unterstützung der Bergleute zu unternehmen. Er beschränkte sich auf die Einberufung der Führerkonferenz, die über diese Frage zu beraten hatte. Es vergingen 5 bis 6 Tage, ehe diese Konferenz zustande kam, und das gab der Regierung die Möglichkeit, ihrerseits Vorbereitungen zu treffen. Als dann diese Konferenz endlich stattfand, ergab sich nur ein leeres Gerede über die Unterstützung der Bergleute. Die Sitzungen dauerten einige Tage lang, dann fuhren die Mitglieder nach Hause und überließen es den Ausschußkomitees, d. h. der Willkür von Thomas u. Kompanie, über das Schicksal der Bergleute zu entscheiden.

4. Die Gaunereien des Lloyd George und die Arbeiter-Partei.

Das Verhalten der Führer des Drei-Verbandes, jener Umstand, daß sie nicht sofort den Beschluß faßten, den Bergleuten zu helfen, ermutigte Lloyd George zum Eingreifen seinerseits; es festigte den Boden unter seinen Füßen und setzte ihn in den Stand, den Arbeitern seine Bedingungen zu diktieren. Er erklärte sich bereit, bei den Verhandlungen zwischen Grubenbesitzern und Bergleuten die Vermittlung zu übernehmen, aber nur unter der Bedingung, daß die letzteren die erforderlichen Notstandsarbeiten in den Gruben verrichteten. „Der Schutz des nationalen Eigentums“, „Interessen der Nation“, der „Nationale Wohlstand“, — alle diese Phrasen, mit denen die Rede des Lloyd George vollgespickt war, appellierten an die bürgerliche Pflicht der Führer des Drei-Verbandes und der Arbeiter-Partei. Mit seiner Bedingung, die den Schutz der Gruben betraf, stellte Lloyd George die ganze Frage auf einen neuen Boden, auf den Boden der Gegenüberstellung der Interessen „einer Gruppe der Nation“, d. h. der Bergleute, zu denjenigen der „ganzen Nation“

Die Parlamentsfraktion der Arbeiter-Partei, Thomas, Clynes, Graham, Henderson u. a. haben den Schwindel Lloyd Georges nicht nur nicht aufgedeckt, sondern ihm im Gegenteil dabei geholfen; denn sie wußten sehr gut, daß die Aufnahme der Arbeit bei den Grubenpumpen 40% der streikenden Bergleute zu den Gruben zurückführen würden. Das aber

mußte zweifellos den ganzen Streik unmöglich machen. Die drohende Zerstörung der Gruben durch die Einstellung der Notstandsarbeiten war die stärkste Waffe in den Händen der Bergleute. Der Regierung war es nicht so sehr um die Kohlenförderung zu tun, als um die Erhaltung der Gruben. Die Arbeiter-Partei half diese Waffe den Händen der Bergleute entwinden. Sie fürchtete, die Gesellschaft könnte der Meinung sein, daß sie „derartige revolutionäre Maßnahmen“ gutheiße. Derartige Dinge, wie die Zerstörung des National-eigentums — d. h. des Eigentums der Bourgeoisie — können natürlich nur die Bolschewisten fertig bringen. Anständige solide Sozialisten haben besseres zu tun, als die Arbeiter zu solchen Schritten aufzureizen. — Die Arbeiter-Partei richtete ihr Verhalten im Streik so ein, daß sie den Bergleuten, die eventuell auf die Idee kommen könnten, zu solchen „unerhörten“ Maßnahmen zu greifen, wie es ein Angriff auf die schmerzhafteste Stelle der Bourgeoisie, auf die Quelle ihres Reichtums ist, schon im voraus in den Rücken fiel. Die Arbeiter-Partei hat bisher die friedlichen Streiks unterstützt, das aber, was die Bergleute im Sinne hatten, erachtete sie für durchaus ungehörig — revolutionäre Kampfmethoden konnte sie unmöglich gutheißen.

Während der ganzen Streikdauer der Bergleute hat sich die Arbeiter-Partei mit lauten Phrasen über die schwere Lage der letzteren begnügt, wie mit Erwägungen darüber, in welcher katastrophalen Weise diese plötzliche harte Herabsetzung des Arbeitslohns auf das Leben der Bergleute einwirken würde. Alles das war den Arbeitern sehr gut bekannt; denn davon sprach man in allen Versammlungen, in der Presse usw. Mehr als eine Million Arbeiter standen dem hochorganisierten Gegner gegenüber in der Erwartung einer baldigen Hilfe von ihren Verbündeten, während die Arbeiter-Partei nichts anderes tat, als daß sie die alten Wahrheiten wiederholte, daß die Aussperrung den Zweck hätte, den Arbeitslohn der Bergleute herabzusetzen. Lloyd George hat im Parlament keineswegs deshalb gesprochen, um der Arbeiter-Partei zu beweisen, daß die Aussperrung von einer Million Bergleute zum Zweck der Besserung ihrer Existenzbedingungen erfolgt sei. Er hatte eine ganz klare, konkrete Aufgabe zu lösen: die Hartnäckigkeit der Bergleute zu

brechen und ihre Organisation durch die Verhinderung der Hilfsaktion seitens des Drei-Verbandes zu vernichten. Er sprach, um jene Bresche noch zu verbreitern, die die Führer des Drei-Verbandes in das Gefüge dieser Organisation dadurch geschlagen hatten, daß sie nicht auf einmal und entschlossen voringen, während die Arbeiter-Partei das Parlament und die Regierung aufforderte, alles zu tun, um eine Verständigung zwischen beiden Parteien herbeizuführen. Lloyd George hat es fertig gebracht, daß die Arbeiter-Partei selbst ihn darum ersuchte, die Vermittlung für die Schlichtung des Streikes zu übernehmen.

Als aber die Föderation der Bergleute die Bedingungen des Lloyd George, ungeachtet dessen, daß die Arbeiterpartei diese Bedingungen direkt oder indirekt unterstützte, ablehnte, forderte Lloyd George die Arbeitervertreter im Parlament auf, ihren ganzen Einfluß auf die Föderation geltend zu machen, damit sie ihren Beschluß ändere und somit ein günstigerer Boden für die Verhandlungen geschaffen werde. Er sagte, daß, wenn die Arbeiter-Partei ihn um die Vermittlung ersuche, es dann auch ihre Sache sei, auf die Föderation dahin einzuwirken, daß sie seine Bedingungen annehme.

Vielleicht aber hatte die Föderation der Bergleute ihre Verteidiger in den ihr näher stehenden Deputierten gefunden, z. B. in Duncan Graham, Mitglied der Unabhängigen Arbeiter-Partei, der von den Bergleuten in das Parlament gewählt worden ist? Graham übernahm die Verteidigung der Föderation in einer Weise, wie Rechtsanwälte schwere Verbrecher zu verteidigen pflegen. Er schwor bei allen Heiligen, daß er an die Demokratie, an die konstitutionelle Regierungsform glaube und daß er mehr als jeder andere ein Feind von allem sei, was irgendwie an Revolution erinnere. Sich auf die Brust schlagend, sagte er: „Ich sehe vielleicht brutal aus, aber mein Herz ist gut.“ Wieder und immer wieder schwor er, daß er Demokrat und Gegner der Revolution sei. Die Bergleute verteidigte er, indem er zu beweisen suchte, daß sie keinen bösen Willen und nicht einmal im Sinne gehabt hätten, die Gruben zu zerstören. Nicht umsonst nannte die „Times“ ihn den aufgehenden Stern aus der Unabhängigen Arbeiter-Partei. Die Zeit verging, und die Bergleute warteten immer noch auf die versprochene

Hilfe des Drei-Verbandes. Die „Times“ hatte vollständig recht, wenn sie darüber spottete, daß die Häupter der Transportarbeiter darauf warteten, was die Eisenbahner sagen würden, und die Eisenbahner warteten, was die Transportarbeiter zu sagen hätten. Aber ungeachtet dessen, daß „die weitgehendste Unterstützung“ des Drei-Verbandes sich nur auf leere Phrasen beschränkte, gaben die Bergleute ihren hartnäckigen Kampf nicht auf und zeigten sich nicht geneigt, auch nur eine einzige Position aufzugeben. Lieber im Kampfe sterben, sagten sie, als Hungers zu sterben bei der Arbeit für die Grubenbesitzer.

Es konnte so nicht weitergehen. Entweder mußte der Drei-Verband den Bergarbeitern wirklich zu Hilfe kommen, oder die Hartnäckigkeit der Streikenden mußte gebrochen werden. Und die Führer kamen ihnen zu „Hilfe“. Ihre Hilfe bestand darin, daß Thomas der Regierung im Parlament das Anerbieten machte, ihre Forderung über die Aufnahme der Notstandsarbeiten — natürlich nur der Form nach — zurückzuziehen, denn nur auf diese Weise wäre es möglich, die Bergleute zu Verhandlungen mit den Grubenbesitzern zu bewegen. An Stelle der Bedingung der Wiederaufnahme der Notstandsarbeiten zum Schutze der Gruben als Grundlage für die Verhandlungen schlug Thomas vor (was im Grunde dasselbe war) die Frage der Notstandsarbeiten auf der Konferenz zwischen den Bergleuten und den Grubenbesitzern als erste Frage auf die Tagesordnung zu setzen. Den Zweck, den das Haupt des Drei-Verbandes und der Arbeiter-Partei damit verfolgte, war natürlich klar. Während der langen Verhandlungen auf der Konferenz hätte der Drei-Verband untätig bleiben können, und alles Gerede über den Sympathiestreik zugunsten der Bergleute hätte ein Ende gehabt. Außerdem wären die Bergleute bei diesen Verhandlungen in einer unvorteilhaften Lage gewesen. Sie hätten den Grubenbesitzern letzten Endes nicht die erforderliche Anzahl von Arbeitern für die Durchführung der Notstandsarbeiten zur Verfügung stellen können, und die Verhandlungen wären dann durch ihre Schuld abgebrochen worden. Das eben wollte Thomas erreichen, denn die Bergleute mußten unter allen Umständen diskreditiert werden. Man mußte den Eisenbahnern zeigen, daß man die Bergleute wegen ihrer Hartnäckigkeit in der Frage

„des Schutzes des Nationaleigentums“ nicht zu unterstützen brauche. Das eben war der Grund, weshalb sich Lloyd George mit dem Vorschlage Thomas einverstanden erklärte. Beide verfolgten dabei ihr eigenes Ziel. Lloyd George wollte dem Lande zeigen, daß sogar die Arbeiter-Partei jene revolutionäre Maßnahme nicht billige, die die Bergleute in ihrem Kampfe ergriffen hatten, während Thomas danach strebte, den drohenden Streik des Drei-Verbandes zu Gunsten der Bergleute, „dieser übertriebenen Revolutionäre“, zu unterbinden.

Das Ergebnis der Vorschläge von Thomas war, daß Lloyd George das Ausschußkomitee der Föderation der Bergleute zu einer Konferenz einlud. Das war eine wahrhaft historische Konferenz: die englischen Kommunisten können kein besseres Material für die Propaganda in den Massen haben, als das Stenogramm des Protokolls dieser Konferenz. Es zeigt den Arbeitern das Wesen der bürgerlichen Demokratie in ihrer ganzen abscheulichen Nacktheit. Es belehrt die Arbeiter darüber, mit welcher Vorsicht man die liebenswürdigen Reden der Bourgeoisie aufnehmen muß und wie gefährlich es ist, ihren Versuchungen nachzugeben. Lloyd George sprach mit dem Ausschußkomitee der Föderation in der ruhigsten, höflichsten Weise, als wenn es die Gesandtschaft einer unabhängigen Großmacht wäre. Er benahm sich wie ein Gentleman. Er drang auf gar nichts, er forderte nichts, es hatte den Anschein, als wenn er sich dafür entschuldigte, daß er die Gelegenheit wahrgenommen habe, den Versuch zu machen, seine Zuhörer von der Richtigkeit seiner Ansicht zu überzeugen. Mit der größten Vorsicht wies er darauf hin, daß Unterhandlungen auf der Grundlage eines schonungslosen Kampfes zwischen den Bergleuten und den Grubenbesitzern unmöglich seien. Er versicherte ihnen, daß die Gruben ebenso sehr das Eigentum der Bergleute wie der Unternehmer seien, daß alle den Frieden wünschten, und daß es am besten wäre, einen Waffenstillstand zu schließen. Dann bat er das Ausschußkomitee in der dringlichsten Weise, die Bergleute zu veranlassen, daß sie während der Verhandlungen die Notstandsarbeiten verrichteten. Er deutete darauf hin, daß „dies seines Wissens nach der erste Fall in der Geschichte der Arbeiterbewegung sei, bei dem die Arbeiter nationales Eigentum dem Schicksal preisge-

geben hätten", aber er bestand nicht darauf, die eine oder andere Partei für schuldig zu erklären, sondern meinte nur, daß es am besten wäre, Frieden zu schließen. Er sagte: Wir alle wissen sehr gut aus unserer Erfahrung, daß die ersten Versuche meistens fehlschlagen und daß es sehr oft den Anschein hat, als gäbe es keinen Ausweg. Wie dem aber auch sei, die britische gesunde Vernunft findet immer einen Ausweg, wenn sie einen solchen wirklich will. Nachdem er seine Hörer in dieser Weise eingeschläfert hatte, übertölpelte Lloyd George die Konferenz plötzlich mit der Bitte, die Arbeiten bei den Pumpen aufzunehmen, solange die Bergleute und die Grubenbesitzer am gemeinsamen Tisch unterhandeln würden.

In einem ganz anderen Ton sprach er am selben Tage im Parlament. Hier verwertete er seine Unterhandlung mit dem Ausschußkomitee, um dieses in den Augen des ganzen Landes zu diskreditieren. Lloyd George beschuldigte das Ausschußkomitee der bewußten Absicht, die Gruben zu zerstören, um die Regierung zur Nachgiebigkeit zu zwingen — „ein in der Geschichte der Streikbewegung Englands nie dagewesener Fall". Er sagte, daß der Beschluß der Bergleute, die Arbeiter nicht zu den Notstandsarbeiten zuzulassen, „ein viel ernsthafteres Ultimatum" sei, als die Frage des Arbeitslohns, die eine Verständigung nicht ausschließe. Wenn die Bergleute es ablehnen würden, das nationale Eigentum vor der Zerstörung zu bewahren, so bleibe der Regierung nichts anderes übrig, als alle ihr zur Verfügung stehenden Maßnahmen anzuwenden. — Diese Maßnahmen bestanden in der Mobilmachung der Truppen.

Wie hat die Arbeiter-Partei die gegen die Arbeiter gerichtete militärische Vorbereitung der Regierung beantwortet? Wie hat die Arbeiter-Partei das dreiste Benehmen Lloyd Georges im Parlament aufgenommen? Sie beeilte sich, den Eindruck, den das Ausschußkomitee auf Lloyd George gemacht hatte, abzuschwächen, und bemühte sich, ihm zu beweisen, daß das Komitee gar nicht die Absicht gehabt hätte, der Regierung ein Ultimatum zu stellen. Clynes fragte, ob sich nicht das Ausschußkomitee bereit erklärt habe, die Verhandlungen mit den Grubenbesitzern *bedingungslos* aufzunehmen? Und ob weiter es der Premierminister im Interesse der Nation

nicht für notwendig hielte, den Verhandlungen der beiden Parteien keine Hindernisse in den Weg zu legen?

Das Protokoll der Sitzung des Ausschußkomitees der Föderation der Bergleute mit Lloyd George deutet nicht einmal an, daß die Bergleute sich einverstanden erklärt haben, die Verhandlungen mit den Grubenbesitzern *bedingungslos* aufzunehmen. Lloyd George hat die Stellungnahme der Bergleute, die klar und bestimmt erklärt hatten, daß sie auf keinerlei Kompromisse eingehen würden, vollkommen richtig erfaßt. Der Arbeiter-Partei haben die Drohungen Lloyd Georges, „alle der Regierung zur Verfügung stehenden Maßnahmen zu treffen", einfach einen Schreck eingejagt. Sie wollte unbedingt einen Ausweg aus der entstandenen Situation finden. Sie überredete Lloyd George, den Bergleuten erneut den Vorschlag zu machen, die Verhandlungen mit den Grubenbesitzern aufzunehmen, mit dem Hinweis darauf, daß die Frage der Notstandsarbeiten an die erste Stelle der Tagesordnung gesetzt werden würde. Aber auch in diese Falle gingen die Bergleute nicht. Auf das dreimalige Anerbieten von Lloyd George (im Grunde genommen ging dieses Anerbieten von der parlamentarischen Fraktion der Arbeiter-Partei aus), mit den Grubenbesitzern in Verhandlungen zu treten, antworteten sie mit entschiedener Ablehnung.

5. Die leere Drohung und die Arbeit der „friedlichen Kräfte“.

Der Versuch der Arbeiter-Partei, die Bergleute zu Verhandlungen mit den Grubenbesitzern zu veranlassen, schlug fehl. Der Streik dauerte an, und der Drei-Verband mußte seinem Bundesgenossen, der Föderation der Bergleute, gegenüber eine bestimmte Stellung einnehmen. Es ging nicht an, noch weiter von „weitestgehender" Unterstützung der Bergleute zu sprechen. Am 8. April nahmen alle Unterhandlungen zwischen der Regierung und der Föderation der Bergleute ein Ende. Die Massen forderten entschlossenes Vorgehen. Am Abend des 8. April erklärte die Vereinigte Sitzung der Ausschußkomitees des Nationalen Verbandes der Eisenbahner und der Föderation der

Transportarbeiter der Regierung, daß, wenn die Unterhandlungen zwischen den Bergleuten und den Grubenbesitzern nicht beginnen würden, der Drei-Verband um Mitternacht des 12. April den Streik erklären würde. — Ein Aufschub von vier Tagen! Diese leere Drohung war ganz bedeutungslos.

Die Organe der Arbeiterpresse, wie z. B. „Daily Herald“ u. a. nahmen den Beschluß des Drei-Verbandes über den Streik am 12. April als die letzte entschlossene Maßnahme zur aktiven Unterstützung der Bergleute auf und verkündeten mit lauter Stimme, daß die Klassensolidarität sich endlich gezeigt habe und daß die Arbeiter gemeinsam mit den Bergleuten vorgehen würden. Aber die bürgerliche Presse begriff die Situation sofort. Sie nahm die offizielle Streikerklärung des Drei-Verbandes nicht ernst, sie sah in ihr nur die Aufforderung an die Bergleute und an die Regierung, neue Verhandlungen zu beginnen. Sie faßte diese Erklärung nicht als einen Kriegsakt der Arbeiter auf, als Antwort auf die militärischen Vorbereitungen Lloyd Georges, sondern als einen Akt des Waffenstillstandes, dem bald der eigentliche Frieden folgen würde. Die „Times“ erklärten, daß der Aufschub des Streiks um einige Tage als eine große Leistung von seiten der „friedlichen Kräfte“ zu betrachten sei.

Da diese „friedlichen Kräfte“ einige Tage zu ihrer Verfügung hatten, so gaben sie, d. h. Thomas, Henderson, Clynes, Hodges und andere Führer der Arbeiter-Partei und des Drei-Verbandes, sich alle Mühe, eine Grundlage für die Verhandlungen zwischen den Bergleuten und der Regierung zu schaffen. Bereits am 9. April, d. h. am nächsten Tage, nachdem der Beschluß zum Streiken gefaßt worden war, gingen die Führer daran, eine solche Grundlage vorzubereiten. Davon zeugt die Tatsache, daß sie an diesem Tage drei Sitzungen mit Lloyd George (ohne jede Vollmacht seitens der Bergleute und sogar ohne ihr Wissen) abhielten, ferner zwei Sitzungen mit dem Ausschußkomitee der Föderation der Bergleute und eine Sitzung mit dem Drei-Verbande, an der die Parlamentsmitglieder der Arbeiter-Partei, Clynes, Robertson, Graham und andere teilnahmen. Darüber, was sich in diesen Sitzungen mit Lloyd George und mit dem Drei-Verband abspielte, können wir nur

Vermutungen anstellen, denn die Protokolle dieser Sitzungen wurden nicht veröffentlicht. Wir wissen nur, daß Thomas schon am Abend des 9. April eine Erklärung abgab, nach der die Vereinbarung mit der Regierung folgendermaßen zustande gekommen sei: 1. sollte eine Konferenz aus Vertretern der Föderation der Bergleute auf den 11. April einberaumt werden (am Tage vor dem Beginn des Streiks), auf der alle Streitfragen erörtert werden sollten; 2. die Föderation der Bergleute sollte am gleichen Abend alle Zweigabteilungen der Föderation davon benachrichtigen, daß alle Mitglieder Handlungen vermeiden müßten, die ein Eingreifen der Truppen notwendig machen könnten.

Auf diese Weise wird auch — ohne daß man die Sitzungsprotokolle zur Verfügung hat — vollkommen klar, welcher Art die Tätigkeit der „friedlichen Kräfte“ des Drei-Verbandes und der parlamentarischen Gruppe der Arbeiter-Partei am 9. April war. Sie bestand darin, daß man versuchte, das Ausschußkomitee zur Nachgiebigkeit der Regierung gegenüber zu veranlassen und die Notstandsarbeiten zu ermöglichen. „Das Vermeiden von Handlungen, die ein Eingreifen der Truppen notwendig machen könnten“, das hieß mit anderen Worten: die Streikbrecher bei ihrer Arbeit zur Erhaltung der Gruben nicht zu stören. Vergleichen wir den von der Vereinigten Sitzung der Ausschußkomitees des Drei-Verbandes am 8. April angenommenen Beschluß, am 12. zu streiken, mit der getroffenen Vereinbarung mit der Regierung. Alle faßten den ersten Beschluß in dem Sinne auf, daß der Drei-Verband den Streik erklären würde, wenn die Unterhandlungen mit der Regierung und mit den Grubenbesitzern nicht unter den von den Bergleuten gestellten Bedingungen erfolgten: Der Vergleich aber vom 9. April bedeutet: 1. daß nicht die Bergleute, sondern die Regierung mit der Frage über die Notstandsarbeiten durchgedrungen ist, und 2., daß alle Streitfragen, inbegriffen die Frage des Nationaltarifs, des Gewinnfonds usw., erörtert werden sollten. Mit einem Wort, die Bergleute mußten alle ihre Positionen dem Feinde überlassen.

Die bürgerliche Presse erfaßte die zwischen

den Führern der Arbeiter-Partei und des Drei-Verbandes einerseits und der Regierung andererseits getroffene Vereinbarung durchaus richtig. Die „Times“ freuten sich über den Umstand, daß die Bedingung, von deren Erfüllung das Schicksal des Streiks abhing, tatsächlich erfüllt war, und betrachtete daher die Frage des Streiks einstweilen als erledigt. „Jetzt ist es notwendig“, schrieb die Zeitung, „während der Verhandlungen die entsprechende Atmosphäre zu schaffen.“ Das Blatt hob die führende Rolle hervor, die Thomas bei diesem Vergleich gespielt hat. Die Zeitung gratulierte ihm zu diesem Erfolg und sagte: „Eine solche Anerkennung macht uns ein um so größeres Vergnügen, als unsere eigenen Bestrebungen dasselbe Ziel verfolgten.“ Die „Times“ gaben der Ueberzeugung Ausdruck, daß „Thomas auch im weiteren Verlauf der Angelegenheit die entsprechende Atmosphäre wahren und dadurch jene drohende Gefahr abwehren würde, die er so gut erkannt habe.“

6. Die Ergebnisse der Wirksamkeit der „friedlichen Kräfte“.

Die Konferenz der Bergleute mit den Grubenbesitzern fand am 11. April unter dem Vorsitz von Lloyd George statt. Dieser teilte die Gründe der Aufhebung der Kontrolle über die Kohlenindustrie mit und erklärte, daß das Prinzip der Substituierung irgendeines Industriezweiges vom Standpunkt der staatlichen Interessen unzulässig sei. Er faßte alle Streitfragen zwischen den kämpfenden Parteien in der Frage des Arbeitslohns zusammen, die er vom Standpunkt der Ertragsfähigkeit der Gruben aus behandelte. Damit machte er alle Erörterungen der grundlegenden Forderungen der Bergleute — über die nationalen Tarifsätze, den Gewinnfond usw. — unmöglich. Lloyd George machte zunächst den Grubenbesitzern den Vorschlag, sich über die Gründe zu äußern, die sie zu der Herabsetzung der Löhne veranlaßt haben, und dann den Bergleuten ihre auf Tatsachen begründete Erklärung abzugeben. Darauf wurde die Sitzung für vier Stunden unterbrochen, um beiden Parteien die Möglichkeit zu geben, ihre Erklärungen auszuarbeiten. Nachdem die Teilnehmer wieder erschienen, drückte Lloyd George den Wunsch aus, die Erklärungen eingehend kennen zu

lernen, und vertagte die Sitzung auf den nächsten Tag. Lloyd George kannte die Gründe, die die Grubenbesitzer bewogen, den Arbeitslohn herabzusetzen, nur zu gut. Ebenso waren ihm die Forderungen der Bergleute bekannt; aber es lag ihm daran, die Konferenz auf den nächsten Tag, auf den 12., hinauszuschieben, um auf diese Weise den auf diesen Tag festgesetzten Streik zu verhindern. Denn solange die Verhandlungen nicht abgebrochen waren, konnte der Streik nicht endgültig erklärt werden.

Am gleichen Tage, also am 11. April, erließen die Führer des Drei-Verbandes einen Aufruf, in dem es hieß, daß, wenn die Regierung den Bergleuten nicht einen Vorschlag machen werde, den der Drei-Verband „den Bergleuten zu empfehlen in der Lage sei, der Betrieb der Eisenbahn und des Transports eingestellt werden würde“. Wozu war dieser Aufruf vom 11. nötig, da doch schon am 8. der Beschluß gefaßt war, am 12. zu streiken? Mit diesem Aufruf annullierte der Drei-Verband in Wirklichkeit seinen früheren Streikbeschluß.

Am 12. April machte die Regierung, nach vorhergehenden Sondersitzungen mit den Grubenbesitzern und dem Ausschußkomitee der Föderation der Bergleute, dieser einen Vorschlag, der sich von dem der Grubenbesitzer eigentlich in keiner Weise unterschied. Der Vorsitzende der Föderation der Bergleute, Smith, hatte durchaus Recht, als er Lloyd George erklärte, daß der Vorschlag der Regierung im Grunde genommen nichts anderes sei als der Vorschlag der Grubenbesitzer. Der einzige Unterschied bestand darin, daß die Regierung den Bergleuten der besonders schwer betroffenen Gebiete eine gewisse Hilfe versprach, d. h., daß sie sich bereit erklärte, nach der allgemeinen Herabsetzung des Arbeitslohns in den Rayons, in denen der Arbeitslohn besonders tief steht, d. h., wo die Bergleute zu einer Hungerexistenz verurteilt sein würden, mit Anleihen usw. zu helfen. Die Bergleute lehnten den Vorschlag der Regierung ab, und die Konferenz fand damit ihr Ende.

So hatte der Drei-Verband also die Frage zu lösen, ob der Vorschlag der Regierung es verdiente, den Bergleuten zur Annahme empfohlen zu werden. Nachdem das Aus-

schußkomitee der Föderation der Bergleute dem Drei-Verband eine Erklärung über die Gründe abgegeben hatte, die ihm die Annahme des Regierungsvorschlags unmöglich machten, versammelten sich die Führer des Drei-Verbandes zu einer Beratung. Sehr bald darauf gab Thomas die Erklärung ab, daß der auf den 12. April festgesetzte Streik nicht erfolgen würde. Das bedeutete, daß der Drei-Verband den Vorschlag der Regierung für die Bergleute annehmbar fand. Aber trotz dieses Beschlusses des Drei-Verbandes und der Gefahr, isoliert dazustehen, lehnten die Bergleute den Vorschlag der Regierung ab.

7. Die Stimmung in den Massen und der Anlaß zum weiteren Verrat.

Um zu verstehen, warum die Führer des Drei-Verbandes wiederum den Streik auf den 15. festgesetzt haben, muß man sich vor allen Dingen darüber klar werden, wie die Massen den Beschluß des Drei-Verbandes aufgenommen haben, der den auf den 12. festgesetzten Streik rückgängig machte. Der Umfang dieses Aufsatzes gestattet uns nicht, alle uns zur Verfügung stehenden Einzelheiten aufzuzählen, die uns darüber aufklären würden, in welchem Maße die Führer Gefahr liefen, in den Augen der Massen diskreditiert zu sein, wenn sie den auf den 12. festgesetzten Streik annulliert hätten und dabei stehen geblieben wären. Wir können hier nur die grellsten Tatsachen bringen, die die Stimmung der Massen im Zusammenhang mit der Lage am besten zeigen.

Die Nachricht über die Zurückziehung der Streikerklärung übte auf die gesamte Arbeiterschaft eine bedrückende Wirkung aus. Die Arbeiter waren von dem Wunsche beseelt, den Bergleuten aktiv zu helfen. Sie bereiteten sich auf den Streik vor und erwarteten keineswegs eine gegenteilige Erklärung. Auf die Frage, die von bürgerlichen Korrespondenten dem Sekretär der Süd-Wales-Sektion der Föderation der Eisenbahner, Williams, gestellt war, — ob er glaube, daß die Arbeiter die Geld verlieren und zu selbständigen Aktionen greifen könnten, antwortete dieser: „Die Geld der Arbeiter hat ihre Grenzen. Wenn die Unzufriedenheit, die unter ihnen um sich greift, weiter wachsen wird, ist es schwer vor-

auszusagen, was geschehen wird.“ Nicht nur die dem Drei-Verband angehörenden Arbeiter sprachen sich auf zahlreichen Versammlungen zugunsten eines sofortigen Streiks aus, sondern auch die verschiedensten Organisationen und Assoziationen der diesem Verbands nicht angegliederten Arbeiter beschlossen, an dem Streik teilzunehmen. Die Arbeiter der elektrischen Zentralen in London bereiteten alles vor, um London bei Beginn des Streiks in Finsternis zu versetzen.

Die Stimmung der Massen war so, daß die Führer des Drei-Verbandes die Bergleute nach ihrer Ablehnung der Vorschläge Lloyd Georges nicht einfach ihrem Schicksal überlassen konnten. Am 13. April sah sich die Vereinigte Konferenz des Ausschußkomitees des Drei-Verbandes wiederum zu einer Streikerklärung gezwungen, ungeachtet der äußersten Anstrengungen der Führer und ihrer geschäftigen Laufereien zwischen der Downingstreet (Hauptquartier Lloyd Georges) und dem Unity House (Hauptquartier des Drei-Verbandes). Aber auch dieses Mal war es den Führern gelungen, den Streik auf zwei Tage hinauszuschieben, in der Hoffnung, daß sich wieder irgendein Vorwand finden würde, die Streikerklärung zurückzuziehen. Nicht umsonst drückte Clynes gemeinsam mit Lloyd George die Hoffnung aus, daß die „Friedenselemente“ sich vielleicht doch stärker erweisen würden als die des Krieges. Das sagte er am 13. April. Am 14. war dieser Vorwand endlich gefunden. Dieses Mal lieferte Hodges selbst den Vorwand gelegentlich seiner Teilnahme an der Nachtsitzung einiger Mitglieder des Unterhauses am 14. April.

8. Der letzte Akt des Verrats.

Ehe wir diese „private“ Nachtsitzung eingehender besprechen, müssen die Ereignisse des 14. April, und zwar die des ganzen Tages, ausführlich geschildert werden. Das wird uns ermöglichen, uns über jene Ursachen klar zu werden, die zu dieser Sitzung geführt haben. Wir werden uns über den tieferen Sinn klar, und vor allen Dingen werden wir die Rolle der Führer bei der Sprengung des Streiks besser begreifen können.

Die Ereignisse des 14. April drehen sich um vier Tatsachen: 1. Sitzungen der Führer des

Drei-Verbandes mit Lloyd George, 2. die Parlamentsitzung, 3. „private“ Beratung einiger Parlamentsmitglieder, 4. Versammlung des Parlaments-Komitees des Kongresses der Gewerkschaftsverbände, des Ausschußkomitees der Arbeiter-Partei und der parlamentarischen Fraktion der Arbeiter-Partei. Diese Sitzungen folgten eine auf die andere. Es waren einzelne aber logisch verbundene Aufzüge des letzten Aktes des Dramas.

„Ich möchte gerne wissen“, schrieb Lloyd George, sich an seine „teuren“ Thomas und Williams wendend, am 13. April dem Drei-Verbande, „welche Gründe Sie zu dem Beschluß veranlaßt haben, Ihren Mitbürgern einen solch schweren Schlag zu versetzen, wie es die Störung des ganzen, für das Leben unserer Nation so wesentlichen Transportwesens ist?“ Was haben darauf die „teuren“ Thomas und Williams geantwortet? Haben sie geantwortet, daß der Drei-Verband den allgemeinen Streik aus demselben Grund erklärte, aus dem die Bourgeoisie das Proletariat aussperrt und über eine Million Bergleute zum Hunger verurteilt? Vielleicht haben sie geantwortet, daß der Drei-Verband mit ebensoviel Recht den Streik erklärt, mit dem die Bourgeoisie alle jene Verträge nicht eingehalten hat, die sie mit den Arbeiterorganisationen abgeschlossen hat, als sie die Arbeiter zur Führung des imperialistischen Krieges brauchte? O nein! Die „teuren“ Thomas und Williams haben nichts derartiges erwidert. Lakaien pflegen nicht mit ihren Herren in einer solchen Sprache zu sprechen. In der demütigsten Weise antworteten sie dem Premierminister: . . . „Wir hätten den Wunsch, Sie zu sehen, um Ihnen unsere Gründe persönlich mitzuteilen . . .“

Am Morgen des 14. April konnte man eine Anzahl Personen, mit Thomas, Williams und Gosling an der Spitze, beobachten, wie sie in der Richtung zur Downingstreet eilig ausstritten. Diese Arbeiterführer gingen, um die Sache des Verrats zu Ende zu führen. Die Delegation des Drei-Verbandes hat sich mit der Föderation der Bergleute, ihrem Bundesgenossen, nicht einmal beraten, bevor sie sich an die Regierung wandte. Die Delegation nahm die Unterhandlung mit Lloyd George auf, ohne irgendwelche Vollmachten seitens der Föderation der Bergleute erhalten zu

haben. Aber, wird man vielleicht einwenden, die Delegation ist doch zu dem Zweck zu Lloyd George gegangen, um ihm den gefaßten Streikbeschluß zu übergeben. Wenn das so wäre, so hätte man die schriftliche Anfrage von Lloyd George auch schriftlich beantworten können, — wenn die Antwort überhaupt nötig gewesen wäre. Aber eine solche war vollkommen überflüssig. Und die Protokolle der Sitzung zeigen überdies, daß die Delegation zu einem ganz andern Zweck zu Lloyd George gegangen ist. Sie ging zu ihm hin, um über die Sache der Bergleute zu markten, ohne dazu die nötigen Vollmachten zu haben und sogar ohne Wissen der Bergleute. Unter dem Vorwand, die Antwort persönlich zu übergeben, suchte die Delegation die Möglichkeit der Wiederaufnahme der Unterhandlungen mit ihm. Harry Gosling war das einzige Mitglied der Delegation, das die ganze Niedertracht der Lage fühlte (aus dem Sitzungsprotokoll sehen wir, daß auch Williams ähnlich zumute war); wir sehen es aus seinen an Lloyd George gerichteten Worten: „Was ich nicht tun will, das ist, darüber zu entscheiden, ob die Bergleute mit ihren Forderungen Recht oder Unrecht haben.“ Aber diese Gewissensbisse Goslings hielten nicht lange vor. Sehr bald nahm er lebhaften Anteil an der Erörterung der von ihm abgelehnten Fragestellung.

Thomas suchte Lloyd George davon zu überzeugen, daß bisher „alle Anwesenden“ sich die größte Mühe gegeben hätten, den toten Punkt im Kampfe zwischen den Bergleuten und den Grubenbesitzern zu beseitigen. Lloyd George erklärte sich damit einverstanden und lobte sie sogar, indem er sagte: „Sie haben, zweifellos, geholfen.“ „Sogar jetzt, im letzten Augenblick,“ fuhr Thomas fort, „sind wir eben so sehr wie Sie, Herr Premierminister, bestrebt, das von uns allen abzuwenden, was keiner von uns weder sich vorstellen noch voraussagen kann. . . Wir wollen keine Revolution. . . Während Sie ihren Plan ausarbeiten werden (über die Art, wie man die Bergleute zu neuen Verhandlungen veranlassen könnte), werden wir das Kampffeld bewachen und keinen Krieg zulassen, denn, wie die Ergebnisse des Krieges auch sein mögen, die Nation wird unvermeidlich unter ihm zu leiden haben.“ Und in der Meinung, den Ge-

danken nicht klar genug ausgesprochen zu haben, fügte Thomas hinzu: „Welche Seite auch gewinnen mag, die Nation wird verlieren.“ Wir neigen zu der Auffassung, daß das Sitzungsprotokoll nicht vollständig ist und daß wir daher keinen Aufschluß darüber bekommen, wie sich Williams dabei verhalten hat, ob er dem schmachvollen Benehmen von Thomas entgegengetreten ist oder nicht. Jedenfalls gehört die Tatsache eines solchen Auftretens der Delegation am Vorabend eines Streiks, auf den die Arbeiter des ganzen Landes sich vorbereiteten, und ganz besonders das Benehmen dieser Delegation in der Sitzung des Lloyd George zu den schmachvollsten Handlungen, sogar der rechtsstehenden Führer der Arbeiterschaft.

Selbst Lloyd George kamen solche untertanentreuen Ergießungen von seiten der Führer derselben Organisation, die doch schon den Entschluß gefaßt hatte, den Kampf zu beginnen, verdächtig vor, und er sagte mit einem Seufzer: „Mich bedrückt das Gefühl einer Befürchtung, daß die Leute, die an der Spitze der Föderation stehen, in Wirklichkeit ihre Angelegenheiten nicht beherrschen, daß dort in den Tiefen ihrer Organisation unversöhnliche, jedem Einfluß widerstrebende Elemente sind, deren Wirksamkeit fortwährend hervorbricht und dem Gang der Ereignisse einen bestimmten Charakter verleiht. Ich hatte immer ein Gefühl, als wenn die Menschen, mit denen ich spreche, nicht diejenigen sind, mit denen ich zu tun habe.“

Lloyd George wollte damit sagen, daß es ihm nicht so sehr darum zu tun sei, gegenrevolutionäre Gefühle und den Ausdruck der Ergebenheit der Nation gegenüber in der Regierungskanzlei entgegenzunehmen, als um die Bestätigung dieser Gefühle in der Kanzlei des Drei-Verbandes. Mögen die Führer ihre Ergebenheit durch die Tat beweisen, mögen sie zeigen, daß sie den Einfluß auf die Massen, ungeachtet aller Bestrebungen dieser unversöhnlichen Elemente, noch nicht verloren haben. Mögen sie das alles beweisen, dann wird Lloyd George darüber beruhigt sein, daß die Menschen, mit denen er spricht, tatsächlich diejenigen sind, mit denen er zu tun hat.

An diesem Tage gaben sich die Führer alle

erdenkliche Mühe, um das bedrückende Gefühl Lloyd Georges zu zerstreuen. Sie strengten sich auf das äußerste an, um ihrem Gebieter zu beweisen, daß er noch immer auf sie zählen könne wie auf seine treuen verlässlichen Agenten, daß sie immer noch fähig seien, das Gelände im Klassenkampf des Proletariats mit der Bourgeoisie zu beherrschen, trotz des Vorhandenseins unversöhnlicher, sich allen Einflüssen widersetzender Elemente in den Massen. Als Lloyd George einige Stunden vor Beginn des allgemeinen Streiks das ihm im Parlament übergebene Schriftstück durchlas, überzog sein Gesicht, nach Aeußerung des Korrespondenten, ein glücklich beruhigtes Lächeln: in diesem Schriftstück benachrichtigten ihn die Führer von der endgültigen Zurückziehung der Streikerklärung, und sie bewiesen ihm dadurch, daß die Wirksamkeit der unversöhnlichen Elemente diesmal nicht zum Ausbruch gekommen war und daß die Schreiber, „die Arbeiterführer“, ihre untertanentreuen und gegenrevolutionären Gefühle nicht nur in Worte, sondern auch in Taten umzusetzen wußten.

Lloyd George machte dem Parlament eine kurze Mitteilung von der Morgensitzung mit dem Drei-Verband; aber im Hinblick darauf, daß die „Delegation augenblicklich an ihren Beratungen teilnimmt“ und die Debatten im Parlament die Sache eher stören als ihr helfen würden, schlug er vor, die Debatten darüber einstweilen aufzuschieben. Lloyd George wußte um gewisse Verhandlungen, von denen er aber im Parlament nicht sprechen wollte, um ihnen nicht zu schaden. Auch der Fraktion der Arbeiter-Partei waren diese Verhandlungen bekannt, und daher hatte auch sie nichts gegen den Aufschub der Debatten einzuwenden, obgleich es ihre Pflicht gewesen wäre, den faktisch erklärten Streik offen zu unterstützen. Sie tat es nicht, weil sie, ebenso wie die Delegation am Morgen bei Lloyd George, gegen den Streik arbeitete. Clynes erklärte sich mit Lloyd George darin einverstanden, die Debatten aufzuschieben, im Hinblick darauf, daß die Unterhandlungen noch nicht endgültig beendet seien (es waren also doch irgendwelche Verhandlungen im Gange, von welchem das Ausschußkomitee der Föderation der Bergleute, mit Ausnahme von Hodges, nichts wußte). Die Arbeiter-Partei aber wußte, daß die

Weiterführung dieser mystischen Verhandlungen, auch nur einen Tag länger, dazu geführt hätte, daß der Streik wieder abgesagt worden wäre; zum dritten Mal aber konnte man den Streik nicht erklären. Außerdem mußten die Debatten auch deshalb aufgeschoben werden, um das Feld für die „private“ Sondersitzung der Parlamentsmitglieder freizumachen, bei welcher Gelegenheit die Föderation der Bergleute selbst den Anlaß zur Absage des Streiks bieten sollte. Zu dieser Sitzung mußte man sich vorbereiten. Und gleich nach dem Aufschub der Debatten fand die erwähnte Sondersitzung statt.

Die Teilnehmer versammelten sich am Abend desselben Tages in einem der Säle des Parlamentsgebäudes. Es waren etwa 200 Mitglieder des Unterhauses zugegen, die für den Streit der Grubenbesitzer mit den Bergleuten plötzlich ein großes Interesse zeigten. Während der zwei Wochen der Aussperrung sind die Bedingungen und die Forderungen beider Parteien unzählige Male in der Presse, in Versammlungen und in zahlreichen Debatten des Parlaments erörtert worden. Nun zeigte sich aber, daß die Deputierten das Wesen des Streites nicht kannten und erst jetzt den Entschluß faßten, ihn kennen zu lernen. Der Vorsitzende der Assoziation der Grubenbesitzer erklärte sich liebenswürdig bereit, die Deputierten über den „Charakter des Streites“ zu unterrichten. Der Korrespondent des „Daily Herald“ sagt, daß die Bedingungen des Ultimatums der Grubenbesitzer auf alle Zuhörer eine „niederdrückende“ Wirkung ausgeübt hätten. Sie waren dermaßen erstaunt, daß sie sofort beschlossen, auch Hodges einzuladen, ausgerechnet Hodges, den Sekretär der Föderation, und nicht Herbert Smith, ihren Vorsitzenden, damit er sie mit dem Standpunkt der Bergleute bekannt mache (somit hat die Arbeiterpartei während der ganzen Zeit der Aussperrung die Mitglieder des Parlaments nicht mit dem Standpunkt der Bergleute bekannt gemacht). Jemand telephonierte Hodges, der auch sofort erschien (merkwürdig glatt ging alles an diesem Tage!). Derselbe Korrespondent des „Daily Herald“ macht die Bemerkung, daß Hodges einen starken Eindruck auf alle Deputierten gemacht habe.

Das, was in dieser Sitzung wirklich geschah, war, daß man Hodges, nachdem seine Redseligkeit ein Ende hatte, bestimmte, vorher schon formulierte Fragen gestellt und ihn gebeten hatte, die Antworten eigenhändig zu unterschreiben. Die Deputierten wollten nichts anderes erreichen als die Folgen der Antwort, die ihnen Hodges gab: „Wir sind bereit, über die Frage des Arbeitslohns zu verhandeln (nicht über die nationalen Tarifsätze und nicht über den Gewinnfond) unter der Bedingung, daß die Vereinbarung nur eine vorübergehende sein wird“. Das war es eben, was auf alle anwesenden Deputierten so großen Eindruck gemacht hat. Das war alles, was sie haben wollten. Das war jene „Falle“, in die Hodges angeblich geraten ist. Es war ein neuer Vorschlag, aber nicht seitens der Bergleute, der Föderation der Bergleute und ihres Ausschußkomitees, — es war ein privater Vorschlag des Herrn Hodges. Und dennoch haben die Führer des Drei-Verbandes diesen privaten Vorschlag als einen Vorwand benützt, um die Streikerklärung zurückzuziehen.

Daß der neue Vorschlag von Hodges und nicht vom Ausschußkomitee der Föderation der Bergleute ausgegangen ist, ist aus jener Tatsache ersichtlich, daß das letztere den Abschied von Hodges forderte. Damit hat das Komitee bewiesen, daß es in die von den Führern des Drei-Verbandes und der Arbeiterpartei gestellte „Falle“ nicht gegangen ist. Der beste Beweis dafür, daß das Ausschußkomitee der Föderation der Bergleute mit dem Vorgehen Hodges nichts zu tun hatte, ist der heldenmütige Kampf, den das Komitee, durch den Verrat von allen isoliert, im Verlauf von mehr als zwei Monaten geführt hat.

Am selben Abend und im selben Gebäude, in dem die Sondersitzung der Parlamentsmitglieder stattfand, spielte sich noch eine andere, die letzte der vier historischen Sitzungen ab, die den letzten Akt des von uns beschriebenen Dramas der Arbeiterbewegung Englands beschloß. Es war die Sitzung des parlamentarischen Komitees des Kongresses der Gewerkschaften, der Exekutive der Arbeiterpartei und der parlamentarischen Fraktion der Arbeiterpartei. Mag es dem Leser noch so sonderbar und komisch vorkommen, Tat-

sache ist, daß diese Versammlung zu dem Zweck einberufen war, den Drei-Verband im „bevorstehenden“ Kampfe zu „unterstützen“. In der Zeit, da diese Sitzung stattfand, lag der Drei-Verband faktisch schon im Sterben; noch einen Augenblick und er gab seinen Geist auf, während die Führer der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung sich eben erst anschickten, ihn zu unterstützen. Wir wissen nicht einmal genau, ob der Drei-Verband in jenem Augenblick am Leben war, als die Führer jene Resolution faßten, die besagte, daß „die Konferenz von der Rechtmäßigkeit der Forderung der Bergleute überzeugt ist und dem Drei-Verband ihre Unterstützung zusichert, und daß sie sich an alle Sektionen der Arbeiterbewegung und an alle die Bürger, denen die Interessen der Gesellschaft am Herzen liegen, mit dem Aufruf wendet, alle gegen die Stellungnahme der Arbeiter gerichteten Angriffe standhaft zurückzuweisen“. Jedenfalls aber ist sicher, daß diese Resolution am selben Tage (am 15.) gedruckt wurde, an dem auch der Nekrolog derselben Organisation verfaßt wurde, der die Führer der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung ihre Unterstützung zugesagt hatten.

Am 15. April fand die Geschichte einer der abscheulichsten Verrätereien, die in der Arbeiterbewegung Englands jemals vorgekommen ist, ihren endgültigen Abschluß. An diesem Tag wird das Proletariat stets mit dem Gefühl eines starken Zorns und eines tiefen Abscheus gegen die verräterischen Führer zurückdenken. Zweifellos wird das Proletariat Englands noch oft ähnliches oder gar schlimmeres erleben müssen, ehe es dazu kommen wird, sich endgültig von dem Einfluß derartiger Führer zu befreien.

An diesem Tage starb der Drei-Verband. Mögen diejenigen seinen Tod beweinen, denen er wirklich Nutzen gebracht hat — die Bourgeoisie, für die derartige Organisationen immer die beste Schutzwehr in ihrem Kampfe mit der Arbeiterklasse waren. Mögen ihn auch die kleinbürgerlichen Ideologen aus der Arbeiter-Partei, der unabhängigen Arbeiter-Partei, die Fabianer, oder die Gilden-Sozialisten beweinen, die eine solche Organisation brauchten, um in den Arbeitermassen Illusionen darüber zu nähren, als

könne die Arbeiterklasse auf friedlichem Wege und im Rahmen der alten bürgerlichen Gesellschaft das Gebäude des Sozialismus errichten. Auch jene mögen den Drei-Verband beweinen, die fürchten, daß mit dem Zerfall solcher Organisationen die Unsicherheit und die Abhängigkeit des Proletariats aufhören und die Arbeiter so weitsichtig werden könnten, daß sie jene Wege erblicken, die tatsächlich zu ihrer Befreiung führen.

Wir aber wollen diesen Leichnam vergessen und uns jenen Bergleuten zuwenden, die den heldenhaften Kampf nicht nur in ihrem Interesse, sondern auch im Interesse der ganzen Arbeiterklasse Englands geführt haben. Wir werden den Bergleuten sagen: Ihr waret in Eurem Kampfe nicht deshalb isoliert, weil dem englischen Arbeiter das Gefühl der Klassensolidarität fehlt, sondern weil der Zusammenschluß und die Organisation der Arbeiterschaft ungenügend sind, und weil ihre Führer noch immer die Möglichkeit haben, jeden aktiven Ausdruck der Klassensolidarität zu unterbinden.

9. Schluß.

Die Lage des englischen Proletariats ist gegenwärtig eine verzweifelte. Millionen sind arbeitslos oder arbeiten nur einen Teil des Tages. Der Mißerfolg aller Arbeiteraktionen seit dem Waffenstillstand, und zwar: der erfolglose Eisenbahnerstreik im Jahre 1919, der Streik der Bergleute in den Jahren 1919, 1920 und ganz besonders 1921, als die Bourgeoisie einen erfolgreichen Feldzug für die allgemeine Herabsetzung der Löhne begann, — alle diese Tatsachen stellen die Arbeiterklasse Englands vor die Frage: Was wird nun weiter werden? In der Presse, in der Fachliteratur, in Flug-schriften, auf Versammlungen, — überall wird die Frage erörtert: Wo findet man einen Ausweg aus jener Lage, in die das englische Proletariat jetzt geraten ist?

Auf der Suche nach einer Antwort stoßen die Massen notgedrungen auf die unbestreitbare Tatsache, daß die Ursache ihrer Hilflosigkeit dem organisierten Feinde gegenüber in dem gänzlichen Fehlen einer wirklichen Arbeiterbewegung besteht, d. h. einer Bewegung des gesamten Proletariats. Ungeachtet dessen, daß es in England ca. 8 Millionen organisierte

Arbeiter gibt, ist das englische Proletariat als Klasse gar nicht organisiert. Die einzelnen, untereinander nicht verbundenen Gewerkschaften oder die Föderationen der Gewerkschaftsverbände, die nur fiktive Organisationen, ähnlich dem Drei-Verband, bilden, oder gar der Kongreß der Gewerkschaftsverbände, der nur auf dem Papier besteht, — alle diese Organisationen sind besonders jetzt, nach dem Fiasko des Streiks von einer Million Bergleute, weder imstande, für die quasi sozialistischen Ideale zu kämpfen, wie z. B. die Nationalisierung der Kohlenindustrie, die seit 1919 in der Presse und in den Arbeitermassen erörtert wird, noch sind sie fähig, gegen die Herabsetzung des Arbeitslohns unter das Vorkriegsniveau mit Erfolg einzutreten.

Wenn die englischen Arbeiter den Drei-Verband, den Kongreß der Gewerkschaftsverbände und die Arbeiter-Partei bisher als Organisationen angesehen haben, die die Interessen des gesamten Proletariats vertraten, so mußten die Mißerfolge der letzten drei Jahre sogar die zurückgebliebenen Schichten der Arbeiterklasse zu der Ueberzeugung bringen, daß es in England im Grunde genommen kein solches Organ gibt, das das ganze Proletariat umfaßt, seine Interessen wirklich zum Ausdruck bringt und fähig ist, mit seinem glänzend organisierten Feinde zu kämpfen. Jene Tatsache, daß die erwähnten Arbeitervereinigungen oder, richtiger gesagt, Führervereinigungen nicht imstande sind, die Arbeiterschaft vor der Herabsetzung des Arbeitslohns zu bewahren, geschweige denn die Nationalisierung durchzusetzen, — diese Tatsache hat diesen Organisationen den empfindlichsten Schlag versetzt.

An den zahlreichen, auf verschiedenen Massenversammlungen der Bergleute im ganzen Lande nach dem erfolgten Verrat der Führer des Drei-Verbandes angenommenen Resolutionen ist klar ersichtlich, daß das Verhältnis der Arbeiterklasse zu allen diesen Organisationen mit ihren großklingenden Namen im großen und ganzen schon jetzt ein durchaus ablehnendes ist. Aber diese ablehnende Haltung kommt auf zweierlei Weise zum Ausdruck. Die einen beschuldigen die Führer des Verrats und fordern ihre Beseitigung, ohne die Frage des Charakters der Organisa-

tionen, an deren Spitze diese Führer stehen, oder die Notwendigkeit einer tiefgehenden Veränderung dieser Organisation zu berühren. Die anderen schreiben im Gegenteil alle Mißerfolge in der Hauptsache gerade dem Charakter dieser Organisation zu, d. h. sie weisen darauf hin, daß der Drei-Verband und sogar der Kongreß der Gewerkschaftsverbände, selbst wenn sie den aktiven Kampf mit der kapitalistischen Klasse hätten aufnehmen wollen, dies nicht hätten tun können, dank dem Umstande, daß die Arbeiterbewegung in ihrer Gesamtheit dezentralisiert ist, und diese Organisationen lediglich freiwillige und autonome Vereinigungen von Führern sind, was zur Folge habe, daß diese Organisationen selbständig nichts unternehmen können und auf das Einverständnis eines jeden autonomen Teils angewiesen sind. Ueberdies würde eine Zustimmung dieses oder jenes autonomen Teiles wenig nützen, wenn man in Betracht zieht, daß dieser Teil selbst eine Föderation von zahlreichen Gewerkschaften ist, die ebenfalls autonom sind und ohne deren Zustimmung daher nichts unternommen werden kann.

Die gegenwärtige Stimmung in der Arbeiterklasse würde eine grundlegende Rekonstruktion sämtlicher existierenden Arbeitervereinigungen und deren Aufbau nach zentralistischem Prinzip erfordern.

Bisher hat das Bestreben der Arbeiterschaft zu einer wirksamen Vereinigung der Arbeiterklasse in einer Front, beginnend mit der Fabrik und endend mit einem Zentralorgan des gesamten organisierten Proletariats, den größten Widerstand bei den zahlreichen Führern gefunden, in deren Interesse es lag, bei den Arbeitern die Illusionen zu erhalten, als wäre das Proletariat wirklich vereinigt, und daß die Zentralorgane ihrer Vereinigung — für die Bergleute, Eisenbahner und Transportarbeiter — der Drei-Verband und für die ganze übrige Arbeiterklasse — der Kongreß der Gewerkschaftsverbände und die Arbeiter-Partei seien und daß in besonders wichtigen Fällen solche Organe, wie das zur Zeit des Eisenbahnerstreiks von 1919 gebildete Verhandlungs-Komitee oder der für den Kampf gegen den Krieg mit Rußland bestimmte Aktionsrat geschaffen werden könnten. In Wirklichkeit haben die zahlreichen Führer

jenes Chaos in jeder Weise unterstützt, das in der englischen Arbeiterbewegung bis auf den heutigen Tag herrscht. Bis auf wenige Ausnahmen stehen die Führer der Idee der Zentralisation der Arbeiterbewegung feindlich gegenüber, und das ist verständlich. Bei der Dezentralisation sind die Führer eher im Stande, jedes geschlossene Vorgehen des ganzen Proletariats unmöglich zu machen. Eingehendere Kenntnis der Lage der Dinge in England in den Jahren 1909 bis 1921 überzeugt uns davon, daß, wenn das gesamte englische Proletariat 1919 die Streiks der Eisenbahner oder in den Jahren 1919, 1920, 1921 die Streiks der Bergleute unterstützt hätte, die Folgen dieser Unterstützung für die Entwicklung der revolutionären Bewegung Englands außerordentlich schwerwiegend gewesen wären. Nicht umsonst verließen Thomas und Henderson, als die Bergleute zu streiken begannen, eiligst ihre Sitzungen in Amsterdam, um das allgemeine Vorgehen des englischen Proletariats zugunsten der Bergleute zu verhindern, von dem Gesichtspunkte ausgehend, daß ein derartiges Vorgehen „das ganze Land in einen chaotischen Zustand versetzen würde, aus dem es keinen anderen Ausweg gibt als den der Revolution“. In dieser Weise sprachen die Führer ganz offen. Sie waren in jeder Weise bemüht, die möglichen Konsequenzen zu verhindern.

Die Führer der erwähnten Organisationen setzten der Durchführung der Zentralisation der Arbeiterbewegung jedes erdenkliche Hindernis entgegen. Dagegen suchen sich diese Führer bei jeder erfolglosen Aktion der Arbeiter mit der Behauptung zu rechtfertigen, daß es nicht ihre Schuld sei, wenn der Drei-Verband oder der Kongreß der Gewerkschaftsverbände sie nicht unterstützt hatten, sondern daß die Statuten dieser Organisationen die Schuld trügen, die es ihnen zur Pflicht machten, die Zustimmung der einzelnen Teilorganisationen einzuholen. Wenn in England ein Zentralorgan der gesamten Arbeiterbewegung vorhanden wäre, so würde den Thomas, Henderson usw., die dieses Zentralorgan in der ersten Zeit zweifellos bilden werden, wenigstens dieser Vorwand zur Begründung ihres Verrats an der Arbeitersache genommen sein. Dann würde die ganze Unzufriedenheit der Massen sich gegen

das verräterische Zentralorgan richten, dann hätten es die Führer auch viel schwieriger, ihren Verrat auf andere abzuschieben.

Die brennendste Frage, die die breiten Schichten des englischen Proletariats gegenwärtig beschäftigt, ist nicht die Nationalisierung und nicht die Frage der Arbeiterregierung (die letztere wird zweifellos auf dem Kongreß der Gewerkschaftsverbände und später aktuell werden), sondern der Kampf um den Arbeitslohn, der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und das Bestreben, alle Organisationen der Arbeiterklasse und ganz besonders den Kongreß der Gewerkschaftsverbände auf zentralistischer Basis zu reorganisieren. Ohne eine grundlegende Umgestaltung dieser Organisation sehen die Arbeiter keine Möglichkeit, auch nur den Kampf um den Arbeitslohn erfolgreich durchzuführen. Praktisch richtet sich dieses Bestreben auf die Notwendigkeit der Errichtung eines Generalstabs für Arbeit (General Staff of Labour).

Die Führer der Arbeiterbewegung Englands reagierten immer auf die Stimmung der Massen. Sie reagierten immer auf diese oder jene Stimmung unter den Arbeitern, auf diese oder jene Strömung unter ihnen; aber es ist ihnen immer gelungen, sie in das opportunistische Geleise einmünden zu lassen und zu verhindern, daß sie zu großen Formen des Klassenkampfes auswachsen. Als unter den Bergleuten, Eisenbahnern und Transportarbeitern, vor dem Kriege noch, sich eine starke Strömung zugunsten der Vereinigung zu gemeinsamer Aktion bemerkbar machte, entsprachen die Führer diesen Bestrebungen und schufen den Drei-Verband. Aber sie schufen ihn in einer solchen Weise, gaben ihm eine solche Form, arbeiteten solche Statuten aus, daß er, ungeachtet seines großen Namens, faktisch nichts leisten konnte und während seiner Existenz auch wirklich nichts geleistet hat. Der Kongreß der Gewerkschaftsverbände ist ebenfalls ein Ergebnis der Forderungen der Massen, ihrer Klassensolidarität einen realen Ausdruck zu verleihen. In Wirklichkeit aber hat dieser Kongreß der Arbeiterklasse keinen Nutzen gebracht; er versammelt sich nur einmal im Jahre, faßt die verschiedensten Beschlüsse, die ganz ergebnislos bleiben, um sich dann wieder bis zum nächsten Jahr zu vertagen.

Ebenso steht es auch jetzt. Die Führer kommen dem Wunsch der breiten Massen nach einem Generalstab entgegen. Aber wie immer, so auch jetzt, beschränken sie sich darauf, lediglich den Namen der veralteten unbrauchbaren Organisation zu ändern: statt des Parlamentarischen Komitees des Kongresses der Gewerkschaftsverbände wird es einen General-Rat des Kongresses der Gewerkschaftsverbände geben. Das Wesen der Sache bleibt das alte. Eine den ganzen Arbeitsorganismus erfassende Zentralisation wird nicht geschaffen werden. Die Führer werden alles aufbieten, um eine solche Organisation unmöglich zu machen.

Aber auf dem bevorstehenden Kongreß der Gewerkschaftsverbände wird die Frage der Zentralisation oder Dezentralisation der Arbeiterbewegung Englands eine Kardinalfrage bilden, um die sich der hartnäckigste Kampf entwickeln wird. Zwei Gegner werden sich auf diesem Kongreß gegenüber stehen: einerseits — die Führer, die großen und die kleinen, die am Kongreß ex officio oder als Delegierte teilnehmen werden, andererseits die Delegierten der Massen.

Die ersten werden den alten Dezentralismus, das alte Chaos unterstützen, obwohl sie für die alten Organisationen neue Namen finden werden, die letzteren werden für einen wirksamen, die ganze Front erfassenden, Zentralismus und für den Generalstab kämpfen.

Wenn die Kommunisten außerhalb des Feldzugs bleiben werden, der dem Kongreß der Gewerkschaftsverbände vorangeht und wahrscheinlich schon begonnen hat, wenn sie an der Arbeit und an dem Kampf auf dem Kongreß selbst nicht energisch teilnehmen und in einer derartig wichtigen Frage, wie die Zentralisation der Arbeiterbewegung, keine bestimmte Stellung einnehmen werden, — werden sie zumindest die historischen Chancen einbüßen, eine Massenpartei zu werden, denn alle Strömungen der Arbeiterklasse Englands stehen gegenwärtig auf dem Standpunkt des Zentralismus und können durch diesen erfaßt werden. Gegenwärtig ist diese Strömung ohne Führung, ohne Propaganda und Agitationsorgane, ohne praktische Hinweise auf die Art, in der der Kampf, sowohl vor dem Kongreß als auch später ge-

führt werden muß. Die einzigen, die diese Aufgabe übernehmen können und müssen, sind: 1. die Kommunistische Partei Englands bei weitgehendster Unterstützung der Kommunistischen Internationale und 2. die Organe der Gewerkschafts-Internationale.

Unsere Partei in England hat bisher die ganze Bedeutung dieser Arbeit noch nicht erfaßt, dieser Frage noch nicht die nötige Aufmerksamkeit gewidmet, sie überblickt noch nicht alle jene Möglichkeiten, die zwischen der Partei und den breiten Schichten einen engen Kontakt schaffen würden und sie auf den breiten Weg einer Massenpartei führen könnten.

Der Grund, weshalb die Kommunistische Partei Englands dieser Frage nicht die erforderliche Aufmerksamkeit gewidmet hat, besteht darin, daß einige englische Genossen sich nicht vorstellen können, daß die Kommunisten der Idee der Zentralisierung der Arbeiterbewegung zustimmen dürfen — einer Idee, die zweifellos zum Entstehen von zentralen, durchwegs aus Opportunisten und Verrätern bestehenden Organen führen würden — und Leuten wie Thomas und Henderson dazu verhelfen sollten, an der Spitze des Generalstabs für Arbeit zu stehen. Aber das beste Argument, das der Ansicht dieser Genossen entgegengestellt werden kann, haben die Genossen Lenin und Sinowjew wiederholt zugunsten der Bildung einer aus Mitgliedern der Arbeiter-Partei bestehenden Regierung angeführt, indem sie darauf hinwiesen, daß eine solche Regierung die opportunistischen und verräterischen Führer noch mehr diskreditieren, den Massen einen Ruck nach links geben und die allgemeine revolutionäre Bewegung fordern würde. In derselben Weise, in der die revolutionäre Bewegung Englands nicht umhin können wird, das Stadium einer aus Führern der Arbeiter-Partei bestehenden Regierung zu passieren, ehe sie zu einer wirklichen Revolution gelangt, wird auch der Zentralismus den gleichen Zweck erfüllen. Aus diesem Grunde, im Interesse der revolutionären Bewegung, besteht die grundlegende Aufgabe der Partei in der Unterstützung der Arbeitermassen in ihrer Tendenz zu einem die ganze Front umfassenden Zentralismus, in ihrer Forderung nach einem Generalstab und in der Leitung dieser ganzen Bewegung. Mag

die Führerschaft zeitweilig in den Händen der Opportunisten und Verräter bleiben, mögen die Arbeiter ihre Illusion behalten, indem sie die Lösung ihrer brennendsten Fragen, wie z. B. die Frage des Arbeitslohns, von einem Generalstabe erhoffen. Die breiten Schichten sind nun einmal noch von dieser Illusion erfüllt. Daher ist es notwendig, alles zu tun, um den Arbeitern zu helfen, diese Illusion zu überwinden. Wir wissen, daß ein Generalstab jene objektiven Bedingungen nicht beseitigen kann, die die Arbeitslosigkeit, das Sinken des Arbeitslohns usw. erzeugen, und daß dieser Generalstab früher oder später von denselben Arbeitermassen gestürzt werden wird, die ihn geschaffen haben. Aber es ist notwendig, daß die Massen begreifen,

daß ein Generalstab (aus Opportunisten und Verrätern) den Arbeitern nicht das geben wird, was sie von ihm erwarten, ihre Hoffnungen nicht erfüllen wird. Davon werden sich die Massen sehr bald überzeugen, sehr bald darauf, nachdem dieser Stab geschaffen sein wird. Einstweilen aber stehen für die breitesten Schichten die Fragen Zentralismus und Errichtung eines Generalstabs für Arbeit auf der Tagesordnung, und früher oder später wird diese Frage im positiven Sinne gelöst sein. Unsere Aufgabe besteht darin, diesen unvermeidlichen Prozeß zu beschleunigen und dieses unvermeidliche Entwicklungsstadium zu durchleben und hinter uns zu lassen.

M. Borodin.

Die Lage in Amerika.

Die gegenwärtige Lage in Amerika erscheint einerseits sehr klar und übersichtlich, andererseits sehr verwickelt. Einerseits macht sich eine schwere ökonomische Krisis und ein Zurückgehen des Außenhandels bemerkbar, andererseits scheint der amerikanische Kapitalismus in keiner Weise erschüttert zu sein. Im Lande gibt es 4—5 Millionen Arbeitslose, aber das führt zu keiner revolutionären Stimmung. Gegenwärtig ist ein hartnäckiger Kampf zwischen Kapital und Gewerkschaften im Gange, aber die angreifende Seite in diesem Kampf ist das Kapital, während die Verbände fortfahren, eine defensive Stellung einzunehmen. Im Lande herrscht eine schrankenlose nationalistische Reaktion und ein Regime der Repressalien, und dennoch denken die Massen an keinen aktiven Kampf und nehmen eine passive Haltung ein. Es herrscht eine schrankenlose Monopolwirtschaft, die gegenwärtig einen stärkeren Druck ausübt als jemals früher, aber die Kleinbourgeoisie läßt sich das ruhig gefallen und gibt sich imperialistischen Stimmungen hin. Ungeachtet der industriellen Krisis, oder vielleicht gerade infolge derselben, bereitet sich der amerikanische Kapitalismus zu einer großzügigen ökonomischen und finanziellen Offensive vor. Aber diese Offensive wird immer hinausgeschoben und befindet sich jetzt noch immer im Stadium des Projekts. Es machen sich Anzeichen des kommenden Zerfalls bemerkbar, eine Konzentration der revolutionären Kräfte geht vor sich, — aber sowohl

das eine wie das andere sind einstweilen nur potentielle Faktoren für die weitere Entwicklung der proletarischen Revolution.

Wie erklärt sich der komplizierte Charakter dieser auf den ersten Blick klaren und einfachen Sachlage? Unter den Verhältnissen, die gegenwärtig in Amerika herrschen, hängt der Beginn der Krise fast ausschließlich von der Entwicklung der internationalen Verhältnisse ab.

Amerika befindet sich im Zustand der „gespannten Beobachtung“. Amerika wartet auf die Entwicklungsergebnisse auf den Gebieten der Industrie, des Handels, der Finanzen und der revolutionären Bewegung. Der amerikanische Imperialismus hat eine Weltmachtstellung erlangt, aber diese Machtstellung erscheint keineswegs gesichert, denn die ganze Welt wird durch die Stöße des ökonomischen Zerfalls und der proletarischen Revolution erschüttert.

Hieraus ergibt sich die doppelsinnige Politik Amerikas: einerseits das Bestreben, die Weltrevolution zu ersticken, das zu Repressalien gegen die amerikanischen Kommunisten und zum hartnäckigen Boykott Sowjet-Rußlands führt; andererseits der Wunsch, einen wirksamen Frieden in den ökonomischen und finanziellen Verhältnissen herzustellen, aus dem sich die langsamen, aber sorgsam vorbereiteten für die Einmischung in die europäischen Angelegenheiten erklären, ungeachtet der Weigerung Amerikas, dem Völkerbund beizutreten.

1. Oekonomische Lage Amerikas vor und nach dem Kriege.

Die amerikanische Industrie war vor dem Kriege berühmt durch ihre hohe Produktivität Dank der weitestgehenden Anwendung von Maschinen, dem konsequent durchgeführten Normierungssystem der Produktion, der Intensität und der Gliederung der Arbeit konnte die amerikanische Industrie viel und billig erzeugen. Ungeachtet dessen, daß die Arbeit in Amerika besser bezahlt wurde als in Deutschland und England, hatte Amerika die Möglichkeit, mit diesen Ländern erfolgreich zu konkurrieren. Die Vereinigten Staaten waren der größte Weltproduzent an Eisen, Eisenerzeugnissen und -Fabrikaten, und gleichzeitig exportierten sie ungeheure Mengen landwirtschaftlicher Produkte und Rohstoffe. Indessen hatten die Vereinigten Staaten keineswegs die Hegemonie inne, weder im Handel noch in der Industrie. Erst der Krieg hat die Hegemonie Amerikas auf dem ökonomischen Gebiet endgültig festgelegt.

Im Laufe der ersten zwei Kriegsjahre (bis zur Teilnahme Amerikas am Kriege) war die Nachfrage der Entente nach Erzeugnissen der amerikanischen Industrie und Landwirtschaft ungeheuer groß. Infolgedessen nahm die Produktion Amerikas einen Umfang an, wie ihn die ökonomische Weltgeschichte bis dahin nicht kannte. Die Nachfrage nach militärischen Ausrüstungsgegenständen seitens der Entente gab der amerikanischen Stahl- und Eisenindustrie einen mächtigen Anstoß; dank der Nachfrage nach Fertigfabrikaten stieg die Anzahl der Fabriken, und der Bedarf an Lebensmitteln schuf das „goldene Zeitalter“ in der Geschichte der amerikanischen Landwirtschaft. Ähnlich dem mythischen König Midas, durch dessen Berührung alles in Gold verwandelt wurde, verwandelte Amerika die Todeszuckungen und den Untergang Europas in märchenhafte Schätze.

Diese ungewöhnliche Entwicklung der Industrie (und folglich auch des Exportkapitals) verwandelte die potentielle Weltmachtstellung Amerikas zu einer realen Größe. Da der Krieg um die Weltherrschaft ging, konnte Amerika nicht neutral bleiben: es war gezwungen, an ihm teilzunehmen.

Aber trotzdem Amerika eine Armee von 4 Millionen Mann aufgestellt hat, hatte seine Teilnahme an dem Kriege dennoch einen vorwiegend industriellen Charakter. Unter dem Druck der Regierung wurde die ganze Industrie des Landes zu Kriegszwecken mobilisiert. Aber der Prozeß dieser Mobilmachung verlief nichtsdestoweniger vom Gesichtspunkt der Bedürfnisse der Nachkriegszeit: jede für den Krieg erforderliche neue Unternehmung, jede Erweiterung eines alten Betriebes wurde derart vorgenommen, daß er ganz leicht und schnell auf den Friedensbetrieb umgestellt werden konnte. So z. B. fehlte

es der Entente sehr an Transportmitteln. Im Hinblick darauf baute die amerikanische Regierung eine ungeheure Anzahl von Werften und Handelsschiffen, was zur Folge hatte, daß die Vereinigten Staaten gegenwärtig über eine größere Schiffbauindustrie verfügen als England und die Handelshegemonie des letzteren bedrohen.

Vor dem Kriege hat Amerika sehr wenig Kapital exportiert. Es hat sogar Kapital aufgenommen, und seine Schulden erreichten annähernd die Summe von 3 Milliarden Dollar. Schon die ersten zwei Kriegsjahre genügten, um diese Lage von Grund auf zu ändern. Gegenwärtig sind die Vereinigten Staaten der Gläubiger der ganzen Welt, und die anderen Länder schulden Amerika etwa 20 Milliarden Dollar.

Der Krieg, der nahezu den ganzen Industriemenschapparat Europas vernichtet hat (mit Ausnahme von England, dessen Industrie nur etwas erschüttert worden ist), hat den industriellen Apparat der Vereinigten Staaten ungeheuer gefestigt, entwickelt und vervollkommenet. Die Kapitalreserven Europas waren erschöpft, während das Kapital Amerikas sich ungeheuer vergrößert hat. Es ist ein Umschwung in den ökonomischen Verhältnissen eingetreten, wie ihn die Geschichte bisher nicht gekannt hat.

Zur Zeit des Waffenstillstandes (November 1918) war Amerika der größte Produzent der Welt und der Besitzer des größten Kapitals. Die Möglichkeit einer schrankenlosen Entwicklung und der finanziellen und ökonomischen Herrschaft lag Amerika offen.

Der große Zweikampf zwischen England und Deutschland um die Welthegegonie fiel zugunsten der Vereinigten Staaten aus.

Amerika wurde die Hauptmacht der Welt. Diese Tatsache konnte man schon an den von Wilson ausgearbeiteten Grundlagen des Völkerbunds erkennen. Aber die Völkerbundsidee begegnete einem hartnäckigen Widerstand von seiten zweier Richtungen in Amerika, die in ihrer Gesamtheit die Mehrzahl der Bevölkerung ausmachen. Die eine war deshalb gegen den Völkerbund, weil sie in ihm die Festigung der englischen Herrschaftstellung erblickte und von der Ansicht ausging, daß Amerika nicht zum Schaden seiner Vormachtstellung handeln dürfe, daß es sich nicht von irgend einer Kraft abhängig machen dürfe, die der weiteren Entwicklung der amerikanischen Weltherrschaft hinderlich sein könnte, insbesondere aber deshalb, weil Amerika seine Unabhängigkeit für den Kampf gegen England, der unvermeidlich sei, bewahren müsse. Der andere Teil der Bevölkerung fand, daß die Weltherrschaft Amerikas sich lediglich auf die rein sachliche Sphäre beschränken müsse, auf die Gebiete des Handels und der Industrie.

Während Wilson, unter dem Einfluß Clemenceaus in den Bannkreis der reaktionären Politik der französischen Regierung geratend, für die Völkerbunds-idee kämpfte und eine unbedeutende Gruppe der amerikanischen Republikaner eine offene imperialistische Weltpolitik anstrebte, folgte die Mehrheit der Amerikaner verführerischen Perspektiven etwa folgender Art: der Krieg ist gewonnen, und wir haben einen ungeheuren Gewinn daraus gezogen; Europa ist uns ungeheuer verschuldet und es wird uns bezahlen müssen; wie es seine Schulden bezahlen wird, das ist seine Sache; wir werden fortfahren zu produzieren und unsere Waren zu verkaufen, während Europa sich damit beschäftigen wird, die Mittel aufzubringen, seine Schulden zu bezahlen. Diese Ideologie fand eine immer größere Verbreitung, und nach der Ablehnung des Wilsonschen Völkerbundsprojekts seitens des amerikanischen Senats wurde sie zur herrschenden. Vom Gefühl einer grenzenlosen Selbstzufriedenheit erfaßt, gleichgültig gegenüber der tragischen Lage der zerfallenden Welt, schloß sich das Land diesem Gedankengang an. Und mit der Großmut eines vor Wohlbehagen grunzenden Schweines warfen die Amerikaner herablassend abgenagte Knochen dem untergehenden Europa zu, ohne jedoch ihren geschäftlichen Standpunkt aufzugeben und Sowjet-Rußland immer umgehend.

Aber die Amerikaner haben in der Einschätzung der wichtigsten Faktoren der Weltlage einen groben Fehler begangen. Sie erwarteten einen schnellen Wiederaufbau Europas und eine so große Nachfrage nach Waren, daß nur Amerika sie hätte befriedigen können.

Es ist wahr, das Jahr 1919 hat diese Hoffnung bestätigt. Der amerikanische Außenhandel erreichte die aktive Bilanz von 4 Milliarden Dollar; in seiner Warennot verriet das stöhnende Europa seine eigene Zukunft, um seine augenblicklichen Bedürfnisse zu decken. Aber bereits im Jahre 1920 zeigten sich die Symptome des Rückgangs im Handel. Der Außenhandel sank bis auf 3 Milliarden Dollar (der Export steigerte sich im Vergleich zu 1919 auf 300 Mill. Dollar, während der Import auf 1 375 000 000 stieg. Aber diese Zahlen sind trügerisch, denn in Wirklichkeit fand eine Verringerung des Warenumsatzes statt; die anwachsenden Zahlen erklären sich aus den abnorm gesteigerten Preisen. Geht man von den Preisen des Jahres 1919 aus, so ergibt sich, daß der amerikanische Außenhandel von 1920 um 700 Millionen Dollar gesunken ist.) Was aber den Export nach Europa betrifft, so ist seine Verminderung eine noch viel bedeutendere: nach den Preisen von 1920 ist er um 700 Millionen Dollar geringer geworden, im Vergleich zu den Preisen von 1919 ergibt sich natürlich ein noch viel größerer Rückgang.

Außerdem wird dieser Handelsumsatz von Krediten unterstützt, die Amerika den europäischen Ländern eröffnet hat, Kredite, deren Gesamtsumme seit dem Waffenstillstand 4 Milliarden Dollar erreicht.

Bereits im Jahre 1919 zeigten sich die ersten Anzeichen der beginnenden ökonomischen Krise. Die Industrie Amerikas besaß derartige Produktivkräfte, daß die Produktion eingeschränkt werden mußte, da der Außenhandel sie nicht aufnahm. Die ungewöhnliche Entwicklung der Finanz- und Kreditoperationen, verbunden mit dem Sinken aller Engrospreise um 25 Prozent, führte zu der Finanzkrise. Es roch nach Liquidation, die Panik setzte ein.

Aber die finanzielle Panik wurde gestoppt durch die Anwendung des „Systems der föderativen Reserve“, d. h. durch die Vereinigung aller Banken, (einem durch die Administration Wilsons durchgeführten Banksystem, das den alten Traum einer amerikanischen monopolen „Zentral-Bank“ verwirklicht). So war die Lage im Jahre 1920: Faktischer Rückgang des Außenhandels und Anzeichen einer Finanzpanik. Einschränkung der Produktion, Sinken der Eisenbahngewinne, Rückgang des Seetransports und Arbeitslosigkeit.

Trotz dieser bedrohlichen Anzeichen verfolgten die amerikanischen Handelskreise ihre Politik der Isolierung weiter und gaben ihre Parole nicht auf: „keine Einmischung in europäische Fragen, Arbeit und Geschäft“.

Aber es war nicht so einfach, „Arbeit und Geschäft“ zu machen. Die amerikanische Industrie hatte eine ungeheure Produktivkraft. Europa war nicht imstande, zu kaufen. Da Europa nicht zahlen konnte, wurden die amerikanischen Firmen mit der Kreditgewährung vorsichtig. Europa leistete die Zahlungen in Gold, dadurch verringerte sich seine Kreditfähigkeit, denn die Goldvorräte wurden immer geringer. In Amerika aber wuchsen die Goldvorräte zu einem solchen Umfang an, daß die amerikanischen Geschäftemacher sich fragen mußten: „Was sollen wir jetzt mit unserem Gold anfangen?“ Die Lage nahm einen nahezu katastrophalen Charakter an: die industriellen Unternehmungen begannen die Arbeit einzustellen; die Hälfte der amerikanischen Handelsflotte stand nutzlos da; die Arbeitslosigkeit wuchs in erschreckendem Maße. Im Verlaufe von 6 Monaten, bis zum Mai 1921, sank der amerikanische Außenhandel um 50 Prozent, fast ausschließlich auf Kosten des Handels mit Europa.

2. Charakter und Ziele des amerikanischen Imperialismus.

Unter solchen Umständen trat der neugewählte Präsident Harding sein Amt an. Während des Wahlkampfes nahm man allgemein an, daß die

republikanische Partei — die historische Partei der amerikanischen Expansion und des amerikanischen Imperialismus — eine neue Aera einer „liberalen“ Außenpolitik aufnehmen werde. Aber derselbe Einfluß der ökonomischen und politischen Faktoren, der Wilson zu einem Imperialisten machte (wenn nicht in Worten, so doch in Taten), zwingt Harding zu einer Politik, die der Weltmachtstellung Amerikas entspricht. Der Imperialismus und die Weltkrise, alle Faktoren, die in den Vereinigten Staaten in Verbindung mit ihrer Weltmachtstellung wirksam sind, zwingen die Regierung Hardings (in allem, außer der Völkerbundfrage) zur Fortführung der Politik des Präsidenten Wilson, lediglich mit dem Unterschiede, daß Wilson den hohen Stil der Geschichte vorzog, während Präsident Harding sich mit dem Jargon eines amerikanischen Geschäftemachers begnügt . . .

Leute, die sich einbilden, daß Worte und Wahlparolen die Politik einer Nation (zumal der amerikanischen) wesentlich bestimmen, setzten auf den Präsidenten Harding große Hoffnung. Diesen Hoffnungen folgte eine grausame Enttäuschung. Viele dachten, daß Harding die Politik der „Isolierung“ verfolgen werde. Aber am 24. Mai erklärte der Präsident in der Versammlung der Industriellen und Bankiers folgendes: „Die Vereinigten Staaten konnten die Politik einer völligen politischen Isolierung niemals beibehalten und werden es auch in Zukunft nicht tun können. Der Krieg hat uns zum Gläubiger der ganzen Welt gemacht. . .“ Man nahm an, daß Harding sofort in Handelsbeziehungen mit Rußland treten werde, aber die Note des Ministers Hughes an die Sowjet-Regierung zeigte deutlich, daß Harding ein ebensolcher Gegner der Beziehungen mit Sowjet-Rußland ist, wie es Wilson war. Man meinte, daß Harding in dieser oder jener Form Deutschland helfen würde (übrigens hat niemand etwas darüber verlauten lassen, worin diese Hilfe bestehen könnte), in Wirklichkeit aber geschah das Entgegengesetzte, wenn man nach den Summen urteilen kann, die die Entente zur Deckung ihrer Schulden in Amerika von Deutschland erpreßt. Man nahm an, daß Harding sich vom Versailler Vertrag lossagen werde. Da aber dieser Vertrag vor allen Dingen die kapitalistische Herrschaft in Europa festlegt und gegen die proletarische Revolution gerichtet ist, so wird er (mit Ausnahme des Punktes über den Völkerbund) in dieser oder jener Form von der Regierung Hardings zweifellos ratifiziert werden, — allenfalls mit Einschränkungen und Vorbehalten, die den besonderen Interessen Amerikas entsprechen. Man nahm an, daß Harding Europa „boykottieren“ würde. Indessen mischt sich die amerikanische Regierung andauernd und hartnäckig in die Angelegenheiten Europas ein, und wenn Europa nicht nach Amerika wird gehen können oder wollen, um zu kaufen und zu zahlen, so

wird Amerika, nach dem Beispiel Mohammeds, selbst zu diesem Berge kommen.

Eine gewisse Unbeständigkeit der amerikanischen Außenpolitik und ihre Schwankungen kommen daher, daß der Krieg so schnell, so plötzlich die ökonomische und finanzielle Hegemonie Amerikas geschaffen hat, daß die Amerikaner noch nicht dazu gekommen sind, bestimmte individuelle Formen ihrer Weltpolitik auszuarbeiten: wie ehemals fahren sie fort, von Gesichtspunkten ihrer überseeischen Lage und rein geschäftlichen Erwägungen auszugehen.

Vor dem Kriege hat der amerikanische Imperialismus vorwiegend nationale Ziele verfolgt. Auf dem Gebiete der internationalen Politik ging er nicht aus dem Rahmen der Monroedoktrin heraus: „Amerika — für die amerikanischen Kapitalisten“. Der amerikanische Imperialismus hat nach dem Bürgerkriege (1861—65) bestimmte Gestalt angenommen, gleichzeitig mit der Errichtung der den ganzen Kontinent umspannenden Eisenbahnen, die den amerikanischen Westen der Bewirtschaftung zugänglich machten. Im Laufe von 20 Jahren spielte dieser Westen für den amerikanischen Imperialismus die Rolle eines zurückgebliebenen kolonialen Gebietes, und die dahin auswandernden Ansiedler wurden den übrigen kolonialen Völkern gleichgestellt. In den Vereinigten Staaten überwogen die rein nationalen Formen des Imperialismus: Monopol, Herrschaft des Finanzkapitals, Staatskapitalismus, intensive Ausbeutung der Arbeiter, die internationalen Formen des Imperialismus entwickelten sich langsamer. Sogar der imperialistische Krieg mit Spanien (1898), die Annektion der Philippinischen Inseln und die Durchstoßung des Panamakanals führten den amerikanischen Imperialismus zu keiner bestimmt betonten internationalen Politik. Es mag merkwürdig scheinen, aber selbst der letzte Krieg hat eine solche Politik nicht geschaffen, — mit Ausnahme als Politik einer kleinen Gruppe.

Aber der politische Gedanke kann hinter den ökonomischen Faktoren nicht allzu lange zurückbleiben. Amerika hat eine Weltmachtstellung erlangt, die eine bestimmte Weiterentwicklung zur Notwendigkeit macht. Langsam aber sicher arbeitet Amerika seine bestimmte politische Linie aus, die getragen wird von aggressiven und imperialistischen Tendenzen. Der amerikanische Imperialismus hat sich zu einem Kolos verwandelt, dessen Füße in Südamerika eine feste Stütze gewonnen haben, dessen eine Hand nach China und Asien strebt, während die andere Europa zu erfassen droht.

Das lateinische Amerika (Mexiko, Zentral- und Südamerika) kann als die koloniale Basis des amerikanischen Imperialismus angesehen werden. Die Vereinigten Staaten haben das Protektorat über Kuba, das militärische Protektorat über alle um das Karibische Meer gelegenen Republiken und sind

jeden Augenblick imstande, Mexiko zu erobern. Südamerika aber liegt ganz in der Hand des amerikanischen Kapitals.

Vor dem Kriege waren England und Deutschland in Süd-Amerika ungeachtet der Monroedoktrin mehr interessiert als die Vereinigten Staaten. Aber jetzt hat sich alles verändert: Deutschland unterliegt der Zwangsschraube, der Einfluß Englands ist erschüttert, und die Hegemonie gehört den Vereinigten Staaten. Die ökonomische Vorherrschaft Amerikas bleibt unbestritten. Im Jahre 1910 belief sich der Handel der Vereinigten Staaten mit dem lateinischen Amerika auf 689 Millionen Dollar, im Jahre 1912 auf 818 Mill., 1915 auf 1000 Mill., im Jahre 1920 aber erreicht er die Summe von 3 378 185 567 Dollar (um 1 940 144 950 Dollar mehr als im Jahre 1919). In den ersten fünf Monaten des Jahres 1921 macht sich allerdings ein unbedeutender Rückgang bemerkbar.

Aber die Vorherrschaft der Vereinigten Staaten im lateinischen Amerika läßt sich nicht nur an dieser Handelsstatistik ermessen. Eine viel größere Bedeutung hat die Ausfuhr von Kapital und Maschinen, die für die Entwicklung der wenig kultivierten Ländereien des lateinischen Amerikas bestimmt sind. Die Vereinigten Staaten repräsentieren ein ungeheures Reservoir freien Kapitals und eine mächtige Maschinenfabrik: alles das drängt nach außen und ist für den Export bestimmt. Auch ein anderer wichtiger Faktor muß in Betracht gezogen werden — das Naphtha. Die Vereinigten Staaten haben das Monopol über alle Naphthaquellen, außer denen in Mexiko. Die Beherrschung der Naphthaquellen bildet aber gegenwärtig den notwendigsten Faktor der Welthegemonie. Daher versuchen die Vereinigten Staaten, auch die Naphthaquellen Mexikos (wie auch die der anderen Länder des lateinischen Amerikas) in ihre Gewalt zu bekommen. Außerdem führen die Vereinigten Staaten gegenwärtig eine ungeheure Menge von Rohstoffen ein, die das lateinische Amerika in Hülle und Fülle besitzt.

Der Gang der Ereignisse läßt sich gegenwärtig dahin zusammenfassen, daß das lateinische Amerika in einen Bestandteil des industriellen und finanziellen Systems der U. S. A. verwandelt wird.

Dieser amerikanische „Zug nach dem Süden“ spielt in der gegenwärtigen Geschichte Amerikas die gleiche Rolle, die zum Ende des XIX. Jahrhunderts „der Zug nach dem Westen“ gespielt hat.

Die Monroedoktrin ist jetzt in eine politische Parole verwandelt worden, die diesem „Zug nach dem Süden“ dienstbar gemacht wird. Man wendet sie dort an, wo es sich darum handelt, die Rechte der ausländischen Mächte (mit Ausnahme der U. S. A.) auf Naphthaquellen und andere Konzessionen in den Republiken des lateinischen Amerikas unter dem Vorwande zu bestreiten, daß diese Kon-

zessionen die politische Unabhängigkeit dieser Staaten bedrohen.

Präsident Harding führt eine systematische Politik der Festigung und Verbreiterung der ökonomischen Herrschaft der Vereinigten Staaten im lateinischen Amerika durch. Das von ihm entwickelte Programm sieht eine industrielle, finanzielle und, falls es notwendig sein sollte, militärische Kontrolle über das lateinische Amerika vor. Letzteres wird auf diese Weise zu einer festen Grundlage des nordamerikanischen Imperialismus in seinem Kampfe um die Erhaltung und Vergrößerung seiner Weltherrschaft gemacht, so wie seinerzeit die Hegemonie über Zentral-Europa bis zur Türkei die Grundlage für den Aufbau der deutschen Weltherrschaft bilden sollte.

Die traditionelle amerikanische Politik in China war die Politik der „offenen Tür“, eine Politik, die allen Nationen die gleichen ökonomischen Rechte sichern sollte. Diese Politik wurde von Wilson im Jahre 1915 zum Teil aufgegeben, als er, gemäß dem Vertrage Lansing-Ischii, anerkannte, daß Japan infolge der angrenzenden Territorien besondere Rechte zu beanspruchen habe. Dieser Akt hat Wilson den Haß aller Imperialisten eingebracht.

Amerika hat gegenwärtig keine besonderen Interessen in China. Der Handel und die Nachfrage nach Kapital sind dort unbedeutend, aber sie wachsen stetig an, und die potentielle Bedeutung Chinas ist ungeheuer. Das ökonomische Erwachen Chinas ist unvermeidlich; dieses Land wird in Zukunft zweifellos ungeheure Mengen von Kapital und Eisenerzeugnissen verschlingen. Daher führen die Vereinigten Staaten gegenwärtig einen angestrebten Kampf, um eine Hegemonie Japans in China zu verhindern, das ist in Wirklichkeit die amerikanische Politik in China, ungeachtet des Vertrages Lansing-Ischii und des Einverständnisses Wilsons mit der Abtretung von Schantung an Japan. Das Verhältnis zwischen Amerika und Japan wird immer gespannter. In beiden Ländern gibt es starke Parteien, die offen für den Krieg agitieren.

Die Hegemonie in China ist für den japanischen Imperialismus durchaus notwendig; das imperialistische Japan sieht sich gezwungen, sich entweder auszubreiten oder unterzugehen. Aber in einem rein industriellen und finanziellen Kampfe mit Amerika, dessen wirtschaftliche Ressourcen die Japans bedeutend übertreffen, ist Japan von vornherein der Niederlage geweiht. Die Vereinigten Staaten bereiten eine ökonomische Offensive in China vor. Als Antwort darauf rüstet sich Japan in fieberhafter Eile und festigt seinen politischen Einfluß in China.

Dieser Kampf um China kann nicht in friedlicher Weise ausgetragen werden. Das gegenwärtig für Japan unbedingt notwendige China wird sehr bald

— wenn alle anderen Märkte gesättigt sein werden
— für den Absatz des amerikanischen Kapitals und der Fertigfabrikate ebenso unentbehrlich sein.

Der Kampf um China zwischen Amerika und Japan gestaltet sich unvermeidlich zum Kampf um die Herrschaft auf dem Stillen Ozean. Aber wenn dieser Kampf sich in einen Krieg verwandeln wird, so wird es ein Kampf um die Weltherrschaft sein, an dem sich England notgedrungen, infolge der Rivalität zwischen England und Amerika, auf die wir später zu sprechen kommen werden, wird beteiligen müssen.

Die Möglichkeit eines Krieges zwischen Japan und Amerika kann im gegenwärtigen Augenblick die Politik der Kommunistischen Internationale nicht unmittelbar beeinflussen. Aber wenn die proletarische Revolution sich schneller entwickeln wird, so wird dieser Krieg unvermeidlich werden und für die Internationale die größte Bedeutung haben.

Das Verhältnis Amerikas zu Europa wird vor allen Dingen durch die Verschuldung des letzteren bestimmt. Wie hoch sind diese Schulden? Sie erreichen 18 Milliarden Dollar und setzen sich folgendermaßen zusammen: die Anleihen, die England, Frankreich, Italien und Belgien tragen, mit Einschluß der nicht zur Auszahlung gelangten Zinsen 11 Milliarden Dollar; sonstige Anleihen und Handelskredite 3 Milliarden Dollar; die nach dem Waffenstillstand gewährten Kredite 4 Milliarden Dollar.

Die Stabilität der finanziellen Lage Amerikas hängt von der Rückzahlung der Schulden und Kredite ab. Die Zahlung kann nur in Waren erfolgen, durch Handelsunternehmungen und Investierung von Kapitalien. In Gold kann die Rückzahlung nicht erfolgen: Der Goldvorrat Europas genügt nicht. Uebrigens besitzt Amerika fast die Hälfte des gesamten Goldvorrats der Welt und leidet daher unter einer starken Stagnation. „Es wäre besser,“ erklärte neulich Präsident Harding, „wenn dieses Gold in den Schatzkammern des Auslandes geblieben wäre und die für den internationalen Handel dringend erforderliche Festigkeit der Kurse und des Wechselmarktes garantieren würde.“ Das Problem besteht in der Wiederherstellung der Industrie und des Handels in Europa, die gegenwärtig ganz brach liegen. Amerika verfügt über einen mächtigen Apparat zur Erzeugung von Werten und über eine mächtige Flotte zu deren Transport. Aber alles das bleibt nutzlos liegen, denn der Verbraucher ist außerstande zu kaufen. Es taucht die Frage der Finanzierung der Verbraucher auf.

Europa muß in Waren zahlen. Aber die amerikanischen Handelskreise und der Kongreß stehen noch immer unter dem Einfluß der alten produktivistischen Ideen, die hohe Zolltarife bedingen.

Dieses Problem wird heftig debattiert, die unsinnigen Gegensätze des Imperialismus treten zutage.

Andererseits beginnen die amerikanischen Handelskreise zu verstehen, daß die Wiederherstellung normaler Handelsbeziehungen nur dann möglich sein wird, wenn man Europa noch weitere Kredite zur Verfügung stellt. Es haben sich Gesellschaften zur Finanzierung des Außenhandels gebildet. Der amerikanische Rat für den Außenhandel faßte am 7. Mai folgenden Beschluß:

„Die Wiederherstellung normaler Verhältnisse hängt wesentlich von der Entwicklung des Außenhandels ab. Die Vereinigten Staaten müssen in Zukunft ihre Ein- und Ausfuhr vergrößern, soweit dies zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit notwendig ist und den Schuldnern der Vereinigten Staaten die Möglichkeit gibt, ihre Verpflichtungen zu liquidieren. Ob wir einen Ausweg aus der gegenwärtigen Lage finden, wird von unserer Fähigkeit abhängen, langfristige Kredite zu gewähren, die Europa so dringend braucht.“

Solange keine Kredite gewährt werden, wird der Stillstand in Europa und bei uns weiter andauern.“

Die Regierung Hardings hat bereits aus eigener Initiative ein Programm ausgearbeitet, nach dem Europa weitgehende Kredite erhalten soll. Aber die Projekte gedeihen sehr langsam, denn Amerika ist bestrebt, dieses Anwachsen der Kredite auszunützen, um in Europa eine industrielle und finanzielle Hegemonie Amerikas zu errichten.

Amerika ist schon so weit, daß es eine finanzielle Kontrolle über Europa ausübt. Mit der Gewährung neuer Kredite wird diese Kontrolle einen ungeahnten Umfang annehmen, um so mehr, als schon bedeutende amerikanische Kapitalien durch Ankauf von industriellen Unternehmungen in der europäischen Industrie investiert sind. Im Hinblick auf die Vergrößerung der Kredite verlangt Amerika Garantien, die in der Hauptsache einen hypothekarischen Charakter tragen werden. Damit hätten die Amerikaner den Schlüssel zu der europäischen Industrie und zu den Bodenschätzen Europas (wie dies bereits in Oesterreich der Fall ist). Und wenn Europa wirtschaftlich wiederhergestellt sein und seine Schulden an Amerika bezahlt haben wird, so werden diese Summen zum Teil ein freies Kapital bilden, dessen größter Teil wiederum in der europäischen Industrie investiert werden wird, was die Herrschaft Amerikas in Europa noch mehr festigen wird. Schon vor der neuen Politik Hardings hat dieser Prozeß eine solche Bedeutung gewonnen, daß ein Publizist des „The Fortnightly Review“ (London) sich folgendermaßen ausdrückte: „Die Möglichkeit ist nicht ausgeschlossen, daß Europa infolge des Verkaufs europäischer Unternehmungen an Amerikaner ein von Amerika abhängiges Land werden

wird, wenn nicht gar eine Kolonie der Vereinigten Staaten."

Wenn diese Tendenz sich unbehindert entwickeln und ihren logischen Abschluß finden wird (wir lassen solche Faktoren wie England und Sowjet-Rußland einstweilen unberücksichtigt), so wird sich Europa in einen Vasall des amerikanischen Imperialismus verwandeln, zu einem Knecht Amerikas werden. In finanzieller und industrieller Hinsicht wird Europa eine Kolonie sein, in der die Unternehmer das Joch des amerikanischen Kapitals zu tragen hätten, die Arbeiter aber ein doppeltes Joch — das des europäischen und des amerikanischen Kapitals.

Daß Europa in dem Kampf um die Welthege- monie dem Untergang geweiht ist, das spricht der französische Gelehrte A. Demargeon in seinem Buche „Der Fall Europas“ mit Bestimmtheit aus. Er sagt: „Niemand kann die Tatsache bestreiten, daß das bis zum Ende des 19. Jahrhunderts herrschende Europa die Hegemonie an andere Erd- teile abtreten mußte. Wir erleben eine Ver- legung des Schwerpunktes der Welt. Eine erstaunliche Veränderung der Verhältnisse führt dazu, daß Europa, die Metropole unzähliger Kolonien, selbst ein Feld der amerikanischen Kolo- nisation geworden ist. Kein einziges europäisches Land, von den zurückgebliebensten bis zu dem fortgeschrittensten und mächtigsten, kann sich dem Einfluß dieses Prozesses entziehen.“

Vor zwei Jahren hatte es den Anschein, als wäre Europa verurteilt, eine Kolonie Englands zu werden. Aber jetzt droht, nach Meinung des erwähnten Publizisten, England selbst die Gefahr, unter das Protektorat Amerikas zu geraten . . . Gegenwärtig ist Amerika der größte Lieferant von Kapital. An Stelle Londons wird New-York der Bankier der Welt. Auch der Export Amerikas übersteigt den aller anderen Länder. Es führt immer mehr Fertigfabrikate aus, und gerade auf diesem Gebiet beruhte die frühere Herrschaft Englands (in den Jahren 1880—90 betrug die amerikanische Aus- fuhr von Fertigfabrikaten 15 Prozent; in den Jahren vor dem Kriege erreichte sie durchschnittlich 30 Prozent; während und nach dem Kriege 50 Pro- zent). Ueberdies bedroht die große amerikanische, während des Krieges gebaute Handelsflotte die Vorherrschaft Englands zur See (dies wird auch durch den Umstand begünstigt, daß der Panama- kanal im Handel mit dem Osten erfolgreich mit dem Suezkanal konkurriert). Aber am meisten bedroht England jene Tatsache, daß die amerikanische Pro- duktion stetig wächst, während die englische sinkt (die Leistung des amerikanischen Arbeiters ist dreimal größer als die des englischen). Amerika ist nahe daran, die frühere Stellung Englands ein- zunehmen, Händler und Produzent der ganzen Welt

zu werden und den gesamten Seetransport und den Weltkredit zu beherrschen.

Der Kampf zwischen England und Amerika spielt sich in allen Weltgegenden ab, aber einen beson- ders scharfen Charakter nimmt er in Europa an. Hier taucht die Frage auf: wird Europa zu einer Kolonie Englands oder Amerikas werden? Wäh- rend Frankreich sich einbildet, Europa vor der drohenden Gefahr durch militärische und politische Verträge mit den neugebildeten Kleinstaaten zu schützen (Polen usw.), geraten diese letzteren und Frankreich selbst in ein Abhängigkeitsverhältnis zu England und Amerika. Nachdem der Krieg alle Kräfte erschöpft und die Rolle eines entschei- denden Faktors eingebüßt und mit ihm auch die fran- zösische Politik Bankrott erlitten hat, sieht sich Frankreich und mit ihm das ganze kapitalistische kontinentale Europa gezwungen, eine Kolonie Eng- lands oder Amerikas zu werden. Mit einem merk- würdigen Instinkt begabt, vermag Lloyd George die Lage der Dinge richtig zu beurteilen. Seine letzten Erklärungen (z. B. seine Rede über die Lage in Oberschlesien) gründen sich auf seine Ansicht, daß das europäische Problem ein wirtschaftliches und finanzielles sei, während Frankreich und Polen der Auffassung sind, man könne die Lösung dieses Pro- blems in politischen und militärischen Aktionen finden. Lloyd Georges Wille ist, daß diese zu steten militärischen und politischen Unruhen führende Auffassung liquidiert wird, damit England sich end- lich mit Ruhe der Produktion widmen und den großen Kampf um die Herrschaft in Europa und der ganzen Welt aufnehmen kann.

Dieser Kampf wird für das Schicksal Englands entscheidend sein. Eine Niederlage würde Rückent- wicklung bedeuten. Aber eine mächtige Nation kann ihre imperialistische Herrschaftsstellung nicht auf- geben, ohne zu den Waffen zu greifen. Die Lösung der Frage durch die Gewalt der Waffen würde einen neuen Weltkrieg heraufbeschwören, dessen Hauptteilnehmer England, Amerika und Japan wären.

Unter diesen Umständen kann Europa im Rah- men der kapitalistischen Gesellschaftsordnung seine Unabhängigkeit nicht bewahren.

Aber vom historischen Standpunkt aus be- trachtet, gibt es im Grunde genommen nur zwei große Weltenergien: Amerika mit seinen zahl- reichen Widersprüchen des imperialistischen Sys- tems und Sowjet-Rußland, das alle eine prole- tarische Revolution fördernden Faktoren ver- körpert.

Amerika, als die imperialistische Weltkraft, ist bestrebt, die ganze Welt seiner Herrschaft unterzu- ordnen. Im Laufe von sieben Jahren ist der ameri- kanische und nationale Reichtum um 50 Milliarden Dollar vergrößert worden. Amerika verfügt über

ungeheure Naturschätze und ist dennoch bestrebt, seine Macht weiter auszudehnen; es ist eine ungeheure ökonomische Kraft geworden, die die Welt wirtschaftlich zweifellos beherrscht.

Sowjet-Rußland strebt danach, die Welt auf dem Wege der proletarischen Revolution zu befreien. Das verwundete, hungernde, erschöpfte, von der gesamten kapitalistischen Welt verfolgte Sowjet-Rußland hat, dank seiner revolutionären Politik, die Gefahr vermieden, eine Kolonie Englands oder Amerikas zu werden. Das revolutionäre Rußland kann Kompromisse oder Zugeständnisse machen, aber es wird dennoch nicht aufhören, die Welt zu der proletarischen Revolution aufzurufen.

Sowjet-Rußland hat es verstanden, der Kolonisation zu entgehen. Seine revolutionäre Offensive

dauert an, — das ist eine Tatsache von welt-historischer Bedeutung.

Die Weltrevolution hat sich in einen großen Zweikampf zwischen dem bürgerlichen Amerika und dem proletarischen Sowjet-Rußland verwandelt. Amerika repräsentiert alle imperialistischen, den Wiederaufbau des Kapitalismus erstrebenden Energien; Rußland konzentriert alle Kräfte des revolutionären Kommunismus, die den Kapitalismus zu vernichten suchen. Amerika verfügt allenthalben über alle erdenklichen kapitalistischen Kräfte und ordnet die noch freien Möglichkeiten seiner Herrschaft unter; Sowjet-Rußland gebietet über die revolutionären Kräfte der ganzen Welt (besonders in Europa und Asien) und befreit langsam die Welt.

L. Fraina.

Kinderarbeit und Wohltätigkeit in Amerika.

Die Vereinigten Staaten von Amerika bemühen sich, die abstoßende Häßlichkeit dieses Landes mit großzügigen Wohltätigkeitsveranstaltungen zu bemänteln. Das Rote Kreuz, die Assoziationen Christlicher Jugendbünde und die verschiedensten Wohltätigkeitsgesellschaften verteilen die irdischen Güter in allen Ländern der Welt. Den Kindern der notleidenden Länder wird eine reiche Hilfe zu teil — auf Kosten der Kinder in den Vereinigten Staaten.

Diese Wohltätigkeit, welche die Reichen der Vereinigten Staaten der ganzen Welt spenden, geschieht indessen nur auf Kosten der schlecht bezahlten Arbeit ihrer Sklaven, jener Millionen Sklaven, die heute aus den Fabriken und Werken ausgestoßen und nun arbeitslos geworden sind.

Die riesenhafte Arbeitslosigkeit, zu der die Arbeiterschaft verurteilt ist, muß sie ertragen, weil sie zu viel Werte produziert hat.

Während die Maschinen rosten und verderben, leiden die Arbeiter Hunger und Not und müssen ihre Zeit untätig verbringen.

Hunderttausende von Kindern sterben in den Vereinigten Staaten den Hungertod. Und das geschieht nicht nur dann, wenn die Väter arbeitslos sind. Der Schreiber dieser Zeilen erinnert sich eines großen Streiks, der gegen den amerikanischen Woll- und Baumwolltrust in der Stadt Laurence gerichtet war und an dessen Leitung er teilgenommen hat. Aus strategischen Gesichtspunkten wurden Hunderte von Kindern der streikenden Arbeiter in andere Städte gebracht.

Nach ihrer Ankunft am Orte ihres vorübergehenden Aufenthaltes wurden diese Kinder von

bekanntem Aerzten untersucht, die feststellten, daß alle Kinder infolge Unterernährung krank und zum langsamen Sterben verurteilt seien. Die Eltern dieser Kinder hatten vor dem Streik immer Arbeit gehabt. Sie erzeugten große Mengen Woll- und Baumwollwaren, wurden aber schlechter entlohnt als die billigsten Arbeiter der Welt. Das war der Grund, weshalb ihre Kinder Hunger leiden mußten.

Diese Arbeiter erzeugten Waren aus Rohstoffen, die zum größten Teil durch Kinderarbeit in den Baumwollindustrien der südlichen Staaten gewonnen wurden. Die Verwendung der Kinder zu Arbeiten ist in den südlichen Baumwollindustrien und Plantagen nicht verboten. Es sind häufig Petitionen mit Klagen eingebracht worden, die sich gegen die Verwendung der Arbeit von siebenjährigen Kindern richteten, die ihr Leben im Interesse der herzlosen Aristokraten und Plantagenbesitzer aufs Spiel setzten. Die letzteren haben jedoch einen viel zu großen Einfluß auf den Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten, und die herzlosen Schurken, aus denen sich diese weise Konstitution zusammensetzt, kamen zu der Ansicht, daß die Festsetzung einer Mindestaltersgrenze für arbeitende Kinder mit der Konstitution nicht in Einklang gebracht werden könnte. Es ist geradezu unergründlich, daß es in der Welt eine Bewegung geben kann, die sich eine sozialistische nennt und trotzdem ganz bewußt eine derartige Konstitution stützt.

Die Föderation der Bergleute des Westens hat, wenn ich nicht irre, als erste einen Beschluß gefaßt, der Knaben unter sechzehn Jahren die Arbeit in den Gruben verbietet und ihren Arbeitslohn dem

der Erwachsenen gleichsetzt. Die westliche Föderation läßt auch keinerlei Lehrlingstätigkeit zu. Wenn ein Knabe dem Alter nach zur Arbeit zugelassen werden kann, so muß er den gleichen Lohn erhalten wie die Erwachsenen.

Es ist traurig, daß die Organisation der Bergarbeiter, die nahezu eine halbe Million Arbeiter umfaßt, bisher nichts getan hat, um ihre Kinder in ähnlicher Weise zu schützen. In den Kohlenbergwerken der Vereinigten Staaten arbeitet eine ungeheure Armee von Kindern sowohl über wie unter der Erde. Endlose Züge dieser Knaben schleppen sich nach der Arbeit müde nach Hause, mit geschwärtzten Gesichtern, verbittert — das Bild läßt einen entsetzlichen Eindruck zurück.

In New-Orleans gibt es eine ehrbare Korporation mit dem Namen „Die Veilchengesellschaft“.

Sie beschäftigt sich hauptsächlich mit der Verpackung von Konserven, bei welcher Tätigkeit vorwiegend Kinderarbeit verwendet wird. Jedes Jahr werden aus New-York und anderen Städten eine Menge Waisenkinder nach New-Orleans gebracht, die ihre Arbeit in der genannten Gesellschaft finden. Diese Kinder erkranken hier an einer besonderen Berufskrankheit: das Fleisch ihrer Finger wird bis auf die Knochen zerfressen. Die Eigentümer der Unternehmung haben sich so lange für die Finger der Kinder nicht interessiert, bis es sich herausgestellt hat, daß das Gift, das die Finger der Kinder in einer derart verheerenden Weise angreift, auch auf die Blechdosen wirkt und diese zerstört. Und diese Vergifter der amerikanischen Kinder treten nun im Auslande als Wohltäter der Kinder auf.

Die Aktionäre der Blechfabriken in New-York — gleichfalls durch ihre Wohltätigkeit berühmt — behandeln die Kinder in der gleichen unmenschlichen Weise, um ihre Gewinne herauszuschlagen. Während der Saisonzeit lassen sie neun- bis zehnjährige Kinder sechzehn Stunden täglich arbeiten.

Die Handschuhfabrikanten desselben Staates haben den Schulen großmütig Maschinen zur Verfügung gestellt und die Kinder verpflichtet, im Laufe des ersten Schuljahres zu arbeiten, wofür sie in der großzügigsten Weise entlohnt werden,

indem man ihnen gute Zeugnisse ausstellt. Aber nicht allein diese Fabrikanten entziehen den Kindern ihr natürliches Recht auf Bildung und Wissen. In manchen Schulen New-Yorks erhalten die Kinder eine enge berufliche Ausbildung und werden für die Herstellung irgendeines kleinen Gegenstandes spezialisiert. Aber es versteht sich von selbst, daß diese Erziehungsmethode nicht zugunsten der Kinder geschaffen ist, sondern zum Vorteil der Herren Kapitalisten, die die Arbeit der Kinder in Zukunft ausnützen werden.

Den Rekord in der Ausbeutung der Kinder stellt der Tabaktrust auf. Er brachte es fertig, daß die Schulferien in den Tabakrayons des Staates bis zur Beendigung der Ernte verlängert wurden, d. h. den Kindern sollte die Möglichkeit gegeben werden, auf den Tabakplantagen zu arbeiten. Diese wenigen Beispiele für die Kinderarbeit in den Vereinigten Staaten genügen vollkommen, den Eltern und Kindern, die in anderen Ländern Not leiden und von den Amerikanern Hilfe erhalten, zu zeigen, von wem diese Hilfe kommt. Diese Hilfe, die die Kapitalisten ihnen in der verschwenderischsten Weise zuteil werden lassen, kommt in Wirklichkeit von den Arbeitern, zum Teil von minderjährigen Arbeitern, die, ohne es zu wissen, Euch helfen. Wenn die amerikanischen Arbeiter den vollen Wert ihrer Arbeit erhalten würden, dann würden sie den Hungernden viel mehr geben können, als dies heute geschieht.

Wenn sie die Wahrheit über Rußland erfahren könnten, wo Millionen Menschen vor Hunger sterben; wenn sie wüßten, daß es in diesem Lande verboten ist, Kinder bis zum 16. Jahre zur Arbeit zu verwenden, und daß die Ausbildung aller Kinder des Landes durch den Staat, und zwar kostenlos geschieht; wenn sie wüßten, daß in Rußland die vom Volke geschaffenen Werte vom Volke selbst verwendet werden und nicht zur Bereicherung weniger dienen, dann würden sie ihre überfüllten Warenlager leeren und den Inhalt ihrer riesigen Kornspeicher dazu verwenden, Sowjetrußland zu helfen. Die russische Revolution würde ihre eigene Revolution werden.

William D. Haywood.

Japan und die kommende soziale Revolution.

Das gegenwärtige, von einer gut organisierten kapitalistischen Bande beherrschte Japan wird zum Schreckgespenst der weißen Nationen, die den Japanern unverhüllte Verachtung entgegenbringen, was besonders in den Vereinigten Staaten von Amerika, in Australien und in den englischen Kolo-

nien beobachtet werden kann. An vielen Orten geht der Haß gegen die Japaner so weit, daß man sie nicht in das Innere des Landes läßt, besonders dann, wenn sie der Arbeiterklasse angehören. Diese Angst vor Japan ist nicht ganz unbegründet, da das imperialistische Japan sich zu einem ernsthaften

Rivalen der übrigen kapitalistischen Länder auswächst. Indessen entbehrt das verächtliche Verhalten seitens des anglo-sächsischen Proletariats den Japanern, im besonderen den japanischen Arbeitern gegenüber jeder vernünftigen Grundlage. Natürlich verdient das moderne imperialistische Japan durchaus dieses feindselige Verhalten, aber das kann nicht ein Anlaß sein zu einer Feindschaft zwischen dem japanischen Arbeiter und dem Arbeiter eines anderen Landes.

Das Geschrei über die Konkurrenz der Japaner, die die anglo-sächsischen Länder angeblich überschwemmen, ist völlig unbegründet. Nach den Angaben der letzten Zählung vom Jahre 1920 entfallen von den sieben Millionen außerhalb ihrer Heimat lebenden Japanern auf diese Länder etwa nur eine halbe Million. In den Vereinigten Staaten zählt man kaum mehr als eine Viertelmillion Japaner. Auch diese befinden sich hauptsächlich auf den Hawajischen Inseln. Auch sind die hier in den Zuckerplantagen beschäftigten japanischen Arbeiter vorwiegend von den amerikanischen Imperialisten eingeführt worden, und zwar noch bevor die Inseln zu Amerika übergegangen sind. Der übrige Teil der japanischen Emigranten ist über den ganzen Erdteil zerstreut. Wäre es wirklich möglich, daß der Aufenthalt von 250 000 Japanern in Amerika mit seiner hundert Millionen zählenden Bevölkerung dem amerikanischen Proletariat gefährlich werden könnte?

In letzter Zeit ist diese weit verbreitete anti-japanische Bewegung ganz besonders unter den Chinesen und den Koreanern erstarkt, die allerdings guten Grund haben, den Japanern feindselig zu begegnen, da sie deren Knechtschaft augenblicklich ertragen müssen.

Aber auch hier dürfen Haß und Feindseligkeit nicht gegen das japanische Proletariat gerichtet sein, das ein ebenso hilfloses Opfer des gegenwärtigen Imperialismus und Kapitalismus ist, und das deshalb Mitleid und keinen Haß verdient. Wäre es nicht richtiger, wenn wir alle unsere nationalen und internationalen Energien gegen diese beiden Grundübel richteten, sie bis auf die Wurzel vernichteten und, zu einer internationalen Föderation kommunistischer Republiken vereinigt, in allen Ländern eine Arbeiterregierung errichteten? Der Kampf des Proletariats des einen Landes gegen das Proletariat eines anderen ist ein Selbstmord, denn er führt zur Verschleuderung der der Arbeiterklasse zur Verfügung stehenden Kräfte. Das eben erstreben die kapitalistischen und militaristischen Elemente, die das Proletariat gegeneinander aufhetzen wollen. Im Frieden ein Ausbeutungsobjekt, wird es zur Kriegszeit zum Kanonenfutter gemacht. Es ist das ewige Opfer des Kapitalismus und des Imperialismus.

Das Proletariat in die nationalistische und chauvinistische Gefühlssphäre hineinziehend, impfen

ihm die herrschenden Klassen der gegenwärtigen kapitalistischen Länder die niedrigsten Instinkte des Rassenhasses und der Rassenvorurteile ein, um es zu eigennützigen Zwecken auf einen neuen Krieg vorzubereiten. Dieses Gift tragen die Kapitalisten in die Seelen der Arbeitermassen Amerikas, Kanadas, Australiens und der englischen Kolonien. Das von diesem brutal egoistischen Gefühl erfüllte englisch sprechende Proletariat dieser Länder schwört auf die Ueberlegenheit der weißen Rasse über alle anderen. Das ist der Grund, weshalb das seit dem Kriege 1914/1918 von den Führern der Zweiten Internationale geleitete Proletariat sich ganz in den Dienst des Kapitalismus und Imperialismus stellt.

Der Sturz des japanischen Imperialismus würde nicht nur den Chinesen und Koreanern nützlich sein, sondern auch dem japanischen Proletariat. Die Vernichtung des Imperialismus in den englischen Dominien aber würde einer viel größeren Anzahl von Völkern und Rassen von Nutzen sein. Freiheit und Leben der mexikanischen Neger, der geknechteten Völker Kubas, Haitis, San Domingos, der Philippinen und Zentral-Amerikas hängen von dem Sturze des Imperialismus in Amerika ab.

Aber es wäre ein Fehler, zu denken, daß die Vernichtung des einen imperialistischen Systems durch ein anderes ebenfalls imperialistisches System eine Aenderung mit sich bringen könnte. Wie die Erfahrung des letzten Krieges gezeigt hat, führt dieser Weg zu einer weiteren Festigung des Imperialismus; besonders in den Siegerstaaten. Letzten Endes leidet das Proletariat sowohl der Siegerstaaten als das der Besiegten in gleichem Maße unter einem solchen Krieg. Unter kapitalistischen Verhältnissen führt die Vernichtung eines imperialistischen Ungeheuers immer zur Stärkung eines andern. Es ist also eine allgemeine Aufgabe des Proletariats aller Länder, den Kampf gegen den Imperialismus aufzunehmen. Das ist auch die unbedingte Forderung der kommunistischen Bewegung, der wir uns bei unserer Propaganda in allen Ländern bewußt werden müssen.

Um die Entwicklung dieser internationalen kommunistischen Bewegung zu fördern, muß man vor allem den Charakter des Imperialismus in jedem einzelnen Lande und sein Verhältnis zum Proletariat untersuchen.

Das englische Proletariat hat über 100 Jahre lang die Wohltaten des englischen Imperialismus genossen, und es ist dazu gekommen, daß die Mehrheit des englischen Proletariats ihm jetzt sympathisierend gegenübersteht. Nicht ohne Grund sind die englischen Arbeiter zu der Ueberzeugung gekommen, daß ihr Leben mit der Entfaltung des Imperialismus eng verknüpft ist. Das eben war der Hauptgrund dafür, daß die englischen Arbeiter sogar den Sozialismus der Zweiten Internationale zurückwiesen, ganz zu schweigen von den kommunistischen

Prinzipien der Kommunistischen Internationale. Sie wußten sehr gut, daß der gesamte industrielle Apparat des Landes auf dem Weltimperialismus beruht. Auf diese Weise waren Leben und Entwicklung des englischen Imperialismus auf das engste mit der blühenden Lage der Industrie und des Handels in England verknüpft. Das allein erklärt den Umstand, warum die englischen Arbeiter den letzten Weltkrieg unterstützten und seinerzeit auch mit dem Bureaukrieg sympathisierten.

Aus demselben Grunde verhalten sie sich gegenwärtig so gleichgültig zu dem Blutbad, das die englischen Soldaten unter dem irländischen Proletariat anrichten. Aber wie dem auch sei, sicher ist, daß das englische Proletariat früher oder später zu der Ueberzeugung kommen wird, daß der britische Imperialismus im grellen Lichte der Kommunistischen Internationale nicht bestehen kann. Es wird eine Zeit kommen — wenn sie nicht schon gekommen ist —, in der das englische Proletariat begreifen wird, daß in Indien die Morgenröte des Kommunismus aufzugehen beginnt. Indien befreit sich allmählich von der Umklammerung des englischen Imperialismus.

Das englische Proletariat wird bald verstehen, daß es nicht weiter auf Kosten der Ausbeutung Indiens oder anderer Kolonien leben darf. Der britische Imperialismus hat sich bereits vor der Autorität der Kommunistischen Internationale beugen müssen, als er, nachdem alle grausamen und barbarischen Mittel versagt hatten, sich dem kleinen Irland gegenüber völlig hilflos zeigte und sich am 16. März 1921 gezwungen sah, den englisch-russischen Handelsvertrag zu unterzeichnen. Der britische Imperialismus ist lediglich eins der Entwicklungsglieder in der Geschichte des Weltprozesses. Aber gleichzeitig ist er das Produkt des gegenwärtigen Kapitalismus und muß sich zusammen mit dem letzteren dem Urteilspruch der Geschichte unterziehen und zugrunde gehen!

Der amerikanische Imperialismus unterscheidet sich im gewissen Sinne von dem englischen, entsprechend den ökonomischen Verhältnissen des Landes. Der erstere verfügt innerhalb seines Gebiets über unermeßliche Naturreichtümer, während die Naturschätze Englands sich lediglich auf Kohle und Eisen beschränken. England ist gezwungen, seinen ganzen Bedarf durch Einfuhr entweder aus seinen eigenen Kolonien oder aus fremden Ländern zu decken. Daher ist der Kolonialbesitz für den englischen Imperialismus eine seine wirtschaftliche Unabhängigkeit sichernde Lebensnotwendigkeit. Für Amerika ist die koloniale Frage von sekundärer Bedeutung. Während Amerika die Kolonien nur als Absatzmärkte braucht, benötigt sie England sowohl als Märkte als auch als Rohstoffquellen. In letzter Zeit beobachten wir, daß der amerikanische Imperialismus auf der Jagd nach Kolonien eine immer größere Gier entfaltet, obwohl die amerikanischen

Arbeiter diese seine Bestrebungen nicht mit derselben schweigenden Billigung hinnehmen, wie wir es von seiten des englischen Proletariats beobachten. Gegenwärtig streben alle imperialistischen Länder danach, eigene Märkte zu besitzen. Zwischen dem englischen und amerikanischen Imperialismus besteht lediglich der Unterschied, daß der erstere offen auftritt, hochmütig und fast immer aggressiv, während der amerikanische Imperialismus stets bestrebt ist, seine Gelüste mit der berühmten und sehr elastischen Monroedoktrin zu bemänteln. Mit Hilfe dieser Doktrin hat der amerikanische Imperialismus seine ökonomischen Interessen in ganz Zentralamerika, in Mexiko und in einigen schwächeren Staaten des lateinischen Amerikas schon längst zu „regulieren“ gewußt. Jetzt richten sich seine Bestrebungen auf China und den Stillen Ozean.

Das amerikanische Proletariat ist im allgemeinen hinter seinen europäischen Genossen, im Sinne eines Faktors für die kommende soziale Revolution, zurückgeblieben. Anders kann es auch nicht sein, solange Führer von der Art Gompers an seiner Spitze stehen. Gegenwärtig ist das amerikanische Proletariat ebensoschr vom Opportunismus durchsetzt wie seine Führer. In revolutionärer Hinsicht ist es das am wenigsten fortgeschrittene Proletariat der Welt. Das zeigt sich in der gewerkschaftlichen und auch in der politischen Bewegung, die sozialistische und sogar die kommunistische nicht ausgenommen. Der amerikanische Opportunismus ist zum großen Teil durch die historischen Verhältnisse und durch das amerikanische Erziehungssystem bedingt. Schon auf der Schulbank wird den amerikanischen Kindern eingeprägt, daß ein jedes von ihnen die höchsten Aemter erreichen könne, den Posten eines Präsidenten nicht ausgeschlossen. Ein jeder Pädagoge erzählt seinen Schülern mit großer Genugtuung und mit Stolz, daß irgendein Präsident ein Schneider gewesen, ein anderer in Armut aufgewachsen, und daß er selbst, der Lehrer, früher ein Hirte, ein Schuldiener usw. gewesen sei. Auf diese Weise wird die Kinderseele von den verführerischsten Beispielen erfüllt, die ihm beweisen, wohin die politische Anpassungsfähigkeit führen kann. Aber die Schule ist nicht der einzige Faktor der opportunistischen Erziehung der Amerikaner. In der amerikanischen Gesellschaft begegnet man auf Schritt und Tritt viel zu vielen verführerischen konkreten Beispielen aus dem Leben der Handels- und Industriekreise, die den Ehrgeiz der Jugend anstacheln und sie auf den Weg des Opportunismus führen. Das ungewöhnlich schnelle Anwachsen des Kapitalismus, der sich infolge der märchenhaften Bereicherung des Landes entwickelt hat, ließ eine Menge von Millionären und Milliardenären entstehen, unter denen es nicht wenige gibt, die gestern noch einfache Arbeiter, Straßenkehrer oder Zeitungskäufer waren. Die bürgerlichen Erzieher in den

Schulen und anderswo predigen bei jeder Gelegenheit ihren Zöglingen, was ein ernsthafter und fleißiger Mensch in Amerika alles erreichen kann. Dieses Erziehungssystem vergiftet die amerikanische Jugend, die auf diese Weise dem Opportunismus in die Arme geführt wird.

In Amerika ist jeder von dem Streben nach Ruhm und Gold erfüllt. Der Amerikaner ist stolz auf seinen „gesunden Menschenverstand“, worunter er die Fähigkeit versteht, sich jeder neuen Lage leicht und schnell anzupassen. Dieser gesunde Menschenverstand setzt auch die Fähigkeit voraus, seine Ansichten je nach dem sich bietenden Vorteil zu ändern. So wird z. B. ein guter, selbstsicherer Republikaner, wenn er die „Mason and Dixon Line“ überschreitet, zu einem guten und waschechten Demokraten während der Zeit, die den allgemeinen Wahlen vorangeht; aber während der nationalen Präsidentschaftswahlen bleibt er derselbe gute Republikaner. Im fernen Osten, besonders in China, weiß man allgemein, wie wandlungsfähig fast alle Amerikaner sind: heute ist er ein demütiger Missionar, der das Evangelium predigt, morgen — verkauft er amerikanische Waren, und übermorgen ist er auf einmal Offizier, Journalist oder Geheimagent. Die Amerikaner haben alle Ursache, auf ihre Anpassungsfähigkeit und Geschicklichkeit stolz zu sein!

Das ist eben der Grund dafür, weshalb unsere kommunistische Bewegung sich in Amerika so langsam entwickelt, ungeachtet der Bemühungen unserer russischen Genossen und der umfangreichen Propaganda (nach der Umstellung der Partei auf die illegale Arbeit) durch eine Menge Drucksachen, die die Wirksamkeit der Bolschewisten popularisieren. Im Januar 1920, nach dem brutalen Angriff auf die Partei, sank ihre Mitgliederzahl außerordentlich stark. In den Reihen der Partei blieben fast ausschließlich Ausländer, die die Schule der illegalen Organisation ihrer Heimat durchgemacht hatten.

Der amerikanische Arbeiter ist seinem Temperament und seiner Sinnesart nach ein Opportunist. Er interessiert sich nicht im geringsten für die Theorien des Kommunismus, er begnügt sich mit einem hohen Arbeitslohn und mit dem, was Gompers und Co. ihm sagen. Unter dem Einfluß der nationalistischen Vorurteile und des Hasses zu allem Asiatischen, besonders zu den „verfluchten Japanern“, verhält sich das amerikanische Proletariat passiv angesichts der unmäßigen Rüstungen und unterstützt seine bürgerliche Regierung. Und noch mehr als das, es billigt alle feindseligen Aeußerungen und Unternehmungen des Vorsitzenden der Amerikanischen Arbeits-Föderation, Gompers, gegen die russische Sowjet-Republik, gegen die einzige Arbeiterregierung der Welt. Soweit ist es mit dem amerikanischen Proletariat gekommen, daß es von

reaktionären Politikern vom Schlage Gompers geführt wird, denen der amerikanische Parlamentarismus mit seiner komplizierten Struktur und Reglementierung alle Mittel in die Hand gibt, um die radikalen Strömungen in den Reihen der amerikanischen Arbeiterföderation zu unterdrücken. Diese radikalen Richtungen werden hauptsächlich von Ausländern unterstützt. Aber andererseits kamen diese Ausländer mit wenigen Ausnahmen aus eigenem Interesse nach Amerika und blieben nur solange gute Genossen, als sie dem allmächtigen Dollar nachjagen konnten. Die besten Arbeiter der Zweiten Internationale, z. B. Hillquit, Budin, Deeba, Kahn u. a. haben den Kampfplatz der Revolution verlassen und sind entweder in das Lager der Gegenrevolution übergetreten oder in das Privatleben untergetaucht. In folgender Weise belehren der kluge und weitsichtige amerikanische Professor Nering und der geistreiche Hillquit das amerikanische Proletariat: „Die große Sowjet-Republik und die Kommunistische Internationale oder die bolschewistische Partei sind zwei durchaus verschiedene Dinge: wir sympathisieren mit der Sowjet-Republik und kämpfen gegen die Bolschewisten und die Kommunistische Internationale. Wenn die Bolschewisten in Amerika eindringen werden, — sagt Hilquith, — werde ich selbst zu den Waffen greifen und gegen sie kämpfen.“

Solange also Hilquith und seine Clique der Sozialistischen Partei vorstehen werden, braucht sich der amerikanische Imperialismus nicht zu beunruhigen. Das Proletariat der amerikanischen imperialistischen Republik wird viele Jahre dazu brauchen, um eine bewußte revolutionäre Klasse zu werden. Außerdem droht uns die Gefahr eines neuen imperialistischen Krieges, den der gewaltige amerikanische Kapitalismus finanzieren und leiten wird.

Der Imperialismus und Kapitalismus Japans ist eine ganz neue Erscheinung. Japan hat sie beide erst nach der Revolution 1868 dem Westen entliehen. Bis zu jener Zeit war Japan ein in sich abgeschlossenes Land, das keine Ausländer in sein Gebiet hineinließ, auch nicht diejenigen seiner eigenen Untertanen, die das Land früher verlassen hatten. Aber vor 60 Jahren wurde es durch die Geschütze Amerikas gezwungen, seine Grenzen zu öffnen. Seit dieser Zeit begann Japan sich die westlichen Gebräuche und Gewohnheiten anzueignen, und der Imperialismus und der Kapitalismus begannen sich rasch zu entwickeln.

Die Entwicklung des japanischen Imperialismus setzt mit Beendigung des chinesisch-japanischen Krieges 1894—95 ein. Vor dieser Zeit befand sich Japan unter dem Joch der ausländischen Mächte. Dieses Joch war amerikanischen Ursprungs. Es war durch den amerikanischen Gesandten Harris in Japan eingeführt und nannte sich die „Exterritorialität“. Gemäß dem Prinzip der Exterritorialität

hatte jeder beliebige Ausländer das Recht, die Japaner zu beleidigen, zu berauben und zu töten: er unterlag nicht der japanischen Gerichtsbarkeit und den japanischen Gesetzen. Japan hatte nicht mehr das Recht, die ausländischen Mörder zu bestrafen, denn diese Verbrecher wurden auch dann von ihrem Konsul abgerichtet, wenn dieser kein Richter war und von Gesetzen nichts verstand. In Wirklichkeit wurden diese Verbrecher gewöhnlich freigesprochen.

Aber nicht hierin allein bestand die Einschränkung der Selbständigkeit des damaligen Japans. Es konnte z. B. seinen Außenhandel nicht nach eigenem Ermessen gestalten, es durfte die ausländischen Waren nicht mit einem Zoll belegen, der die festgesetzte Norm von 5 Prozent des Warenwerts überstieg usw.

Aehnliches beobachten wir jetzt in China. Kein einziger Ausländer, ausgenommen die Bürger der Russischen Sowjetrepublik, unterliegt der chinesischen Gerichtsbarkeit, welches Verbrechen er auch immer begangen haben mag. Das ist eine der Folgen des nach China eingedrungenen Imperialismus der Großmächte, und das chinesische Proletariat muß die Vernichtung nicht allein des japanischen, sondern auch des englischen und amerikanischen Imperialismus erstreben.

Infolge des siegreichen Krieges gelang es Japan, die oben erwähnten Einschränkungen loszuwerden und neue Verträge zu schließen, zunächst mit England und dann mit den übrigen Mächten. Vor dem Kriege gegen Japan war China der schlafende Riese. Seine von Deutschen erbaute Flotte war die mächtigste Flotte des Fernen Ostens, während die damalige japanische Flotte nur ein Spielzeug war. Die Bevölkerung Chinas übertraf diejenige Japans um das Zehnfache, während sein Territorium zwanzigmal größer war als das japanische.

Aber dessen ungeachtet hat Japan den Krieg gewonnen und damit den Weg des Imperialismus und des Kapitalismus betreten und sich natürlich dadurch den Haß der ganzen Welt zugezogen. Die weitverbreitete Feindseligkeit gegen Japan und die Japaner ist die Sühne für seinen Imperialismus. Glücklicherweise hat das japanische Proletariat in letzter Zeit den Fluch des Imperialismus begriffen und den Kampf gegen ihn aufgenommen.

Einen durchaus imperialistischen Charakter hatte auch der Krieg mit dem zaristischen Rußland in den Jahren 1904/05.

Dieser Krieg war unseren japanischen Genossen ein guter Anlaß zu der Aufnahme einer systematischen Agitation gegen den Militarismus, und er verband sie mit unseren russischen Genossen. In dem von mir damals herausgegebenen „Japanischen Arbeiter“ veröffentlichte ich einen Aufruf der japanischen Genossen an die russischen Arbeiter.

Ich halte es nicht für überflüssig, hier einen Auszug aus diesem Aufruf anzuführen:

„Teure Genossen! Unsere Regierungen sind in den Krieg getreten, um ihre imperialistischen Bestrebungen zu verwirklichen, wir aber haben keinerlei Rassen-, territoriale oder nationale Gegensätze. Wir sind Kameraden und Brüder, und wir haben keinen Anlaß, gegeneinander zu kämpfen. Unser Imperialismus und der sogenannte Patriotismus — das sind Eure Feinde und nicht das japanische Volk. Wir sind überzeugt, daß Euer Volk dieselben Gefühle auch uns entgegenbringt.

Patriotismus und Militarismus — das ist unser gemeinsamer Feind, und die Sozialisten der ganzen Welt sind der gleichen Ansicht. Wir Sozialisten müssen diesem Feinde mutig entgentreten. Gerade jetzt bietet sich uns eine günstige Gelegenheit dazu, und wir hoffen, daß Ihr sie nicht vorübergehen lassen werdet.“

Auf diesen Aufruf erfolgte eine Antwort der russischen Genossen in der Zeitschrift „Funke“, in der eine Parallele gezogen wurde zwischen unserem Aufruf und dem Protest Liebknechts und Bebel's gegen die Annektion Elsaß-Lothringens. Sie schrieben unter anderem: „Im chauvinistischen Chor der beiden Länder erklang die Stimme der japanischen Sozialisten wie eine Botschaft aus der besseren Welt, aus jener Welt, die gegenwärtig nur in der Vorstellung des klassenbewußten Proletariats zu finden ist. Wir wissen nicht, wann eine solche Welt Wirklichkeit werden wird, aber wir Sozialisten der ganzen Welt müssen die äußersten Anstrengungen machen, um diese Welt möglichst bald zu verwirklichen. Jetzt graben wir das Grab für die gegenwärtige elende Gesellschaftsordnung und organisieren jene Kräfte, die sie endgültig ins Jenseits befördern werden.“

Der Russisch-japanische Krieg hat Japan nichts gegeben, außer dem Fluch der Armut, schweren Steuern, allgemeiner Demoralisation und der militaristischen Herrschaft. Die schweren, durch diesen siegreichen Krieg heraufbeschworenen Prüfungen legten sich mit ihrer ganzen Schwere auf das Proletariat. Das Leben wurde drückender als vor dem Kriege. Es war dasselbe wie bei dem letzten Kriege, der für das gesamte Proletariat sowohl der Siegerstaaten, als auch der Besiegten die gleichen schweren Folgen hatte. Die japanische Regierung unterdrückte das Volk noch mehr, und die Arbeiterbewegung wurde nahezu ganz erstickt. Das Schlimmste aber war der maßlos gesteigerte Militarismus, der das ganze Proletariat unerträglich belastete. Das war die tatsächliche Lage der Dinge, als der Krieg 1914—18 einsetzte.

Es ist nichts Erstaunliches darin, daß das ganze japanische Volk, vom Proletariat ganz zu schweigen, diesem Kriege keinerlei Interesse entgegenbrachte. Das einzige, worauf sich die Aufmerksamkeit kon-

zentrierte, war die russische Revolution, die mit dem Zaren auch den Militarismus und Kapitalismus beseitigte. Nach der Niederlage des deutschen Kaisers mit seiner unbesiegbaren Armee, die den japanischen Imperialisten so unerreichbar schien, verlor das japanische Volk die letzten Illusionen, die sich auf eine militaristische Politik gründeten. Der Einfluß und das Prestige der Armee stürzten zusammen wie ein Kartenhaus. Mit dem Glauben an den Militarismus und Imperialismus verlor sich auch der Glaube an den göttlichen Mikado.

Alles das muß in Betracht gezogen werden zur richtigen Einschätzung des Wesens des japanischen Imperialismus.

Der japanische Militarismus entwickelt sich indessen weiter fort. Der europäische Krieg verwandelte Japan aus einem Schuldner in einen Gläubiger, und die Kriegsindustrie verstärkte den japanischen Militarismus sehr wesentlich. Weitläufige Rüstungspläne standen auf der Tagesordnung. Die militaristische Clique war mit den Ergebnissen des letzten Krieges vollauf zufrieden, denn zum erstenmal hatte sie finanziell die Möglichkeit, Armee und Flotte ins Unermeßliche zu vergrößern. Aber die japanischen Imperialisten haben allen Grund, die seit dem letzten Kriege eingetretene Wandlung der Volksstimmung zu fürchten. Die militaristische Politik hat das Volk dermaßen abgestoßen, daß die Kriegs-Akademie und die Seeschule nicht wissen, auf welche Weise sie neue Studenten heranziehen sollen. Früher brauchten sie darum nicht besorgt zu sein. Junge und fähige Offiziere sogar beginnen ihren Beruf aufzugeben. Das hat zu einer starken Entrüstung unter den Imperialisten geführt. Da die Regierung den Offizieren gegenüber keine Zwangsmaßnahmen anwenden konnte, denn sie gehören in der Regel höheren Schichten an, gab sie neue Verordnungen heraus, laut welchen diejenigen Offiziere, die ihren Beruf ohne stichhaltige Gründe aufgeben, alle Vorrechte und Pensionen verlieren. Indessen hat diese rigorose und unrechtmäßige Verordnung keinen Erfolg gehabt. Die frühere Begeisterung des japanischen Volkes für den Militarismus und Imperialismus ist nahezu geschwunden.

Wenn wir die internationale Lage näher betrachten, sehen wir, daß die japanische Armee und Flotte trotz ihrer relativ geringen Stärke den kapitalistischen Ländern Befürchtungen verursacht. Die Sache ist die, daß Japan gegenwärtig die stärkste Macht im Fernen Osten repräsentiert.

Wenn man Japan freie Bahn läßt, so können die japanischen Armeen nicht allein die radikalen, sondern auch die liberalen Bestrebungen im Fernen Osten unterbinden. Daher bedeuten sie eine stete Bedrohung auch unserer Bewegung. Wenn wir ferner den ungeheuren Ehrgeiz der japanischen

imperialistischen Klasse, die das Schicksal eines 70 Millionen starken Volkes in ihren Händen hält, in Betracht ziehen, so kommen wir zu der Ueberzeugung, daß der japanische Imperialismus für die kommunistische Bewegung im Fernen Osten die größte Gefahr bedeutet.

Aber vielleicht wäre es dann im Interesse der kommunistischen Bewegung, wenn der japanische Imperialismus einer anderen Großmacht, z. B. Amerika oder England, unterliegt? Diese Frage beantworten wir mit einem unbedingten Nein, denn in diesem Falle würde statt des japanischen Imperialismus etwa der amerikanische oder der englische im Fernen Osten herrschen. Ein solcher Ausweg könnte höchstens Gompers und die amerikanische Arbeiterföderation befriedigen oder jene, die an die providentielle Bedeutung der weißen Rasse glauben. Aber das Weltproletariat wird keine Vorteile davon haben. Aus eigener Kraft, mit eigenen Mitteln muß es sowohl den japanischen Imperialismus, als auch den Imperialismus anderer Länder vernichten.

Ich möchte mit besonderer Betonung bemerken, daß dem japanischen Proletariat in seinem Kampfe gegen den japanischen Imperialismus seitens der internationalen revolutionären Armee die weitestgehende Hilfe gewährt werden muß. Nur unter dieser Voraussetzung kann das japanische Proletariat ein Hauptfaktor in diesem Kampfe sein. Wir können den Imperialismus etwa in England nur dann vernichten, wenn wir seinem Proletariat die weitestgehende Unterstützung zuteil werden lassen.

Wenn der von mir verteidigte Gesichtspunkt richtig ist — und ich zweifle an seiner Richtigkeit nicht —, so muß die Kommunistische Internationale an die Frage der Revolutionierung des japanischen Proletariats und der Hilfeleistung von seitens des chinesischen und koreanischen Proletariats praktisch herantreten. Eine aktive internationale Unterstützung vorausgesetzt, kann der japanische Imperialismus gezügelt und die Position des Proletariats wesentlich gebessert werden. Das japanische Proletariat macht eine schnelle Entwicklung durch und wird immer mehr vom Klassenbewußtsein durchdrungen. Es begann, besonders seit der Zeit der großen Reisesunruhen im August 1918, zu erwachen. Damals gab es in Japan kaum eine halbwegs bedeutende proletarische Organisation, heute gibt es dort 3—400 000 organisierte Arbeiter.

Bis in die letzte Zeit hinein galt die Organisation Ju-Aij-Kai als eine gelbe. Aber seit Anfang dieses Jahres gewann ihr linker, der kommunistischen Internationale nahestehender Flügel großen Einfluß. Unsere Organisationen sind hauptsächlich in den industriellen Gebieten konzentriert, in denen Streiks an der Tagesordnung sind. Ihr Hauptziel ist die Niederwerfung des Kapitalismus, wie wir es aus der Resolution erkennen, die im

vorigen Herbst in Ossaki auf dem großen Arbeitslosenmeeting gefaßt wurde.

Am 10. Dezember 1920, nach viermonatiger Agitation für die Sozialistische Liga, sollte in Tokio die konstituierende Versammlung der Liga stattfinden. Die Polizeitricks kennend, haben unsere Genossen die Versammlung, die am Tag vorher stattfand, in eine offizielle Konferenz umgewandelt, die die Satzungen der Sozialistischen Liga bestätigte. Auf diese Weise wurde die Liga, 14 Jahre nach ihrer gewaltsamen Auflösung im Jahre 1907, wieder ins Leben gerufen. Ich füge hier das Manifest der Liga ein in der Annahme, daß es von Interesse ist.

Manifest.

„Unser Ziel ist, das gegenwärtige kapitalistische System bis auf den Grund zu zerstören.

Wir erstreben die Vernichtung des bürgerlichen Zivilisationsapparats: seiner Institutionen, Organisationen, Gebräuche, Wissenschaften, Künste und aller anderen Attribute des kapitalistischen Systems.

Um gerechte, menschenwürdige Lebensverhältnisse zu schaffen, wollen wir eine soziale Ordnung errichten, die weder Arme noch Reiche, noch Kasten kennt. Jeder Arbeitende wird mit Nahrung, Kleidung und Wohnung versorgt sein. Wir erstreben die internationale, die freie gleichberechtigte, friedliche und brüderliche gesellschaftliche Einheitlichkeit — als das höchste Ideal des menschlichen Lebens.

Wir anerkennen alle wirksamen Kampfmittel gegen das kapitalistische System und seine Attribute.

Die reale Kraft in dem bevorstehenden Klassenkampf auf seiten des Proletariats er-

blickend, erstreben wir die Aufklärung, Organisation und Disziplinierung der Arbeiterklasse.

Nachdem wir das Proletariat Japans vereinigt haben, werden wir entschlossen und mutig vorwärts schreiten auf dem Wege der Schaffung neuer gesellschaftlicher Formen, einer neuen Organisation und Zivilisation des Proletariats.“

Das Manifest ist in gemäßigten Ausdrücken verfaßt, um eine offene Propaganda zu ermöglichen. Die Sozialistische Liga ist nicht in dem Maße legal, als es ihren Gründern erwünscht gewesen wäre. Wie man mir mitteilt, entwickelt sie sich schnell quantitativ und qualitativ. Nach den letzten Nachrichten übersteigt ihre Mitgliederzahl 3000.

Den Imperialismus eines jeden Landes muß das Proletariat desselben Landes vernichten. Aber es muß unter der Leitung der auf die Kommunistische Internationale sich stützenden Kommunistischen Partei kämpfen. Sonst wäre es eine hoffnungslose Aufgabe in einem Lande wie z. B. Japan, das unter der Gewalt eines sich zwar schon zersetzenden, aber noch immer mächtigen Imperialismus steht.

Mit dem Zusammenbruch des japanischen Imperialismus und Kapitalismus wird die soziale Revolution im Fernen Osten unvermeidlich werden. Sobald der Ferne Osten in unserer Hand sein wird, wird der englische Imperialismus zerfallen, und auch der amerikanische wird sich nach dem Zusammenbruch des englischen nicht mehr lange halten können.

Es lebe die Russische Sowjetrepublik!

Es lebe die Kommunistische Internationale!

Es lebe die kommende soziale Weltrevolution!

Mexiko.

Sen Katafama.

Sowjet-Rußland und die Revolution in Polen.

Im Laufe der wenigen Monate ihrer ruhmlosen Existenz brachte es die „Arbeiter- und Bauern“-Regierung des Sozialisten Moraczewsky (November 1918—Januar 1919) fertig, zwei Maßnahmen zu verwirklichen. Erstens entwaffnete sie die Arbeiter, und zwar zu der Zeit, als die Ulanen und Gendarmen Pilsudskys die proletarischen Rechte zertrümmerten und die Arbeiter und Bauern, die das Streikrecht verwirklichen wollten, verhöhnten. Zweitens verlieh sie,

nachdem sie der Gegenrevolution auf diese Weise den Weg geebnet hatte, der Regierung die zu jener Zeit einzig mögliche Form — die demokratische, übrigens mit der Einschränkung, daß sie zum besseren Schutze der demokratischen Gegenrevolution die alten barbarischen Zarengesetze für politische Verbrechen bestehen ließ, jene Gesetze, deren sich die polnischen Gerichte mit einem solchen Eifer gegen die revolutionären Arbeiter bedienen, daß sie damit zweifellos selbst manche alten

Zarengendarmen in Erstaunen setzen würden. Nach diesen Heldentaten überließ die Regierung Moraczewskys, ohne auch nur den geringsten Widerstand zu versuchen, ihren Platz der rein bürgerlichen Regierung des Herrn Paderewsky. Nachdem der Sieg der Gegenrevolution innerhalb des Landes auf diese Weise gesichert war, wandten sich die Führer der P. P. S. weiteren Taten zu, fest entschlossen, auch der internationalen Gegenrevolution den Weg zu ebnen. Als die Ersten begannen sie laut über die Gefahr zu schreien, die Polen von seiten des „bolschewistischen Imperialismus“ drohe; sie lamentierten über den bolschewistischen „Feldzug“ gegen Litauen und Weißrußland und über die Notwendigkeit, diese Länder vom bolschewistischen „Joch“ zu befreien. Das war natürlich nur die moralische Vorarbeit für den bewaffneten Angriff gegen die Sowjet-Republiken Litauen und Weißrußland. — Und zur selben Zeit, als die Führer der P. P. S. die polnischen Arbeitermassen davon zu überzeugen suchten, daß die Befreiung des Proletariats nicht mit ausländischen Bajonetten erstrebt werden dürfe, „befreiten“ die Ulanen und Gendarmen Pilsudskys die Arbeitermassen Litauens und Weißrußlands von dem Anrecht auf den Boden und auf die Fabriken, die ihnen die Sowjet-Revolution gewährt hatte, und bauten die Herrschaft der Agrarier wieder auf.

Das Geschrei der P. P. S. über bolschewistischen Imperialismus und die stolzen Versicherungen, daß die Arbeiterklasse eines jeden Landes seine Befreiung selbständig, ohne Hilfe der ausländischen Waffen, durchführen müßte, hinderte die Kommunistische Partei Polens (K. P. P.) nicht, im Februar 1919 eine Resolution zu veröffentlichen, in der konstatiert und betont wird, daß es „das Recht und die Pflicht einer jeden Arbeiterklasse aller Länder“ sei, den Arbeitern anderer Staaten in ihrem revolutionären Kampfe aktiv zu helfen . . . und daß eine bewaffnete Hilfe seitens des russischen Proletariats, wenn die polnische Revolution eine solche nötig haben sollte, keineswegs als imperialistische, dem Wesen einer sozialistischen Regierung widersprechende Tendenz angesehen werden dürfe. Sie hätte nichts gemein mit annektionistischen Bestrebungen und mit nationalem Militarismus, sondern wäre lediglich der Ausdruck der internationalen Solidarität des revolutionären Proletariats.

In Deutschland und in jenen Ländern, in denen sich das Kapital seiner imperialistischen Aufgaben schon längst bewußt geworden ist, bestimmte die Geschichte Leute vom Schlage Scheidemanns für die Rolle der Agenten des Imperialismus und des kapitalistischen Krieges. In Polen war ihre Rolle eine andere. Vor und während des Krieges unterstützte die polnische Bourgeoisie die imperialistischen Interessen derjenigen Mächte, die Polen aufgeteilt hatten. Als sie sich nach dem Kriege plötzlich als Bürger eines „unabhängigen“ Staates wiederfand, in einem zerstörten Lande ohne Industrie und Handel, war die polnische Bourgeoisie nicht imstande, sofort ihren eigenen Imperialismus zu schaffen. Diese Aufgabe fiel der kleinbürgerlichen Intelligenz zu, die, den Traditionen des Schlachtschitz-Polens folgend, in diesen Traditionen die Berechtigung für die aggressiven Bestrebungen der Bourgeoisie fand und die Bildung der Föderation Polens, Litauens, der Ukraine und Weißrußlands, im Bündnis mit den anderen Grenzstaaten Rußlands von „Helsingfors bis Tiflis“, unter der Hegemonie Polens anstrebte. Das überstieg sogar die kühnsten Hoffnungen der sogen. „National-Demokratie“ (Partei der N. D.).

Somit war das Schicksal der „Sozialisten“ in Polen noch schmachvoller: die polnischen Scheidemänner waren die ersten Vorkämpfer für den polnischen Imperialismus; sie schmiedeten die Waffen für seinen Kampf und erfanden seine Parolen. Nach der „Befreiung“ Litauens und Weißrußlands von der sozialen Revolution und nach der Auslieferung dieser Länder an die Willkür der Demokraten aus der ehemaligen Zarenarmee, an die Generäle Lisdowsky, Iwaschkewitsch, Balachowitsch u. a., blieb den Führern der P. P. S. noch die Aufgabe der Formulierung des Problems „der Befreiung“ der Ukraine. Das war gegen Ende des Jahres 1919, als die Sowjet-Republiken nach der Niederlage Denikins alle ihre Kräfte dem wirtschaftlichen Aufbau ihres Landes zuwandten. Die Arbeit wurde das Evangelium der Sowjet-Regierung, der ganze Enthusiasmus der kommunistischen Parteien Rußlands und der Ukraine richtete sich auf den Kampf gegen „Hunger und Kälte, Ungeziefer und Typhus“. Die Frontarmeen verwandelten sich in Arbeitsarmeen. Von der polnischen Front wurden die Truppen nach dem Osten, auf die wirtschaftliche Front, geworfen. Gleichzeitig

damit erklärten sich die Sowjet-Regierungen in ihren Friedensvorschlägen bereit, den polnischen Agrariern so große Gebiete im Osten Polens zurückzugeben, daß dadurch sogar die sehr weitgehenden Gelüste der Nationaldemokraten befriedigt wurden. Die Sowjet-Republiken Rußlands und der Ukraine hofften, auf diese Weise den Frieden mit Polen sichern zu können, und in dieser Hoffnung wandten sie sich der friedlichen Arbeit an der wirtschaftlichen Front zu. Die Sowjetpolitiker wußten nicht, daß die Gewalt in Polen nicht dem entkräfteten Kapital mit den Nationaldemokraten an der Spitze gehörte, sondern dem abenteuerlichen Bonapartismus in Person des Herrn Pilsudsky, einem Bonapartismus, der, vom Kleinbürgertum unterstützt, sich weite imperialistische Ziele steckte.

Gerade diesen Augenblick hielten die Führer der P. P. S. für den geeignetsten, einen neuen Feldzug der Verleumdungen und Lügen gegen die Sowjetrepubliken zu beginnen. Sie schwärzten sie in jeder Weise an und diskreditierten sie in den Augen der Arbeiter, um auf diese Weise den moralischen Boden für die „Befreiung“ der Ukrainer vorzubereiten. Zur selben Zeit, als die Geheimdiplomatie Pilsudskys mit Petljura einen Vertrag abschloß und den bewaffneten Angriff auf Kiew vorbereitete, malten die Führer der P. P. S. die Lage der russischen Arbeiter in den schwärzesten Farben. Sie schilderten, wie die Arbeiter, durch die Ketten der Arbeitsarmee gefesselt, zur Arbeit getrieben und von einer Arbeitsfront an die andere geschleppt wurden.

Haben die Arbeitsarmeen etwas mit dem Sozialismus gemein? Was macht es aus, daß schon Marx und Engels im „Kommunistischen Manifest“ unter anderem die „Arbeitspflicht für alle“ und die „Organisation industrieller Armeen“ forderten. Die Führer der P. P. S. brüsten sich gemeinsam mit Pilsudsky gerade damit, daß sie die Schöpfer des polnischen Militarismus sind (galizische Schützen und die Legionen). Sie sind tief überzeugt von der Notwendigkeit des Militarismus im kapitalistischen Staat, und, um solche Armeen aufzustellen, die den Interessen des Kapitals und der Festigung der agrarischen Herrschaft dienen, schonen sie weder die Ehre ihrer eigenen Parteien, noch das Blut des polnischen

Volkes. Aber Arbeitspflicht und Arbeitsarmeen — war das für einen sozialistischen Staat nicht ein Gewaltakt?

Die Führer der P. P. S. kamen nicht dazu, den freudigen Augenblick der Begrüßung der zurückkehrenden „Helden“ von Kiew zu erleben, der abenteuerliche ukrainische Feldzug nahm ein trauriges Ende; denn die zurückflutenden polnischen Heere beruhigten sich erst, als sie Warschau erreichten.

Und wieder sprach man von der bolschewistischen Gefahr, wieder suchten die Sozialpatrioten die Massen zu überzeugen, daß die Rote Armee der russischen Arbeiter und Bauern nicht das Recht habe, den Sozialismus auf der Spitze ihrer Bajonette in ein fremdes Land hineinzutragen. Wieder predigte man das Gebot, daß die Arbeiterklasse eines jeden Landes das kapitalistische Joch selbständig, ohne fremde Hilfe, abschütteln müsse.

Es muß hervorgehoben werden, daß sich diesmal sogar einige polnische Kommunisten fanden, die sich diese sozialpatriotische Doktrin, ungeachtet des gegenrevolutionären Inhalts, den die Führer der P. P. S. ihr beileigten, zu eigen machten.

Daß diese ihre Auffassung nur eine empörende Heuchelei ist, — beweist ihre ganze Politik vor und nach dem Weltkrieg. In der Tat, wir können über den Zynismus der polnischen Sozialpatrioten staunen, die es sich als größtes Verdienst anrechnen, daß sie in die Reihen der deutsch-österreichischen Armee eingetreten waren, um die Befreiung Polens mit den Waffen Ludendorffs zu erkämpfen, die dann später mit Hilfe des imperialistischen Frankreichs ihr Polen schufen, die die Ukraine gegen ihren eigenen Willen gewaltsam „befreien“ wollten und die nun darüber empört sind, daß Polen mit Hilfe der Sowjetbajonette vom kapitalistischen System befreit werden könnte. Wir wollen uns nicht damit beschäftigen, den Zynismus der Sozial-Nationalisten zu untersuchen. Als die P. P. S.-Leute im Sejm für ein Bündnis mit jener Entente stimmten, die Sowjet-Rußland mit einem Drahtverhau umgürtete, lieferten sie dadurch den Beweis, daß sie sich nicht um die Nationalität der Bajonette kümmern oder um irgend welche ethischen Gebote, sondern lediglich und ausschließlich um das Bündnis der polnischen „Sozialisten“ mit der internationalen

Gegenrevolution, ohne Rücksicht darauf, ob sie von Ludendorff oder Foch geführt wird. Wenn daher die P. P. S. predigt, daß die Arbeiterklasse eines jeden Landes ihre Freiheit nur selbständig erringen dürfe, so bedeutet diese Formel, verglichen mit dem Vorgehen der Sozialpatrioten, nur das eine: man darf nicht mittels fremder revolutionärer Waffen den Kapitalisten und Agrariern Fabriken und Land fortnehmen; aber man darf und muß mittels fremder gegenrevolutionärer Bajonette die Herrschaft der Kapitalisten und Agrarier in jedem Lande aufrichten und festigen.

Es ist nicht weiter erstaunlich, daß dieselbe Formel auch von den deutschen Scheidemännern gepredigt wurde, als die Rote Armee die Grenzen Ostpreußens erreichte, in den polnischen Korridor eindrang und bei dem deutschen Proletariat Begeisterung und bei den deutschen Junkern Angst wach rief. Aber es ist zum mindesten erstaunlich, daß es in der kommunistischen Presse und in der kommunistischen Fraktion des deutschen Reichstags Leute gegeben hat, die sich dieser internationalen sozial-patriotischen Formel anschlossen. Indessen wäre es, namentlich für die deutschen Kommunisten, eine gute Gelegenheit gewesen, ihre Scheidemanngenossen in der Presse und im Reichstag zu befragen: „Ihr wollt die fremden Bajonette nicht? Aber ihr waret es doch gerade, die zu Anfang des Krieges die deutschen Kaiserbajonette segneten, als ihr die deutschen Arbeiter davon zu überzeugen suchtet, daß es ihre Aufgabe sei, Polen vom russischen Joch und Rußland von der Zarenknechtschaft zu befreien? Seid ihr nicht Foch dankbar gewesen, als er Eurem Noske dabei behilflich war, die deutsche Revolution zu erdrosseln und deutsche Arbeiter zu erschießen? Wenn Eure imperialistischen Bajonette gut genug waren für die Befreiung Rußlands, so werden die russischen proletarischen Bajonette mindestens ebenso geeignet sein, um Deutschland aus den blutigen Krallen solcher Henkersknechte, wie es Euer Noske ist, zu befreien. Der deutsche Arbeiter, der sich einerseits den durch die kaiserlichen Offiziere glänzend dressierten deutschen Truppen und andererseits den kampfwütigen Banden Fochs gegenübergestellt sah, hätte die Roten Sowjetdivisionen, wenn sie gezwungen

gewesen wären, deutsches Gebiet zu betreten, mit heller Begeisterung empfangen. Und er hatte dazu dasselbe Recht, das die demokratischen Ahnen der deutschen Bourgeoisie hatten, als sie die Bataillone der Großen Französischen Revolution mit Ungeduld erwarteten und mit Enthusiasmus begrüßten, um mit ihrer Hilfe das Feudaljoch abzuschüttern, oder — als die holländischen Demokraten, die die Armee des Generals Pichegru um Hilfe anriefen, die Holland im Jahre 1794—95 dann auch wirklich besetzt hat.

Und obwohl die Armeen der Großen Französischen Revolution sehr bald aufhörten, auf den Spitzen ihrer Bajonette „den Hütten — den Frieden, den Schlössern — den Krieg“ zu bringen; obwohl es bereits die Armeen des Ersten Imperiums waren, begriff sogar der Held des Romans von Jeromsky („Die Flammen“), ein Soldat der napoleonischen Armee, die ganze Bedeutung der damaligen französischen Waffen für das zurückgebliebene Spanien. Und als er das Manifest Napoleons, das die feudale Knechtschaft aufhob, anhörte, rief er aus: „Mit unserem Blut, spanisches Volk, ist Eure Konstitution geschrieben worden!“ Und nicht die kraftlose demokratische Sentimentalität der gutmütigen Schlachtschutz-Patrioten, sondern das Schwert Napoleons hat im Jahre 1807 den ersten Absatz der Konstitution diktiert: „Le Servage est aboli“ — „die Leibeigenschaft ist aufgehoben!“

Als die Rote Sowjetarmee im vorigen Jahre die Grenzen Polens überschritt, versprachen Pilsudsky, die Regierung und der Sejm den polnischen Arbeitern und Bauern goldene Berge. Der Sejm bereitete eiligst die agrarische Gesetzesvorlage vor, die von dem damaligen Landwirtschaftsminister, Prof. Bujak, im Juli unterzeichnet wurde. Erst nach dem Rückzug der Roten Armee, nachdem die polnischen Kapitalisten und Junker sich von ihrem Schrecken erholten, hatte Prof. Bujak den Mut, das einer Kritik zu unterziehen, was im Augenblick der Angst geschaffen worden war. In seinen „Kritischen Bemerkungen zu unserer Agrarform“ schreibt er: „Die Ironie des Schicksals hat es so gewollt, daß meine Unterschrift unter dem Juli-Gesetz steht“, einem Gesetz, das „meiner prinzipiellen Stellungnahme durchaus nicht entspricht“. Die Sol-

daten der Roten Sowjetarmee aber hätten ausrufen können: „Mit unserem Blute ist dieses Gesetz für die landlosen und landarmen Bauern geschrieben worden, diese feierlichen Versprechungen, die Angehörigen der Freiwilligen während des Krieges zu unterstützen. Unsere Niederlage ausnützend, hat man Euch, polnische Arbeiter, schmachvoll betrogen. Infolge unserer Niederlage werdet Ihr, landlose und landarme Bauern, selbst um jene armseligen Zugeständnisse kommen, die Euch die Agrarreform versprochen hat.“ Als Pilsudsky gegen Kiew marschierte, um die Ukrainer zu „befreien“, folgte ihm ein Gesindel von Gendarmen und Gutsbesitzern der Grenzgebiete, während die Bauern entweder in die Wälder flüchteten oder von der Kugel der Pans ereilt wurden. Als aber die Rote Armee die Gegenoffensive entwickelte und gegen Warschau vorging, flüchteten die polnischen Kapitalisten und Agrarier, die Bauern aber wurden die Herren des Landes. Der „wundertätige Sieg an der Weichsel“ führte dann natürlich zu einer Massenerschießung der Arbeiter und Bauern.

Daher sind die „fremden“ Bajonette der Roten Sowjetarmee im Bewußtsein der Arbeiterklasse ein für allemal das Symbol der Revolution geworden, während die „eigenen“ Bajonette des kapitalistischen Staates das Symbol der Gegenrevolution sind.

Wenn jene Behauptung, daß jedes Land seine Revolution ausschließlich mit eigenen Kräften durchführen muß, keine metaphysische, jede historische Wahrheit entbehrende Phrase wäre, dann müßte sie auch im umgekehrten Sinne richtig sein, nämlich, daß sich auch die Gegenrevolution ausschließlich auf die Kräfte ihres eigenen Landes stützen dürfe. Aber wenn im Lager der Gegenrevolution ein Apostel versuchen wollte, solcherlei politische Behauptung aufzustellen, so würde man ihn auslachen. Als der vierjährige Sejm sich erdreistete, mit der Konstitution vom 3. Mai 1797 die anarchische Struktur des feudalen Schlachtschütz-Staates um ein Weniges zu verbessern, wandten sich die polnischen Magnaten kurz entschlossen an die Kaiserin Jekaterina mit der Bitte, einen Feldzug gegen Polen zu unternehmen. Die französischen Emigranten versammelten sich unter dem Schutz der fremden Waffen im ganzen feu-

ralen Europa und flehten die fremden Herrscher an, ihr Vaterland aus der „Gefangenschaft“ der Jakobiner zu befreien. Nicht durch die Kraft der eigenen Bourgeoisie, sondern mit Hilfe der deutschen Bajonette ist die soziale Revolution Finnlands und Lettlands erstickt worden. Wenn am Grabe Sowjet-Ungarns der Weiße Terror der Horthy-Banden herrscht, so konnte dies nicht allein durch die Kräfte der ungarischen Gegenrevolution geschehen, sondern nur mit Hilfe der rumänischen, von den Verbündeten unterstützten Armee.

Das gegenrevolutionäre Polen Pilsudskys wäre schon längst von den polnischen Arbeitern und Bauern, die ein Waffenbündnis mit der russischen Revolution eingehen konnten, gestürzt worden, wenn es keine militärische Hilfe von seiten des französischen, die Rolle eines Kettenhundes im Osten spielenden Imperialismus erhalten hätte. Niemand zweifelt auch nur einen Augenblick daran, daß, wenn jetzt die Stelle des kapitalistischen Polens ein polnischer proletarischer Staat, eine polnische Sowjet-Republik einnehmen würde, dann die Herren Pilsudsky und Daszinsky in heiliger Eintracht mit Roman Dmowsky die kapitalistischen Regierungen der ganzen Welt anflehen würden, einen bewaffneten Angriff gegen das proletarische Polen zu unternehmen, ebenso wie dies die russischen Sozial-Revolutionäre, Kadetten und Monarchisten heute tun, indem sie alle Kabinette und Höfe mit Bitten bestürmen, man möge das Vaterland der russischen revolutionären Arbeiter und Bauern überfallen.

Im Hinblick auf die zweifellos historischen Tatsachen und auf die ungeheure Erfahrungsmenge, die den unvermeidlichen Zusammenhang einer jeden Revolution mit gegenrevolutionären und revolutionären Kriegen zeigt, ist es vollkommen unbegreiflich, wie im Kopfe auch nur eines einzigen Kommunisten die unsinnige Idee von der Selbständigkeit und der Eigentätigkeit der Revolution eines jeden Landes entstehen konnte. Es ist wahr: für die Sozialpatrioten konnte diese fixe Idee zu einem geeigneten Werkzeug für den Betrug und die Verführung der Volksmassen werden; aber für die Revolutionäre ist sie ein verhängnisvoller Irrtum. Wohin führt diese merkwürdige Idee in der

Politik? Sie gestattet den Sowjet-Republiken, sich innerhalb ihrer eigenen (man weiß nicht welchen) Grenzen gegen den Angriff der kapitalistischen Banden der ganzen Welt zu verteidigen; aber sie verbietet diesen Republiken das Ueberschreiten der Grenzen des Feindes. Die französischen revolutionären Bourgeois gehörten niemals zu dieser sonderbaren Gattung von Idealisten. Gleich zu Beginn des Krieges mit der feudalen europäischen Koalition zogen sie es vor, die Rheinstädte zu besetzen, gegen Mainz vorzugehen, die Gegenrevolution in Deutschland und Belgien nicht nur mit bewaffneter Hand zu schlagen, sondern die feudalen Privilegien und Pflichten in den besetzten Gebieten aufzuheben. Ebenso mußten die Sowjetrepubliken handeln, konnten doch die polnischen, tschecho-slowakischen u. a. von der Entente geleiteten Banden einen bewaffneten Angriff gegen die Gebiete der Sowjetrepubliken unternehmen. Aber wenn Pilsudsky, der wertvollste, wenn auch nicht immer gehorsamste Diener der Pariser Börse und des französischen Militarismus im Osten, auf dem Territorium Polens gegenrevolutionäre Banden unter der Leitung Balachowitschs, Peremykins, Petljuras organisiert, um sich auf die Ukraine oder Weißrußland zu stürzen, so sollten nach den Wünschen der Sozialpatrioten aller Länder die Sowjetrepubliken geduldig abwarten, bis diese Banden auf den Befehl Pilsudskys oder seiner Gebieter aus dem französischen Generalstab die Sowjetgrenzen überschreiten würden, und erst dann sollte es der Roten Armee gestattet sein, diese Banden zu schlagen; aber auch das nur unter der einen Bedingung, daß die Sowjetrepubliken, Gott behüte, die ethnographischen Grenzen Polens nicht überschreiten.

Es muß anerkannt werden, daß sich die Kommunistische Arbeiter-Partei Polens einer derartigen Gedankenverwirrung niemals schuldig gemacht hat. Derartig politisches Unkraut wächst nur im Gehirn der kleinbürgerlichen Intelligenz, die sich ihre phantastische Welt schafft, um in ihr eine angenehme Zuflucht vor der verfluchten Wirklichkeit der Klassenkämpfe, der Revolution und Gegenrevolution zu finden. Daher wird die K. P. P. derartige Gedankengebilde, die den Sowjetrepubliken vorschreiben wollen, mit der bewaffneten

Gegenrevolution nur auf ihrem eigenen Territorium zu kämpfen, vermutlich nicht einmal ernst genommen haben. Gleich vom Beginn der Organisation bewaffneter Sowjetkräfte an lehrte sie die polnischen Arbeiter, in der Roten Armee eine internationale revolutionäre Armee zu sehen, in der weißen polnischen Armee aber ihren Erzfeind. Dasselbe wiederholte sie in den Spalten ihrer Zeitungen und ihren Flugblättern während des Ueberfall Pilsudskys auf die Ukraine und während des Gegenangriffs der Roten Armee auf Polen. In dem bewaffneten revolutionären Klassenkampf mit dem internationalen Imperialismus anerkannten die polnischen Kommunisten keinerlei Grenzen, ebenso wie auch die internationale Gegenrevolution sich um keinerlei Grenzen kümmert, wenn es gilt, die Sowjetrevolution in Rußland oder in der Ukraine, in Estland oder Lettland, in Bayern oder Ungarn zu erdrosseln.

Aber eine Rote Armee bringt doch die soziale Revolution mit sich! — Darf man denn an der Spitze der fremden Bajonette die soziale Revolution in ein anderes Land tragen?

Selbstverständlich darf man das! Aus demselben Grunde und aus derselben Notwendigkeit heraus, die die Armeen der Großen Französischen Revolution zwang, die Grenzen zu überschreiten und die feudalen Grundfesten Europas zu erschüttern.

Wir sagen noch mehr: Jetzt kann man das viel eher, mit einem weit größeren Erfolge tun, als es die Armee der französischen Sansculotten seinerzeit getan hat. Und — was noch weit wichtiger ist — unter gewissen Voraussetzungen können die Roten Armeen gezwungen sein, viel weiter vorzudringen, und zwar — ohne ihre Erfolge auch nur im geringsten zu gefährden.

In der Tat, die Große Revolution der Bourgeoisie ist von der Großen Revolution des Proletariats durch mehr als hundert Jahre der Entwicklung des internationalen kapitalistischen Marktes, der den ganzen Erdball in einen geschlossenen wirtschaftlichen Organismus verwandelt hat, getrennt. Daraus folgt e r s t e n s, daß die bürgerliche Welt, die nur unter der Bedingung der Anhäufung des Kapitals in immer weiter wachsendem Ausmaß des internationalen Marktes existieren kann, nicht

gleichgültig zusehen kann, wie ungeheure, volkreiche Gebiete der Sowjetrepubliken, deren Naturschätze noch nicht ausgebeutet sind, den Prozeß der Kapitalanhäufung nicht mitmachen. Die bürgerliche Welt muß die Sowjetordnung bekämpfen. Die kapitalistische Welt kann neben den großen proletarischen Republiken nicht bestehen bleiben: einer der beiden Gegner muß unterliegen. Dank dem Heroismus ihres Proletariats, der ungewöhnlichen Energie und der weitsichtigen, sich schnell orientierenden Politik ihrer Führer haben die Sowjetrepubliken dem militärischen und wirtschaftlichen Angriff der gesamten kapitalistischen Welt drei Jahre lang widerstanden und — endlich, nach übermenschlichen Anstrengungen, nach endlosen Qualen und Entbehrungen, einen relativen Frieden an den äußeren Grenzen errungen. Aber die kapitalistische Welt kann die Existenz der Sowjetrepubliken nicht dauernd neben sich dulden. Wenn die Revolution des europäischen Proletariats ihr nicht die Waffen entreißt, so wird sie früher oder später, in dieser oder jener Form, zum neuerlichen Angriff gegen die Sowjetrepubliken übergehen. Dann wird die Rote Armee ihre wirtschaftliche Front verlassen, wieder mit den Waffen in der Hand zu den Grenzen eilen müssen, und von dem Grade der Entwicklung der Revolution in den europäischen Ländern wird es abhängen, wo und wann die Roten Armeen halt machen werden.

Was zweitens die internationale Lage und die Chancen für den Erfolg der Roten Armee betreffen, so haben die Ergebnisse der kapitalistischen Entwicklung für die Große Russische Revolution, verglichen mit der Großen Französischen Revolution, weit bessere Bedingungen geschaffen. Frankreich war gegen Ende des XVIII. Jahrhunderts für die bürgerliche Revolution reif; aber das ganze übrige Europa war für diese Revolution damals noch nicht reif. Besonders war Rußland zu jener Zeit eine unerschütterliche Feste der europäischen Feudalwirtschaft. Hieraus erklären sich die ungenügenden Ergebnisse der französischen Revolutionskriege und die Erhaltung der feudalen Ueberreste in vielen hochentwickelten Ländern Europas bis zum letzten imperialistischen Weltkriege. Jetzt dagegen ist ganz Europa für die sozi-

ale Revolution gereift, während Rußland, vom Gesichtspunkte der technischen Entwicklung und der Organisation der Produktivkräfte aus, weniger als alle anderen kapitalistischen Länder für den proletarischen Umsturz vorbereitet ist. Das erklärt, weshalb das feudale Europa seine Regimenter gegen das revolutionäre Frankreich werfen konnte, ohne auf einen ernsthaften Widerstand von seiten seiner gesamten Bevölkerung zu stoßen. Im Gegensatz dazu hat die aktive Einmischung der europäischen Arbeiter die Regierungen der kapitalistischen Staaten gezwungen, die bewaffnete Interventionspolitik gegen die Sowjetrepubliken aufzugeben und sich mit der Erhaltung und Unterstützung der Armeen in Polen zu begnügen.

Aber Tschitscherin hat in seinen Aufrufen anläßlich des Ueberfalls Pilsudskys auf die Ukraine dem internationalen Proletariat doch selbst erklärt, daß die Arbeiterklasse eines jeden Landes ihre Revolution selbst machen müsse? Allerdings, Tschitscherin hat das im Namen der Sowjetregierungen gesagt, auch Lenin und Trotzki haben dasselbe öffentlich ausgesprochen. Aber diese Worte drücken lediglich den heißen Wunsch der Sowjetrepubliken aus. Dieser Wunsch entstammt indessen nicht pazifistischen Gefühlsregungen, die ihnen stets durchaus fremd waren, auch nicht jenen Beweggründen, die sich die Berliner „Rote Fahne“ und die kommunistische Fraktion des deutschen Reichstages zur Richtschnur machten, als sie es, im Hinblick auf die sich nähernde Rote Armee, für richtig hielten, Leute vom Schlage Scheidemanns zu beruhigen und ihnen zu versichern, daß die deutsche Arbeiterklasse einen bewaffneten Eingriff der Sowjetregierung nicht wünsche, denn sie würde ihre Revolution schon selber machen, — selber machen mit Foch im Westen, mit seinen diensteifrigen polnischen Legionen im Osten, — und selber machen nach der Erfahrung der ungarischen Revolution. — — Als die tschechischen und rumänischen Truppen Sowjet-Ungarn überfielen, um die Revolution zu ersticken, kam die Rote Armee Ungarn nicht zu Hilfe. Gesah es deshalb nicht, weil das ungarische Proletariat seine Revolution nur selbst verteidigen konnte? Keineswegs! Das Gegenteil ist richtig. Rechtzeitige Hilfe der Roten Armeen

hätte nicht allein Sowjet-Ungarn gerettet, sondern auch das Schicksal der Revolution in Tschechien und Rumänien entschieden. Ja, sie wäre vielleicht das Signal für die europäische Revolution geworden. Aber die Rote Armee war offenbar selbst an die gegenrevolutionäre innere Front gebunden und war nicht imstande, Ungarn zu Hilfe zu eilen. Das erschöpfte, hungrige russische Proletariat wünschte immer den Frieden, um die Möglichkeit zu haben, an den wirtschaftlichen Aufbau heranzugehen und die Früchte seiner Siege zu ernten. Es rechnete immer mit einem baldigen Ausbruch der europäischen Revolution, denn es bedurfte selbst dringend ihrer Hilfe. Die Noten Tschitscherins, die davon sprachen, daß die Arbeiterklasse eines jeden Landes ihre Revolution selbst machen müsse, sind eben als solcher Ruf um Hilfe zu betrachten und können aus dem Munde eines russischen Kommunisten nichts anderes bedeuten. Wenn man sie dagegen von einem polnischen oder deutschen Kommunisten vernimmt, so muten ähnliche Äußerungen als Begleitung zu einer Musik wie die Lloyd Georges an, den die Tatsache, daß die Rote Armee die ethnographischen Grenzen Polens überschritt, moralisch aufs höchste zu entrüsten schien.

Zweifellos recht hatten aber nicht diese Kommunisten, sondern von ihrem Gesichtspunkte aus Lloyd George und jene imperialistischen Cliquen, die die Entstehung einer Sowjetordnung in Polen fürchteten. Aber nicht weniger Recht hatte das deutsche Proletariat, als es den Feldzug der Sowjetarmeen mit Begeisterung verfolgte und etwas ganz anderes im Sinne hatte, als sich sorgenvoll die Frage zu stellen: wird die Rote Armee an den deutschen Grenzen stehen bleiben oder noch weiter vorgehen? Und ebenso natürlich war der Enthusiasmus des europäischen Proletariats, seine ständig wachsende, aktive Mitwirkung, seine wachsende revolutionäre Gärung, die in der Zurückhaltung der für das gegenrevolutionäre Polen bestimmten Waffentransporte bestand. Die Revolution in Europa ist dermaßen reif geworden, daß zu ihrem Ausbruch allein schon der Widerhall der gleichmäßigen schweren Schritte der Sowjet-Baillone genügen würde.

Weigand auf der einen und Wrangel auf

der anderen Front retteten für dieses Mal die polnische Gegenrevolution. Wenn die Roten Truppen nicht so rasch gegen Warschau vorgedrungen wären und sich nicht so eilig zurückgezogen hätten, so hätte dieser Krieg, der nicht allein die Arbeiter und Bauernmassen und nicht nur die Soldaten, sondern auch die immer mehr anwachsende P. P. S. und die radikale Intelligenz einem raschen Revolutionierungsprozeß unterwarf, — zu der Entstehung eines Sowjet-Polens geführt. Und das würde nicht nur die Aufhebung des Einflusses des Imperialismus der Entente innerhalb Polens zuwege gebracht, sondern auch den Sturz dieser imperialistischen Feste im Osten, die in der Gestalt des weißen Polens zum Schutze des Friedensvertrages von Versailles errichtet wurde, bedeutet haben. Das wäre der tödliche Stoß gewesen, der die europäische Revolution ins Rollen gebracht hätte.

Die polnische Festung der internationalen Gegenrevolution ist heil geblieben, und sie hört trotz des Rigaer Friedensvertrages nicht auf, eine ständige militärische Bedrohung der Sowjet-Republiken und folglich auch der europäischen Revolution zu sein. Die Zukunft wird uns zeigen, ob diese Festung unter den unmittelbaren Hieben des polnischen Proletariats, oder infolge der deutschen Revolution, oder endlich durch neue abenteuerliche Unternehmungen Pilsudskys zusammenbrechen wird.

Das eine erscheint zweifellos: Pilsudsky hat den „Befreiungsplan“ der Ukraine und Weißrußlands nicht aufgegeben. Davon zeugen die Äußerungen der ihn unterstützenden polnischen Presse und der ihm nahestehenden Sejm-Mitglieder, die zwar für die Ratifizierung des Rigaer Friedensvertrages stimmen mußten, dabei aber wiederholt betonten, daß Polen seine Ziele im Osten noch nicht erreicht habe. Allerdings hat Pilsudsky nach der Katastrophe von Kiew die Mehrheit im Sejm eingebüßt, und die die französische Ober- und Schutzherrschaft über Polen anerkennende Bourgeoisie hat ihm das Recht selbständiger Unternehmungen auf dem Gebiete der Außenpolitik genommen und ihn der Kontrolle Fochs unterstellt. Pilsudsky mußte nach Paris reisen und die Leitung der polnischen Außenpolitik und auch der polnischen Armee dem

französischen Generalstab übergeben. Aber alles dies macht die polnische Festung des französischen Imperialismus zu einer um so größeren Gefahr für die Sowjetrepubliken. Früher wurden die kriegerischen Abenteuer Pilsudskys von ihm gemeinsam mit den Führern der P. P. S. vorbereitet, die das traditionelle Ideal der Schlachta, das Ideal der „Union Polens, Litauens und Weißrußlands“ in Gestalt einer Föderation Polens, Litauens, Weißrußlands und der Ukraine vertraten, und zwar dehnten sie ihr Programm bis zum Ausmaß einer Föderation aus, die eine Hegemonie des polnischen Kapitals über alle von Rußland losgelösten Länder erstrebte. Indessen ist das polnische Kapital viel zu schwach und organisatorisch unfähig, um derartig hochfahrende imperialistische Phantasien verwirklichen zu können. Daher zog es vor, der militärischen „Unabhängigkeit“ Pilsudskys ein Ende zu machen. Aber die Tatsache, daß die polnische Politik gegenwärtig von Frankreich diktiert wird, berechtigt nicht zu den Hoffnungen, daß diese Politik nun weniger aggressiv, weniger drohend sein wird; denn der französische Imperialismus, der sich jetzt in einer recht hilflosen Lage befindet, ist wohl der kriegerischste und abenteuerlichste der Welt. Wenn Foch, ungeachtet des katastrophalen Zustandes der

polnischen Finanzen, in Polen jetzt eine der größten Armeen organisiert, so ist diese nicht nur dazu bestimmt, Deutschland zu paralysieren, sondern auch den nächsten Krieg gegen die russische Revolution vorzubereiten. Die kriegerische Abenteuerlust Pilsudskys, die von einer nicht weniger abenteuerlichen französischen Politik dirigiert wird, wird vielleicht die „Föderations“-Pläne aufgeben müssen, aber sie wird deshalb nicht weniger abenteuerlich sein.

Die Sowjetrepubliken werden den Frieden nicht lange genießen können. Und wenn die europäische Revolution ihnen nicht bald zu Hilfe eilt, dann wird die Rote Armee die Werkzeuge der Arbeit niederlegen und wieder zu den Waffen greifen müssen.

Und wenn in Europa die proletarische Revolution ausbrechen wird — was dann?

„Der Ausbruch der Revolution in Europa wird für die Roten Regimenter des russischen Proletariats ein Signal für den Feldzug nach Westen sein.“¹⁾

N.

¹⁾ Aus den Thesen des Z. K. der Kommunistischen Arbeiterpartei Polens, die der Zweiten Parteikonferenz vorgelegt worden sind.

Der Kampf zwischen Amsterdam und Moskau in der schwedischen Gewerkschaftsbewegung.

In der schwedischen Gewerkschaftsbewegung gibt es bekanntlich drei Strömungen: Reformisten, Syndikalisten und die revolutionär gesinnten Gewerkschaftsverbände. Die Syndikalisten haben ihre eigene Organisation — die S. A. Z. (Zentral-Organisation der schwedischen Arbeiter). Die Reformisten stehen an der Spitze der etwa 250 000 Mitglieder zählenden Schwedischen Nationalen Organisation. Unabhängig von der Nationalen Organisation, aber gleichfalls auf reformistischer Grundlage stehen noch ca. 70 000

Werktätige, die größtenteils Staatsangestellte sind. Zur syndikalistischen Organisation zählen gegenwärtig ungefähr 30 000 Mitglieder.

Die ihrer Mehrzahl nach der kommunistischen Partei angehörenden Revolutionäre leiten die Arbeit innerhalb der reformistischen Organisationen. Aber auch innerhalb der S. A. Z. gibt es viele Genossen, die der kommunistischen Partei angehören und der Moskauer Roten Gewerkschafts-Internationale nahe stehen. Der Kampf in der schwedischen Gewerkschaftsbewegung begann im Jahre 1909.

zur Zeit des Generalstreiks. Wenn dieser Streik auch nicht mit einer völligen Vernichtung der Arbeiterbewegung geendet hat, wie es die Hoffnung der Unternehmer war, so hat er jedenfalls nicht zu dem erwünschten Siege geführt. Aus Anlaß des Streiks begann eine intensive Agitation gegen die reformistischen Führer: man beschuldigte sie des Verrats und ungenügender organisatorischer Fähigkeiten, die darin zum Ausdruck kamen, daß sie die Gewerkschaftsbewegung in einen Sumpf hineingetrieben und sie in Abhängigkeit von der Partei der rechtsstehenden Sozialisten gebracht haben. Alle Anklagen gegen die Führer stützen sich auf unwiderlegliche Beweise. Aber die Opposition führte lediglich zu einer Ablösung von einzelnen Elementen, die sich dann zu der S. A. Z. vereinigt haben.

In den dem Generalstreik vorangegangenen Jahren verlegte die Arbeiterklasse den Schwerpunkt ihres Kampfes auf das Gebiet der Politik. Der blinde Glaube an den Parlamentarismus führte sie zu der Ueberzeugung, daß diese Institution den Sozialismus herbeiführen könne. Im Laufe der Jahre 1910—20 traten dann nach und nach die politischen „Erfolge“ zutage. Der Einfluß der Arbeiter wuchs sowohl im Parlament als auch in einzelnen Gemeinden; aber ihre ökonomische Lage verschlechterte sich, zumal in den ersten Kriegsjahren. Es muß hervorgehoben werden, daß die Lebensmittelpreise seit Mitte 1914 bis 1920 um 170 Prozent gestiegen sind, während sich der Arbeitslohn durchschnittlich nur um 104 Prozent erhöht hat. So konnten die Arbeiter schon im Jahre 1920 feststellen, daß sie trotz aller parlamentarischen „Erfolge“ eine entscheidende politische Niederlage zu verzeichnen hatten. Die Lebenshaltung der Arbeiterschaft verschlechterte sich zusehends. Noch deutlicher wird sich das im laufenden Jahre zeigen. In Schweden ebenso wie in anderen Ländern stellten die Kapitalisten unter Hinweis auf die übliche kapitalistische, durch den Weltkrieg ganz besonders verschärfte Krise, weitgehende Forderungen auf, die die Herabsetzung des Arbeitslohnes erstrebten. Jener Umstand, daß die Löhne in der Periode des Anwachsens der Preise in weit geringerem Maße gestiegen sind als die Lebensmittelpreise, und daß der Arbeitslohn früher sinken wird als die Lebensmittel-

preise, wurde nicht in Rechnung gezogen. Die Lage der Arbeiter mußte sich immer mehr verschlechtern. In sämtlichen Industriezweigen forderten die Unternehmer die Herabsetzung der Löhne um 20 bis 50 Prozent, und die reformistischen Führer unterstützten nahezu offen diese Forderungen der Arbeitgeber. Jedenfalls unternahm man seitens der Reformisten nicht das geringste, um ihnen einen Widerstand entgegenzusetzen. Es ist wahr: die Leiter der skandinavischen Organisationen veranstalteten im Januar dieses Jahres in Stockholm eine Konferenz, auf der die Frage der Solidarität der skandinavischen Arbeiter in ihrer Stellungnahme den Arbeitgebern gegenüber erörtert wurde. Aber die Leiter der schwedischen und dänischen Organisationen waren die ersten, die der Forderung nach Solidarität nicht nachkamen. Besonders in Schweden wuchs sich das unsolidarische Verhalten zu einer Art Fahnenflucht aus. Diese Umstände und auch die häufigen Betrügereien der parlamentarischen Sozial-Patrioten wandelten nach und nach die Ansichten der Arbeiterschaft über die Formen des Klassenkampfes. Was aber die politische Tätigkeit betrifft, so verlor der in manchen Kreisen so sehr verbreitete blinde Glaube an den Parlamentarismus immer mehr an Boden. Allem, was mit Politik zu tun hat, begegneten die Arbeiter jetzt mit absoluter Indifferenz. Die Massen verloren ganz den Glauben an die eigene Kraft.

Der Zahl nach verstärkten sich die gewerkschaftlichen Organisationen wie in den anderen Ländern so auch in Schweden. Jeden Tag strömten ihnen neue Arbeitermassen zu. Aber es war nur ein äußerer Erfolg. An Anlässen zur Unzufriedenheit mit den Gewerkschaftsverbänden fehlte es nie, und in dem Maße, als der Kampf an Ausdehnung gewann, häufte sich die Menge dieser Anlässe. Auch die breiten Schichten erkannten sie immer mehr.

Der Bürokratismus der Führer der Gewerkschaften und ihr Bestreben, die Zentralisation der Bewegung dazu auszunützen, um den Arbeitern den Kampf gegen die Herabsetzung der Löhne zu erschweren, hatte zur Folge, daß die Arbeiterschaft die Forderung der Dezentralisation innerhalb der Verbände aufstellte,

was jedoch mit der syndikalistischen Forderung nach der Dezentralisation der Organisation selbst nicht identisch ist. Ebenso wurde die sofortige Veränderung der organisatorischen Formen der Verbände entsprechend dem Produktionsprinzip gefordert, da der Aufbau der Gewerkschaftsverbände nach Berufen dazu geführt hat, daß, wenn eine Arbeitergruppe den Kampf mit den Unternehmern aufnahm, die anderen Gruppen infolge des bestehenden organisatorischen Prinzips sich bestenfalls indifferent verhielten, schlimmstenfalls aber die Rolle der organisierten Streikbrecher spielten. Schon machen sich Bestrebungen geltend, alle Zunftorganisationen zu einer einheitlichen Klassenorganisation umzugestalten, die das ganze Land umfaßt. Es besteht das Bestreben, eine Organisation in staatlichem Maßstabe zu schaffen, die in einzelne Industriezweige und Produktionssektionen gegliedert ist und sich auf die allenthalben existierenden örtlich zentral-zusammengefaßten gewerkschaftlichen Vereinigungen stützt und nicht auf die verschiedenen beruflichen Verbände.

Die sogenannten staatlichen Verträge, die zwischen den Arbeitern dieses oder jenes Verbandes und den Unternehmern geschlossen zu werden pflegten, schränkten die Bewegungsfreiheit der gewerkschaftlichen Organisationen wesentlich ein, denn diese Kollektivverträge waren für sämtliche Arbeiter eines bestimmten Verbandes bindend. Das hatte zur Folge, daß man die Forderung nach freien Verträgen aufstellte oder wenigstens nach Einführung von Tarifsätzen für die Arbeitsentlohnung, wodurch die ganze Arbeiterbewegung eine weit größere Bewegungsfreiheit erhält.

Die Frage der organisatorischen Vereinigung gemäß der Auffassung der rechtssozialistischen Partei — deren Mitglieder während der ganzen Zeit, in der diese Partei an der Spitze der Bewegung stand, Verhältnisse geschaffen hatten, die sie zu der Rolle der Streikbrecher verpflichteten — und der gewerkschaftlichen Bewegung waren der Gegenstand vieler Streitigkeiten. Die Gewerkschaftsverbände schlossen sich bisher den örtlichen Organisationen der Rechtssozialisten an und waren für diese ein gutes Ausbeutungsobjekt im ökonomischen Sinne. Aber der energisch durchgeführte, von Revolutionären in den Gewerk-

schaften geleitete Feldzug führte dazu, daß den Unterabteilungen der Gewerkschaftsverbände das Recht genommen wurde, irgendeiner Partei als organisatorische Einheit beizutreten. Das hatte eine bedeutende Schwächung der gemäßigten Sozialisten zur Folge. Es muß hier erwähnt werden, daß die kommunistische Partei immer nur einen individuellen Beitritt zu ihrer örtlichen Organisation gestattet.

Endlich, und das ist das Wichtigste, führte die Ansicht, daß ökonomische Organisationen und der ökonomische Kampf die Grundlage eines jeden Klassenkampfes seien, dazu, daß die Frage der Umbildung der Gewerkschaftsverbände in revolutionäre Organisationen des Klassenkampfes in den Vordergrund trat.

Die schwedische gewerkschaftliche Bewegung folgte bisher den unantastbaren Traditionen der deutschen Bewegung, wie sie vor der Revolution war. Die Tätigkeit der Gewerkschaftsverbände betrachtete man als ein Palliativmittel im Kampfe der Arbeiter, und man glaubte, daß mit der Uebergabe der Macht des bürgerlichen Parlaments an die Arbeitervertreter das Reich Gottes auf Erden verwirklicht sein würde. Die Aufgabe der gewerkschaftlichen Organisationen war lediglich der Schutz ihrer Mitglieder im Rahmen der bestehenden kapitalistischen Ordnung. Leider machte man sich nicht rechtzeitig klar, wie das — unter Beibehaltung des kapitalistischen Eigentumsrechts auf die Produktionsmittel und unter der Kontrolle des Produktionsprozesses durch die Kapitalisten — in Wirklichkeit geschehen konnte!

Ausgehend von jenem Grundsatz, daß der reformistische Charakter der Gewerkschaftsbewegung nur auf organisatorischem Wege geändert werden könne, machte die Opposition schon im Winter 1916/17 den Versuch, sich enger zusammenzuschließen. Ostern 1917 entstand die sogen. Schwedische Gewerkschaftliche Opposition, die es sich zur Aufgabe machte, im Rahmen der reformistischen Nationalen Organisation und der reformistischen Gewerkschaftsverbände für deren revolutionäre Umgestaltung zu wirken. Die Programme waren ausgearbeitet und versandt; aber aus manchen Gründen waren die Ergebnisse entweder sehr gering oder sie fehlten ganz. Immer noch gab es Anlässe zur Unzufriedenheit. 1917/18 nahm

die Unzufriedenheit sogar zu und mit ihr das Bestreben nach der Reorganisation der gewerkschaftlichen Bewegung. So entstand im Herbst 1918 eine neue Organisation, zu deren Aufgaben auch die Arbeit innerhalb der reformistischen Organisationen gehörte. Es war die „Fackliga Propaganda Förbundet“ (Verband der gewerkschaftlichen Propaganda). Hauptsächlich auf seine Veranlassung hin wurden die politischen Klubs geschaffen, die in verschiedenen Ortschaften des Landes den Gewerkschaften angegliedert sind und der kommunistischen Partei nahestehen. Aber auch die Gewerkschaftsverbände haben sich ihnen zum Teil angeschlossen, so daß die Organisation jetzt mehr als 7000 Mitglieder zählt.

Das Programm, welches im März d. J. von der Konferenz angenommen wurde, ist im Hinblick auf die besonderen Verhältnisse Schwedens ausgearbeitet; aber auch die revolutionären Lehren, zumal die der russischen Revolution, fanden dabei Berücksichtigung. Da dieses Programm auch für die revolutionären Arbeiter der Gewerkschaftsverbände anderer Länder von Interesse sein könnte, so bringen wir es hier vollständig zum Abdruck. Es lautet:

„Im Hinblick darauf, daß die gewerkschaftlich-ökonomische Bewegung, die den Befreiungskampf des Proletariats verwirklicht, den Kampf nicht nur zwecks Besserung der ökonomischen und sozialen Lage der Arbeiterklasse im Rahmen der kapitalistischen Ordnung führen, sondern auch den sozialistischen Umsturz vorbereiten muß, den zu leiten sie sich das Ziel setzt, — wird der Verband der gewerkschaftlichen Propaganda im Einklang mit dem Programm und mit der Politik der Kommunistischen Partei wirken und sich die Bestimmungen der Kommunistischen Internationale zur Richtschnur nehmen zum Zweck der Verwandlung der reformistischen gewerkschaftlichen Bewegung in eine Bewegung des revolutionären Klassenkampfes, die sich an die Rote Gewerkschafts-Internationale anschließt.

Um dies zu verwirklichen, müssen folgende Aufgaben gelöst werden:

1. Propaganda zum Zweck des Zusammenschlusses aller Mitglieder der Gewerkschaftsverbände, die den revolutionär-sozialistischen Standpunkt einnehmen, unter der Bedingung, daß die organisatorische Einheit

der gewerkschaftlichen Bewegung erhalten bleibt.

2. Ausarbeitung von solchen Satzungen für einen jeden Gewerkschaftsverband, die die sozialistisch-revolutionäre Auffassung zur Grundlage der Organisation machen mit dem Verbot für die einzelnen Gewerkschaftsverbände und Sektionen, sich einer bestimmten politischen Partei als Kollektiv anzuschließen.

3. Wiederaufrichtung und Schutz der Aktionsfreiheit der gewerkschaftlichen Organisationen auf dem Wege der Ablösung der staatlichen Verträge und überhaupt aller dauernd bindenden Vereinbarungen durch sogen. „allgemein geltende Arbeitsbedingungen“.

4. Beseitigung aller Bedingungen in der gewerkschaftlichen Bewegung, die den revolutionären Kampf der Gewerkschaftsverbände hindern, indem sie die Arbeiter die Notwendigkeit nicht erkennen lassen, den gegenwärtigen Staat auf kommunistischen Grundlagen umzugestalten.

5. Vergrößerung der Mittel der gewerkschaftlichen Organisationen zwecks besserer Durchführung allgemeiner Streiks, der Sabotage, wirksamer Boykotts, der Obstruktion, des Registrierungssystems und der Kooperation zum Zwecke der Niederwerfung des Kapitalismus.

6. Beseitigung aller gewerkschaftlich-organisatorisch einseitigen, einen Zunftcharakter tragenden Bestimmungen und Errichtung einer nationalen Organisation gemäß dem klar umrissenen Produktionsprinzip. Angliederung örtlicher Organisationen auf föderativer Grundlage, ohne jedoch eine allgemeine Aktion der Arbeiter, falls eine solche notwendig sein sollte, aus den Augen zu lassen.

7. Agitation zwecks Abschaffung aller einseitigen Formen in staatlichen und privaten Betrieben, die dem solidarischen Vorgehen der Arbeiterschaft hinderlich sind.

8. Bekämpfung aller Ideen und Versuche, die sich auf die Durchführung der Sozialisierung unter Beibehaltung der kapitalistischen Formen beziehen, die die Verwirklichung der kommunistischen Gesellschaftsordnung nur erschweren.

9. Kampf um eine wirksame Arbeiterkontrolle der Industrie und Landwirtschaft, der Krediteinrichtungen, Verkehrswege und überhaupt des gesamten industriellen Lebens und Vorarbeit für die Sozialisierung der Industrie seitens der Betriebsräte, die aus den in der Industrie tätigen Klassen be-

stehen und die gemeinsam mit den Arbeiter- und Bauernräten das Fundament der sozialistischen Staatsordnung sein werden.

10. Zwecks Durchführung dieses Programms erklärt sich der Verband der Gewerkschafts-Propaganda zu gemeinsamer Arbeit mit allen jenen ökonomischen und politischen Organisationen bereit, die den revolutionären Kampf führen, ausgehend von den kommunistischen Prinzipien und der Idee der Diktatur des Proletariats als Uebergangsstufe zum Kommunismus“.

Ueber das Programm wurde in vielen Gewerkschaftsverbänden debattiert. Es fanden Hunderte von Versammlungen statt, auf denen über Revolution und Reformismus gestritten wurde. In den Gewerkschaftsverbänden wuchs die Opposition an, die die Durchführung des Programms anstrebte. Bereits auf der großen Konferenz des Metallarbeiter-Verbandes im Sommer 1919 bildete die Opposition die Mehrheit, die zwar aus verschiedenen Elementen bestand (aus linken und rechten Sozialisten, die der gewerkschaftlichen Bewegung skeptisch gegenüberstanden, und zum Teil aus Sozialisten des Jugend-Verbandes), aber sie strebte denuoch zu einer Kursänderung im revolutionären Sinne und wählte einige ihrer Führer in die Verbandsleitung. Im selben Jahre errang die Opposition eine Einflußstellung in der Verwaltung der Druckerei-Arbeiter.

Zur Geschlossenheit im Kampfe gegen die Reformisten trug sehr viel jener Umstand bei, daß innerhalb des Kommunistischen Jugend-Verbandes und der Kommunistischen Partei eine klare Erkenntnis von der wahren Bedeutung einer Reorganisation der gewerkschaftlichen Bewegung bestand. Auf der Konferenz des Jugend-Verbandes im Jahre 1914 äußerten sich verschiedene Mitglieder während der Debatten über die gewerkschaftliche Bewegung in dem Sinne, daß die radikale Reorganisation der Gewerkschaften im Rahmen der früheren Bewegung durchgeführt werden müsse, und zwar — im Geiste des Sozialismus und nicht des Syndikalismus. Die gleiche Konferenz hat die Satzungen des Verbandes dahin abgeändert, daß jedes Mitglied von nun an gezwungen ist, seiner beruflichen Organisation anzugehören, wenn eine solche am Orte vorhanden ist.

Auf der Konferenz 1917 wurde bei der Er-

örterung der Frage der gewerkschaftlichen Bewegung folgende Resolution gefaßt:

„Im Hinblick darauf, daß außerparlamentarische Massenaktionen zu unserer Zeit eine notwendige Ergänzung der parlamentarischen Wirksamkeit sind, da der Parlamentarismus allein nicht genügt, um die Arbeiterklasse zum Siege zu führen, beschließt die Konferenz, die Mitglieder daran zu erinnern, daß die gewerkschaftliche Bewegung vom Geiste des revolutionären Sozialismus getragen sein muß, dessen Taktik und Kampfmethoden im Hinblick auf die anwachsende Macht und Grausamkeit des Kapitalismus an Konsequenz und Schärfe zunehmen müssen.

In gegenwärtiger Zeit müssen die Arbeiter Schwedens alle Mittel des gewerkschaftlichen Kampfes weitestgehend ausnützen. Vor allen muß die Erfüllung der Forderungen der Erhöhung der Arbeitslöhne durchgesetzt werden, wobei das Existenzminimum nicht bei der Höhe der Vorkriegszeit stehen bleiben darf. Auch müssen der achtstündige Arbeitstag und andere grundlegende Forderungen der Arbeiterschaft verwirklicht werden. Die Arbeiterklasse muß sich bei ihren sozialistischen Forderungen auf ihre gewerkschaftlich-ökonomische Macht stützen, da die Voraussetzungen des Augenblicks für die Aufstellung dieser Forderungen durchaus günstig sind“.

Auf der Konferenz von 1919 wurde endlich beschlossen, daß die „Ziele des Verbandes unter anderem in der „Anwendung der revolutionären Taktik in der gewerkschaftlichen Bewegung bestehen müssen, nicht nur zum Zweck des Schutzes der alltäglichen Interessen der Arbeiter, sondern auch, um die Durchführung des Sozialismus, d. h. die Uebergabe der Produktion in die Hände der Arbeitenden, zu beschleunigen“.

Von der kommunistischen Partei ist allgemein anerkannt worden, daß ohne eine Umgestaltung der gewerkschaftlichen Organisationen keinerlei revolutionäre Tätigkeit möglich ist. Die Lage der kommunistischen Bewegung in Schweden wäre zweifellos viel günstiger, wenn die Opposition ihre Arbeit in den Verbänden früher begonnen hätte, anstatt jene einseitige politische Arbeit zu betreiben, auf die man bis zum Jahre 1919 sich beschränkt hatte. Die Richtigkeit dieser Auffassung beweist das Beispiel Norwegens, wo unsere Genossen schon seit 1910/11 eine

systematische Opposition innerhalb der gewerkschaftlichen Verbände aufgenommen haben, — annähernd auf den gleichen organisatorischen Grundlagen, auf die auch die Arbeit in Schweden gestellt ist. In Norwegen haben die Revolutionäre auf diese Weise nicht allein die führende Stellung in der rechtssozialistischen Partei eingenommen, sondern, etwas später, auch in der ganzen nationalen Organisation. In Schweden hat die Opposition bekanntlich aus der Partei der Rechtssozialisten austreten und eine neue Partei bilden müssen — der einzige Weg, der uns noch übrig blieb, wenn wir unser revolutionäres Bestreben nicht ganz aufgeben wollten. Wenn der Schwerpunkt auf dem gewerkschaftlichen und nicht auf dem politischen Gebiet gelegen hätte, so wären die Ergebnisse in Schweden aller Wahrscheinlichkeit nach andere, als sie auf der rechtssozialistischen Konferenz im Jahre 1917 in Erscheinung traten. Auf der diesjährigen Konferenz der kommunistischen Partei ist nach längeren Verhandlungen ihrer Führer mit den Führern des Verbandes der Gewerkschaftspropaganda der folgende Beschluß gefaßt worden, der in Zukunft die Beziehungen dieser beiden Organisationen auf einer Grundlage regeln soll, die den kommunistischen Prinzipien entspricht:

„Die Parteikonferenz als den bezeichnenden Ausdruck des wachsenden Strebens der Arbeiterklasse nach verschärften Kampfmethoden und eines in der gewerkschaftlichen Bewegung immer mehr in Erscheinung tretenden Willens zum revolutionären Umsturz begrüßend, — konstatieren wir, daß die Konferenz als Ausdruck der steigenden Ueberzeugung der Massen von der Notwendigkeit der Beseitigung des Kapitalismus gleichzeitig auch den Beweis liefert, daß die Auffassung der kommunistischen Partei über die Methoden des Kampfes gegen den Kapitalismus und über die soziale Revolution eine immer größere Verbreitung findet.

Die weite Verbreitung der revolutionären Ideen in den gewerkschaftlichen Organisationen ist das Ergebnis der dank den besonderen Verhältnissen und der unter den Mitgliedern der gewerkschaftlichen Organisationen herrschenden Stimmung erfolgreich durchgeführten Agitation. Im Vordergrund stehen daher die Aufgabe der Beschaffung einer besonderen Propagandaorganisation, die die Arbeit in den reformistischen gewerkschaftlichen Organisationen zu über-

nehmen hat, und die Ausarbeitung eines besonderen gewerkschaftlich - revolutionären Programms.

Die Konferenz schließt sich durchaus dem Verband der Gewerkschaftspropaganda an. Sie betrachtet ihn als eine im Verlaufe der revolutionären Entwicklung organisch gewachsene selbständige Organisation, die den Zweck hat, die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zum revolutionär-sozialistischen Schaffen und zum revolutionären Kampf heranzuziehen.

Zur völligen Klärung der Wechselbeziehungen zwischen Partei und Verband wird der Verband der Gewerkschaftspropaganda aufgefordert:

1. Die Beschlüsse der Kommunistischen Internationale und das Parteiprogramm als Direktiven für seine Arbeit anzuerkennen.

2. Eine Kernorganisation des Verbandes durch Einrichtung kommunistischer Klubs bei jedem Gewerkschaftsverbande zu bilden und jedem Klub die Verpflichtung aufzuerlegen, sich der örtlichen Parteiorganisation anzuschließen.

3. Der erwähnten Organisation das Recht zuzugestehen, je einen Vertreter in die verschiedenen örtlichen Klubs, in die Kreisorganisationen und in das Partei-Arbeiterkomitee (Delegiertenversammlung) zu entsenden, und außerdem einen Vertreter in den Hauptausschuß für Gewerkschaftspropaganda; — alle mit vollem Stimmrecht.

Unter der Voraussetzung der Annahme der obgenannten Punkte seitens der Konferenz des Verbandes der Gewerkschaftspropaganda beschließt die Parteikonferenz: das Zentral-Komitee zu beauftragen, die Tätigkeit der Gewerkschaftspropaganda in jeder Weise zu unterstützen und allen Parteimitgliedern die Verpflichtung aufzuerlegen, in jedem Gewerkschaftsverbande kommunistische Klubs bei den entsprechenden örtlichen Parteiorganisationen oder bei dem Verbande für Gewerkschaftspropaganda zu organisieren; außerdem dem Hauptausschuß des Verbandes für Gewerkschaftspropaganda das Recht zuzugestehen, zu den Besprechungen im Arbeiterkomitee (Delegiertenversammlung) der Partei von Fragen, die die gewerkschaftliche Bewegung berühren, einen Vertreter mit beschließender Stimme zu delegieren“.

Es versteht sich von selbst, daß diese Oppositionsbewegung innerhalb der gewerkschaftlichen Organisationen erbitterte Angriffe seitens der Bourgeoisie und der rechts-

sozialistischen Presse hervorrief. Aber am meisten hat sie die reformistischen Führer außer sich gebracht. Von der Verteidigung gehen sie jetzt zum Angriff über. Der Kampf begann mit dem Beschluß der Internationalen Konferenz der Metallarbeiter in Bern. Unterstützt wurde er von den französischen und deutschen Reformisten, die ebenfalls bei sich zu Hause die Anhänger Moskaus bekämpfen. Aber bisher haben die Reformisten nicht gewagt, die Opposition zu beseitigen. Die Vertreter der Nationalen Organisation traten in einer ihrer Versammlungen im Monat April mit einer Anklage gegen den Verband für Gewerkschaftspropaganda auf, dem sie Spaltungsbestrebungen vorwarfen, die auch bei den Reformisten bestehen. Außerdem erstatteten sie einen Bericht über die von der letzten Konferenz gefaßten Beschlüsse, der mit folgenden Worten endet:

„Da die Delegiertenversammlung die unloyale und feindselige Stellungnahme des Verbandes für Gewerkschaftspropaganda der Nationalen Organisation gegenüber konstatiert hat, und da der Verband sich die Aufgabe gestellt hat, die schwedische Gewerkschaftsbewegung den politischen Direktiven aus Moskau unterzuordnen, hält es die Delegiertenversammlung für notwendig, eine energische Forderung an alle Gewerkschaftsverbände zu richten, die Arbeit des Verbandes für Gewerkschaftspropaganda nicht zu unterstützen.“

Es ist charakteristisch, daß die Unabhängigen, die sogen. „Wennerstremer“, diesem Beschluß mit Vergnügen zugestimmt haben.

Bald äußerte sich auch der Ausschuß des konservativen Verbandes der Kommunal-Arbeiter — der Verband umschließt die städtischen Arbeiter — in der gleichen Richtung und gab in der Maiversammlung seine Kriegserklärung mit dem folgenden Beschluß ab:

„Jetzt kann einwandfrei festgestellt werden, daß die Kommunistische Partei nur eine Abteilung der Moskauer Internationale ist, deren Instruktionen sie unter anderem dazu verpflichtet, so zu handeln, daß der innere Beweggrund eines jeden Gewerkschaftsverbandes das bolschewistische Prinzip wird. Dieses Prinzip soll zur Weltrevolution führen, in der die Arbeiterklasse die Macht erobern und ihre Diktatur aufrichten wird. Auf dieser Grundlage und auch in-

folge der Direktiven, die die Bedingungen für den Anschluß an die gen. Internationale sind, ist die sogen. organisatorische Zelle — der Verband für Gewerkschaftspropaganda — gebildet worden, zu dessen Aufgaben die Organisation von kommunistischen Klubs in jedem Gewerkschaftsverbande gehört zwecks Verbreitung der bolschewistischen Lehre auf dem Wege der Eroberung der Gewerkschaftsverbände für die kommunistische Partei und für die Propaganda syndikalistischer Kampfmethoden.

Da wir uns mit der gesamten sozialistischen Gewerkschaftsbewegung unseres Landes solidarisch erklären, welche Bewegung sich durch die Nationale Organisation der der Moskauer Internationale so verhaßten Amsterdamer Internationale angeschlossen hat, und da diese sozialistische Bewegung ihren Prinzipien nach eine demokratische ist und sich nicht damit einverstanden erklären kann, daß die soziale Revolution gewaltsam durchgeführt wird, so beschließt und erklärt unser Verband folgendes:

1. Unser Verband ist mit der kommunistischen Partei und mit dem Verband für Gewerkschaftspropaganda prinzipiell nicht einverstanden, weder auf den Gebieten der politischen Ziele, noch auf denen der Kampfmethoden.

2. Es muß eine starke Agitation und Propaganda gegen die obengenannten Parteien und den Verband geführt werden durch Vorträge in allen Abteilungen und mit Zeitungsartikeln und ähnlichen Hilfsmitteln, die von unserer Verbandsleitung ausgearbeitet werden.“

Die entscheidende Schlacht sollte nach Berechnungen der Anhänger der Amsterdamer Internationale Ende Mai auf der großen Konferenz des Eisenbahnverbandes geschlagen werden. — Ein großer Teil der Verbandsmitglieder, zumal im nördlichen Schweden, ist geschlossen dem Verband für Gewerkschaftspropaganda beigetreten. Im allgemeinen war unter den Eisenbahnern große Unzufriedenheit mit dem Vorgehen der Verbandsleitung zu beobachten. Daher hielten es die Reformisten für vorteilhafter, in ihren Forderungen bescheiden zu erscheinen. Der Konferenz wurde folgende Resolution zur Annahme vorgelegt:

„Im Hinblick darauf, daß einige Sektionen den Beschluß faßten, sich dem Verband für Gewerkschaftspropaganda anzuschließen, er-

klärt der schwedische Eisenbahnverband kategorisch, daß die Zugehörigkeit zum Verband für Gewerkschaftspropaganda, der eine Spaltung der schwedischen Arbeiterbewegung bezweckt, mit der Mitgliedschaft im Eisenbahnverbande oder mit irgend einer Funktion im Dienste dieses Verbandes durchaus nicht zu vereinbaren ist.

Die Konferenz fordert die Verbandsleitung dazu auf, alle Organisationen und Abteilungen möglichst eingehend über Ziel und Aufgaben der gewerkschaftlichen Organisationen aufzuklären und auf die von dem Verbands für Gewerkschaftspropaganda durchgeführte Tendenz zur Spaltung der Gewerkschaftsverbände hinzuweisen.

Die Konferenz vertritt die Meinung, daß die Verbandsorgane eine umfassende Literatur herausgeben müssen, die die oben genannten Ansichten zum Ausdruck bringt."

Bei den anhaltenden Debatten haben unsere Genossen klar bewiesen, wer in Wirklichkeit die Spaltung der Gewerkschaften verursacht. Trotz allem Widerstreben der Reformisten beschloß die Konferenz einstimmig, den Sektionen den kollektiven Beitritt zum Verband für Gewerkschaftspropaganda zu verbieten; dagegen stand dieses Recht den zu Gruppen oder Clubs vereinigten Mitgliedern des Verbandes ohne weiteres zu.

Das wäre im allgemeinen die gegenwärtige Lage. Die Anhänger Amsterdams bereiten sich auf die Konferenz der Nationalen Organisation vor. Die obengenannten Beschlüsse sind jedenfalls nur ein Vorspiel eines ernsthafteren Kampfes. Indessen vergrößert sich die Arbeitslosigkeit unausgesetzt. Ende Mai gab es in Schweden etwa 90 000 Arbeitslose und mehr als 100 000 Arbeitende mit verkürzter Arbeitszeit. Die seitens des Staates und der Gemeinde früher an die Arbeitslosen gezahlten Unterstützungen haben dank den Verfügungen der früheren rechtssozialistischen Regierung aufgehört. Die Gewerkschaftskassen beginnen sich zu leeren. Alles weist darauf hin, daß die reformistische Bewegung infolge ihres engen Kontakts mit dem Kapitalismus in eine Sackgasse geraten ist, und daß

sowohl die Reformisten als auch die Kapitalisten nicht mehr wissen, wie sie aus ihr herauskommen sollen. So gibt es also viele Faktoren, die zu der Annahme berechtigen, daß der Angriff mit einer empfindlichen Niederlage enden wird. Als ein vielversprechendes Anzeichen in diesem Sinne verdient hervorgehoben zu werden, daß kürzlich der „Verband der Wald- und Landwirtschafts-Arbeiter Schwedens“ sich für die Anerkennung der Grundideen der Roten Internationale der Gewerkschaftsverbände ausgesprochen hat.

Zweifellos wird der Kampf recht hartnäckig sein. Die Reformisten verfügen über ein ganzes Arsenal von Kampfmitteln, die sie in Aktion zu setzen nicht verfehlen werden. Das Kampfmittel der Opposition ist — der revolutionäre Glaube und das Bewußtsein, daß der Kapitalismus und mit ihm der Reformismus sich ihrem Ende nähern. Folglich ist die Gewinnung der gewerkschaftlichen Organisation für die revolutionäre Sache — nur eine Frage der Zeit. Und wenn die Rote Gewerkschaftsinternationale auf ihrem Kongreß es verstehen wird, ihre organisatorischen Formen elastisch genug zu gestalten, so wird sie dadurch die radikale Umbildung der gewerkschaftlichen Organisation sehr erleichtern und den Anhängern der Amsterdamer und II. Internationale den Todesstoß versetzen, indem sie die gewerkschaftlich organisierten Massen zu einer einheitlichen Armee zusammenschweißt. Ohne Eroberung der gewerkschaftlichen Organisationen für den revolutionären Kampf, für die Macht der Sowjets und für die Diktatur des Proletariats wird die Revolution nicht siegen können. Gegenwärtig ist die wichtigste Aufgabe der Kommunisten die Arbeit in den gewerkschaftlichen Organisationen, dort, wo die Massen zu finden sind, dort, wo ihr Vertrauen mit uneigennütziger und bewußter Arbeit gewonnen werden kann, energisch in Angriff zu nehmen. In dieser Richtung leitet der Verband für Gewerkschaftspropaganda in Schweden seine Arbeit.

K. Killbom.

Georgien unter den Menschewiki

Der Kampf zwischen dem verräterischen Demokratismus der Menschewisten und der wahrhaft revolutionären proletarischen Demokratie der Bolschewisten begann mit dem ersten Augenblick der Entwicklung beider politischer Richtungen in der Arbeiterbewegung ganz Rußlands, zu dem damals auch Grusien gehörte. Seit dem Jahre 1903, im Verlaufe der ganzen Revolution 1905 und nachher strebten die grusinischen Menschewisten, die einen bedeutenden und einflußreichen Teil des russischen Menschewismus bildeten, danach, ihre Illegalität sobald wie möglich aufzugeben und eine von der russischen Regierung geduldete Partei zu werden. Daher predigten sie den Anschluß an die liberale Bourgeoisie („Semstwo-Feldzug“, Blockbildung mit den Kadetten, organische gesetzgeberische Tätigkeit in den Dumas — in der Reichsduma und in den städtischen usw.). Obwohl sie mit uns in einer Partei waren, glichen sie als Anhänger einer gemäßigten proletarischen Linie im Sozialismus und in der Revolution mehr unseren inneren Feinden als unseren Freunden und Genossen. Denn die ganze Praxis und Presse der Menschewisten in den letzten 17 bis 18 Jahren zeigen, daß ihre Polemik und Agitation gegen die Kadetten niemals derartig feindselig und hartnäckig war wie die gegen uns gerichtete. Es versteht sich von selbst, daß die offenen Klassenfeinde des Proletariats — die Kadetten und Schwarz-Hundertschafter — der Revolution niemals so gefährlich waren, wie die Menschewisten im allgemeinen und die grusinischen im besonderen, denn diese traten als Freunde der Arbeiter und Bauern auf, als wahre Sozialisten schimpften sie uns Utopisten und Abenteurer, Romantiker der Revolution, Anarcho-Bianquisten u. s. i. Und in einem Lande wie Grusien, dessen Bauern und Kleinbourgeoisie die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung bilden, wie übrigens auch in ganz Rußland, mußten sie mehr Erfolg haben als wir „geradlinigen“ und „unversöhnlichen“ Sozialisten-Bolschewisten, die den konsequent-revolutionären Standpunkt des Klassenkampfes vertraten. Das ist der Grund, weshalb die Menschewisten in der Dumaperiode (1906—1917) und zu Beginn der Februar—März-Revolution von 1917 (bis Oktober), überall, sogar in den Arbeiter- und Bauern-Sowjets, die Mehrheit für sich hatten.

Sie strebten ebenso wie die Kadetten danach, das Erbe des Zaren mit dem höchsten Preise zu bezahlen, mit der Preisgabe der ferneren Entwicklung der Revolution (ihrer Vertiefung), mit dem Aufgeben

des Programm-Minimums . . . Aber um das Vertrauen der Massen der Arbeiter- und Bauernschaft und deren Glauben an ihren Sozialismus nicht zu verlieren, hüllten sich die Menschewisten stets in den Mantel der „revolutionären Demokraten“, die die Errungenschaften der Revolution gegen die Anarchie der proletarischen Revolution, deren Sprecher wir natürlich von Anfang an waren, verteidigten.

Für die proletarische Revolution haben sie sich niemals vorbereitet. Ihr Führer, Noj Schordania, der jetzt gemeinsam mit seinen Helfershelfern Zerebelli, Tschcheidse, Gegetschkori, Tschchenkeli, Ramischwili u. a. „Helden“ Europa bereist, den englisch-französischen Imperialisten die Türen einrennt und scheinbar sogar eine Intervention vorbereitet, — dieser Schordania hat seinerzeit, als die Stolypinsche Reaktion einsetzte, erleichtert aufgemet und sich für einen Liquidator der Revolution erklärt. Er war Gegner einer jeden illegalen Partei und während des imperialistischen Krieges 1914—18 Verteidigungsmilitarist in weit größerem Grade als der verstorbene Plechanow, für dessen Schüler er sich unberechtigterweise hält. Gemeinsam mit den anderen Menschewisten hat er sich nicht nur in den Reichsdumas, sondern auch in den Gemeinderäten und in den agrarischen Semstvos sehr wohl gefühlt . . . Dagegen suchten die Menschewisten Grusiens die kleinen bolschewistischen Gruppen in ihrer revolutionären Arbeit mit allen Mitteln — Provokation und Verrat mit inbegriffen — zu stören. Jene wenigen Gruppen, die das Standrecht und die Strafexpeditionen der Zarenminister und Henker — Stolypin, Gurko, Goremkin — übrig gelassen haben. Sie verbrannten unsere Flugschriften, sogar die des Maifestes; sie lehnten den achtstündigen Arbeitstag und die Forderung nach einer demokratischen Republik in Rußland ab. Sie erwarteten die Revolution nicht, und als diese in Petersburg, Moskau und in anderen Städten Rußlands in den Februar-Märztagen 1917 ausbrach, waren sie durchaus unvorbereitet.

Aber auf das eine waren sie stets vorbereitet: bei jeder Situation wußten sie sich in das Vertrauen der Arbeiter- und Bauernmassen einzuschleichen. Während zehn Jahren (1907—17) haben sie es fertig gebracht, das revolutionärste Gebiet des zaristischen Rußlands — Grusien, seine revolutionäre Stadt Batum, sein revolutionäres Bauern-Gurien, sein revolutionäres Arbeiter-Tiflis — durch einen kleinen Reformismus zu demoralisieren. Natürlich

begünstigten zunächst die Reaktion und später der Krieg ihre Judasarbeit, und auch bei den Agenten der Reaktion und der Bourgeoisie fanden sie immer eine wohlwollende Unterstützung.

Als Schordania in Tiflis von seinem Dumaagenten in Petersburg, Tschcheidse, die Nachricht von der Revolution erhielt, begannen er und seine Clique, die doch bisher für die Revolution nicht das geringste getan, sondern ihr im Gegenteil theoretisch und praktisch im Wege gestanden hatten, Städte und Dörfer Grusiens zu bearbeiten (zunächst im ganzen Kaukasus, später mußten sie sich in das „unabhängige Grusien“ zurückziehen). Alle diese Freiheiten — sagten sie den Arbeitern und Bauern Grusiens — hat das Volk durch uns, die Menschewisten, erhalten, und an der Spitze der Revolution steht unser Mann, der große Tschcheidse. Natürlich glaubten ihnen die im Laufe eines ganzen Jahrzehntes von ihnen bearbeiteten Massen; denn die Arbeiter und Bauern sahen die Menschewisten allenthalben in Städten und Dörfern, während die von der Regierung verfolgten, durch die Revolution von 1905 und den weißen Terror der nachfolgenden Jahre dezimierten Bolschewisten sich nur selten zeigen konnten.

Die Massen der Arbeiter und Bauern Grusiens schenkten Schordania und Co. Glauben. Sie gaben ihnen bei den Wahlen sowohl zu den örtlichen, als auch zu den allrussischen Institutionen, nahezu alle ihre Stimmen.

Was gab nun die Praxis des grusinischen Menschewismus, der Herren Tschcheidse, Zeretelli, Schordania und Co. den armen Arbeitern und Bauern Grusiens? Das werden wir weiter unten sehen.

* * *

Um die Wohltaten der Februarrevolution 1917 brauchte man in Grusien wahrlich nicht zu kämpfen: die Nachricht von dem Sieg der Revolution haben die grusinischen Menschewisten telegraphisch erhalten. Verwirrt von einem solchen radikalen Umsturz, wie es die Absetzung Nikolaus II., die Errichtung der Arbeiter- und Bauernsowjets war, liefen Schordania und Ramischwili sofort zu Nikolai Nikolajewitsch, dem Onkel des Zaren, der damals Gouverneur des Kaukasus war, um zu beraten, was weiter zu tun sei. Der von den Ereignissen in Petersburg nicht weniger gut unterrichtete und nicht weniger verwirrte Zarensprößling freute sich über ihren Besuch, behandelte sie sehr gnädig und lobte sie für die besonnene Aufnahme der Ereignisse, von denen man nicht sagen könne, wie sie sich weiter entwickeln würden. Doch mußte er traurig zugeben, daß die Tatsache der Absetzung seines Neffen zweifellos richtig sei...

Die Straße begann zu sprechen... Die in den Gefängnissen sitzenden Bolschewisten sollten gerade nach dem fernen Sibirien verschickt werden. Vom Volke befreit, machten sie sich an die Arbeit: sie verhafteten die Gendarmen und die Polizisten und besetzten deren Stelien mit freien Militärsoldaten und Kommissaren.

Sie veranstalteten die ersten großen Arbeiter- und Soldatenversammlungen. Auf diese Weise entstanden in Tiflis und überhaupt in Grusien, Transkaukasien und im Kaukasus Arbeiter-, Soldaten- und Bauern-Delegierten-Sowjets.

Nun gaben sich die Menschewisten die größte Mühe, den Unterschied zwischen Bolschewisten und Menschewisten zu verwischen. Das war ihnen in jenem Augenblick sehr vorteilhaft; denn sie erhielten bei allen Wahlen nicht nur deshalb die Mehrheit, weil die Massen den einzelnen Personen blind vertrauten, sondern vielmehr deshalb, weil diese Massen glaubten, daß jetzt zwischen den einzelnen Fraktionen und Parteien kein Unterschied mehr bestände, die Zeiten seien gottlob andere geworden, alle würden es gut haben, es sollte keine Selbstherrscher und keine Agrarier mehr geben.

Die Menschewisten richteten sich im Palais Nikolai Nikolajewitschs ein und entließen ihn in Frieden im Zuge des Zaren, der mit dem Volke geraubten Reichtümern und Schätzen vollgepfropft war. Sie speisten die auf dem Platz vor dem Palais versammelten Volksmengen mit Honigworten vom zukünftigen Schlaraffenland ab. Die Hauptsache sei, daß man die Ordnung aufrecht erhalte, an der Front bleibe, die „Freiheits-Anleihe“ Kerenskys kaufe und den Vertretern der Provisorischen Regierung im Kaukasus, dem Kadetten Charlamow und dem Menschewisten Tschchenkeli, der außerordentlicher Kommissar der Provisorischen Russischen Regierung im Kaukasus war, gehorsam sei...

Im grusinischen Volke verbreiteten sich Illusionen vom friedlichen Hineinwachsen in den Demokratismus und Sozialismus, — eine Anschauung, die die Menschewisten ihrer Gemeinde während der reaktionären Periode jahrzehntelang eingeflößt hatten.

Und als wir uns in ideell-prinzipiellen Fragen immer weiter von den Menschewisten entfernten, verstärkten sie — im Verein mit den Sozialrevolutionären, den armenischen Daschnaken, den grusinischen Sozial-Föderalisten und den aserbeidschanischen Mussawatisten — die Agitation in den Massen gegen uns und versperrten unseren Agitatoren und unserer Presse auf das sorgfältigste den Weg zur militärischen Front und in die Kasernen.

... Aber das Leben selbst arbeitete für uns... Das hatten sie jedoch vorausgesehen, und je näher der Oktober 1917 heranrückte, um so entschlossener machten die menschewistischen „Brüder“ eine Wendung nach rechts, bis sie das Lager der wasch-

echten Nationalisten und Leute vom Typus Markow II. und Purischkewitsch erreicht hatten. Natürlich behielten sie, um die Arbeiter und Bauern zu betrügen, den „äußeren Anstand“ — d. h. die sozialdemokratische Phraseologie — bei.

Im Zusammenhang mit dem Oktoberumsturz organisierten sie das transkaukasische Kommissariat, was eine endgültige Loslösung vom revolutionären Rußland bedeutete. Schordania reiste von Tiflis nach Batum und Poti und nach anderen Orten Grusiens und erließ einen Aufruf an die grusinischen Soldaten der Allrussischen Armee mit der Aufforderung, die Allrussische Armee zu verlassen und nationale Regimenter zu organisieren.

Diese Organisation ging tatsächlich vor sich. Aber zum Entsetzen der Menschewisten waren die grusinischen Soldaten ebenso wie die russischen vom „Bolschewismus angesteckt“, d. h., sie wollten gemeinsam mit den russischen Bauern und Arbeitern die Agrarier aus ihren Besitzungen vertreiben, eine Sowjetmacht errichten und die Diktatur des Proletariats verwirklichen.

In Tiflis und in anderen Orten Grusiens (z. B. in der Stadt Gori) verlangten die nationalen Regimenter nicht nach den menschewistischen, sondern nach den bolschewistischen Agitatoren und stimmten in großen Versammlungen für die bolschewistischen Resolutionen, die die Beendigung des Krieges und die Vereinigung mit Rußland forderten.

Eines dieser nationalen Regimenter in Tiflis verhaftete für einige Stunden den Außerordentlichen Kommissar, den Menschewisten Tschchenkeli, der in der Kaserne erschienen war, um für nationalistische Theorien zu agitieren und die Soldaten zu bewegen, ihnen, den Menschewisten, als den Erben der russischen Selbstherrschaft im Kaukasus im allgemeinen und in Grusien im besonderen, gehorsam zu sein.

In Gori zog ein ganzes Regiment bewaffnet durch die Stadt, um sich nach dieser Demonstration aufzulösen.

Die aus verschiedenen Orten Rußlands in die grusinischen Dörfer zurückgekehrten Frontsoldaten brachten einen frischen Strom Wahrheit über den Bolschewismus und über die neue Sowjetmacht in Rußland mit. In der Ortschaft Zchinwalach und weiter im südlichen Osetien, das als ein Teil Grusiens gilt, flammte ein Aufstand nach dem anderen auf. Dasselbe war auch im Kreis Duschet der Fall, der an der den Kaspek überquerenden militärischen Straße liegt.

So verhielt sich die Sache in Ostgrusien.

In West-Grusien dauerten die Volksaufstände die beiden Jahre 1918 und 1919 hindurch fast in allen größeren Dörfern und in sämtlichen Kreisen des Gouvernements Kutais an. So war es in Imeretien, Ssatschchera — im Kreise Schorapansk, in Bagdaty — Kreis Kutais, im ganzen Ratscha und be-

sonders im Kreis Litschchumsk, wo sich die revolutionäre Macht volle drei Monate gehalten hat. Alle diese Gebiete waren von dem Aufstande der Bauern erfaßt, die unter der Leitung aufgeklärter Arbeiter und bewaffneter Frontsoldaten die Städte zu erobern suchten. Das gleiche war auch in Mingrelien der Fall. In den Kreisen Ssenack und Sugdit fanden wiederholte Massenaufstände statt. Auch an der Küste des Schwarzen Meeres, d. h. in Abchasien brachen wiederholt Aufstände aus, und die Sowjetmacht hielt sich dort längere Zeit. Auch Adscharien, d. i. der Kreis Batum, stand hinter den anderen nicht zurück, ungeachtet der Besetzung dieses Gebiets, anfangs durch die Türken und Deutschen, später durch die Engländer und Franzosen — die Beschützer der Menschewisten.

Am längsten blieb den Menschewisten das Bauern-Gurien treu, das einstmals, in den Tagen des russisch-japanischen Krieges und der Revolution 1905 sehr revolutionär gewesen war. Von dort stammten auch fast alle Führer der grusinischen Menschewisten mit Schordania an der Spitze. Aber Ende 1919 und Anfang 1920 fiel auch das schöne Gurien von den Menschewisten ab und organisierte einen Aufstand.

So war es in West-Grusien.

Aber wir vergaßen noch, die häufigen Empörungen zu erwähnen, die während der letzten vier Jahre in verschiedenen Gegenden des Gouvernements Tiflis (Ost-Grusien) — Kachetien — in den Kreisen Telawak und Ssignachak, desgleichen in den Kreisen Tiflis, Bortschalinsk, in Tionetsk des Gouvernements Tiflis stattfanden.

Kurz, es gibt keinen Flecken in Grusien, wo es keine Aufstände gegeben hätte; denn die Massen der Arbeiter und Bauern erkannten die Verlogenheit der menschewistischen Politik, die keine Arbeiter- und Bauernpolitik, sondern eine nationalistisch-bürgerlich-agrarische, gegen die Arbeiter und Bauern gerichtete Politik war. Die werktätigen Massen Grusiens erkannten den häßlichen, mit dem stolzen Banner der nationalen Selbstbestimmung und des Kulturfortschritts bemantelten Kern.

Der Protest gegen den Brest-Litowsker Frieden, die Loslösung Grusiens von Rußland, die „selbstständigen“ Unterhandlungen mit den Imperialisten und der türkischen Regierung — alles das öffnete den Arbeitern und Bauern Grusiens die Augen. Der bürgerlich-agrarische Nationalismus und Imperialismus der Menschewisten war entlarvt, zumal, da die Menschewisten den Bürgerkrieg zwar mit Worten verneinten, in Wirklichkeit diesen Krieg jedoch im Bündnis mit den Imperialisten gegen die „eigenen“ Bauern und Arbeiter führten.

Nachdem sie die angeblich Rote Garde gegen die Bolschewisten mobil gemacht hatten, taufte die Menschewisten unter dem Einfluß der auswärtigen Imperialisten diese sehr bald in die „Volks-Garde“

um. Das Volk aber, gegen welches diese Volksgarde mit schwerer Artillerie und Maschinengewehren zu Felde zog, nannte sie Adels- und Weiße Garde und kennzeichnete damit den Klassencharakter des Kampfes der grusinischen Menschewisten gegen die revolutionären Arbeiter und Bauern.

Der Bürgerkrieg hörte in Grusien im Grunde genommen niemals auf: seit Ende 1917 bis zum Augenblick der Errichtung der Sowjetordnung, also im Februar—März 1921, dauerte er ununterbrochen an, mit Ausnahme kurzer Atempausen.

Wie in jedem Kriege, so gab es auch hier zwei Parteien. Die eine — die Mehrheit der Bauern und ein Teil der klassenbewußteren revolutionären Arbeiter in den Städten — kämpfte um „Land und Freiheit“, d. h. für die Sowjetmacht, für die Vereinigung mit den russischen Arbeitern und Bauern und durch diese — mit der ganzen roten Kommunistischen Internationale. Die andere Partei — die von den Menschewisten angeführte bürgerlich-agrarische — bekämpfte alle diese Bestrebungen. Endlich, nach vierjährigem Kampfe, kam das Arbeiter- und Bauern-Grusien in den Februartagen 1921 zu seinem Ziele: es besiegte die Menschewisten und die bürgerlich-agrarische Clique und errichtete im engen und freundschaftlichen Kontakt mit der R. S. F. S. R. und mit der Kommunistischen Internationale die Sowjetmacht Grusiens.

In der letzten Periode vor dem Umsturz in Grusien machten die Menschewisten sowohl auf ökonomischem als auch auf politischem Gebiet endgültig Bankrott. Das Volk bekam ihn erst 1920 zu spüren, nach der Aufrichtung der Sowjetordnung in Aserbeidschan und Armenien.

Das Volk erhob sich in den Februar- und Märztagen 1921, der Umsturz begann gleichzeitig an allen Ecken und Enden Grusiens: an den Grenzen Armeniens, rings um Aserbeidschan und an den Grenzen des nördlichen Kaukasus. Im Norden verbreitete sich der Aufstand in zwei Richtungen: von Kasbek aus nach dem östlichen Grusien (Gouv. Tiflis) — hier erhoben sich die Gorzer-Grusinier, und von der Seite des Bergpasses von Mamisjonsk (Gouv. Kutais) flammte der Aufstand in den Kreisen Ratscha und Litschchumsk auf . . . Mingrelien, Abchasien, Adscharien und sogar Gurien erhoben sich. Das ganze Land überzog sich mit revolutionären Komitees, und das Zentrale Revolutionäre Komitee Grusiens, d. h. also die Kommunistische Partei Grusiens mit dem Zentralkomitee an der Spitze, leitete allenthalben den Aufstand. Dort, wo einstmals der Zarismus 60 Jahre lang Krieg führte, siegte die von den aufständischen Arbeitern und Bauern Grusiens einberufene Rote Armee im Laufe von 30 Tagen. Ohne einen Schuß zu tun, besetzte sie Städte und Dörfer mit Ausnahme von vielleicht zwei, drei Orten, wo die tollkühnen, verzweifelten grusinischen kleinen Fürsten-

Agrarier und die mit dem Menschewismus verbundenen Spekulanten einen verbitterten Verteidigungskampf führten, trotzdem ihr Schicksal im voraus bestimmt war.

Dank dem endgültigen Bankrott der ökonomischen Politik der Menschewisten, dank ihrem Betrug und dem Verrat an den Interessen der Arbeiter und Bauern ist Grusien endlich eine Sowjetrepublik geworden. Natürlich hat die stete Propaganda und Agitation der illegalen Organisationen der Kommunistischen Partei Grusiens, die mit der K. P. R. historisch eng verknüpft ist, stark mitgewirkt. Die Behauptung von der „Eroberung Grusiens durch die russische bolschewistische Armee“ widerspricht allen Tatsachen der jüngst vergangenen Zeit und der Erklärung der Menschewisten selbst, die sie einige Wochen vor dem Umsturz abgegeben haben.

Hier die Tatsachen: Sowjet-Rußland hat den Frieden mit Grusien wie auch mit den anderen Grenzstaaten bereitwillig geschlossen, und es lag durchaus nicht in seinem Interesse, neue Gebiete zu okkupieren. Denn es wandte die ganze verfügbare Energie der inneren wirtschaftlichen Front zu und bewies wiederholt seine friedlichen Bestrebungen, seinen Wunsch, seine Beziehungen zum Westen, der Rußland die notwendigen Waren liefern könnte, freundschaftlich zu gestalten.

Aus diesem Grunde sandte die Sowjetrepublik eine Delegation nach Grusien, nicht so sehr, um politische Ziele zu verfolgen, als vielmehr, um die ökonomischen Wechselbeziehungen zu regeln, vor allen Dingen den Warenverkehr mit und durch Grusien, d. h. also durch das Schwarze Meer, mit dem Osten und mit dem Westen.

Bereits einige Wochen vor der Katastrophe sah das frühere Haupt der menschewistischen Regierung, Noj Schordania, die Unvermeidlichkeit eines Umsturzes voraus, worüber die menschewistischen und bürgerlichen Zeitungen — „Kampf“, „Ertoba“, „Grusien“, „Das Wort“ u. a. — sich weitläufig aussprachen. Es kann also kein Zweifel darüber bestehen, daß die aus den an Grusien grenzenden Gebieten und von den aufständischen grusinischen Arbeitern und Bauern herbeigerufene Rote Armee nicht als Eroberer, sondern als Befreier zu betrachten ist: sie leistete den aufständischen Arbeitern und Bauern Grusiens in den Februar- und Märztagen dieses Jahres in der Hauptsache eine moralisch-politische Unterstützung. Sie verlieh ihnen die Ueberzeugung, daß jetzt, nach vierjährigem, unendliche Blutopfer fordernden Kampfe ihr Vorgehen nicht umsonst sein und mit einem Siegen enden würde, d. h. mit der Errichtung der Sowjetordnung in Grusien und seiner Vereinigung mit Rußland und mit den übrigen Sowjetrepubliken. Sowjet-Rußland Eroberungs- und Okkupationsten-

denzen unterscheiden, — das können sich nur die weißgardistischen Ideologen der Bourgeoisie leisten.

Ganz umsonst reisen daher die Herren Tschcheidse, Zeretelli, Schordania und Co. in Westeuropa herum und belästigen Pilsudsky und andere Lakaien Briands und Lloyd Georges; vergeblich bemühen sie sich, die historischen Tatsachen zu entstellen und zu beweisen, daß sie einen idealen demokratischen Staat, ein irdisches Paradies geschaffen haben, das sogar von ihren Lehrern, den Helden der gelben Zweiten Internationale, mit Kautsky, Renaudel und Mister Snowden an der Spitze, besucht worden ist. Schordania hat doch schon im November und Dezember, kurz vor dem Umsturz in Grusien, in seinen Berichten die Lage der Dinge unverhüllt genug geschildert und zugegeben, daß die Katastrophe bereits begonnen, daß es keinen Ausweg gebe, wenn nicht irgend ein Lebenselixier erfunden oder der Stein der Weisen entdeckt würde: dabei schwebte ihm etwas von der Art einer Rückkehr zum Kapitalismus der Vorkriegszeit oder die Entstehung eines nie dagewesenen neuen demokratischen Kapitalismus vor.

Aber Alchemie und Astrologie gehören der Vergangenheit an. Die grusinischen Menschewisten haben sich mit ihrer verräterischen Politik den Arbeitern und Bauern und auch Sowjet-Rußland gegenüber selbst zum Tode verurteilt. Daher sind sie auch diesen schmachvollen Tod gestorben!

Sie haben nicht für reine, ehrliche Beziehungen zu Sowjet-Rußland gesorgt, dessen Vertreter bis zu den letzten Tagen vor dem Umsturz bei ihnen verblieben. Sie haben eine jesuitische Politik befolgt, indem sie die Stadt Tiflis in ein Nest Rußland feindlicher Weißgardisten und Gegenrevolutionäre verwandelten. Mit allen Kräften haben sie die ökonomische Politik Rußlands erschwert und politische Spitzbübereien getrieben, um keinen einzigen der wichtigen Punkte des Vertrages vom 7. bis 12. Mai 1920, den sie mit Sowjet-Rußland abgeschlossen hatten, zu erfüllen.

Sie haben ihr Land beraubt, indem sie auf französischen Dampfmaschinen alles Wertvolle, was dem unglücklichen Lande nach der vierjährigen Wirtschaft der deutsch-türkischen und englisch-französischen Imperialisten noch übrig geblieben war, entführten. Sie haben sogar das ganze Chinin, das im Lande überhaupt vorhanden war, mitgenommen, obwohl sie wußten, daß das Fehlen von Chinin in einem Lande, in dem die Malaria grassiert, die unglücklichen Bauern und Arbeiter zu furchtbarem Elend und Massensterben verurteilt . . . Sie haben das ganze Gold aus privaten und staatlichen Kassen mitgenommen, alle Brillanten und Wertsachen aus Kirchen und Klöstern, alles, was an Getreide, Zucker, Textilwaren übrig blieb, kurz, alles, was ihnen bei ihrer „heroischen“ Flucht aus Tiflis nach Batum unter dem wohlthätigen Schutz der französi-

schen Marine mitzunehmen gelang. Ramischwili und Schordania, Gegetschkori und Tschcheidse dampften mit den dem grusinischen Volke gestohlenen Schätzen auf französischen Schiffen und unter dem Schutze französischer Kriegsschiffe nach Konstantinopel ab und von dort — nach dem westlichen Europa, um zusammen mit anderen allrussischen Weißgardisten und Gegenrevolutionären unter der Leitung der französischen und sonstigen Imperialisten eine Interventionspolitik zu betreiben und neue Kriege gegen die Sowjetrepubliken vorzubereiten.

Das grusinische Volk begleitete ihre Flucht mit Flüchen. In Batum haben sie sogar ihre eigene kleine Armee verlassen, die in Tiflis noch aus 20 000 Mann bestand, auf dem Wege nach Batum aber immer mehr zusammenschmolz, so daß dort nur 3500 Mann ankamen. Bei jedem Schritt gingen ganze Regimenter auf die Seite der Aufständischen über oder liefen nach Hause. Und von diesen 3500 Mann, denen Schordania und Co. den Vorschlag machten, mit nach Westeuropa zu fahren, wofür man ihnen Verpflegung, Bekleidung und für die Dauer von fünf Jahren Gehalt versprach, folgten nur — zwanzig Mann! Nicht mehr und nicht weniger! Die übrigen begannen einen Kampf in den Straßen Batums mit den Kemalisten, die von den Menschewisten verräterisch in die Stadt gelassen worden waren, säuberten die Stadt, befreiten die Bolschewisten aus den Gefängnissen, wählten aus ihnen das Erste Revolutionäre Komitee Batums und errichteten auf diese Weise die Sowjetmacht in dieser Stadt, bevor die Rote Armee Batum erreichte.

Ungeachtet der wiederholten Amnestieerklärungen für alle politischen Gegner seitens des Zentralen Revolutionären Komitees konnten sich die Menschewisten, deren politische Karriere auf diese schmachvolle und traurige Weise endete, nicht entschließen, im Lande zu bleiben, — offenbar befürchteten sie, daß der Zorn des Volkes sie trotz der sie schützenden bolschewistischen Dekrete hart verurteilen würde . . . und sie flüchteten mit dem gestohlenen letzten Gut jenes Volkes, dem sie alle diese Jahre so oft ihre Treue und Liebe geschworen und das sie so schmachvoll betrogen haben.

Und mit dem gestohlenen Eigentum der Arbeiter und Bauern Grusiens genießen sie jetzt ihr Leben in Konstantinopel, Berlin, Rom, Paris, London, Brüssel, Warschau und anderen Zentralen der russischen Weißgardisten, die sich gleich ihnen mit Intriguen beschäftigen, von Interventionen träumen und sogar „Aufrufe an die Proletarier und Arbeiterorganisationen der ganzen Welt“ richten, hinten herum aber Lloyd George, Curzon, Briand und anderen Imperialisten ihre Lakaiendienste anbieten, um gemeinsam mit diesen neue Intriguen gegen die Sowjetrepubliken zu schmieden.

Aber umsonst sind ihre Hoffnungen, vergeblich ihre Bemühungen . . . Das Arbeiter- und Bauern-Grusien, das durch das vierjährige Blutbad des Bürgerkrieges hindurchgegangen ist, ist mit den Menschewisten ein- für allemal fertig . . . Und auch der Umstand, daß sie sich in ihrem Londoner Aufruf „Ehemalige Sozialistische Regierung Grusiens“ betiteln, wird sie nicht vor dem Urteilsspruch der Geschichte bewahren. Auch Kerensky, Miljukow und dem Fürsten Lwow haben derartige Kniffe nichts geholfen.

Und was leistet die Sowjetmacht in Grusien? — fragen die Menschewisten schadenfroh. Es ist natürlich nicht leicht, ein bestohlenen und vernichtetes

Land wieder aufzubauen. Das Volk weiß das sehr gut; daher erträgt es die unermeßliche Not mit großer Geduld. Dieses Volk hat erfahren, daß die „Wohltaten“ einer bürgerlichen Demokratie seine Knechtschaft bedeuten, ähnlich derjenigen, deren Joch das Volk Indiens erdrückt.

Langsam, aber stetig verläuft die ökonomische Wiedergeburt Sowjet-Grusiens unter der sicheren Leitung der Kommunistischen Partei Grusiens, die ein Glied ist in der großen, unter dem Banner der Kommunistischen Internationale versammelten Gemeinschaft aller Werktätigen der Welt.

M. Zschakaja.

Von der Tätigkeit des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale nach dem III. Kongreß.

Nach dem III. Kongreß der Kommunistischen Internationale fanden drei Sitzungen der Exekutive und elf Sitzungen des Kleinen Büros der Exekutive (Präsidium des Exekutivkomitees) statt. In den ersten Sitzungen faßte das Exekutivkomitee wichtige Beschlüsse, die Verwirklichung der Kongreßbeschlüsse und die Reorganisation des Exekutivkomitees betreffend. Außerdem sind eine ganze Reihe von politischen Entscheidungen getroffen worden, die für die kommunistische Bewegung von der größten Bedeutung sind.

Allgemeine organisatorische Fragen.

In der ersten Sitzung des Exekutivkomitees ist das Kleine Büro gewählt worden: Sinowjew, der vom Kongreß als Vorsitzender gewählt wurde, Bucharin, Gennari, Heckert, Radek, Bela Kun und Souvarine; Humbert-Droz, Kuusinen und Rakosi als Sekretäre.

Das Exekutivkomitee wählte die sich im Westen aufhaltende Internationale Kontroll-Kommission. Die Vorsitzende dieser Kommission ist Clara Zetkin. Mitglieder sind: Koenen-Deutschland, Ssirola-Finnland, Walecki-Polen, Bordiga-Italien, Friis-Norwegen, Vaillant-Couturier-Frankreich.

Das Internationale Frauensekretariat besteht aus den Genossen: Zetkin, Kollontai, Kasparowa, Koliar-Frankreich, und Hertha Sturm-Deutschland.

Das Exekutivkomitee beschloß die Herausgabe der „Internationalen Presse - Korrespondenz“, die

zunächst zweimal wöchentlich in deutscher, englischer und französischer Sprache erscheinen wird. Die „Korrespondenz“ wird vorläufig einen rein informatorischen Charakter tragen. Ihr Zweck ist: Information der kommunistischen Presse über die politische, gewerkschaftliche und kooperative Bewegung in den verschiedenen Ländern; Beleuchtung allgemeiner politischer Fragen und Festigung des internationalen Kontaktes zwischen den kommunistischen Parteien.

Zur Information über die Arbeit des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale werden zweimal monatlich offizielle Bulletins des Exekutivkomitees erscheinen, die ausschließlich offizielle Dokumente enthalten werden.

Die Zeitschrift „Kommunistische Internationale“ wird sich mit der Erörterung der grundlegenden Fragen der kommunistischen Theorie und der laufenden Politik befassen.

Im Einverständnis mit dem Hauptsekretariat der Gewerkschaftsinternationale hat das Exekutivkomitee das Verhältnis der Kommunistischen Internationale zur R. G. I. gemäß den Kongreßbeschlüssen geregelt.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale wird in der R. G. I. mit 3 Mitgliedern vertreten sein, wie auch die R. G. I. im Exekutivkomitee drei Vertreter haben wird.

In der Sitzung vom 26. August beschloß das Kleine Büro, die Bezeichnung „Präsidium des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale“ anzunehmen.

Allgemeine politische Fragen.

Das Exekutivkomitee hat sich am eingehendsten mit drei Fragen von größter Wichtigkeit und großer internationaler Bedeutung befaßt: mit der Frage der Annäherung zwischen der Zweiten und Zweieinhalb-Internationale, mit der Konferenz in Washington und mit der Unterstützung der Hungernden in Sowjet-Rußland.

In der Frage der Annäherung zwischen der Zweiten und der Zweieinhalb-Internationale wandte sich das Exekutivkomitee mit einem Aufruf an die Werktätigen der ganzen Welt mit dem Hinweis, daß die Einheit der Arbeiterklasse nicht in einer Vereinbarung der Arbeiterführer untereinander bestehen kann, sondern nur auf dem Wege der revolutionären Aktionen zu erreichen ist.

In der Frage der imperialistischen Washingtoner Konferenz, die einberufen ist, um die Abrüstungsmöglichkeiten und die mit der Herrschaft im Stillen Ozean verknüpften Fragen zu erörtern, nahm das Exekutivkomitee die bereits veröffentlichten Thesen an, die den kommunistischen Parteien als Richtschnur dienen sollen. Es ernannte eine besondere Kommission, die eine Konferenz der fernöstlichen Völker und kommunistischen Parteien gleichzeitig mit der Konferenz der Imperialisten in Washington vorbereiten und einberufen soll. Diese Konferenz wird die erste Tagung der Werktätigen des Fernen Ostens sein; ihre Bedeutung wird nicht geringer sein als die des Kongresses der Völker des Ostens in Baku im vergangenen Jahre.

Die Konferenz wird im November stattfinden und sich mit den gleichen Fragen befassen, die die Konferenz in Washington erörtern wird. Es ist die Herausgabe einer den Fragen des Fernen Ostens gewidmeten Denkschrift geplant.

In der Frage der Unterstützung der Hungernden Sowjet-Rußlands hat die Kommunistische Internationale gemeinsam mit der R. G. I. drei Aufrufe erlassen und eine Reihe von organisatorischen Maßnahmen getroffen. Für die Verwaltung der eingehenden Geldsummen, für die Bildung eines Zentralorgans in jedem Lande und auch für die Heranziehung der Kooperativen für die Sache der Hilfsaktion hat das Exekutivkomitee besondere Instruktionen ausgearbeitet.

Um die Propaganda zu erleichtern, wurde in Berlin eine internationale Zentrale geschaffen, die eine besondere Pressekorrespondenz herausgeben wird, die alle die Unterstützung der Notleidenden betreffenden Fragen behandelt. Dieses Organ wird 150 Zeitungen mit Propagandamaterial versehen. Durch die Vermittlung dieser Zentrale fanden auch Verhandlungen mit der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale statt, um diese zu der Hilfsaktion heranzuziehen.

Das Exekutivkomitee forderte die Arbeiter der ganzen Welt zu der Spende eines eintägigen Arbeitslohns zugunsten der hungernden russischen Werktätigen auf, und zwar sollte die Hilfsaktion der Arbeiter getrennt von der der bürgerlichen Regierungen und der Organisationen des Roten Kreuzes organisiert werden.

In einem besonderen Aufruf lenkte das Exekutivkomitee die Aufmerksamkeit der Arbeiterklasse Europas auf die Gefahr einer „Hunger-Offensive“ der Bourgeoisie hin, indem es auf die sich hinter der bürgerlichen Hilfsaktion versteckenden Absichten der Imperialisten hinwies. (Ueber seine Tätigkeit auf dem Gebiete der Hilfsaktion zugunsten der Hungernden wird das Exekutivkomitee einen besonderen Bericht herausgeben.)

Die Tätigkeit des Exekutivkomitees in Fragen, die die einzelnen Länder betreffen.

Seit dem letzten Kongreß hatte sich das Exekutivkomitee und das Kleine Büro mit politischen und organisatorischen Fragen nahezu aller Sektionen zu befassen. In diesem Bericht finden nur die wichtigsten Sektionen Erwähnung.

Deutschland.

V. K. P. D. -- Das Hauptproblem war die endgültige Beilegung des auf dem III. Kongreß liquidierten Konfliktes und die Festsetzung der neuen politischen Linie.

Das Exekutivkomitee wandte sich mit einem ausführlichen Schreiben an den deutschen Parteitag, in dem es auf die Notwendigkeit der Verbreitung und Vertiefung des Einflusses der Partei auf die Massen hinwies. Auf Grund einer eingehenden Analyse deckte das Exekutivkomitee die in der Preissteigerung und in den neuen deutschen Steuergesetzen enthaltenen taktischen Möglichkeiten auf, an die Massen heranzukommen und sie mit revolutionärem Geist zu erfüllen. Das Exekutivkomitee sprach sich auch gegen die in der Partei immer noch herrschenden Kinderkrankheiten der Linkstendenz aus.

In der Sache der K. A. P. D. wandte sich das Exekutivkomitee, gemäß dem Beschluß des III. Kongresses, mit einem Aufruf an die Mitglieder dieser Partei, in dem es nochmals auf die Notwendigkeit hinwies, das politische Sektierertum aufzugeben und sich mit der kommunistischen Massenpartei der deutschen Arbeiterklasse, mit der V. K. P. D., zu vereinigen. Seit einiger Zeit aber hat sich diese kleine Partei noch mehr vom marxistischen Kommunismus entfernt, und das Sektierertum treibt sie immer weiter in der Richtung der Gegenrevolu-

tion. Im Hinblick auf dieses neue Stadium in der Entwicklung der Partei formulierte die Kommunistische Internationale ihren Standpunkt in dem folgenden Beschluß: „Nach Beendigung der Arbeiten des III. Welt-Kongresses der Kommunistischen Internationale hat die K. A. P. D. einige offizielle Broschüren, darunter die von Hermann Gorter, herausgegeben. Außerdem hat sie in ihrem Organ „Kommunistische Arbeiterzeitung“ eine Reihe von Aufsätzen veröffentlicht, die das Exekutivkomitee zwingen, den Beschluß des III. Kongresses zu vervollständigen. In diesen Broschüren und Aufsätzen vertreten die Führer der K. A. P. D. einen gegenrevolutionären Standpunkt, der sie nicht allein den Herren Laufenberg, Rühle u. a. (die doch aus derselben K. A. P. D. entfernt worden sind), nähert, sondern, die erwähnten Literaten in reaktionärer Richtung überbietend, bleiben sie hinter den verleumderischen Angriffen Dittmanns nur wenig zurück.

Der III. Weltkongreß richtete an die K. A. P. D. die ultimative Forderung, sich mit der V. K. P. D. zu vereinigen und sich der internationalen Disziplin unterzuordnen. Im Hinblick auf diese neuen Tatsachen sieht sich die Kommunistische Internationale gezwungen, die gestellten Bedingungen zu ergänzen. Das Exekutivkomitee bricht alle Beziehungen zu den bisherigen Führern der K. A. P. D., mit Gorter, Schröder usw. ab, verweigert die Entsendung eines Vertreters zu dem auf den 12. Oktober anberaumten Parteitag der K. A. P. D. und erachtet jede Vereinigung mit der K. A. P. D. so lange für unmöglich, bis sich diese Partei offen gegen die gegenrevolutionären, in den oben genannten Artikeln und Broschüren enthaltenen Ideen ausspricht.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale ist davon überzeugt, daß das letzte Auftreten der Parteiführer allen wahrhaft revolutionären Arbeitern, die noch in den Reihen der Partei sind, die Augen öffnen und sie veranlassen wird, diese Verräter an der internationalen proletarischen Revolution endgültig fallen zu lassen“.

England.

Am 5. September wurde in Cardiff der Kongreß der Gewerkschaftsverbände Englands eröffnet. Nach dem Abschluß des Waffenstillstands hat es in England keine auch nur annähernd so große Versammlung von Arbeitervertretern gegeben.

Im Lande herrscht eine nie dagewesene Arbeitslosigkeit. Sie vergrößert sich von Tag zu Tag und wirft täglich zehntausende von Arbeitern auf die Straße. Allenthalben verkürzt die Bourgeoisie den Arbeitslohn, und sogar im Verteidigungskampfe erleidet die Arbeiterschaft eine Niederlage nach der

andern. Das Proletariat steht augenblicklich dem geschlossenen Vorgehen der Bourgeoisie vollständig hilflos gegenüber. Es ist begreiflich, daß die Blicke des gesamten Proletariats in dieser schweren Zeit auf die Arbeiterorganisationen gerichtet sind, von denen es Hilfe und Führung des Kampfes erwartet.

Bisher waren die leitenden Organe des Proletariats, die Allgemeine Föderation der Arbeiterverbände, der Drei-Verband, die Arbeiter-Partei und der Kongreß der Gewerkschaftsverbände, keine solchen Organe, die das Proletariat zum Zweck gemeinsamer Aktionen vereinigen konnten. Die Arbeiter gingen, wenn auch in zahlreichen Gruppen, so doch ohne jede Unterstützung des übrigen in Gewerkschaftsverbänden organisierten Proletariats vor. Die Bourgeoisie schlug die einzelnen Gruppen nacheinander nieder.

Alle diese Organisationen haben sich trotz ihrer großen Namen unfähig gezeigt, das Proletariat in seinem Klassenkampf zu leiten. Wie alte Kriegsschiffe, die von den modernsten Dreadnoughts angegriffen werden, gehen sie eine nach der anderen unter, ohne dem Feinde auch nur den geringsten Schaden zuzufügen. So starb der Drei-Verband, und die Allgemeine Föderation liegt in den letzten Zügen. Was die Arbeiter-Partei betrifft, so hat sie der Arbeiterklasse in den letzten Jahren nur Schaden gebracht. Sie erwies sich als außerordentlich tüchtig, als es sich darum handelte, die eigene Bourgeoisie in ihrem räuberischen Kriege gegen andere Bourgeoisien zu unterstützen; aber sie vermochte nichts zu leisten, als die Arbeiter in den offenen, unmittelbaren Kampf gegen ihre Ausbeuter traten. Es genügt, das Verhalten der Arbeiter-Partei im Parlament während des letzten Kohlenstreiks zu verfolgen, um sich davon zu überzeugen, daß diese Partei nur der Bourgeoisie und nicht dem Proletariat Vorteil gebracht hat.

Der Kongreß der Gewerkschafts-Verbände war bisher eine Organisation, die bis heute nicht imstande war, das englische Proletariat zusammenzuschließen und zu leiten. Der Kongreß versammelte sich jährlich, faßte eine Menge Beschlüsse, die jedoch allesamt keine der in ihm vertretenen Organisationen zu etwas verpflichteten, und daher blieben diese Beschlüsse nur auf dem Papier. Während des schweren Kampfes der Eisenbahner und der Bergleute gab der Kongreß kein Lebenszeichen von sich. Jetzt aber, wo die Bourgeoisie schwer auf die Arbeiter zu drücken beginnt und allenthalben den Arbeitslohn verringert, erweist er sich als vollkommen unfähig, die Interessen der Arbeiterschaft zu verteidigen.

Trotzdem es in England 8 Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter gibt, ist das englische Proletariat als Klasse nicht organisiert. Es

fehlt ihm jede Klassenorganisation, die gewillt und fähig wäre, diese zahlreichste proletarische Armee der Welt in ihrem Kampfe nicht nur um die Vernichtung der kapitalistischen Ordnung, sondern auch um den elenden Arbeitslohn wirksam zu leiten.

Kurz vor dem Zusammentritt des Kongresses wandte sich die Kommunistische Internationale mit einem Manifest an die englischen Arbeiter, in dem sie die Gründe klarlegt, die zu den fortwährenden Niederlagen und dadurch zu der jetzigen verzweifelten Lage führten. Das Manifest geht von der Tatsache aus, daß es in England im Grunde genommen keine geschlossene Arbeiterbewegung gibt, keine Bewegung des Proletariats als Ganzes, sondern nur die Bewegung von einzelnen Arbeitergruppen: Eisenbahnern, Bergleuten, Textilarbeitern usw. Eine Kampfaktion dieser oder jener Arbeitsgruppe wird nicht sofort für das ganze Proletariat zu einer praktischen Frage, die von seiten seiner führenden Organe eine Lösung erfordert. Das Manifest weist auf den Umstand hin, daß es in England ein ständiges, die ganze organisierte Arbeiterschaft vereinigendes und führendes Kampforgan bisher nicht gegeben hat. Das Manifest kritisiert nicht nur die bestehende fiktive Vereinigung des Proletariats, sondern stellt auch ein konstruktives Programm auf, das allein in den gegebenen Verhältnissen in stande wäre, das englische Proletariat aus dem bisherigen organisatorischen Chaos herauszubringen. Das Manifest fordert die Arbeiter zum engsten Zusammenschluß auf, beginnend mit Betriebskomitees und örtlichen Arbeiterräten (die augenblicklich dezentralisiert und daher vollkommen hilflos sind) und endend mit dem Generalstab der Arbeit. Das Manifest warnt ferner das englische Proletariat vor der Ueberschätzung der Organisationen, die zwar große Namen tragen, in Wirklichkeit aber das alte Chaos und den Dezentralismus in der Arbeiterbewegung noch mehr vergrößern.

Das Manifest gibt der Kommunistischen Partei Englands eine Richtlinie für ihre nächste Arbeit, die darin bestehen soll, dem Proletariat in seinem Bestreben, eine geschlossene, machtvolle, wirksame Armee zu bilden, zu helfen. Bei dieser Arbeit wird die Partei mit den breitesten Volksschichten in Kontakt treten müssen. Vereinigung des englischen Proletariats auf der ganzen Front — das ist die nächste und wichtigste Aufgabe, auf die die Partei alle ihre Energie richten muß. Diese Arbeit wird ihr dazu verhelfen, endlich eine breite Massenpartei zu werden.

Frankreich.

Die Kommunistische Partei Frankreichs bildet augenblicklich eine der wichtigsten Sektionen der Kommunistischen Internationale. Auf dem III.

Welt-Kongreß war diese Partei durch 11 Delegierte vertreten, die von den zwei Richtungen innerhalb der Partei gesandt waren, die jetzt schon vereinigt sind. Die französische Delegation bewies in allen wesentlichen, dem Kongreß vorgelegten Fragen völlige Einstimmigkeit. Nach dem Kongreß hat das E.-K. in den Angelegenheiten der französischen Partei einige Entscheidungen treffen müssen. Alle diese Beschlüsse wurden im vollen Einverständnis mit den Parteivertretern angenommen. Konflikte, wie sie die Longuetisten prophezeiten, kamen nicht vor.

Das E.-K. faßte einen Beschluß, laut dem das französische „Komitee der Kommunistischen Internationale“ in einem Zeitraum von drei Monaten nach dem Weltkongreß aufgelöst werden muß. Bekanntlich vertrat dieses Komitee bisher die linke Fraktion der französischen Partei, jene Fraktion, die während des Krieges die „Zimmerwald-Gruppe“ genannt wurde und die später den Namen „Kommunistische Fraktion“ angenommen hat. Diese Gruppe kämpfte energisch gegen die Sozialverräter von der Art Renaudels und die übrigen Opportunisten von der Art Longuets. Endlich, im Dezember des Vorjahres, auf dem Kongreß von Tours, errang die Gruppe die Mehrheit in der Partei. — Nach dem Anschluß der Partei an die Kommunistische Internationale und nach der Spaltung, die die Partei von allen reaktionären Elementen befreite, hatte das „Komitee der Kommunistischen Internationale“ keinen Sinn mehr. Bis zum III. Kongreß blieb das Komitee als Organ der inneren Kontrolle bestehen; aber nachdem die französische Partei offiziell am III. Kongreß teilgenommen hat, braucht sie kein Kontrollorgan mehr, da die Kontrolle der Partei gleich der aller anderen Parteien vom E.-K. ausgeübt wird. Daher erklärte das E.-K., nach erfolgter Verständigung mit den Genossen Souvarine, Vaillant-Couturier und Lorient — den Vertretern des „Komitees der Kommunistischen Internationale“ — und mit der ganzen übrigen französischen Delegation das Komitee für aufgelöst. Die Organe des Komitees — „Kommunistisches Bulletin“ und „Kommunistische Bibliothek“ — werden der Partei übergeben. Das E.-K. fordert die französische Partei auf, die Kontrolle der Presse zu verschärfen und ihren Mitgliedern die Mitarbeit an solchen Zeitungen zu verbieten, die nicht unter der Kontrolle der Partei stehen. Dieser Beschluß ist dadurch hervorgerufen worden, daß in Frankreich unter den Mitgliedern der Partei die Gewohnheit herrscht, ihre Aufsätze auch in solchen Blättern zu veröffentlichen, die sie aufnehmen, um ihr Prestige zu heben, sich aber im übrigen gegen den Kommunismus richten. Die Umgestaltung der Sozialistischen Partei Frankreichs in eine Kommunistische Partei wird sie zweifellos zu neuen Arbeitsmethoden führen. Die in Moskau befindlichen französischen

Genossen stimmten dem E.-K. darin bei, daß es notwendig sei, die frühere Taktik aufzugeben und eine strengere Disziplin in den Reihen der französischen Kommunisten einzuführen.

Das E.-K. faßte auch eine Resolution, die die Gelegenheit mit Lafont endgültig liquidiert. Bekanntlich wurde dieser Genosse, ein Deputierter des französischen Parlaments, im vorigen Jahre aus Rußland ausgewiesen. Zu dieser Maßnahme hat das zweideutige Verhalten Lafonts Anlaß gegeben, der sich auf der Durchreise nach Rußland in Polen aufgehalten und dort die Vertreter der Polnischen Sozialistischen Partei, mit denen er in freundschaftlichen Beziehungen stand, besucht hat. Das E.-K. ist der Ansicht, daß das Verhalten Lafonts im vorigen Jahre lediglich der Ausdruck des die alte französische Partei charakterisierenden inneren Widerspruchs war. Da Genosse Lafont sich seit dem Kongreß in Tours als treuer, disziplinierter Kommunist verhalten hat, ist er für die Zukunft als gleichberechtigtes Parteimitglied zu betrachten. Das E.-K. wandte sich daher an die Sowjetregierung mit der Bitte der Annullierung des Beschlusses über die Ausweisung Lafonts und erklärte den Vorfall für erledigt.

Italien.

Die Lage in der Italienischen Sozialistischen Partei hat ebenfalls die besondere Aufmerksamkeit der Exekutive erfordert. Die Kommunistische Internationale hat keinen Augenblick den Gedanken aufgegeben, jene Arbeitermassen auf ihre Seite zu ziehen, die nach dem Kongreß von Livorno in der Sozialistischen Partei Italiens geblieben sind, infolge des zweideutigen Verhaltens dieser Partei, die beschlossen hat, gegen ihren Ausschluß aus der Kommunistischen Internationale an den III. Kongreß zu appellieren. Der III. Kongreß antwortete mit einer Bestätigung der Resolution des II. Kongresses und mit der Forderung des Ausschlusses der Reformisten aus der Partei als unbedingte Voraussetzung für eine Aufnahme in die Kommunistische Internationale. Die italienische Delegation verpflichtete sich, alles zu tun, damit sich die Partei den Beschlüssen des Kongresses fügt. Seit ihrer Rückkehr nach Italien sucht die italienische Delegation auch ihr Versprechen zu erfüllen. Aber Serrati, der den ganzen Verlauf des Kongresses von Livorno bestimmt hat, intriguierte abermals gegen die Kommunistische Internationale. Im Hinblick auf den bevorstehenden Parteitag in Mailand brachte er es dahin, daß das Zentral-Komitee die Frage des Anschlusses an die Kommunistische Internationale nicht als eine der wichtigsten Fragen an die erste Stelle der Tagesordnung setzte, sondern sie als eine sekundäre auf den Schluß der Tagesordnung verschob.

Das E.-K. richtete an das italienische Proletariat einen Aufruf, in dem auf die Gefahr des Reformismus hingewiesen und gegen die zweideutige Politik Serratis protestiert wird. Serrati nützte diesen Aufruf seiner Gewohnheit nach gegen die Kommunistische Internationale und gegen die aus Rußland zurückgekehrte Delegation aus.

Das E.-K. wird sich nicht in eine fruchtlose Polemik mit Serrati einlassen. Um dessen demagogischem Vorgehen ein Ende zu machen, sandte das E.-K. ein Telegramm, das seinen Standpunkt in der italienischen Frage genau formuliert und daran erinnert, daß der III. Kongreß den Ausschluß der Reformisten als eine unbedingte Voraussetzung der Aufnahme fordert. Wenn die Fraktion der Maximalisten diese Bedingung erfüllt, so wird das Haupthindernis für die Aufnahme der Sozialistischen Partei Italiens in die Kommunistische Internationale beseitigt sein.

Andererseits sandte das E.-K. einen Vertreter nach Italien, um über die Aufnahme der S. P. I. in die Kommunistische Internationale zu verhandeln. Dieser Vertreter wird danach streben, die Aufmerksamkeit der Arbeiter auf die Frage des Anschlusses zu lenken, so daß diese Frage eine der wichtigsten des Parteitages sein wird.

Das E.-K. verfolgt mit lebhaftem Interesse die Entwicklung der Krisis in der italienischen Arbeiterbewegung und ist jederzeit bereit, die Beschlüsse des III. Kongresses in die Tat umzusetzen.

Tschechoslowakei.

Das E.-K. forderte die Kommunistische Partei der Tschecho-Slowakei und die einstweilen noch selbständige Deutsche Kommunistische Partei in der Tschecho-Slowakei auf, bis zum ersten November einen vereinigten Kongreß einzuberufen und eine paritätische Kommission zur Vorbereitung des Kongresses und insbesondere zur Lösung der damit zusammenhängenden verwickelten nationalen organisatorischen Fragen und zur Verwirklichung der Vereinigung beider Parteien einzuberufen. Die Wahlen dieser Kommission fanden sofort statt. In den Kommissionen sind tschechische, deutsche, ungarische, polnische und kleinrussische Kommunisten der Tschecho-Slowakei vertreten, je einer von jeder nationalen Gruppe.

Oesterreich.

Das E.-K. und das Kleine Büro beschäftigten sich in mehreren Sitzungen mit der Frage der Gesundung der österreichischen Partei. Der in der Partei als Wiederhall der Märzereignisse in Deutschland entstandene Konflikt wurde beigelegt. Dieser Kon-

flikt ist entstanden, weil die Redaktion des Zentralorgans entgegen dem Beschluß des E.-K. sich mit der Richtung Levi solidarisch erklärte. Da die Redaktion des Parteiorgans jetzt erklärt hat, daß sie auf dem Standpunkt des vom Kongreß über die Märzereignisse angenommenen Beschlusses stehe, ist der Konflikt als beigelegt zu betrachten.

Ungarn.

In der zu illegaler Existenz und zur Emigration verurteilten Kommunistischen Partei Ungarns zeigten sich gleichzeitig mit der Belebung der Arbeiterbewegung im Lande selbst gewisse Unstimmigkeiten über organisatorische und taktische Fragen, deren Untersuchung sich eine besondere Kommission der Kommunistischen Internationale angelegen sein läßt. Diese Unstimmigkeiten waren die Folge der in der einen Fraktion zur Geltung gekommenen Liquidationstendenzen und einer revolutionären Unentschlossenheit der anderen Fraktion. Das E.-K. ernannte bis zur Einberufung der nächsten Parteikonferenz ein neues, provisorisches Zentral-Komitee und stellte diesem die Aufgabe, die kommunistischen Keimzellen in Ungarn zu zentralisieren und die Emigranten zu organisieren. Außerdem setzte die Kommission für die Vereinigung der beiden Fraktionen eine bestimmte taktische Linie für die Arbeit in Ungarn fest.

Ferner faßte das E.-K. den Beschluß, das Erscheinen der von der K. P. U. in deutscher Sprache herausgegebenen Zeitschrift „Kommunismus“ einzustellen.

Belgien.

Einige Wochen vor dem III. Kongreß sonderte sich die Opposition der Belgischen Arbeiter-Partei mit Jaquemotte und Massare an der Spitze nach längeren Schwankungen von der Partei Vanderveldes ab und bildete in Belgien eine zweite kommunistische Partei, annähernd von derselben Zahlenstärke wie die kleine von Overstraeten geleitete kommunistische Partei Belgiens. Das E.-K. hat diese zweite Partei unter der Bedingung in die kommunistische Internationale aufgenommen, daß sich die beiden belgischen Parteien im Verlaufe von zwei Monaten nach Beendigung des III. Kongresses zusammenschließen. Die Verhandlungen sollen von einem Vertreter geleitet werden. Der Vereinigte Kongreß sollte Anfang September einberufen werden.

Spanien.

Hier hat sich eine der belgischen ähnliche Lage herausgebildet — infolge der Trennung von mehr als 3000 Arbeitern von der spanischen reformisti-

schen Partei und deren Zusammenschluß zur Kommunistischen Arbeiter-Partei. Diese Spaltung führte zu der Bildung einer zweiten kommunistischen Partei in Spanien, wo es bisher schon eine Partei gegeben hat. Das E.-K. nahm die kommunistische Arbeiter-Partei mit beratender Stimme in die Kommunistische Internationale auf, aber ebenso wie in Belgien forderte es die beiden Parteien auf, sich zu vereinigen. Die Vereinigungs-Kommission, an deren Spitze ein Vertreter des E.-K. steht, muß im Laufe des September einen Kongreß einberufen.

Schweiz.

Auf dem im Dezember des Vorjahres abgehaltenen Kongreß spaltete sich der linke Flügel der sozialdemokratischen Partei ab und bildete die K. P. S. Aber der rechte Flügel bekam nur dank einem Manöver Grimms, der eine Resolution einbrachte, die den Anschluß an die Kommunistische Internationale von einer neuerlichen Prüfung der 21 Punkte abhängig machte, die Mehrheit. — Die Wiener Konferenz sei angeblich nur ein Kollektivversuch gewesen, die 21 Punkte zu prüfen und, wenn möglich, sich der Kommunistischen Internationale anzuschließen. Nachdem sich das Zentral-Komitee auf diese Weise die Mehrheit gesichert hatte, schloß es mit den Wiener zentristischen Parteien ein Bündnis und nahm den offenen Kampf gegen den Kommunismus auf, indem es die in der Partei verbliebenen Anhänger der Kommunistischen Internationale ausschloß und sich so auf die Seite der russischen Menschewisten gegen die russische Revolution stellte. Die durch die Berner Resolution betrogenen und mit dieser gegenrevolutionären Politik unzufriedenen Arbeiter verhalten sich aber ablehnend. Gegenwärtig, kurz vor dem Kongreß in Luzern, der den Anschluß der Sozialdemokratischen Partei an die Wiener Internationale sanktionieren soll, hat sich ein neuer linker Flügel gebildet, der gegen den Anschluß an Wien protestiert und einen solchen an Moskau fordert. Um diese Opposition zu unterstützen, richtete das E.-K. an die revolutionären Arbeiter der sozialdemokratischen Partei einen Aufruf, in dem es ihr Bestreben, den Betrug des Berner Kongresses aufzudecken, begrüßt und sie zur Vereinigung mit der K. P. S. auffordert.

Finnland.

In der Kommunistischen Partei Finnlands zeigten sich während der letzten zwei Jahre taktische Unstimmigkeiten. Das Bestreben, diese Meinungsverschiedenheiten zu beseitigen, wurde durch das Präsidium der Kommunistischen Internationale unterstützt. Diese Unstimmigkeiten waren zum Teil ein

Ausdruck der inneren Strömungen in der Entwicklung der Partei, die nach Wegen suchte, um von dem ursprünglichen Standpunkt eines ultraradikalen Kommunismus — nach vorübergehenden Schwankungen nach rechts und links — zum revolutionären Marxismus zu kommen. Andererseits entstanden Meinungsverschiedenheiten über das Verhältnis der Partei-Zentrale zu jener anarchistischen Opposition, die sich im vorigen Jahre in den Reihen der finnischen Emigranten in Rußland entwickelt und zum Mord an einigen führenden Parteigenossen geführt hat. Das Präsidium der Kommunistischen Internationale hat das Z.-K. der K. P. F. faktisch schon vor dem III. Kongreß durch seinen Vorsitzenden, Genossen Sinowjew, geleitet und eine Konsolidierung der Partei durch verschiedene organisatorische Maßnahmen vorbereitet. Nach dem Kongreß war das Präsidium durch den Genossen Radek in der K. P. F. vertreten. Es besteht jetzt einige Hoffnung, daß die allgemeine vorbereitende Arbeit der Kommunistischen Internationale und der führenden finnischen Genossen auf dem nächsten Parteitag der K. P. F. zu einem festen Zusammenschluß aller kommunistischen Kräfte Finnlands führen wird. Das ist schon daraus ersichtlich, daß die Thesen für den Parteitag für alle wichtigen Fragen von beiden Richtungen gemeinsam ausgearbeitet worden sind.

Südamerika.

Nach den Verhandlungen mit den Delegierten der Kommunistischen Partei Argentiniens und der Prüfung aller Faktoren im Kampfe dieser Partei nahm das E.-K. sie in die Kommunistische Internationale auf und forderte sie auf, eine propagandistische Zentrale für die Unterstützung und Entwicklung der gesamten Bewegung in Südamerika zu schaffen. Diese von allen in die Kommunistische Internationale aufgenommenen kommunistischen Parteien jüngste Partei hat sich schon im Jahre 1918 von der sozialdemokratischen Partei abgespalten. Sie nannte sich damals „Internationale Sozialistische Partei“. Unter diesem Namen führte sie eine energische Agitation, zunächst gegen den Krieg und die Sozialpatrioten und dann für die russische Revolution und gegen den Reformismus. Die Partei hat eine Tageszeitung in Buenos-Aires und zählt 5000 Mitglieder. Die Partei faßte den Beschluß, sich der Kommunistischen Internationale anzuschließen, schon im Mai 1919; den Namen Kommunistische Partei trägt sie seit Dezember 1920. Dank ihrer Propaganda beschlossen die sozialistischen Parteien Uruguays und Chiles ebenfalls den Anschluß an die Kommunistische Internationale. Wir haben uns entschlossen, die Rückkehr des argentinischen Delegierten in die Heimat dazu zu verwenden, um zu

diesen beiden Parteien Beziehungen anzuknüpfen und sie aufzufordern, das ihre Tätigkeit beleuchtende Material vorzulegen.

Australien.

Im Hinblick darauf, daß zwischen den beiden kommunistischen Parteien Australiens keine prinzipiellen oder taktischen Verschiedenheiten bestehen, forderte das E.-K. sie auf, sich spätestens Ende Januar 1922 zu vereinigen. Der Zusammenschluß soll auf der allgemeinen Konferenz beider Parteien durchgeführt werden. Eine Vertretung der australischen Kommunisten im Präsidium wird bis zur Errichtung einer einheitlichen Partei abgelehnt.

Der nahe Osten.

Das E.-K. ernannte eine besondere Kommission für die Reorganisation der Türkischen Kommunistischen Partei und für eine neuerliche Registration ihrer Mitglieder. In bezug auf Persien erklärte das E.-K., daß es nur die Iranische Kommunistische Partei anerkennt.

Die jüdische Arbeiterbewegung.

Die kommunistischen Elemente des Weltverbandes Jüdischer Arbeiter „Poale-Zion“ schlossen kürzlich aus ihren Reihen die zentristischen und sozialverräterischen Elemente aus. Das kommunistische Zentralkomitee der „Poale-Zion“ wandte sich mit der Bitte um Aufnahme an die Kommunistische Internationale. Das E.-K. stellte an den Weltverband die Bedingung, sich aufzulösen und innerhalb von fünf Monaten einen Partei-Kongreß einzuberufen. Im Laufe von zwei Monaten nach dem Kongreß muß die Auflösung des Verbandes verwirklicht werden, und die Mitglieder des ehemaligen Weltverbandes müssen den einzelnen Sektionen der Kommunistischen Internationale beitreten. Weitere Aufnahmebedingungen sind: vorbehaltlose Annahme der Thesen des II. und III. Kongresses der Kommunistischen Internationale und radikaler Bruch mit den zionistischen Tendenzen und Theorien. Außerdem müssen die jüdischen Genossen sich gegen die jüdischen kolonialisatorischen Bestrebungen in Palästina aussprechen, die vor allen Dingen die Interessen des englischen Imperialismus verfolgen.

Die Frage der Aufnahme des polnischen „Jüdischen Arbeiter-Bundes“ prüfte eine besondere Kommission, auf Grund deren Bericht das E.-K. den Bund aufforderte, mit den zentristischen Elementen zu brechen.

Der Mord an den rumänischen Kommunisten.

Die im Gefängnis von Bukarest inhaftierten Kommunisten bereiteten einen Fluchtversuch vor. Die davon unterrichtete Gefängnisverwaltung brachte in den Zellen der Kommunisten ihre Agenten unter, die eine Beihilfe der Durchführung dieses Planes simulieren sollten. Außerdem wurde, um zur Flucht zu provozieren, die Zahl der inneren Wachen bedeutend verringert, die der äußeren aber verstärkt. In der Nacht, als es den Gefangenen gelungen war, die Festungsmauern zu übersteigen, wurde von der

Wache starkes Gewehr- und Maschinengewehrfeuer eröffnet, durch das folgende Kommunisten getötet wurden: Mitglied des Parlaments BORIS STEFANOW; D. FABIAN, ehemaliger Hauptredakteur der Zeitung „Sozialismus“; WASJA (VASILESKU), Leiter des Sozialistischen (Kommunistischen) Verlages; K. POPOWITSCH, Sekretär der General-Kommission Rumänischer Gewerkschaftsverbände; STEMBERG u. a.

Bibliographie.

1. Constitution of the Socialist Labour Party of the United States of America adopted at the Eleventh National Convention New York, July 1904, amended at the National Conventions New York 1908, '12, '16, '20. — 30 Seiten in 16°.

(Statuten der Sozialistischen Arbeiter-Partei der U. S. A., angenommen vom 11. Parteitag in New York, Juli 1904, mit Aenderungen der Parteitage in New York in den Jahren 1908, 12, 16, 20.)

2. The S. L. P. and the S. P. The Difference between the Socialist Party and the Socialist Labour Party. — Publ. by the Nat. Exec. Comm., S. L. P. — 4 Seiten in 4°.

(S. A. P. und S. P. — Die Differenzen zwischen der Sozialistischen Partei und der Sozialistischen Arbeiter-Partei. — Verlag des Z. K. der S. A. P.)

3. Socialist Party, Fusion, Compromise and Political Trading. — Price 10 cents — publish. 1920, Nat. Exec. Comm. S. L. P. 45 Rose ST., New York, N Y. — 16 Seiten in 8°.

(Sozialistische Partei, Vereinigung, Kompromiß und politisches Händlertum.)

4. The Mines to the Miners! — A Call to Action (Revised Edition) — Price 5 cents. 1919. — 16 Seit. in 8°.

(Die Bergwerke den Bergleuten! — Aufruf zur Aktion. — Durchgesehene Auflage.

5. Railway Workers wake up! — A Call to Action. — Price 5 cents 1921. — 16 Seiten in 8°.

(Eisenbahnarbeiter wacht auf! — Aufruf zur Aktion.

6. Unemployment. — (Arbeitslosigkeit.) 4 Seiten in 8°.

7. Industrial Peonage. — Is that to be the Fruit of „the War for Democracy“? — 4 Seiten in 4°.

(Industrielle Sklaverei. — Sollten das die „Früchte des Krieges für die Demokratie“ sein?)

8. The Labour Faker in Panic. — (Panik der Spekulanten der Arbeiterbewegung.) — 4 Seiten in 4°.

9. The Russian Soviet Republic of Workers and Peasants. — Who and what are the Bolsheviki? — 4 Seiten in 4°.

(Die Russische Sowjetrepublik der Arbeiter und Bauern. — Wer und was sind die Bolschewisten?)

10. The Russian Soviets and The Amerikan Socialist Labour Party. — Price 10 cents. 1919. — 29 Seiten in 8°.

(Die Russischen Sowjets und die Amerikanische Sozialistische Arbeiter-Partei. — Pr. 10 C.)

Die aufgezählten Flugschriften des Z.-K. der Amerikanischen Sozialistischen Arbeiter-Partei beleuchten ihre Stellungnahme zu den verschiedenen Gebieten der Arbeiterbewegung und geben eine zwar unvollständige, aber doch ziemlich lebendige Vorstellung von dieser Partei, die in „ihrer Theorie und den von ihr vertretenen Prinzipien des sozialen Umbaus den russischen Bolschewisten näher steht als alle übrigen Parteien und Organisationen“. Der vergleichenden Charakteristik des russischen und des amerikanischen Bolschewismus ist die Schrift „The Russian Soviets and the American Socialist Labour Party“ gewidmet, die auch die vom Genossen Lenin anerkannte Priorität der Amerikaner in der Formulierung der Ideen der Sowjetmacht betont. Diese Idee wurde vom verstorbenen Daniel DeLeon, dem Führer der Sozialistischen Arbeiter-Par-

tei, zuerst aufgestellt und in der Formulierung des industriellen Unionismus entwickelt.

Mit der Struktur der Partei machen uns ihre Statuten bekannt. Ein kurzer Umriss ihrer Geschichte während der letzten 25 Jahre ist in der unter 2 genannten Flugschrift gegeben. Dasselbe sind auch die Hauptpunkte klargelegt, die die revolutionäre S. A. P. von der reformistischen S. P. unterscheidet; die letztere hat sich 1899 auf dem Wege der Verschmelzung der von der S. A. P. abgespaltenen Gruppe von Opportunisten mit der Debbs'schen Sozialdemokratie gebildet. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen diesen beiden Parteien sind in allen Tagesfragen des politischen Lebens (über Gewerkschaftsverbände, Parteipresse, Steuerumlage, Autonomie der einzelnen Staaten) sehr einschneidend. Mit der Enthüllung der von der S. P. angewendeten Methoden des politischen Feilschens, besonders während der Wahlen, beschäftigt sich die unter 3. genannte Flugschrift. Der vom Vorsitzenden der Kommunistischen Internationale gegebenen Charakteristik des „Marxisten“ Hillquit und der ihm ähnlichen „Führer“ der Arbeiterklasse werden hier dokumentarische Tatsachen hinzugefügt.

Die unter 4. und 5. genannten Broschüren sind an die Bergarbeiter und Eisenbahner gerichtete Aufrufe zur Aktion: „Alle Produktionsmittel gehören dem Volke!“ und „Nieder mit der Sklaverei der Lohnarbeit!“

Diese letzte Losung klingt auch in der Agitationschrift über die Arbeitslosigkeit wieder. Die Schrift Nr. 7 hebt, im Hinblick auf jene Folgen, zu denen der „Krieg für die Demokratie“ geführt hat, die Notwendigkeit einer mächtigen politischen und ökonomischen Organisation der Arbeiterklasse hervor, — „auf offen-revolutionärer Basis“, mit dem direkt gesetzten Ziel der Niederwerfung der kapitalistischen Ordnung. Die Schrift Nr. 8 schildert die bürokratischen Bedingungen, unter denen der amerikanische Arbeiter den ökonomischen Kampf führen muß. Der Brief des Vorsitzenden des Bergarbeiterverbandes über den Ausschluß der S. A. P.-Mitglieder aus dem Verband zeugt von einer gewissen Besserung in dieser Richtung, da die Bürokratie der gewerkschaftlichen Verbände durch das Wachsen der revolutionären Ideen in den Arbeitermassen beunruhigt ist, welche Tatsache in der Verstärkung des Einflusses der S. A. P. ihren Ausdruck findet.